

Abzug unter Beobachtung

**Kooperation und Konkurrenz von Bundeswehr und
Bundesnachrichtendienst
beim Abzug der sowjetischen/russischen Truppen aus
Deutschland bis 1994**

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)
vorgelegt an der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam

von Sascha Gunold

Dresden, 2021

Erstgutachter: Prof. Dr. habil. Dieter Krüger
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Anna Daun

Online veröffentlicht auf dem
Publikationsserver der Universität Potsdam:
<https://doi.org/10.25932/publishup-57197>
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-571977>

Inhaltsverzeichnis

I. EINLEITUNG	1
1. Hinführung	1
2. Relevanz für die Forschung	4
3. Methodischer Zugang	6
a. Forschungsfragen und Thesen	6
b. Operationalisierung	8
c. Aufbau der Arbeit	9
d. Intelligence Studies und Wissensgeschichte	10
4. Forschungsstand	15
5. Quellen	21
II. SOWJETISCHE TRUPPEN IM FOKUS: WESTLICHE MILITÄRAUFKLÄRUNG GEGEN DIE GSSD/WGT BIS 1990	24
1. Militärische Auslandsaufklärung des BND	24
a. Aufklärung sowjetischer Truppen als Kontinuum	24
b. Grundlagen der militärischen Auslandsaufklärung des BND	29
c. Organisation und Gliederung	38
2. Militärisches Nachrichtenwesen der Bundeswehr	51
a. Grundlagen	51
b. Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ANBw)	56
c. Fernmelde- und Elektronische Aufklärung der Bundeswehr	58
d. Fü S II – Militärisches Nachrichtenwesen im BMVg	60
e. Zwischenfazit	66
3. Westalliierte Militärverbindungsmissionen in Deutschland	67
a. Rechtliche Grundlagen	67
b. BRIXMIS	71
c. MMFL	76
d. USMLM	78
e. MVM als autonome Militärmachrichtendienste?	82
4. Zwischenfazit	84

III. DIE RAHMENBEDINGUNGEN DES TRUPPENABZUGS	86
1. Vorgeschichte des Truppenabzugs	86
2. Bedeutung des sowjetischen Truppenabzuges für den Zwei-plus-Vier-Prozess	90
a. Sowjetische Truppen als Faustpfand?	90
b. Deutsches Interesse am Abzug	92
c. Bilateraler Durchbruch in Moskau	95
d. Deutsche Sorgen um inneren Zustand der WGT	97
e. „Das Wunder vom Kaukasus“	101
f. Militärische und nachrichtendienstliche Vorbereitungen des Abzugs	103
g. Letzte diplomatische Hürden	108
3. Implikationen aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag	111
a. Aussetzung der Viermächterechte	111
b. Neuer Status Quo?	112
c. Auswirkungen für die Westmächte	112
d. Abzug der WGT	114
4. Aufenthalts- und Abzugsvertrag	115
a. Verhandlungen zum AAV	115
b. Vertragsschluss und Ratifizierung	117
c. Vertragsinhalt	118
d. Implikationen aus dem AAV für deutsche militärische und nachrichtendienstliche Akteure	121
IV. MILITÄRISCHE UND NACHRICHTENDIENSTLICHE AKTEURE BEIM TRUPPENABZUG 1990-1994	125
1. Truppenabzug ohne Militärverbindungsmissionen	125
a. Das offizielle Ende der westlichen Militärverbindungsmissionen	125
b. „Intelligence Gap“?	127
c. MVM ohne gegnerische Spionageabwehr	130
d. Intervention des Auswärtigen Amts	131
e. Britische Militäraufklärung nach dem 3. Oktober 1990	133
f. Französische Militäraufklärung Britische Militäraufklärung nach dem 3. Oktober 1990	139
2. Operation „Giraffe“	141
a. Kooperation zwischen USMLM und ANBw?	141
b. CAD-B – Combined Analysis Detachment, Berlin	143
c. Grundlagen der deutsch-amerikanischen Nachrichtendienstkooperation	144
d. Dienststelle 12YA	149
e. Auslandsaufklärung im Inland?	154

f.	Planung und Durchführung der Operation „Giraffe“	155
g.	Rolle der Militärauswertung des BND	169
h.	Beendigung der Operation „Giraffe“/ „Matchball“	173
i.	Öffentliches Bekanntwerden der Operation „Giraffe“	179
j.	Bewertung: Erfolg oder Desaster?	180
3.	Weitere BND-Maßnahmen beim Abzug	185
a.	SIGINT	185
b.	Kooperationen mit Deutscher Reichsbahn und Arbeitsgruppe „Transport“	191
c.	Kooperationen mit der Bundeswehr	192
4.	Deutsches Verbindungskommando zur Westgruppe der Truppen	195
a.	Aufstellung	195
b.	Rahmenbedingungen und Auftrag	200
c.	Gliederung und Personal	205
d.	Direktes Verbindungswesen zur WGT	206
e.	Dezentrales Verbindungswesen zur WGT	212
f.	Verifikation	222
g.	Außerdienststellung	227
h.	Eine deutsche Militärverbindungsmission?	228
5.	Offene Nachrichtengewinnung über die WGT	234
a.	Neue Bundeswehrstruktur im Osten	234
b.	Koordinierungsbedarf	237
c.	Offene Nachrichtengewinnung durch Beobachtungstrupps	249
d.	Beobachtungstrupps der Bundeswehr im Vergleich zu den Alliierten Militärverbindungsmissionen	254
e.	Zwischenfazit: Beobachtungstrupps und offene Nachrichtengewinnung nach Vorbild der Militärverbindungsmissionen	257
6.	BMVg – Führungsstab der Streitkräfte	257
a.	Fü S III 1 – Grundsatzreferat Militärpolitik	257
b.	Fü S II – Stabsabteilung für militärisches Nachrichtenwesen	259
c.	Fü S V – Stabsabteilung für Logistik	260
7.	Transportleitstelle Ost der Bundeswehr	263
8.	Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr	266
9.	Deutsche Luftraum-Koordinierungsstelle (LUKO)	268

V. KOOPERATION UND KONKURRENZ VON VERBINDUNGS- UND NACHRICHTENWESEN AM BEISPIEL DES ABZUGS DER SOWJETISCHEN NUKLEARWAFFEN AUS DEUTSCHLAND	269
1. Sowjetische Nuklearwaffen in der DDR	269
a. Vorbemerkung	269
b. Nuklearisierung der DDR	269
c. Nukleare Infrastruktur in der DDR	272
2. Aufklärung sowjetischer Nuklearwaffenlager durch die westliche Intelligence Community	277
a. Vorbemerkung	277
b. Erkenntnisstand bis 1979	278
c. Der Deserteur von Torgau	282
d. Rolle der westlichen Militärverbindungsmissionen	285
e. „Muna-These“ als Nachrichtendienstkontroverse?	286
f. Das Wissen des BND über sowjetische Nuklearwaffen in der DDR	288
3. Abzug sowjetischer Mittelstreckenraketen 1988	291
a. Raketenabrüstung im Rahmen von INF	291
b. Aufklärung sowjetischer Nuklearwaffentransporte durch das MfS	291
c. „Sondertransporte mit erhöhten Sicherheitserfordernissen“	293
d. Westliche Nachrichtendienste und MVM	297
e. Unentdeckte SS-23 der NVA	299
f. Abzug von Nuklearwaffen zwischen 1989 und 1990	300
4. Status Quo der sowjetischen Nuklearwaffen in Deutschland 1991	302
a. Rechtlicher Kontext	302
b. Hinweise auf sowjetische Nuklearwaffen – März/April 1991	304
5. Vorfälle Altengrabow – April 1991	306
a. Auftrag	306
b. Erster Vorfall – 9. April 1991	308
c. Zweiter Vorfall – 19. April 1991	310
d. Bewertung und Folgen	311
6. Abzug sowjetischer Nuklearwaffen – Juni 1991	321
a. Warten auf den Abzug	321
b. Gespräch Töpfer-Jasow	322
c. Anträge auf Transporte mit besonderen Sicherheitserfordernissen	324
d. Die ersten Sondertransporte rollen	328
e. Sondersitzung der Arbeitsgruppe „Transport“	329
f. Die letzten Sondertransporte rollen	331

7. Offene Nachrichtengewinnung beim Abzug der Nuklearwaffen	332
8. Nachrichtendienstliche Aufklärung sowjetscher Nuklearwaffentransporte	334
a. Falschangaben bei Juretzko	334
b. Aufklärungsinteressen	335
c. Durchführung	337
d. Bestätigung im Jahresbericht	340
9. Nachträgliche Verifikation des Abzugs der Nuklearwaffen	340
a. Letzte Zweifel am Abzug der Abzug der Nuklearwaffen	340
b. Bilaterale Besichtigungen der ehemaligen Nuklearwaffenlager Torgau und Zeithain	342
c. Gemeinsame Liegenschaftsbesichtigungen von CAD-B, 12YA und DtVKdoWGT	344
d. Besichtigungen von Nuklearwaffenlagern der ehemaligen Zentralgruppe der Truppen	349
e. Ausblick: Gefahr der Nuklearproliferation	351
10. Konkurrenz oder Kooperation?	354
VI. SCHLUSSBETRACHTUNG	356
ABKÜRZUNGEN	368
ABBILDUNGEN UND ÜBERSICHTEN	370
QUELLENVERZEICHNIS	371
LITERATURVERZEICHNIS	373
DANKSAGUNG	389

I. Einleitung

1. Hinführung

I.

„Deutschland wir reichen dir die Hand
und keh'r'n zurück ins Vaterland
Die Heimat ist empfangsbereit
Wir bleiben Freunde allezeit.
Auf Frieden, Freundschaft und Vertrauen
Sollten wir uns're Zukunft bauen
Pflicht ist erfüllt. Leb' wohl Berlin!
Unsre Herzen heimwärts ziehn.“¹

Diese Strophe sangen inbrünstig über Tausend russische Soldaten am 31. August 1994 im Berliner Treptower Park während des offiziellen Verabschiedungsappells der russischen Streitkräfte. Frieden, Freundschaft und Vertrauen waren beste Voraussetzungen oder erstrebenswerte Ziele, nicht nur um den Truppenabzug zu bewältigen, sondern auch um die deutsch-russischen Beziehungen am Ende eines konfliktgeladenen Jahrhunderts auf eine neue Basis zu stellen. Vor dem 3. Oktober 1990 gab es wenig vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bonn und Moskau, danach aber wurde sie zu einer Grundvoraussetzung. Dieses Vertrauen musste mühsam aufgebaut, Vorurteile abgebaut werden. Das Festhalten an Bedrohungsperzeptionen war dabei ebenso hinderlich wie übertriebene Geheimniskrämerei. Heute, in der es um die deutsch-russischen Beziehungen nicht zum Besten steht, lohnt ein Blick zurück auf die Jahre 1990 bis 1994, in denen die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion, später die Russische Föderation auf Zusammenarbeit angewiesen waren. Wie vertraglich vereinbart, verließ eine gewaltige Streitmacht Deutschland bis August 1994 Deutschland, wenn auch der Weg dorthin anfangs holprig war. Als der Abzug begann, war der Eiserne Vorhang bereits gefallen, der Kalte Krieg beendet. Doch bis zum letzten Tag ihres Aufenthalts auf

¹ Text von Oberstleutnant a.D. Hans Joachim Jung.

deutschem Boden blieben die russischen Soldaten Angehörige „fremder Streitkräfte“ – den Deutschen so fremd, dass ihr Verhalten genauestens beobachtet wurde.

II.

Den Vereinbarungen der Alliierten Konferenzen in Teheran 1943, Jalta 1945 und Potsdam 1945² folgend, wurde Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg neu geordnet und in vier Besatzungszonen unter den Vier Mächten USA³, Frankreich, Großbritannien⁴ und Sowjetunion⁵ aufgeteilt. Die sowjetische Besatzungszone (SBZ) entwickelte sich zunehmend zu einem militärischen Vorposten gegen die Westalliierten, die ihrerseits im Westen Deutschlands militärische Fakten schufen. Rasch wurde die deutsch-deutsche Grenze zur Nahtstelle der militärischen Blockkonfrontation zwischen den USA und der UdSSR, an der sich fortan gewaltige Truppenkonzentrationen der North Atlantic Treaty Organisation (NATO) und des Warschauer Pakts⁶ feindlich gegenüberstanden und einander intensiv beobachteten. In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ging 1954 aus der „Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen“ (GSTBD) die „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ (GSSD) hervor. Sie wäre die Speerspitze des Warschauer Pakts im Falle einer militärischen Eskalation zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion geworden und wurde für dieses Einsatzszenario ausgebildet und strukturiert. Letztlich bereiteten beide Seiten ihre Bündnistruppen darauf vor, an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR aufeinanderzutreffen. Im Juni 1989 wurde die GSSD in „Westgruppe der Truppen“ (WGT) unbenannt.

Um für diese möglicherweise alles entscheidende und existenzielle Konfrontation, die sicherlich ein Dritter Weltkrieg geworden wäre, bestmöglich vorbereitet zu sein, waren Informationen über den militärischen Gegner essenziell. Je mehr Informationen über den anderen vorlagen, desto besser konnten sich die eigenen Streitkräfte vorbereiten. Von der obersten politischen Ebene bis zur untersten taktischen Ebene wurden Informationen über den zu erwartenden Gegner benötigt.

² Konferenz von Teheran (28.11.-01.12.1943); Konferenz von Jalta (04.02.-11.02.1945); Konferenz von Potsdam (17.07.-02.08.1945).

³ Im Folgenden werden die Vereinigten Staaten von Amerika (United States of America, USA) mit Amerika (amerikanisch) gleichgesetzt.

⁴ Im Folgenden ist mit Großbritannien (britisch) das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland gemeint.

⁵ Im Folgenden ist mit Sowjetunion (sowjetisch) die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gemeint bis zu ihrem Bestehen am 26.12.1991.

⁶ Im Folgenden ist mit Warschauer Pakt ist das östliche Militärbündnis der Staaten des Warschauer Vertrags gemeint, welches am 14.05.1955 gegründet und am 01.07.1991 aufgelöst wurde.

Entsprechend groß war der Aufwand, den beide Militärblöcke betrieben, um an diese Informationen zu gelangen. Die Geschichte der Nachrichtendienste im Kalten Krieg⁷ ist daher vor allem eine militärische: „Cold War intelligence was military intelligence.“⁸

Was aber passiert, wenn ein solches Konfliktpotenzial innerhalb kurzer Zeit durch politische Entwicklungen abgebaut wird, der „große Knall“ also ausbleibt und sich über Jahrzehnte gefestigte sicherheitspolitische Konstellationen und die dazugehörigen militärischen Strukturen auflösen? Eine solche – in der Weltgeschichte wohl eher seltene – Entwicklung war zwischen 1989 und 1994 in Deutschland zu beobachten, nach dem die Bürger der DDR der sozialistischen Parteidiktatur ein Ende setzten, der Wiedervereinigung Deutschlands damit den Weg bereiteten und im Ergebnis dieses politischen Umbruchs die sowjetischen Truppen Deutschland vollständig zu verlassen hatten. Wie die Westmächte suspendierte auch die Sowjetunion mit Vollzug der deutschen Einheit ihre alliierten Vormachtrechte in Bezug auf Deutschland, sodass sich der Abzug der sowjetischen/russischen Truppen unter völlig anderen sicherheits- und militärpolitischen Bedingungen vollzog, als dies noch vor 1990 der Fall gewesen wäre. Während die Sowjetunion ihre Vormachtstellung in Mittel- und Osteuropa aufgab, erhielt das geeinte Deutschland seine politische Souveränität am 3. Oktober 1990 wieder zurück. Bis auf wenige

⁷ Dieser Arbeit liegt ein Verständnis vom Kalten Krieg als intensive Phase der Ost-West-Konfrontation zwischen 1947 und 1990/91 zu Grunde. Vgl.: Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007, S. 20; Martin Rink, *Die Bundeswehr 1950/55-1989*, Berlin 2015 (= *Militärgeschichte kompakt*, 6), S. 25f. Der Begriff „Kalter Krieg“ hat seit seiner Erwähnung 1946 unterschiedlichste Interpretationen erfahren, die vom permanent und aktiv betriebenen „Nicht-Frieden“ (Stöver, *Der Kalte Krieg*, 2007, S. 20) bis hin zur „längsten Periode von Stabilität in den Beziehungen der Supermächte untereinander“ (übersetzt aus: John L. Gaddis, *The Long Peace. Inquiries into the history of the Cold War*, New York 1987, S. 245) reichen. Vgl.: Gottfried Niedhart, *Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Deeskalation*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (2010), S. 588–594; Dieter Krüger, *Die Alpen im Kalten Krieg. Versuch einer strategisch-politischen Bilanz*, in: *Die Alpen im Kalten Krieg. Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik*. Hrsg. von Dieter Krüger und Felix Schneider, München 2012. Beiträge zur Militärgeschichte, 71, S. 347. Im Folgenden soll der Kalte Krieg daher als kontinuierlicher Zustand einer vor allem militärisch aber auch nachrichtendienstlich geprägten Konfrontation im Kontext der Ost-West-Konfrontation verstanden werden. Niedhart vertritt dagegen die Ansicht, dass sich bspw. Europa zum Ende der 1960er Jahren nicht mehr im Kalten Krieg befunden habe. Siehe: Gottfried Niedhart, *Ost-West-Konflikt und Deutsche Frage 1949-1969*, in: *Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990*. Hrsg. von Oliver Bange und Bernd Lemke, München 2013. Beiträge zur Militärgeschichte, S. 31–44. Zur Epocheneinheit des Kalten Krieges siehe auch: Stöver, *Der Kalte Krieg*, 2007, S. 19f.

⁸ John N.L. Morrison, *Intelligence in the Cold War*, in: *Cold War History*, 14 (2014), S. 576. Zum Krieg der Geheimdienste im Kalten Krieg siehe: Stöver, *Der Kalte Krieg*, 2007, S. 170.

Ausnahmen galt dies auch in militärischer Hinsicht und sollte Auswirkungen auf den Truppenabzug haben.

Zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Abschluss des Truppenabzugs vergingen fast vier Jahre. In dieser Zeit befand sich mit der WGT eine fremde Streitkraft in Deutschland, die in den vorangegangenen Jahrzehnten von der NATO als militärischer Hauptgegner beurteilt wurde, ja sogar der Grund für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in den 1950er Jahren dargestellt hatte. Wie ging das wiedervereinigte Deutschland mit der Präsenz dieser fremden Streitkraft um? Inwieweit konnte die Bundesrepublik sicher sein, dass die sowjetischen Truppen ihren westlichen Vorposten tatsächlich aufgeben würde? Wie und womit wurde der zeitweilige Aufenthalt und der endgültige Abzug der WGT kontrolliert? Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, mit ausgewählten Fragestellungen aus den Bereichen der Militär- und Nachrichtendienstgeschichte an die Geschichte des Abzugs der sowjetischen/russischen Truppen heranzutreten.

2. Relevanz für die Forschung

30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung rücken die historischen Ereignisse zwischen 1989 und 1990 wieder stärker in das öffentliche Interesse. Eine grundlegende politikgeschichtliche Auseinandersetzung mit der Erlangung der deutschen Einheit ist in Teilen geleistet worden. Eine militärgeschichtliche Fokussierung auf die Wendejahre, erst recht auf die Rolle der fremden Streitkräfte in Deutschland, ist bislang ein Desiderat. Ebenso ist die Rolle der Nachrichtendienste in jener Zeit unzureichend untersucht.

Dass der deutsche Auslandsnachrichtendienst eine Rolle beim Abzug der WGT spielte, ist spätestens seit der Veröffentlichung eines Aussteigers aus dem BND, Norbert Juretzko, bekannt. In „Bedingt dienstbereit“ beschreibt der ehemalige Hauptmann der Bundeswehr, der 1984 in den BND eintrat, wie er ab 1991 an Operationen des BND während des Abzugs der WGT mitwirkte.⁹ Dieser Aussteigerliteratur und den meisten journalistischen Publikationen zur Rolle des BND beim Truppenabzug fehlt jedoch die Einordnung in einen größeren Kontext. Wieso, wenn die Blockkonfrontation doch 1991 als überwunden galt, führte der BND weiter nachrichtendienstliche Operationen gegen eine abziehende Streitmacht durch, wie

⁹ Norbert Juretzko, Bedingt dienstbereit. Im Herzen des BND - Die Abrechnung eines Aussteigers, Berlin 2004.

Juretzko zu berichten weiß?¹⁰ Wieso nehmen dabei US-amerikanische Militär- und Nachrichtendienstspezialisten so viel Raum in Juretzkos Geschichte ein? Statt zur Versachlichung beizutragen, wurde aus der Juretzko-Geschichte ein handfester Skandal für den BND, an dessen Ende ein geschasster Abteilungsleiter sowie ein möglicherweise noch immer ungeklärter Verratsfall standen – wenn es diesen überhaupt gab.¹¹ Wieder einmal machte der BND Negativschlagzeilen, bei denen die Skandalisierung für Autoren und Journalisten lukrativer erschien als eine sachlich-nüchterne Aufarbeitung. Dies ist jedoch nach mehr als 25 Jahre nach dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland längst überfällig. Welchen Nutzen die Bundesrepublik Deutschland aus einem Einsatz des BND während des Truppenabzugs möglicherweise zog, wurde bislang kaum hinterfragt.

Während mittlerweile einiges über die Schwierigkeiten für die sowjetischen und russischen Soldaten beim Abzug bekannt ist, die in teilweise völlig unvorbereitete Standorte oder gar nicht erst vorhandene Kasernen zurückverlegen mussten, wurde der Rolle Deutschlands beim Abzug bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei liefert die deutsche Geschichte des Abzugs der WGT ungeahnte Einblicke in die Arbeitsweise und Zusammenhänge von Streitkräften und Nachrichtendiensten. Das Wissen um den deutschen Auslandsnachrichtendienst BND ist naturgemäß begrenzt, schließlich operiert er größtenteils im Geheimen und verfügt über schützenswertes Wissen. Das sollte aber nicht davon abhalten, sein Handeln im militärischen und sicherheitspolitischen Umfeld historisch zu untersuchen. Während die Studien der Unabhängigen Historikerkommission (UHK) zur Geschichte des BND nur die Zeit bis 1968 abdecken und durch einen exklusiven Zugang zum BND-Archiv erst ermöglicht werden, sind wissenschaftliche Forschungen zur jüngeren Geschichte des BND sehr rar.¹² Hier dürfte der begrenzte Quellenzugang das größte Hindernis sein. Nichtsdestotrotz liefern die UHK-Studien wichtige Erkenntnisse zur Frühgeschichte des BND. So konnte beispielsweise Agilolf Keßelring in seinem Beitrag für die UHK

¹⁰ Vgl.: Erich Schmidt-Eenboom, Ein Blick zurück im Zorn – die Enthüllungen des BND-Hauptmanns Juretzko. Rezension von Erich Schmidt-Eenboom, <http://www.geheimdienste.info/texte/juretzko.htm> (letzter Aufruf 04.04.2019).

¹¹ Eric Gujer, Kampf an neuen Fronten. Wie sich der BND dem Terrorismus stellt, Frankfurt am Main 2008, S. 39f.

¹² Ein Beispiel für eine wissenschaftliche Monographie außerhalb der UHK, aber auf Grundlage von amtlichen Quellen ist eine Studie zur Wirtschaftsaufklärung des BND: Jan-Hendrik Hartwig, Die Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes über die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, München 2017.

herausarbeiten, wie eng die Gründung des BND und der Aufbau der Bundeswehr miteinander verflochten war.¹³

Die Verflechtung aus Bundeswehr und BND bleibt auch für die Gegenwart bestehen, sodass beide Institutionen zusammengedacht werden müssen. Dies geschah in der deutschen Militärgeschichtsschreibung bislang sehr selten und noch immer wird die Nachrichtendienstgeschichte zu häufig von der Militärgeschichte separiert. Bereits die personelle Verflechtung von Bundeswehr und BND legen nahe, die Abtrennung ad acta zu legen – was nicht bedeutet, jeden Aspekt der Bundeswehrgeschichte auch zwingend Nachrichtendienst-geschichtlich zu betrachten.

Der Truppenabzug der WGT eignet sich besonders für eine integrierte Betrachtung der Bundeswehr und des BND, die sich beide zu Beginn der 1990er Jahre an demselben Objekt, der WGT, abgearbeitet haben. Somit werden zwei Ziele mit dieser Studie verfolgt: Zum einen soll eine historiografische Lücke in der neuesten Militärgeschichte geschlossen, zum anderen soll ein Beitrag zum Verständnis von Nachrichtendiensten geleistet werden. Eben weil beim BND – mehr noch als bei der Bundeswehr – vieles im Verborgenen geschieht, ist sein Handeln umso erklärungsbedürftiger. Eine reine Fokussierung auf den BND würde den deutschen Anteil am sowjetischen/russischen Truppenabzug jedoch verzerrt darstellen. Der Abzug der WGT ist vor allem eine Episode in der jüngeren Geschichte der Bundeswehr.

3. Methodischer Zugang

a. Forschungsfragen und Thesen

Über Jahrzehnte waren sowjetische Truppen in der DDR für die westliche Militäraufklärung ein Ziel von höchster Priorität. Unterschiedlichste Ressourcen wurden im Westen eingesetzt, während im Osten insbesondere die sowjetische Spionageabwehr und in der DDR das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) versuchten, die westliche Militäraufklärung in Schach zu halten. In der Bundesrepublik oblag dem Bundesnachrichtendienst (BND) die militärische Auslandsaufklärung und somit Aufklärung sowjetischer Truppen in der DDR. Nach dem 3. Oktober 1990 befand sich die schlagkräftigste aller sowjetischen

¹³ Agilolf Keßelring, Die Organisation Gehlen und die Neuformierung des Militärs in der Bundesrepublik, Berlin 2017 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 6).

Streitkräftegruppierungen auf fremdem Territorium jedoch nicht mehr im Ausland, sondern nun auf dem eigenen Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Inwiefern blieb der Auslandsnachrichtendienstes BND damit für die Aufklärung dieser ausländischen Streitkraft im Inland zuständig? Inwieweit bestand ein Interesse der Bundesregierung am Aufenthalt und Abzug der sowjetischen/russischen Truppen fort? Welche Mittel standen zur Beurteilung der fremden Truppen zur Verfügung?

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik übernahm das Bundesministerium der Verteidigung nicht nur die militärische Verantwortung über die ehemalige Nationale Volksarmee (NVA), sondern wurde auch mit Fragen des Aufenthalts und Abzugs der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland konfrontiert. Damit kristallisieren sich für diese Studie nicht nur der BND, sondern auch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und somit die Bundeswehr als wichtige deutsche Akteure beim Abzug der WGT heraus. Hieraus ergeben sich möglicherweise Kompetenz- und Aufgabenüberschneidungen zwischen Bundeswehr und BND. Basierend auf der Annahme, dass souveräne Staaten über die Stationierung fremder Streitkräfte auf ihrem Territorium informiert sein wollen, resultiert die erste These: Die Bundesrepublik Deutschland benötigte bis 1994 umfassende Informationen über den Aufenthalt und Abzug der sowjetischen/russischen Truppen. Bundeswehr und BND waren dabei konkurrierende Instrumente zur Überwachung und Aufklärung fremder Streitkräfte. Hieraus resultiert die Leitfrage: Welche Rolle spielten Bundeswehr und BND beim Abzug der sowjetischen/russischen Truppen aus Deutschland? Es ist dafür zunächst auf die Grundlagen der militärischen Auslandsaufklärung des BND und des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr vor dem Abzug einzugehen. Wie befassten sich Bundeswehr und BND mit der GSSD/WGT vor 1990? Da bis 1990 militärische und nachrichtendienstliche Strukturen der Bundesrepublik Deutschland fest in Bündnisstrukturen integriert waren, schließt sich daran unmittelbar die Frage an: Welche Rolle spielten die Streitkräfte und Nachrichtendienste der Westmächte bei der Aufklärung der GSSD/WGT und inwieweit profitierte die deutsche Militäraufklärung davon? Letztlich soll dargelegt werden, welches Wissen über die WGT bis 1990 auf deutscher Seite vorhanden war und wie dieses Wissen entstand.

Mit der Wiedererlangung der vollen politischen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und der Suspendierung der Sonderrechte der Vier Mächte in Bezug auf Deutschland geht die Frage einher, welche neuen

Verantwortlichkeiten Deutschland in Fragen des Aufenthalts und Abzugs der WGT erhielt und inwieweit sie dabei vorherige Zuständigkeiten und Aufgaben der Westalliierten übernahm. Dabei ist zu klären, ob ein solcher Übergang von Verantwortlichkeiten Reibungen zwischen Deutschland und den Westalliierten erzeugte oder gar zu neuen Formen militärischer oder nachrichtendienstlicher Kooperationen führte.

Unter der Annahme, dass vor allem die Bundeswehr und der BND eine wesentliche Rolle beim Truppenabzug spielten, drängen sich Fragen nach Kooperation und Konkurrenz zwischen diesen beiden Institutionen auf. Es deutet sich an, dass die Bundeswehr das Monopol des BND in der militärischen Auslandsaufklärung infragestellte. Hierzu ist vorab zu klären, wie es historisch gesehen zu diesem Monopol des BND kam und wie sich damit die Bundeswehr – ohne eigenen Nachrichtendienst – arrangierte. Welche Informationen konnten Bundeswehr und BND mit welchen Mitteln und Methoden während des Abzugs über sowjetische/russische Streitkräfte generieren? Wie tauschten beide Akteure ihre Informationen und Erkenntnisse untereinander oder mit Dritten aus? Inwiefern übernahm dabei das BMVg eine koordinierende Funktion zwischen Bundeswehr und BND? Die zweite These lautet daher: Beim Abzug der WGT übernahm die Bundeswehr Aufgaben der militärischen Auslandsaufklärung, einem genuinen Aufgabenfeld des BND. Hieraus resultierte eine Konkurrenz zwischen Bundeswehr und BND.

b. Operationalisierung

Die vorliegende Studie verortet sich an der Schnittstelle zwischen neuester Militärgeschichte und Intelligence Studies. Dabei stehen militärische und nachrichtendienstliche Akteure im Fokus der Untersuchung. Die Erkenntnisse (das Wissen) sowie Mittel und Methoden zur Informationsgewinnung der Bundeswehr sollen denen des BND gegenübergestellt werden. Mithilfe der quellenkritischen Methode sollen überwiegend amtliche Quellen der Bundeswehr aus dem Bereich des militärischen Nachrichtenwesens, der Militärpolitik und des Verbindungswesens zur WGT ausgewertet werden. Die amtlichen Überlieferungen der Militärauswertung des BND sowie Querverweise zum BND in Dokumenten des BMVg und der Bundeswehr sollen die Rolle des BND beim Truppenabzug erschließen, wobei ein Ungleichgewicht der Quellen im Vergleich zu Bundeswehr und BMVg hinzunehmen ist. Zeitzeugengespräche sollen als Ergänzung insbesondere dort dienen, wo

beispielsweise im Bereich der Nachrichtendienste oder des Nachrichtenwesens der Quellenzugang naturgemäß erschwert ist.

Die Vorbereitung und die Durchführung des Abzugs der WGT aus Deutschland von 1990 bis 1994 bildeten für die vorliegende Untersuchung den engeren ereignisgeschichtlichen Rahmen. Um hierfür einen historischen Abholpunkt zu schaffen, ist jedoch ein Rückgriff auf bestimmte Entwicklungen des BND und der Bundeswehr vor 1990 erforderlich, wobei auch hier die Militäraufklärung der GSSD/WGT Vordergrund stehen soll. Dieser Schritt schafft einen Referenzrahmen, ohne den mögliche Kontinuitäten oder Brüche bei BND und Bundeswehr im Verlauf der 1990er Jahre nicht zu bewerten sind. Dabei soll die „militärische DNA“ des BND, beginnend in der Ära Gehlen bis hin zum Ende der 1980er Jahre, kursorisch betrachtet und in Hinblick auf die Aufklärung der GSSD/WGT gefiltert werden. Die politische oder wirtschaftliche Auslandsaufklärung des BND sind daher nicht Gegenstand der Betrachtung. Dies erklärt den Umfang von Kapitel II, das die Zeit bis zur Wiedervereinigung abdeckt. Der zeitliche Schwerpunkt der Studie liegt im Beginn des Truppenabzuges im Jahr 1991. Mit dem Ende des Abzugs endet grundsätzlich 1994 der Untersuchungszeitraum, wobei einzelne nachrichtendienstliche Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Truppenabzug mitbetrachtet werden, die sich nach 1994 vollzogen. Zum besseren Verständnis der Entwicklungs- und Veränderungsprozesse wird ein chronologischer Zugang gewählt. Zur Verdeutlichung von Aufgaben und Arbeitsweisen der unterschiedlichen Institutionen und Akteure müssen auch organisationsgeschichtliche Grundlagen von BND, Bundeswehr und BMVg erarbeitet werden, worüber größtenteils noch keine Grundlagenforschung betrieben wurde.

c. Aufbau der Arbeit

Nach der Einleitung wird im zweiten Kapitel die Ausgangslage der „Military Intelligence Community“¹⁴, also der westliche Militäraufklärung zur Zeit des Kalten Krieges, beschrieben. Wer war für die Aufklärung der GSSD/WGT bis 1990 zuständig und welche Mittel standen dafür zur Verfügung? Neben BND und Bundeswehr geht

¹⁴ Military Intelligence Community: Oberbegriff für die formelle und informelle Gemeinschaft der militärischen und nachrichtendienstlichen Akteure und Institutionen der NATO-Staaten. Der Begriff meint ursprünglich v.a. die verschiedenen militärischen Nachrichtendienste der USA. Siehe: Jack E. Thomas, *The Military Intelligence Community*, in: *The Military Intelligence Community*. Hrsg. von Gerald W. Hoppole und Bruce W. Watson, Boulder 1983. Westview Special Studies in Military Affairs, S. 3. Siehe auch: Dominik A. Faust, *Effektive Sicherheit. Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems*, Wiesbaden 2002, S. 156.

es dabei auch um die westlichen Militärverbindungsmissionen. Das dritte Kapitel der Studie widmet sich dem historischen und rechtlichen Rahmen des Truppenabzugs. Wie kam es zum Abzug der WGT? Welche Vereinbarungen oder Verträge regelten den Truppenabzug? Dabei soll es auch um Implikationen für die Bundesrepublik Deutschland gehen und die Frage, welche Verpflichtungen sich speziell für das BMVg und die Bundeswehr hieraus ergaben. Im vierten Kapitel stehen deutsche militärische und nachrichtendienstliche Akteure im wiedervereinigten Deutschland und ihre Rolle beim Truppenabzug im Mittelpunkt. Wie wurden Aufgaben und Verantwortungsbereiche zu Fragen des Aufenthalts und Abzugs der WGT zwischen BND, BMVg und Bundeswehr und insbesondere innerhalb des Wehressorts verteilt? Auch wird dabei auf die militärnachrichtendienstlichen Interessen der ehemaligen Westmächte eingegangen. Im fünften und letzten Kapitel sollen zwei Fallbeispiele zum einen die Redundanz von Nachrichtenwesen und Verbindungswesen innerhalb der Bundeswehr aufzeigen, zum anderen das Zusammenwirken oder auch das Konkurrenzverhalten zwischen Bundeswehr und BND verdeutlichen. Dabei steht vor allem der Abzug der sowjetischen Nuklearwaffen im Vordergrund.

d. Intelligence Studies und Wissensgeschichte

Da es sich bei der WGT um ausländische Streitkräfte handelte und auf deutscher Seite im besonderen Maße militärische und nachrichtendienstliche Akteure beim Abzug involviert waren, bietet sich ein militärhistorischer Zuschnitt des Themas in Verbindung mit Perspektiven der *Intelligence Studies* an. Damit ist grundsätzlich die wissenschaftliche Erforschung nachrichtendienstlicher Akteure und Institutionen gemeint, wobei im Folgenden historische Perspektiven im Vordergrund stehen. Gefragt wird nach Kooperation und Konkurrenz zwischen Streitkräften und Nachrichtendiensten, konkret zwischen Bundeswehr und BND. Armin Wagner und Matthias Uhl verwiesen 2008 mangelnde Interesse deutscher Historiker an der Erforschung nachrichtendienstlicher Geschichte, ohne die auch keine Militärgeschichte des Kalten Krieges zu schreiben sei.¹⁵ Es gilt daher herauszufinden, inwieweit die Relevanz militärischer Fragen für Nachrichtendienste nach 1990 fortbestand und wie sich darin der Abzug der WGT verorten lässt. Dabei darf und muss der schlechte Zugang zu Quellenüberlieferungen von Nachrichtendiensten allgemein

¹⁵ Matthias Uhl und Armin Wagner, BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärsplionage in der DDR, Berlin 2008, 5f.

und vom BND im Speziellen kein Hinderungsgrund sein, nachrichtendienstliche und militärhistorische Forschungsfragen zu verbinden. Oft schrecke aber die mitunter schwierige Quellensituation Historiker ab, sich der Geschichte von Nachrichtendiensten zu widmen.¹⁶ Die Schaffung des neuen Master-Studiengangs „Intelligence and Security Studies“ (MISS) an der Universität der Bundeswehr in München 2019, bei dem Angehörige deutscher Nachrichtendienste und der Bundeswehr einen Master of Science oder Master of Arts ablegen können, ist ein erstes Zeichen dafür, dass Intelligence Studies in der deutschen Wissenschaftslandschaft angekommen sind.¹⁷ Auch die zahlreichen UHK-Studien trugen dazu bei, dem Interesse an deutscher Nachrichtendienstgeschichte Auftrieb zu verleihen. Mit angelsächsischen Forschungskapazitäten kann Deutschland im jedoch längst noch nicht mithalten.¹⁸

Sollen nachrichtendienstliche Akteure historisch betrachtet werden, müssen grundlegende Begriffe zuvor geklärt werden. Zunächst ist die Unterscheidung zwischen Daten (englisch: data), Informationen (englisch: information) und Erkenntnissen (englisch: intelligence) wichtig. Dabei ist nicht jede Information gleich Intelligence: „‘Intelligence‘ stellt sich als die Information dar, die den staatlichen Führungsinstanzen in Form eines (sicherheits-) politischen Lagebildes zum Zwecke der Handlungsorientierung vorzulegen ist.“¹⁹ Nach Manfred Zoller hat Intelligence also einen Nutzen. Die Autoren eines amerikanischen Handbuchs für Intelligence Studies plädieren dagegen für eine striktere Trennung zwischen „information“ und „intelligence“: „[...] readers should realize that we have made a great effort to so

¹⁶ Ebd., S. 6.

¹⁷ Zum Studieninhalt heißt dazu offiziell: „Der Studiengang verfolgt einen transdisziplinären Ansatz, inhaltlich orientiert sich der MISS am professionellen Bedarf der Praxis. Im Studium werden sicherheitsrelevante Sachverhalte, Probleme und Entwicklungen aus verschiedensten wissenschaftlichen Perspektiven aufgegriffen, z.B. Rechtswissenschaft, Psychologie, Politikwissenschaft, Informatik, Geschichtswissenschaft und Soziologie. Gleichzeitig sind wirtschafts-, medien- und kulturwissenschaftliche Inhalte Gegenstand des Studiums. Neben nachrichtendienstlicher und militärischer Praxis werden den Studierenden sowohl Fach- als auch Methoden-, Sozial- und Personalkompetenzen vermittelt.“ Siehe: Center for Intelligence and Security Studies, Master in Intelligence and Security Studies, <https://www.unibw.de/ciss/miss/miss> (letzter Aufruf 26.02.2019).

¹⁸ Vgl.: Christoph Nehring, Spionage an der Universität, in: Welt am Sonntag, 2019 3 (20.01.2019), S. 10.

¹⁹ Manfred Zoller, Offene oder geheime Informationsgewinnung. Komplementarität oder Redundanz? Ein Beitrag zur Diskussion der Nachrichtendienste im Informationszeitalter, in: Nachrichtendienste in der Informationsgesellschaft. Zur Neubestimmung des nachrichtendienstlichen Aufgabenspektrums am Beispiel internationaler Terrorismus und Proliferation. Hrsg. von Guido Korte und Manfred Zoller, Brühl 2000. Beiträge zur Inneren Sicherheit, S. 24–25.

separate the terms ‚information‘ and ‚intelligence‘. In fact, they are not synonymous. Information is unprocessed material of every description that can be used to produce intelligence. It is, in essence, ‚raw data‘.²⁰ Nachrichtendienste beschaffen das Rohmaterial (Daten), erstellen daraus Informationen, werten diese weiter aus und generieren dadurch Erkenntnisse. Die Dienste bereiten Erkenntnisse, gelegentlich auch einzelne Informationen für den Empfänger entsprechend auf und unterstützen damit beispielsweise einen Entscheidungsprozess oder beantworten eine konkrete Anfrage eines Bedarfsträgers.²¹ Gerade in Hinblick auf sicherheitspolitische und militärische Aufgabenfelder der (Auslands-)Nachrichtendienste²² ist zudem zwischen strategischer und taktischer Aufklärung/Intelligence zu unterscheiden.²³ Während sich die strategische Aufklärung mit Wehrpotenzialen ganzer Länder oder Bündnisse und den politisch-strategischen Absichten von Staaten befasst sowie dabei eher mittel- bis langfristige Entwicklungen von Relevanz für die Analysten sind, betrachtet die taktische Aufklärung eher kurzfristige Lageentwicklungen, taktische Aktivitäten und einzelne Ereignisse, die für die eigenen Streitkräfte von Relevanz sein können, weniger aber für die politische Führung.

Dass Intelligence durchaus auch eine andere Interpretation erfahren kann, zeigt ein Aufsatz in der Fachzeitschrift „Intelligence And National Security“: Mark Stout und Michael Warner verweisen darin auf die weiteren Funktionen („peripheral functions“) von Nachrichtendiensten wie Diplomatie, Grenzschutz oder militärische Operationsführung, während dezidiert nicht-nachrichtendienstliche Akteure auch klassische nachrichtendienstliche Tätigkeiten („core functions of intelligence“) übernehmen würden: „Simultaneously, non-intelligence agencies encroach on the turf of intelligence agencies.“²⁴ Hieran schließt sich die Frage, ob auch beim Abzug der WGT nachrichtendienstliche Funktionen von nicht-nachrichtendienstlichen Akteuren – wie etwa der Bundeswehr – übernommen wurden. Oder war die Bundeswehr gar ein nachrichtendienstlicher Akteur?

²⁰ Carl S., III Jensen, David H. McElreath und Melissa Graves, Introduction to Intelligence Studies. Second edition, New York 2018, S. 6.

²¹ Vgl.: Zoller, Informationsgewinnung, 2000, S. 24.

²² Inlandsnachrichtendienste sollen im Weiteren nicht berücksichtigt werden.

²³ Jensen, McElreath, Graves, Introduction to Intelligence Studies, 2018, S. 7f.

²⁴ Mark Stout und Michael Warner, Intelligence is as intelligence does, in: Intelligence and National Security, 33 (2018), S. 517.

Zur Einordnung nachrichtendienstlicher und jener Tätigkeiten, die im engeren oder auch weiteren Sinne dem militärischen Nachrichtenwesen zuzuordnen sind, soll der als „Intelligence-Cycle“ bekannte Prozess zur Datenverarbeitung bei Nachrichtendiensten als Anhalt dienen. Dieser Kreislauf könnte auch als „Elemente klassischer Nachrichtendienste“ umschrieben werden.²⁵ Damit sollen im Weiteren die verschiedenen Formen von Intelligence beim Abzug der WGT herausgearbeitet werden. Der Intelligence-Cycle beginnt mit der *Auftragserteilung* und *Planung*, dem sich die *Beschaffung* von Daten und Informationen aus nachrichtendienstlichen und offenen Quellen anschließt. Insofern die Daten noch nicht verwertbar sind, müssen sie zunächst durch die *Aufbereitung* zugänglich gemacht werden. Hiernach kann durch Analysten die *Auswertung (Analyse)* erfolgen, um Daten und Informationen in nachrichtendienstliche Endprodukte (Finished Intelligence)²⁶ umzuwandeln. Im letzten Schritt der *Verteilung* werden die Endprodukte an die entsprechenden Adressaten weitergeleitet.²⁷ Bei weiterem Informationsbedarf der Empfänger kann der Kreislauf erneut beginnen.²⁸ Beim Truppenabzug wird daher zu untersuchen sein, inwiefern die Tätigkeiten von Bundeswehr und BND zwischen 1990 und 1994 diesen Schritten des Intelligence-Cycle zuzuordnen sind.

In demokratischen Systemen obliegen Nachrichtendienste bestimmten Rechenschaftspflichten und agieren in einem Spannungsfeld zwischen erforderlicher Geheimhaltung und zumeist von außen eingeforderter Transparenz. Bedingt durch den Umstand, dass hier zur Geschichte der 1990er geforscht wird und der BND gemäß seinem gesetzlichen Auftrag weiterhin Militäraufklärung betreibt, stößt die Arbeit in bisweilen sensible Bereiche vor. Einige Zeitzeugen aus den Bereichen des Nachrichtenwesens werden daher nicht namentlich aufgeführt. Ein Bezug zur gegenwärtigen Bedeutung der militärischen Auslandsaufklärung des BND und etwaige Verbindungen zum militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr sind

²⁵ Andreas Müller, Strategische Informationsmanagement? Neudefinition nachrichtendienstlicher Aufgaben in der Informationsgesellschaft, in: Nachrichtendienste in der Informationsgesellschaft. Zur Neubestimmung des nachrichtendienstlichen Aufgabenspektrums am Beispiel internationaler Terrorismus und Proliferation. Hrsg. von Guido Korte und Manfred Zoller, Brühl 2000. Beiträge zur Inneren Sicherheit, S. 34.

²⁶ Finished Intelligence: Endprodukt der nachrichtendienstlichen Auswertung in Abgrenzung zu nicht abschließend ausgewerteten und/oder bewerteten Informationen. Meistens lässt Finished Intelligence keine Rückschlüsse auf den Ursprung der Quelle zu, insbesondere bei schützenswerten menschlichen Quellen.

²⁷ Ebd., 35f.

²⁸ Für ausführliche Erläuterung zum Intelligence Cycle siehe auch: Jensen, McElreath, Graves, Introduction to Intelligence Studies, 2018, S. 169–181.

ausdrücklich nicht Gegenstand dieser geschichtswissenschaftlichen Studie. Auch versteht sich diese Arbeit nicht als „Enthüllungsjournalismus“, sondern betrachtet militärische und nachrichtendienstliche Akteure und Handlungen in historischer Perspektive. Diese Studie ist ein erster Versuch, innerhalb der allgemeinen 30-jährigen Schutzfrist zu einem Thema der neuesten deutschen Militär- und Nachrichtendienstgeschichte zu forschen und so einen Mehrwert zu den bisherigen wissenschaftlichen und journalistischen Publikationen zu liefern. Gleichzeitig sollen damit Impulse für zukünftige Forschungsprojekte gegeben werden, denen möglicherweise mehr amtliche Quellen zur Verfügung stehen werden.

Da es bei diesen Fragestellungen auch um Wissen in historischer Perspektive geht, bietet sich für die Studie eine wissensgeschichtliche Herangehensweise an. In einem Aufsatz von 2011 hat der Schweizer Historiker Philipp Sarasin die Kernaufgabe der Wissensgeschichte formuliert: Demnach soll sie die gesellschaftliche Produktion und Zirkulation von Wissen untersuchen. Wissen als ein historisches Phänomen würde nicht hinsichtlich der Frage behandelt, ob bestimmte Wissensbestände wahr oder falsch, besser oder schlechter, nützlich oder unnützlich seien, „sondern nur: wie, wann und gegebenenfalls warum ein bestimmtes Wissen auftaucht – und wieder verschwindet. Ferner: welche Effekte es hat, in welchen Zusammenhängen es funktioniert, wer seine Träger sind, in welchen Formen es erscheint.“²⁹ Im Rahmen von Intelligence Studies ergeben sich aus den Sarasin'schen Fragen bereits direkte Bezüge, interessieren sich Nachrichtendienste ihrem Wesen nach für Wissen. Nachrichtendienste sind institutionalisiertes Wissen: Sie sammeln Informationen, analysieren und entwickeln Erkenntnisse und geben ihr Wissen, die Finished Intelligence, weiter. Auch beim Truppenabzug gab es Träger und Wege des Wissens. Inwieweit die Partikularinteressen verschiedener Akteure und Institutionen Auswirkungen auf den Wissensbedarf und -stand hatten, wird implizit Gegenstand der Untersuchung sein wie auch die Frage der Verfügbarkeit von und dem Zugang zu vorhandenem Wissen. Letztlich ging es um militärisches und nachrichtendienstliches, teilweise geheimes Wissen, das zunächst innerhalb gewisser institutionell abgegrenzter Räume zirkulierte. Für diese Arbeit dient die Wissensgeschichte lediglich als Ideengeber. Die Studie versteht sich daher nicht vordergründig als wissensgeschichtliche Arbeit.

²⁹ Philipp Sarasin, Was ist Wissensgeschichte?, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 36 (2011), S. 164f.

4. Forschungsstand

In den wenigen wissenschaftlichen Publikationen, die sich mit der Geschichte der GSSD/WGT befassen, stehen meist die sowjetischen Streitkräfte selbst im Vordergrund. Der Abzug der WGT bildet darin in der Regel das Schlusskapitel einer fast 50-jährigen Besatzungs- und Stationierungsgeschichte.³⁰ Hervorzuheben ist dabei die Studie von Silke Satjukow, die zumindest auch auf Interaktionen zwischen WGT und Bundeswehr exemplarisch eingeht.³¹ In einer früheren populärwissenschaftlichen Studie von Ilko-Sascha Kowalczuk und Stefan Wolle spielen die Bundeswehr oder der BND hingegen keine Rolle.³² Christian Th. Müller liefert zwar wertvolle theoretische Überlegungen zu Militärbesatzung und analysiert das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen sowjetischen Besatzungstruppen und DDR-Bevölkerung – zudem noch im Vergleich zu den US-Truppen in der Bundesrepublik –, begrenzt seine Analysen aber auf die DDR-Zeit.³³ Matthias Uhl geht der Frage nach, wie sich die WGT beim Mauerfall und in den letzten Monaten der Existenz der DDR verhielt und trägt damit zur politischen Vorgeschichte des Abzugs bei.³⁴ Sowohl die Rolle der Bundeswehr als auch die des BND finden bei Hans-Albert Hoffmann Erwähnung, jedoch ohne neue Erkenntnisse und ohne Angaben der verwendeten Quellen.³⁵ Die Monographie von Oliver Bange „Sicherheit und Staat“ beleuchtet überblicksartig die Geschichte des Truppenabzugs, die Anteile der Bundeswehr und des BND jedoch nur unzureichend, zumal der Autor wesentliche Archivbestände bei seiner Recherche vernachlässigt hat.³⁶ Seine Ausführungen zur Vorgeschichte des Abzugs sind dagegen durchaus ein Mehrwert für die Forschung.³⁷ Besonders hervorstechend ist indes eine Publikation des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst, der den Truppenabzug in den Mittelpunkt stellt: Der Fotoband „Der Abzug“, der vordergründig die sehenswerten

³⁰ Eine der ersten Darstellungen dieser Geschichte: Kurt Arlt, Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945-1994), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Hrsg. von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S. 593–632.

³¹ Silke Satjukow, Besatzer. »Die Russen« in Deutschland 1945-1994, Göttingen 2008.

³² Ilko-Sascha Kowalczuk und Stefan Wolle, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR 2001.

³³ Christian Th. Müller, US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland. Erfahrungen, Beziehungen, Konflikte im Vergleich, Paderborn 2011.

³⁴ Matthias Uhl, Die sowjetischen Truppen in der DDR zwischen Perestroika, "Wende" und Mauerfall, in: "Damit hatten wir die Initiative verloren". Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/1990. Hrsg. von Rüdiger Wenzke, Berlin 2014. Militärgeschichte der DDR, 23, S. 137–160.

³⁵ Hans-Albert Hoffmann und Siegfried Stoof, Sowjetische Truppen in Deutschland und ihr Hauptquartier in Wünsdorf 1945 - 1994. Geschichten, Fakten, Hintergründe, Berlin 2017, S. 279–295.

³⁶ Insbesondere die Archivbestände BW 55 und BW 2 des Bundesarchivs, Abteilung Militärarchiv.

³⁷ Oliver Bange, Sicherheit und Staat. Die Bündnis- und Militärpolitik der DDR im internationalen Kontext 1969 bis 1990, Berlin 2017 (= Militärgeschichte der DDR, 25), S. 465–498.

Fotografien von Detlef Steinberg zum Abzug präsentiert, beinhaltet ebenso Aufsätze zur Geschichte des Abzugs. Dabei ist erneut Banges Beitrag zur Vorgeschichte zu erwähnen,³⁸ vor allem aber der Aufsatz von Christoph Meißner, der zum ersten Mal intensiver mit dem wichtigen Quellenbestand des Deutschen Verbindungskommandos zur WGT arbeitet und somit erstmalig quellengestützte Erkenntnisse darlegt. Dabei geht auch er überblicksartig auf das Wirken der Bundeswehr ein.³⁹ Damit sind alle wesentlichen wissenschaftlichen Publikationen über den Abzug der WGT genannt. Hieraus geht klar hervor, dass bei der Erforschung des Abzugs eklatante Lücken herrschen, vor allem zum deutschen Anteil an dieser Geschichte. Eine Monografie über die neueste Geschichte der Bundeswehr, die dezidiert auf die Zeit des Truppenabzugs eingeht, liegt ebenso nicht vor. Die wenigen Grundlagenwerke zur Bundeswehrgeschichte nehmen kaum Bezug zum Truppenabzug.⁴⁰ Überhaupt fehlt es noch an militär- und organisationsgeschichtlichen Studien zur Bundeswehr der 1970er und 1980er Jahre. Auch fehlen Veröffentlichungen zur Spitzengliederung der Bundeswehr und des BMVg während des Kalten Krieges und der 1990er Jahr. Somit mussten für diese Arbeit viele Grundlagen über Bundeswehr und BMVg selbst erarbeitet werden.

Der Truppenabzug ist eingebettet in die Geschichte der deutschen Wiedervereinigung. Hierzu gibt es umfassende Werke, die dabei insbesondere die außenpolitischen und diplomatiegeschichtlichen Aspekte beleuchten. Vor allem Hanns Jürgen Küster und Werner Weidenfeld haben den sogenannten Zwei-plus-Vier-Prozess intensiv analysiert.⁴¹ Alexander von Platons Darstellungen liefern wichtige

³⁸ Oliver Bange, Die Sicherheitspolitik Moskaus und der Stationierungsalltag in der DDR. Vorgeschichte und Beginn des Abzuges von 1983 bis 1991, in: Der Abzug. Die letzten Jahre der russischen Truppen in Deutschland. Hrsg. von Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Berlin 2016, S. 37–55.

³⁹ Christoph Meißner, Der Abzug der Westgruppe aus der Perspektive deutscher Quellen, in: Der Abzug. Die letzten Jahre der russischen Truppen in Deutschland. Hrsg. von Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Berlin 2016, S. 56–73.

⁴⁰ Rink, Die Bundeswehr, 2015; Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden, Einsichten, Perspektiven, hrsg. von Frank Nägler, München 2007 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 7).

⁴¹ Hanns Jürgen Küsters, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990, Oldenburg 2000; Werner Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998 Siehe auch: Angela Fischer, Entscheidungsprozeß zur deutschen Wiedervereinigung. Der außen- und sicherheitspolitische Entscheidungsprozeß der Koalitionsregierung Kohl/Genscher in den Schicksalsjahren 1989/90, Frankfurt am Main 1996; Rafael Biermann, Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang, Paderborn 1997.

Details zur Verhandlung über den Truppenabzug, die der Zeitzeuge Horst Teltschik durch seine Erinnerungen anreichert.⁴²

Einen besonderen Wert für die Geschichtswissenschaft haben neben amtlichen Quellen auch veröffentlichte Beiträge von Zeitzeugen. Hiervon gibt es für den Truppenabzug einige zu nennen, die nützliche Informationen über die Rolle der Bundeswehr beim Abzug liefern. Vor allem in Ergänzung mit Zeitzeugengesprächen konnten hier abseits der Archivquellen wichtige Hinweise für die Recherche aber auch für die Quelleninterpretation geliefert werden. Zu erwähnen sind dabei die Beiträge von und Interviews mit ehemaligen Angehörigen des Deutschen Verbindungskommandos zur WGT.⁴³

Zur frühen Geschichte des BND gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, wobei die militärische Auslandsaufklärung dabei ein Spezialthema ist. Matthias Uhl und Armin Wagner lieferten mit „BND contra Sowjetarmee“ im Prinzip die Vorreiterstudie für die vorliegende Arbeit. Allerdings standen den Autoren für ihre Recherche BND-Akten bis lediglich 1976 zur Verfügung. Die Militäraufklärung des BND in den späten 1970er und 1980er Jahren deckten sie mit Archivquellen der Spionageabwehr des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ab. Damit lieferten sie einen wegweisenden Beitrag zur Geschichte der militärischen Auslandsaufklärung des BND vor allem in Hinblick auf sowjetische Truppen in der DDR. Zur Rolle des BND beim Abzug konnten Uhl und Wagner allerdings auch keine neuen Erkenntnisse liefern. Dafür gelingt ihnen eine erste Kontextualisierung der militärischen Auslandsaufklärung des BND und auch dessen, was Juretzko eher belletristisch verarbeitet hat.⁴⁴ Die militärischen Wurzeln des BND sowie die enge Verbindung zur

⁴² Alexander von Plato, *Die Wiedervereinigung Deutschlands - ein weltpolitisches Machtspiel*. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002; Horst Teltschik, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991 Siehe auch: Gerhard A. Ritter, Hans-Dietrich Genscher. *Das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung*, München.

⁴³ Bernhard Mroß, *Sie gingen als Freunde... Der Abzug der Westgruppe der sowjetisch-russischen Truppen 1990-1994*, Harrislee 2005; Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Hans Ehlert, *Regionale militärische Umsetzung. Planung und Aufbau des Bundeswehrkommandos Ost und der Abzug der Westgruppe der sowjetischen Truppen*, in: *Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente*. Hrsg. von Hans Ehlert, Berlin 2002, S. 233–238; Otto Freiherr Grote, *Die Westgruppe verlässt Deutschland. Der Abzug aus der Perspektive des Chefs des Stabes des Verbindungskommandos zur WGT*, in: *Der Abzug. Die letzten Jahre der russischen Truppen in Deutschland*. Hrsg. von Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Berlin 2016, S. 74–89; Thomas Pruschwitz, *Der sowjetische Truppenabzug aus Deutschland (1990-1994). Über den schwierigen Anfang vom Ende der sowjetischen Militärpräsenz*. Interview mit Otto Freiherr Grote, in: *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte (2008)*, S. 104–119.

⁴⁴ Uhl, Wagner, *BND contra Sowjetarmee*, 2008.

Aufstellung der Bundeswehr stellt Agilolf Keßelring ausführlich in seiner UHK-Studie dar. Damit erklärt er auch wesentliche Strukturen des deutschen Nachrichtenwesens, die bis in die 1990er Jahre – ja sogar bis in die Gegenwart – nachwirken.⁴⁵ Wichtige Aspekte des Zusammenwirkens, aber auch der Konkurrenz zwischen Bundeswehr und BND liefert Armin Müller, wobei sein Fokus auf der strategischen Fernmeldeaufklärung liegt.⁴⁶ Das Sozialprofil der Bundeswehr untersucht Christoph Rass in seiner Studie, in der auch die Soldaten im BND thematisiert werden.⁴⁷ Eine der neuesten UHK-Studien betrachtet die DDR-Spionage des BND bis 1961, wobei Ronny Heidenreich kein positives Urteil über die Militäraufklärung des BND fällt – im Gegensatz zu Uhl und Wagner 2008.⁴⁸ Mehr wissenschaftliche Publikationen zur Geschichte des BND mit Bundeswehrbezügen sind derzeit nicht zu nennen. Wolfgang Krieger hat eine UHK-Studie die Partnerdienstbeziehungen der Organisation Gehlen und des BND analysiert. Dabei spielt auch immer wieder die militärische Auslandsaufklärung eine Rolle, jedoch die hieraus schwerlich Rückschlüsse auf die 1980er/1990er Jahre zu ziehen.⁴⁹

Aufgrund des schlechten Zugangs zu amtlichen Quellen der Nachrichtendienste bestimmen größtenteils populärwissenschaftliche, journalistische und autobiographische Werke der Rezeption des BND. Einblicke in die Rolle der militärischen Auslandsaufklärung der 1980er Jahre gewährt beispielsweise ein Interview mit Hans-Georg Wieck, der 1985 bis 1990 Präsident des BND war und dabei seinen Interviewern sein Leid über die Missachtung des Dienstes durch das Bundeskanzleramt klagt.⁵⁰ Offensichtlich hervorragend im Nachrichtenwesen vernetzt, schildert Eric Gujer interessante Hintergründe zum Wandel des BND nach

⁴⁵ Keßelring, Die Organisation Gehlen, 2017.

⁴⁶ Armin Müller, Wellenkrieg. Agentenfunk und Funkaufklärung des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, Berlin 2017 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 5).

⁴⁷ Christoph Rass, Das Sozialprofil des Bundesnachrichtendienstes. Von den Anfängen bis 1968, Berlin 2016 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 1).

⁴⁸ Ronny Heidenreich, Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau, Berlin 2019

(= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 11) Zur Rolle der Militäraufklärung siehe insb. S. 292-310.

⁴⁹ Wolfgang Krieger, Partnerdienste. Die Beziehungen des BND zu den westlichen Geheimdiensten 1946-1968, Berlin 2021 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 12).

⁵⁰ Nicole Glocke und Peter Jochen Winters, Im geheimen Krieg der Spionage. Hans-Georg Wieck (BND) und Markus Wolf (MfS), Halle (Saale) 2014.

dem Ende des Kalten Krieges, wobei die Rolle des BND beim Abzug den Einstieg in sein Buch liefert.⁵¹ Die Details und Tiefgründigkeit seiner Schilderungen lassen annehmen, dass Gujer während seiner Recherchen aktive Nachrichtendienstler als Gesprächspartner gehabt haben muss. In ähnlicher Weise, wenngleich weniger analytisch wie Gujer, machen es die Autoren Udo Ulfkotte und Erich Schmidt-Eenboom dem Historiker nicht leicht, da sie zwar mit gewinnbringenden und augenscheinlich gut recherchierten Informationen aufwarten, die Herkunft der Informationen in der Regel aber kaum nachvollziehbar ist und die Aussagen der Autoren dadurch wenig überprüfbar sind. Auch äußern sich die Autoren zu grundlegenden Zusammenhängen und Hintergründen der militärischen Auslandsaufklärung des BND und seiner Zusammenarbeit mit der Bundeswehr.⁵² Der Abzug der WGT wird in diesem Zusammenhang jedoch nicht thematisiert. Günther Weiße ordnet indes aus vornehmlich autobiographischer Perspektive das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr und die militärische Auslandsaufklärung des BND in die NATO Intelligence Community ein.⁵³ Auch hier ist die Überprüfbarkeit seiner Aussagen nur teilweise gegeben. Vergleichbare Studien liegen zur technischen und Fernmeldeaufklärung von Bundeswehr und BND vor.⁵⁴ An die wissenschaftliche Qualität, Quellendichte und Akribie von Müllers „Wellenkrieg“ kommen diese genannten Werke jedoch nicht heran.⁵⁵ Müller untersucht dabei die historischen Grundlagen der strategischen Fernmeldeaufklärung des BND und den dauerhaften Zwist mit der Bundeswehr in diesem Bereich.

Eine Brücke zwischen der Geschichte der alliierten Militärverbindungsmissionen (MVM) und der Rolle des BND beim Abzug schlägt Söhnke Streckel, der akribisch die Akten des MfS auswertet und viele Details zur Arbeit der MVM offengelegt. Zur Rolle des BND begnügt er sich jedoch auch nur mit

⁵¹ Gujer, Kampf an neuen Fronten, 2008.

⁵² Erich Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND, Düsseldorf 1995; Erich Schmidt-Eenboom, Der BND. Schnüffler ohne Nase, Düsseldorf 1993; Schmidt-Eenboom, Blick zurück im Zorn, 2014; Udo Ulfkotte, Verschlusssache BND, Berlin/München 2006.

⁵³ Günther K. Weiße, NATO-Intelligence. Das militärische Nachrichtenwesen im Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) 1985-1989, Stuttgart 2013.

⁵⁴ Günther K. Weiße, Geheime Funkaufklärung in Deutschland 1945-1989, Stuttgart 2005; Rudolf Grabau, Die Fernmeldetruppe EloKa des Heeres in den Jahren 1957 bis 1990. Geschichte der Truppenteile, Organisation, Ausbildung, Personal, Bonn 1995; Rudolf Grabau, Fernmeldeelektronische Aufklärung, Elektronische Gegenmaßnahmen und Elektronischer Kampf im Heer in den Jahren 1957 bis 1990, Bonn 1998 (= Die Fernmeldetruppe EloKa des Heeres 1956 - 1990, 4); Rudolf Grabau, Lageaufklärung Ost. Elektronische Kampfführung - SIGINT - des Heeres der Bundeswehr im Kalten Krieg, Berlin 2014 (= Geheime Nachrichtendienste).

⁵⁵ Vgl.: Müller, Wellenkrieg, 2017.

den Informationen von Norbert Juretzko und möglicherweise einigen Hintergrundinformationen ehemaliger MVM-Angehöriger.⁵⁶ Stephen Hoyt beschreibt die Transformation der amerikanischen MVM zu einer kombinierten Beschaffungs- (Collection) und Analyseeinheit sowie ihre Überführung in eine Nachfolgeorganisation nach 1990, die in enger Verbindung zum BND stand.⁵⁷ Ansonsten ist die Aufarbeitung der MVM-Geschichte mehrheitlich von Memoiren- und Zeitzeugenliteratur geprägt.⁵⁸ Die Übergang der MVM in die Zeit nach 1990 wird dabei nur am Rande oder gar nicht erwähnt. Hier gibt es noch große Forschungslücken.

Ebenso unzureichend ist bislang die Erforschung der Stationierung und des Abzugs der sowjetischen Nuklearwaffen in der DDR und später in Ostdeutschland. Hier haben sich vor allem Lokalhistoriker und Heimatforscher verdient gemacht, die sowohl auf der Grundlage der spärlichen Archivquellen – insbesondere Überlieferungen des MfS und des BND – sowie durch die Untersuchung der baulichen Überreste ehemaliger Nuklearwaffenlager neue Informationen ans Tageslicht brachten.⁵⁹ Eine wissenschaftliche Studie zu Nuklearwaffen in der DDR gibt es bislang nicht. Zumindest die Einführung von Raketentechnik in die sowjetischen und DDR-

⁵⁶ Söhnke Streckel, *Lizensierte Spionage. Die alliierten Militärverbindungsmissionen und das MfS*, Magdeburg 2008.

⁵⁷ Stephen V. Hoyt, *Cold War Pioneers in Combined Intelligence and Analysis*, in: *Intelligence and National Security*, 23 (2008).

⁵⁸ James R. Holbrook, *Potsdam Mission. Memoir of an U.S. Army Intelligence Officer in Communist East Germany*, Bloomington 2008; Steve Gibson, *The Last Mission. Behind the Iron Curtain*, Stroud 1997; Tony Geraghty, *BRIXMIS. The Untold Exploits of Britain's Most Daring Cold War Spy Mission*, London 1996; Peter G. Williams, *Intelligence Operations in the former East Germany by the British Commanders'-in-Chief Mission to the Soviet Forces in Germany (BRIXMIS) - 1946-1990*, 2017; Rod Saar, *BRIXMIS-Mission in the Soviet Frontline in East Germany 2017*; Mehrere Zeitzeugen kommen in diesem Sammelband zu Wort: *Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990*, hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004. Als deutsche wissenschaftliche Monographie ist zu erwähnen: Dorothee Mußnug, *Alliierte Militärmissionen in Deutschland 1946-1990*, Berlin 2001 (= *Zeitgeschichtliche Forschungen*, 9).

⁵⁹ Volker Eckart und Uwe Feldmann, *Tarnname "Fichte". Die Geschichte des Kernwaffenlagers "Lychen-II"*, Berlin 2014; Matthias Karthe und Christoph Schuster, *Tarnname "Kolybel". Sowjetische Atomraketen in der Oberlausitz, Königsbrück 2016*; Dirk Reinhardt, *Geschichte(n) aus dem Kalten Krieg*, Trebsen 2018 (= *Trebsener Sackblatt - Spezial*, 3); Matthias Karthe, *Katalog der Splitterschutzgaragen der GSSD 2018*; Reiner Helling und Dietmar Steinecker, *Das unbekanntes Geheimnis. Über das Atomwaffenlager Linda/Stolzenhain*, Jessen 2018; Stefan Büttner, Klaus Stark, *Nur 15 Minuten bis zum Atomschlag. Marschflugkörper in Deutschland*, in: *Fliegerrevue Extra* (2011), S. 6–43; Stefan Büttner und Lutz Freundt, *Rote Plätze. Russische Militärflugplätze in Deutschland 1945-1994*, Berlin 2007.

Streitkräfte in den späten 1950er und 1960er Jahren hat Matthias Uhl erforscht, wobei er auch den Beginn der Stationierung von Nuklearwaffen in der DDR aufgreift.⁶⁰

Somit kann festgestellt werden, dass zur Rolle der Bundeswehr und des BND beim Abzug der WGT noch keine umfassende wissenschaftliche Publikation vorliegt. Die Geschichte des Truppenzugs wurde bislang mehrheitlich als Schlusskapitel einer Besatzungs- und Stationierungsgeschichte gesehen. Auch galt den Herausforderungen der abziehenden sowjetischen/russischen Truppen mehr Aufmerksamkeit, als dem Anteil Deutschlands am Abzug. Eine Einordnung des Abzugs in die deutsche Militär- und Nachrichtendienstgeschichte fehlt. Diese Lücke will die vorliegende Studie schließen.

5. Quellen

Als zentraler Quellenbestand für diese Arbeit sind die Überlieferungen des Deutschen Verbindungskommandos zur WGT (DtVKdoWGT) im Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv (BArch, MA) zu sehen. In mehr als 400 Aufbewahrungseinheiten liefert die Provenienz mit der Bestandssignatur BW 55 einen der bislang umfassendsten Einblicke in den Truppenabzug. Zwar stehen dabei die Vorgänge des DtVKdoWGT im Vordergrund, zahlreiche Korrespondenzen mit anderen Dienststellen und Behörden ermöglichen jedoch einen Erkenntnisgewinn über die Grenzen des Verbindungskommandos hinaus. Wer zukünftig zu sowjetischen Truppen in Deutschland forscht, kommt an dem Bestand BW 55 nicht mehr vorbei. Der Aktenbestand ist analog zur Gliederung des DtVKdoWGT strukturiert und ermöglicht so eine sehr zielgerichtete Recherche. Selbst Hinweise auf die Zusammenarbeit mit dem BND ließen sich darin finden.⁶¹

Als zweiter wesentlicher Bestand sind die Überlieferungen des Führungstabs der Streitkräfte des BMVg zu nennen.⁶² Allerdings gestaltet sich die Recherche im Bestand BW 2 aufgrund seines Umfangs und der kaum vorhandenen Ordnung als

⁶⁰ Matthias Uhl, Atomraketen für die NVA? Zur Erstausrüstung der Nationalen Volksarmee der DDR mit Kernwaffeneinsatzmitteln, in: Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven. Hrsg. von Hans Ehlert und Matthias Rogg, Berlin 2004. Militärgeschichte der DDR, S. 187–204; Matthias Uhl, Sowjetische Raketen im Kalten Krieg 1945-1991, in: Atomraketen. Symbole des Kalten Krieges. Hrsg. von Luftfahrthistorische Sammlung Finowfurt 2008, S. 18–22; Matthias Uhl, Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962, München 2008 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 73).

⁶¹ BArch, MA, BW 55/1-437: Schriftgut des DtVKdoWGT, 1990-1994.

⁶² BArch, MA, BW 2: Schriftgut des Führungstabs der Streitkräfte (Fü S), 1955ff.

deutlich schwieriger als bei BW 55. Vor allem Dokumente aus den Bereichen Militärpolitik, militärisches Nachrichtenwesen und militärisches Transportwesen, die sich im Führungsstab der Streitkräfte auf drei Stabsabteilungen verteilten, enthalten viele verwertbare Dokumente, die grundsätzlich größtenteils der 30-jährigen Schutzfrist unterliegen.⁶³

Vor allem zur Erforschung der Geschichte der Nuklearwaffen in der DDR erwiesen sich die Aktenbestände des MfS, hier vor allem der Bereiche Spionageabwehr und Transportsicherung, als ergiebig.⁶⁴ Die umfangliche und unkomplizierte Herausgabe durch den Bundesbeauftragten für Staatssicherheitsunterlagen (BStU) offenbarte zwar wichtige Einsichten in die nukleare Transportlogistik der sowjetischen Truppen. Jedoch entstand im Lesesaal – und in Verbindung mit der Recherche in anderen Publikationen – der Eindruck, dass durch die wiederholte Herausgabe derselben Akten an die Forscher nur noch wenige neue Quellen in den letzten Jahren hinzugekommen sind. Warum in Deutschland trotz der vielen Dokumente dennoch so wenig über Nuklearwaffen in der DDR bekannt ist, hat sich dem Verfasser noch nicht erschlossen. Zu diesem Thema sind unbedingt mehr Veröffentlichungen notwendig. Dass über sowjetische Nuklearwaffenlager in der DDR angeblich nichts herauszufinden sei, kann diese Arbeit widerlegen. Dies bezieht sich allerdings nur auf deutsche Quellenüberlieferungen. Russische Staatsarchive gaben zu diesem sensiblen Thema bisher keine Quellen heraus. Angesichts der derzeitigen Spannungen zwischen Russland und der NATO ist dies mittelfristig auch nicht zu erwarten. Es kann davon ausgegangen werden, dass viele grundlegende Prozeduren in der Wartung, Lagerung und im Transport von russischen Nuklearwaffen denen aus der Sowjetzeit stark ähneln. Es ist daher nicht im Interesse Russlands, wenn darüber zu viel bekannt würde.

Die Quellenlage zur Geschichte des BND ist bisweilen diffizil. Im Bundesarchiv in Koblenz stehen mittlerweile alle Jahresberichte sowie die Wochenberichte der Militärauswertung des BND bis einschließlich 1992 zur Verfügung.⁶⁵ Dadurch ist es möglich, das Wissen des BND über sowjetische Truppen

⁶³ Mitarbeitern des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) ist die Nutzung und das Zitieren von Akten innerhalb der 30-jährigen Schutzfrist gestattet, solange die Dokumente nicht höher als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ (VS-NfD) eingestuft sind.

⁶⁴ BStU, MfS HA II und HA XIX, bis 1989.

⁶⁵ BArch, B 206: Provenienzen des BND.

beurteilen zu können. Details über das Vorgehen des BND oder den Ursprung dieses Wissens geht aus diesen Quellen jedoch nicht hervor. Die Berichte geben Einblicke in die Arbeitsweise der Auswerter und Analysten, nicht jedoch in die operative Beschaffung. Die verfügbaren Dokumente enthalten keine Schwärzungen und unterliegen keinen Schutzfristverkürzungen; einige Jahres-, Wochen- und Monatsberichte, etwa aus den 1970er und 1980er Jahren, fehlen jedoch aus unbekanntem Gründen. Auch wäre die Offenlegung der zahlreichen Einzelmeldungen oder -berichten wünschenswert, die vermutlich noch im BND-Archiv aus der Zeit des Kalten Krieges lagern. Sie haben mittlerweile größtenteils an „Brisanz“ verloren und würden die Forschung um wichtige Detail- und Hintergrundinformationen bereichern. Eine schriftliche Anfrage beim BND zu Informationen über den Truppenabzug ließ die Behörde unbeantwortet. Im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes händigte das für den BND zuständige Bundeskanzleramt zwar eine Reihe von Dokumenten aus, jedoch betrafen diese vor allem die Verhandlungsphase des Aufenthalts- und Abzugsvertrags im Sommer/Herbst 1990. Jedwede Akten mit Bezug zum BND zwischen 1991 und 1994, die nachweislich dem Bundeskanzleramt vorliegen und dem Autor aufgelistet wurden, wurden jedoch mit Verweis auf Versagungsgründe nach dem Informationsfreiheitsgesetz nicht herausgegeben. Hier wurde auf die Schutzbedürftigkeit nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und Methoden sowie den Einstufungsgrad der Dokumente verwiesen. Es gibt hierbei keine Verpflichtung zur Aktenherausgabe oder ein Recht auf Einsichtnahme, da die betreffenden Bestände noch nicht unter das Bundesarchivgesetz fallen.

Insofern fehlen noch weitere amtliche Quellen zur Rolle des BND beim Abzug. Eine Quellensättigung wie bei den UHK-Studien ist daher in den hiesigen BND-Abschnitten kaum zu leisten. Es muss daher auch ohne die Herausgabe neuer Akten durch den BND oder das Bundeskanzleramt gelingen, das Wirken des BND beim Truppenabzug nachzuzeichnen.

Einige Wissenslücken konnten durch Zeitzeugengespräche geschlossen werden. Aus dem Bereich des militärischen Nachrichtenwesens und der Nachrichtendienste müssen die Zuträger in den meisten Fällen anonym bleiben. Die – wenngleich in diesem alle ausnahmslos ehemaligen – Mitarbeiter im Nachrichtenwesen sind besonders schutzbedürftig, sodass hier nicht, wie sonst bei Oral History üblich, in vollem Umfang auf die Hintergründe der Zeitzeugen eingegangen werden kann.

II. Sowjetische Truppen im Fokus: Westliche Militäraufklärung gegen die GSSD/WGT bis 1990

1. Militärische Auslandsaufklärung des BND

a. Aufklärung sowjetischer Truppen als Kontinuum

Die Frühgeschichte des BND ist verbunden mit seinem Vorläufer „Organisation Gehlen“. Reinhard Gehlen, der von April 1942 die Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost leitete, zuletzt im Range eines Generalmajors,⁶⁶ ist die Schlüsselfigur in der Entstehungsgeschichte des deutschen Auslandsnachrichtendienstes. In amerikanischer Kriegsgefangenschaft bot er nach dem Krieg zuvor sichergestellte Dokumente über die Rote Armee erfolgreich den Amerikanern an.⁶⁷ Der US-amerikanischen Auslandsaufklärung mangelte es an Erkenntnissen über die Rote Armee,⁶⁸ sodass Gehlens Angebot zur rechten Zeit kam.⁶⁹ Es gelang Gehlen, einen Teil seiner früheren Kameraden von Fremde Heere Ost um sich zu versammeln und die ehemalige Abteilung des deutschen Generalstabs gewissermaßen weiterleben zu lassen. „Gehlen und seine Mitarbeiter wechselten zwar die Seite, aber nicht ihr Aufklärungsobjekt.“⁷⁰ Die Fortsetzung der Aufklärung sowjetischen Militärs insbesondere in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) erhielt 1946 den Operationsnamen „Rusty“.⁷¹ Der Vorläufer des westdeutschen

⁶⁶ Für umfassende Informationen über Reinhard Gehlen siehe: Heinz Höhne und Hermann Zolling, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971; Keßelring, Die Organisation Gehlen, 2017; Rolf-Dieter Müller, Reinhard Gehlen. Die Biographie, Berlin 2018 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 7); Magnus Pahl, Fremde Heere Ost. Hitlers militärische Feindaufklärung, Berlin 2012.

⁶⁷ Für weitere Hintergründe zur US-amerikanischen Übernahme Gehlens und seiner Mitarbeiter siehe: Bodo Hechelhammer, Unter amerikanischer Flagge: Die »Bolero-Group« um Reinhard Gehlen, in: Achtung Spione! Geheimdienste in Deutschland 1945 bis 1956. Hrsg. von Magnus Pahl, Gorch Pieken und Matthias Rogg, Dresden 2016. Forum MHM, Essays.

⁶⁸ Vgl.: Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 38.

⁶⁹ Sebastian Erxleben, Agenten zwischen den Fronten. Der Bundesnachrichtendienst zwischen Auftrag, Rechtslage und Historie, München 2015, S. 89; Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 31.

⁷⁰ Pahl, Fremde Heere Ost, 2012, S. 321.

⁷¹ Forging an Intelligence Partnership: CIA and the Origins of the BND 1945-49. A Documentary History, Volume 2, hrsg. von CIA History Staff, Center for the Study of Intelligence, Washington DC 1999, S. XVII; Krieger, Partnerdienste, 2021, S. 54–60; Heidenreich, DDR-Spionage des BND, 2019, S. 66.

Auslandsnachrichtendienst sollte, anders als zuvor bei Fremde Heere Ost,⁷² sowohl Nachrichtenbeschaffung als auch -auswertung unter einem Dach vereinen.⁷³ „Damit lebte die Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost in mancherlei Hinsicht noch lange nach Kriegsende in Gehlens bundesrepublikanischen Nachrichtendienst fort“, wie Magnus Pahl konstatierte.⁷⁴ Die nachrichtendienstliche Aufklärung sowjetischer Truppen insbesondere in der späteren DDR bestimmte die Genesis des BND.

Die amerikanische Seite, hier vor allem die US Army, interessierte sich nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges vor allem für die „Order-of-battle“ (ORBAT) der sowjetischen Besatzungstruppen, also Strukturen, Stärke, Ausrüstung und Standorte.⁷⁵ Die frühe Kooperation der deutschen Militäraufklärer mit den amerikanischen Diensten orientierte sich fachlich daher vor allem an den amerikanischen Interessen – eine Parallele zur Rolle des BND beim Truppenabzug in den 1990er Jahren. Die Organisation Gehlen führte demgemäß taktische Aufklärung gegen die sowjetischen Besatzungstruppen in der DDR durch. 90% des Meldeaufkommens der Organisation Gehlen in den 1950er Jahren hätten militärische Fragen betroffen, davon fielen mindestens 80% auf die DDR.⁷⁶ Von US-Seite wurde die Organisation Gehlen für seine mangelnde strategische Analysefähigkeit kritisiert: „The few strategic reports are, for the most part, broad interpretations of material which is generally available to the foreign press.“⁷⁷ Trotz aller Bedenken konnte die Organisation Gehlen weiterarbeiten und trug mit ihren Aufklärungsergebnissen, wenngleich diese die taktische Ebene zunächst kaum überschritten, zum Lagebild der westlichen Nachrichtendienste bei.⁷⁸

Wie Wagner und Uhl in ihrer Studie umfassend darlegen, gelang es zunächst der Organisation Gehlen und später dem BND, menschliche Quellen in der DDR

⁷² Für die Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost konstatiert Pahl insbesondere für die Zeit vor dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 große Defizite in der Informationsbeschaffung der Wehrmacht, die sich negativ auf die Qualität der Nachrichtenauswertung von Fremde Heere Ost auswirkten. Nach Operationsbeginn blieb die Arbeit der Abteilung Fremde Heere Ost auf die Bearbeitung der Feindlage beschränkt. Siehe: Pahl, *Fremde Heere Ost*, 2012, S. 80–87.

⁷³ Ebd., S. 132; Uhl, Wagner, *BND contra Sowjetarmee*, 2008, S. 51.

⁷⁴ Pahl, *Fremde Heere Ost*, 2012, S. 328.

⁷⁵ Harold A. Skaarup, *Out of Darkness - Light. A History of Canadian Military Intelligence*, Lincoln 2005; Uhl, Wagner, *BND contra Sowjetarmee*, 2008, S. 36.

⁷⁶ Andreas Hilger, *Der westdeutsche Nachrichtendienst und Osteuropa*, in: *Achtung Spione! Geheimdienste in Deutschland 1945 bis 1956*. Hrsg. von Magnus Pahl, Gorch Pieken und Matthias Rogg, Dresden 2016. Forum MHM, Essays, S. 292.

⁷⁷ Galloway, *Memorandum for the Director*, 1999, S. 371.

⁷⁸ Vgl.: Uhl, Wagner, *BND contra Sowjetarmee*, 2008, S. 42 u. 48.

für die Aufklärung der sowjetischen Truppen im Rahmen der Operation „Rusty“ anzuwerben, zu führen und durch sie Informationen zu gewinnen. Aufklärungsziele waren die militärischen Objekte der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen (GSBT) in der SBZ/DDR und ab 1954 der GSSD. Mithilfe dieser und weiterer Maßnahmen sollte klassische ORBAT-Intelligence (ORBAT-INT) betrieben werden, um Lage und Absicht der GSSD beurteilen zu können. Diese sogenannten Standortüberwacher⁷⁹ schienen bis zum Mauerbau 1961 „unerschöpflich“⁸⁰: „Mit Hilfe einer Vielzahl von V-Leuten zeigte sich die Organisation Gehlen in der Lage, die Standorte der GSBT und GSSD flächendeckend zu überwachen. Ab 1951 ist dies durch die Standortkartei des BND im Einzelnen nachweisbar.“⁸¹ Dennoch war der Ansatz der Organisation Gehlen, mithilfe verdeckter Informanten in der DDR Informationen zu sammeln, materiell und personell besonders aufwendig. Zudem kam erschwerend hinzu, da es dem Dienst kaum gelang, Quellen innerhalb der sowjetischen Truppen zu gewinnen. Nicht jeder ostdeutscher Informant hatte überdies Zugang zu den militärischen Liegenschaften, sodass die Tätigkeit der Quellen meist auf das bloße Beobachten von Standorten begrenzt war.⁸² Nach dem Mauerbau 1961 verschlechterten sich die Bedingungen für den BND, menschliche Quellen in der DDR zu führen. Verbindungs- und Kommunikationswegen zwischen Quellen und Quellenführer wurden unterbrochen. Darunter litt nicht nur die Militäraufklärung des BND, sondern allgemein das Beschaffungswesen auf dem Operationsgebiet DDR.⁸³ Auch andere ausländische Nachrichtendienste, die die DDR aufzuklären versuchten, bekamen die Grenzschießung zu spüren.⁸⁴ „Der Mauerbau zwang den Bundesnachrichtendienst zu einem neuen Ansatz bei der Aufklärung der sowjetischen Garnisonen und Truppen in der DDR. [...] Pullach [setzte] verstärkt auf fernmeldetechnische und -elektronische Aufklärung

⁷⁹ Matthias Uhl und Armin Wagner, Pullachs Aufklärung gegen sowjetisches Militär in der DDR. Umfang, Potential und Grenzen der order-of-battle-intelligence von Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst, in: Deutschland Archiv (2007), S. 54.

⁸⁰ Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 87.

⁸¹ Ebd., S. 93.

⁸² Ronny Heidenreich, Daniela Münkler und Elke Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953, Berlin 2016 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 3), S. 27f.

⁸³ Hartwig, BND-Erkenntnisse über DDR-Wirtschaft, 2017, S. 84.

⁸⁴ Vgl.: Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 118.

(SIGINT).⁸⁵ Auch wurde der Einsatz von Reisequellen⁸⁶, also von in die DDR einreisenden Bundesbürgern, ausgebaut, die gezielt sowjetische Liegenschaften aufklärten.⁸⁷ Die operativen Möglichkeiten des BND zur Militäraufklärung in der DDR werden in einem späteren Abschnitt vertieft.

Dennoch dürfen die frühen Erfolge der deutschen Militäraufklärung in Pullach nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit diesem begrenzten militärnachrichtendienstlichen Ansatz kein allumfassendes Lagebild erstellt werden konnte. Ein Ereignis wie der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ließ sich nicht durch Standortüberwacher vorhersagen. Gleichwohl gilt: „Während des Volksaufstandes [vom Juni 1953] brachte allein die Militärspionage [der Organisation Gehlen] befriedigende Ergebnisse. Seit Beginn des ‚Jupiter‘-Programmes war es der Organisation Gehlen gelungen, eine nahezu flächendeckende und systematische Überwachung der sowjetischen Besatzungstruppen sicherzustellen.“⁸⁸ Heidenreich kommt jüngst zu einem kritischeren Urteil über die Qualität der frühen BND-Militäraufklärung. Im Vergleich zu den westlichen Partnerdiensten habe der BND an letzter Stelle bezüglich der „Deckungs- und Meldungslage“ gestanden. „Der Pullacher Beitrag zum Lagebild des westlichen Bündnisses war damit weitaus weniger bedeutend, als Reinhard Gehlen dies zeitlebens vorgab.“⁸⁹

Mit Gehlen und seinem Nachfolger Gerhard Wessel hatte der BND bis 1978 zwei militärisch und kriegserfahrene Präsidenten, die die militärische Auslandsaufklärung prioritär betrachteten. Jedoch regte sich diesbezüglich zunehmend Widerstand in Bonn, da dort Informationen von überwiegend militärischem Charakter auf wenig Resonanz stießen. Die Spiegel-Serie „Pullach intern“ von 1971 berichtet von einer Besprechung im Kanzleramt über Abrüstungsverhandlungen, in der Wessels Lagevortrag von Kanzleramtschef und Dienstvorgesetzten Ehmke kritisiert worden sei: „Uns interessiert nicht die militärische, uns interessiert die politische Seite der Verhandlungen.“ Weiter ist überliefert, dass auf Wessels Entgegnung, dass Abrüstung nun mal ein militärisches Thema sei, Ehmke wie folgt reagiert hätte: „Herr Wessel, hören Sie endlich mit

⁸⁵ Ebd., S. 121.

⁸⁶ Auch Reise- oder Transitspione genannt. Vgl.: Ebd.

⁸⁷ Ebd., S. 122.

⁸⁸ Heidenreich, Münkler, Stadelmann-Wenz, Geheimdienstkrieg in Deutschland, 2016, S. 27.

⁸⁹ Heidenreich, DDR-Spionage des BND, 2019, S. 300.

dem militärischen Zeug auf, kümmern Sie sich gefälligst mehr ums Politische.“ Obwohl beide Akteure diesen Gesprächsverlauf im Nachhinein dementierten, habe der Vorfall seine Runde in Pullach gemacht.⁹⁰ Der genaue Verlauf dieser Unterredung lässt sich bislang nicht verifizieren, jedoch fügt sich die Schilderung in die Entwicklung des BND zu jener Zeit – weg vom überwiegend auf militärische Fragen konzentrierten Dienst, hin zu einem politischen Auslandsnachrichtendienst mit strategischer Weitsicht. Nicht-militärische Bereiche der DDR-Aufklärung vermochte der BND unter Wessel nur unzureichend abzudecken, obwohl der ansonsten eher BND-kritische Kanzleramtschef Ehmke mehr Erkenntnisse über die DDR einforderte.⁹¹

Was Wessel nicht vollends gelang,⁹² sollte erste Früchte unter dem dritten BND-Präsidenten Klaus Kinkel tragen. „Dem zweiten General aus alten Zeiten [Wessel] folgte am 1. Januar 1979 der erste ungediente Zivilist als Präsident des Bundesnachrichtendienstes, der Beamte und spätere FDP-Politiker Klaus Kinkel.“⁹³ Er war der erste zivile, ungediente Präsident des BND, der jedoch während seiner Zeit im Auswärtigen Amt und im Bundesinnenministerium Berührungspunkte zum BND hatte.⁹⁴ Zu militärischen Themenfeldern oder gar sowjetischer Militärpolitik hatte er vor seiner BND-Verwendung keine Verbindungen. Kinkel brachte „neuen Wind“ in den Dienst: Während zuvor Wessel immer seltener in Bonn vortrug, erklärte Kinkel Lagevorträge vor Regierungsmitgliedern oder im Bundeskanzleramt zur Chefsache. Damit habe er versucht, den BND enger an das politische Machtzentrum in Bonn zu binden.⁹⁵

Die Aufklärung der sowjetischen Truppen in der DDR legitimierte den Aufbau des westdeutschen Auslandsnachrichtendienst mit zunächst überwiegend militärischer Ausrichtung. Erst langsam entwickelte sich aus dem BND ein strategischer Auslandsnachrichtendienst mit ebenso politischer und wirtschaftlicher Expertise. Die Militäraufklärung ist jedoch seit seiner Existenz ein

⁹⁰ Heinz Höhne und Hermann Zolling, Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, in: Der Spiegel, 1971 11 (08.03.1971), S. 52.

⁹¹ Mueller, Müller, Gegen Freund und Feind, 2002, S. 548f.

⁹² Vgl.: Erleben, Agenten zwischen den Fronten, 2015, S. 99.

⁹³ Ohne Autor, "Schnüffler ohne Nase". Die Pannen und Pleiten des Bundesnachrichtendienstes in Pullach, in: Der Spiegel, 1995 17 (23.04.1995), <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/9180761> (letzter Aufruf 08.01.2019), S. 56. Auch nachzulesen bei: Höhne, Zolling, Pullach intern, 1971, S. 328f.

⁹⁴ Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 333.

⁹⁵ Mueller, Müller, Gegen Freund und Feind, 2002, S. 576.

bestimmendes Merkmal des BND geblieben. Ebenso beeinflussten die Interessen der US-Dienste den deutschen Auslandsdienst seit Beginn des Kalten Krieges. Diese Konstellation wirkte sich auch auf die Handlungen westlicher Nachrichtendienste während des Truppenabzugs der WGT aus.

b. Grundlagen der militärischen Auslandsaufklärung des BND

Historische Gründe für sein Alleinstellungsmerkmal

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über keinen gesonderten militärischen Nachrichtendienst zur Aufklärung fremder Streitkräfte.⁹⁶ Es gab stets personelle Verbindungen und gemeinsame Interessen zwischen Bundeswehr und BND, wobei eine trennscharfe Abgrenzung ihrer Tätigkeitsfelder und Zuständigkeiten im Bereich der Nachrichtengewinnung und -auswertung oft Probleme bereitete.⁹⁷ Letztendlich durfte nur der BND nachrichtendienstliche Mittel zur Auslandsaufklärung anwenden. Wie erklärt sich dieses Monopol historisch?

Vor der offiziellen Gründung der Bundeswehr am 12. November 1955 konnte keine staatliche Institution der Organisation Gehlen das Monopol zur militärischen Auslandsaufklärung streitig machen. Zudem offenbarte die Zersplitterung der deutschen Nachrichtendienste bis 1945 keinen Vorteil, sodass Gehlen daran festhielt, nur einen deutschen Auslandsnachrichtendienst aufzubauen, der ebenso für militärische Belange zuständig sein sollte. „So gelang es schließlich [Gehlen], eine Aufteilung in einen zivilen und militärischen Auslandsnachrichtendienst zu verhindern – und im Vorfeld der Wiederbewaffnung und der Übernahme der Organisation Gehlen in den Bundesdienst Fakten zu schaffen.“⁹⁸ Damit behielt der BND das Monopol zur geheimen Nachrichtenbeschaffung über das Ausland. So heißt es in einer Vortragsnotiz für den Verteidigungsminister vom Januar 1956: „Das Verteidigungsministerium wird im Frieden keine militärische Nachrichtenbeschaffung haben. Diese Aufgabe wird der BND nach den Weisungen und Forderungen des Verteidigungsministers im Rahmen seiner nachrichtendienstlichen Gesamtaufgabe durchführen.“⁹⁹ Keßelring

⁹⁶ Heiko Meiertöns, Soldaten beim Bundesnachrichtendienst (1). Besonderheiten der dienstrechtlichen Stellung und Aufgabenzuweisung, in: Neue Zeitschrift für Wehrrecht (2019), S. 14.

⁹⁷ Brissa, Militärischer Auslandsgeheimdienst der Bundeswehr, 2011, S. 396–398.

⁹⁸ Müller, Wellenkrieg, 2017, S. 339f.

⁹⁹ Vortragsnotiz für den Herrn Verteidigungsminister, 01.02.1956, BNDA, 4320. Zitiert nach: Keßelring, Die Organisation Gehlen, 2017, S. 378.

konstatiert folgerichtig: „Aus dieser vom Bundesverteidigungsministerium mitgezeichneten und mit dem amerikanischen G2 verhandelten Regelung [...] ergibt sich das militärische nachrichtendienstliche Monopol des Bundesnachrichtendienstes. Damit verfügte zugleich die Bundesrepublik Deutschland über keinen militärischen Nachrichtendienst des Generalstabs und verhielt sich damit entsprechend der Brüsseler NATO-Beschlüsse.“¹⁰⁰ Damit meint Keßelring nicht den Brüsseler Vertrag von 1948, sondern „die auch als ‚Brüsseler Vereinbarung‘ bekannte ‚Brüsseler Formel‘, die auf der 6. NATO-Ratstagung vom 18. und 19. Dezember 1950 verabschiedet worden war.“¹⁰¹ Diese sah neben dem Verbot eines zukünftigen deutschen Generalstabes auch die Eindämmung des militärischen Nachrichtenwesens vor: „the functions appropriate to the plans, operations and intelligence sections of military staffs, above the level of authorized tactical units, should only be discharged by international staff under the Supreme Commander and should not be permitted in any German agency.“¹⁰² Dies erklärt einmal mehr die intensive Geburtshilfe der Amerikaner beim Aufbau eines westdeutschen Auslandsnachrichtendienstes. Eine Lehre aus zwei Weltkriegen schien bei den Alliierten gewesen zu sein, Deutschland weder einen Generalstab zu erlauben noch einen rein militärischen Nachrichtendienst. Das zivil geführte BMVg und ein von einem zivilen Präsidenten geführter BND waren die Ergebnisse der „Brüsseler Formel“ von 1950. Sie wirken bis in die Gegenwart.

Eine nachrichtendienstliche Militäraufklärung konnte und sollte demnach nicht innerhalb des Verteidigungsressorts und erst recht nicht innerhalb der Streitkräfte existieren. Die Lösung war eine strukturelle Verzahnung von Bundeswehr und BND. Dabei erhielt der BND das Recht zur Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel, während die Führung, Planung und der Einsatz von Streitkräften dem Verteidigungsressort vorbehalten war. Trotz gelungener NATO-Integration der entsprechenden assignierten Bundeswehr-Verbände von Heer, Luftwaffe und Marine gelang eine Integration des BND in die NATO nicht. 1966 stellte der damalige Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe (CINCENT), der deutsche General Kielmannsegg, fest: „Die Integration der

¹⁰⁰ Ebd., S. 378f.

¹⁰¹ Ebd., S. 371.

¹⁰² FRUS 1950 III, S. 531-547, Zitate 534-535; Political Aspects of the Contribution of Germany to the Defense of Western Europe, Top Secret, D-D/196 (Final), 9.12.1950. Zitiert nach: Ebd., S. 371.

Nachrichtendienste wird eine Träumerei bleiben“.¹⁰³ Der BND wurde eine obere Bundesbehörde, die nicht von Alliierten oder der NATO, sondern vom Bundeskanzleramt beaufsichtigt wurde.

Aufgaben und Relevanz

Die Bundesregierung erteilt dem BND etwa alle vier bis fünf Jahre langfristige Aufklärungsaufträge, das streng geheime Auftrags- und Interessenprofil.¹⁰⁴ Es steht der Forschung nicht zur Verfügung. Der Geheimdienstforscher Erich Schmidt-Eenboom stellt in seinem Werk *Der BND* von 1993 die Aufklärungsprioritäten des BND in der Mitte der 1980er Jahre dar. Zwar nennt er dafür keine Quelle, jedoch erscheinen die Angaben plausibel und wurden allgemein von Zeitzeugen grundsätzlich bestätigt. Zudem ist davon auszugehen, dass Schmidt-Eenboom während seiner Recherchen informellen Zugang zu nachrichtendienstlichem Wissen erhielt.¹⁰⁵ Überdies spiegeln sich die genannten Aufklärungsprioritäten im mittlerweile zugänglichen Berichtswesen des BND wider. Im Detail sind die Aufgaben des BND ohne Offenlegung des Auftragsprofils der Bundesregierung jedoch nicht zu belegen. Gegliedert in sechs Prioritätsstufen sowie unterteilt in zwei Kategorien – überregionale Fragen und Länderfragen – waren demnach die Themen Warschauer Pakt und Sowjetunion mit der höchsten Priorität 1 belegt, während es bei der DDR bereits Abstufungen bis Priorität 2 gegeben hat. Für die Sowjetunion galten folgende Unterfragen: Außen- und Innenpolitik; Militär und Militärpotenzial;¹⁰⁶ Wirtschaftspolitik und Außenhandel sowie Zukunftstechnologie. Das Aufgabenfeld Warschauer Pakt gliederte sich auf in:

¹⁰³ Dokument 14, Die dritte NATO [Vortrag gehalten anlässlich der Goslaer Kulturtage am 27. Oktober 1966]. Zitiert nach: Ebd., S. 383, hier insb. Fußnote 12.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Journalist und Autor Erich Schmidt-Eenboom wurde wegen seiner Publizistik über den BND von Observationskommandos des BND überwacht. „Schon im November 2005 hatte sich der BND für jahrelange Bespitzelungen beim Publizisten Erich Schmidt-Eenboom entschuldigt. Der damalige BND-Chef August Hanning hatte zuvor bereits öffentlich zugegeben, dass seine Behörde 1993 und 1994 Journalisten bespitzelt habe, um undichte Stellen im eigenen Apparat aufzudecken.“ Siehe: Nachrichtendienste. BND soll ausländische Journalisten überwacht haben, in: Die ZEIT, 2018 (24.02.2017), <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-02/nachrichtendienst-bnd-ueberwachung-ausland-journalisten-verfassungsbruch> (letzter Aufruf 11.12.2018). Siehe auch Schmidt-Eenboom selbstreferenziell dazu: Erich Schmidt-Eenboom, *Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten*, Köln 1998, S. 201 u. 318. Siehe auch Interview bei Spiegel Online mit Schmidt-Eenboom: Ohne Autor, BND-Skandal. "Sie beschatteten mich sogar in der Sauna", in: Der Spiegel, 2005 (11.11.2005), <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bnd-skandal-sie-beschatteten-mich-sogar-in-der-sauna-a-384374.html> (letzter Aufruf 11.12.2018).

¹⁰⁶ Vgl.: Schmidt-Petri, von Scheven, *Die Bundeswehr*, 1987, S. 122.

Politische Integrationsbestrebungen; Militärdoktrin, -strategie, Streitkräfte; Militärpolitik; Elektronische Kampfführung. Alle für alle genannten Unterfragen galt höchstes Interesse und der absolut vorrangige Ansatz von Kapazitäten und Mitteln.¹⁰⁷ Diese Priorisierung attestierte 1985 auch das MfS dem BND:

„Die Erarbeitung eines umfassenden und aussagefähigen militärischen Lagebildes über das in der DDR dislozierte militärische Potential bleibt nach Erkenntnissen aus dem Lager des Feindes eine entscheidende Zielstellung imperialistischer Geheimdienste, insbesondere des BND und MI [Military Intelligence, vermutlich DIA, d.Verf.]. So wird der Aufklärung dieses Potentials, welches eine hohe Konzentration an Streitkräften der 1. Staffel der Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages darstellt, vom BND erste Priorität in der militärischen Gesamtauftragsstruktur eingeräumt.“¹⁰⁸

Das MfS vermochte es 1985 noch nicht einzuschätzen, inwieweit der BND der GSSD oder der NVA mehr Aufklärungskapazitäten widmete, da „die Häufigkeit der Angriffe [...] ungefähr dem zahlenmäßigen Verhältnis zwischen beiden Streitkräften [entspricht].“¹⁰⁹ In einer späteren Analyse bestätigte sich allerdings erneut, „daß Objekte der GSSD den Schwerpunkt der Angriffe des BND bilden.“¹¹⁰ Ein ehemaliger Mitarbeiter aus dem militärischen Nachrichtenwesen der US Army, Bill Schenk, beschreibt eine Art Arbeitsteilung zwischen BND und der Militäraufklärung der Alliierten. Dabei habe der BND die meiste Expertise über die NVA besessen, während das militärische Nachrichtenwesen der Westalliierten im Schwerpunkt die sowjetischen Streitkräfte aufklärten und dafür entsprechend die Experten waren. Demgemäß habe auch ein regelmäßiger Austausch zwischen USAREUR und dem BND stattgefunden.¹¹¹ Da es dabei um den Austausch und Abgleich von Erkenntnissen ging, betraf dies die Unterabteilung 33. Dessen

¹⁰⁷ Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 55.

¹⁰⁸ BStU, MfS HA II, Nr. 42895, Bl. 50: Aktuelle Erkenntnisse/Tendenzen auf dem Gebiet der Militärsplionage. Vortragsnotizen zur Unterrichtung von Minister Mielke am 29.05.1985. Hiermit suggeriert das MfS die hohe Verbindlichkeit der Aussage, indem es auf eine Innenquelle beim BND hinweist. Es könnte sich dabei um die Doppelagentin Gabriele Gast gehandelt haben, die als Analystin im Bereich 32B – Auswertung Politik/Sowjetunion tätig war und von der HV A des MfS geführt wurde. Sie hatte Zugang zu militärischen Analysen des BND und wahrscheinlich in Teilen zum Auftragsprofil des BND.

¹⁰⁹ Ebd., Bl. 51.

¹¹⁰ BStU, MfS HA II, Nr. 42895, Bl., 150: Information – Angriffe des BND gegen militärische Objekte der GSSD, undatiert (ca. 1986-1987).

¹¹¹ Ian Sanders, US Army Intelligence gathering in the unified Germany (160). The Cold War Conversations History Podcast, <https://coldwarconversations.com/episode160/> (letzter Aufruf 26.01.2021).

ungeachtet waren sowjetische Streitkräfte auch für den BND von höchster Priorität, jedoch bedeutete dies nicht zwangsläufig eine maximale Zuteilung der nachrichtendienstlichen Mittel, da über die Partnerdienste bereits viele Fragen beantwortet werden konnten.

Die bei Schmidt-Eenboom genannten Aufklärungsprioritäten sind als Synthese verschiedener Bedarfsträger von nachrichtendienstlichen Informationen zu verstehen: Die Aufklärung der GSSD/WGT durch den BND beruhte auf dem Interesse des BMVg und weniger der Bundesregierung. Dies stünde zudem im Einklang mit der von den ursprünglichen Interessen der NATO abgeleiteten Verzahnung zwischen nachrichtendienstlichen und militärischen Interessen in der Bundesrepublik und dezidiert den Interessen der Amerikaner, wonach das westdeutsche Verteidigungsministerium Aufträge an den Auslandsnachrichtendienst stellen sollte.

Für die Koordinierung der Nachrichtendienste des Bundes – dem BND, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst der Bundeswehr –, war seit 1963¹¹² das Bundeskanzleramt, und hier insbesondere die Abteilung 6 als Fachaufsicht des BND zuständig. Wenn also später im Laufe des Truppenabzugs Erkenntnisse des BND an den Bundeskanzler herangetragen werden sollten, dann wäre dafür die Abteilung 6 im Bundeskanzleramt das Nadelöhr gewesen.¹¹³ Fraglich bleibt indes das generelle Interesse des Bundeskanzleramts an militärischen Informationen. Hans-Georg Wieck, 1985 bis 1990 Präsident des BND, bestätigte in einem Zeitzeugengespräch das Desinteresse der Bundesregierung an militärischen Sachfragen:

„Das Alpha und Omega des BND [...] war die Aufklärung der sowjetischen Truppen in Deutschland. Die NVA war da nur ein Anhängsel. Dafür wurde alles aufgewendet, was man hatte: an menschlichen Quellen – mit hohen Verlusten –, an Fernmeldeverbindungen und an drahtloser Aufklärung [Strategische Fernmeldeaufklärung]. Auch mentalitätsmäßig war dies das Kernstück. [...] Im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt interessierte sich kein Mensch für diese Tageslage. Aber wenn die Allianz sagte, da ist eine

¹¹² Kabinettsbeschluss vom 02.10.1963 zur Erteilung der Fach- und Dienstaufsicht des Bundeskanzleramts über den BND. Siehe: Erxleben, Agenten zwischen den Fronten, 2015, S. 93.

¹¹³ Zur Fachaufsicht des BND siehe auch: Anna Daun, Die deutschen Nachrichtendienste, in: Geheimdienste in Europa. Transformation, Kooperation und Kontrolle. Hrsg. von Anna Daun und Thomas Jäger, Wiesbaden 2009, S. 61.

Bedrohung, dann reagierte darauf die Bundesregierung. [...] Für die militärische Lageberichterstattung hatte die Regierung in Bonn kein Sensorium. Sie kannte die sowjetische Bedrohung als ideologische Bedrohung.“¹¹⁴

In einer Biographie über Wieck, die überwiegend auf Interviews mit dem ehemaligen BND-Präsidenten basiert, konstatiert die Autorin Nicole Glocke: „Die Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes blieben indessen weiter konsequent auf Abstand und orientierten sich lieber an ihrer Pressemappe und ihren eigenen politischen Positionen. Im BND sahen sie nur eine nachgeordnete Dienststelle, der sie kein gleichberechtigtes Gewicht einräumten. Nachrichtendienstliche Erkenntnisse nahmen sie bloß von den alliierten Partnerdiensten und der NATO ernst, wobei die Regierungsmitglieder offensichtlich vergaßen oder nicht wussten, dass gerade die NATO die Berichterstattung des BND ernstnahm und berücksichtigte.“¹¹⁵

Auch Weiße resümiert in seinen Ausführungen zur Rolle der deutschen Erkenntnisse innerhalb der NATO-Intelligence-Community, dass diese Gehör fanden, nur trat zumindest ab etwa 1980 und vermutlich auch davor der BND nicht direkt in Erscheinung: Das ANBw verantwortete den deutschen Beitrag zur SHAPE Intelligence Division und inkludierte in seinen Meldungen regelmäßig Erkenntnisse des BND, die jedoch nicht als solche gekennzeichnet waren. Die nationalen Erkenntnisse der jeweiligen militärischen und militär-nachrichtendienstlichen Stellen mündeten beispielsweise in wöchentlichen Berichten, den sogenannten Weekly Intelligence Summary (Weekly Intsum). Während des Kalten Krieges genossen sowjetische Truppen und der Warschauer Pakt allgemein höchste Priorität.¹¹⁶

Nichtsdestotrotz sei es die ständige Aufgabe des BND gewesen, die Bundesregierung über gegnerische Militärpotenziale – noch dazu auf dem Gebiet der benachbarten DDR – aufzuklären oder zumindest darüber umfassend informiert zu sein. Vorrangig sei es dabei um das Erkennen von sicherheits- und militärpolitischen Absichten der Sowjetunion und anderer Länder des Warschauer

¹¹⁴ Zeitzeugengespräch mit Botschafter a.D. Hans-Georg Wieck am 05.12.2018; Zeitzeugengespräch mit Brigadegeneral a.D. Georg Bautzmann am 25.04.2017.

¹¹⁵ Glocke, Winters, *Im geheimen Krieg*, 2014, S. 200.

¹¹⁶ Weiße, *NATO-Intelligence*, 2013, S. 254-255, hier insb. Fußnoten 632 u. 633.

Paktes, die die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland hätten gefährden können gegangen, wie Wieck sich erinnert.¹¹⁷ Somit richtete die militärische Auslandsaufklärung des BND ihren Fokus zwar auf strategische Fragen, um jedoch ein umfassendes Lagebild zu haben, waren auch taktische Fragen und Detailinformationen durchaus von Relevanz. Daneben standen aus Sicht des MfS auch klassische Aspekte der ORBAT-Intelligence im Vordergrund wie: „Vor allem Stäbe, Raketen-, Panzer-, Artillerieeinheiten, Flugplätze, die jeweils dazugehörigen Funkmeß-, elektronischen und Radareinrichtungen, militärische Gefechtsstände, die Betriebsstoff- und Munitionslager sowie Instandsetzungseinrichtungen der GSSD.“¹¹⁸ Der BND stand damit vor der Herausforderungen, zu strategischen Fragestellungen genauso aussagefähig zu sein wie zu Detailfragen über fremde Streitkräfte.

AMK – Bundeswehrsoldaten beim BND

Der BND ist als obere Bundesbehörde überwiegend ein ziviler Auslandsnachrichtendienst. Da die Auslandsaufklärung auch fremde Streitkräfte berührt, hat der BND einen Bedarf an militärischer Fachkompetenz. Daher gibt es stets einen bestimmten Anteil an Soldaten beim BND, die hierfür vom Geschäftsbereich BMVg zum Geschäftsbereich Bundeskanzleramt wechseln, ohne jedoch ihren Soldatenstatus zu verlieren. Das BMVg, ohnehin einer der wichtigsten Bedarfsträger des BND, unterstützt den Dienst materiell und personell. Dadurch behält der BND formell das Monopol zur militärischen Auslandsaufklärung. In der Regel werden Soldaten beim BND im Aufgabenbereich der militärischen Auslandsaufklärung eingesetzt.¹¹⁹

Der BND der 1980er Jahre war weniger militärisch geprägt als zu Zeiten der Organisation Gehlen oder in den Anfangsjahren des BND. Zu seiner sozialen Struktur bis in die 1970er Jahre gibt erste quellenbasierte Erkenntnisse der UHK.¹²⁰ Für die 1980er und 1990er fehlen solche konkreten Angaben. 1974 waren demnach 11% des BND-Personal Soldaten, jedoch meist in höherwertigen Funktionen.¹²¹

¹¹⁷ Zeitzeugengespräch mit Botschafter a.D. Hans-Georg Wieck am 05.12.2018.

¹¹⁸ BStU, MfS HA II, Nr. 42895, Bl., 150: Information – Angriffe des BND gegen militärische Objekte der GSSD. Undatiert (ca. 1986-1987).

¹¹⁹ Meiertöns, Soldaten beim Bundesnachrichtendienst (1), 2019, S. 14; Walde, Militärisches Nachrichtenwesen, 1978, S. 188.

¹²⁰ Rass, Sozialprofil des BND, 2016.

¹²¹ Dülffer, Geheimdienst in der Krise, 2018, S. 156.

Christoph Rass untersucht im ersten Band der UHK-Reihe das Sozialprofil des BND bis 1968 und ermittelt, dass 1968 46% der Dienststellenleiter des BND aus der Bundeswehr kamen und 79% eine militärische Vergangenheit hatten, also Kriegserfahrungen. 36% der Abteilungs- und Unterabteilungsleiter waren Soldaten. Entsprechend hätte sich mit der Zeit der militärische Anteil auf die Leitungsebene übertragen und verfestigte sich dort. So seien Soldaten außer in Führungspositionen ansonsten im Bereich der Beschaffung und Auswertung militärischer Informationen sowie dem Bereich der Fernmeldetechnik eingesetzt gewesen.¹²² Ein Soldatenanteil beim BND von etwa 10% dürfte auch für die späteren Jahre eine realistische Annahme sein.

Auch Personalmangel beim BND führte laut Grabau dazu, dass „der BND von der Bundeswehr einerseits ausscheidende Soldaten auf Zeit mit fachlicher Qualifikation [übernahm], andererseits wurden regelmäßig Offiziere der Bundeswehr (auch solche mit GenSt-Ausbildung [Generalstabsausbildung]) zeitlich begrenzt auf Dienstposten des BND (offiziell ‚Amt für Militärkunde‘) versetzt, von denen etliche auch dort verblieben (bis zu ihrer Pensionierung).“¹²³ Soldaten der Bundeswehr, in der Regel Berufssoldaten,¹²⁴ können grundsätzlich zeitlich befristet als sogenannte Zeitverwender oder langfristig als Dauerverwender beim BND ihren Dienst verrichten. Somit gab es insbesondere im Bereich der Militäraufklärung eine starke Personalfluktuation, was negative Auswirkungen auf das institutionelle Gedächtnis des BND haben konnte. Mit jedem Personalwechsel ging dem BND Wissen und Erfahrung verloren, was nicht zwangsläufig durch den neuen Mitarbeiter ersetzt werden konnte.

Soldaten, die ihren Dienst beim BND versehen, werden grundsätzlich zum Amt für Militärkunde (AMK), einer 1961 aufgestellten zentralen militärischen Dienststelle, versetzt, wobei sie tatsächlich einem Dienstposten im BND zugewiesen werden. Soldaten im BND können spezifische nachrichtendienstliche Aufgaben übertragen werden. Somit erhalten sie auch auftragsgemäß Befugnisse zur Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden. Sie sind hierbei zivilen Mitarbeitern des BND gleichgestellt.¹²⁵

¹²² Rass, Sozialprofil des BND, 2016, S. 313.

¹²³ Grabau, Fm/EloAufkl im Heer, 1998, S. 95f.

¹²⁴ Nicklas-Frederic Weisser, Die Entwicklung des Bundesnachrichtendienstes. Historische Einflüsse, Grundlagen und Grenzen seiner Kompetenzen, Göttingen 2014, S. 128.

¹²⁵ Meiertöns, Soldaten beim Bundesnachrichtendienst (1), 2019, S. 27.

Das AMK ist nicht als der militärische oder gar operativ-nachrichtendienstlicher Teil des BND zu verstehen. Der Soldatenanteil beim BND ist der Kompromiss zum fehlenden militärischen Auslandsnachrichtendienst in der Bundesrepublik Deutschland. Das AMK ist hierbei lediglich eine organisatorisch-rechtliche Notwendigkeit, ohne tatsächlich strukturell einen Militärnachrichtendienst abzubilden. Insofern ist das AMK eine nachrichtendienstliche, wenngleich unter Soldaten bekannte und somit auch fragwürdige Legende. Heiko Meiertöns verweist auf den Charakter des AMK als „verbrannte Legende“, da diese „quasi-militärische Dienststelle“ zwar zu Tarnzwecken eingerichtet wurde, sich diese Tarnung aber aufgrund allgemeiner Bekanntheit nicht aufrechterhalten ließe.¹²⁶ Auch von Seiten der DDR wurde das AMK faktisch öffentlich bekanntgemacht: Die MfS-Publikation „Nicht länger geheim“ nannte bereits 1980 das AMK als eine von mehreren BND-Außenstellen, in diesem Fall mit Sitz in München.¹²⁷ Tatsächlich hatte das AMK zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung seinen Sitz in der Münchener Waldmann-Kaserne.¹²⁸ Allerdings war das AMK keine Außenstelle im klassischen Sinne. Möglicherweise wollte das MfS ganz bewusst einen operativen Militärgeheimdienst der Bundeswehr konstruieren, der die militärische Sicherheit der DDR bedrohe.

Der BND konnte also auf militärisch geschultes und sozialisiertes Personal befristet oder dauerhaft zurückgreifen und somit die Aufgabe der militärischen Auslandsaufklärung professioneller wahrnehmen, als dies nur mit zivilem Personal möglich wäre. Für Bundeswehrsoldaten war die reale oder vermeintliche Bedrohung durch die Truppen des Warschauer Pakts und insbesondere durch sowjetische Truppen in der DDR ein Bestandteil der strategischen Rahmenlage. Wenn ein Soldat aus dem militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr zum BND versetzt wurde, um dort ebenfalls in der militärischen Auslandsaufklärungen gegen sowjetische Streitkräfte beauftragt zu werden, konnte dieser Soldat in der Regel auf Grundlagenwissen, nicht selten auch auf Detailwissen über sowjetisches Militär oder sowjetische Militärpolitik zurückgreifen.

¹²⁶ Ebd., S. 20–22.

¹²⁷ Charisius, Mader, Nicht länger geheim, 1980, S. 258.

¹²⁸ BArch MA, BW 2/39804: Organisationsbefehl Nr. 9/81 (Bw) für das Amt für Militärkunde (AMK). BMVg, FÜ S IV 3, 14. September 1981.

c. Organisation und Gliederung

Abteilung 1 – Operative Aufklärung

Was Nachrichtendienste von Forschungsinstitutionen, Think Tanks oder auch militärischen Stäben grundlegend unterscheidet, sind grundsätzlich ihre Befähigung und die rechtliche Legitimation, Informationen mit verdeckten Mitteln und Methoden zu beschaffen. Geheime Nachrichtenbeschaffung, gemeinhin als Spionage bezeichnet, ist idealtypisch ein Alleinstellungsmerkmal von staatlichen Nachrichten- und Geheimdiensten. Dabei ist zwischen menschlicher (HUMINT) und technischer Beschaffung (SIGINT) zu unterscheiden, die die zwei Säulen des Beschaffungswesens markieren.¹²⁹ In diesem Abschnitt soll zunächst die Umsetzung von HUMINT im BND vorgestellt werden.

Als die Organisation Gehlen entstand, musste erst ein Beschaffungswesen aufgebaut werden, da Fremde Heere Ost keinen eigenen Beschaffungsapparat besaß und folglich die meisten Offiziere, die von der Organisation Gehlen und später vom BND übernommen wurden, lediglich Erfahrungen als Auswerter, nicht jedoch als Beschaffer hatten. Bedingt durch die strenge Abschottung der verschiedenen Bereiche untereinander bei der Organisation Gehlen und beim BND, entstand ein eigener Bereich der nachrichtendienstlichen Beschaffung, der sich auf viele Außenstellen (Generalvertretungen) im Bundesgebiet verteilte.¹³⁰ Hieraus ging später die Abteilung 1 (Beschaffung) des BND hervor.¹³¹ Der Aufbau der BND-Beschaffung war von der militärischen Ostaufklärung geprägt.¹³² In der Abteilung 1 wurde klassisches nachrichtendienstliches Handwerk betrieben: die Beschaffung relevanter, nicht frei zugängliche Informationen mithilfe menschlicher Quellen und nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden. Das BND-Gesetz von 1990 schreibt in § 3 dem BND dieselben konspirativen nachrichtendienstlichen Mittel zu, wie sie auch dem Verfassungsschutzbehörden zustehen und wie sie in § 8 Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetz (BverSchG) geregelt sind. Dazu gehören Observation, Bild- und Tonaufzeichnungen, Einsatz von Vertrauensleuten und

¹²⁹ Vgl.: Ulfkotte, Verschlusssache BND, 2006, S. 159.

¹³⁰ Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 44; Markwardt, Erlebter BND, 1996, S. 65–78.

¹³¹ Vermutlich 1968. Siehe: Ulfkotte, Verschlusssache BND, 2006, S. 157. Vgl.: Höhne, Zolling, Pullach intern, 1971, S. 310.

¹³² Vgl.: Markwardt, Erlebter BND, 1996, S. 71.

Gewährspersonen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen.¹³³ Waldemar Markwardt, der von 1952 bis 1985 überwiegend operativ im BND tätig war, beschreibt die operative Beschaffung als „nachrichtendienstlicher Einsatz von Menschen, d.h. deren Rekrutierung, Ausbildung und auftragsgerechter Einsatz.“¹³⁴

Operative Beschaffung nur als Beziehung zwischen der Quelle und ihrem Quellenführer zu sehen, wird der nachrichtendienstlichen Realität jedoch nicht gerecht. „HUMINT, or human source intelligence, is a simple generic term that gives no hint of the variety or the complicated nature of the activities which are conducted under its rubric.“¹³⁵ Dabei lässt sich zwischen offenkundiger (overt collection) und verdeckter operativer Beschaffung (clandestine/covert collection) unterscheiden: Während die Quelle bei der offenkundigen Beschaffung erfährt, dass sie nachrichtendienstlich geführt wird, soll diese Erkenntnis einer verdeckt geführten Quelle verwehrt bleiben.¹³⁶

Nach der Umstrukturierung des BND 1987 unter Präsident Wieck war die Unterabteilung 12 der Abteilung 1 für den Sowjetblock zuständig:

BND, Unterabteilung 12 – Sowjetblock

- 12 X – stellvertretender Unterabteilungsleiter
- **12 A** – Auftragssteuerung, Meldungsbearbeitung, **Warschauer Pakt**, Jugoslawien, Albanien
- 12 B – DDR-Politik, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft
- **12 C – DDR-Süd Streitkräfte**
- **12 D – DDR-Nord Streitkräfte**
- 12 E – Sowjetunion, Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
- 12 F – Polen
- 12 G – Ungarn, Tschechoslowakei
- 12 H – Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Albanien
- (...)

(Stand: 1988¹³⁷)

¹³³ Bundesverfassungsschutzgesetz vom 20.12.1990; Porzner, Bundesnachrichtendienst im Gefüge, 1993, S. 238; Zur Abteilung 1 siehe auch: Daun, Die deutschen Nachrichtendienste, 2009, S. 62.

¹³⁴ Markwardt, Erlebter BND, 1996, S. 65.

¹³⁵ Jack E. Thomas, Human Source Intelligence, in: The Military Intelligence Community. Hrsg. von Gerald W. Hoppo und Bruce W. Watson, Boulder 1983. Westview Special Studies in Military Affairs, S. 55.

¹³⁶ Ebd., S. 56f.

¹³⁷ Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 57.

Während sich die Mitarbeiter vom Referat 12E für die Sowjetunion in Gänze interessierten, befassten sich 12C und 12D mit den Streitkräften in der DDR, wozu die NVA und GSSD/WGT zählten. Die operative Militäraufklärung des BND teilte sich in eine Außenstelle für den Norden (Bremen) und Süden der DDR (Pullach/München) auf. Diese Aufgliederung dürfte analog zu den zwei Militärbezirken der NVA, Nord und Süd, erfolgt sein.¹³⁸ Diese Außenstellen waren der Spionageabwehr des MfS, der HA II, bekannt und wurden als sogenannte „agenturführende Dienststellen“ intensiv beobachtet. Eine weitere Außenstelle soll sich in Hamburg befunden haben. Nach Erkenntnissen des MfS wurde von dort operative Aufklärung „von bestimmten militärischen Standorten im Bereich der Ostseeküste sowie für Marinestreitkräfte der sozialistischen Ostseeanliegerstaaten“ betrieben.¹³⁹ Eine Analyse des MfS kommt 1985 zu dem Ergebnis: „Von der BND-Dienststelle Bremen wurden in den 70er Jahren und im Analysezeitraum [1980-1985, d.Verf.] die umfangreichsten militärischen Spionageaktivitäten bekannt.“¹⁴⁰ So gesehen sind diese Dienststellen Überbleibsel aus der Ära Gehlen, in der aus zahlreichen Außenstellen heraus die Standortbeobachter in der DDR geführt wurden.

Den „imperialistischen Geheimdiensten“ bescheinigte seinerzeit das MfS ein „gut funktionierendes System“ der Militärspionage. Zurückzuführen sei dies auf den „sprunghaft angewachsenen Informationsbedarf der imperialistischen Führungszentren“ sowie der Tatsache, dass entsprechende militärische Informationen „nur durch den gezielten Einsatz von Spionen beschaffbar sind.“¹⁴¹ Diese zeitgenössische Einschätzung des MfS über die Fähigkeiten der BND-Militäraufklärung steht im Widerspruch zu den nachträglichen Einschätzungen von ehemaligen MfS-Angehörigen wie der Doppelagentin Gabriele Gast oder Klaus Eichner, zuletzt Oberst bei der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS. Demnach habe es DDR-Innenquellen erst wieder zum Ende der 1980er Jahre gegeben, also im Zuge des Zusammenbruchs des Ostblocks.¹⁴² Es sollte allerdings in Betracht

¹³⁸ Ebd., S. 75.

¹³⁹ BStU, MfS HA II, Nr. 42895, Bl. 39 u. 46: Aktuelle Erkenntnisse/Tendenzen auf dem Gebiet der Militärspionage. Vortragsnotizen zur Unterrichtung von Minister Mielke am 29.05.1985.

¹⁴⁰ Ebd., Bl. 46.

¹⁴¹ Ebd., Bl. 47.

¹⁴² Klaus Eichner, Agentin in der BND-Zentrale. Gabriele Gast im westdeutschen Spionagezentrum, Berlin 2015, S. 92f.

gezogen werden, dass die Hauptabteilung II des MfS ein starkes Interesse daran hatte, die gegnerischen Spionagefähigkeiten stärker herauszustellen, als sie vielleicht waren. Hierdurch hätte die Hauptabteilung II mit ihrem Kernauftrag der Spionageabwehr weiter ihre Relevanz unter Beweis stellen können. Was bei dieser Einschätzung des MfS allerdings fehlt, ist die Bedeutung der Fm-/EloAufkl der Bundeswehr und der strategischen Fernmeldeaufklärung des BND, die maßgeblich zur Gewinnung militärischer Informationen über die GSSD/WGT beitrugen. Auch hier ist festzuhalten, dass die die Spionageabwehr gegen „imperialistische Militärspione“ für das MfS greifbarer und erfolgsträchtiger war, als die schwierige Abwehr gegnerische Funk- und Signalaufklärung.

Auf verschiedenen Wegen versuchten die Mitarbeiter der Abteilung 1 des BND, an Informationen militärische Informationen über die DDR heranzukommen. Die oben genannten Standortaufklärer waren nur eine Möglichkeit, mithilfe von HUMINT militärische Informationen zu beschaffen und sie der Auswertung zur Verfügung zu stellen. Zudem wurde die Führung dieser Quellen nach dem Mauerbau 1961 erschwert, sodass andere Methoden angewandt werden mussten. Auf sogenannte legale Residenten, also in Botschaften akkreditierte Nachrichtendienstler, konnte der BND im Ostblock zumeist nicht zurückgreifen. Nachdem Richard Meier 1969 die Abteilung Beschaffung übernahm, wurde zwar die Arbeit der Residenten im Ausland neu aufgestellt,¹⁴³ jedoch war die Spionageabwehr der Ostblock-Nachrichtendienste zu mächtig, als dass ein System von Residenten hätte aufgebaut werden können. „Der Aufbau geheimdienstlich nutzbarer aber exterritorial nicht geschützter Residenturen im Ostblock verbot sich von selbst, da gerade solche unsere verletzbaren Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes besonders gefährdet hätten.“¹⁴⁴ Potenzielle Quellen direkt in der DDR anzuwerben war zu gefährlich. „Deshalb eröffnete er [Abteilungsleiter Meier] auch der militärischen Aufklärung seiner Abteilung den Umweg über die Drittländer, [...]. Kardinalpunkt war der operative Ansatz auf die Auslands-(Reise)Kader der DDR, die es in den 70er Jahren schon zu genüge gab.“¹⁴⁵ Diese Umweganbahnung¹⁴⁶ von Reisekadern barg zudem das Risiko, dass eine Quelle

¹⁴³ Markwardt, Erlebter BND, 1996, S. 72f.

¹⁴⁴ Ebd., S. 122.

¹⁴⁵ Ebd., S. 107.

¹⁴⁶ Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 147.

vom MfS überwacht oder gar selbst beauftragt wurde, dem BND angeblichen Kooperationswillen zu suggerieren.¹⁴⁷ Schließlich ließen sich von den Fragen des Verbindungsführers an den Reisekader das Aufklärungsinteresse des BND ableiten.

Auch der grenzüberschreitende Güterverkehr zur Straße, auf dem Schienen- und Wasserweg bot Anknüpfungspunkte für die Beschaffer des BND: Lkw-Fahrer, Personal der Reichsbahn und Binnenschiffer – wobei diese sowohl aus der DDR als auch aus der Bundesrepublik kommen konnte – seien verstärkt seit der Ära Kinkel ab 1978 als Quellen genutzt worden. 72 Prozent der vom MfS erkannten BND-Informanten sollen aus dem Milieu grenzüberschreitenden Güterverkehrs gestammt haben.¹⁴⁸ Als mehr oder weniger probates Mittel erwiesen sich auch die sogenannten Reise- oder Transitquellen. Dabei nutzte die Referate 12 C und E (Bremen/München) gezielt jene Bundesbürger, die meist regelmäßig in die DDR einreisten und dabei militärische Objekte passierten. Nach ihrer Rückkehr teilten sie ihre Erkenntnisse den Verbindungsführern mit und wurden je nach Bedarf auf weitere Objekte angesetzt.¹⁴⁹ Oft gelang es dem MfS, Quellen des BND zu identifizieren, festzunehmen oder auch „umzudrehen“, das heißt die BND-Quelle im Interesse des MfS einzusetzen.¹⁵⁰ Die Arbeit der MfS-Spionageabwehr haben Uhl und Wagner hinreichend kritisch untersucht, sodass hier darauf nicht mehr weiter eingegangen werden muss.¹⁵¹

Entscheidend für die weitere Betrachtung – insbesondere in Hinblick auf den Truppenabzug in den 1990er Jahren – ist vielmehr der Umstand, dass die Aufklärung sowjetischer Truppen in der DDR durch den BND kaum durch klassische Innenquellen erfolgte. HUMINT-Operationen mit dem Ziel, militärische Informationen zu gewinnen, basierten mehrheitlich auf der Abschöpfung von ins Ausland reisenden DDR-Bürgern, oder Bürgern der Bundesrepublik, die in die DDR einreisen durften. Es gab nachweislich Verluste für den BND und Erfolge der MfS-Spionageabwehr, aber hieraus lernte der BND und verbesserte nach Einschätzung des MfS seine Methoden in den 1980er Jahren.¹⁵²

¹⁴⁷ Vgl.: Eichner, Agentin in der BND-Zentrale, 2015, S. 93.

¹⁴⁸ Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 147f.

¹⁴⁹ Ebd., S. 157.

¹⁵⁰ Dieser Umstand war den BND-Verbindungsführern teilweise bekannt, sodass die Quellen instruiert wurden, was sie ihren Führungsoffizieren beim MfS zu sagen hatten. Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen des BND, 2018-2019.

¹⁵¹ Ebd., S. 121–181.

¹⁵² Ebd., S. 189.

Abteilung 2 – technische Aufklärung

Was dem BND an operativen Fähigkeiten bei der Militäraufklärung fehlte, machte er teilweise durch eine umfassende technische Aufklärung im elektromagnetischen Spektrum wett (SIGINT). In Abgrenzung zur Bundeswehr oblag dem BND dabei die strategische Fernmeldeaufklärung, sodass weitreichendere Aufklärungsmittel zum Einsatz kamen. Neben der operativen Aufklärung ist die technische einer der am bestbehütetsten Bereiche des BND, sodass die Quellenlage hier ebenso sehr schwierig ist. Die Monographie „Wellenkrieg“ von Armin Müller zeigt indes, welcher Erkenntnisgewinn möglich ist, wenn der BND Quellen umfassend offenlegt. Eine vergleichbare dichte Beschreibung der technischen Aufklärung des BND in der Spätphase des Kalten Krieges oder erst recht während der 1990er Jahre ist daher noch nicht möglich.

Müllers Monographie ist gekennzeichnet vom Interessenskonflikt zwischen BND und Bundeswehr im Bereich der Fernmeldeaufklärung. Immer wieder sollten neue Vereinbarungen die Aufgabenbereiche klarer voneinander abtrennen. Müller konstatiert eine „intensive Konkurrenzsituation, die im Bereich der Funkaufklärung eine besonders starke Ausprägung erfuhr. [...] Zu groß waren die unterschiedlichen Auffassungen über den Platz des Bundesnachrichtendienstes im militärischen Nachrichtenwesen.“ Der Dienst habe so seinen Anspruch, die alleinige militärische Aufklärung des BMVg zu sein, nicht durchsetzen können.“¹⁵³

So lässt sich auch für die 1980er Jahre eine enge Kooperation zwischen Bundeswehr und BND bei der Funkaufklärung feststellen, wobei grundsätzlich die weitreichende, strategische Fernmeldeaufklärung eine Fähigkeit der technischen Aufklärung des BND blieb, die organisatorisch von der Abteilung 2 abgedeckt wurde. Nach Schmidt-Eenbooms BND-Gliederung war es vor allem die Unterabteilung 22, die technische Nachrichtengewinnung im militärischen Bereich betrieb (Referat 22 A, zentrale Nachrichtenbearbeitung bei 22 B).¹⁵⁴ Zudem oblag dem Präsidenten des BND die Koordinierung der Auslandsfernmeldeaufklärung, was in der Geschichte von BND und Bundeswehr immer wieder ein Streitthema war. Zwar gelang es Gehlen bereits 1958, sich dabei gegenüber dem BMVg durchzusetzen, jedoch mussten hiernach immer wieder Versuche unternommen

¹⁵³ Müller, Wellenkrieg, 2017, S. 388.

¹⁵⁴ Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 57; Grabau, Lageaufklärung Ost, 2014, S. 116.

werden, Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten klarer zu regeln. Ein eigens eingerichteter Koordinierungsausschuss zwischen BND und Bundeswehr brachte in den 1960ern kaum Besserung.¹⁵⁵ Letztlich war es nur dem BND erlaubt, SIGINT-Informationen mit anderen Nachrichtendiensten zu teilen.¹⁵⁶

Den Berichten der Militärauswertung des BND ist der Ursprung von bestimmten SIGINT-Informationen nicht direkt zu entnehmen, das heißt die (technische) Quelle wird grundsätzlich nicht genannt. Auch ob Informationen vom BND selbst oder der Fernmeldeaufklärung der Bundeswehr stammen, lässt sich nur vermuten. Grundsätzlich profitierte der BND im hohen Maß von der technischen Informationsgewinnung durch die Bundeswehr, insbesondere im Aufgabenspektrum der Militäraufklärung. Sogar die Kommunikation des sowjetischen Generalstabs oblag der Bundeswehr.¹⁵⁷ Regelmäßig fanden Funküberprüfungen und -übungen des sowjetischen Generalstabs Erwähnung in den Wochenberichten der BND-Unterabteilung 33. So geht der Wochenbericht 45/1989 vom 15. November 1989 auf eine „Übung von Führungstruppen“ der 3. Stoßarmee der WGT (Raum Magdeburg) „unter Leitung des Armeestabes und zeitweiliger Einflußnahme (10 nov) des Generalstabs-USR“ ein.¹⁵⁸ Diese und unzählige weitere Meldungen über Führungsübungen des sowjetischen Generalstabs belegen, dass insbesondere die Fernmeldeaufklärung der Bundeswehr zur militärischen Lagebeurteilung des BND beitrug und viele Erkenntnisse über Übungs- und Manövergeschehen, aber auch Truppendislozierung und -bewegungen im Laufe der Jahre durch Bundeswehr und BND gewonnen wurden.¹⁵⁹

In Bezug auf SIGINT und COMINT bleibt somit festzuhalten, dass hier mehrheitlich die Bundeswehr zum Lagebild über die GSSD/WGT beitrug.¹⁶⁰ Die Funkauswerter der Abteilung 2 und die Militärauswerter der Unterabteilung 33 nutzten die Informationen der Bundeswehr, eigene Informationen sowie Material

¹⁵⁵ Müller, Wellenkrieg, 2017, S. 346f sowie 359f.

¹⁵⁶ Grabau, Lageaufklärung Ost, 2014, S. 114.

¹⁵⁷ Ebd., S. 52

¹⁵⁸ BArch, B206/377: BND, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 45/89, S. B1.

¹⁵⁹ Grundsätzlich schien sich die Bundeswehr in den 1980er Jahren damit durchgesetzt zu haben, den militärischen Funkverkehr des Ostblocks aufzuklären, während der BND die Aufklärung eher politischer und nachrichtendienstlicher Kommunikation für sich beanspruchte. Dies galt auch für Satellitenverbindungen. Siehe: Ebd., S. 120.

¹⁶⁰ Dies galt insbesondere für eine Aufklärungstiefe von etwa 80 bis 100 km im Gebiet der DDR, womit wichtige Dislozierungsräume der 3. Stoßarmee (Raum Sachsen-Anhalt) und der 8. Gardarmee (Raum Thüringen). Siehe: Ebd., S. 49–51.

der Partnerdienste – das der Bundeswehr nicht zur Verfügung stand –, um einzelne Meldungen und Informationen aus dem funkelektronischen Spektrum in ein Gesamtlagebild einzuordnen. Da die Bundeswehr auch selbst ihre SIGINT-Daten auswertete, betrieb sie ihr eigenes Lagebild, welches somit in Teilen redundant zu jenem des BND vorlag. Quellen aus dem Bereich der Bundeswehrauswertung, etwa aus der Zentralauswertung in Daun oder vom ANBw, liegen jedoch nicht vor, sodass Fragen nach redundanten Lagebildern nicht weiter vertieft werden können. Dennoch scheint die Aufgabenverteilung im SIGINT-Bereich zwischen Bundeswehr und BND in den 1980er Jahren klarer gewesen zu sein als in den vorherigen Jahrzehnten. Verantwortlich für die Auslandsfernmeldeaufklärung blieb indes der BND, unabhängig der Frage, wer die Daten gewinnt.

BND-Präsident Porzner stellte 1992 fest: „Das Informationsinteresse hat sich auch bei der technischen Beschaffung aufgrund des Wegfalls der akuten militärischen Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland mehr auf nichtmilitärische Fragen verlagert [...]. Die technische Beschaffung ist effizient und mit wenig Risiken verbunden. Bei gleichwertigen Ergebnissen der Schaffung mit menschlichen Quellen ist sie dieser vorzuziehen.“¹⁶¹ Demnach ist insgesamt von einer weniger intensiv betriebenen SIGINT des BND während des Abzugs auszugehen. Eine Fortsetzung von Müllers „Wellenkrieg“ für die zweite Hälfte des Kalten Krieges und darüber hinaus wäre wünschenswert, setzt aber einen umfassenden Quellenzugang voraus.

Unterabteilung 33 – Militärauswertung

In strenger Abschirmung zur operativen Beschaffung der Abteilung 1 erfolgte in der Abteilung 3 des BND die Auswertung aller verfügbaren Informationen. Dazu zählten nicht nur die nachrichtendienstlich beschafften Informationen aus dem HUMINT-Aufkommen, sondern auch jene aus der technischen Aufklärung (SIGINT) oder aus der Informationsgewinnung aus offenen Quellen, also Open Source Intelligence (OSINT). Allgemein ist es die Aufgabe von Auswertern und Analysten in Nachrichtendiensten, wenn erforderlich zunächst Rohdaten in Informationen zu überführen, diese Informationen zu bewerten, sie als Nachrichten zusammenzufassen und in Erkenntnisse zu überführen, ferner auch Prognosen zu

¹⁶¹ Porzner, Bundesnachrichtendienst im Gefüge, 1993, S. 239.

erstellen. Die Abteilung Auswertung des BND gliederte sich zum Ende der 1980er Jahre in verschiedene Unterabteilungen, die bestimmte Fachgebiete abdeckten: Unterabteilung 32 – Politik; Unterabteilung 34 – Wirtschaft; Unterabteilung 35 – Technik und Wissenschaft. Für die Auswertung militärischer Information war die Unterabteilung 33 zuständig.¹⁶²

Die etwa 800 Mitarbeiter der Abteilung verrichteten in den damals modernsten Bürokomplexen der Pullach Liegenschaft ihren Dienst. Die Unterabteilung 33 war circa 200 bis 300 Mann stark, wobei hiervon die meisten Soldaten der Bundeswehr waren. Somit machte die Militärauswertung personell den größten Anteil in der Abteilung 3 aus, was die große Bedeutung der Militärauswertung belegt. Neben Zeit- und Dauerverwendern insbesondere aus der Gruppe der Truppenoffiziere verrichteten auch zahlreiche Generalstabsoffiziere dort ihren Dienst. Bei der Militärauswertung gab es die höchste Dichte an Soldaten beim BND, da dort vor allem militärische Fachkenntnis gefragt war. Geführt wurde die Unterabteilung von einem Brigadegeneral oder Flottillenadmiral, der dieselbe Besoldungsgruppe B6 besaß wie der Abteilungsleiter 3, der in der Regel ein Diplomat aus dem Auswärtigen Amt war. Die Referate wurden von Obersten i.G. und Kapitänen (Dotierungen A16 und B3) zur See geführt. Die darunterliegenden Sachgebiete erhielten ebenfalls Buchstaben, zum Beispiel 33 BC, einem Sachgebiet innerhalb des Lage- und Indikationszentrums 33 B. Zum Ende der 1980er Jahre gab es in der Unterabteilung 33 sowohl regionale als auch militärfachliche Referate, wobei der Fokus klar auf den Warschauer Pakts gerichtet war. Die vorliegenden Quellen der Militärauswertung bestätigen den auf das sowjetische Militärpotenzial gerichteten Fokus der Unterabteilung 33, wobei das größte Meldeaufkommen den sowjetischen Truppen in der DDR galt. Mit der GSSD/WGT beschäftigten sich überwiegend Auswerter der Referate 33G (Gesamtstreitkräfte Warschauer Pakt, Transport und Verkehr, ABC-Waffen), 33H (Landstreitkräfte Warschauer Pakt)

¹⁶² Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 57f. Alle dort genannten Unterabteilungen und teilweise auch Referate des BND ließen sich von Zeitzeugen bestätigen, sodass die Angaben bei Schmidt-Eenboom als glaubhafte Quelle für die Struktur des BND in den 1980er Jahren herangezogen werden können. Die Unterabteilung 33 (Militärauswertung) taucht darüber hinaus auch in zahlreichen Dokumenten der Bundeswehr auf, auf die in den folgenden Kapiteln Bezug genommen wird. Dennoch fehlt noch immer ein offizielles Organigramm des BND, um die Gliederung des BND zweifelsfrei darstellen zu können. So verweisen etwa auch alle BND-Jahresberichte auf die Unterabteilung 33. Bei den Wochenberichten der Militärauswertung wird in der Regel das Sachgebiet 33BC als herausgebende Dienststelle angegeben.

sowie 33J (Luftstreitkräfte Warschauer Pakt). Das Referat 33B fasste die militärische Gesamtlage zusammen und hatte mit ihrem Lage- Indikationszentrum ebenso regelmäßig Berührungspunkte zu sowjetischen Truppen in der DDR – inklusive der NVA.¹⁶³

Die Unterabteilung 33 war das Bindeglied zwischen Bundeswehr und BND. In ihr ging das militär-nachrichtendienstliche Erbe der Organisation Gehlen auf.¹⁶⁴ Auch wenn die Bundeswehr keinen eigenen Nachrichtendienst zur operativen Aufklärung und Auswertung besaß, schloss die Militärauswertung des BND diese Lücke im Zusammenwirken mit Kräften und Mitteln der Abteilung 1 (Beschaffung) und 3 (technische Aufklärung). Der Hauptabnehmer von Berichten der Militärauswertung war das BMVg, weniger das Bundeskanzleramt. Nichtsdestotrotz war auch die Unterabteilung 33 dem Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts zugeordnet und unterschied sich dabei formell nicht von anderen Bereichen des BND. Vor allem Einzelmeldungen und Wochenberichte erreichten teilweise einen Detailgrad, der auf der Ebene des Bundeskanzleramtes kaum auf Interesse stieß. Die Unterabteilung 33 war somit de facto ein Dienstleister für das BMVg. Ihr hoher Soldatenanteil unterschied sie nicht nur fachlich, sondern auch personell von anderen Bereichen des BND, die weit weniger militärisch durchdrungen waren.¹⁶⁵ Soweit dies Zeitzeugengespräche andeuteten, kann man auch von einer soldatischen Binnenkultur bei der Militärauswertung sprechen. Dennoch unterschied sich der Dienstalltag eines Soldaten beim BND ganz wesentlich von jenen, die im Geschäftsbereich des BMVg dienten: Der fehlende Zwang zum Tragen einer Uniform und die meist ausbleibende militärische Aus- und Weiterbildung insbesondere bei Dauerverwendern dürfte allgemein eher zum Abbau von militärischen Verhaltensformen geführt haben. Hier könnten weiterführende Studien über die späte Sozialstruktur des BND und die Rolle der Soldaten beim BND interessante Erkenntnisse über die Nachhaltigkeit militärischer Sozialisationsformen liefern. Die Studie von Rass zum Sozialprofil der

¹⁶³ Ebd., S. 280f, vgl. S. 57f. Zeitzeugengespräche mit Brigadegeneral a.D. Georg Bautzmann am 25.04.2017 sowie Oberst a.D. Klaus Schmidt am 31.03.2017.

¹⁶⁴ Vgl.: Ebd., S. 280.

¹⁶⁵ Bundeswehrsoldaten dienten zudem in der Abteilung 1 (operative Aufklärung) sowie in den Auswerte-Unterabteilungen 32 (Politik), 34 (Wirtschaft) und 35 (Technik) und weiteren Bereichen des BND.

Bundeswehr zeigt ihr wegweisende methodische Ansätze, die durch Oral History weiter verdichtet werden könnten.¹⁶⁶

Ehemalige MfS-Angehörige versuchten nach dem Kalten Krieg auch die Militärauswertung des BND zu diskreditieren. So zitiert der ehemalige MfS-Oberst Eichner die Doppelagentin Gabriele Gast bei einer Konferenz über die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, bei dem auch Armin Wagner über sein Buchprojekt „BND contra Sowjetarmee“ vortrug: „Was die Behauptung Wagners betreffe, der BND habe dank seiner zigtausenden Informationen ein zutreffendes Bild von der GSSD erarbeitet, so ließen seine diesbezüglichen Ausführungen ein solches Fazit nicht zu. Er [der BND] habe lediglich eine Fülle von Details über Material und Rüstung vorgetragen, es fehlten aber Informationen zu den übergreifenden militärstrategischen und -taktischen Zielen.“ Wagners Aussagen seien daher zu relativieren, eben weil bei dieser angeblich intern genannten „Erbsenzählerei“ die wesentlichen Komponenten politisch-militärischer Absichten und Ziele gefehlt hätten.¹⁶⁷ Ein Blick in die Inhaltsverzeichnisse der Jahresberichte der BND-Militärauswertung genügt, um festzustellen, dass die Analysten der Unterabteilung 33 sehr wohl dem strategischen und operativen Denken der Armeen des Warschauer Pakts und insbesondere der sowjetischen Militärführung angemessene Aufmerksamkeit schenkten.¹⁶⁸ Auszüge aus dem Jahresbericht 1988 sollen dies belegen:

„Die Militärpolitik der WP-Staaten stand 1988 wiederum im Zeichen sicherheitspolitischer Initiativen der sowjetischen Führung. [...] Moskau sorgte wiederum für verstärkte Kommunikation im WP und gewährte den NSWP-Staaten neue militärpolitische Freiräume.

Die bereits in den Vorjahren zunehmende Ambivalenz bestimmte auch 1988 das Erscheinungsbild der Sicherheits- und Militärpolitik der Sowjetunion. Auf der einen Seite fanden dort Denkansätze für zukünftige sicherheitspolitische Konzeptionen im öffentlichen Raum [statt] [...]. Sie gipfelten in der Einschätzung einer geringeren militärischen Bedrohung durch den Westen, dem Eingeständnis, über eine offensive Militärstrategie und überdimensionierte Streitkräfte zu verfügen [...]. Zugleich

¹⁶⁶ Rass, Sozialprofil des BND, 2016.

¹⁶⁷ Eichner, Agentin in der BND-Zentrale, 2015, S. 93f.

¹⁶⁸ So umfassten beim Jahresbericht 1988 bspw. die sowjetische Außenpolitik 25 Seiten und die militärpolitischen und -strategischen Bestrebungen im Warschauer Pakt über 100 Seiten.

vermittelten vereinzelte Entscheidungen und Vorgehensweisen der sowjetischen Führung den Eindruck, sie berücksichtige bereits ansatzweise derartige Vorstellungen. [...] Auf der anderen Seite meldeten die sowjetischen Militärs gegenüber derart einschneidenden Zielvorstellungen und Verhaltensweisen deutliche Vorbehalte an. Zudem blieb diese Entwicklung auch 1988 ohne Auswirkung auf den Umfang, die Struktur und Dislozierung [...]. Auch machte die sowjetische Führung wiederholt deutlich, daß sie auch weiterhin die militärische Sicherheit der Sowjetunion und die dazu erforderliche Einflußnahme auf politische Prozesse nicht zur Disposition stellen will.¹⁶⁹

Dieser Auszug aus einem Jahresbericht zeigt, dass – entgegen dem Vorwurf der HV A-Agentin Gabriele Gast – die Militär-Auswerter des BND sehr wohl in der Lage waren, militärische Entwicklungen in der Sowjetunion in einem größeren Zusammenhang zu betrachten, statt nur ORBAT-Intelligence auf der unteren taktischen Ebene zu betreiben. Der Textauszug belegt ferner die anfangs 1989 noch vorhandene Skepsis hinsichtlich der von Gorbatschow am 7. Dezember 1988 angekündigten Abrüstungsinitiativen. Dies bewertete der BND wie folgt: „Die Ankündigung Gorbachevs [...] basierte wohl vorrangig auf wirtschaftlichen und außenpolitischen Erwägungen, während sicherheitspolitische Überlegungen möglicherweise eine untergeordnete Rolle spielten. Gorbachev ließ sich dabei wohl von der Erkenntnis leiten, daß rüstungskontrollpolitische Erfolge, die für die notleidende Wirtschaft dringend benötigte Ressourcen freisetzen könnten, nur langfristig zu erzielen sind.“¹⁷⁰ Im darauffolgenden Jahresbericht ließen die Auswerter des BND mehr Optimismus hinsichtlich der Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion erkennen:

„Die Militärpolitik der WP-Staaten stand 1989 im Zeichen des vom „Neuen Denken“ geprägten außen- und sicherheitspolitischen Konzepts der sowjetischen Führung unter Gorbachev sowie der umwälzenden Veränderungen in den WP-Staaten. Sie demonstrierten vor allem durch abrüstungs- und rüstungskontrollpolitische Schritte ihre Bereitschaft zum asymmetrischen Abbau ihrer übergerüsteten Militärpotentiale. [...] Die in den Vorjahren vorherrschende Ambivalenz im Erscheinungsbild der sowjetischen Sicherheits- und Militärpolitik schwächte sich insgesamt ab; zugleich bezog sie sich 1989 nicht mehr auf eine

¹⁶⁹ BArch, B 206/170: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht 1988, Entwicklungen und Lagemerkmale, Warschauer Pakt, 10.04.1989, S. 55f.

¹⁷⁰ Ebd., S. 59f.

Diskrepanz von Wort und Tat der politischen Führung, sondern auf die anhaltenden Auffassungsunterschiede zwischen politischer und militärischer Führung zur ‚Hinlänglichkeit‘ militärischer Fähigkeiten.“¹⁷¹

Hierin zeigt der Charakter der Jahresberichte der BND-Militärauswertung als Lagefortschreibung. Trotz allen Umdenkens bei der sowjetischen Militärführung konstatieren die Auswerter in Pullach: „Insgesamt gab die Sowjetunion auch 1989 (bis auf die militärische Präsenz in Afghanistan) keine ihrer geostrategischen Positionen oder militärstrategischen Optionen auf, trotz z. T. eingeleiteter einseitiger Abrüstungen.“¹⁷² Auch zur Umsetzung der neuen Verteidigungsdoktrin wird der Jahresbericht 1989 konkret:

„Die Diskussion um die Militärdoktrin in der Sowjetunion verlagerte sich 1989 weg von den politischen Vorgaben hin auf das Bemühen um Akzeptanz ihrer militärtechnischen Umsetzung nach innen bzw. deren Glaubhaftmachung nach außen. Die erklärten politischen Vorgaben des ‚Verteidigungscharakters‘, der ‚Kriegsverhinderung‘ und die ‚Hinlänglichkeit der Streitkräfte‘ als gültige Doktrinprinzipien galten nunmehr als verbindlich festgelegt. Sie stehen nicht mehr zu Diskussion, wohl aber ihre inhaltliche, insbesondere militärtechnische Ausgestaltung bzw. militärstrategische Umsetzung.“¹⁷³

Zweifel hegten die Analysten indes am Gorbatschow’schen Konzept der Kriegsverhinderung: „Die sowjetische Militärführung konnte jedoch auch 1989 nicht überzeugend glaubhaft machen, daß sie auf erfolgreiche Kriegsführungsfähigkeit als militärtechnischer Beitrag der ‚Kriegsverhinderung‘ verzichtet.“¹⁷⁴

Diese Zitate zeigen einmal mehr, dass der BND der 1980er Jahre ein strategisch-politischer Nachrichtendienst war. Das Personal der militärischen Auslandsaufklärung des BND hatte eine große Spannbreite abzudecken, wofür Absprachen mit anderen Fachbereichen des BND erforderlich waren. Sowohl das „Panzerzählen“ auf der untersten taktischen Ebene als auch die Analyse der sowjetischen Militärpolitik speisten ein umfassendes Gesamtbild über das sowjetische Militärpotenzial. Dies ist dem BND deshalb grundsätzlich gelungen,

¹⁷¹ BArch, B 206/172: BND, Militärischer Lagebericht 1989, Entwicklungen und Lagemerkmale, S. 51.

¹⁷² Ebd., S. 54.

¹⁷³ Ebd., S. 61.

¹⁷⁴ Ebd., S. 62.

weil alle abzudeckenden Bereiche in einem Dienst vereint waren. Lediglich das bis in die 1990er Jahre vorherrschende Schottensystem verhinderte möglicherweise eine noch höhere Effizienz des BND in der Militäraufklärung.¹⁷⁵ Denn wofür sich insbesondere die USA mehrere Nachrichtendienste leistete und damit gewaltige Ressourcen aufbrachte, benötigte die Bundesrepublik einen vergleichsweise überschaubaren Auslandsnachrichtendienst, der zumindest im militärpolitischen Aufgabenbereich zu fundierten Erkenntnissen kam.

2. Militärisches Nachrichtenwesen der Bundeswehr

a. Grundlagen

Ohne Erkenntnisse über den Gegner wäre der Einsatz des Militärs im Gefecht dem Zufall überlassen. Der Aufklärung gegnerischer oder zumindest fremder Streitkräfte wird im Militär daher seit jeher eine hohe Priorität beigemessen.¹⁷⁶ Das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr ist ein teilstreitkräftegemeinsamer Aufgabenbereich – also von Heer, Luftwaffe und Marine –, der sich zum einen mit militärischen Bedrohungspotenzialen fremder Staaten befasst, zum anderen mit der Herstellung und Sicherstellung der militärischen Sicherheit.¹⁷⁷ Letzteres soll hier nicht weiter vertieft werden, wenngleich die Spionageabwehr der Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr ein wichtiges Thema ist.¹⁷⁸ Der Schwerpunkt der Arbeit liegt jedoch klar auf der dem erstgenannten Auftrag: der Aufklärung fremder Streitkräfte.

Im Gegensatz zur militärischen Auslandsaufklärung des BND, die seit 1990 gesetzlich geregelt ist, verfügt das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr seit seinem Bestehen über keine hinreichend klare normative Grundlage. Faktisch begründet sich der Einsatz von Kräften und Mitteln des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr auf das Artikel 87a Absatz 1 Grundgesetz und die entsprechenden Dienstvorschriften. Eine parlamentarische Kontrolle wie beim

¹⁷⁵ Gleichsam dürfte das Schottensystem des BND die geheimdienstliche Unterwanderung durch das MfS behindert haben.

¹⁷⁶ Enrico Brissa, Militärischer Auslandsgeheimdienst der Bundeswehr. Grundlagen und Grenzen des "Militärischen Nachrichtenwesens", in: Die öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft, 64 (2011), S. 391.

¹⁷⁷ Hartmut Schmidt-Petri und Werner von Scheven, Die Bundeswehr. Wie funktioniert das?, Mannheim 1987, S. 122.

¹⁷⁸ Zu Erkenntnisse über die Geschichte des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr siehe: Helmut R. Hammerich, "Stets am Feind!". Der Militärische Abschirmdienst (MAD) 1956-1990, Göttingen 2019.

BND gibt es nicht; es greifen lediglich die für die Bundeswehr allgemeinen Kontrollmechanismen wie etwa das Informationsrecht des Verteidigungsausschusses, die Einsetzung des Wehrbeauftragten oder die Konstituierung eines Untersuchungsausschusses. In Ermangelung einer einfachgesetzlichen Regelung gibt es folglich auch keine Legaldefinition des Nachrichtenwesens.¹⁷⁹

Thomas Walde definierte 1978 das militärisches Nachrichtenwesen als „die Sammlung, Beurteilung und Weitergabe von öffentlich zugänglichen oder geheim gehaltenen Nachrichten in besonderen Dienststellen für Zwecke der politischen und militärischen Führung.“¹⁸⁰ Ein Handbuch zu Bundeswehr definiert das militärische Nachrichtenwesen wie folgt: „Das Militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr (MilNw) hat die Aufgabe, Informationen über die Wehrlage anderer Staaten zu sammeln und zu bewerten, um so als ‚Frühwarnsystem‘ wirken zu können.“¹⁸¹ Brissa argumentiert indes, dass der Begriff des militärischen Nachrichtenwesens „traditionell so weit gefasst [wird], dass er über die Streitkräfte hinaus auch den Bundesnachrichtendienst umfasst, soweit dieser militärisch relevante Aufgaben wahrnimmt.“ Demnach gehörte der BND zumindest teilweise „materiell“ zum militärischen Nachrichtenwesen. Dennoch müsse der BND wegen seiner unterschiedlichen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Aufgaben „klar von den für das Militärische Nachrichtenwesen zuständigen Bereichen der Streitkräfte abgegrenzt werden.“ Die Schwierigkeit der Abgrenzung sei im Kern darin begründet, „dass das Militärische Nachrichtenwesen der Streitkräfte über Mittel und Methoden verfügt, die für traditionelles nachrichtendienstliches Handeln wesensbestimmend sind (Fernmeldeaufklärung, Satellitenaufklärung, Fähigkeiten zur weiträumigen Aufklärung, Nachrichtengewinnung mittels menschlicher ‚Quellen‘).“¹⁸² Die Bundesregierung stellte – wenngleich 2021 – bei der Beantwortung einer kleinen Anfrage von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen fest, dass „Das militärische Nachrichtenwesen [...] sich als Aufgabe in allen Bereichen der Streitkräfte wieder [findet] und [...] sich durch eine enge Integration in andere Aufgabenbereiche der Bundeswehr aus[zeichnet].“ Ferner

¹⁷⁹ Brissa, Militärischer Auslandsgeheimdienst der Bundeswehr, 2011, S. 394f.

¹⁸⁰ Thomas Walde, Militärisches Nachrichtenwesen, in: Bundeswehr und Gesellschaft. Hrsg. von Ralf Zoll, Opladen 1978. Studienbücher zur Sozialwissenschaft, S. 187.

¹⁸¹ Schmidt-Petri, von Scheven, Die Bundeswehr, 1987, S. 122.

¹⁸² Brissa, Militärischer Auslandsgeheimdienst der Bundeswehr, 2011, S. 396.

stellte die Bundesregierung klar, dass das militärische Nachrichtenwesen keine abgegrenzte Organisation innerhalb der Bundeswehr sei: „Der Aufgabenbereich des militärischen Nachrichtenwesens ist somit keine Organisation innerhalb der Bundeswehr und nicht auf einzelne Dienststellen beschränkt, sondern eine querschnittliche Aufgabe, die durch die Streitkräfte insgesamt und damit durch alle Dienststellen der Bundeswehr wahrgenommen wird und im Rahmen derer grundsätzlich alle Soldatinnen und Soldaten einen Beitrag leisten.“¹⁸³ Dies galt auch für die Zeit vor und während des Truppenabzugs.

Diese Sammlung und Beurteilung finden in Stäben oder Kommandobehörden, zentralen Dienststellen und Einheiten statt. In der Bundeswehr verteilt sich die Stabsarbeit auf verschiedene Aufgabenbereiche, die Führungsgrundgebiete genannt werden.¹⁸⁴ Das Führungsgrundgebiet 2 umfasst das militärische Nachrichtenwesen. Auf der taktischen Ebene verarbeitet das militärische Nachrichtenwesen Informationen aus der taktischen Aufklärung, etwa von Spähtruppen, der Brigade- und Divisionsaufklärung oder Informationen aus der Fernmelde- und Elektronischen Aufklärung. Hieraus entstehende Erkenntnisse über den militärischen Gegner, die sogenannte Feindlage oder Lage gegnerischer Kräfte, sind Bestandteil der militärischen Operationsplanung und beeinflussen den Entscheidungsfindungsprozess der Kommandeure.¹⁸⁵ „Die gewonnenen Erkenntnisse in diesem Bereich [der Beurteilung und Bewertung fremder Wehrpotenziale] sind überdies eine wichtige Grundlage für die eigenen militärstrategischen, taktischen sowie der Struktur der Bundeswehr betreffenden Überlegungen.“¹⁸⁶

Bis zu einem gewissen Grad konnte die Bundeswehr taktische und auch darüberhinausgehende Aufklärung mit truppeneigenen Mitteln umzusetzen. Die Aufklärungstiefe war daher technisch aber auch theoretisch begrenzt, da für die Operationsplanung nur die Feindlage im jeweils eigenen Verantwortungs- und

¹⁸³ Rechtsgrundlage und Kontrolle des Militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Keul, Dr. Konstantin von Notz, Margarete Bause, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 19/25466, 25.01.2021, S. 2f.

¹⁸⁴ Führungsgrundgebiete (FGG): FGG 1 – Personalwesen; FGG 2 – Militärisches Nachrichtenwesen; FGG 3 – Führung, Organisation, Ausbildung; FGG 4 – Logistik; FGG 6 – Führungsdienst. Vgl.: Schmidt-Petri, von Scheven, Die Bundeswehr, 1987, S. 122.

¹⁸⁵ Vgl.: Faust, Effektive Sicherheit, 2002, S. 156.

¹⁸⁶ Schmidt-Petri, von Scheven, Die Bundeswehr, 1987, S. 122.

Interessenraum relevant ist.¹⁸⁷ Je höher die militärische Führungsebene ist, desto größer sind Verantwortungs- und Interessenbereich, und desto größer sind die Anforderungen an die eigene Aufklärung. Im BMVg befasst sich das militärische Nachrichtenwesen mit Informationen und Erkenntnissen auf strategisch-politischer Ebene. Die Bandbreite des militärischen Nachrichtenwesens umfasst daher sowohl den einzelnen gegnerischen Soldaten als auch ganze Verteidigungsbündnisse. Dieser Bandbreite versuchte die Bundeswehr durch unterschiedliche Organisationselemente des militärischen Nachrichtenwesens auf allen Ebenen gerecht zu werden.

In der zentralen Dienstvorschrift 2/11 wurde das Militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr – 1966 noch als „militärischer Nachrichtendienst“ bezeichnet – geregelt.¹⁸⁸ Die heute nicht mehr gültige Vorschrift definierte drei Ziele des militärischen Nachrichtenwesens: erstens die Wehrlage fremder Staaten; zweitens die Gewährleistung der Sicherheit im militärischen Bereich; drittens die Verteidigungsbereitschaft der eigenen Bevölkerung. Demnach dienten die im Frieden „gewonnenen Erkenntnisse sowohl der politischen Entschlussfassung als auch [...] der Vorbereitung der Streitkräfte für den Einsatz. Im Krieg dagegen erhöht sich die Bedeutung aller Erkenntnisse über fremde Streitkräfte, um die Führung der Operationen im nationalen und NATO-Rahmen zu unterstützen [...]“.¹⁸⁹ Im Kalten Krieg kam bis auf Nuklearwaffen das gesamte Spektrum von militärischen, politischen, wirtschaftlichen und nachrichtendienstlichen Mitteln zur Anwendung.¹⁹⁰ Zwar blieb es an der deutsch-deutschen Nahestelle der Machtblöcke bei einer Militäraufklärung im Frieden, jedoch wurden Denken und Handeln in Bundeswehr und BND vom Kalten Krieg geprägt, der eine stete Vorbereitung auf den heißen Krieg bedeutete.¹⁹¹

¹⁸⁷ Verantwortungsraum ist der Raum, für den ein militärischer Führer verantwortlich ist.

Interessenraum ist der an den Verantwortungsraum angrenzende Raum.

¹⁸⁸ Zentrale Dienstvorschrift 2/11: Der militärische Nachrichtendienst in Kommandobehörden und Stäben. Erlassen am 23. Februar 1966. Vgl.: Albrecht Charisius und Julius Mader, Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin 1980, S. 409; Weiße, NATO-Intelligence, 2013, S. 138, Fußnote 328; Weiße, Geheime Funkaufklärung, 2005, S. 111.

¹⁸⁹ ZDv 2/11, zitiert nach: Walde, Militärisches Nachrichtenwesen, 1978, S. 187.

¹⁹⁰ Stöver, Der Kalte Krieg, 2008, S. 9.

¹⁹¹ Rink, Die Bundeswehr, 2015, S. 26f; Florian Reichenberger, Der gedachte Krieg. Vom Wandel der Kriegsbilder in der Bundeswehr, Berlin 2018 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 13), S. 1f.

Die Heeresdienstvorschrift für die Truppenführung, HDv 100/100, in der zweiten verbesserten Auflage von 1973, geht im Kapitel Acht dezidiert auf das „militärische Nachrichtenwesen und die Beurteilung des Feindes“ ein. Demnach seien die Kenntnis der politischen und militärischen Verhältnisse fremder Staaten und Streitkräfte die Voraussetzung für die Tätigkeit des Truppenführers.¹⁹² Damit verdeutlicht sie die Zusammenhänge aus strategischen Erkenntnissen über fremde Staaten und den Erfordernissen der Truppenführer auf taktischer Ebene. Hinsichtlich fremder Streitkräfte seien unter anderem nach den folgenden Gegebenheiten zu beurteilen: Führungsdoktrin und Führungsfähigkeit; inneres Gefüge; Organisation der Streitkräfte, ihre Dislozierung und Wirksamkeit; Materielle Ausstattung.¹⁹³ Als Mittel des militärischen Nachrichtenwesens zur Nachrichtengewinnung werden 1973 genannt: Die Fernmelde- und elektronische Aufklärung; die eigenen Luftstreitkräfte durch Aufklärung aus der Luft; die taktische Gefechtsaufklärung; Gefangenenaussagen und die Auswertung von Beutepapieren und -material.¹⁹⁴ Ohne den BND konkret zu benennen, geht die HDv 100/100 auch auf dessen Funktion für die militärische Auslandsaufklärung ein: „Der geheime Nachrichtendienst beschafft seine Nachrichten durch Eindringen in den Gegner. Seine Informationen können entscheidend sein, sie lassen sich aber häufig nur mit zeitlicher Verzögerung gewinnen.“¹⁹⁵ Die Vorschrift deutet damit längere Informationsverarbeitungsprozesse beim BND an, die sich nachteilig auf das militärische Nachrichtenwesen auswirken könnten. Auch die HDv 100/100 von 1987 konstatiert in der Ziffer 1109, dass diese Informationen „häufig nur mit zeitlicher Verzögerung zur Verfügung stehen.“¹⁹⁶ Der BND agiert grundsätzlich im strategisch-politischem Spektrum, die Bundeswehr überwiegend auf der taktischen Ebene. Heraus resultieren neben unterschiedlichen qualitativen Ansprüchen auch andere zeitliche Erfordernisse. Die ungleiche Schnelligkeit der Bereitstellung und Qualität von Informationen stellen daher einen Zielkonflikt zwischen Bundeswehr und BND dar.

Im Folgenden soll das militärische Nachrichtenwesen in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in den 1980er Jahren und hinsichtlich der Aufklärung

¹⁹² HDv 100/100 (2. Aufl. 1973), Ziffer 801.

¹⁹³ Ebd., Ziffer 802.

¹⁹⁴ Ebd., Ziffer 804.

¹⁹⁵ Ebd.

¹⁹⁶ HDv 100/100 (3. Aufl. 1987), Ziffer 1109.

der sowjetischen Streitkräfte in der DDR dargestellt werden. Die taktische Aufklärung auf Verbandsebene wird dabei nicht näher betrachtet.

b. Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ANBw)

Im Vorfeld der sowjetischen Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 zeigten sich kommunikative Probleme bei der Verteilung der militärischen Lageinformationen des BND. Diese sollten eigentlich über das BMVg an das Auswärtige Amt und das Kanzleramt weitergeleitet werden. Das BMVg behielt die Meldungen jedoch stattdessen für sich und meldete abweichende Erkenntnisse. „Damit war keine Einheit der Aufklärung mehr gegeben“, wie Armin Müller konstatiert.¹⁹⁷ Aus dem mangelnden Vertrauen der SPD-geführten Regierungen in den eher politisch-konservativen und CSU-nahen BND resultierte die Aufwertung des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr, dem die SPD-Führung mehr Neutralität beimaß.¹⁹⁸

Für eine solche Aufwertung eignete sich die Schaffung einer neuen zentralen Dienststelle der Bundeswehr.¹⁹⁹ Für diesen Zweck prädestinierte sich das Amt für Fernmeldewesen der Bundeswehr. Es musste dafür nicht nur personell aufwachsen und umstrukturiert werden, sondern auch neue Aufgabenbereiche zugewiesen bekommen. Auf seiner Klausurtagung am 12. Juni 1978 traf Hans Apel, Verteidigungsminister und SPD-Mitglied im Kabinett von Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Entscheidung zur Schaffung einer zentralen Bundeswehrdienststelle für das militärische Nachrichtenwesen. Dieser Entscheidung waren langwierige Planungen und seit 1970 eine Wehrstrukturkommission vorausgegangen.²⁰⁰ Bis zur Aufstellung des ANBw verfügten die Kommandos Heer, Luftwaffe und Marine über eigene Stabsabteilungen des militärischen Nachrichtenwesens, die nun in die Struktur und den Aufgabenbereich des ANBw eingegliedert werden sollten. Somit fand in den 1980er Jahren erstmals eine gebündelte und koordinierte Analyse fremder Streitkräfte innerhalb einer zentralen Bundeswehrdienststelle und außerhalb

¹⁹⁷ Müller, Wellenkrieg, 2017, S. 363.

¹⁹⁸ Ebd., S. 364f.

¹⁹⁹ Dies hatte bereits 1962 der für das militärische Nachrichtenwesen bei Fü S zuständige Brigadegeneral Gerhard Wessel gefordert, wohl als „Amt für Nachrichtenwesen“. Siehe: Ebd., S. 361.

²⁰⁰ Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, Von der FDST zum ZNBw, 2007, S. 38. Vgl.: Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1979, S. 147.

des BND statt. Die Bundeswehr konnte somit fortan ein eigenes Lagebild über fremde Streitkräfte führen.

Auch das Weißbuch von 1979 greift die strukturellen Veränderungen im militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr auf. Hinsichtlich Bundeswehrgemeinsamer Aufgaben heißt es im Punkt Nachrichten/Aufklärung: „In der Bundeswehr wird die Auswertung militärischer Nachrichten und Ergebnisse der Fernmelde-/Elektronischen Aufklärung Aufgabe einer zentralen Stelle, Amtes für Nachrichtenwesen der Bundeswehr.“²⁰¹ Ferner gehen die Autoren des Weißbuches auch auf die Kooperation mit dem BND ein: „Dort [im ANBw] wird aus den – in Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst (BND) – gewonnen Erkenntnissen ein geschlossenes Urteil über die militärische Lage gebildet.“²⁰² Dies deutet eine Kompetenzerweiterung der Bundeswehr an, die nun die letzte Instanz bei der Beurteilung der militärischen Lage über fremde Streitkräfte werden sollte. Damit war das Monopol des BND bei der militärischen Auslandsaufklärung offen in Frage gestellt worden.

Primär dienten die Erkenntnisse des ANBw der Bundeswehr. Bedarfsträger waren demnach die Streitkräfte und nicht die Regierung. Dies unterscheidet das ANBw formell und letztlich auch dem Auftrag nach vom BND, der dem Bundeskanzleramt untersteht und grundsätzlich auf die Interessen der politischen Führung der Bundesrepublik Deutschland zugeschnitten ist. Dennoch ist es offensichtlich, dass das ANBw in Konkurrenz zum militärischen Anteil des BND stand. Wissensgeschichtlich betrachtet waren in den 1980er Jahren das ANBw und der BND die wichtigsten deutschen Akteure des Wissens über sowjetische Truppen in der DDR.

Weiterführende Forschungen zur Rolle des ANBw sind gegenwärtig, vielleicht aber auch zukünftig, kaum möglich, da laut Aussage von Mitarbeitern im Militärarchiv Freiburg nur vergleichsweise wenige Aktenbestände des ANBw ins Militärarchiv überführt wurden. Möglicherweise sind kaum noch oder gar keine relevanten Aktenbestände beim heutigen Kommando Strategische Aufklärung (KSA) aus der Zeit des Kalten Krieges vorhanden. Die genauen Gründe hierfür sind bislang nicht klar auszumachen. Inwiefern technische Ursachen für den

²⁰¹ Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1979, S. 155.

²⁰² Ebd., S. 155f.

Dokumentenmangel herangezogen werden müssen, ist ebenso unklar. Es gab unter anderem 2007 Berichte über Datenverluste beim ANBw/ZNBw aufgrund von fehlgeschlagenen Archivierungen. Dies soll jedoch hauptsächlich einsatzrelevante Dokumente zwischen 1999 und 2003 betroffen haben.²⁰³ Ungeachtet möglicher technischer Ursachen ist der Quellenbestand des ANBw im Militärarchiv Freiburg mit der Signatur BW 40 von vergleichsweise geringem Umfang. Es ist fraglich, ob die vielen Lagemeldungen, die sich über Jahre angesammelt haben müssen, überhaupt jemals den Weg ins Militärarchiv geschafft haben oder noch schaffen werden. Bis dahin bleibt die Erforschung der Rolle des ANBw für das militärische Nachrichtenwesen in den 1980er Jahren und während des Abzugs der WGT bis 1994 lückenhaft. Überliefert sind trotzdem einige wenige Berichte des ANBw in Form von G2/A2-Informationen und Kurzinformationen, etwa zur sogenannten Inneren Lage in der WGT oder zum Abzugsfortschritt, die in einem späteren Abschnitt vorgestellt werden.

c. Fernmelde- und Elektronische Aufklärung der Bundeswehr

Mit der Fernmelde- und Elektronischen Aufklärung (Fm/EloAufkl) leistete die Bundeswehr einen essenziellen Beitrag zur Aufklärung der GSSD. Dabei ist zwischen Aufklärungsmitteln von Heer, Luftwaffe und Marine zu unterscheiden. Für die Aufklärung der GSSD ist jedoch die Marineaufklärung zu vernachlässigen ist.²⁰⁴ „Fernmelde- und Elektronische Aufklärung ist die Zusammenfassung aller Tätigkeiten und Maßnahmen zur Aufklärung feindlicher Ausstrahlungen mit und ohne Nachrichteninhalte und die Abgabe der Ergebnisse“.²⁰⁵ Die Fernmeldeaufklärung wird auch als Communication Intelligence (COMINT)

²⁰³ Antwort der Bundesregierung auf die Frage, von welchen Stellen die betroffenen Daten stammen würden und um welche Daten es sich dabei handeln würde: „Bei den Daten handelt es sich nach heutigem Erkenntnisstand um Meldungen mit möglicher Relevanz für die Feststellung und Bewertung der Lage anderer Staaten: Meldungen des Bundesnachrichtendienstes (BND), Lagemeldungen des Militärischen Nachrichtenwesens aus den Einsatzgebieten der Bundeswehr sowie nationalem Berichtsaustausch mit Partnern und Verbündeten sowie NATO/EU-Stäben.“ Siehe: Datenverlust im Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Birgit Homburger, Elke Hoff, Dr. Rainer Stinner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP. Drucksache 16/6011, 23.07.2007, S. 1. Vgl.: Peter Carstens und Stephan Löwenstein, Willkommene Amtshilfe, geneidete Kompetenz. Der BND und das Militär, in: FAZ, 2007 (28.08.2007), <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/der-bnd-und-das-militaer-willkommene-amtshilfe-geneidete-kompetenz-1437717.html> (letzter Aufruf 12.11.2018).

²⁰⁴ Zur ausführlichen Geschichte siehe: Grabau, Lageaufklärung Ost, 2014; Weiße, Geheime Funkaufklärung, 2005.

²⁰⁵ Weiße, Geheime Funkaufklärung, 2005, S. 112.

bezeichnet und erfasst gegnerische Kommunikation über Fernmeldemittel. Elektronische Aufklärung, auch Electronic Intelligence (ELINT) genannt, erfasst und wertet elektromagnetische Strahlung von Ortungs- und Leitgeräten aus, die nicht zur Kommunikation genutzt wird. Dadurch können Waffensysteme und Einheiten identifiziert werden.²⁰⁶

Rudolf Grabau, der als langjähriger Mitwirkender in der Fm/EloKa-Truppe des Heeres mehrere umfassende Werke zu diesem Thema veröffentlicht hat,²⁰⁷ beschreibt die grundlegende Aufgabe der Fm/EloAufkl wie folgt: Ziel der Lageaufklärung sei es gewesen, ein Fm/Elo-Lagebild zu gewinnen und damit Erkenntnisse über Führungssysteme des Gegners; Stärke, Kräfteverteilung, Gliederung und Unterstellungsverhältnisse; Bewegungen; Feuerstellungen, atomare Einsatzmittel; Grad der Gefechtsbereitschaft und letztlich die Absicht des Gegners. Damit sei Fm/EloAufkl auch ein wichtiges Mittel zum Erkennen von Angriffsvorbereitungen gewesen.²⁰⁸ Grabau beschreibt somit die klassischen Elemente der ORBAT-Intelligence, aber auch der Krisenerkennung, ähnlich dem Interessenprofil der drei westlichen MVM. Zwar bezieht er sich dabei auf die Fm/EloAufkl des Heeres, jedoch sind diese Aufklärungsziele ebenso der Luftwaffe und der Marine zuzuschreiben. Zudem stellt Grabau heraus, dass die Fernmeldeaufklärung der GSSD und NVA immer den Schwerpunkt bildete, während bei den US-Streitkräften der elektronische Kampf (EloKa) im Vordergrund stand.²⁰⁹

Die ORBAT-Intelligence während des Kalten Krieges fußte maßgeblich auf SIGINT. Der Zugang zur geschützten und teilweise verschlüsselten Kommunikation der Armeen und Führungselemente innerhalb des Warschauer Pakt bot der NATO essentielle Einblicke in die Absichten des Gegners. Ob die militärische Fernmeldeaufklärung ihren Nutzen auch während des Abzugs unter Beweis stellen konnte, muss indes hinterfragt werden. Hierauf wird später dezidiert eingegangen.

²⁰⁶ Ebd.

²⁰⁷ Vgl.: Müller, Wellenkrieg, 2017, S. 19, Fußnote 30.

²⁰⁸ Grabau, Lageaufklärung Ost, 2014, S. 36f.

²⁰⁹ Ebd., S. 37f.

d. Fü S II – Militärisches Nachrichtenwesen im BMVg

Vergleichbar zu den Stäben von Bataillonen oder Brigaden besaß das BMVg einen eigenen Stabsbereich, gegliedert nach den Führungsgrundgebieten. Im teilstreitkraftübergreifenden und dem Generalinspekteur der Bundeswehr unterstehenden Führungsstab der Streitkräfte (Fü S) war es die Stabsabteilung II (Fü S II), die sich mit dem militärischen Nachrichtenwesen auf ministerieller und damit höchster Ebene im Ressortbereich BMVg befasste. Dieser Bereich wurde auch als G2/A2-Dienst bezeichnet, wobei hiermit kein selbständiges Organisationslement gemeint ist.²¹⁰ Die Stabsabteilung Fü S II wurde von einem Brigadegeneral oder Konteradmiral geführt und arbeitete vor allem der Stabsabteilung Fü S III, Militärpolitik und Führung, zu.²¹¹ Fü S III galt als die wichtigste Stabsabteilung im Führungsstab der Streitkräfte und wurde als einzige von einem Generalmajor oder Vizeadmiral geführt. Dem Stabsabteilungsleiter (StAL) Fü S III stand zudem ein Stellvertreter im Range eines Brigadegenerals oder Konteradmirals zur Verfügung.²¹² Der StAL Fü S II war der ranghöchste Repräsentant des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr und vertrat diesen Aufgabenbereich auch nach außen – war also der deutsche Ansprechpartner für die NATO Intelligence Community. Da er jedoch nur beratend dem Generalinspekteur zugeordnet war, wurde der StAL Fü S II bei der NATO als Assistance Chief of Staff Intelligence (ACOS INT) bezeichnet.²¹³ Von 1988 bis 1992 war Brigadegeneral Georg Bautzmann²¹⁴ StAL Fü S II.

Aus der anfänglichen personellen Verzahnung zwischen dem Chef der Militärauswertung in der Organisation Gehlen und dann später beim BND

²¹⁰ Walde, Militärisches Nachrichtenwesen, 1978, S. 187f. Vgl.: Weiße, NATO-Intelligence, 2013, S. 139; Faust, Effektive Sicherheit, 2002, S. 156; Schmidt-Petri, von Scheven, Die Bundeswehr, 1987, S. 122.

²¹¹ Vgl.: Reinhard Bettzuege, Der Deutsche Militärattachédienst. Von den Anfängen der Bundeswehr bis heute, Bonn 2005, S. 242.

²¹² Fü S III bestand im Mai 1991 aus den folgenden Referaten: 1) Militärpolitische Grundlagen; 2) Militärstrategie; 3) Grundsatzfragen der militärpolitischen Interessenvertretung in NATO, EUROGROUP und WEU (u.a.); 4) Konventionelle und regionale Rüstungskontrolle; 5) Nukleare und weltweite Rüstungskontrolle; 6) Operative Grundlagen, Militärgeographie; 7) Implementierung von Rüstungskontrollabkommen. Siehe: BArch, MA: Übersicht Führungsstab der Streitkräfte (Fü S), Stand: Mai 1991.

²¹³ Zeitzeugengespräch mit Brigadegeneral a.D. Georg Bautzmann am 25.04.2017.

²¹⁴ Georg Bautzmann: Geboren 3.3.1935; 1966 bis 1968 9. Generalstabslehrgang (H) an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg. Im Anschluss BND-Verwendung als Referent und G3-StOffz. 1980 Beförderung zum Oberst und 1984 zum Brigadegeneral. 1984 Referatsleiter Fü S II 2. 1984 bis 1988 Unterabteilungsleiter 33 (Militärauswertung) beim BND. 1988 bis 1992 Stabsabteilungsleiter Fü S II. 1992 Pensionierung.

einerseits und einer „Abteilung Dokumentation J2“ andererseits entstand später die Stabsabteilung II im Führungsstab der Bundeswehr (Fü B), ab August 1965 im Führungsstab der Streitkräfte des BMVg (Fü S II).²¹⁵ Das ministerielle Nachrichtenwesen agierte zwar hierarchisch auf höchster militärischer Ebene und damit an der Spitze des deutschen militärischen Nachrichtenwesens, nachrichtendienstliche Befugnisse insbesondere bei der Nachrichtenbeschaffung waren jedoch allein beim BND verortet.²¹⁶ Dem BMVg wurde indes die Aufgabe zuteil, Aufklärungsforderungen an den BND zu stellen und das militärische, also Bundeswehr-interne Nachrichtenwesen teilstreitkräfteübergreifend zu koordinieren.²¹⁷ Armin Müller verweist auf der Basis einer vertraglichen Regelungen zwischen BND und BMVg im Jahr 1958²¹⁸ auf „ein Weisungsrecht [des BMVg/Fü B II] gegenüber der militärischen Auswertung des BND.“²¹⁹ Zwischen Gehlen und Heusinger wurde 1957/58 verhandelt, wie der BND und das militärische Nachrichtenwesen im BMVg künftig zueinander stehen würden. Erst nach Intervention vom Kanzleramtschef Globke resultierte folgende Kompromissformel: „Der Bundesnachrichtendienst dient mit seinem militärischen Sektor der Nachrichtenbeschaffung für das Bundesministerium der Verteidigung. Er erhält von diesem seine fachlichen Weisungen.“²²⁰ Ab etwa Mitte der 1960er erhob Fü S II den Anspruch, für die Gesamtbeurteilung der militärischen Lage auch gegenüber dem Kanzleramt allein und in letzter Instanz zuständig zu sein. Ferner forderte Fü S II, Auswertekapazitäten vom BND zum BMVg zu verlagern.²²¹ Nichtsdestotrotz besaß Fü B II/Fü S II keine nachrichtendienstlichen Rechte wie der BND oder der Militärische Abschirmdienst der Bundeswehr (MAD), hatte jedoch informationellen Zugang zu nachrichtendienstlichem Wissen. Im Ressortbereich BMVg gab es keine geheimen, nachrichtendienstlichen Beschaffungsoperationen zur Aufklärung fremder Streitkräfte.²²² Daran hätte sich

²¹⁵ Müller, Wellenkrieg, 2017, S. 361.

²¹⁶ Vgl.: Weiße, NATO-Intelligence, 2013, S. 139.

²¹⁷ Siehe auch: Bettzuege, Der Deutsche Militärattachédienst, 2005, S. 139f.

²¹⁸ »Richtlinien für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Fernmeldeaufklärung zwischen Bundesnachrichtendienst und Bundeswehr« von 1958, vereinfacht Staatsvertrag genannt. Siehe: Müller, Wellenkrieg, 2017, S. 346.

²¹⁹ Ebd., S. 361.

²²⁰ Ebd., S. 347, insb. Fußnote 422.

²²¹ Ebd., S. 361.

²²² Weiße, NATO-Intelligence, 2013, S. 139.

auch nichts geändert, wenn bereits in den 1960er verstärkt Auswertekapazitäten in den Geschäftsbereich BMVg verlagert worden wären.

Nachfolgende Referatsstruktur der Stabsabteilung Fü S II im BMVg gibt einen Überblick über ihre Aufgabenbereiche kurz vor dem Mauerfall:

Stabsabteilung II – Militärisches Nachrichtenwesen der Bundeswehr

- Referat 1: Grundsatzangelegenheiten militärisches Nachrichtenwesen
- Referat 2: Militärischer Kräftevergleich
- Referat 3: Wehrlage Ost/ Lagezentrum Fü S II
- Referat 4: Wehrlage West/ übrige Welt
- Referat 5: Militärattachédienst
- Referat 6: Militärische Sicherheit/Absicherung
- Referat 7: Elektronische Kampfführung

(Stand: Oktober 1989²²³)

Dementsprechend war das Referat II 3 für die Sowjetunion und die DDR zuständig und somit das Leitreferat für Angelegenheiten, die die GSSD/WGT betrafen. Hier liefen auf ministerieller Ebene alle relevanten Informationen über sowjetische Truppen in der DDR zusammen, die Teil der täglichen G2-Lage werden konnten. Die Koordinierung der militärischen Sicherheit und Spionageabwehr, also auch des MAD, fiel ebenfalls in das Portfolio von Fü S II.²²⁴ Seit dem Beginn der 1970er Jahre war auch die Fm/EloAufkl und der Aufgabenbereich EloKa dem militärischen Nachrichtenwesen im BMVg zugeordnet, zunächst eingegliedert im Referat II 8 und später II 7. „Diese Eingliederung [erleichterte] später eine Integration der FmEloAufkl in das Nachrichtenwesen der Bundeswehr (1979: Umgliederung AFmBw in ANBw) und vereinfachte die Kooperation mit BND sowie Partnern auf dem Gebiet der FmEloAufkl.“²²⁵

Fü S II erstellte eine tägliche G2/A2-Meldung, informell auch „gelber Renner“ genannt, weil auf gelbem Papier gedruckt.²²⁶ Neben der Sicherheitslage der Bundeswehr beinhaltete die G2/A2-Lage auf ministerieller Ebene vor allem Informationen und Erkenntnisse über die Wehrlage fremder Staaten, worunter Wehrpotenziale sowie militärpolitische Zielsetzungen, Interessen und Absichten der fremden Staaten verstanden wurden.²²⁷ Übersetzt ins Englische, war sie auch als Intelligence Summary (INTSUM) für die NATO bestimmt. INTSUM wurde die übliche Bezeichnung für die G2/A2-Meldungen. Im Lagezentrum bei Fü S II 2,

²²³ BArch, MA: Organigramm Führungsstab der Streitkräfte (Fü S), Stand: Oktober 1989. Vgl.: Faust, Effektive Sicherheit, 2002, S. 155f, Fußnote 617.

²²⁴ Walde, Militärisches Nachrichtenwesen, 1978, S. 187.

²²⁵ Grabau, Fm/EloKaTruppe Heer, 1995, S. 80.

²²⁶ Zeitzeugengespräch mit Brigadegeneral a.D. Georg Bautzmann am 25.04.2017.

²²⁷ Schmidt-Petri, von Scheven, Die Bundeswehr, 1987, S. 122.

später II 3,²²⁸ liefen die Informationen aus dem militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr, der deutschen Militärattachéstäbe und des BND zusammen.²²⁹ Entsprechend des dezentralen Ansatzes im militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr waren die eingehenden Meldungen de facto Finished Intelligence, d.h. von den Zuträgern bereits ausgewertet und für Fü S II aufbereitet worden. Das galt insbesondere auch für die militärischen Meldungen des BND, die in der Regel unverändert in den INTSUM übernommen wurden und den ersten, größeren Teil der täglichen G2/A2-Lage ausmachten. Hinzu kamen die Erkenntnisse aus der Fm/EloAufkl – in den 1980er Jahren aufbereitet vom ANBw – und die Berichte der Militärattachés. Gemäß ZDv 2/11 bestand die G2/A2-Lage aus folgenden zu bearbeitenden Teillagen: Wehrlage fremder Staaten; Feindlage; Sicherheitslage; Psychologische Lage im eigenen Bereich.²³⁰ Bis täglich neun Uhr morgens musste dieses als geheim eingestufte Kompendium dem Stabsabteilungsleiter Fü S II vorliegen, um dann inner- und außerhalb des BMVg verteilt zu werden.²³¹ Mögliche oder notwendige Schlussfolgerungen oblagen dann in der Regel Fü S III (Militärpolitik), dem Generalinspekteur oder dem Verteidigungsminister – und damit letztlich dem Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt im Frieden. Somit führte Fü S II weder Nachrichtengewinnung noch Auswertung von Informationen durch, sondern bereitete die Finished Intelligence der unterschiedlichen Zuträger auf und zu einem Lageprodukt zusammen.²³² Strategische und sicherheitspolitische Erkenntnisse waren dabei von größerer Relevanz als Detailinformationen aus der ORBAT-Intelligence.

Nachdem Mitte der 1980er die Nachrichtenzentrale der Bundeswehr (NZBw) des ANBw ihren Betrieb aufnehmen konnte, übernahm sie auch die Lagebearbeitung für das BMVg. Fü S II 3 war nur noch für die Endabnahme der fertigen Lageberichte zuständig.²³³ Die NZBw konnte aufgrund größeren Personals

²²⁸ Das Lagezentrum bei Fü S II wurde von einem Oberleutnant (A15) geleitet und bestand aus je einem Stabsoffizier jeder Teilstreitkraft sowie zwei bis drei Portepreeunteroffizieren. Außerhalb der allgemeinen Dienstzeit war das Lagezentrum mit einem Stabsoffizier und einem Portepreeunteroffizier besetzt. Zeitzeugengespräch mit Brigadegeneral a.D. Günther Wenger, 17.05.2018.

²²⁹ Dazu zählten auch die Stabsabteilungen 2 (Militärisches Nachrichtenwesen) der Kommandos Heer, Luftwaffe und Marine. Diese Teilstreitkräfte waren ebenso im ANBw repräsentiert.

²³⁰ Weiße, Geheime Funkaufklärung, 2005, S. 111.

²³¹ Zeitzeugengespräch mit Brigadegeneral a.D. Günther Wenger, 17.05.2018.

²³² Vgl.: Faust, Effektive Sicherheit, 2002, S. 155f.

²³³ Zeitzeugengespräch mit Brigadegeneral a.D. Günther Wenger, 17.05.2018.

ein umfassenderes, detaillierteres Lagebild führen, inklusive der taktischen Ebene der Aufklärung. Das galt umso mehr ab dem Zeitpunkt, als sich Kontingente der Bundeswehr umfassend an Auslandseinsätzen beteiligten und die Anforderungen an die Lagefeststellung in der NZBw entsprechend komplexer wurden.²³⁴ Somit wurde auch das ANBw der zentrale Ansprechpartner für Fragen des militärischen Nachrichtenwesens innerhalb der Bundeswehr, aber auch außerhalb: Fortan vertraten Mitarbeiter des ANBw die Bundeswehr in der NATO Intelligence Community.²³⁵

Der INTSUM ging sowohl an die nationale politische und militärische Führung als auch an die NATO. In Deutschland standen unter anderem der BND – hier vor allem die Unterabteilung 33 (Militärauswertung) –, das ANBw, der Verbindungsstab des Bundespräsidenten, der Verbindungsoffizier beim Auswärtigen Amt, sowie Korps- und Divisionsstäbe der Bundeswehr auf der Empfängerliste.²³⁶ Somit zirkulierte das täglich akkumulierte Wissen des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr nicht nur innerhalb der Streitkräfte und des BMVg, sondern auch im Auswärtigen Amt oder im Bundespräsidialamt. Inwiefern dort die Erkenntnisse aus dem täglichen INTSUM von Fü S II außerhalb des BMVg zur Kenntnis genommen wurden, ließ sich im Rahmen dieses Forschungsprojekts nicht weiterverfolgen. Lediglich für die Phase des Abzugs lassen sich später dazu einige Aussagen tätigen.

Die überwiegende Masse der G2/A2-Meldungen steht zur historischen Quellenauswertung nicht zur Verfügung, möglicherweise aufgrund ihrer geheimen Einstufung. Die tägliche Berichterstattung von Fü S II und später des ANBw böte Einblicke in Lageentwicklungen von historischen Ereignissen und deren militärische Beurteilung. Das institutionalisierte, eher langfristige Wissen über sowjetische Truppen in der DDR ginge daraus jedoch weniger hervor, weil dies nicht der Aufgabe von Fü S II entspräche. Fü S II war nicht die primäre Wissensinstanz, sondern vor allem ein Vermittler von Wissen – zumindest seitdem das ANBw die Lageführung übernommen hatte. Gleichwohl verfügte Fü S II über korporiertes Wissen über sowjetische Streitkräfte, weil nicht selten Stabsoffiziere

²³⁴ Zeitzeugengespräch mit Brigadegeneral a.D. Günther Wenger, 17.05.2018. Zur Entwicklung der NZBw im ANBw nach 1990 insb. hinsichtlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr siehe: Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, Von der FDST zum ZNBw, 2007, S. 109–116.

²³⁵ Weiße, NATO-Intelligence, 2013, S. 254f, hier Fußnote 632.

²³⁶ Ebd.; Zeitzeugengespräch mit Brigadegeneral a.D. Günther Wenger, 17.05.2018.

mit vorherigen Verwendungen im militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr oder in der militärischen Auslandsaufklärung des BND bei Fü S II dienten. General Bautzmann, der vor seiner letzten Verwendung als Stabsabteilungsleiter Fü S II sowohl Verwendungen im BND als auch bei Fü S II hatte, ist ein nahezu idealtypisches Beispiel für einen Verwendungsaufbau im militärischen Nachrichtenwesen, der einen langfristigen Aufbau von Expertise ermöglichte. Zu bedenken ist allerdings auch, dass eine langjährige Beschäftigung mit ein und demselben Thema, in diesem Falle mit sowjetischer Militärpolitik und dem Wehrpotenzial der Sowjetunion, zu weniger gedanklicher Flexibilität führen konnte. Ex-BND-Präsident Wieck deutete im Gespräch an, dass neuartige Entwicklungen in der Sowjetunion nicht selten nach alten und vermeintlich bewährten Denkmustern bewertet wurden, wodurch beispielsweise sowjetische Reformbemühungen grundsätzlich kritisch und als unglaubwürdig betrachtet worden wären.²³⁷ Was Wieck auf das Auswertepersonal beim BND bezog, lässt sich insofern auch auf Teile des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr projizieren. Pauschale Aussagen über Denkmuster und mögliche Feindbilder von Bundeswehroffizieren in entsprechenden Verwendungen sind nach bislang vorliegenden Quellen nicht ohne weiteres möglich. Wie aus nachfolgenden Abschnitten ersichtlich wird, erfolgte die analytische Auseinandersetzung mit sowjetischer Militärpolitik überwiegend beim BND, während das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr die Bewertungen des BND zunächst übernahm und gegebenenfalls an die Erfordernisse der Streitkräfte anpasste. Das Spannungsfeld aus der Expertise durch thematische Kontinuität einerseits und den sich verfestigenden Denkmustern andererseits dürfte daher eher ein Problem des BND gewesen sein. Doch bleibt es auch dort zu hinterfragen, inwiefern angesichts der vielen Zeitverwender der Bundeswehr im BND, vor allem in der Militärauswertung, fachliche Expertise über einen langen Zeitraum tatsächlich aufgebaut und gehalten werden konnte.

e. Zwischenfazit

Seit der Gründung der Bundeswehr 1955 wurden kontinuierlich Strukturen und Kompetenzen im Aufgabenbereich des militärischen Nachrichtenwesens aufgebaut und erweitert. Die Fm/EloAufkl von Heer, Luftwaffe und Marine, die Auswertung

²³⁷ Zeitzeugengespräch mit Botschafter a.D. Hans-Georg Wieck am 05.12.2018.

von offenen Quellen, nachrichtendienstliche Informationen des BND und anderer Dienste, aber auch die deutschen Militärattachés im Ausland lieferten den Akteuren des Militärischen Nachrichtenwesens umfassende Informationen über gegnerische Truppen – vom einzelnen sowjetischen Kampfflugzeug im Luftraum der DDR (taktische Ebene) bis hin zum Wehrpotenzial der Sowjetunion (politisch-strategische Ebene). Mit zunehmendem Informationsaufkommen wuchs der Bedarf nach einer teilstreitkräfteübergreifenden Koordinierung des militärischen Nachrichtenwesens ebenso wie nach einer zentralen Aufbereitung der Erkenntnisse für Bedarfsträger in der gesamten Bundeswehr, beginnend beim S2-Offizier eines Kampftruppenbataillons und endend beim Stabsabteilungsleiter Fü S II im BMVg. Demgemäß war die Aufstellung der zentralen Dienststelle ANBw nur konsequent, verlief jedoch nicht ohne Kritik des BND. Das ANBw begann die Autonomie des BND im Bereich der militärischen Auslandsaufklärung in Frage zu stellen, eine trennscharfe Abgrenzung beide Aufgabenbereiche wurde immer schwieriger. Die Beurteilung der sowjetischen Truppen in der DDR war dabei stets inhaltlicher Dreh- und Angelpunkt. Um diesen sich anbahnenden interinstitutionellen Konflikt, der sich in den 1990er und 2000er Jahren noch weiter verschärfen sollte, zu verstehen, wird im Weiteren auf die militärische Auslandsaufklärung des BND eingegangen.

3. Westalliierte Militärverbindungsmissionen in Deutschland

a. Rechtliche Grundlagen

Als sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg die Besatzungstruppen der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion in Deutschland einrichteten, gab es zunächst keine institutionalisierte Form des Verbindungswesens der Siegermächte untereinander. Zwar bekämpften alle Parteien bis Kriegsende 1945 denselben militärischen Gegner, die politisch-ideologischen Diskrepanzen verstärkten sich jedoch fortan. Die Nachkriegsordnung bot daher Stoff für politische Spannungen zwischen den Vier Mächten.²³⁸ Nachdem es im weiteren Verlauf zu Unstimmigkeiten zwischen den sowjetischen und westlichen Besatzungsmächten kam, vereinbarten Großbritannien und die Sowjetunion am 16.

²³⁸ Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg*, München 2008, S. 17f.

September 1946 das sogenannte Robertson-Malinin-Abkommen.²³⁹ Die Franzosen folgten mit dem Noiret-Malinin-Abkommen am 3. April 1947²⁴⁰ und die Amerikaner schlossen am 5. April 1947 das sogenannte Huebner-Malinin-Abkommen.²⁴¹ In diesen drei Abkommen wurden die rechtlichen Grundlagen für die Tätigkeit der alliierten Militärverbindungsmissionen festgelegt. Diese sollten bis 1990 ihre Gültigkeit bewahren.

Alle drei Abkommen beinhalteten gleiche Rechte und Pflichten²⁴² und waren dem Inhalt nach militärischer Natur, das heißt ihre Anwendung betraf militärische Akteure.²⁴³ Die offizielle Aufgabe der Militärverbindungsmissionen (MVM) war es, die Verbindung zwischen den alliierten Oberkommandos zu unterhalten, anfänglich die Militärregierungen zu unterstützen und die Interessen ihrer jeweiligen Staatsbürger in den Besatzungszonen zu wahren.²⁴⁴ Hinzu kamen repräsentative Aufgaben oder zu Beginn die Überwachung der Demilitarisierung Deutschlands.²⁴⁵

Alle drei Abkommen, und somit das gesamte Verbindungswesen der Missionen, beruhten auf dem Prinzip der Gegenseitig, ähnlich den diplomatischen Gepflogenheiten. Die Missionsmitglieder und ihre exterritorialen Liegenschaften erhielten einen quasi-diplomatischen Status. Da keines der beiden Teile Deutschlands Gegenstand der Verträge war, hatten deutsche Sicherheitsbehörden gegenüber den MVM keinerlei offizielle Befugnisse.²⁴⁶ Der rechtliche Charakter der Missionen und der Umstand, dass die Westmächte die DDR erst ab 1972 diplomatisch anerkannten, verhalfen den westlichen MVM zum Quasi-Status von Militärattachéstäben,²⁴⁷ ohne jedoch von ihrem jeweiligen Aufenthaltsland behelligt werden zu können. Damit ist sind die diplomatischen Freiheiten der

²³⁹ Winkler, *Militärische Verbindungsmissionen*, 2004, S. 17–19; Mußnug, *Alliierte Militärmissionen*, 2001, S. 23.

²⁴⁰ Mußnug, *Alliierte Militärmissionen*, 2001, S. 23.

²⁴¹ Ebd., S. 21. Siehe auch: Christopher Winkler, *Die NVA im Blick westallierter Militärs? Die Militärverbindungsmissionen*, in: *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven*. Hrsg. von Hans Ehlert und Matthias Rogg, Berlin 2004. *Militärgeschichte der DDR*, S. 98.

²⁴² Streckel, *Lizenzierte Spionage*, 2008, S. 8.

²⁴³ Vgl.: Mußnug, *Alliierte Militärmissionen*, 2001, S. 21.

²⁴⁴ Vgl. Festlegungen im Huebner-Malinin-Abkommen. Siehe: Ebd., S. 20f.

²⁴⁵ Uhl, Wagner, *BND contra Sowjetarmee*, 2008, S. 53.

²⁴⁶ Mußnug, *Alliierte Militärmissionen*, 2001, S. 81; Winkler, *Militärische Verbindungsmissionen*, 2004, S. 21.

²⁴⁷ Uhl, Wagner, *BND contra Sowjetarmee*, 2008, S. 54. Vgl.: Winkler, *Militärische Verbindungsmissionen*, 2004, S. 22.

MVM-Angehörigen sogar als größer zu bewerten, als dies bei gewöhnlichen Diplomaten der Fall war. Letzteren gegenüber hatten die Bundesrepublik und die DDR wenigstens noch das Gastrecht ausgeübt. Obwohl die drei westlichen MVM ihre offiziellen Vertretungen in Potsdam hatten, bestand zur DDR jedoch keinerlei rechtliche Beziehung.²⁴⁸ Für die Akkreditierung, Kontrolle und nötigenfalls auch Sanktionierung amerikanischer, französische oder britischer MVM-Angehöriger war nur die sowjetische Seite zuständig.²⁴⁹ Ohne die Möglichkeit, Exekutivmaßnahmen gegenüber den westlichen MVM durchzusetzen, oblag der DDR lediglich die polizeiliche und geheimdienstliche Überwachung der Missionen. Letztere übernahm die Hauptabteilung (HA) VIII, Abteilung 5 beziehungsweise Linie VIII der Bezirksverwaltungen des MfS, wobei alle Erkenntnisse über MVM-Operationen der GSSD/WGT zu melden waren.²⁵⁰

Die relative Bewegungsfreiheit der MVM war ihr höchstes Gut. Die Missionen konnten sich außerhalb permanenter Sperrgebiete, den Permanently Restricted Areas (PRA), welche zuvor von den jeweils zuständigen Oberkommandos festgelegt und herausgegeben wurden, grundsätzlich frei bewegen.²⁵¹ Für die westlichen MVM ist hierbei die sehr hohe Dichte an militärischen Sperrgebieten in der DDR zu beachten, die ihre Bewegung neben

²⁴⁸ Winkler, *Die NVA im Blick*, 2004, S. 99; Streckel, *Lizensierte Spionage*, 2008, S. 11. Die fehlende Rechtsbeziehung der westlichen MVM zur DDR führte nicht zuletzt auch zu einer steten Ignoranz der ostdeutschen Behörden: „[...] we did not recognise the authority of the East Germans in any way.“ Siehe: Saar, *BRIXMIS-Mission*, 2017, S. 35.

²⁴⁹ Vgl.: John A. Fahey, *Kommunikation mit dem Feind. Im Dienst als Marineoffizier und Russischspezialist für die US-Militärverbindungsmission*, in: *Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990*. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 59.

²⁵⁰ Uhl, Wagner, *BND contra Sowjetarmee*, 2008, S. 57; Streckel, *Lizensierte Spionage*, 2008, S. 54–77; Mußnug, *Alliierte Militärmissionen*, 2001, S. 106–122; Sascha Münzel, *beobachten - berichten - blockieren. Die westalliierten Militärverbindungsmissionen im Visier der DDR-Staatssicherheit*, in: *Gerbergasse 18* (2018), S. 28–33.

²⁵¹ Streckel, *Lizensierte Spionage*, 2008, S. 14.

weiteren zeitweiligen Sperrgebieten zu etwa einem Drittel einschränkte.²⁵² Im Sinne der Gegenseitigkeit konnte die Ausweitung von Sperrgebieten durch die eine Seite eine vice versa Sperrgebietsvergrößerung auf der anderen Seite nach sich ziehen.²⁵³ Dieses Prinzip galt vergleichbar auch für die Entziehung einer Akkreditierung eines MVM-Mitglieds, sollte dieses aus gewissen Gründen beim jeweiligen akkreditierenden Oberkommando zur „persona non grata“ geworden sein. Auch hierbei oblag die Entscheidung allein den Vier Mächten, während deutsche Akteure maximal ihren Unmut über die Tätigkeiten der MVM zum Ausdruck bringen konnten.

Die westlichen MVM nutzen ihre quasi-diplomatischen Freiheiten nicht nur, um mit dem sowjetischen Oberkommando in Verbindung zu bleiben, sondern auch, um militärische Aufklärung in der DDR zu betreiben. Solange dabei alle geltenden Regeln aus den oben genannten Abkommen eingehalten wurden, war diese Form der Militäraufklärung legal und von der Gegenseite hinzunehmen. Die „Tour-Teams“ der MVM fuhrten in modifizierten, zumeist geländegängigen Fahrzeugen mit auffälligem Kennzeichen, die sie unzweideutig als MVM-Fahrzeuge erkennen ließen.²⁵⁴ Die Soldaten trugen Uniformen und waren unbewaffnet. Fernmeldetechnik wie Funkgeräte war nicht erlaubt, sodass die Teams während ihrer meist mehrtägigen Fahrten durch die DDR von ihren Hauptquartieren abgeschnitten und auf sich allein gestellt waren.

²⁵² Williams, Intelligence Operations BRIXMIS, 2017, S. 35. Eine genaue Bezifferung des Anteils militärischer Sperrgebiete am Territorium der DDR ist zeitabhängig und insofern schwer zu präzisieren, da die GSSD/WGT eine Vielzahl inoffizieller Flächen (un-)regelmäßig nutzte, die sodann in Temporarily Restricted Areas (TRA) eingestuft wurden. Die PRA und TRA wurden den MVM mitgeteilt und durften durch diese nicht betreten oder befahren werden. Siehe: Saar, BRIXMIS-Mission, 2017, S. 38. Für militärische Sperrgebiete in der DDR siehe: Christian Adam, Martin Erdmann, Horst Henkel und Wolfgang Scholz, Sperrgebiete in der DDR. Ein Atlas von Standorten des MfS, des MdI, des MfNV und der GSSD, Berlin 2015. Zu den Schwierigkeiten präziser Flächenbestimmungen am Beispiel der GSSD siehe: Ebd., S. 30. Kurt Arlt bezifferte die sowjetischen Sperrgebiete auf 2,7% an der Fläche der DDR. Siehe: Arlt, Sowjetische (russische) Truppen, 1998, S. 621. Für eine genaue Bestimmung der Sperrgebietsflächen beauftragte die DDR-Regierung das MfS. Die Arbeitsgruppe „Sperrgebiete“ ermittelte etwa 333 inoffizielle Sperrgebiete der GSSD in der DDR. Siehe: Kowalczyk, Wolle, Roter Stern über Deutschland, 2001, S. 158f; Adam, Erdmann, Henkel, Scholz, Sperrgebiete in der DDR, 2015, S. 7–15. Das Bundesministerium für Verteidigung berechnete – vermutlich auf Grundlage von Informationen des BND – eine Fläche aller von der WGT genutzten Anlagen von 2335,3 qkm, was einem Anteil von 2,16% an der Fläche der DDR entsprochen hätte. Siehe: BArch, MA, BW 2/25755: Fü S II 3, Die Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte (WGT), Hintergrundinformationen, 08.10.1990, S. 5.

²⁵³ Williams, Intelligence Operations BRIXMIS, 2017, S. 35.

²⁵⁴ Für weitere Details zu den Fahrzeugen siehe: Mark Prüfer, Auf Spionage Tour. Einsätze, Fahrzeuge und Nummernschilder der Alliierten Militärverbindungsmissionen in der DDR 1946-1990, Norderstedt 2011, S. 77–118.

Auch wenn der gleiche Auftrag und dieselbe Rechtsgrundlage grundsätzlich gemeinsame Interessen schufen, so gab es doch Unterschiede zwischen den drei westlichen MVM. Diese Unterschiede waren vor allem struktureller Art und hatten Auswirkungen auf den Intelligence-Charakter der Missionen. Die drei westlichen MVM sollen im Folgende vorgestellt werden, wobei der Fokus auf dem nachrichtendienstlichen Wert liegen soll.

b. BRIXMIS

Die „British Commanders‘-in-Chief-Mission to the Soviet Forces in Germany“ (BRIXMIS) unterstand truppendienstlich den „joint Commanders in Chief“, also dem beiden Befehlshabern der britischen Land- und Luftstreitkräfte in Deutschland. Die Koordinierung der beiden Kommandos erfolgte im „Commanders in Chief Committee“ (CICC). Der Befehlshaber der „British Army of the Rhine“ (BAOR) in Rheindahlen und der Befehlshaber der „Royal Airforce Germany“ (RAF(G)), ebenfalls in Rheindahlen, waren die höchsten militärischen Vorgesetzten der BRIXMIS in Deutschland. Die administrativen und militärischen Belange wurden in der Regel im Hauptquartier BAOR, dort vom Assistance Chief of Staff G2 (ACOS G2), geregelt. Der ACOS G2 BAOR war der höchste Vertreter des britischen militärischen Nachrichtenwesens der British Army in Deutschland. Er stand in enger Abstimmung zu BRIXMIS. Bei der RAF (G) gab es ebenso einen Verantwortlichen für das militärische Nachrichtenwesen mit entsprechendem Fokus auf die Aufklärung sowjetischer Luftstreitkräfte, den „Chief Information Officer“ (CIO). Laut Standing Operating Procedures (SOP) der BRIXMIS von 1985 vertrat der ACOS G2 BOAR die Interessen von CIO RAF (G) gegenüber BRIXMIS.²⁵⁵

Die übergeordnete „BRIXMIS policy“ wurde vom Joint Intelligence Committee (Germany), (JIC (G)) und dem CICC formuliert.²⁵⁶ Grundsätzlich setzt sich das JIC als Teil des britischen Cabinet Office aus politischen, militärischen und nachrichtendienstlichen Vertretern zusammen und leitet wichtige Erkenntnisse aus der britischen Intelligence-Community an die Regierung weiter. 1954 wurde ihr Ableger in der Bundesrepublik Deutschland aktiv, das JIC (G), wobei die

²⁵⁵ BRIXMIS, Standing Operating Procedures and Standing Orders, 1985, S. I-4; Ebd., BRIXMIS Chain of Command, Appendix 1 to Annex A.

²⁵⁶ Ebd.

nachrichtendienstliche Beschäftigung mit der Sowjetunion und der DDR den Interessenschwerpunkt des JIC (G) bestimmte.²⁵⁷ Das JIC (G) hatte ihren Sitz in der britischen Botschaft in Bonn und war dem JIC (A) in London unterstellt. Der Vorsitzende des JIC (G) wurde mit einem Minister aus der britischen Botschaft besetzt.²⁵⁸ Ein Dokument des JIC (G) von 1973 beschreibt die Rolle des Komitees wie folgt: „Under normal peace-time arrangements JIC (Germany) provides military and political intelligence drawn from the local and national conventional and special sources for Commander in Chief BAOR and Commander in Chief RAF Germany and through them for all British forces in Germany.“²⁵⁹ Darin verortet sich BRIXMIS als „special sources“ der Militäraufklärung. Die JIC (G) definierte unter anderem die erlaubten Methoden zur nachrichtendienstlichen Beschaffung der BRIXMIS.²⁶⁰

Mit dem Festlegen der Methoden bestimmte die JIC (G) den grundlegend militärnachrichtendienstlichen Charakter der BRIXMIS. Die BRIXMIS SOP 1985 definiert den Auftrag der BRIXMIS wie folgt:

„BRIXMIS has 2 principal functions:

- a. To provide a liaison agency through which the British Commanders' in Chief and GOC Berlin [General Officer Commanding Berlin] if required may correspond with the Soviet Commander in Chief and vice versa. [...]
- b. To collect and submit to higher authority overt intelligence in respect of military and air forces in the GDR [...] and items of economic and political intelligence.“²⁶¹

Die zwei prinzipiellen Funktionen der BRIXMIS bestehen also aus Liaison – dem Verbindungswesen – und der offenen Militäraufklärung. Dieser Dualismus kennzeichnete alle alliierten Militärverbindungsmissionen.

Die BRIXMIS entwickelte sich zum vorrangigen Beschaffungs-, Aufklärungs- und Krisenfrüherkennungselement der BAOR und der „Northern

²⁵⁷ Vgl.: Simon Case, *The Joint Intelligence Committee and the German question, 1947-61*, London 2008, S. 176.

²⁵⁸ National Archive, CAB191/3, JIC (Germany) Procedures in a period of tensions [...], 23.05.1973, S. 2.

²⁵⁹ Ebd., S. 4.

²⁶⁰ BRIXMIS SOP, 1985, Authorised methods intelligence collection, S. I-1-C-1

²⁶¹ BRIXMIS SOP, 1985, S. I-2.

Army Group“ (NORTHAG).²⁶² Da es beim britischen Auslandsnachrichtendienst, dem SIS/MI6²⁶³, wenig Möglichkeiten gab, verdeckte Militäraufklärung gegen die GSSD zu betreiben, und weil die gemeinsame operative Beschaffung von BND und MI6 spätestens nach dem Verratsfall Felde 1961 stark belastet wurde,²⁶⁴ entwickelte sich BRIXMIS zum wichtigsten britischen Militäraufklärungsinstrument in der DDR.²⁶⁵ Daneben gab es noch weitere nachrichtendienstliche Strukturen und Elemente des militärischen Nachrichtenwesens der Briten in West-Berlin. Zu nennen sind hier Einheiten des Governmental Communication Headquarters (GCHQ) auf dem Teufelsberg sowie Elemente der Signalaufklärung der RAF am Flugplatz Berlin-Gatow.²⁶⁶

Zur BRIXMIS zählten vertragsgemäß 31 akkreditierte Missionsmitglieder.²⁶⁷ Diese Anzahl erlaubte es, mit einer Drei-Mann-Besatzung die Aufklärungsfahrten durch die DDR durchzuführen, in der Regel bestehend aus einem Tour-Offizier („Tour Officer“), einem Feldwebel („Tour NCO“) und einem Fahrer („Tour Driver“).²⁶⁸ Aufgrund der geringeren Anzahl an Missionsmitgliedern waren 3-Mann-Besatzungen der USMLM und der MMFL nicht möglich, sondern lediglich ein Fahrer und ein Offizier.²⁶⁹ Ferner waren der BRIXMIS 19 Kraftfahrzeuge für Fahrten durch die DDR erlaubt, und damit fast doppelt so viele wie der USMLM und MMFL.²⁷⁰ Die BRIXMIS-Mitglieder nahmen zusammen mit den USMLM-Mitgliedern und einigen MMFL-Mitgliedern an speziellen

²⁶² Richard J. Aldrich, *Intelligence within BOAR and NATO's Northern Army Group*, in: *Journal of Strategic Studies*, 31 (2008), S. 105 Der Oberbefehlshaber (Commander-in-Chief) der BAOR war in Personalunion der Befehlshaber der NORTHAG (COMNORTHAG), der im Kriegsfall aufgestellten Vereinigung von westeuropäischen Armeekorps im Norden der Bundesrepublik Deutschland. Siehe auch: Nigel Wylde, *Mit der Brixmis jenseits des Eisernen Vorhangs. Die britische Militärverbindungsmission von 1946 bis 1990*, in: *Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990*. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 39.

²⁶³ Military Intelligence, Section 6 (MI6) ist die frühere und geläufige Bezeichnung für den britischen Auslandsnachrichtendienst Secret Intelligence Service (SIS). Siehe: MI 6, in: *Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Helmut Roewer, Stefan Schäfer und Matthias Uhl, München 2003; MI6, in: *Spy Book. The Encyclopedia of Espionage*. Hrsg. von Thomas B. Allen und Norman Polmar, New York 1998.

²⁶⁴ Krieger, *Partnerdienste*, 2021, S. 402f.

²⁶⁵ Aldrich, *Intelligence within BOAR*, 2008, S. 105.

²⁶⁶ William Durie, *The British Garrison Berlin 1945-1994. A Pictorial Historiography of the British Occupation*, Berlin 2012, S. 100–103.

²⁶⁷ Punkt 1 im Robertson-Malinin-Abkommen, 16.09.1946. Siehe auch: Wylde, *Die britische Militärverbindungsmission*, 2004, S. 37; Saar, *BRIXMIS-Mission*, 2017, S. 21.

²⁶⁸ Prüfer, *Auf Spionage Tour*, 2011, S. 150. Vgl.: Gibson, *Behind the Iron Curtain*, 1997, S. 237; Saar, *BRIXMIS-Mission*, 2017, S. 57.

²⁶⁹ Vgl.: Wylde, *Die britische Militärverbindungsmission*, 2004, S. 49f.

²⁷⁰ Prüfer, *Auf Spionage Tour*, 2011, S. 100.

Ausbildungen des britischen Militärnachrichtendienstes in Ashford teil, um für die Herausforderungen im Missionsdienst in der DDR vorbereitet zu sein.²⁷¹ Die Sprachenausbildung für zukünftige Tour-Offiziere der BRIXMIS fand in der Army School of Languages in Beaconsfield statt.²⁷²

Das Robertson-Malinin-Abkommen besagte, dass die offizielle Niederlassung der BRIXMIS, das sogenannte „Mission House“, in der sowjetischen Zone „nahe oder in Karlshorst oder Potsdam“ liegen solle.²⁷³ Die Wahl fiel auf eine Vorkriegsvilla in der Seestraße 35-37 in der Potsdamer Vorstadt, einem Villenviertel am Ostufer des Heiligen Sees. In derselben Straße befand sich auch die Liegenschaft der MMFL.

Das BIXMIS-Personal setzte sich aus Soldaten vom Special Air Service (SAS), dem Intelligence Corps und weiteren Bereichen der British Army (Heer des Vereinigten Königreichs) und der Royal Air Force (RAF, Luftwaffe des Vereinigten Königreichs) zusammen, wobei die Regimentsherkunft teilweise verschleiert wurde.²⁷⁴ Die Analyse der beschafften Informationen und die Einsatzauswertung erfolgten – wie bei allen MVM – nicht im Potsdamer Mission House, sondern in den Olympia-Stadium Barracks in West-Berliner Stadtteil Charlottenburg.²⁷⁵ Hierzu standen der BRIXMIS verschiedene Spezialisten zur Verfügung: „On their return to Berlin recovered artefacts and documents were enthusiastically processed by two specially trained sections within the BRIXMIS HQ. The Weapons Office analysed and commented upon hardware, while the ‘Spandau Office’ made use of the Mission’s Russian and German interpreting skills to exploit the paperwork that was brought back by Tours.“²⁷⁶

Steve Gibson, ehemaliges Mitglied der BRIXMIS zwischen 1988 und 1990, beurteilt die relative Autonomie der Mission: „Because the Mission was not truly under the auspices of the Foreign Office of Military Intelligence we were very much loosely controlled and as much self-tasked as tasked by other agencies. The value

²⁷¹ Army Intelligence Corps Centre, Ashford. Siehe: Wylde, Die britische Militärverbindungsmission, 2004, S. 45f; Saar, BRIXMIS-Mission, 2017, S. 320f; Streckel, Lizenzierte Spionage, 2008, S. 168; Williams, Intelligence Operations BRIXMIS, 2017, S. 27. Hinweis auf die Teilnahme französischer MVM-Soldaten an den Kursen siehe: Saar, BRIXMIS-Mission, 2017, S. 323.

²⁷² Williams, Intelligence Operations BRIXMIS, 2017, S. 27.

²⁷³ Punkt 5 im Robertson-Malinin-Abkommen, 16.09.1946.

²⁷⁴ Saar, BRIXMIS-Mission, 2017, S. 57.

²⁷⁵ Prüfer, Auf Spionage Tour, 2011, S. 27.

²⁷⁶ Williams, Intelligence Operations BRIXMIS, 2017, S. 68.

of our product gave us the perpetual licence to operate.“²⁷⁷ Während Gibson jene Autonomie betont, beschreibt John N. L. Morrison eine Unzufriedenheit des britischen Außenministeriums und Teilen des Verteidigungsministeriums über BRIXMIS: „In the UK, the FCO [Foreign Commonwealth Office] – and indeed parts of the MOD [Ministry of Defense] – were never very happy with BRIXMIS’s intelligence collection role and made the most of any opportunity to play up the risks as against the benefits of its work. The FCO representative on JIC(G) – the Joint Intelligence Committee (Germany) – was seen by many in BRIXMIS and the DIS [Defense Intelligence Staff] as someone who could be relied upon to rat on the Mission, exaggerating the impact of any incident in an attempt to damp BRIXMIS down.“²⁷⁸ Demnach scheint die Verortung der BRIXMIS in der britischen Intelligence Community nicht eindeutig und wurde von politischen und militärischen Akteuren unterschiedlich bewertet. Ein Dissertationsprojekt, welches diesen Aspekt genauer untersucht, lag bis zum Abschluss des hiesigen Manuskripts noch nicht vor.²⁷⁹

Neben den britischen Befehlshabern und Nachrichtendienstelementen in Deutschland war der Defense Intelligence Staff (DIS) ein wesentlicher Abnehmer der BRIXMIS-Berichte. Der DIS ist eine Unterabteilung des britischen Ministry of Defense (MOD) zur Auswertung und Analyse nachrichtendienstlicher Informationen.²⁸⁰ Zusammen aus Teilen der britischen Intelligence Community wurde der DIS 1964 gegründet. „The DIS had the largest number of intelligence analysts in Whitehall addressing external threats [...] While the DIS’ main focus was on the Soviet and Warsaw Pact military threat, it had a world-wide scope, and [...] it mainly operated at the strategic level [...]“²⁸¹ Für den DIS wurde BRIXMIS zur Intelligence-Quelle mit einzigartigen Merkmalen: „Over the years, BRIXMIS built up an unequalled understanding of its targets and the best ways of attacking them.“²⁸² Gibson bestätigt, dass die Tour-Teams der BRIXMIS die

²⁷⁷ Gibson, *Behind the Iron Curtain*, 1997, S. 201.

²⁷⁸ Morrison, *Intelligence in the Cold War*, 2014, S. 590.

²⁷⁹ Dissertation von Frederic Ischebeck-Baum, King’s College London, 2019 (Publikation noch ausstehend), Stand März 2021.

²⁸⁰ Archivierter Internetauftritt des britischen Verteidigungsministeriums von 2003: MOD, Defence Intelligence Staff, <http://web.archive.org/web/20041116010240/http://www.mod.uk/aboutus/keyfacts/factfiles/dis.htm> (letzter Aufruf 22.03.2019).

²⁸¹ Morrison, *Intelligence in the Cold War*, 2014, S. 576f.

²⁸² Ebd., S. 585.

Aufklärungsinteressen des DIS zu berücksichtigen hatten: „We all, an the NCOs in particular, had to know what the Defence Intelligence Staff (DIS) and respective Technical Intelligence branches as yet still didn't have proof of and find it for them.“²⁸³ Die BRIXMIS SOP 1985 bestätigt die fachlichen Verbindungen zum DIS.²⁸⁴ Somit gelangten militärische Erkenntnisse über sowjetische Truppen in der DDR über BRIXMIS in höchste nachrichtendienstliche Stellen. Neben BRIXMIS dürften auch SIGINT-Informationen und alle weiteren Informationsquellen dem DIS zur Verfügung gestanden haben.²⁸⁵

c. MMFL

Ebenfalls in der Potsdamer Seestraße lag der offizielle Dienstsitz der „mission militaire française de liaison“ (MMFL, Französische Militärverbindungsmission) in der Hausnummer 40-41.²⁸⁶ Die Personalstärke betrug lediglich 18, darunter sechs Offiziere.²⁸⁷ Trotzdem fuhren die französischen MVM-Teams meist zu dritt durch die DDR, wofür ihnen 10 akkreditierte Fahrzeuge zustanden.²⁸⁸ Im Gegensatz zu den anderen MVM wurden bei der MMFL nicht nur Offiziere, sondern auch langgediente Unteroffiziere Teamchefs.²⁸⁹ Das Personal stammte aus unterschiedlichen Bereichen der französischen Streitkräfte, darunter auch von Spezialkräften wie den Fallschirmjägern und der Fremdenlegion.²⁹⁰ Sozialisiert und ausgebildet in diesen zwei Spezialeinheiten, waren die FFML-Angehörige für ihren speziellen Auftrag in der DDR – das Beschaffen von Informationen über die sowjetischen Truppen – optimal vorbereitet. Die MMFL galt als risikofreudiger als

²⁸³ Gibson, *Behind the Iron Curtain*, 1997, S. 161.

²⁸⁴ BRIXMIS SOP 1985, BRIXMIS Chain of Command, S. I-1-A1-1.

²⁸⁵ Zu BRIXMIS siehe auch: Geraghty, Tony, *BRIXMIS. The Untold Exploits of Britain's Most Daring Cold War Spy Mission*, London 1996.

²⁸⁶ Streckel, *Lizenzierte Spionage*, 2008, S. 26.

²⁸⁷ Jean-Paul Huet, *Ein französischer Blick auf die Militärverbindungsmissionen in Potsdam*, in: *Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990*. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 71.

²⁸⁸ Prüfer, *Auf Spionage Tour*, 2011, S. 100.

²⁸⁹ Huet, *Ein französischer Blick*, 2004, S. 79.

²⁹⁰ Zeitzeugengespräch mit ehemaligem MMFL-Mitglied Daniel Pasquier am 30.10.2018. Einen besonders hohen Anteil von Fremdenlegionären in der MMFL gab es demnach nicht. Vgl. hierzu Behauptung in: Thomas Gaevert und Söhnke Streckel, *Lizenz zur Spionage. Militärische Verbindungsmissionen im Kalten Krieg* (Textmanuskript) 2011, S. 11.

die USMLM,²⁹¹ was sich nicht nur aus der Herkunft ihres Personals von Spezialeinheiten erklärt. Auch könnte der informelle Sonderstatus der MMFL – außerhalb von integrierten NATO-Strukturen und vor dem Hintergrund der teilweise abweichenden Außenpolitik Frankreichs gegenüber dem Ostblock im Vergleich zu anderen NATO-Staaten – zu einer gewissen Kompensation durch risikofreudigere Aufklärungsmethoden geführt haben.²⁹² „Doch die MMFL war wie ein Organismus, der sich den Gegebenheiten anpaßte und einen Nachteil durch andere Fähigkeiten ausgleichen konnte. Bei der MMFL geschah dies durch die Auswahl und Ausbildung sehr erfahrener, hochprofessioneller Offiziere und Unteroffiziere.“²⁹³ Obwohl die meisten Dokumente der USMLM und BRIXMIS „US and UK eyes only“ eingestuft waren, war die MMFL nicht grundsätzlich von den Erkenntnissen der angelsächsischen MVM abgeschnitten. Gleichwohl mangelte es der MMFL an umfassender Analysekompetenz im Vergleich zu USMLM und BRIXMIS.²⁹⁴ Die MMFL arbeitete eng mit dem französischen Nachrichtendienst SDECE und DGSE²⁹⁵ sowie dem militärischen Nachrichtendienst Sécurité Militaire zusammen. Mit der verstärkten G2-Abteilung des französischen Stadtkommandanten in West-Berlin gab es hingegen weniger Austausch.²⁹⁶ Die Einsatzauswertung erfolgte im Quartier Napoléon, der heutigen Julius-Leber-Kaserne in Berlin Tegel.²⁹⁷ Eine Abstützung auf umfassende externe oder integrierte Analyseelemente wie bei BRIXMIS oder USMLM gab es bei der MMFL nicht. Die Adressaten der MMFL-Berichte saßen im französischen Hauptquartier in Baden-Baden. Von dort erhielt die MMFL auch ihre Aufträge.²⁹⁸

²⁹¹ Huet, *Ein französischer Blick*, 2004, S. 83 Die Bewertung der Risikofreudigkeit der Missionen nach objektiven Maßstäben ist schwierig. Teilweise stehen sich die Einschätzungen konträr gegenüber: „Die französischen Teams galten als besonders vorsichtig bei ihren Aufklärungsaktivitäten.“ Siehe: Matthias Heisig, *Gefährliche Begegnungen. Autos, "Blockierungen" und der Tod von Philippe Mariotti*, in: *Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990*. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 106.

²⁹² Vgl.: Huet, *Ein französischer Blick*, 2004, S. 70.

²⁹³ Ebd., S. 78.

²⁹⁴ Ebd., S. 77 u. 79. Vgl.: William Durie, Friedrich Jeschonnek und Dieter Riedel, *Alliierte in Berlin 1945-1994. Ein Handbuch zur Geschichte der militärischen Präsenz der Westmächte*, Berlin 2002, S. 232.

²⁹⁵ Service de Documentation Extérieure et de Contre-Espionage (SDECE, Auswärtiger Nachrichten- und Spionageabwehrdienst), gegründet 1945; ab 1982: Direction Générale de la Sécurité Extérieure (DGSE, Generaldirektion für äußere Sicherheit).

²⁹⁶ Zeitzeugengespräch mit Daniel Pasquier am 30.10.2018. Vgl.: Durie, Jeschonnek, Riedel, *Alliierte in Berlin*, 2002, S. 528–530.

²⁹⁷ Ebd., S. 531; Prüfer, *Auf Spionage Tour*, 2011, S. 27.

²⁹⁸ Zeitzeugengespräch mit Daniel Pasquier am 30.10.2018.

In der Geschichte der westlichen MVM kam es immer wieder zu Zwischenfällen, meist ausgelöst durch Abwehrmaßnahmen des MfS oder der sowjetischen Seite. Dies betraf alle MVM und führte mehrmals zu schweren Verletzungen von Missionsmitgliedern, insgesamt zweimal zu Todesfällen. Der Tod des MMFL-Mitglieds Oberstabsfeldwebel Philippe Mariotti ist einer der bekanntesten und tragischsten Zwischenfälle. Nachdem am 22. März 1984 das Tour-Team mit Fahrer Mariotti, Tour-Offizier Hauptmann Jean-Paul Staub und Stabsfeldwebel Jean-Marie Blancheton wiederholt eine Kaserne der 21. Mot.-Schützendivision der NVA im Raum Halle passierte,²⁹⁹ führte sie der Weg geradewegs in einen vorbereiteten Hinterhalt des MfS, der einen schweren Zusammenstoß mit einem Lkw der NVA auslöste. Mariotti kam dabei ums Leben.³⁰⁰ Hiernach versuchte das MfS die alleinige Schuld dem MMFL-Team zuzusprechen und warf den Franzosen vor, permanentes Sperrgebiet verletzt zu haben.³⁰¹ „Aber Sperrgebietsverletzungen gehören zu den ungeschriebenen Gesetzen des auf Reziprozität beruhenden Geschäfts. Die sowjetischen Militärverbindungsmissionen in der Bundesrepublik sind in ihrem Vorgehen auch nicht zimperlich und schlagen gelegentlich ebenfalls kräftig über die Stränge.“³⁰²

d. USMLM

Die „United States Military Liaison Mission“ (USMLM) unterstand dem Befehlshaber der US-Landstreitkräfte, dem Commander in Chief of United States Army in Europe, (CINC USAREUR), in Heidelberg. Personell waren ihm nur die USMLM-Angehörigen der US Army unterstellt, während er über die Marine- und

²⁹⁹ Vom 19. Bis 23. März 1984 fand in Halle die Stabsübung „Jug 84“ statt. Gleichzeitig ging das Team einem BND Hinweis auf ein eventuell militärisch genutztes Objekt nach, welches sich jedoch als nicht militärisch genutzt herausstellte. Siehe: E-Mail-Verkehr mit Jean-Paul Staub, Juni 2018; Für Hintergründe auf MfS-Operationsplan siehe: Prüfer, Auf Spionage Tour, 2011, S. 239. Die MfS-Bezirksverwaltung Halle soll unter besonderem Druck gestanden haben, da sie Konzepte mit Modellcharakter für die gesamte DDR hinsichtlich einer Militärsplionageabwehr entwickeln sollte. Siehe: Streckel, Lizenzierte Spionage, 2008, S. 137.

³⁰⁰ Ebd., S. 136.

³⁰¹ Es wurde wohl tatsächlich eine PRA (Halle) verletzt, was jedoch nicht die Intensität der Fahrzeugblockade durch das MfS legitimiert. Sperrgebietsverletzungen kamen häufig vor und wurden meistens nach Protest der Gegenseite ad acta gelegt. Der Unfallort lag nicht in einer PRA.

³⁰² Ebd., S. 137.

Luftwaffenanteile der Mission nur „operational control“ hatte.³⁰³ Der Auftrag wird im USMLM Jahresbericht 1988 wie folgt definiert:

1. (U) [unclassified] The primary mission of USMLM is to carry out responsibilities for liaison between CINCUSAREUR, on behalf of USCINEUR [United States Commander in Chief in Europa] and CINCGSFG [Commander in Chief of Group of Soviet Forces in Germany], in accordance with provisions of the Huebner-Malinin Agreement.
2. (C) [classified] The secondary and confidential mission of USMLM is to exploit its liaison status and attendant access for collection of intelligence information in the German Democratic Republic (GDR)³⁰⁴

Interessant ist hierbei, dass sich der Auftrag zur Nachrichtenbeschaffung nicht auf militärische Aspekte beschränken sollte, sondern lediglich geografisch auf das Gebiet der DDR. Erst die Beschreibung der „Ground Division Collection Activities“ geht auf den militär-nachrichtendienstlichen Fokus der MVM ein: „Ground Operations Division is a 25-person, overt HUMINT [Human Intelligence] team engaged in sensitive collection, analysis and reporting of military intelligence on Soviet and East German ground forces the German Democratic Republic (GDR).“³⁰⁵ Die Tätigkeit der amerikanischen Tour-Teams wird hier also als offene HUMINT beschrieben, also als nicht-klandestinen Rückgriff auf menschliche Quellen.

Die offizielle Niederlassung der USMLM befand sich nicht am Heiligen See, sondern im ehemaligen nördlichen Potsdamer Vorort Neu Fahrland, direkt am Lehnitzsee. Am Ende der Straße Am Lehnitzsee 8 und 9 lagen mehrere Gebäude der USMLM, observiert durch einen ständig besetzten Posten der Volkspolizei.³⁰⁶ Die Anzahl der akkreditierten Mitglieder wurde auf vierzehn begrenzt.³⁰⁷ Das Tour-Personal rekrutierte sich aus verschiedenen Bereichen der US-Streitkräfte. Die

³⁰³ USMLM, Unit History 1976, S. I-4. Hoyt beschreibt eine gewisse Unabhängigkeit der USMLM von USAREUR: „One clear advantage enjoyed by USMLM from its beginnings in 1947 was a high degree of autonomy from higher headquarters (US Army Europe, USAREUR) in Heidelberg, with the (unspoken) proviso that USAREUR could exercise plausible denial if an incident occurred. This minimal interference in Mission operations also implied a recognition that no one knew the environment better than those who were in it on a constant basis.“ Siehe: Hoyt, *Cold War Pioneers*, 2008, S. 467.

³⁰⁴ USMLM, Unit History 1988, S. 1. Anm.: Der Bericht ist deklassifiziert.

³⁰⁵ Ebd., S. 3.

³⁰⁶ Streckel, *Lizensierte Spionage*, 2008, S. 30.

³⁰⁷ Punkt 3 im Huebner-Malinin Abkommen vom 05.04.1947, zitiert nach: Holbrook, *Potsdam Mission*, 2008, S. 286.

Heeresoffiziere durchliefen in der Regel die 47-wöchige Ausbildung zum Foreign Area Officer (FAO), also zu Auslandsspezialisten. Hierauf folgte ein weiterer, mindestens einjähriger Lehrgang am US Army Russian Institute (USARI) im bayrischen Garmisch für die landesspezifische Ausbildung – im Falle der USMLM-Offiziere mit Spezialisierung für die DDR und Sowjetunion. Neben Länder- und Sprachkenntnissen waren auch waffenspezifische oder andere technische Kenntnisse und Fähigkeiten gefragt, die eine besondere Eignung für die Dienst in der Militärmission bedeuteten und die die Soldaten oft aus ihren Vorverwendungen in den US-Streitkräften mitbrachten.³⁰⁸ Angehendes BRIXMIS- und USMLM-Personal durchlief teilweise parallele Ausbildungsabschnitte im englischen Ashford.

Ähnlich wie bei BRIXMIS gab es neben den akkreditierten vierzehn USMLM-Mitgliedern eine nicht geringe Anzahl an Unterstützungspersonal, das ab 1957 im Föhrenweg 19-21 in West-Berliner Stadtteil Dahlem seine Arbeit verrichtete. In der ehemaligen „Villa Keitel“³⁰⁹, unweit des Hauptquartiers der US-Streitkräfte in der Berliner Clayallee fanden all jene Arbeiten statt, die aus Sicherheitsgründen nicht im Mission House in Neu Fahrland stattfinden konnten: „All Mission administration, the processing and storage of classified documents, and all the briefings and discussions [...]“.³¹⁰ Mit „Processing“ ist konkret die Aufbereitung und Weiterverarbeitung der durch die USMLM-Teams gewonnenen Informationen gemeint, also die klassische nachrichtendienstliche Auswertung. Der Umstand, dass diese Tätigkeiten in West-Berlin stattfanden, und nicht in Potsdam, ermöglichte es der USMLM im Laufe der Jahre, ihr Personal auf eine Stärke über 70 anzuheben.³¹¹ Die Dienststelle im Föhrenweg unterlag keinen Beschränkungen des Huebner-Malinin-Abkommen. Überwiegend militärisches, aber auch ziviles

³⁰⁸ Ebd., S. 22f. Vgl.: Prüfer, *Auf Spionage Tour*, 2011, S. 23.

³⁰⁹ Die vermutlich zwischen 1936 und 1938 errichtete Villa in Berlin Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Dahlem, diente dem Oberkommando der Wehrmacht als getarnter Gefechtsstand und wird daher „Villa Keitel“ genannt. Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (1912-1946) war von 1938 bis 1945 Chef des Oberkommandos der Wehrmacht. Siehe: William Durie, *The United States Garrison Berlin 1945-1994. "Mission Accomplished"*, Berlin/Boston 2014, S. 45; Landesdenkmalamt Berlin, *US Military Liaison Mission (USMLM). Denkmale der Alliierten - USA - Steglitz-Zehlendorf*, <https://www.berlin.de/landesdenkmalamt/denkmale/denkmale-der-alliierten/usa/steglitz-zehlendorf/us-military-liaison-mission-usmlm-647678.php> (letzter Aufruf 27.06.2008); Streckel, *Lizensierte Spionage*, 2008, S. 170–175; Holbrook, *Potsdam Mission*, 2008, S. 20f.

³¹⁰ Holbrook, *Potsdam Mission*, 2008, S. 20.

³¹¹ Hoyt, *Cold War Pioneers*, 2008, S. 470.

Unterstützungs- und Stabspersonal entlastete somit das akkreditierte Tour-Personal, das sich folglich auf die Informationsgewinnung konzentrieren konnte.³¹²

Die USMLM-Führung erkannte etwa in den 1970er Jahren, dass die DIA den Erkenntnissen der USMLM kaum Aufmerksamkeit schenkte. Die gewonnenen Informationen bedurften einer professionellen Aufarbeitung für den potenziellen Leserkreis. Das Programm „Sanddune“ sollte dieses Defizit abbauen. Dabei ging es um das Sammeln („Collection“), Übersetzen und Auswerten von durch USMLM beschafften Militärdokumenten und sichergestellter Wehrtechnik, die insbesondere nach Übungen und Manövern von GSSD und NVA ihren Weg in den Föhrenweg fanden. Solche Beschaffungserfolge gelangen den westlichen MVM vor allem auf Übungsplätzen und Müllkippen, wobei dabei nicht selten ein hohes Risiko eingegangen wurde.³¹³ Durch die systematische Analyse der erbeuteten Hinterlassenschaften, „Sanddune becoming the backbone of USMLM’s collection and analysis effort in the 1980s and beyond.“³¹⁴ USMLM und BRIXMIS entwickelten hierbei ähnliche Ansätze. Bei BRIXMIS waren es die entsprechenden Operationen in den 1970ern „Tamarisk“ und in den 1980ern „Tomahawk“.³¹⁵ Interessanterweise bezichtigte bereits 1960 der geheime Mitarbeiter des MfS Julius Mader, dass der BND ähnliche Beschaffungsmethoden angewandt habe. So sei bei einem festgenommenen Spion des BND interessantes in dessen Tasche gefunden worden: „Es ist auffällig, dass alle von ihm aufgelesenen Papierfetzen kyrillische Buchstaben tragen; es handelt sich um Briefumschläge mit Feldpostnummern, um Zeitungsfetzen, um handgeschriebene Wandzeitungsartikel mit Namensangaben und um beschriebene Seiten aus Schulungsheften, die über die Papierkörbe aus

³¹² Holbrook, Potsdam Mission, 2008, S. 21f.

³¹³ US-Dienste haben bereits 1947 den Müll sowjetischer Besatzungstruppe in Österreich gezielt nach verwertbaren Informationen durchsucht, wie etwa Feldpostnummern von Einheiten, Soldatenbriefe und Verwaltungsunterlagen. Siehe: Krieger, Partnerdienste, 2021, S. 53f.

³¹⁴ Hoyt, Cold War Pioneers, 2008, S. 469; Siehe auch: Streckel, Lizenzierte Spionage, 2008, S. 145, hier Fußnote 25; Saar, BRIXMIS-Mission, 2017, S. 444–446.

³¹⁵ Saar, BRIXMIS-Mission, 2017, S. 444. Rod Saar (BRIXMIS) beschreibt die Methode prägnant als „military rubbish collection“ (Operation Tamarisk). Siehe: Ebd., S. 407. Peter Williams (BRIXMIS) betont den nachrichtendienstlichen Wert von Müll: „Other tasks undertaken by the Mission in the 1980s included the placing and subsequent recovery of test materials in areas that were downwind of nuclear warhead storage sites and nuclear power stations. Of course, there were risks involved in doing so, although Tourers were unequipped to assess the degree of potential hazard. In addition to ‘serendipitous scavenging’, the collection of randomly encountered artefacts and paperwork, the Mission ran a very carefully managed programme for the exploitation of known locations where Soviet military rubbish could be found. This was known as Operation TAMARISK in the 1970s and was then re-named as Operation TOMAHAWK in the 1980s.“ Siehe: Williams, Intelligence Operations BRIXMIS, 2017, S. 65f.

einer nahegelegenen Kaserne auf dem Schuttbladeplatz gelandet sind. Diese Kaserne war mit sowjetischen Soldaten belegt. [...] Lenz [der vermeintliche Spion des BND, d.Verf.] erhielt den Auftrag, möglichst viele russisch beschriebene Schrifstücke von den Schuttbladeplätzen in der Nähe von Oranienburg, Bernau und Neuruppin zu sammeln und in Westberlin möglichst schnell abzuliefern.“ Die Zentrale in Pullach sei „an jedem Fetzen Papier interessiert und verfügt zudem über das entsprechende Fachpersonal für eine sachgemäße Auswertung des Beutematerials.“³¹⁶

Der Transformationsprozess der UMMLM hin zu einer effektiveren Verbindung aus Beschaffung und Auswertung („forward-based Humint collection and analysis center“³¹⁷) setzte sich in den 1980er Jahren weiter fort. Zur weiteren Effektivitätssteigerung trugen die teilweise Zusammenlegung von Luftwaffen- und Heeresaufklärung („Joint Division“) und die Einführung von Desktop-Computern bei, die wiederum das Erstellen von Datenbanken ermöglichte und die aufwendigen Recherchen der Analysten verkürzte.³¹⁸

Trotz aller Vorsicht und Zurückhaltung bei den Aufklärungsfahrten durch die DDR³¹⁹ kam es ein Jahr nach dem Tod Mariottis zu einem weiteren schweren Zwischenfall. Am 24. März 1985 wurde Arthur D. Nicholson³²⁰, Major und Tour-Offizier der USMLM seit 1982, auf einem Schießplatz der GSSD bei Techentin/Ludwigslust von einem sowjetischen Wachposten erschossen.³²¹

e. MVM als autonome Militärnachrichtendienste?

Der enge Verbund von Beschaffung und Auswertung, insbesondere bei USMLM und BRIXMIS, und ihr besonderer rechtlicher Rahmen lassen die westlichen MVM

³¹⁶ Julius Mader, *Die Graue Hand. Eine Abrechnung mit dem Bonner Geheimdienst*, Berlin 1960, S. 157f.

³¹⁷ Hoyt, *Cold War Pioneers*, 2008, S. 469.

³¹⁸ Ebd., S. 471.

³¹⁹ USMLM-Chef Greenwalt (1981-1983) ordnete den Tourteams an, weniger aggressiv, dafür aber methodisch besser vorzugehen, um weniger Festsetzungen durch MfS und GSSD zu erfahren, aber mehr Aufklärungserfolge zu erzielen. Siehe: Ebd., S. 472.

³²⁰ Für biographische Informationen siehe: Streckel, *Lizensierte Spionage*, 2008, 167f.

³²¹ Vermutlich ging Nicholson der Frage nach, ob der sowjetische Kampfpanzer T-80, der zunächst nur im Süden der DDR (8. Gardearmee) gesichtet wurde, auch in den GSSD-Einheiten im Norden der DDR eingeführt wurde. Zuvor registrierten die westlichen MVM die Einführung von modernisierten T-64B in Einheiten, die bereits mit T-64A ausgestattet waren. Siehe: Ebd., S. 145 Siehe auch: USMLM, *Unit History 1984*, S. 4. Weitere Details zum Tathergang siehe: Streckel, *Lizensierte Spionage*, 2008, S. 142–147 u 150–155; Prüfer, *Auf Spionage Tour*, 2011, S. 249–257; Helmut Trotnow, *Schüsse in Techentin. Hintergründe zum Tod von Major Arthur D. Nicholson*, in: *Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990*. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004.

als weitestgehend selbständige Militärnachrichtendienste erscheinen. Das Narrativ vieler MVM-Veteranen, wonach – zugespitzt formuliert – die Missionen praktisch im Alleingang den Dritten Weltkrieg verhinderten, ist indes zu hinterfragen. Die potenten nationalen Nachrichtendienste wussten ihren Einfluss auch auf die rechtlich privilegierten MVM geltend zu machen. Die Untersuchung dieses Einflusses wäre eine separate Forschungsfrage.

Die Missionen waren eine der wichtigsten Sensoren der Westalliierten, um mögliche Kriegsvorbereitungen der GSSD und NVA auf dem Boden der DDR zu erkennen, wenngleich diese teilweise selbst für die MVM schwer zu erkennen waren.³²² Dieser Mehrwert galt insbesondere nach dem Mauerbau 1961, als anderen westlichen Nachrichtendiensten der Zugang in die DDR erschwert wurde.³²³ Keinem westlichen Nachrichtendienst dürfte es gelungen sein, derart umfassende Informationen über die GSSD zu sammeln und somit das „System GSSD“ erfolgreich zu penetrieren, wie den westlichen MVM. Morrison konstatiert zur britischen MVM: „BRIXMIS [...] was probably the most cost-effective UK intelligence operation of the Cold War.“ Mit seinem Lob geht er sogar noch weiter: „[...] by the mid to late 70s, it [BRIXMIS] was possibly the most professional military intelligence team in the world.“³²⁴ Ober dieser Superlativ gerechtfertigt ist, ließe sich nur herausfinden, indem der Beitrag der Nachrichtendienste zum Wissen über die GSSD/WGT mit dem der MVM verglichen werden könnte. Der Konjunktiv verrät, dass dies bei aktuellen Quellenlage nicht möglich ist.

Bei aller Fokussierung auf nachrichtendienstliche Fragestellungen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die westlichen MVM als wichtiger Kommunikationskanal zum sowjetischen Oberkommando fungierten. Dabei entwickelten sich teilweise unterschiedliche Beziehung der drei westlichen MVM zur sowjetischen Seite. Aus der bisweilen subjektiv gefärbten Erinnerungsliteratur der MVM-Veteranen lassen sich jedoch keine validen Aussagen zu den

³²² Zur Unterscheidung zwischen einer Alarmübung und einem echten Angriff habe sich bei BRIXMIS zunehmend Pessimismus verbreitet. Die Tour-Teams „were increasingly conscious of operational breakout drills conducted by entire Soviet division under radio silence. BRIXMIS teams discovered that East Germany had also installed elaborate networks of landlines that provided for communications to remote locations that were immun to interception. Exactly how much warning of the coming of war NATO would receive was a matter of constant debate at all levels of command.“ Aldrich, *Intelligence within BOAR*, 2008, S. 105f.

³²³ Heisig, *Gefährliche Begegnungen*, 2004, S. 102.

³²⁴ Morrison, *Intelligence in the Cold War*, 2014, S. 584f.

unterschiedlichen Ausprägungen dieser Beziehungen treffen.³²⁵ Auch hierbei wäre eine Einflussnahme der nationalen Nachrichtendienste denkbar.

4. Zwischenfazit

Die westliche Military Intelligence Community, allen voran die westlichen Militärverbindungsmissionen, betrieben über Jahrzehnte lang umfassende und erfolgreiche ORBAT-Intelligence gegen die sowjetischen Truppen in der DDR. Die GSSD war als militärischer Vorposten der Sowjetarmee vorrangiges Aufklärungsziel der Dienste, wie überhaupt die Militäraufklärung von besonderer Bedeutung für die westliche Intelligence Community während des Kalten Krieges war. „Cold War intelligence was military intelligence.“³²⁶ Dabei nutzen die Dienste das volle Spektrum: HUMINT, SIGINT, IMINT, MASINT, OSINT. Alle Mittel schienen gerechtfertigt, wenn dadurch der militärische Gegner besser verstanden und somit sein Verhalten vorhersehbarer wurde.

Während die Bundesregierung sowjetische Truppen in der DDR vor allem als sicherheitspolitische Bedrohung empfand und sich ihr Interesse doch eher auf die Absichten des Kremls richtete, wurde die GSSD zum Gegenstand der militärnachrichtendienstlichen Aufklärung und maßgeblicher Einflussfaktor in der militärischen Planung der NATO. Für die militärische Auslandsaufklärung des BND und das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr war die GSSD/WGT eine militärische Realität und ernstzunehmende Bedrohung.

Innerhalb der NATO-Intelligence Community kam dem BND und der Bundeswehr bis zur Wiedervereinigung eher die Rolle des Beobachters zu, dessen Stärken in der Analyse, weniger jedoch in der Nachrichtenbeschaffung lagen. Nichtsdestotrotz wäre es auch die Bundeswehr gewesen, die in einer militärischen Auseinandersetzung zwischen NATO und Warschauer Pakt an vorderster Front zum Einsatz gekommen wäre. Entsprechend groß war daher der Wissensbedarf der Bundeswehr über sowjetische Truppen in der DDR. Neben der überwiegend taktischen Fernmeldeaufklärung von Heer, Luftwaffe und Marine war es der BND,

³²⁵ Jean-Paul Huet schreibt von warmherziger Atmosphäre bei informellen Treffen mit sowjetischen Offizieren. Die Beziehung zur sowjetischen Seite sei im Vergleich zu den Briten oder Amerikanern manchmal entspannter gewesen., was die Angehörigen der MMFL bei USMLM und BRIXMIS des Doppelspiels verdächtig gemacht habe. Siehe: Huet, Ein französischer Blick, 2004, S. 72f. Derartige anekdotische Überlieferungen reichen jedoch nicht aus, um die Kommunikation zwischen den Missionen tatsächlich beurteilen zu können.

³²⁶ Morrison, Intelligence in the Cold War, 2014, S. 576.

der diesen Wissensbedarf stillte. Dabei entstanden im Laufe der Jahre immer wieder Konkurrenzsituationen, die oft auf eine nicht bedarfsgerechte Informationsversorgung der Bundeswehr durch den BND zurückzuführen ist.

Auch mangelndes Vertrauen der Politik in den BND sorgten in den 1980er Jahren für eine Kompetenzverschiebung vom BND zur Bundeswehr im Bereich der Analyse fremder Streitkräfte. Das ANBw nahm dabei eine Schlüsselposition ein – und entwickelte sich zunehmend zum Konkurrenten des BND, der seinerseits befürchtete, sein Monopol in der militärischen Auslandsaufklärung allmählich zu verlieren. Zwar war diese Befürchtung hinsichtlich der erweiterten Auswertekompetenz des ANBw nicht ganz unbegründet, jedoch verblieb das Recht zur Durchführung geheimer Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden beim BND. Das ANBw erfüllte damit nie die klassischen Anforderungen an einen im Geheimen operierenden Nachrichtendienst. Soweit es die derzeitige Quellenlage zulässt, ist auch nicht festzustellen, dass das ANBw nachrichtendienstliche Beschaffungsprozesse gesteuert hat. Die Kompetenz besaß im begrenzten Umfang das BMVg im Bereich Militärisches Nachrichtenwesen, Fü S II. Da der BND im Bereich der Militäraufklärung jedoch wenig Spitzenquellen vorzuweisen hatte und vor allem von Reisequellen und den Informationen der Partnerdienste abhing, blieb die Kernkompetenz des BND im Bereich der Militäraufklärung die Analyse des sowjetischen Bedrohungspotenzials.

Mit ihren Militärverbindungsmissionen verfügten die Westmächte über quasi-nachrichtendienstliche Beschaffungsinstrumente, über die weder der BND noch die Bundeswehr ansatzweise verfügten. Somit mangelte es dem deutschen Auslandsnachrichtendienst an Erfahrungen in der operativen Informationsbeschaffung gegen sowjetisches Militär in der DDR. Während des Abzugs WGT dürfte dieser Umstand eine Herausforderung für den BND darstellen.

III. Die Rahmenbedingungen des Truppenabzugs

1. Vorgeschichte des Truppenabzugs

Der sowjetische Truppenabzug ist keine Entwicklung ausschließlich der 1990er Jahre, auch wenn er strenggenommen zwischen 1991 und 1994 stattfand. Vielmehr ist er ein Resultat der Reformvorhaben Gorbatschows und seiner Mitstreiter – und eine Fortsetzung von Abrüstungsmaßnahmen, die bereits vor 1991 begonnen hatten. So geht Matthias Uhl davon aus, dass der Kreml bereits vor dem Mauerfall über das Schicksal der sowjetischen Truppen in der DDR entschieden hatte und 1989/1990 von den politischen Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa eingeholt wurde.³²⁷ Auch Oliver Bange argumentiert, dass dem Abzug „ein jahrelanges Ringen um diese Entscheidung in der politischen und militärischen Führung in Moskau“ vorausgegangen sei. Die Reformer in Moskau seien davon überzeugt gewesen, „dass Gesellschafts- und Wirtschaftsreformen in der UdSSR ohne umfassende Abrüstung und den teilweisen oder vollständigen Abzug ihrer Soldaten aus Zentraleuropa nicht zu finanzieren war.“³²⁸ Bereits 1987 soll der vollständige Abzug der GSSD gegenüber sowjetischen Diplomaten in KGB-Mitarbeitern in der DDR thematisiert worden sein, wie Büttner und Ebert auf der Grundlage von MfS-Dokumenten argumentieren.³²⁹ Die Idee zur umfassenden Abrüstung reifte um Generalsekretär Gorbatschow und weiterer Reformer im Moskauer Politbüro. Sie führte letztlich zu einer einseitigen Abrüstungsinitiative: Am 7. Dezember 1988 verkündete Gorbatschow vor der 43. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York an, sowjetische Streitkräfte im Umfang von einer halbe Millionen Soldaten zu reduzieren. Damit war auch ein Teilabzug sowjetischer Streitkräfte in der DDR verbunden.³³⁰ Für Büttner und Ebert stellt dieses Ereignis den Wendepunkt in der Geschichte des Truppenabzugs dar.³³¹ Dennoch war zunächst nur von einer Truppenreduzierung die Rede, nicht von einem vollständigen Abzug.

³²⁷ Uhl, Die sowjetischen Truppen in der DDR, 2014, S. 147.

³²⁸ Bange, Die Sicherheitspolitik Moskaus, 2016, S. 37.

³²⁹ BStU, MfS HA XVIII 13135, Bl. 17, zitiert nach: Stefan Büttner und Martin Ebert, Wie der Kreml die DDR aufgab, in: Fliegerrevue Extra, 24 (2009), S. 6.

³³⁰ Bange, Sicherheit und Staat, 2017, S. 467f. Gorbatschow gab vor der UN an, bis 1991 sechs Panzerdivisionen aus der DDR, der ČSSR und Ungarn abzuziehen. Siehe: Büttner, Ebert, Wie der Kreml die DDR aufgab, 2009, S. 7; Uhl, Die sowjetischen Truppen in der DDR, 2014, S. 150.

³³¹ Büttner, Ebert, Wie der Kreml die DDR aufgab, 2009, S. 8.

Wie bewerteten der BND und das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr die militärpolitischen Veränderungen in der Sowjetunion? Im Jahresbericht der BND-Militärauswertung von 1988 heißt es noch, dass von den angekündigten Reduzierungen vier Divisionen der 20. Gardearmee der GSSD betroffen seien, „da dort weder modernstes Großgerät vorhanden ist, noch Strukturänderungen vorgenommen wurden. Abzugsvorbereitungen wurden bis zum Beginn des Jahres 1989 noch nicht erkannt.“³³² Auch die Stabsabteilung für militärisches Nachrichtenwesen im BMVg, Fü S II, gelangte im Februar 1989 zu der Einschätzung, dass sich zwar in der sowjetischen Militärpolitik neue Denkansätze etabliert hätten. Die Rede Gorbatschows vor der UN 1988 bewertete Fü S II 3 als herausragendes Beispiel für eine solche Entwicklung. Dennoch habe es bei den sowjetischen Militärs deutliche Vorbehalte gegen derartige Veränderungen gegeben. Fü S II 3 konnte über konkrete Maßnahmen noch nichts berichten: „So war eine Veränderung in Umfang, der Struktur und Dislozierung, der fortgesetzten Modernisierung, der Fähigkeiten sowie der militärstrategischen Ausrichtung der sowjetischen und WP-Streitkräfte auch 1988 nicht erkennbar.“³³³ Die Rückverlegung von WGT-Einheiten begann im Herbst 1989 auf Grundlage präzise ausgearbeiteter sowjetischer Pläne.³³⁴ Im November 1989 meldete auch der BND den Abschluss den Abzug der ersten zwei Panzerdivisionen der WGT.³³⁵

Im Militärjahresbericht 1989, der von den politischen Umbrüchen in der DDR gekennzeichnet ist, interpretierte der BND die sowjetischen Abrüstungsinitiativen als Bemühung zum Abbau weltweiter Bedrohungsängste, ohne dass die Sowjetunion ihren militärischen und sicherheitspolitischen Handlungsspielraum hätte aufgeben müssen:

³³² BArch, B 206/170: BND, Militärischer Lagebericht 1988, Entwicklungen und Lagemerkmale, S. 221. Tatsächlich wurden ab 1989 die 32. Gardepanzerdivision (Jüterbog) und die 25. Gardepanzerdivision (Vogelsang) im Bestand der 20. Gardearmee abgezogen. Beide Panzerdivisionen waren mit dem Modell T-64 ausgestattet, während in den anderen Armeen bereits modernere Kampfpanzer vom Typ T-80 eingeführt wurden. Siehe auch Abschlussmeldung des Abzuges: BArch, B206/307: BND, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 43/89, S. A6; Siehe auch: BArch, MA, BW 40/143: ANBw, Abt. III (Heer), G2 Kurzinformation Ost, Die einseitigen Truppenreduzierungen und Strukturveränderungen bei den WP-Landstreitkräften (Sachstand: Januar 1990), 31.01.1990, S. 2-4. Vgl.: Hoffmann, Stoof, Sowjetische Truppen, 2017, S. 209.

³³³ BArch, MA, BW2/48086: G2/A2-Bericht Ost, Militärpolitische Lage des Warschauer Paktes zu Beginn des Jahres 1989, 20.02.1989, S. 3.

³³⁴ Büttner, Ebert, Wie der Kreml die DDR aufgab, 2009, S. 8.

³³⁵ BArch, B206/307: BND, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 43/89, S. A6.

„Moskau ließ sich dabei von der Einsicht leiten, daß dieses Bedrohungsbild auf der sowjetischen Überbetonung militärischer Macht beruhte. Zudem befürchtete die sowjetische Führung, daß sich das internationale militärische Kräfteverhältnis aufgrund eigener technologischer und wirtschaftlicher Schwächen weiter zu Ungunsten der Sowjetunion verändern könnte. Deshalb sah sie in konkreten Abrüstungsinitiativen den vielversprechendsten Weg, westlichen Rüstungsanstrengungen entgegenzuwirken, ohne dabei ihre globalen und regionalen sicherheitspolitischen Interessen und Handlungsspielräume aufgeben zu müssen. Diesem sowjetischen Prestigegewinn wirkten jedoch die zunehmenden Spannungen innerhalb der Sowjetunion entgegen.“³³⁶

Als der BND-Jahresbericht 1989 im April 1990 fertiggestellt wurde, war ein vollständiger Truppenabzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland noch nicht im Kalkül der Militärauswerter des BND. Von den Gedankenspielen des Kremls, die Truppen aus der DDR komplett abzuziehen, hatte der BND anscheinend keine Kenntnis. Dennoch war den Verfassern des militärischen Jahresberichts die politischen Dynamiken seit 1989 und die damit einhergehende Ungenauigkeit ihrer Prognosen bewusst. So heißt es in der Vorbemerkung:

„Anders als in den zurückliegenden Jahren, in denen Strukturen, Optionen und Stärkeverhältnisse weitgehend statisch waren und nur geringen Veränderungen unterlagen, vollzogen sich ab zweiter Jahreshälfte 1989 gravierende Entwicklungen im Bereich der Streitkräfte, die keineswegs abgeschlossen sind. Geänderte sicherheitspolitische Rahmenbedingungen wirken sich zunehmend dynamisch auf die Militärpolitik, die Doktrin, die Strategie, die Einsatzgrundsätze und das Innere Gefüge der Streitkräfte des WP [Warschauer Pakt] aus.“³³⁷

Selbstkritisch endet die Vorbemerkung mit einem Hinweis für den Leser: „Auf die Angaben und Daten des militärischen Jahresberichtes 1989 als Referenzgrößen sollte deshalb nur sehr bedingt zurückgegriffen werden.“³³⁸

1990 wurden die einseitigen Truppenreduzierungen der WGT fortgesetzt. Neben Ausbildungseinheiten und weiteren selbstständigen Truppenteilen sollten die 7. Gardepanzerdivision (Roßlau) und die 12. Gardepanzerdivision (Neuruppin) im Bestand der 3. Stoßarmee abgezogen werden, die größtenteils noch mit T-64

³³⁶ BArch, B 206/172: BND, Militärischer Lagebericht 1989, Entwicklungen und Lagemerkmale, S. 56.

³³⁷ Ebd., Vorwort.

³³⁸ Ebd.

Kampfpanzern ausgestattet waren.³³⁹ Auch in diesem Fall zeigte sich der Nutzen der westlichen MVM für die Nachrichtengewinnung: BRIXMIS beobachtete bereits am 15. Januar 1990 eine Unterbrechung des Teilabzug und begründete dies mit logistischen Engpässe wegen der parallel stattfindenden Truppenabzüge in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Zudem hätte es Probleme gegeben, die heimkehrenden Soldaten unterzubringen.³⁴⁰ Auch politische Beweggründe könnten den Abzug bewusst verzögert haben. Bange vermutet dahinter politische Interessen: Der Teilabzug sei zum politischen Faustpfand und Ausdruck der sowjetischen Unzufriedenheit über die Entwicklungen in Deutschland geworden.³⁴¹ Auch BRIXMIS bewertete dieses Verhalten der sowjetischen Militärführung ebenso als „the uncertainty over the ‚German question“.³⁴² BRIXMIS und BND meldeten übereinstimmend die Fortsetzung des Teilabzugs im August 1990.³⁴³

Am 26. Januar 1990 beschloss das Politbüro des ZK der KPdSU in Moskau die Aufgabe der DDR – und besiegelte damit das Ende der sowjetischen Truppenstationierung in Deutschland.³⁴⁴ Unklar ist indes, wie weit die Ideen der sowjetischen Führung zum vollständigen Truppenabzug aus Deutschland bereits vor dem Mauerfall gereift waren. Laut Hinweis aus den MfS-Quellen sollte der Abzug 1995 beendet werden.³⁴⁵ Nicht nur die Stationierung von Truppen selbst,

³³⁹ BArch, B 206/383: Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht 36/90, 13.09.1990, S. B2. Vgl.: BArch, MA, BW 40/143: ANBw, Abt. III (Heer), G2 Kurzinformation Ost, Die einseitigen Truppenreduzierungen [...], a.a.O., S. 3. Der Abzug der 32. Gardepanzerdivision (Neuruppin) zog sich bis Juli 1991 hin und fiel damit zeitlich in die Vorgänge des vollständigen Truppenabzuges der WGT gemäß Zwei-plus-Vier-Vertrag. Siehe: BArch, MA, BWD 2/578: ANBw, Abt. III (Heer), G2-Information Sowjetunion, Sachstandsfortschreibung zum Abzug der Landstreitkräfte der Westgruppe der Truppen (WGT), Stand: III. Quartal 1991, 16.10.1991, S. 6. Siehe auch: Hoffmann, Stoof, Sowjetische Truppen, 2017, S. 230f.

³⁴⁰ BRIXMIS, Annual Report 1990, S. 5.

³⁴¹ Bange, Die Sicherheitspolitik Moskaus, 2016, S. 44; Bange, Sicherheit und Staat, 2017, S. 475f.

³⁴² BRIXMIS, Annual Report 1990, S. 5.

³⁴³ Ebd., S. 7; BArch, B 206/174: BND, Militärischer Lagebericht 1990, Entwicklungen und Lagemerkmale, S. 195; Im Mai meldete der BND unter Berufung auf eine offizielle Mitteilung eines Sprechers der sowjetischen Botschaft in der DDR, dass die UdSSR außerstande sei, „den einseitigen Truppenabzug von Kräften der WGT wie ursprünglich geplant fortzusetzen. Als Grund wurden Probleme bei der Unterbringung von Militärpersonal und deren Angehörigen genannt (hervorgehoben durch den laufenden Truppenabzug ZGT/SGT [Zentralgruppe und Südgruppe der Truppen in der Tschechoslowakei/Ungarn], Bereitstellung von Armee-Unterkünften für armenische Flüchtlinge, aber auch durch Organisationsmängel innerhalb der UdSSR [UdSSR]. Diese Meldung bestätigt das hier vorliegende Lagebild.“ Siehe: BArch, B 206/381: BND, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht 21/90, 30.05.1990, S. B2.

³⁴⁴ Uhl, Die sowjetischen Truppen in der DDR, 2014, S. 158.

³⁴⁵ Büttner, Ebert, Wie der Kreml die DDR aufgab, 2009, S. 8.

auch deren übereilte Rückführung hätte den sowjetischen Haushalt stark belastet.³⁴⁶ Es galt daher für den Kreml, eine finanziell machbare, aber auch politisch vertretbare Lösung zu finden. In Ermangelung sowjetischer Originaldokumente bleibt es offen, ob es ohne Mauerfall tatsächlich einen vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und den anderen Staaten mit entsprechenden Truppenstationierungen gegeben hätte und ob es dafür bereits konkrete Pläne für das Militär gab. Es ist allerdings nur schwer vorstellbar, dass die sowjetische Führung ihren Status als Siegermacht im geteilten Deutschland durch einen Komplettabzug gefährdet hätte. Ohne vergleichbare Gegenleistung in den westlichen Besatzungszonen hätte dies zu einem militärischen Ungleichgewicht in Gesamtdeutschland geführt, das auch innenpolitisch wohl nur schwer zu kommunizieren gewesen wäre.

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gingen 1991 der noch nicht abgeschlossene Teilabzug der WGT im Rahmen der unilateralen Abrüstungsmaßnahmen und der vollständige Truppenabzug im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Vertrags ineinander über. Zwar ist formell zwischen beiden Abzügen zu unterscheiden, diese Unterschiede verschwommen jedoch, da sie mit den gleichen logistischen Anforderungen verbunden waren.

2. Bedeutung des sowjetischen Truppenabzuges für den Zwei-plus-Vier-Prozess

a. Sowjetische Truppen als Faustpfand?

Die Festlegung auf die Formel „Zwei-plus-Vier“ erfolgte offiziell am 13. Februar 1990 im Kommuniqué von Ottawa und legte die Bundesrepublik Deutschland und die DDR („zwei“) sowie („plus“) Frankreich, die USA, Großbritannien und die Sowjetunion („vier“) als Verhandlungsteilnehmer fest.³⁴⁷ Dabei wurde der Abzug

³⁴⁶ Vgl.: Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 288.

³⁴⁷ Die Formel „Zwei-plus-Vier“ war anfangs umstritten. Gorbatschow machte sich etwa für die Formel „Vier-plus-Zwei“ stark, also eine stärkere Betonung der Rolle der Siegermächte für die Deutsche Frage. Siehe: von Plato, Die Wiedervereinigung Deutschlands, 2002, S. 195 u. 222.; Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 222. Dies entsprach auch teilweise US-amerikanischen Interessen. Vgl.: Küsters, Der Integrationsfriede, 2000, S. 819f. Das Auswärtige Amt soll bereits vor der Vereinbarung von Ottawa mit „organisatorischen Vorbereitungen für die internationalen Aspekte der Vereinigung“ nach der Zwei-plus-Vier-Formel begonnen haben. Mit dem „Arbeitsstab ‚Zwei-plus-Vier‘“ sowie dem Sonderstab „Deutschlandpolitische Fragen“ gab es spezielle Organisationsbereiche im Auswärtigen Amt, die in den Folgemonaten die Zukunft Deutschlands diplomatisch ausgestalteten. Siehe: Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 276f.

der WGT zur diplomatischen Verhandlungsmasse für die sowjetische Seite. Wollte sie ursprünglich ihre Truppen ohnehin teilweise oder vollständig zurückbeordern, verfolgten Gorbatschow und seine Berater in Folge der politischen Entwicklungen seit Ende 1989/Anfang 1990 den Ansatz, den Abzug der WGT als Faustpfand in den Verhandlungen zur Bündnisfrage eines vereinigten Deutschlands zu benutzen.³⁴⁸ Der bis dahin unilateral gedachte Truppenabzug wurde sicherheitspolitisch neu aufgeladen: Sowjetische Truppen sollten Deutschland erst dann vollständig verlassen, wenn dies auch die Truppen der Westmächte in der Bundesrepublik täten und die deutschen Streitkräfte eines vereinten Deutschlands deutlich reduziert würden. Dieses Szenario war 1988, als Gorbatschow die Welt mit seinen Abrüstungsideen überraschte, noch nicht denkbar. Die Stationierung der WGT sollte verhindern, dass ein vereinigtes Deutschland vollständig an die NATO gehen würde.³⁴⁹ Im Zuge der weiteren Diskussionen habe sich aber immer deutlicher gezeigt, dass diese Position kaum zu halten war.³⁵⁰ Neben dem Truppenabzug glaubte die sowjetische Seite noch weitere Druckmittel zu besitzen, etwa die Verweigerung der Abgabe der Viermächterrechte. Aber wie Hanns Jürgen Küsters treffend feststellt: „Das wiederum hätte sie allerdings nicht von den Kosten erlöst.“³⁵¹ Unter der Prämisse, dass die Verringerung der sowjetischen Verteidigungsausgaben im Vordergrund stand, wurden die sicherheitspolitischen Vorstellungen des Kremls zunehmend unrealistischer.³⁵²

Der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld stellt für den Beginn der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen im Frühjahr 1990 als zentrale Frage heraus, wie im

³⁴⁸ Auf die Funktion der sowjetischen Truppenstationierung als Faustpfand verwies auch die Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. Diese war vom 4. bis 8. Juni 1990 zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Gesprächen in Moskau. Die Ergebnisse der Reise meldete die Arbeitsgruppe am 22. Juni 1990 an Horst Teltschik (CDU), dem Leiter der Abteilung 2 im Bundeskanzleramt und außenpolitischen Berater von Kohl. Demnach sei zwar die Einsicht auf sowjetischer Seite erkennbar gewesen, dass die sowjetischen Truppen keine militär-strategische Bedeutung mehr haben würden, [dennoch] scheint die Sowjetunion sie [die WGT] als politisches Faustpfand zu betrachten und nutzen zu wollen.“ Dem Dokument ist zu entnehmen, dass Teltschik die Informationen der Arbeitsgruppe dem Bundeskanzler über den Chef des Bundeskanzleramts vorlegen ließ. Siehe: ZA BKAm: Bernd Wilz (MdB), Schreiben der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages an Horst Teltschik, 22.06.1990, S. 6.

³⁴⁹ Vgl.: von Plato, Die Wiedervereinigung Deutschlands, 2002, S. 190.

³⁵⁰ Uhl, Die sowjetischen Truppen in der DDR, 2014, S. 159.

³⁵¹ Küsters, Der Integrationsfriede, 2000, S. 878.

³⁵² Eine Forderung war unter anderem ein bündnisfreies, neutrales Deutschland. Hierzu sollte die Präsenz sowjetischer Truppen als Druckmittel dienen, um die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands zu verhindern. Siehe: von Plato, Die Wiedervereinigung Deutschlands, 2002, S. 190.

Vereinigungsprozeß den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion Rechnung tragen werden könne, um so deren Einverständnis zur gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft zu erlangen.³⁵³ In Folge ging es also beiden Seiten – um in der Vorstellung der Bipolarität des Kalten Krieges zu bleiben, die diese Verhandlungen prägten – um Konzessionen und Kompromisse. Die deutsche Wiedervereinigung war eng mit militärischen, bündnis- und sicherheitspolitischen Fragestellungen verbunden und damit auch mit dem Abzug der sowjetischen Truppen. BND-Präsident Wieck konstatiert, dass die Teilung Deutschlands auf friedlichem Weg durch die normative Kraft des faktischen beendet worden sei. „Die Vier-Mächte-Verhandlungen mit zwei deutschen Regierungen hatten nur noch die Bedeutung einer Verhandlung über den Abwicklungsvertrag für die bisherigen Rechter der vier Mächte in Deutschland.“³⁵⁴ Damit meint Wieck auch die Abwicklung der sowjetischen Streitkräftestationierung in der DDR.

b. Deutsches Interesse am Abzug

Die deutsche politische Forderung nach einem vollständigen Truppenabzug war zu Beginn der diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Vier Mächten noch nicht endgültig abgestimmt. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher betonte noch am 6. Februar 1990 gegenüber dem britischen Außenminister Douglas Hurd, dass die Sowjetunion geographisch ein Teil Europas sei und daher sowjetische Truppen in Europa anwesend seien, „ob es uns gefalle oder nicht.“ Genschers Einschätzung zufolge sei die Sowjetunion daran interessiert gewesen, „Streitkräfte in der DDR zu behalten, wenn auch nicht unbedingt in der gegenwärtigen Stärke von 380.000 Mann. Diese Anwesenheit habe auch psychologische Bedeutung; es sei viel sowjetisches Blut geflossen, bis es zu dieser Präsenz kam.“³⁵⁵ Die Frage des britischen Außenministers, ob nicht die Zeit kommen werde, in der die DDR-Bevölkerung den Abzug der sowjetischen Truppen verlangen würde, „da die SU-Truppen [WGT] keine Funktion mehr hätten.“, ließ Genscher weitgehend unbeantwortet.³⁵⁶

³⁵³ Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 256.

³⁵⁴ Wentker, DDR in den Augen des BND, 2008, S. 358.

³⁵⁵ Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Hurd in Bonn, 06.02.1990, Dokument 45 in: Institut für Zeitgeschichte, Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, Göttingen 2015, S. 233.

³⁵⁶ Ebd., S. 233.

Bereits einen Tag später konnte Genscher einer Vorlage vom Referat 201 des Auswärtigen Amts entnehmen, dass die Stationierung von mehr als 300.000 sowjetischen Soldaten in der DDR nicht mehr zeitgemäß sei. „Der Umfang der in der DDR stationierten ‚Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte‘ (ca. 383.000 Mann) übersteigt heute nicht mehr denn je die legitimen Sicherheitsinteressen der SU, sondern – insoweit einzigartig in Europa – auch die Gesamtstärke der Streitkräfte der Nationalen Volksarmee der DDR (180.000).“ Im Vergleich zu den Nachbarländern mit ebenfalls sowjetischen Truppen im Land heißt es weiter: „Gegenüber einer demokratisch legitimierten Regierung der DDR wird die SU den Aufenthalt ihrer Streitkräfte in der DDR ebenso wenig mit sicherheitspolitischen Erwägungen rechtfertigen können wie gegenüber der ČSSR, Ungarn und Polen. Angesichts der angekündigten Bereitschaft des Atlantischen Bündnisses zu weiteren Truppenreduzierungen [...], insbesondere auch in Deutschland, besteht heute mehr denn je Anlaß für einen Abzug des in der DDR stationierten sowjetischen Bedrohungspotentials.“³⁵⁷ Somit kann bereits für den Beginn des Jahres 1990 – drei Monate nach dem Fall der Berliner Mauer – festgehalten werden, dass zumindest in Teilen des Auswärtigen Amts Zuversicht darüber herrschte, dass sowjetische Truppen nur noch zeitlich begrenzt in Deutschland stationiert bleiben würden. Dieser Zuversicht schloss sich Genscher nur zögerlich an, indem er beispielsweise am 11. Februar 1990 gegenüber dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse einräumte, dass eine „Vereinbarung einer Möglichkeit, eine gewisse Zahl sowjetischer Truppen vorübergehend im östlichen Teil Deutschlands zu lassen“, wichtig sei.³⁵⁸ In einem Gespräch mit der britischen Premierministerin Magret Thatcher am 14. Februar 1990 hielt Genscher wiederum „eine weitere Stationierung sowjetische Truppen auf dem Gebiet der DDR für möglich und wies zugleich auf die Wünsche Ungarns und der ČSSR im Gegensatz zu Polen nach vollständigem sowjetischen Truppenrückzug hin.“³⁵⁹ Diese Aussagen vom Februar 1990 deuten eine eher lavierende Haltung Genschers beim Thema Truppenabzug

³⁵⁷ Vorlage des Referatsleiters 201, Dreher, für Bundesminister Genscher, 07.02.1990, Dokument 46 in: Ebd., S. 224.

³⁵⁸ Gespräch der Außenminister Genscher, Baker, Dumas und Hurd in Ottawa, 11.02.1990, Dokument 49 in: Ebd., S. 258.

³⁵⁹ Gespräch des Bundesministers Genscher mit der britischen Premierministerin Thatcher in London, 14.02.1990, Dokument 51 in: Ebd., S. 268.

an –³⁶⁰ und eine nicht bis ins letzte abgestimmte außenpolitische Haltung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt.

Kohl und Gorbatschow selbst thematisierten bei einem Treffen am 10. Februar 1990 die Frage des Truppenabzugs, wobei zunächst finanzielle Erwägungen im Vordergrund standen. Bange konstatiert, dass Kohl schnell diesen finanzpolitischen Hebel erkannt hätte. Nachdem sich eine Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR angedeutet hatte, sei der sowjetischen Führung klargeworden, dass der Unterhalt für die WGT immer teurer werden würde. „Eine Finanzierung der Westgruppe der Truppen in teuren Valuta, in ‚D-Mark‘, konnte sich die UdSSR zu diesem Zeitpunkt aber unmöglich leisten.“³⁶¹ Vor allem der sowjetische Außenminister Schewardnadse sei im Mai 1990 davon ausgegangen, dass die WGT längerfristig nicht mehr auf deutschem Boden zu halten sei. Infolge dieser Einschätzung beabsichtigte die sowjetische Außenpolitik, den unvermeidbaren Truppenabzug von der Bundesrepublik finanzieren zu lassen, einschließlich des Baus neuer Kasernen und Wohnungen für die zurückkehrenden Truppen.³⁶² Damit waren die anfänglichen Forderungen Gorbatschows, den Truppenabzug an die Bündnisneutralität Deutschlands zu knüpfen oder den Abzug der Truppen der Westalliierten zu erzwingen, aufgegeben wurden. In Folge dessen konnte es für Moskau nur noch darum gehen, die finanzielle Last für die zeitweilige Stationierung und den Truppenabzug zu verringern. Es standen für die Sowjetunion also nicht nur Transportkosten für die Rückführung im Raum, sondern auch soziale und wirtschaftliche Hilfen durch die Bundesrepublik.³⁶³

Die ehemaligen Westmächte und die deutsche Seite einigten sich auf einen „Katalog der Sicherheitsgarantien, den [US-Außenminister] Baker Gorbatschow Mitte Mai [1990] präsentierte.“ Darin war auch eine „Übergangsphase für den Abzug sowjetischer Truppen aus Deutschland“ enthalten.³⁶⁴ Beim Gipfeltreffen Ende Mai/Anfang Juni in den USA stimmte Gorbatschow schließlich auch dem wohl strittigsten Punkt der Verhandlungen um den zukünftigen Status Deutschlands zu: Sowohl die USA als auch die Sowjetunion räumten der Bundesrepublik die freie

³⁶⁰ Vgl.: Küsters, *Der Integrationsfriede*, 2000, S. 836.

³⁶¹ Bange, *Die Sicherheitspolitik Moskaus*, 2016, S. 43.

³⁶² Ebd., S. 46.

³⁶³ Vgl.: Hans Jürgen Küsters, *Die vertragliche Gestaltung der deutschen Einheit*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen*, 15 (2008), S. 367.

³⁶⁴ Ebd., S. 368.

Bündniswahl ein. Damit wurde ein entscheidender Durchbruch erzielt, da sowohl die amerikanische als auch die deutsche Seite auf eine Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO bestanden.³⁶⁵

c. Bilateraler Durchbruch in Moskau

Während des G7-Gipfels vom 9. bis 11. Juli 1990 in Houston, USA, wurde Kohl von Gorbatschow zu weiteren Gesprächen in die Sowjetunion eingeladen.³⁶⁶ Dieses Angebot nahm Kohl dankbar an und zum Anlass, die sowjetische Zusage zur freien Bündniswahl – de facto zur NATO-Zugehörigkeit Deutschlands – von Gorbatschow persönlich bestätigt zu bekommen.³⁶⁷ Die Gespräche begannen am 15. Juli 1990 in Moskau, wobei der Truppenabzug neben der NATO-Mitgliedschaft und der Obergrenze für deutsche Streitkräfte³⁶⁸ die wesentlichen Punkte waren, worüber Kohl Einigung mit Gorbatschow erzielen wollte.³⁶⁹ Am Vier-Augen-Gespräch im Moskauer Gästehaus des Sowjetischen Außenministeriums nehmen neben Gorbatschow und Kohl deren außenpolitische Berater Anatolij Tschernajew und Horst Teltschik teil. Neben vielen wesentlichen Themen aus den vorherigen Zwei-plus-Vier Verhandlungen erinnert sich Teltschik, dass Gorbatschow den Abzug angesprochen hat, als es um Fragen der Bündniszugehörigkeit Deutschlands ging:

„Gorbatschow wendet sich jetzt den Zwei-plus-Vier-Themen zu. Er gehe davon aus, daß das geeinte Deutschland in den Grenzen der Bundesrepublik, der DDR und Berlins gebildet werde. Als zweiten Punkt spricht er den Verzicht Deutschlands auf ABC-Waffen an. Er wisse, daß das die Position des Kanzlers sei. Die militärischen Strukturen der NATO, so fährt er fort, dürften nicht auf das DDR-Territorium ausgedehnt werden. Für die Präsenz der sowjetischen Truppen müsse eine

³⁶⁵ Ebd., S. 368f. Zum Gipfeltreffen in Washington und die Rolle der NATO-Frage siehe auch: von Plato, *Die Wiedervereinigung Deutschlands*, 2002, S. 345–356; Küsters, *Der Integrationsfriede*, 2000, S. 842–846.

³⁶⁶ Teltschik, *329 Tage*, 1991, S. 310.

³⁶⁷ von Plato, *Die Wiedervereinigung Deutschlands*, 2002, S. 375f.

³⁶⁸ Die Obergrenze für die Bundeswehr war zuvor ein Streitpunkt zwischen BMVg (Stoltenberg) und Auswärtigem Amt (Genscher). Genscher hätte 280.000 Mann für zumutbar für Gorbatschow gehalten, während Stoltenberg 395.000 aktive Soldaten vorschlug. Siehe: Küsters, *Der Integrationsfriede*, 2000, S. 848; Teltschik, *329 Tage*, 1991, S. 293–296; Weidenfeld, *Außenpolitik für die deutsche Einheit*, 1998, S. 255–263 Auf dem Flug nach Moskau am 14. Juli 1990 eskaliert der Streit um die Obergrenze zwischen Kohl und Genscher. Siehe: Teltschik, *329 Tage*, 1991, S. 317f.

³⁶⁹ von Plato, *Die Wiedervereinigung Deutschlands*, 2002, S. 376.

Übergangsregelung vereinbart werden. Als letztes spricht sich Gorbatschow dafür aus, die Viermächterechte abzulösen.³⁷⁰

Diese Konzessionen Gorbatschows an die deutsche Seite nennt Teltschik in seinem Buch nicht ohne Grund das „Wunder von Moskau“,³⁷¹ bedeuteten sie doch eine der vielleicht wichtigsten Weichenstellungen für die Wiedervereinigung Deutschlands – und den Abzug der sowjetischen Truppen.³⁷² „So klare Zusagen Gorbatschows hatten wir nicht erwartet. Alle Vorzeichen waren zwar positiv, doch wer hätte ein solches Ergebnis voraussagen wollen?“³⁷³ Hinsichtlich des Truppenabzugs schildert Teltschik, dass Gorbatschow bei jenem Gespräch in Moskau einen „separaten Vertrag über den Aufenthalt sowjetischer Truppen für die Dauer von drei bis vier Jahren auf dem bisherigen DDR-Territorium“ einforderte.³⁷⁴ Von Plato rekonstruiert auf Grundlage der Erinnerungen Teltschiks und russischer Protokolle, dass Gorbatschow die Frage des Truppenabzugs gesondert betrachten wollte: „Gorbatschow schlug daher vor, die Frage des weiteren Verbleibes sowjetischer Truppen aus dem Gesamtkomplex herauszunehmen, damit sie separat gelöst werden könne. Dadurch solle die Herstellung der vollen Souveränität Deutschlands möglich werden, ohne dass die Frage der Truppenpräsenz störend wirke. Sonst würden die sowjetischen Truppen als Besatzungstruppen bleiben (und so empfunden werden, wie er es im sowjetischen Protokoll meinte).“³⁷⁵ Damit dürfte Gorbatschow sicherlich das Ziel verbunden haben, dass zwar der Abzug als solches im Zwei-plus-Vier-Abkommen festgelegt würde, die Details und insbesondere die finanziellen Aspekte jedoch bilateral zwischen Moskau und Bonn verhandelt würden. Somit hätten sich die Westmächte auf die Modalitäten des Abzugs nicht mehr auswirken können. Aber auch Kohl plädierte für eine bilaterale Behandlung des Abzugs auf Grundlage eines separaten Vertrags, losgelöst von Besatzungsrechten. Dadurch sei der Abzug für Kohl leichter durchsetzbar, wofür Gorbatschow Verständnis bekundet hätte. Auch die Dauer von drei bis vier Jahren sei für Kohl kein Problem gewesen. Gleichsam bot der Bundeskanzler Unterstützung bei der Errichtung von Wohnungen und Umschulungsprogrammen

³⁷⁰ Teltschik, 329 Tage, 1991, S. 323.

³⁷¹ Ebd., S. 313.

³⁷² Vgl.: Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 535.

³⁷³ Teltschik, 329 Tage, 1991, S. 324.

³⁷⁴ Ebd., S. 324.

³⁷⁵ von Plato, Die Wiedervereinigung Deutschlands, 2002, S. 379.

für ausscheidende Soldaten an. Zudem betonte Kohl immer wieder die möglichen negativen Folgen für den Fall, dass der Abzug zu lange dauern würde. „Gorbatschow solle die bevorstehenden Veränderungen in der DDR und die darauf folgenden Reaktionen seiner Soldaten berücksichtigen, spielte der Kanzler auf die erwarteten ökonomischen Veränderungen in Ostdeutschland an.“³⁷⁶

d. Deutsche Sorgen um inneren Zustand der WGT

Weidenfeld konkretisiert diese Sorge des Kanzlers und verweist dabei auf die mögliche Rolle des BND, ohne den Dienst jedoch explizit zu nennen: „In Bonn war die Lage der sowjetischen Streitkräfte in der DDR aufmerksam verfolgt wurden. So wurde Ende Juni [1990] einerseits eine zunehmend negative Einstellung von Teilen der DDR-Bevölkerung gegenüber den sowjetischen Truppen sowie andererseits eine immer schlechtere Stimmung innerhalb der Westgruppe festgestellt.“³⁷⁷ Für diese Feststellung war normalerweise der BND zuständig, was jedoch nicht ausschließt, das während des Zwei-plus-Vier-Prozesses das Bundeskanzleramt über zusätzliche Informationsquellen für die Lage in der DDR und speziell innerhalb der WGT verfügte. Die sogenannte wehrpsychologischen Lage der WGT, ein genuines Themenfeld der militärischen Auslandsaufklärung des BND, gewann indes an politischer Relevanz.

Unmittelbar vor der Moskaureise meldete die Militärauswertung des BND weitere Hinweise auf „militärisches Disengagement Moskaus in der DDR“. Wie dem Wochenbericht vom 11. Juli 1990 hervorgeht, bereiteten „einem glaubwürdigen Hinweis zufolge [...] die sowjetischen Militärberater bei der NVA derzeit ihren Abzug aus der DDR vor.“ Der BND bewerte dies als eine erwartete Maßnahme im Rahmen der Veränderungsprozesse im Warschauer Pakt, wonach den Mitgliedstaaten mehr Eigenständigkeit eingeräumt werden sollte.³⁷⁸ Auf Truppenführungsprobleme in der WGT wies die Militärauswertung des BND bereits im Mai 1990 hin. So seien den sowjetischen Wehrpflichtigen die gesellschaftspolitischen Veränderungen in der DDR nicht verborgen geblieben. Eine größere staatliche Freizügigkeit hätte die Protesthaltung der Soldaten gegenüber ihren Vorgesetzten erhöht. Auch das Offizierkorps sei zunehmend mit

³⁷⁶ Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 542.

³⁷⁷ Ebd., S. 832, hier Fußnote 19.

³⁷⁸ BArch, B 206/382: BND 33B, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 27/90, 11.07.1990, S. A2.

Existenzängsten konfrontiert sowie mit dem steigenden Unmut der DDR-Bevölkerung. Auch urteilen die Militärauswerter:

„Perestrojka in den Streitkräften‘, vor allem eine größere Freizügigkeit und mehr Rechtssicherheit für die Wehrpflichtigen, bleiben damit auf der Strecke. [...] Alkoholprobleme, Resignation bzw. Überreaktion in der Menschenführung durch die Truppenoffiziere nehmen ebenso zu, wie die allgemeine Korruption sowie der Verkauf von Waffen [...] Dieses Erscheinungsbild der SoA [Sowjetischen Streitkräfte] verstärkt das Protestverhalten der DDR-Bevölkerung und mündet im Kreislauf der sich aufstauenden Frustration bzw. der drohenden Gefahr einer Überreaktion der SoA-Offiziere.“³⁷⁹

Der BND bewertete die sinkende Disziplin und die sich verschlechternde wehrpsychologische Lage der WGT nicht explizit als Gefahr für den politischen Prozess oder die Lage in der DDR, vermittelte aber einen Monat vor den Gesprächen in Moskau zwischen Kohl und Gorbatschow ein bedenkliches Bild vom Zustand der WGT. Auch im darauffolgenden Wochenbericht meldete der BND, dass die baltischen Autonomiebestrebungen Auswirkungen auf das innere Gefüge der WGT gehabt hätten. Selbst eine Auseinandersetzung in der Armeeführung schloss der BND nicht mehr aus und verwies erneut auf Defizite bei der Truppenführung in der WGT.³⁸⁰

Auch das ANBw beurteile – vornehmlich auf Grundlage des Meldeaufkommens des BND zwischen Mai und Juli 1990 – die innere Lage in der WGT. Diese sei gekennzeichnet durch Verunsicherung des Berufskaders, Disziplinlosigkeit und steigende Kriminalität bei den Wehrpflichtigen. Dies zeige deutlich die Unsicherheit der militärischen Führung, auf die Veränderungen im Umfeld und in der Sowjetgesellschaft zu reagieren. Um dem entgegenzuwirken, sei es notwendig, die sowjetischen Streitkräfte den gesellschaftlichen Reformen anzupassen.³⁸¹ Eine Handlungsoption für die deutsche Seite konnte auch das ANBw nicht anbieten.

³⁷⁹ BArch, B 206/381: BND 33B, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht 18/90, 09.05.1990, S. A11-A12.

³⁸⁰ BArch, B 206/381: BND 33B, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht 19/90, 16.05.1990, S. A8-A9.

³⁸¹ BArch, MA, BW 40/150: ANBw, Abt. II (Streitkräfte), Dezernat 3, G2/A2-Kurzinformation Ost Nr. 07/90, Information zur Inneren Lage in der West-Gruppe der sowjetischen Truppen (WGT), 01.08.1990, S. 2 u. 9.

Ein weiterer Aspekt, den der BND genauer betrachtete, war das Verhältnis der DDR-Bevölkerung zur WGT. Im Wochenbericht von Anfang Juni 1990 meldete die Militärauswertung des BND „Anzeichen für zunehmende Protestdemonstrationen seitens der Bevölkerung gegen in der DDR dislozierte Truppenteile der Sowjetarmee (WGT)“ und nannte dabei auch konkrete Aktionen wie etwa in Jena, Cottbus oder Saalfeld. Zwar waren nach Erkenntnis des BND WGT-Angehörige aufgefordert worden, jedweder Provokation aus dem Wege gehen, die WGT-Führung hätte aber auch präventiv Vorkehrungen getroffen, „um möglichen Übergriffen von aufgebrachten Bevölkerungsteilen entgegenwirken zu können.“³⁸² Diese Meldung wurde nicht der Kategorie „Wehrpsychologische Lage“, sondern „Innere Sicherheitslage“ zugeordnet und zeigt, dass der BND diese Entwicklung als Sicherheitsrisiko betrachtete. Hinsichtlich der wehrpsychologischen Lage sprach der BND im selben Bericht vom Anfang Juni bereits von „Offenbar gravierende[n] Mängel[n] des inneren Zustandes der WGT [...]“.³⁸³ FÜ S II 3 meldete im Oktober 1990, dass Demonstrationen größeren Ausmaßes gegen die WGT und für ihren Abzug keine Seltenheit mehr seien. „Diese offen gezeigte ablehnende Haltung der Bevölkerung trifft das Selbstverständnis der sowjetischen Offiziere.“ Der sich schnell vollzogene Einigungsprozess ließe bisher latente Ablehnung der Bevölkerung gegen die WGT nun offen zutage treten. FÜ S II 3 prognostizierte, „daß aufgrund der lange angestauten Gefühle die Kundgebungen von Mißfallen und Antipathie in nächster Zukunft noch an Stärke zunehmen wird [sic!].“³⁸⁴

Satjukow stellt dagegen heraus, dass die Stimmung in der DDR 1990 gegen die WGT gar nicht so negativ gewesen sei, wie von der zeitgenössischen Medienberichterstattung mehrheitlich dargestellt. So 1990 gaben bei einer Umfrage 94,1% der befragten Ostdeutschen an, sich im Alltag nicht durch die Anwesenheit sowjetischer Soldaten gestört zu fühlen.³⁸⁵ Es bleibt daher zu hinterfragen, inwieweit hier der BND tatsächlich in der Lage war, ein realistisches Stimmungsbild aufzunehmen und zu beurteilen. Die Militärauswertung des BND

³⁸² BArch, B 206/381: BND 33B, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht 22/90, 07.05.1990, S. A30-A31.

³⁸³ BArch, B 206/381: Ebd., S. A32-A33.

³⁸⁴ BArch, MA, BW 2/25755: FÜ S II 3, Die Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte (WGT), Hintergrundinformationen, 08.10.1990, S. 11.

³⁸⁵ Satjukow, Besatzer, 2008, S. 331f.

wies im Mai und Juni 1990 mehrfach auf die Verschlechterung des inneren Zustandes der WGT und den zunehmenden Unmut in der DDR-Bevölkerung über die Truppenpräsenz hin. Es ist daher zu vermuten, dass diese nachrichtendienstlichen Einschätzungen mindestens in der für den BND zuständigen Abteilung 6 im Bundeskanzleramt zur Kenntnis genommen und an den Kanzler oder an seinen außenpolitischen Berater Teltschik weitergegeben wurden. Sollte diese Vermutung zutreffen, dürfte das Wissen des BND um die Schwierigkeiten in der WGT mit dazu beigetragen haben, dem Bundeskanzler ein wichtiges Argument für eine zügige Rückführung der sowjetischen Truppen zu liefern. Diese offensichtlichen Probleme hätte Gorbatschow kaum leugnen können.

Gorbatschows Zusagen zum vollständigen Truppenabzug im Sommer 1990 sind nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund eines Militärapparats zu bewerten, der nicht geschlossen hinter dem außenpolitischen Kurs von Gorbatschow und Schewardnadse stand. Insbesondere nach dem XXVIII. Parteitag der KPdSU im Juli 1990, unmittelbar vor den deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau und Archys, wurde der Unmut der Militärführung teils offen artikuliert.³⁸⁶ Während Gorbatschow mit Kohl in Moskau um die Zukunft der sowjetischen Truppenpräsenz in Deutschland und die für die Sowjetunion hochsensible Frage der deutschen Bündniszugehörigkeit verhandelte, sah er sich zugleich der Forderung seines Militärs ausgesetzt, die militärische Präsenz in Deutschland nicht leichtfertig aufzugeben – wie zuvor in Ungarn oder der ČSSR.³⁸⁷ Das sowjetische Verteidigungsministerium mahnte unmittelbar vor den Gesprächen in Moskau und Archys, die zukünftige Rolle der sowjetischen Truppen in Deutschland anders zu bewerten und die Fehler bei den Verhandlungen zum Truppenabzug aus Ungarn und der ČSSR nicht zu wiederholen. So betrachtet das sowjetische Verteidigungsministerium in einem Schreiben an das sowjetische Außenministerium vom 12. Juli 1990 die WGT nach wie vor als wichtigen stabilisierenden Faktor für die sicherheitspolitische Architektur Europas:

³⁸⁶ Hans-Henning Schröder, Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen »Stagnation« und »Perestroika«. Eine Untersuchung der Wechselbeziehung von auswärtiger Politik und innerem Wandel in der UdSSR (1979-1991), Baden-Baden 1995 (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 25), S. 516; Küsters, Der Integrationsfriede, 2000, S. 848.

³⁸⁷ Der Vertrag zum vollständigen Abzug der Südgruppe der Truppen (sowjetische Streitkräfte in Ungarn) wurde am 10.03.1990 und der Zentralgruppe der Truppen (sowjetische Streitkräfte in der ČSSR) im April 1990 vereinbart.

„Die Präsenz sowjetischer Truppen auf deutschem Gebiet muss von der Position betrachtet werden, dass sie als Garant für den Frieden und die Sicherheit in Europa da sind, damit ein mögliches Wiederaufflammen der nazistischen politischen Ideologie und der Ausbruch von vom deutschen Gebiet ausgehenden Kriegen jeglicher Art und Größe auf dem europäischen Kontinent verhindert werden kann.“³⁸⁸

Es verwundert daher nicht, dass auch am zweiten Verhandlungstag im Kaukasus der Truppenabzug erneut auf der Tagesordnung stand. Für beide Seiten ging es dabei um viel, wobei Gorbatschow den Unmut seines Militärs stets vor Augen gehabt haben und Kohl sich darüber im Klaren gewesen sein dürfte, dass nur ein zügiger Abzug innerhalb weniger Jahre innen- wie außenpolitisch vertretbar sein würde. Insofern ging es zum Beginn der zweiten Gesprächsrunde am 16. Juli 1990 weniger um die Frage ob, sondern wann und wie die WGT abziehen würde.

e. „Das Wunder vom Kaukasus“

Nach den erfolgreichen Gesprächen in Moskau verlegte die deutsch-sowjetische Delegation am Abend des 15. Juli 1990 ins kaukasische Archys.³⁸⁹ Der darauffolgende Tag erhielt aufgrund der vielen anwesenden Journalisten und der anschließenden Pressekonferenz eine enorme mediale Aufmerksamkeit. Dabei sind bereits am Vortag in Moskau wesentliche Kompromisse erreicht wurden.³⁹⁰ So wurde der kleine kaukasische Ort Archys zum Schauplatz des diplomatischen Ringens um die Zukunft Deutschlands.

Gerade aber beim Thema Truppenabzug zeigte sich, dass es bei diplomatischen Verhandlungen auf Details ankommen kann. Gorbatschow betonte, nachdem Kohl über Souveränität und Bündniswahl sprach, dass der Aufenthalt sowjetischer Truppen eines der wichtigsten Punkte sei. Dies vertraglich zu regeln stünde auch in Verbindung mit der Zusage, die NATO-Strukturen während der Anwesenheit sowjetischer Truppen nicht nach Osten auszudehnen, womit damals

³⁸⁸ Vorschläge des sowjetischen Verteidigungsministeriums zur sowjetischen Truppenpräsenz in Deutschland, 12.07.1990, Dokument 31 in: Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990, hrsg. von Stefan Karner, Mark Kramer, Peter Ruggenthaler und Manfred Wilke, Berlin 2015, S. 304.

³⁸⁹ Zum Ort der Verhandlung selbst siehe: In Strickjacke und Pullover. Reise nach Archyz, hrsg. von Christina Callori-Gehlsen und Karl Diefenbach, Frankfurt am Main 2015.

³⁹⁰ Weidenfeld spricht gar vom „entscheidenden politischen Durchbruch im Vereinigungsprozeß“ am 15.07.1990 in Moskau. Siehe: Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 558.

Ostdeutschland gemeint war.³⁹¹ Abwechselnd wurden weitere Positionen vorgetragen und die Zustimmung der Gegenseite erzielt. Dies setzte sich fort, bis es erneut um die Frage der sowjetischen Truppenpräsenz ging. Kohl fragte konkret nach, wie lange und in welchem Umfang sowjetische Soldaten in Ostdeutschland stationiert sein würden. Gorbatschow habe daraufhin vorgeschlagen, in einem Zeitraum von fünf bis sieben Jahren 195.000 Mann abzuziehen – zur Überraschung der deutschen Seite. Kohl verwies auf die Absprachen vom Vortag, den Abzug in drei bis vier Jahren zum Abschluss zu bringen und dies mit finanziellen Hilfen zu begleiten. Dies hielt man in Bonn für realistisch. Kohl verwies erneut auf die veränderte Umwelt, die die sowjetischen Soldaten erleben würden, weshalb er dringend zu einem in drei Jahren abgeschlossenen Truppenabzug geraten habe. „Er [Kohl] werde sich allerdings nicht dafür verkämpfen, ob es dann letztlich drei oder vier Jahre seien.“³⁹² Letztlich lenkte Gorbatschow ein und stimmte dem Abzug der WGT bis Ende 1994 zu.³⁹³ Dies dürfte Gorbatschows letzter Versuch gewesen sein, die sowjetische Truppenpräsenz in Deutschland als Hebel für deutsche Unterstützungen finanzieller Art zu nutzen. Nachdem Gorbatschow zustimmte, war das Ende der WGT so gut wie besiegelt.

Beide Seiten sprachen sich für zwei Verträge aus: Zum einen sollte ein Aufenthalts- und Abzugsvertrag (AAV) die Modalitäten des Abzugs regeln. Zum anderen diente der sogenannte Überleitvertrag dem Auffangen der durch die Währungsunion entstandenen Mehrkosten für die Sowjetunion, ohne dass dabei jedoch der Eindruck nach außen entstehen sollte, dass die souveräne Bundesrepublik dadurch Stationierungskosten übernehmen würde. Die Vermeidung dieses Eindrucks war der deutschen Seite sehr wichtig, wie aus den Schilderungen der Gespräche von Archys hervorgeht.³⁹⁴

Neben den letzten Fragen zur Bündniszugehörigkeit Deutschlands und der Obergrenze für deutsche Streitkräfte stehen die Gespräche von Archys vom 16. Juli 1990 für die Einigung zwischen Gorbatschow und Kohl auf den Abzug der WGT bis Ende 1994. Darüber hinaus wurde der vertragliche Rahmen für den Abzug festgelegt. Für die bilaterale Dimension des Zwei-plus-vier-Prozesses ist diese

³⁹¹ Teltschik, 329 Tage, 1991, S. 334.

³⁹² Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 553.

³⁹³ Ebd., S. 553. Vgl.: Teltschik, 329 Tage, 1991, S. 336.

³⁹⁴ Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 555; Teltschik, 329 Tage, 1991, S. 337.

Einigung von größter Bedeutung: Ohne Abschluss eines Friedensvertrags und ohne permanente Einbindung der Westmächte in die Gespräche – gleichwohl mit deren Wohlwollen – verständigten sich die beiden Staatsführer auf das Ende einer fast 50-jährigen Truppenstationierung, einem unmittelbaren Resultat aus dem Zweiten Weltkrieg. Auch wenn die WGT als politisches Faustpfand seit Beginn des Zwei-plus-Vier-Prozesses wieder an Wert für die sowjetische Seite gewonnen hatte, war eine wie von Gorbatschow vorgeschlagene siebenjährige Abzugsphase unrealistisch und muss als Versuch gedeutet werden, der deutschen Seite möglichst viel Unterstützungsleistungen abzuverlangen.³⁹⁵ Hierzu war die deutsche Seite ohnehin bereit, wenngleich weder in Moskau noch in Archys klar gewesen sein dürfte, wie hoch die finanzielle Belastung für Bonn werden würde.

f. Militärische und nachrichtendienstliche Vorbereitungen des Abzugs

Einen Monat vor den Gesprächen in der Sowjetunion, am 16. Juni 1990, ließ das Finanzministerium mündlich beim Verkehrsministerium anfragen, mit welchen Transportkosten für den Truppenabzug zu rechnen sei. Mit der Anfrage wurde sodann auch die Stabsabteilung V im Führungsstab des BMVg, Fü S V beauftragt.³⁹⁶ In einem ersten Überschlag kalkulierte das Verkehrsministerium 960 Millionen DM – wobei diese Schätzung schon sehr präzise war, wie sich später herausstellen sollte. Diese Schätzung wurde am 17. August 1990 an den Bundesminister der Finanzen zurückgemeldet. Als Berechnungsgrundlagen dienten letztlich Erkenntnisse aus dem militärischen Nachrichtenwesen der Bundeswehr und der militärischen Auslandsaufklärung des BND. Vor allem die Ermittlung der Kosten des Materialabtransports, hier vor allem der Munition (1.100 Züge), Betriebsstoffe (1.300 Züge) und Ausrüstungsgegenstände (3.000 Züge), erfolgte durch Zuarbeit des BND. Für die 17.500 Ketten- und 90.000 Radfahrzeuge wurden allein 2.500 Güterwagen berechnet.³⁹⁷ Derartige Daten über die WGT wurden außerhalb militärischer und nachrichtendienstlicher Kreise nicht geführt, zumal bis zur Planung des Abzugs dazu auch keine Notwendigkeit bestand.

³⁹⁵ Vgl.: Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 560.

³⁹⁶ Zeitzeugengespräch mit Oberstleutnant a.D. Detlef Duchâteau, Fü S V 5, Verbindungsoffizier beim Verkehrsministerium, am 12.09.2017.

³⁹⁷ BArch, MA, BW 2/2570: Vorbereitungen des Abzuges der sowjet. Streitkräfte aus Deutschland (Aufenthalts und Abzugsverträge), Juli-September 1990, Bd. I, hier: Schreiben Bundesministeriums an Bundesfinanzministerium, 17.08.1990.

Der Bundesnachrichtendienst erarbeitete Einschätzungen zur Dauer des Truppenabzugs, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Verhandlungsergebnissen von Moskau und Archys standen. Die Studie des Referats 33G (Warschauer Pakt, Transport und Verkehr) der Militärauswertung³⁹⁸ ist auf den 26. Juli 1990 datiert, nur zehn Tage nach den Verhandlungen in Moskau und Archys. Die Daten, insbesondere die Angaben zum Umfang der Truppen und des logistischen Aufwands, entstammen BND-internen Ausarbeitungen und der NATO.³⁹⁹ Die Zahlenangaben decken sich mit denen des Verkehrsministeriums vom August 1990. Drei Szenarien entwickelten die Militärauswerter des BND: Bei einem angenommenen schnellstmöglichen Abzug aus transporttechnischer Sicht würden lediglich 300 Tage oder knapp 10 Monate angesetzt werden. Als frühester Abzugsbeginn erschien Pullach der 1. Januar 1991 als möglicher Termin.⁴⁰⁰ Ein Abzug unter wünschenswerten Bedingungen aus sowjetischer Sicht würde erst am 1. Juli 1991 beginnen und sich bis Mitte August 1994 erstrecken.⁴⁰¹ Im dritten Szenario, dem Abzug unter zumutbaren Bedingungen, würden 565 Tage veranschlagt, also gut eineinhalb Jahre.⁴⁰² Dabei vermochte der BND sogar noch ein Verkürzungspotenzial von 112 Tagen zu erkennen.⁴⁰³ Die Studie kommt letztlich zu der Einschätzung, dass eine Abzugsdauer von weniger als einem Jahr unwahrscheinlich sei. „Ein aus Sicht der UdSSR möglichst günstiger Abzug nimmt drei Jahre in Anspruch [...] Bei dieser Form sind keinerlei Behinderungen des Wirtschaftsverkehrs zu erwarten; zudem bringt sie genügend Zeit zur Überwindung zeitweise vorhandener Schwierigkeiten (z.B. bei der Unterbringung von Soldaten und ihren Familien).“ Der BND erwartete: „Diese Abzugsform dürfte von der UdSSR angeboten werden“. Aus Sicht der Bundesrepublik könne ein Zeitbedarf von 15 Monaten verlangt werden, wobei die Lösung sozialer Fragen dabei angemessen erscheine.⁴⁰⁴ Im Juli 1990 waren die BND-Militärauswerter noch

³⁹⁸ BND, Unterabteilung 3 – Auswertung Militär, Referat 33G: u.a. Transport und Verkehr. Siehe: Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 58.

³⁹⁹ Die Studie nennt als Quellen: 1) MC 200/90 Warsaw Pact Forces' Logistics (kommentiert mit: „Neuausgabe alle zwei Jahre unter maßgeblicher deutscher Mitarbeit“), 2) SHAPE Rail Study 89 („Neuausgabe jährlich unter maßgeblicher deutscher Mitarbeit“), 3) Militärischer Lagebericht Ost 1989. Siehe: BArch, MA, BW 2/23148: BND, 33G, Abzug der WGT in die UdSSR, Stand 07/90, 26.07.1990, S. 6.

⁴⁰⁰ BArch, MA, BW 2/23148: BND, 33G, Abzug der WGT, a.a.O. S. 17.

⁴⁰¹ Ebd., S. 18.

⁴⁰² Ebd.

⁴⁰³ Ebd., S. 19.

⁴⁰⁴ Ebd., S. 22.

zuversichtlich, den in Archys ausgehandelten Abschluss des Abzugs nicht voll bis Ende 1994 ausreizen zu müssen. Ansonsten gelang dem BND mit dem ersten Szenario, also jenem unter wünschenswerten Bedingungen aus sowjetischer Sicht, eine exakte Prognose.

Die deutsche Seite hatte ein starkes Interesse daran, den Verlauf des Abzugs nach militärischen Gesichtspunkten mitzubestimmen, wie ein Dokument von Fü S II zeigt. Es enthält konkrete Vorstellungen zum sicherheitspolitischen Rahmen des Abzugs aus Sicht des BMVg. Basierend auf der Forderung der Stabsabteilung Politik, Fü S III, vom 2. August 1990 nach einem Abzugsplan mit Regelungen zum zeitlichen Ablauf, sollte dieser Plan aus Sicht Fü S II „den sofortigen, vollständigen und unkonditionierten Abzug der WGT erfordern.“ Dies würde durch die sicherheitspolitischen Interessen, die uneingeschränkte Souveränität sowie operative Gesichtspunkte eines geeinten Deutschlands begründet.⁴⁰⁵ Fü S II 3 stellt dabei auch taktisch-operative Forderungen heraus, die das Sicherheitsdenken des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr widerspiegeln. Demnach sei „Für die Offensive besonders geeignetes Großgerät [...] prioritär abziehen: Nukleare Systeme, Luftangriffs-/Luftverteidigungsverbände, gepanzerte Kräfte (Großverbände), Kampfhubschrauber. Westlich und im Großraum Berlin dislozierte Verbände sind vorrangig abziehen.“⁴⁰⁶ Damit sollte der WGT so früh wie möglich ihre operative Schlagkraft genommen werden, sodass sie für die Bundeswehr und NATO keine militärische Bedrohung mehr darstellen würde. Insbesondere im ersten Halbjahr sollten nuklearfähige Boden-Boden-Systeme einschließlich ihrer Munition Deutschland verlassen. Der Abzug der 7. (Roßlau) und 12. Gardepanzerdivision (Neuruppin), die im Rahmen der unilateralen Truppenreduzierung bereits im Begriff waren, abziehen, sollte prioritär erfolgen. „Zudem wird [mit dem Abzug dieser Divisionen, d.Verf.] die panzerstärkste, grenznah dislozierte Armee (3. Stoßarmee) in ihrer Stoßkraft frühzeitig entscheidend geschwächt.“⁴⁰⁷ Der Abzugsplan des BMVg „dient zunächst ausschließlich der Entwicklung von Vorstellungen über den möglichen Ablauf des Abzuges der WGT aus der BMVg. Insofern ist er nicht als Verhandlungsgrundlage

⁴⁰⁵ BArch, MA, BW 2/23148: BMVg, Fü S II 3, Abzugsplan WGT aus Sicht BMVg, 08.08.1990, S. 1f.

⁴⁰⁶ Ebd., S. 2f.

⁴⁰⁷ Ebd., S. 5f.

[...] gedacht.“ Vielmehr sei er Hinterkopfwissen der Verhandlungsführer. FÜ S II 3 resümiert: „Kompromisse werden erforderlich sein!“⁴⁰⁸

Beeinflusst von der BND-Studie vom 26. Juli 1990 beauftragte FÜ S III 1 das für Verkehrs- und Transportwesen der Bundeswehr zuständige Referat FÜ S V 5, die sowjetischen Vorstellungen zum Abzug der WGT einzuschätzen. FÜ S V 5 bestätigte, dass nach sowjetischen Berechnungsgrundlagen der Abzug bis 1997 dauern würde. „Die sowjetische Planung von einem Zug pro Tag steht im krassen Widerspruch zur BND-Studie, die 12 Züge pro Tag als realistische Möglichkeit sieht [...]“. FÜ S V 5 griff in seiner Bewertung auch auf die Erfahrungen von NVA-Verkehrsstaboffizieren zurück, die gegenüber den Bundeswehroffizieren eine Abzugsdauer von drei Jahren als realistisch bezeichnet hätten. FÜ S V 5 wies vor dem Hintergrund der Einschätzung des BND und der NVA-Offiziere auf die Umstände hin, dass zunächst noch sowjetische Truppen aus der ČSSR und Ungarn abgezogen würden, dass dadurch die Transportmöglichkeiten innerhalb der Sowjetunion begrenzt seien und soziale Fragen gelöst werden müssten. Obwohl die Stabsabteilung FÜ S V nicht maßgeblich an bilateralen Verhandlungen teilnehmen würde – das lag im Zuständigkeitsbereich von FÜ S III (Militärpolitik) –, gab FÜ S V 5 eine Empfehlung für zukünftige Verhandlungen mit der sowjetischen Seite ab: „Daher sollte bei den Verhandlungen darauf gedrängt werden, daß der Abzug in 3 Jahren bis 1993/94 abgeschlossen werden sollte.“ Gleichzeitig zweifelt es die sowjetische Position an: „Transporttechnische Gründe für einen längeren Abzug können h. E. nicht glaubhaft gemacht werden.“⁴⁰⁹

Pullach erwartete für die Verhandlungen eine mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Deutschen gegenüber der sowjetischen Militärführung. Dies veranlasste den BND zu der Einschätzung, dass die von militärischer Bedrohungspersonen geprägten deutschen Wunschvorstellungen zum Abzugsverlauf nur Theorie bleiben würden. So berichtete die Militärauswertung des BND Ende August 1990 von Überlegungen der obersten sowjetischen Militärführung in Verbindung mit dem geplanten Truppenabzug. Demnach würde die Streitkräfteführung Wert darauflegen, dass „die im nördlichen DDR-Gebiet stationierten Einheiten [der WGT] so lange wie möglich in ihren

⁴⁰⁸ Ebd., S. 12.

⁴⁰⁹ BArch, MA, BW 2/23148: FÜ S V 5 am FÜ S III 1, Abzug der WGT, 28.08.1990, S. 3.

Stationierungsorten verbleiben. Der Abzug soll so geplant werden, daß alle Armeestrukturen möglichst lange kampfbereit bleiben bzw. notfalls schnell wieder zu alter Kampfstärke aufgefüllt werden könnten.“ Zur Möglichkeit der Einflussnahme auf den Abzugsverlauf bewertet der BND: „In der [sowjetischen] Streitkräfteführung wird der Standpunkt vertreten, daß die deutsche Seite zum konkreten Verlauf des Truppenrückzugs zwar Vorschläge machen kann, die aber letztlich nicht verbindlich sein dürften. Die Rückzugsplanung seien eine interne sowjetische Angelegenheit, bei der jenseits aller technischen finanziellen Fragen die Sicherheit der Sowjetunion oberstes Gebot sein müsse.“ Den Analysten erschienen die „in der Meldung angedeuteten Vorstellungen der Obersten Militärischen Führung der Sowjetunion [...] durchaus glaubhaft.“ Gleichzeitig stellten sie einen Widerspruch zur Intention der politischen Führung fest. Denn nach einem weiteren nachrichtendienstlichen Hinweis solle der sowjetische Außenminister beim nächsten Treffen mit dem deutschen Außenminister in Moskau den Vorschlag unterbreiten, den Abzug zu beschleunigen und früher abzuschließen, „wenn die Bundesrepublik Mittel für den Bau von Wohnhäusern für die abziehenden Offiziere und Unteroffiziere nebst ihren Familien zur Verfügung stellt.“ Als weiteren Hinweis, der gegen das Zurücklassen von WGT-Einheiten im Sinne einer Aufrechterhaltung der Kampfbereitschaft spräche, bewerteten die Analysten die Fortsetzung des Truppenabzugs in Neuruppin. Bis zum Frühjahr 1991 würden dort alle Liegenschaft sowohl Land- als auch Luftstreitkräfte vollständig verlassen sein.⁴¹⁰ Dass es sich hierbei allerdings um Abzugsmaßnahmen im Rahmen der unilateralen Abrüstungsinitiative handelte und nicht um den zu erwartenden Truppenabzug im Rahmen noch andauernder Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, blieb von den BND-Analysten an dieser Stelle unerwähnt. Es muss daher angezweifelt werden, ob Neuruppin – trotz umfassender Streitkräftedislozierungen – als Beispiel geeignet schien, um daraus die Absichten der politischen und militärischen Führungen der Sowjetunion abzuleiten. Wichtiger ist aber, dass der BND Ende August in Aussicht stellte, dass vor allem auf politischer Ebene noch Spielraum bei den Abzugsmodalitäten bestehe, also noch

⁴¹⁰ BArch, B 206/382: BND, 33Y, Militärischer Lagebericht OST, Wochenbericht Nr. 34/90, 29.08.1990, A2-4.

eine Restchance bestehe, deutsche sicherheitspolitische Interessen beim Abzug durchzusetzen.

g. Letzte diplomatische Hürden

In Moskau und Archys wurde zwar der Abzug der WGT vereinbart und finanzielle Hilfen für die Sowjetunion in Aussicht gestellt, konkrete Summen wurden jedoch noch nicht festgelegt. Daher wurden die finanziellen Aspekte des Truppenabzugs der WGT erst ab August 1990 zwischen der deutschen und sowjetischen Seite im Detail verhandelt. Bei Konsultationen der beiden Außenminister in Moskau am 17. August 1990 wurden zwar immer noch keine Zahlen genannt, Genscher ging jedoch auf die sozialen Herausforderungen des Abzugs ein, wobei er gleichzeitig mahnte, am Zeitraum von drei bis vier Jahren – wie einen Monat zuvor vereinbart – nicht zu rütteln. Überdies deutete Schewardnadse gegenüber Genscher an, dass aufgrund begrenzter Eisenbahnkapazitäten ein zusätzliches Jahr für den Abtransport benötigt würde.⁴¹¹ Die sowjetische Seite versuchte gegenüber der deutschen, den Abzugszeitraum nun wieder bis auf 1996/1997 auszudehnen.⁴¹² Damit zeichnete sich ein Abrücken von den in Moskau und Archys erzielten Verhandlungsergebnissen ab, wonach der Truppenabzug bis 1994 abzuschließen sei. Am 20. August 1990 beurteilte Fü S II 3 diese Entwicklung wie folgt: „Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß die getroffenen politische Entscheidung in Militärkreisen nachvollzogen wird, wengleich erste Äußerungen der Obersten Militärischen Führung [...] auf Zeitgewinn und ‚Schadensbegrenzung‘ hindeuten (Übergangsfrist vor Abzugsbeginn WGT).“⁴¹³ Bei weiteren Verhandlungen zwischen Vertretern des Bundesfinanzministeriums und des sowjetischen Ministerrats vom 23. bis 24. August 1990 wurde die Dauer des Abzugs – wie schon in vorherigen Verhandlungen – abermals als Hebel genutzt, um die Finanzhilfen Deutschlands für die Sowjetunion zu erhöhen. Daran dürfte auch die sowjetische

⁴¹¹ Auswärtiges Amt, Referat 213, Vermerk des Referatsleiters zu Konsultation zwischen Genscher und Schewardnadse in Moskau am 17.08.1990, 18.08.1990, Dokument 42 in: Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amts zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90, hrsg. von Andreas Hilger, München (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 103), S. 232f.

⁴¹² Siehe hierzu auch: Biermann, Zwischen Kreml und Kanzleramt, 1997, S. 725.

⁴¹³ BArch, MA, BW 2/48086: Fü S II 3, G2/A2-Bericht Ost, Entwicklung der militärpolitischen und militärstrategischen Lage im Warschauer Pakt im ersten Halbjahr 1990 – eine Zwischenbilanz, 20.08.1990, S. 9.

Militärführung Anteil gehabt haben.⁴¹⁴ Sogar ein Aufstand wurde zwischenzeitlich von sowjetischer Seite prophezeit, falls die deutsche Unterstützung für den Abtransport und Wohnungsbau unzureichend bemessen würde.⁴¹⁵

Ein Schreiben vom 28. August 1990 von Fü S V 5, dem für Transportfragen zuständigen Referat, an Fü S III 1, dem Grundsatzreferat Politik, hat das Hinauszögern des Truppenabzugs zum Gegenstand und beurteilt dies vor dem Hintergrund der oben genannten BND-Studie vom August 1990. Demnach hätte die sowjetische Seite erneut gegenüber der deutschen einen Abzug bis Ende 1997 ins Spiel gebracht. Dabei sei von einer viel zu geringen Transportauslastung ausgegangen worden, die im Widerspruch zu den Berechnungen des BND stünde. Selbst die Expertise von NVA-Offizieren wurde zur Einschätzung herangezogen: „Verkehrsstabsoffiziere der NVA haben Fü S V 5 gegenüber eine Abzugsdauer von 3 Jahren als realistisch bezeichnet. Das entspricht auch den in der BND-Studie genannten internen sowjetischen Äußerungen [...]“.⁴¹⁶ Bei den Verhandlungen zum Abzugsvertrag sei ebenfalls versucht worden, den Abzugsbeginn auf das Jahr 1992 vorzuverlegen, was ein Abzugsende im Jahr 1996 bedeutet hätte.⁴¹⁷

Während der Verhandlungen zum Überleitvertrag ging es dann um konkrete Summen, wobei die sowjetische Seite zunächst 18,5 Milliarden DM forderte und die Deutsche 6 Milliarden DM anbot.⁴¹⁸ Am 6. September 1990 kamen die Verhandlungen, an denen Bundesfinanzminister Theo Waigel maßgeblich beteiligt war, zum Stillstand. Erst am 10. September 1990 – zwei Tage vor Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags – einigten sich Kohl und Gorbatschow telefonisch auf eine Summe von 12 Milliarden DM sowie die Aussicht auf einen zinslosen Kredit von 3 Milliarden DM, also eine Gesamtsumme von 15 Milliarden DM, die die Bundesrepublik im Rahmen des Truppenabzugs leisten würde.⁴¹⁹ Angela Fischer

⁴¹⁴ Die sowjetische Generalität könnte dabei Einfluss auf die Verhandlungsführer im Kreml genommen haben, indem sie einen Abzug bis 1994 als nicht durchführbar darstellten. Siehe: von Plato, *Die Wiedervereinigung Deutschlands*, 2002, S. 395.

⁴¹⁵ Küsters, *Der Integrationsfriede*, 2000, S. 874.

⁴¹⁶ BArch, MA, BW 2/23148: BMVg, Fü S V 5 an Fü S III 1, Abzug der WGT, 28.08.1990, S. 2. Das Schreiben von Fü S V 5 an Fü S III 1 zeigt auch, dass der BND-Analyse zum Truppenabzug nicht nur zu Kenntnis genommen wurde, sondern deren Inhalte auch zur ministeriellen Beurteilung verarbeitet wurden.

⁴¹⁷ Ebd., S. 874.

⁴¹⁸ Ritter, Hans-Dietrich Genscher, S. 172f.

⁴¹⁹ Küsters, *Der Integrationsfriede*, 2000, S. 875; Zu den Abzugsverhandlungen August/September 1990 siehe auch: von Plato, *Die Wiedervereinigung Deutschlands*, 2002, S. 394–397; Weidenfeld, *Außenpolitik für die deutsche Einheit*, 1998, S. 581–589.

argumentiert, dass erst durch die umfangreichen finanziellen Zusagen Kohls gegenüber Gorbatschow die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss gebracht werden konnten.⁴²⁰ Bange verweist diesbezüglich auf eine Einschätzung des damaligen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Jürgen Sudhoff, wonach der Abzug „zwar durch eine ‚stattliche‘ Summe erkaufte worden sei, dieses Geld jedoch die sowjetische Armee erst in die Lage versetzt habe, überhaupt in die UdSSR zurückkehren zu können.“⁴²¹ Ohne diese umfangreiche Bereitstellung finanzieller Mittel wäre das innenpolitische Risiko für Gorbatschow zu groß gewesen. Einen vollständigen Truppenabzug bis 1994 hätte sein Militär ohne signifikante deutsche Gegenleistung vermutlich verweigert. Dessen dürften sich auch Kohl, Genscher und Waigel bewusst gewesen sein, für die der Truppenabzug von höchster Priorität war. Ritter argumentiert, dass zweifellos insgesamt kein zu hoher Preis für die „letztlich unbezahlbare Akzeptanz der deutschen Einheit der Sowjetunion“ geleistet worden sei.⁴²² Insofern ist der finanzielle Aspekt für den Verlauf der Verhandlungen maßgeblich gewesen, jedoch mit dem Ergebnis eines wiedervereinigten und souveränen Deutschlands nicht aufzuwiegen.

Bis zum Vertragsschluss am 12. September 1990 gab es zwischen den Beteiligten am Zwei-plus-Vier-Prozess noch letzte Unstimmigkeiten zu lösen. Beim Thema Truppenabzug gab es hingegen keine vertraglich relevanten Kontroversen mehr. Die wesentlichen Fragen des Abzugs waren bilateral zwischen Bonn und Moskau geklärt. Erwähnenswert ist allerdings das Verhalten der britischen und amerikanischen Seite noch am Vorabend des Vertragsschlusses: Der britische Außenminister Hurd und der US-Außenminister Baker zeigten sich über einen Punkt im Vertragsentwurf nicht einverstanden, wonach es sowohl während als auch nach der Präsenz sowjetischer Truppen in Deutschland anderen ausländischen Truppen verboten würde, in das Gebiet der ehemaligen DDR verlegt zu werden oder dort Manöver durchzuführen. Für Hurd und Baker seien damit kleine Manöver mit weniger als 13.000 Soldaten nicht ausgeschlossen gewesen, was jedoch der sowjetischen Position entschieden widersprach. Erst durch Vermittlung von Genscher gelang es, auch in dieser Angelegenheit Konsens zu

⁴²⁰ Fischer, Entscheidungsprozeß zur deutschen Wiedervereinigung, 1996, S. 279. Vgl.: Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 589.

⁴²¹ Bange, Die Sicherheitspolitik Moskaus, 2016, S. 47.

⁴²² Ritter, Hans-Dietrich Genscher, S. 173.

erreichen. Sowohl von Plato als auch Küsters argumentieren, dass dadurch die Vertragsunterzeichnung bis zuletzt noch gefährdet worden sei.⁴²³

Die Ratifizierung des Vertrags erfolgte vom US-Senat am 10. Oktober 1990 und von US-Präsident Bush zwei Tage später, von deutscher Seite am 11. Oktober 1990. Die britische Seite übergab die Ratifikationsurkunde am 16. November 1990, die französische am 17. Januar 1991. Am 4. März 1991 stimmte der Oberste Sowjet dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zu. Der sowjetische Botschafter hinterlegte die Ratifikationsurkunde am 15. März 1991 in Bonn, sodass der Vertrag an diesem Tag – etwa ein halbes Jahr nach seiner Unterzeichnung in Moskau – völkerrechtlich bindend wurde.⁴²⁴

3. Implikationen aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag

a. Aussetzung der Viermächterechte

Am 12. September wurde der Zwei-plus-Vier-Vertrag, genauer gesagt der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“, von allen Verhandlungsparteien in Moskau unterzeichnet.⁴²⁵ Der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen waren damit formell abgeschlossen, jedoch würde sich die Einheit vor der vollständigen Vertragsratifizierung durch Frankreich, die USA, die Sowjetunion und Großbritannien vollziehen. Daher bestand noch Regelungsbedarf hinsichtlich der Frage, wie und wann genau die Viermächterechte erlöschen würden. Die Vier Mächte einigten sich auf eine vorläufige Aussetzung der „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“ ab dem 3. Oktober 1990, sodass die Frage nach der vollständigen Souveränität Deutschlands nicht von der Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrags abhängen würde.⁴²⁶ Die gemeinsame „Erklärung zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten“ verabschiedeten die Außenminister der vier betreffenden Staaten am 1. Oktober 1990 in New York. Somit konnte am 3.

⁴²³ von Plato, Die Wiedervereinigung Deutschlands, 2002, S. 398–401; Küsters, Der Integrationsfriede, 2000, S. 873; Ritter, Hans-Dietrich Genscher, S. 170f; Siehe auch: Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 590–602.

⁴²⁴ Biermann, Zwischen Kreml und Kanzleramt, 1997, S. 757–767; Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 615–620.

⁴²⁵ Die Endfassung des Vertrags wurde gegenüber einem sowjetischen Vertragsentwurf vom 01.09.1990 stark abgespeckt. Siehe: Ritter, Hans-Dietrich Genscher, S. 171 Zum Vertragsentwurf siehe: Sowjetischer Entwurf des „2+4-Vertrags“ vom 1. September 1990. Dokument 43 in: Hilger, Diplomatie für die deutsche Einheit, S. 241–247.

⁴²⁶ Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 615.

Oktober 1990 nicht nur der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und somit die innerstaatliche Dimension der Einheit vollzogen, sondern auch die außen- und sicherheitspolitischen Fragen, die mit der deutschen Teilung seit Ende des Zweiten Weltkriegs verbunden waren, gelöst werden.⁴²⁷

b. Neuer Status Quo?

Die Aussetzung der Viermächterechte war die außen- und sicherheitspolitische Voraussetzung für eine deutsche Wiedervereinigung. Innerstaatliche Fragen werden von diesem völkerrechtlich bindenden Vertrag nicht berührt.⁴²⁸ Diese Zugeständnisse der Vier Mächte waren vor allem militärischer Natur und legten den militärischen und sicherheitspolitischen Status Quo Deutschlands langfristig fest. Eine grundsätzliche Neupositionierung Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft und insbesondere im Bündnisgefüge blieb allerdings aus.⁴²⁹ Während Deutschland in der NATO verblieb und lediglich Auflagen zu Truppenstärke und Ausrüstung zu erfüllen hatte, musste die Sowjetunion ihre größte Streitkräftegruppierung aus Deutschland – parallel zu anderen Gruppierungen in Mittel- und Osteuropa – vollständig abziehen. In militärischer Hinsicht waren die Konsequenzen aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag für die Sowjetunion am gravierendsten, ging damit doch ein Verlust von Einfluss und Macht in Deutschland und Mitteleuropa einher.

c. Auswirkungen für die Westmächte

Weniger gravierend waren die Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags für die drei Westmächte, auch wenn sie, genau wie die Sowjetunion, ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Deutschland als ganzes abzugeben hatten. Zwar wurden die Truppen der US-amerikanischen, französischen und britischen Streitkräfte deutlich reduziert und ihr Rechtsstatus änderte sich grundlegend,⁴³⁰ es erfolgte allerdings kein vollständiger militärischer Rückzug aus Deutschland. Die wesentliche Frage war für Washington, Paris und London jedoch, inwieweit sich

⁴²⁷ Ritter, Hans-Dietrich Genscher, S. 171–173; Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 613–615; Biermann, Zwischen Kreml und Kanzleramt, 1997, S. 712–714.

⁴²⁸ Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wird im sogenannten Einigungsvertrag (genauer: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands) gesetzlich geregelt. Er wurde am 31.08.1990 unterzeichnet und trat am 29.09.1990 in Kraft.

⁴²⁹ Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 622.

⁴³⁰ Auf Grundlage des NATO-Truppen-Status können Streitkräfte der NATO-Mitgliedsländer gegenseitig auf dessen Territorien stationiert werden.

ihre jeweiligen Streitkräfte noch während der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Deutschland oder nach dem Abschluss des Truppenabzugs der WGT auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bewegen dürfen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag regelt diese Frage zwar grundlegend, jedoch bleibt ein Interpretationsspielraum vorhanden. Artikel 5 legt fest, dass bis zum Abschluss des Truppenabzugs „Streitkräfte anderer Staaten auf diesem Gebiet [der ehemaligen DDR und Ostberlins, d.Verf.] nicht stationiert oder irgendwelche andere militärische Tätigkeiten dort ausüben.“ Das bedeutet de facto, dass Streitkräfte der USA, Frankreichs und Großbritanniens nach dem 3. Oktober 1990 das Aufenthaltsgebiet der WGT – also die neuen Bundesländer und Ostberlin – für militärische Zwecke nicht mehr betreten oder befahren durften. Dieses Recht besaßen fortan nur noch sowjetische und deutsche Soldaten, wobei letztere laut Artikel 5 Satz 1 nur Angehörige von territorialen Verteidigungskräften sein durften.⁴³¹ Für die Zeit nach dem Truppenabzug sieht der Vertrag in Artikel 5 Satz 3 vor, dass auch der NATO-zugeordnete deutsche Streitkräfteverbände auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert werden dürfen.⁴³² Der Interpretationsspielraum wird durch der Schlusspassage von Artikel 5, Satz 3, eröffnet: „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“ Die Auslegung des Wortes „verlegt“ wurde in einer vereinbarten Protokollnotiz der deutschen Regierung überlassen,⁴³³ was nach von Plato wie ein provisorischer Fremdkörper in einem solchen Vertrag wirke.⁴³⁴

⁴³¹ Wie zuvor zwischen den Verhandlungspartnern vereinbart, wird kein konkretes Verteidigungsbündnis im Vertragstext genannt. Stattdessen ist allgemein von Bündnisstrukturen die Rede. Artikel 5, Satz 1 definiert die Territorialkräfte, die nicht NATO-designiert sind, wie folgt: „[...] deutsche Verbände der Territorialverteidigung [...] die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet zugeordnet sind.“

⁴³² Artikel 5 Satz 3: „Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind.“

⁴³³ Vereinbarte Protokollnotiz zu dem Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990: „Alle Fragen in bezug auf die Anwendung des Wortes ‚verlegt‘, wie es im letzten Satz von Artikel 5 Abs. 3 gebraucht wird, werden von der Regierung des vereinten Deutschland in einer vernünftigen und verantwortungsbewußten Weise entschieden, wobei sie die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei, wie dies in der Präambel niedergelegt ist, berücksichtigen wird.“

⁴³⁴ von Plato, Die Wiedervereinigung Deutschlands, 2002, S. 403.

Dieser Passus schränkt bis heute die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in militärischen und Bündnisfragen ein. In der Entscheidung zur Aufstellung und Einrichtung multinationaler NATO-Dienststellen ist die Bundesrepublik Deutschland auch zukünftig nicht frei.

Insofern war das Handeln der Streitkräfte der Westmächte während des laufenden Truppenabzugs eindeutig geregelt – und zwar maximal restriktiv. War es nach dem Potsdamer Abkommen von 1945 das Recht der Vier Mächte, unter bestimmten Bedingungen die vier Besatzungszonen zu betreten und sich diesbezüglich untereinander abzustimmen, erloschen am 3. Oktober 1990 diese Rechte und Verantwortlichkeiten der Westmächte auf Ostdeutschland. Dies hatte zur Folge, dass der Abzug der WGT nicht nur diplomatisch zur deutsch-sowjetischen Angelegenheit wurde, sondern auch organisatorisch und in sonstiger militärischer Hinsicht ohne Einbindung der drei Westmächte stattfinden würde. Dadurch veränderten sich die Rahmenbedingungen für das Handeln sowjetischer Truppen in Deutschland grundlegend. In den verbleibenden drei bis vier Jahren würde die Sowjetunion bei Fragen über Stationierung und Abzug nicht mehr *über*, sondern *mit* Deutschland sprechen. Eine sich aus den einstigen Viermächterechten ableitende Notwendigkeit für die Militärführung in Moskau oder das Oberkommando in Wünsdorf, diesbezüglich die vorherigen Westmächte zu konsultieren oder sich gar mit ihnen abzustimmen, entfiel für die sowjetische Seite durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Dies galt gleichermaßen auch für die ehemaligen Westmächte, an deren Stelle die Bundesrepublik Deutschland rückte.

d. Abzug der WGT

Worüber im August 1990 noch immer verhandelt worden war, wurde nun im Vertragstext klar geregelt. Der Artikel 4 des Zwei-plus-Vier-Vertrags ist die völkerrechtlich bindende Grundlage für den Abzug aller sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland. Im Wortlaut heißt es im Absatz 1:

- (1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären, daß das vereinte Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in vertraglicher Form die Bedingungen und die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte regeln werden, der bis zum Ende des Jahres 1994 im Zusammenhang mit

der Verwirklichung der Verpflichtungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, auf die sich Absatz 2 des Artikels 3 dieses Vertrags bezieht [Truppenreduzierung gesamtdeutscher Streitkräfte auf 370.000 Mann], vollzogen sein wird.⁴³⁵

Drei wesentliche Punkte bestimmten die Grundlagen des Truppenabzugs. 1) Der Abzug der WGT sollte bis Ende 1994 beendet sein. 2) Den Abzug sollte ein bilateraler Vertrag regeln. 3) Truppenabzug und die Reduzierung der Bundeswehr sollten parallel verlaufen. Mit Vertragsabschluss wären Nachverhandlungen der sowjetischen Seite über eine Verlängerung der Truppenpräsenz über das 1994 hinaus vertragswidrig gewesen. Es ist nicht bekannt, ob nach dem 12. September 1990 noch einmal ernsthafte Forderungen dieser Art an die deutsche Seite gestellt wurden. Wie die spätere Entwicklung zeigen wird, gelang es sogar, sich bilateral auf eine Vorverlegung des Abschlusses des Abzugs zu einigen. Völkerrechtlich bindend blieb indes der 31. Dezember 1994.

Für die völkerrechtliche Dimension des Zwei-plus-Vier-Vertrags war eine zeitliche Begrenzung der Truppenpräsenz der WGT hinreichend. Weitere Vereinbarungen über die Details des Abzugs waren zwar erforderlich, jedoch nicht mehr Teil des Zwei-plus-Vier-Prozesses.

4. Aufenthalts- und Abzugsvertrag

a. Verhandlungen zum AAV

Nach dem diplomatischen Durchbruch im Kaukasus am 16. Juli 1990 nahmen vor allem Angehörige des BMVg an der Ausgestaltung des Aufenthalts- und Abzugsvertrag (AAV) teil. Da es sich um einen bilateralen Vertrag zwischen der Bundesregierung und der sowjetischen Regierung handelte, blieb zwar dabei das Auswärtige Amt federführend,⁴³⁶ jedoch brachten die am Prozess beteiligten Angehörigen des BMVg die notwendige militärlogistische Expertise für einen solchen Vertrag mit. Somit hatte das BMVg einen wichtigen Anteil an den Konsultationen, insbesondere in Fragen des Militärtransportwesens, der Flugraumregulierungen und Verifikation. Überdies war es so auch möglich, Erkenntnisse und Erfahrungen des ehemaligen Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR und der bis zum 2. Oktober 1990 noch aktiven Angehörigen

⁴³⁵ Zwei-plus-Vier-Vertrag, Artikel 4 Satz 1, vom 12.09.1990.

⁴³⁶ Vgl.: Biermann, Zwischen Kreml und Kanzleramt, 1997, S. 712.

der NVA einzubringen.⁴³⁷ Es deutete sich an, dass die eingespielten Abläufe zwischen der WGT und DDR-Dienststellen den Modus Operandi des Truppenabzugs bestimmen würden.

Bereits am 13. März 1990 bereitete das Auswärtige Amt ein Arbeitspapier vor, das erste Ideen zu einem Abkommen zwischen einem vereinigten Deutschland und der Sowjetunion über die „vorübergehende Stationierung von sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der jetzigen DDR“ entwarf. Dies geschah zu seinem Zeitpunkt, als die Modalitäten des sowjetischen Truppenabzuges noch längst nicht feststanden. Außenminister Genscher hatte dafür eine Unter-Arbeitsgruppe für Völkerrechtliche Fragen der Abteilung 5 des Auswärtigen Amts beauftragt. Am 19. März fand daraufhin eine Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt statt, an dem Vertreter des Bundeskanzleramts sowie der Bundesministerien der Justiz, der Finanzen und der Verteidigung teilnahmen. Eine überarbeitete Fassung ging am 22. März allen beteiligten Stellen zu.⁴³⁸ Das Arbeitspapier griff zwei Möglichkeiten auf: zum einen ein Gesamtvertrag, der sowohl aufenthaltsrechtliche als auch statusrechtliche Fragen behandeln sollte und zum anderen ein Variante, bei der beide Fragen separat geregelt werden sollten. Die Sprache des Papiers ist auffallend direkt und vergleichsweise undiplomatisch. So nahm sich die deutsche Seite heraus, der sowjetischen Seite den Auftrag ihrer Streitkräftegruppierung vorzugeben: „Alleiniger Zweck der Stationierung ist die Abwicklung des durch die deutsche Einigung bedingten vollständigen Abzugs der bisher auf deutschem Boden stationierten sowjetischen Streitkräfte.“ Auch glaubten die Ersteller des Arbeitspapiers, Stärke, Dislozierung sowie Art und Umfang der Bewaffnung der WGT in einer Anlage des Vertrags festlegen zu können.⁴³⁹ Dieser Optimismus könnte durch die parallel laufenden Verhandlungen zum Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) zu erklären sein, der auch eine

⁴³⁷ Zeitzeugengespräch mit General a.D. Rainer Schuwirth am 21.11.2017. Zum Zeitpunkt der Verhandlungen zum AAV war Oberst i.G. Schuwirth eingesetzt als Unterabteilungsleiter FÜ S III 1 (Militärpolitische Grundlagen).

⁴³⁸ ZA BKAm: Unterrichtung des Abteilungsleiters 2 im Bundeskanzleramt, Horst Teltschik, durch Gruppe 23, 22.03.1990.

⁴³⁹ ZA BKAm: Arbeitspapier des Auswärtigen Amts zum Abkommen zwischen einem vereinigten Deutschland und der Sowjetunion über den stufenweisen Abzug der auf dem Gebiet der jetzigen DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte, 20.03.1990.

Offenlegung von Einheiten und Bewaffnung vorsah.⁴⁴⁰ Im Verlauf des Truppenabzugs der WGT zeigte sich später, dass gerade solche Informationen von der sowjetische Seite bis zum Schluss als äußerst sensibel und daher schutzbedürftig beurteilt wurden.

Der Durchbruch im Kaukasus 16. Juli 1990, bei dem ein separater Vertrag für die befristete Truppenstationierung und -abzug vereinbart wurde, lieferte die politische Legitimation für deutsch-sowjetische Verhandlungen zum befristeten Aufenthalt sowjetischer Streitkräfte in Deutschland und deren Abzug, noch bevor der Abzug völkerrechtlich festgelegt wurde. Ein zuvor vorgelegter sowjetischer Entwurf war aus deutscher Sicht überarbeitungswürdig.⁴⁴¹ Die deutsche Delegation ging dann mit einem eigenen Entwurf in die Verhandlungen, den die sowjetische Seite als Arbeitsgrundlage für die nur vier Verhandlungsrunden akzeptierte. In den Verhandlungen zwischen dem 24. August und 20. September 1990 habe sich gezeigt, wie sich der Zeitzeuge General a.D. Schuwirth als damaliger Referatsleiter für Militärpolitik, Fü S III 1, erinnert, dass sich die sowjetische Seite etwa bei Themen wie Schusswaffengebrauch und Lufthoheit schwertat, die volle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland anzuerkennen und bisherige Handlungsfreiheit in militärischer Hinsicht teilweise abzugeben.⁴⁴²

b. Vertragsschluss und Ratifizierung

Der AAV wurde am 12. Oktober 1990 unterzeichnet, wurde jedoch erst am 2. April 1991 vom Obersten Sowjet ratifiziert und trat am 6. Mai 1991 formell in Kraft. In Deutschland trat der Vertrag als Gesetz bereits am 21. Dezember 1990 inkraft. Durch eine Rechtsverordnung vom 28. September 1990 basierend auf dem Notenwechsel mit der sowjetischen Regierung vom 26. September 1990 war der AAV bereits vorläufig in wesentlichen Teilen in Kraft gesetzt und konnte seit dem 3. Oktober 1990 angewandt werden. Bis zum 5. Mai 1991 konnte sich die deutsche Seite demnach nur auf einen Notenwechsel stützen, der zunächst als

⁴⁴⁰ Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa vom 19.11.1990, Artikel XVII sowie dazugehöriges Protokoll über Notifikationen und Informationsaustausch vom 19.11.1990, Abschnitt I. Vgl.: Rüdiger Hartmann, Wolfgang Heydrich und Nikolaus Meyer-Landrut, Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, Baden-Baden 1994 (= Internationale Politik und Sicherheit, 43), S. 168–171.

⁴⁴¹ Vgl.: Bundeskanzleramt (ZA): BKAm, Referat 212, Anmerkungen zum AAV, 20.08.1990. Zeitzeuge General a.D. Rainer Schuwirth bezeichnete den sowjetischen Vertragsentwurf als für die deutsche Seite „inakzeptabel“.

⁴⁴² Zeitzeugengespräch mit General a.D. Rainer Schuwirth am 21.11.2017.

Rechtsgrundlage für den Abzug ab Januar 1991 erhalten musste. Die sowjetische Seite hinterlegte die Ratifikationsurkunde zum Zwei-plus-Vier-Vertrag am 15. März 1991, sodass der Truppenabzug erst ab diesem Datum völkerrechtlich bindend war.⁴⁴³ Zu Beginn des Jahres 1991 bestand also eine gewisse Unsicherheit über die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Truppenabzugs.⁴⁴⁴ Die in diesem Kontext zu verortenden militärischen und nachrichtendienstlichen Entwicklungen in Deutschland spiegeln diese Unsicherheit wider, wie spätere Kapitel zeigen werden.⁴⁴⁵

c. Vertragsinhalt

Begriffsdefinitionen

Nicht alle 27 Artikel des AAV können im Folgenden berücksichtigt werden. Neben den grundlegenden Artikel, die die wichtigsten Begriffe definieren, sind jene von Interesse, die Auswirkungen auf deutsche militärische und nachrichtendienstliche Akteure hatten. Zunächst definiert der AAV „sowjetische Truppen“ als Einheiten, Verbände und Großverbände der Streitkräfte der Sowjetunion im „Aufenthaltsgebiet“. Damit ist zwar hauptsächlich die WGT auf dem Territorium der ehemaligen DDR gemeint, diese allgemeinere Definition sollte aber vermeiden, dass Einheiten vom Vertrag ausgeschlossen würden, die nicht dem WGT-Oberkommando unterstellt waren. Dies traf auf bestimmte Einheiten zu, die etwa dem sowjetischen Generalstab in Moskau direkt unterstanden, nicht aber Wünsdorf. Artikel 1, Absatz 2, definierte „Mitglieder der sowjetischen Truppen“ als praktisch all jene sowjetischen Staatsbürger, die als Angehörige der sowjetischen Truppen im Aufenthaltsgebiet in entsprechenden Einrichtungen oder Einheiten beschäftigt waren oder zu Dienstleistungen dorthin entsandt wurden. Artikel 1, Absatz 4, definierte das Aufenthaltsgebiet gemäß den neuen Bundesländern und den Bezirken Ostberlins, also das Territorium der ehemaligen DDR. Ferner werden „Bewegliches Eigentum der sowjetischen Truppen“ sowie Liegenschaften definiert.

⁴⁴³ BArch MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 5; Biermann, Zwischen Kreml und Kanzleramt, 1997, S. 757–767; Weidenfeld, Außenpolitik für die deutsche Einheit, 1998, S. 618–620.

⁴⁴⁴ Vgl.: Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 75f.

⁴⁴⁵ Siehe: Kap. IV 5 – Offene Nachrichtengewinnung über die WGT.

Allgemeine Regelungen

Artikel 2 legt die allgemeinen Regelungen für den Truppenabzug fest: Gemäß Absatz 1 sind sowjetische Truppen im Aufenthaltsgebiet „in denen ihnen zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrages zugewiesenen Liegenschaften disloziert“. Eine Verstärkung der Truppen verbot somit Absatz 2. Artikel 2, Absatz 3 benennt, was vergleichbar mit dem Informationsaustausch beim VKSE an die deutsche gemeldet werden sollte: „die Gesamtstärke der sowjetischen Truppen im Aufenthaltsgebiet, aufgeschlüsselt nach militärischem Personal, Zivilpersonen und zu Dienstleistungen entsandten Personen, sowie deren Familienangehörigen. Sie wird die Bundesrepublik Deutschland anschließend regelmäßig, mindestens einmal jährlich, über den Ablauf unterrichten.“ Diese Unterrichtungspflicht gegenüber der deutschen Seite galt für die sowjetische mit dem Inkrafttreten des AAV, also ab dem 3. Oktober 1990.

Artikel 4 legt in zwei Absätzen die organisatorischen Grundlagen fest: Absatz 1 greift zunächst implizit den Zwei-plus-Vier-Vertrag auf, indem er regelt, dass der Abzug etappenweise spätestens bis zum Ende des Jahres 1994 beendet sei. Der Abzugsbeginn wird nicht genau terminiert, jedoch mit dem Inkrafttreten des Vertrags verbunden. Demnach ist der Beginn des Abzugs der WGT de jure der 3. Oktober 1990. De facto begannen die ersten Rückführungsmaßnahmen im Kontext des AAV erst im Januar 1991. Für alle beteiligten Akteure legt Absatz 1 etwas fest, was die bilaterale Dimension des Abzugs maßgeblich beeinflussen würde: „Der Abzug erfolgt nach Maßgabe des Gesamtabzugsplans, der mit den deutschen Behörden abgestimmt und gemeinsam in regelmäßigen Abständen entsprechend der jeweiligen Lageentwicklung aktualisiert und detailliert wird.“ Dieser Satz wird dem Anspruch beider Seiten gerecht, den Abzug bilateral und vor allem ohne Einwirkung Dritter – insbesondere nicht der ehemaligen Westmächte – zu verwirklichen. Hieraus ging eine Verbindlichkeit für die sowjetische Seite hervor, den Abzug nicht willkürlich, sondern mittel- bis langfristig und dokumentiert in einem Gesamtabzugsplan zu planen und durchzuführen. Absatz 2 legt fest, dass beide Seite Bevollmächtigte für Fragen des Abzugs und zur weiteren Koordinierung festlegen.

Weitere Regelungen

Eine Auswahl weiterer Artikel verdeutlicht die Bandbreite des AAV: Ausbildung (6), Luftverkehr (7), Liegenschaftsnutzung (8), Disziplinar- und Polizeigewalt (9),

Versorgung (10), Nutzung von Verkehrseinrichtung (11). Die 25 Artikel werden durch vier Anlagen ergänzt, darunter auch Regelungen zum Verkehrswesen und Transportfragen (Anlage 1). Ob alle wesentlichen Aspekte, die durch die befristete Präsenz der sowjetischen Truppen in Deutschland berührt wurden, durch das AAV geregelt werden konnten, zeigt sich erst im laufenden Abzug. Weniger als ein Jahr nach dem Mauerfall war das Vertragswerk neben dem Überleitvertrag und dem Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit ein Beispiel für vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen deutschen und sowjetischen Politikern, Diplomaten, und Militärs.

Nachjustierung des AAV

Der russische Präsident Boris Jelzin und Kohl verabschiedeten am 16. Dezember 1992 eine Erklärung, die die Gesamtdauer des Truppenabzugs verringern sollte. Demnach einigten sich beide Seiten auf ein Ende des Abzugs der WGT bis 31. August 1994, was einer Vorverlegung um vier Monate entsprach. Im Gegenzug stellte die deutsche Seite zusätzliche 550 Millionen DM zur Verfügung. In der gemeinsamen Erklärung heißt es:

„Die russische Seite wird im Rahmen des Vertrags vom 12. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Bedingungen des befristeten Aufenthaltes und die Modalitäten des planmäßigen Abzuges der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Beschleunigung des Abzuges der Westgruppe der Truppen treffen und dabei bemüht sein, ihn zum 31. August 1994 abzuschließen.“⁴⁴⁶

Ferner wurde die vereinbarte Praxis ad acta gelegt, Schäden durch den Abzug und Vermögenswerte der Liegenschaftsimmobilien gegenseitig in Rechnung zu stellen. Diese Vorgehensweise erwies sich aufgrund völlig divergierende Preisvorstellungen als nicht praktikabel.⁴⁴⁷ Was den Abzug um mehrere Monate beschleunigte, sollte sich allerdings negativ auf den künftigen Zustand der übergebenen Liegenschaften auswirken: „Für die zügige Rückgabe der

⁴⁴⁶ Bundesregierung, Bulletin 139-92. Besuch des Bundeskanzlers in der Russischen Föderation vom 14. bis 16. Dezember 1992, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/besuch-des-bundeskanzlers-in-der-russischen-foederation-vom-14-bis-16-dezember-1992-791660> (letzter Aufruf 01.07.2019).

⁴⁴⁷ Ebd.

Liegenschaften war das gut, für den Umweltschutz war es aber schlecht, weil dem Moment an die WGT kein Interesse mehr daran hatte, die Umweltschäden zu beseitigen.“⁴⁴⁸ Infolgedessen verlor die WGT das Interesse am Werterhalt der Liegenschaften und bediente sich an vielen Gegenständen, die in den neu auszustattenden Kasernen von Nutzen sein konnten. Viele Liegenschaften der WGT waren fortan nur noch nach aufwendiger Sanierung für eine Nachnutzung geeignet.⁴⁴⁹

d. Implikationen aus dem AAV für deutsche militärische und nachrichtendienstliche Akteure

BMVg und Bundeswehr

Meistens ist von „deutschen Behörden“ die Rede, wenn in den Artikeln des AAV konkrete Verpflichtungen für die deutsche Seite formuliert werden. Es oblag in diesen Fällen der Bundesregierung, das jeweils zuständige Ressort oder eine konkrete Institution mit der Umsetzung zu beauftragen. Für den Kabinettsbeschluss zum AAV arbeitete das Grundsatzreferat der Stabsunterabteilung für Militärpolitik im BMVg, Fü S III 1, eine Vorlage aus und legte diese am 24. September 1990 Minister Stoltenberg vor. Darin bewertete Fü S III 1, dass in dieser Angelegenheit die Interessen der Bundeswehr berührt seien. Dies ergebe sich „aus den vielfältigen Auswirkungen sowj. Handelns im beigetretenen Gebiet [...]“. Als relevante Artikel des AAV mit Bezug zur Bundeswehr werden in der Vorlage die Artikel 2 (allgemeine Regelungen), 3 (Berlin-Regelung), 4 (Abzugsplan), 5 (Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen), 6 (Ausbildung/Übung), 7 (Luftverkehr), 11 (Nutzung von Verkehrseinrichtungen) und 25 (Gemischte Kommission) genannt.⁴⁵⁰

Einige Aufgaben wurden im AAV konkret dem BMVg und der Bundeswehr zugewiesen. Beispielsweise oblag nach Artikel 7 des AAV dem Bundesverkehrsministerium in Abstimmung mit dem BMVg die Koordinierung der Luftraumordnung zusammen mit der sowjetischen Seite. Bei der Nutzung von Verkehrsmitteln und -einrichtungen durch die WGT galten die diesbezüglichen

⁴⁴⁸ Pruschwitz, Der sowjetische Truppenabzug (Interview Grote), 2008, S. 117f.

⁴⁴⁹ Meißner, Der Abzug der Westgruppe, 2016, S. 64.

⁴⁵⁰ BArch, MA, BW 2/25720: Vorlage Fü S III 1 für Bundesminister der Verteidigung, Rechtsverordnung zur Inkraftsetzung des Notenwechsels über die vorläufige Anwendung der Bestimmungen des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR (Stationierungs- und Abzugsvertrag), 24.09.1990, S. 2.

Rechte deutscher Streitkräfte als Maßstab, wie in Artikel 11, Absatz 1, festgelegt. Die Anlage 1 des AAV geht näher auf logistische Aspekte des Abzugs ein, indem sie unter anderem die Fristen für Beförderungsleistungen regelt, die „entsprechend den für die deutschen Streitkräfte geltenden Anmeldefristen bei den deutschen militärischen Verkehrsdienststellen vorzulegen [sind].“ Daraus geht hervor, dass alle Transportanmeldungen der WGT über die Bundeswehr liefen. Die militärische Verkehrsführung der Bundeswehr erhielt somit die Funktion einer Schnittstelle, auf deren Umsetzung an anderer Stelle eingegangen wird. Letztlich legten die Ressorts untereinander die Federführung für einzelne AAV-Artikel fest. Für das Verteidigungsressort übernahmen Fü S III 1 unter Leitung von Oberst i.G. Schuwirth für Artikel 4, Fü S III 6 unter Leitung von Oberst i.G. Müller für Artikel 6 und Fü L III 4 Oberst i.G. Merkle für Artikel 7 die Federführung.⁴⁵¹

Der Leiter des späteren Deutschen Verbindungskommandos zur WGT, Generalmajor Foertsch, bewertete den AAV rückblickend als „die wichtigste Rechts- und Arbeitsgrundlage für das deutsche Verbindungskommando [...]“. ⁴⁵² Insofern hatte der AAV ganz konkrete Auswirkungen auf die Rolle des BMVg und der Bundeswehr beim Abzug. Dass die Bundeswehr dabei eine zentrale Rolle einnehmen würde, ging aus dem AAV nicht unbedingt hervor.

Militärisches Nachrichtenwesen und BND

Es dürfte ein Erfolg der deutschen Verhandlungsdelegation zum AAV gewesen sein, der sowjetischen Seite eine derartige Transparenz in militärischen Angelegenheiten abzurufen. Die im AAV in Artikel 2, Absatz 3 und Artikel 4, Absatz 1, festgelegten Informationspflichten der sowjetischen gegenüber der deutschen Seite, Angaben über Truppenstärke, Ausrüstung und Abzugsplanung zu machen, ist nach mehr als vier Jahrzehnten militärischer Blockkonfrontation ein Paradigmenwechsel. Parallel zu VKSE, bei dem im November 1990 auch die Verbände und Einheiten der WGT mit konventionellen Waffen gelistet wurden,⁴⁵³ war die sowjetische somit doppelt verpflichtet, zuvor größtenteils geheim gehaltene militärische Informationen an die deutsche Seite preiszugeben. Hieraus ergibt sich

⁴⁵¹ PA AA, B 38 (ZA)/198378: Auswärtiges Amt, Referat 210, Übersicht über federführende Bundesressorts, 13.11.1990.

⁴⁵² Hartmut Foertsch, Der Abzug der russischen Streitkräfte aus Deutschland, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Hrsg. von Bruno Thoß, München 1995, S. 464.

⁴⁵³ Vgl.: BArch MA, BW 55/149: DtVKdoSowjSK, Auflistung der WGT-Einheiten, 16.11.1990.

folgende Frage für das militärische Nachrichtenwesen: Wenn durch den AAV und VKSE wesentliche Informationen über die WGT bekannt gegeben werden mussten, welcher Informationsbedarf über sowjetische Truppen in Deutschland bestand dann noch für die westlichen Nachrichtendienste?

Der AAV selbst stellt keinen direkten Bezug zum Nachrichtenwesen oder zu den Nachrichtendiensten her. Insofern ergaben sich auch keine unmittelbaren vertraglichen Implikationen für den BND, Fü S I oder das ANBw. Da der AAV bilateral verhandelt und unterzeichnet wurde, werden ausländische Akteure wie etwa die ehemaligen Westmächte generell nicht im AAV erwähnt. Die Annahme, dass mit der im AAV vereinbarten Informationspflicht und dem erwartbaren Abbau von militärischem Potenzial der Warschauer Vertrags-Staaten auch das Interesse der westlichen Military Intelligence Community an sowjetischen Streitkräften schlagartig verringern würde, wäre in mindestens zweierlei Hinsicht irrig: Zum einen beschäftigen sich Nachrichtendienste in Langzeitperspektive mit entsprechenden Phänomenen und Entwicklungen. Nach fast einem halben Jahrhundert der Blockkonfrontation, in der die militärische Ostaufklärung den Charakter der westlichen Nachrichtendienste prägte, wäre die Aufklärung der WGT nicht plötzlich eingestellt worden. Zum anderen sagte weder der Zwei-plus-Vier-Vertrag noch der AAV etwas über die Frage aus, was eigentlich mit dem nicht unerheblichen Militärpotenzial der WGT nach dem Abzug passieren würde. Es ging beim Abzugsvertrag lediglich um die Modalitäten des Abzugs und nicht um militärpolitische Erwägungen des Kremls hinsichtlich der Zukunft der über 20 Divisionen der sowjetischen Land- und Luftstreitkräfte. Spätestens hier ergaben sich Anknüpfungspunkte für militärnachrichtendienstliches Interesse für die Zeit nach 1994.

Überdies betrachtete die westliche Intelligence Community den Truppenabzug der WGT zunehmend im Kontext Gorbatschow'schen Reformen und ihrer Auswirkungen auf Militär, Staat und Gesellschaft – wenngleich ein Zerbrechen der UdSSR Ende 1990/Anfang 1991 nicht vorhersehbar war. Politische Entwicklungen konnten sich unmittelbar und teils unvorhersehbar auf das sowjetische Militärpotenzial auswirken. Hieraus erwuchs für die westliche Intelligence Community die Notwendigkeit, militärische Entwicklungen und Ereignisse stärker in politische und gesellschaftliche Vorgänge einzuordnen. Im Laufe des Jahres 1991 wurde aus Wandel Zerfall; Infolgedessen passten die Dienste ihre

Fragestellungen und Perspektiven an.⁴⁵⁴ Es ist daher im Folgenden zu betrachten, welchen besonderen Fragen während des Truppenabzugs der WGT die westlichen Nachrichtendienste und die Bundeswehr nachgingen und welche Mittel Antworten lieferten.

⁴⁵⁴ Vgl.: David Arbel und Ran Edelist, *Western Intelligence and the Collapse of the Soviet Union 1980-1990. Ten Years did not Shake the World*, London 2003, S. 289–295.

IV. Militärische und nachrichtendienstliche Akteure beim Truppenabzug 1990-1994

1. Truppenabzug ohne Militärverbindungsmissionen

a. Das offizielle Ende der westlichen Militärverbindungsmissionen

1989 waren die drei westlichen MVM überwiegend mit der Überprüfung der angekündigten sowjetischen Abrüstungsmaßnahmen beschäftigt. Gleichzeitig registrierten sie eine voranschreitende Modernisierung der WGT. So gesehen hätte 1989 für die MVM ein Jahr wie jedes andere auch werden können. Doch mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November begann sich die militärische Lage in der DDR rapide zu wandeln. Dies hatte Folgen für 1989 die die drei westlichen MVM in Potsdam. Kurz darauf einigten sich die Missionen mit dem sowjetischen Oberkommando in Wünsdorf, dass es keine Einmischung der westlichen MVM in die innenpolitischen Entwicklungen der DDR geben würde. Hierüber gab es keinen Dissens.⁴⁵⁵ Im Falle eines militärischen Eingreifens der WGT zur Aufrechterhaltung des Grenzregimes und zum Machterhalt der SED wäre USMLM, BRIXMIS und MMFL eine wichtige Rolle zugekommen. Aber dazu kam es bekanntlich nicht; Mauerfall und Wiedervereinigung fanden ohne militärisches Einschreiten der Sowjetunion statt. Zwar gab es eine teilweise Erhöhung der Gefechtsbereitschaft von Einheiten der WGT, zudem eine Verstärkung der Eigensicherungsmaßnahmen, doch Gorbatschow lehnte einen militärischen Einsatz gegen die Bevölkerung der DDR grundsätzlich ab.⁴⁵⁶

Mit Beginn des Jahres 1990 zeichneten sich konkrete Auswirkungen auf die militärische Lage in der DDR ab. Zunächst beobachteten die westlichen MVM die Abgabe wichtigen Wehrmaterials der NVA wie etwa Raketentechnik an die Sowjetarmee.⁴⁵⁷ Danach geriet die NVA jedoch schnell aus dem Fokus der MVM; ihre Beobachtung wurde etwa zu Beginn des Jahres 1990 weitestgehend eingestellt.⁴⁵⁸ Übrig blieb die WGT als unverändert vorrangiges, aber nunmehr einziges Aufklärungsziel für die Tour-Teams. Bis März 1990 wurde das Amt für

⁴⁵⁵ Mußgnug, *Alliierte Militärmissionen*, 2001, S. 221–224.

⁴⁵⁶ Uhl, *Die sowjetischen Truppen in der DDR*, 2014, S. 156–159.

⁴⁵⁷ BRIXMIS berichtete von der Überführung von SA-10 und SCUD an die WGT. Siehe: BRIXMIS, *Annual Report 1990*, S. 36 sowie C-2.

⁴⁵⁸ Gibson terminiert das Ende der routinemäßigen Aufklärung der NVA im Juni 1990. Siehe: Gibson, *Behind the Iron Curtain*, 1997, S. 223.

Nationale Sicherheit als Nachfolger des MfS aufgelöst; die MVM-Touren gingen indes weiter. Die Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung nahmen ihren Lauf und damit auch das unaufhaltsame Ende der Militärverbindungsmissionen.

Offiziell waren die MVM militärische Verbindungselemente der Alliierten untereinander, insbesondere der drei westlichen MVM zu den sowjetischen Missionen und zum sowjetischen Oberkommando in Wünsdorf. Auch wenn die MVM vor allem durch ihren Intelligence-Charakter hervorstachen, blieb die Verbindungsarbeit ihre wesentliche Legitimation. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag legte in Artikel 4, Absatz 1, fest, dass der Abzug und alle weiteren Fragen der befristeten Stationierung der WGT bilateral zwischen Deutschland und der Sowjetunion geregelt würden. Diese Veränderung der Rechtsgrundlage entzog den MVM ihre Legitimation, zumal die Vier Mächte ihre Rechte in Bezug auf Deutschland aufgaben. Ein institutionalisiertes militärisches Verbindungswesen der Vier Mächte untereinander wurde mit dem Vollzug der deutschen Wiedervereinigung obsolet.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag beendete die Bewegungsfreiheit der MVM auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Jede militärische Tätigkeit anderer Streitkräfte auf dem Stationierungsgebiet der WGT waren nach Artikel 5, Absatz 1, untersagt. Somit mussten die Fahrten der MVM durch die DDR am 2. Oktober 1990 ihr Ende finden. Die Weiternutzung der Missionshäuser in Potsdam war ebenso wenig möglich, da nach Artikel 5, Absatz 1, Streitkräfte anderer Staaten, außer denen der Sowjetunion, während der Zeit des Truppenabzugs nicht im Aufenthaltsgebiet der WGT stationiert werden durften. Der Einzug von zivil-nachrichtendienstlichen Dienststellen in die Potsdamer Missionshäuser, unter Fortführung der Militäraufklärung gegen die WGT, wäre wahrscheinlich von sowjetischer Seite nicht geduldet worden, zumal der Bezug zur Militäraufklärung offenkundig gewesen wäre. Für Berlin galt nach Artikel 5, Absatz 2, das Aufenthaltsrecht für Streitkräfte der Vier Mächte bis zum Abschluss des Truppenabzugs fort, sodass die Stäbe der MVM in West-Berlin infrastrukturell zunächst militärisch weitergenutzt werden konnten. Nach dem 3. Oktober 1990 setzte auch im einst geteilten Berlin der Abbau von militärischer Infrastruktur ein. Die Funktion West-Berlins als Operationsbasis für militärnachrichtendienstliche Aktivitäten blieb damit bis zum Ende des sowjetischen Truppenabzugs 1994 bestehen.

Der Abbau von MVM-Strukturen begann mit der Verabschiedung des sowjetischen Kontrollpostens auf der Glienicker Brücke am 29. September 1990.⁴⁵⁹ Damit endete ein über Jahrzehnte durchgeführtes, formelles Procedere bei der Einreisekontrolle der Tour-Teams durch sowjetische Soldaten, der sich noch bis Anfang 1990 die Überwachung durch das MfS anschloss.⁴⁶⁰ Auch die Verhaltensregeln der MVM verloren zunehmend ihre Gültigkeit. BRIXMIS ignorierte in den letzten Monaten das Einfahrverbot in militärische Sperrgebiete: So soll es mehrfach Touren durch dauerhafte Sperrgebiete, PRA, gegeben haben, darunter auch bis zum Fährhafen Mukran.⁴⁶¹ Die USMLM wurde am 1. Oktober 1990 aufgelöst, BRIXMIS und MMFL beendeten am 2. Oktober 1990 ihren Dienst in der DDR.⁴⁶² An die letzte offizielle Grenzüberquerung der BRIXMIS erinnert sich Gibson und verdeutlicht damit einmal mehr den nachrichtendienstlichen Charakter der MVM: „We left as we came, unnoticed and unremarked, a truly successful intelligence operation.“⁴⁶³

b. „Intelligence Gap“?

Bereits im laufenden Zwei-plus-Vier-Prozess wurden den Westmächten und ihren MVM die Konsequenzen aus der deutschen Wiedervereinigung bewusst. Für die Aufklärung sowjetischer Truppen in der noch existierenden, bald jedoch der Bundesrepublik beitretenden DDR, war Auflösung der westlichen MVM besonders gravierend. Noch im März 1990 betonte der stellvertretende Befehlshaber der britischen Streitkräfte in Deutschland: „It is my belief that there will be a role for the Missions as long as Soviet troops remain on German soil“.⁴⁶⁴ Im letzten BRIXMIS-Jahresbericht von 1990, fertiggestellt im Februar 1991, stellte der letzter Chef der BRIXMIS, Brigadier Ian L. Freer, kurz und knapp fest: „1990 was a successful but frustrating year for BRIXMIS.“ Bis zum 2. Oktober 1990 habe die Mission ein „busy liaison programme“ genossen. Weiter konstatierte Freer: „Operationally, we gained much valuable intelligence on many new equipments

⁴⁵⁹ Mußnug, *Alliierte Militärmissionen*, 2001, S. 226.

⁴⁶⁰ Prüfer verortet das Ende der Überwachung der westlichen MVM durch das MfS zum Jahreswechsel 1989/1990. Siehe: Prüfer, *Auf Spionage Tour*, 2011, S. 258.

⁴⁶¹ Gibson, *Behind the Iron Curtain*, 1997, S. 222–223.

⁴⁶² Mußnug, *Alliierte Militärmissionen*, 2001, S. 226; Gibson, *Behind the Iron Curtain*, 1997, S. 223; Geraghty, *BRIXMIS*, 1996, S. 282.

⁴⁶³ Gibson, *Behind the Iron Curtain*, 1997, S. 223.

⁴⁶⁴ Auszüge aus einem Brief des stellvertretenden Befehlshabers BAOR an Minister der britischen Botschaft in Bonn, März 1990. Zitiert nach: Ebd., S. 215.

and were able to report effectively on progress and attitudes with regard to withdrawals.“ BRIXMIS kommentierte die Einführung neuer Technik in die WGT: „In spite of the ‚outbreak of peace‘ in Central Europe, WGF [Western Group of Forces, WGT] continued to inload new equipment during 1990. BRIXMIS and the other AMLMs had much success in recording this.“⁴⁶⁵ Dennoch musste Freer feststellen: „All this activity has, of course, now stopped; BRIXMIS was formally disbanded on 31. December.“⁴⁶⁶ Diese Feststellung entsprach jedoch nicht ganz der Realität.

Die Auflösung der westlichen MVM hatte einen „Intelligence Gap“, eine Wissenslücke, für die Intelligence Community zur Folge, der zunächst nur schwer kompensiert werden konnte. Dies wurde auch den Missionsangehörigen selbst bewusst, wie auch die Tatsache, dass die deutsche Seite ihre Aufgabe übernommen würde. Im BRIXMIS-Jahresbericht 1990 geht Freer auf die neue Rolle der Deutschen ein:

„It is ironic that the Germans are now not able to fill the intelligence gap in the manner envisaged even though WGF are both vulnerable and themselves indicating concern about the state of their nation. This is surely not time for NATO to be losing its understanding of Soviet operational matters“.⁴⁶⁷

Unmissverständlich zweifelt der britische Missionschef an der Fähigkeit der Deutschen, den Abzug der WGT zu überwachen und den Intelligence Gap zu schließen. Als der Jahresbericht fertiggestellt wurde, lag der Beginn des Truppenabzugs keine zwei Monate zurück. Eine ernstzunehmende Bewertung der deutschen Fähigkeiten dürfte zu diesem Zeitpunkt wohl kaum möglich gewesen sein. Möglicherweise ist dieses Zweifeln auch als Seitenhieb gegen die deutsche Seite zu verstehen, nachdem BRIXMIS keine Fortführung ihrer Militäraufklärung mit der Bundeswehr oder dem BND erzielen konnte. Interessant ist auch der Hinweis von BRIXMIS auf die Instabilität im inneren Gefüge der Sowjetarmee und die auffallende Unsicherheit der Soldaten. Auch der BND konstatiert im September 1990 zur wehrpsychologischen Lage in der WGT: „Die Stimmung im Offizierkorps der WGT ist auf einem Tiefpunkt.“⁴⁶⁸ Nach britischem Verständnis resultierte

⁴⁶⁵ BRIXMIS Annual Report 1990, S. 9.

⁴⁶⁶ BRIXMIS Annual Report 1990, Vorwort von Brigadier I. L. Freer, S. VIII.

⁴⁶⁷ Ebd.

⁴⁶⁸ BArch, B 206/383: BND, Militärischer Lagebericht OST, Wochenbericht Nr. 36/90, 12.09.1990, S. A 28.

daraus die fortwährende Notwendigkeit der NATO, sowjetischer Truppen in Deutschland weiter genau zu beobachten. Offensichtlich zweifelte auch die britische Seite an der sowjetischen Vertragstreue.

Weiterhin stellte BRIXMIS trotz aller politischen Umbrüche für das Jahr 1990 eine potenzielle militärische Bedrohung fest: „It is ironic that WGF was, by mid-1990, better equipped, better balanced and potentially more lethal against NATO than at any time in its former history.“⁴⁶⁹ Selbst neue Waffensysteme hielten Einzug in die WGT: So identifizierten USMLM und BRIXMIS noch im Frühjahr 1990 die Einführung des weitreichenden und modernen Flugabwehrraketensystemes SA-12 im Raum Magdeburg⁴⁷⁰ oder etwa die Einführung von Abfangjägern MiG-29 FULCRUM auf dem Flugplatz Köthen.⁴⁷¹ Dennoch hätten die politischen Umstände und die Vereinbarung des Truppenabzugs weitere Modernisierungen der WGT eingefroren.⁴⁷² Tatsächlich wurden seit Gorbatschows angekündigter Abrüstungsinitiativen die Modernisierungsvorhaben für die WGT spürbar zurückgefahren.⁴⁷³ Die Betonung der Einführung neuer Rüstungstechnik in die WGT im BRIXMIS-Jahresbericht 1990 kann daher als Versuch gewertet werden, den Einsatz der britischen Militäraufklärer auch für das 1991 und darüber hinaus zu legitimieren.

Im August 1990 überfiel der Irak Kuwait. Unmittelbar danach erklärte der UN-Sicherheitsrat die Annexion als unrechtmäßig –⁴⁷⁴ die Angelegenheit drohte nun zu

⁴⁶⁹ BRIXMIS Annual Report 1990, Anhang C-2 (Imports and Transfers of Equipment During 1990).

⁴⁷⁰ Zuerst registrierte USMLM SA-12 in bei Biederitz (b. Magdeburg) am 31.03.1990. Die Abteilungen der 202. FlaRakBrigade (Magdeburg) seien dann laut BRIXMIS vollständig auf SA-12 umgerüstet worden (Magdeburg 01.05.1990, Mahlwinkel 05.06.1990, Altengrabow 13.06.1990). Siehe: Ebd., Anhang C-2; Auch der BND berichtete im Mai 1990 von der Einführung von SA-12 im Raum Magdeburg. Das System SA-12 war neben weitreichender Flugabwehr auch zur Abwehr von Boden-Boden-Flugkörper imstande. Die Stationierung von SA-12 in der DDR war die erste außerhalb der Sowjetunion. Siehe: BArch, B 206/381: BND, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht 19/90 vom 16.05.1990, S. 62; BArch, B 206/174: BND, Militärischer Lagebericht 1990, Entwicklungen und Lagemerkmale, S. 227 u. 316-319; BArch, B 206/176: BND, Militärischer Lagebericht 1991, Entwicklungen und Lagemerkmale, S. 197. Es ist anzunehmen, dass hier ein Informationsaustausch innerhalb der NATO-Intelligence Community stattfand. Die SA-12-Systeme der WGT wurden bereits 1991 wieder abgezogen. Siehe: BArch, MA, BW 55/: DtVKdoSowjSK, Auswertung des Gesamtabzugsplans, 31.01.1991, S. 3.

⁴⁷¹ BRIXMIS Annual Report 1990, Soviet Airforce, S. 57; Büttner und Ebert stellen insbesondere bei den Fliegerkräften gar einen Modernisierungsstopp fest. Siehe: Büttner, Ebert, Wie der Kreml die DDR aufgab, 2009, S. 11

⁴⁷² BRIXMIS Annual Report 1990, Anhang C-2.

⁴⁷³ Vgl.: Büttner, Ebert, Wie der Kreml die DDR aufgab, S. 9–13.

⁴⁷⁴ UN-Sicherheitsrat, Resolution 662 (1990), https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr662-90.pdf (letzter Aufruf 26.01.2021).

einem größeren Konflikt auszuarten, der auch die USA und Großbritannien betreffen sollte. Die am 29. November erlassene Resolution 678 (1990) schuf Fakten: „Der Sicherheitsrat [...] ermächtigt die Mitgliedstaaten, die mit der Regierung Kuwaits kooperieren, [...] alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um der Resolution 660 (1990) und allen danach verabschiedeten einschlägigen Resolutionen Geltung zu verschaffen und sie durchzuführen und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in dem Gebiet wiederherzustellen;“ Zwischen 15. Januar und 5. März 1991 beteiligten sich allen voran US-Streitkräfte aber auch britische und französische Truppen. Da die gegnerischen irakischen Streitkräfte überwiegend mit sowjetischer Rüstungstechnik ausgestattet waren, gab es einen akuten Bedarf an technischen Informationen über Kampfpanzer, Schützenpanzer oder auch Flugabwehrsystemen. Insofern offenbarte der Abzug der WGT eine Möglichkeit, über gezielte Beschaffung von Unterlagen und Wehrtechnik noch offene Wissenslücken zu schließen. Auch die mit sowjetischen Exportgütern ausgestattete NVA bot hierfür wichtige Erkenntnisse.⁴⁷⁵

c. MVM ohne gegnerische Spionageabwehr

Die westlichen MVM betrachteten den Abzug als eine Herausforderung, die nur durch militärische Überwachungsmaßnahmen in Verbindung mit nachrichtendienstlichen Methoden zu bewältigen war. Der BRIXMIS-Bericht von 1990 greift die Instabilitäten im inneren Gefüge der Sowjetarmee auf, die ein nachrichtendienstliches Potenzial bargen. Es verwundert daher nicht, dass BRIXMIS im Laufe des Jahres 1990 verstärkt auf menschliche Quellen setzte: „Many new opportunities also arose under the changing circumstances. Soviet officers, perhaps trying to save their skins from going home or trying to earn some hard currency to go with, were flocking to Western intelligence services. Efforts to recruit them were increased und Brixmis became involved.“⁴⁷⁶ Dass die westlichen MVM bis zuletzt versuchten, Informationen über die WGT zu gewinnen, ist

⁴⁷⁵ Vgl.: Ian Sanders, US Army Intelligence Analyst (127). The Cold War Conversations History Podcast, <https://coldwarconversations.com/episode127/> (letzter Aufruf 26.01.2021).

⁴⁷⁶ Gibson, Behind the Iron Curtain, 1997, S. 216.

unstrittig. Ansätze von klandestiner HUMINT⁴⁷⁷ bestimmten bis zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht die übliche Arbeitsweise der MVM. Durch die intensive Spionageabwehr des MfS war das Anbahnen und Führen von Quellen kaum möglich. Zudem trugen die potenziellen Quellenführer der MVM Uniformen, was verdeckte Operationen zusätzlich erschwerte. Das Ende der MfS-Spionageabwehr ermöglichte den Missionen jedoch ab 1990 neue operative Freiheiten. Zudem konnte die sowjetische Spionageabwehr dieses Vakuum nicht schnell genug kompensieren. Wer hätte die westlichen MVM 1990 daran hindern können, nachrichtendienstliche Methoden anzuwenden? Vor diesem Hintergrund dürfte der Intelligence-Wert der westlichen MVM in ihrer Schlussphase noch einmal gestiegen sein und die bevorstehende Auflösung derselben umso schwerer gewogen haben. Gleichzeitig galt es, das Momentum eines sich abkühlenden Kalten Krieges nicht zu gefährden und diplomatische Zerwürfnisse, ausgelöst durch aggressive Aufklärungstätigkeiten der MVM, zu vermeiden. USMLM, BRIXMIS und MMFL stellten sich im Sommer/Herbst 1990 zunehmend die Frage, inwiefern die WGT nach dem 3. Oktober 1990 noch aufgeklärt werden könnte.

d. Intervention des Auswärtigen Amts

Im Zusammenhang mit der Auflösung der MVM erkannte das Auswärtige Amt im Dezember 1990 Handlungsbedarf. In Verbalnoten gleichen Inhalts an die Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs bekräftigte es die neue Zuständigkeit der Bundesrepublik für die zeitweilige Stationierung sowjetischer Truppen auf deutschem Boden. Als Ersatz für den Ausfall der MVM räumte das Auswärtige Amt den betreffenden Streitkräften lediglich den Einsatz von Projektoffizieren ein. Die Bundesregierung begrüße zwar Kontakte zwischen den Streitkräften, „soweit diese Kontakte den Grundgedanken des KSZE-Prozesses sowie der Londoner Erklärung der NATO vom 6.7.1990 entsprechen“, begrenzte aber die Anzahl der Projektoffiziere auf zwei je Nation, „deren Bestellung dem Bundesministerium der Verteidigung unter Angabe persönlicher Daten mitzuteilen

⁴⁷⁷ HUMINT kann auch als offene Methoden verstanden werden. Die MVM nutzten auch Kontakte zu DDR-Bevölkerung und Sowjetsoldaten zur Informationsgewinnung. Dies fand aber in der Regel im Rahmen ihrer vertraglich vereinbarten Missionsarbeit statt und war somit offenkundig, zumal solche Kontakte im Dienst und in Uniform stattfanden. Klandestine HUMINT meint hier die Anwendung nachrichtendienstlicher Methoden, um die Beziehung zwischen Quelle und Quellenführer geheim zu halten und somit vor gegnerische Spionageabwehr abzuschirmen. Dazu hätten die Tour-Teams der MVM bewusst die Verhaltensregeln verletzt müssen.

ist.“ Darüber hinaus wurden die Kontakte auf zwei Treffen im Monat begrenzt sowie eine Anmeldung derselben über den jeweiligen Militärattachéstab beim BMVg eingefordert. Über die Gespräche „und deren wesentliche Substanz“ sollte das BMVg unterrichtet werden. Auch die konkreten Aufgaben der Projektoffiziere gab das Auswärtige Amt vor: „Die Projektoffiziere haben die Aufgabe, die Organisation von Kontakten zwischen den in Deutschland stationierten Streitkräften von NATO-Staaten einerseits und sowjetischen Streitkräften andererseits zu erleichtern.“⁴⁷⁸

Zwar ist nicht bekannt, welche diplomatischen Gespräche diesen Verbalnoten vorausgingen, jedoch überrascht das Selbstbewusstsein, mit dem das Auswärtige Amt die Verbindungsarbeit der einstigen Siegermächte auf ein Minimum beschränkte. Letztlich entsprachen diese Vorgaben dem Sinn des Zwei-plus-Vier-Vertrags, aber die Unterrichtungspflicht der Projektoffiziere gegenüber dem BMVg steht beispielhaft für die neue außenpolitische und militärische Souveränität der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Alliierten. Auffallend ist auch, dass die Projektoffiziere nicht in Fragen der zeitweiligen Stationierung und des Abzugs in Erscheinung treten sollen – zumindest finden diese Aspekte keinerlei Erwähnung –, sondern nur im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen. Damit sollte sichergestellt werden, dass das Verbindungswesen der westlichen MVM zur WGT für den Abzug keine Rolle mehr spielen sollte und in bundesdeutsche Verantwortung übergehen würde. Zum Zeitpunkt des Versendens der Verbalnoten gab es bereits ein Verbindungskommando der Bundeswehr zu den sowjetischen Truppen, sodass beim Fortbestehen der westlichen MVM redundante Strukturen existiert hätten.

Inwiefern jene Projektoffiziere tatsächlich zum Einsatz kamen, ist nicht bekannt. Überliefert ist indes die Unzufriedenheit des Oberkommandierenden der WGT, Generaloberst Burlakow. In seiner autobiographischen Darstellung des Abzugs bemängelt er die unzureichenden Beziehungen zwischen den Siegermächten während des Abzugs und begründet dies mit deutschen Interessen:

„Die Ursache war nicht allein die Änderung der völkerrechtlichen Grundlagen des Aufenthalts der ehemaligen Besatzungstruppen in Deutschland zu suchen. Offenbar

⁴⁷⁸ BArch, BW 2/25724: Verbalnoten des Auswärtigen Amtes an die Botschaft Frankreichs, der USA und des Vereinigten Königreichs Großbritanniens und Nordirland, 07.12.1990.

wollten bestimmte Kräfte in Deutschland eine Ausweitung dieser Zusammenarbeit ohne deutsche Beteiligung verhindern. Praktisch jeder Versuch, die Kooperationsbasis zwischen der WGT und den Streitkräften der USA, Großbritanniens und Frankreichs im vereinigten Deutschland zu erweitern, wurde von Beschlüssen und Genehmigungen des Bundesverteidigungsministeriums abhängig gemacht. [...] meine Idee, enger mit den britischen, französischen und amerikanischen und den anderen Truppenkontingenten zusammenzuarbeiten, stimmte leider nicht mit der Linie einiger Politiker überein, darunter auch deutscher.“⁴⁷⁹

Anders, als Burlakow suggeriert, blieb das Auswärtige Amt grundsätzlich für bilaterale Beziehungen zuständig. Natürlich pflegte auch das BMVg Beziehungen zu den alliierten Streitkräften und ihren jeweiligen Ministerien, jedoch ließ sich anhand von derzeit zugänglichen Akten nicht belegen, dass das Auswärtige Amt solche Fragen dem BMVg überließ. Die oben genannte Intervention des Auswärtigen Amts durch Verbalnoten sowie eine spätere erneute Intervention belegen dies. Das BMVg blieb indes, wie sich im Verlauf dieser Arbeit herausstellen wird, ein wichtiger Ansprechpartner für das Oberkommando der WGT neben dem Verbindungskommando der Bundeswehr.

e. Britische Militäraufklärung nach dem 3. Oktober 1990

Über militärnachrichtendienstliche Tätigkeiten der Briten ist nur wenig überliefert. Ehemalige Angehörige der BRIXMIS, die sich als Militärs verstehen, weisen jede Verantwortung für dieses inoffizielle Schlusskapitel der BRIXMIS-Geschichte von sich: „The British continued to take an interest by using other resources in the field but that is for others to reveal in due course.“⁴⁸⁰ Worin bestand überhaupt das Interesse der Briten, die WGT weiter aufzuklären? Tony Geraghty beschreibt den Verfall der alten Ordnung als instabiles Gebilde: „The break-up of the old order created a new instability within the Iron Curtain territories. Tensions did not evaporate.“⁴⁸¹ Der ehemalige BRIXMIS-Angehöriger vergleicht die vor dem Abzug stehende WGT als ein verletztes, in die Ecke gedrängtes Tier:

⁴⁷⁹ Matwej Burlakow, Wir verabschieden uns. Als Freunde. Der Abzug ; Aufzeichnungen des Oberkommandierenden der Westtruppe der sowjetischen Streitkräfte, Bonn 1994, S. 84–86.

⁴⁸⁰ Saar, BRIXMIS-Mission, 2017, S. 501.

⁴⁸¹ Geraghty, BRIXMIS, 1996, S. 283.

„The Soviets had been pressured into making a completed phased military withdrawal from East Germany [...]. The Soviet military were withdrawing to certain poverty and decline. Like a cornered animal it was still a dangerous beast. Fears of reaction led by military were all too real. Removing the wounded animal to Russia only made the problem go away. It was by no means treated.“⁴⁸² Die Ungewissheit über das künftige sowjetische Verhalten sowie das grundsätzlich fortbestehende militärische Drohpotenzial der Sowjetarmee lieferten den ehemaligen Westmächten genügend Gründe, ihre Aufklärungsinteressen gegenüber der modernsten sowjetischen Streitkräftegruppierung nicht ad acta zu legen. Dafür musste der Modus Operandi geändert werden.

Der BRIXMIS Jahresbericht 1990 nennt für das Folgejahr Reorganisationsmaßnahmen des Personals und der Mittel, die auf eine Weiterverwendung einiger BRIXMIS-Angehöriger im Intelligence-Bereich schließen lassen. Darin findet eine gewisse „JIS Berlin“ Erwähnung, womit wahrscheinlich die „Joint Intelligence Section, Berlin“ gemeint ist:

„15. Reorganisation. A major reorganisation is now in hand to reduce BRIXMIS in size in order to:

- a. Produce a future Liaison Team of up to 6 personnel.
- b. Transfer various assets from BRIXMIS to JIS Berlin.
- c. Post those personnel not required at 15a or 15b above“⁴⁸³

Gibson bestätigt den Wechsel von BRIXMIS-Personal zur JIS Berlin: „Brixmis was officially disbanded on 31 December 1990. Many of its members were rapidly dispatched for duty in the Gulf [Zweiter Golfkrieg 1990-1991, S.G]. A few stayed on under the auspices of the Joint Intelligence Section, Berlin. Soviet withdrawals were closely monitored, new equipment was still observed and ‚contacts‘ with Soviet personnel were pursued. The rules of game were significantly altered until Soviet troops eventually withdrew from East Germany [...].“⁴⁸⁴ Die JIS Berlin könnte zum JIC(G), dem Joint Intelligence Committee Germany, gehört haben. Zumindest dürfte sie nachrichtendienstliche Interessen der britischen Intelligence

⁴⁸² Gibson, Behind the Iron Curtain, 1997, S. 220.

⁴⁸³ BRIXMIS Annual Report 1990, S. 81.

⁴⁸⁴ Ebd., S. 224; Der Auflösungsappell fand am 10.12.1990 statt. Die formelle Auflösung erfolgte zum 31.12.1990. Siehe: BRIXMIS, Annual Report 1990, S. A-5. Vgl.: Durie, The United States, 2014, S. 187.

Community von West-Berlin aus wahrgenommen haben. Genauere Hintergründe ließen sich dazu nicht herausfinden. Die Weiterverwendung von BRIXMIS-Personal in nachrichtendienstlichen Unternehmungen barg jedoch ein Risiko: Das Personal war der sowjetischen Spionageabwehr bestens bekannt. Das dürfte HUMINT-Operationen erschwert haben.

Ein ehemaliges Mitglied der MMFL erinnert sich beispielsweise an als Bahnmitarbeiter legendierte britische Soldaten, die etwa Anfang 1991 am Rostocker Hafen und Fährhafen Mukran die abgestellten Militärtransporte abziehender Einheiten der WGT aufklärt haben sollen.⁴⁸⁵ Falls Beobachtungen des Truppenabzugs sowie Anbahnungen und von Quellen von britischen Soldaten durchgeführt wurden, wäre das eine klare Verletzung des Zwei-plus-Vier-Vertrags gewesen. Jedoch ist anzunehmen, dass diese Maßnahmen bereits dem britischen Auslandsnachrichtendienst MI6 zugeordnet waren, wodurch zwar möglicherweise die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verletzt wurde, nicht aber die Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags.

Eine angebliche nachrichtendienstliche Kooperation zwischen den Briten und dem BND beschreibt Stephen Dorril in seiner Monographie zur Geschichte des britischen Auslandsnachrichtendienst MI6: „Following the fall of the Berlin Wall, British, US and German intelligence officers organised a joint operation to take advantage of Soviet confusion and to steal Russian military secrets.“ Auch soll es gemeinsame Befragungsräume („interrogation rooms for German, US and British military intelligence personnel“) gegeben haben.⁴⁸⁶ Die im Folgeabschnitt zu behandelnde Kooperation des BND mit den Amerikanern, die auf einem bilateralen Vertrag basiert, soll angeblich den Briten und Franzosen die Möglichkeit eröffnet haben, an der gemeinsamen Operation teilzunehmen: „Ganz diskret wurden auch die Partnerdienste ‚Farn‘ und ‚Wicke‘ – Engländer und Franzosen – eingeladen, sich ‚an dem Vorhaben zu beteiligen‘, wie es im Memorandum heißt.“⁴⁸⁷ Neben diesen zwei Hinweisen gibt es keine Belege für eine institutionalisierte Kooperation

⁴⁸⁵ Zeitzeugengespräch mit ehemaligem MMFL-Angehörigen Daniel Pasquiér am 30. Oktober 2018.

⁴⁸⁶ Stephen Dorril, MI6. Inside the Covert World of Her Majesty's Secret Intelligence Service, New York 2002, S. 756.

⁴⁸⁷ Georg Mascolo, "Suche Panzer, biete Lada", in: Der Spiegel, 1997 49 (30.11.1997), S. 70; Bei Wagner und Uhl werden andere Tarnbezeichnungen für die Partnerdienste verwendet: *Narzisse* für die Franzosen, *Aster* für die Briten, *Hortensie* für die Amerikaner. Siehe: Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 22

des britischen MI6 oder von Angehörigen des britischen Military Intelligence Corps mit deutschen Behörden während des Abzugs der WGT.⁴⁸⁸ Die Aussagen von Dorill über angebliche „gemeinsame Verhöre“ wurden von Zeitzeugen dementiert.⁴⁸⁹ Gleichwohl soll die britische Seite an den BND herangetreten sein, um über eine mögliche Kooperation während des Abzugs zu verhandeln. Der BND habe sich aber dagegen entschieden.⁴⁹⁰

Inwieweit im weiteren Verlauf des Abzugs britische militärnachrichtendienstliche Operationen fortgesetzt wurden, ist derzeit nicht zu ergründen. John N. L. Morrison, der während des Kalten Krieges UK Defence Intelligence Staff (DIS) gearbeitet hat, nennt für das Scheitern einen vielleicht noch wichtigeren Grund: Demnach habe das britische Außenministerium, das Foreign and Commonwealth Office (FCO), noch nie viel vom Agieren der BRIXMIS in der Intelligence Community gehalten. „At the reunification of Germany, the FCO took delight in closing BRIXMIS as soon as possible, even though means might have been found, with German support, to maintain its capabilities against the Soviet forces remaining in Eastern Germany until 1994.“⁴⁹¹ Der BRIXMIS-Jahresbericht 1990 scheint den mangelnden politischen Rückhalt für eine Nachfolgeinstitution von BRIXMIS zu bestätigen: „Our frustration during the year stemmed primarily from our unsuccessful struggle to maintain an effective, albeit smaller, organisation post unification. Defensive briefings, visits and papers all proved ineffective and yet decisions were still agonisingly slow in coming.“⁴⁹² Eine nachrichtendienstliche Kooperation mit dem BND entsprach offensichtlich weder dem politischen Zeitgeist noch den Interessen des BND oder des Bundeskanzleramts. Dabei ist nicht zu vergessen, dass sich London weit weniger offen für die deutsche Einheit zeigte als Washington.

⁴⁸⁸ Auch Hinweise bei Schmidt-Eenboom et al basieren auf o.g. Spiegel-Artikel von 1997. Siehe: Christoph Franceschini, Thomas Wegener Friies und Erich Schmidt-Eenboom, Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017, S. 185.

⁴⁸⁹ Zeitzeugen- und Hintergrundgespräche mit ehemaligen Angehörigen von CAD-B, 2018-2019.

⁴⁹⁰ Sanders, Cold War Conversations (127), 2020.

⁴⁹¹ Morrison, Intelligence in the Cold War, 2014, S. 590.

⁴⁹² BRIXMIS Annual Report 1990, Vorwort Brigadier Freer. S. VIII.

Vorstoß zu einer deutsch-britischen Kooperation

Eines dieser – aus britischer Sicht – frustrierenden Treffen fand am 17. Oktober 1990 in Strausberg bei Berlin statt, dem ehemaligen Sitz des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR. Am 4. Oktober nahm dort das spätere Deutsche Verbindungskommando zur WGT (DtVKdoWGT) seinen Dienst auf. Der letzte Leiter von BRIXMIS, Brigadier Freer, bat um ein Gespräch mit Brigadegeneral Foertsch, dem Leiter des DtVKdoWGT. Wie aus einem Vermerk zu diesem Treffen hervorgeht, „lud ich [Brigadegeneral Foertsch] auch den Leiter der amerikanischen Militärmission, Oberst Naab, ein, um den Eindruck einer exklusiven Beziehung zu vermeiden.“⁴⁹³ Ob Brigadegeneral Foertsch tatsächlich nur formell die amerikanische Seite mit einlud, oder ob andere Interessen eine Rolle spielten, lässt sich nicht mehr klären. Möglicherweise wollte er wissen, wie die ehemaligen Westalliierten ihre Tätigkeit fortzusetzen versuchten und inwiefern dies mit Interessen mit der Bundeswehr kollidierten oder sich hätte ergänzen können. Die französische MVM findet hingegen erst zum Schluss des Vermerks Erwähnung. Oberst a.D. Freiherr Grote, der als Chef des Stabes des deutschen Verbindungskommandos an diesem Gespräch teilnahm, erinnerte sich an eine interessante Begebenheit: In formeller Achtung des Zwei-plus-Vier-Vertrags seien der britische General und seine Begleitung in zivil angereist und hätten sich erst unmittelbar vor dem Verlassen ihres Fahrzeugs, also schon in der Bundeswehrkaserne in Strausberg, die Uniformen angezogen.⁴⁹⁴ Im Vermerk ist davon nichts zu lesen. Oberst Naab von USMLM habe hingegen klargemacht, „daß er Berlin verlassen werde und nicht an weitere Tätigkeiten denke.“⁴⁹⁵ Die Briten hätten vor allem ihre Arbeit, „einschließlich der Reisetätigkeit“, fortsetzen wollen. „Es gelte, den hohen Erkenntnisstand über die inneren Strukturen der WGT zu erhalten.“ Selbst mit politischen Motiven versuchten die Briten, die Bundeswehr von einer Kooperation zu überzeugen: „Den Wunsch, auf verschiedenen Ebenen weiter mit den Sowjets zu sprechen, begründete BrigGen Fryr [sic!] mit

⁴⁹³ Generalmajor Foertsch/DtVKdoWGT, Vermerk zum Treffen mit Leitern der britischen und amerikanischen Militärmission, 18.10.1990, Quelle im Privatbesitz von Oberst a.D. Freiherr Grote.

⁴⁹⁴ Mehrere Zeitzeugengespräche mit Oberst a.D. Freiherr Grote, 2017-2019.

⁴⁹⁵ Ebd; Tatsächlich wurde Lieutenant Colonel Mark Beto der erste Leiter von CAD-B, vermutlich ab Januar 1991, sodass Colonel Naabs Interesse eher gering gewesen sein dürfte, ein gemeinsames Vorgehen mit der Bundeswehr auszuhandeln.

Überzeugungsarbeit im Sinne westlicher Demokratie, die zu leisten sei.“⁴⁹⁶ Neben Liaison und Intelligence warf BRIXMIS also auch eine politische Missionstätigkeit – oder besser: politische Missionierung – ins Feld. Ob dieser Vorschlag ernstgemeint war, bleibt zweifelhaft. Trotz der Hinweise von Foertsch „auf die Vertragslage und die Ablösung der Rechte der Siegermächte sowie auf das Instrument der vertrauensbildenden Maßnahmen im KVAE-Rahmen insistierte der Brite noch mehrfach.“ Diese Feststellung lässt erahnen, dass sich Freer enttäuscht über die ablehnende Haltung von Foertsch zeigte. Nichtsdestotrotz erkannte Foertsch auch das Potenzial eines künftigen Austauschs mit den ehemaligen Westalliierten über den sowjetischen Truppenabzug:

„Das Gespräche [sic!] vermittelte im übrigen interessante Eindrücke zum Führungspersonal und zur inneren Struktur der WGT. Ich habe daher die Bereitschaft bekundet, das Gespräch, auch unter Einschluß der Franzosen, fortzusetzen, um von der Erfahrung der Mission zu profitieren, solange die sachkundigen Personen noch vor Ort sind.“⁴⁹⁷

Natürlich war Foertsch der Wissensvorsprung der westlichen MVM bewusst. Davon zu profitieren war letztlich auch in seinem Interesse, aber offensichtlich war ihm die Demonstration der neuen deutschen Souveränität in militärischen Angelegenheiten wichtiger.

Zu einer intensiven oder gar institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen BRIXMIS und der Bundeswehr kam es letztlich nicht. Trotz jahrzehntelanger Erfahrungen gelang es Freer nicht, Foertsch von einer Kooperation zu überzeugen. Dabei lag der Fehler in der Wahl des Anrechpartners: Eine Einbindung des DtVKdoWGT der Bundeswehr in militärnachrichtendienstliche Interessen einer ehemaligen Siegermacht wäre politisch hochbrisant gewesen. Das deutsch-sowjetische/russische Vertrauen, das sich noch im Aufbau befand, hätte auf dem Spiel gestanden. Foertsch war sich im Klaren darüber, dass dieses Vertrauen das „Center of Gravity“ war, welches auf keinen Fall beschädigt werden durfte.

⁴⁹⁶ Generalmajor Foertsch/DtVKdoWGT, Vermerk zum Treffen mit Leitern der britischen und amerikanischen Militärmission, 18.10.1990, Quelle im Privatbesitz von Oberst a.D. Freiherr Grote.

⁴⁹⁷ Ebd.

Erneute Intervention des Auswärtigen Amts

Im Frühsommer 1991 hatte die britische Seite noch immer Schwierigkeiten, die neue Zuständigkeit bundesdeutscher Institutionen im Umgang mit sowjetischen Streitkräften zu akzeptieren. Auch die oben genannten und unmissverständlichen Verbalnoten des Auswärtigen Amts hinderten Vertreter des britischen Militärs und der britischen Außenpolitik offensichtlich nicht daran, weiterhin Kontakte zu sowjetischen Streitkräften aufrechtzuhalten. Das BMVg bat im Juni das Auswärtige Amt um Stellungnahme, weil Vertreter der britischen Botschaft und der Britischen Rheinarmee „in letzter Zeit wiederholt beim BMVg wegen geplanter Kontakte mit den sowjetischen Streitkräften in Deutschland vorgeschrieben [haben].“ Aus Sicht des Auswärtigen Amts gingen die britischen Vorstellungen dabei über den vereinbarten Rahmen – nur zwei Projektoffiziere waren erlaubt – hinaus. Die britische Seite habe „die Entwicklung eines Systems bilateraler Kontakte zwischen Rheinarmee und der WGT an[gestrebt]“, was den Vereinbarungen widersprechen würde. Neben Treffen auf höherer Ebene habe die britische Seite auch gemeinsame Musik-, Sport- und Schießveranstaltungen sowie der Austausch von Personal in kleinen Gruppen, beispielsweise von Piloten, beabsichtigt. Sogar der Aufbau von „Liaison Teams“ sei geplant gewesen, was der Begrenzung auf zwei Projektoffiziere zuwidergelaufen wäre.⁴⁹⁸ Dass das Auswärtige Amt erneut einschreiten musste, um die Aktivitäten des britischen Militärs einzudämmen, zeigt das mangelnde Anpassungsvermögen der britischen Akteure zu jener Zeit. Weitere Maßnahmen des Auswärtigen Amts sind nicht überliefert. Lediglich eine handschriftliche Anmerkung des Abteilungsleiters D2 vom 17. Juni 1990 erlaubt die Annahme, dass das Auswärtige Amt nicht von seiner Position abrückte: „Wir halten an unserer restriktiven Linie fest.“⁴⁹⁹ Damit untermaute das Auswertige Amt seine Verantwortung für zwischenstaatliche Angelegenheiten – in diesem Fall auch in militärischer Hinsicht.

f. Französische Militäraufklärung Britische Militäraufklärung nach dem 3. Oktober 1990

Auch das französische militärische Nachrichtenwesen hatte sein Interesse an den sowjetischen Truppen in Deutschland offenbar nicht verloren. Daniel Pasquier,

⁴⁹⁸ PA AA, B38 (ZA)/184729: Stellungnahme AA, Referat 216, zu Kontakten zwischen den sowjetischen und westlichen Streitkräften in Deutschland, 14.06.1991.

⁴⁹⁹ Ebd., handschriftliche Anmerkung auf S. 1.

ehemaliger Angehöriger der MMFL, erinnert sich an eine Kooperation mit dem französischen Auslandsnachrichtendienst DGSE: Demnach hätten nach dem 3. Oktober 1990 gemeinsame Ausbildungen von MMFL-Angehörigen und Nachrichtendienstmitarbeitern des DGSE stattgefunden. Wohl um die Hürden des Zwei-plus-Vier-Vertrags zu umgehen, sollte die bisherige militärische Beschaffungsoperation als verdeckte zivilmachrichtendienstliche Operation fortgeführt werden. Jedoch sei dieses gemeinsame Vorhaben am unterschiedlichen Verständnis von Methoden und Verhaltensweisen gescheitert. Dem DGSE sei es nicht gelungen, sich an das neue Operationsgebiet Ostdeutschland anzupassen. Gleichzeitig hätten sich die Voraussetzungen aufgrund der neuen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen derart verschlechtert, dass das Vorhaben spätestens im Sommer 1991 beendet worden wäre.⁵⁰⁰ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung erscheint die Auflösung der letzten MMFL-Strukturen in West-Berlin zum 30. Juni 1991 plausibel, die bereits im April 1991 angeordnet wurde, wie dem überlieferten Auflösungsbefehl zu entnehmen ist.⁵⁰¹ Falls nach dem 30. Juni 1991 französische nachrichtendienstliche Operationen gegen die WGT weiter fortgeführt wurden, dann vermutlich in Verantwortung des DGSE. Ob dabei auf Personal der MMFL zurückgegriffen wurde, kann nicht eindeutig beantwortet werden.

Interessanterweise war Wolbert Klaus Smidt, der von 1986 bis 1991 BND-Resident in Paris war,⁵⁰² in seiner Folgeverwendung als Unterabteilungsleiter 12 mit der BND-Operation „Giraffe“ betraut.⁵⁰³ Ob dies eine deutsch-französische Kooperation oder auch eine Duldung der Bundesregierung von französischen Geheimoperationen auf ostdeutschem Boden ermöglichte, ist zwar denkbar, jedoch bislang durch keine Quelle belegt.⁵⁰⁴

⁵⁰⁰ Zeitzeugengespräch mit ehemaligem MMFL-Angehörigen Oberst a.D. Daniel Pasquier am 30.10.2018.

⁵⁰¹ Ministère de la défense, Ordre de dissolution de la Mission militaire française de liaison à Potsdam (MMFL), adressiert an den Befehlshaber 2. Korps u. Chef des Stabes der Französischen Streitkräfte in Deutschland, General Bonte, 25.04.1991, Quelle im Privatbesitz von Daniel Pasquier; Patrick Manificat, *Au cœur de la Guerre froide. La Mission militaire de Potsdam*, Paris 2015, S. 26.

⁵⁰² Franceschini, Friies, Schmidt-Eenboom, *Spionage unter Freunden*, 2017, S. 168f;

⁵⁰³ Vgl.: Gujer, *Kampf an neuen Fronten*, 2008, S. 104. Vgl.: Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 266.

⁵⁰⁴ Wolbert Klaus Smidt verstarb 2016.

2. Operation „Giraffe“

a. Kooperation zwischen USMLM und ANBw?

Nach dem 3. Oktober 1990 stand die USMLM vor denselben rechtlichen und operativen Herausforderungen wie BRIXMIS und MMFL. Doch schienen die amerikanischen Militäraufklärer schneller erkannt zu haben, dass in Anbetracht der entsprechenden vertraglichen Regelungen der Weg zwangsläufig in eine Kooperation mit deutschen Stellen führen müsse, wenn der Informationsfluss über sowjetische Truppen in Deutschland nicht versiegen sollte. Anders als bei BRIXMIS, deren Fortführung vom britischen Außenministerium verhindert wurde,⁵⁰⁵ fehlte es auf amerikanischer Seite nicht an politischem Rückhalt. Ob die Amerikaner einen nachrichtendienstlichen Alleingang als Alternative in Erwägung gezogen haben, der den Zwei-plus-Vier-Vertrag unterminiert hätte, ist nach der derzeitigen Quellenlage nicht zu klären. Belegbar ist jedoch ein deutsch-amerikanisches „Intelligence Joint Venture“, also eine bilaterale nachrichtendienstliche Kooperation ab 1991. Zuvor kam es möglicherweise zu einer kurzzeitigen, wenngleich fragwürdigen Kooperation zwischen USMLM und der Bundeswehr.

Etwa ab Sommer 1990, als die fundamentalen Änderungen für die Westalliierten absehbar wurden, begann auch USMLM ihre Suche nach neuen operativen Möglichkeiten, um den Abzug der WGT nachrichtendienstlich zu nutzen: „According to CAD-B’s [Combined Analysis Detachment, Berlin] first commander, Colonel Mark Beto, Major General Cloyd H. Pfister, USA (ret.), USAREUR Deputy Chief of Staff for Intelligence (DCSI) in 1990, felt that the Mission could exploit the opportunities afforded by the conditions surrounding the departure of the Western Group of Forces (WGF), beginning in 1991.”⁵⁰⁶ Im militärnachrichtendienstlichen Selbstverständnis suchte USMLM dabei möglicherweise zunächst die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, wie Zeitzeugengespräche ergaben. Vertreter von USMLM wandten sich daher an das ANBw, die zentrale Dienststelle der Bundeswehr für das militärische Nachrichtenwesen. Es sollen einige Gespräche mit der Amtsführung in Bad-Neuenahr stattgefunden haben, um während des Abzugs gemeinsame Operationen

⁵⁰⁵ Morrison, *Intelligence in the Cold War*, 2014, S. 590.

⁵⁰⁶ Hoyt, *Cold War Pioneers*, 2008, S. 483.

durchzuführen.⁵⁰⁷ Inwiefern es dabei tatsächlich um nachrichtendienstliche Beschaffung ging oder lediglich um den Versuch der USMLM, einen Fuß in der Tür zu behalten, also von den Informationen der Bundeswehr nicht abgeschnitten zu werden, bleibt unklar. Der Austausch mit ausländischen Nachrichtendiensten war zwar ein Vorrecht des BND,⁵⁰⁸ zu diesem Zeitpunkt war USMLM jedoch unverändert eine militärische Einheit. Insofern scheint es einerseits plausibel, dass die Mission zunächst an die Bundeswehr herangetreten ist. Andererseits gab es bis dahin keine Zusammenarbeit zwischen USMLM und Bundeswehr, wohl aber mit dem BND. Es soll bereits Ende 1990 erste gemeinsame Maßnahmen zwischen USMLM und ANBw gegeben haben, unter anderem bei der Suche nach militärischen Dokumenten auf sowjetischen Müllhalden.⁵⁰⁹ Etwaige Maßnahmen wurden, so sie überhaupt stattfanden, möglicherweise Ende 1990 eingestellt.⁵¹⁰

Es ist dabei ausdrücklich zu betonen, dass gemeinsame Operationen zwischen USMLM mit dem ANBw bislang nur auf Aussagen von Zeitzeugen basieren, jedoch nicht durch Quellen belegt sind. Brisant daran wäre, dass das ANBw weder die gesetzlichen Befugnisse noch den Auftrag hatte, nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung gegen fremde Streitkräfte durchzuführen. Dieses Recht oblag ausschließlich dem BND. Anders hätte es sich bei offener Nachrichtengewinnung verhalten. Ein Informationsaustausch mit USMLM hätte unter gewissen Umständen stattfinden können, jedoch bedurfte dies der Absprache mit dem BND.⁵¹¹ Wie auch immer diese Kooperation ANBw-USMLM ausgesehen haben mochte: Wenn Soldaten des ANBw aktiv an verdeckter Nachrichtenbeschaffung gegen die WGT beteiligt gewesen wären, wäre dies nicht gesetzeskonform gewesen. Das erst 1990 erlassene BND-Gesetz wies eindeutig dem BND die militärische Auslandsaufklärung zu. Das militärische Nachrichtenwesen agierte in einem engeren und stark an Landes- und Bündnisverteidigung angelehnten Aufgabenspektrum. Das ANBw war überdies eine NATO-assignierte Dienststelle, deren Angehörige im Aufenthaltsgebiet der

⁵⁰⁷ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von USMLM und CAD-B 2018-2019.

⁵⁰⁸ Schmidt-Eenboom, *Der Schattenkrieger*, 1995, S. 256.

⁵⁰⁹ Diese Methode entsprach dem Vorgehen der USMLM im Rahmen der Operation „Sanddune“ bzw. „Tomahwak“ bei BRIXMIS. Siehe auch: Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020.

⁵¹⁰ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von USMLM und CAD-B 2018-2019.

⁵¹¹ In dem Fall wäre die für militärisches Nachrichtenwesen zuständige Stabsabteilung im BMVg, Fü S II, als Vermittler in Erscheinung getreten. Aktenüberlieferungen konnten dazu bislang nicht gefunden werden.

WGT keine militärischen Tätigkeiten nach Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrags hätten durchführen dürfen. Der Einsatz von Bundeswehrangehörigen des ANBw in der DDR vor dem 3. Oktober 1990 ist daher unwahrscheinlich.⁵¹² Möglicherweise verteilte das ANBw anfangs lediglich Aufträge an das territorial verantwortliche Bundeswehrkommando Ost, welches im Aufenthaltsgebiet der WGT Aufgaben des militärischen Nachrichtenwesens im eigenen G2-Bereich wahrnahm. Sollte dabei das ANBw eine Schnittstellenfunktion zwischen USMLM und Bundeswehrkommando Ost/G2 übernommen haben, wäre dies rechtlich unproblematisch gewesen. Bis zur Offenlegung der entsprechenden Quellen bleibt diese erste mögliche „Joint Venture“ im ungefähren; eine abschließende historische Bewertung steht bis dahin aus. Der Fall verdeutlicht dennoch die Konkurrenz zwischen ANBw und BND: Das Monopol des BND in der militärischen Auslandsaufklärung wäre in Frage gestellt worden, sollte sich das ANBw an derartigen Aktionen beteiligt haben. Die Konkurrenz zwischen beiden Institutionen hätte sich dadurch weiter verstärkt. Die Spezialisten in der USMLM-Dienststelle im Berliner Föhrenweg mussten sich daher einen anderen Weg einfallen lassen, wollten sie weiterhin Informationen über die WGT beziehen.

b. CAD-B – Combined Analysis Detachment, Berlin

Die USMLM wurde mit Beginn des Jahres 1991 in „Combined Analysis Detachment, Berlin“ (CAD-B) umbenannt, verbunden mit organisatorischen und strukturellen Veränderungen. CAD-B blieb zunächst dem Befehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa, USAREUR, zugeordnet. Ein weiterer Empfänger von CAD-B-Berichten blieb, wie schon zu USMLM-Zeiten, die DIA.⁵¹³ Im Gegensatz zu BRIXMIS und MMFL gelang es den Amerikanern, ihre MVM in eine konkrete Nachfolgeorganisation zu überführen, wobei ein Teil des Personals für andere Tätigkeiten abgezogen wurde: „USMLM left its mark in two broad areas that coincided with the unit’s unclassified and classified missions. The first area

⁵¹² Mascolo behauptet indes im Spiegel-Artikel, dass bereits 1990 USMLM mit BND-Mitarbeitern Beschaffungsoperationen durchgeführt hätte: „Der Wettlauf um die Geheimnisse der sowjetischen Streitkräfte hatte schon 1990 begonnen. Agenten der in Berlin stationierten Militärmissionen und BND-Beamte waren in den letzten Monaten der DDR ausgeschwärmt, um Beute zu machen. Sogar die Müllkippen der Russen durchstöberten Nachrichtendienstler auf der Suche nach Brauchbarem.“ Siehe: Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 68. Weitere Hinweise zu einer BND-USMLM-Kooperation noch zum DDR-Zeiten gibt es nicht. Auch Zeitzeugengespräche konnten diese Behauptung nicht bestätigen. Es ist daher nicht klar, welche Kooperation „in den letzten Monaten der DDR“ Mascolo beschreibt.

⁵¹³ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen von USMLM und CAD-B 2017-2019;

involved inspections and liaison activities such as those that were part of the On-Site Inspection Agency (OSIA) and Operation Provide Comfort in northern Iraq.” Der Rest verblieb indes in West-Berlin: „The second included intelligence activities, both those encompassed in the CAD-B, which began operations after USMLM stood down in late 1990, and those associated with the direct experience of observing Soviet military operations and equipment gained by Soviet FAOs during their tenure at USMLM.“⁵¹⁴

Nachdem die Kooperation von USMLM mit dem ANBw vermutlich bereits Ende 1990 eingestellt wurde, konnte CAD-B kurz darauf an eine weitaus vielversprechendere Nachrichtendienstkooperation mit der deutschen Seite anknüpfen. Diese ist von der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr grundsätzlich zu trennen.

c. Grundlagen der deutsch-amerikanischen Nachrichtendienstkooperation

Verhandlungen zwischen BND und CAD-B

Für die Interessen der amerikanischen Militäraufklärung war die Bundeswehr offensichtlich wenig geeignet. Sollten weiterhin Beschaffungsoperationen gegen die WGT durchgeführt werden, blieben nur noch geheime nachrichtendienstliche Operationen. Im Bereich der Militäraufklärung durfte dies in Deutschland nur der BND. Eine mögliche Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen Militäraufklärung und dem BND konnte nur nach einer klassischen Vorstellung in der westlichen Intelligence Community erfolgen, wonach, wie es Krieger beschreibt, souveräne Staaten gleichberechtigt zusammenarbeiten.⁵¹⁵ Wollte also USMLM/CAD-B mit dem BND kooperieren, war eine rechtlich-verbindliche Vereinbarung notwendig. Über die damit verbundenen Verhandlungen gibt es derzeit keine zugänglichen amtlichen Quellen. Eine Anzahl an überwiegend journalistischen Publikationen aus den 1990er und 2000er Jahren sowie Zeitzeugen- und Hintergrundgespräche ermöglichen jedoch eine begründete Vermutung.

Zeitzeugen der Umwandlung von USMLM zu CAD-B verwiesen auf die Haltung des BND, die Arbeit der MVM in nachrichtendienstlicher Hinsicht

⁵¹⁴ Hoyt, *Cold War Pioneers*, 2008, S. 482.

⁵¹⁵ Vgl.: Krieger, *Partnerdienste*, 2021, S. 17.

fortführen zu wollen. Möglicherweise führte dieses Selbstverständnis des BND zu den etwa ab November 1990 stattfindenden Verhandlungen zwischen USMLM und BND. An den Gesprächen über eine nachrichtendienstliche Kooperation nahmen auf amerikanischer Seite Angehörige von USMLM, später CAD-B, darunter der erste Dienststellenleiter Colonel Beto, teil.⁵¹⁶ Vom BND waren Mitarbeiter der Abteilung 1 (operative Beschaffung) involviert, allen voran der Leiter der Abteilung 1, Volker Foertsch, sowie der Leiter der Unterabteilung 12, Smidt und Referatsleiter G. Die Verhandlungen wurden sowohl in der BND-Zentrale in Pullach als auch im Raum Potsdam/Berlin durchgeführt.⁵¹⁷

Im Gegensatz zum ANBw verfügte der BND über die erforderlichen rechtlichen Befugnisse zur militärischen Auslandsaufklärung mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Dies räumte dem deutschen Auslandsnachrichtendienst einen Verhandlungsspielraum ein, den die Bundeswehr nicht hatte. Eine Einbindung des Bundeskanzleramts war in jedem Fall erforderlich, denn ohne die Zustimmung aus Bonn hätte eine nachrichtendienstliche Kooperation dieser Art nicht stattfinden können.⁵¹⁸ Bevor sich der BND und CAD-B auf ein gemeinsames Vorhaben einigten, unterzeichneten Kohl und Gorbatschow am 9. November 1990 den deutsch-sowjetischen „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“, der im Artikel 4 auf vertrauensbildende Maßnahmen abhebt.⁵¹⁹ Als der Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion am Juli 1991 in Kraft

⁵¹⁶ „He [Col. Mark Beto] was in Berlin when the Berlin Wall fell, and was soon tasked with leading a special unit that had been operating behind the Iron Curtain. The team had to adapt to a new, post-Cold War environment, which involved keeping a continued focus on the Russian military but with new approaches to operating in the region. It was a challenging but rewarding time to see history in the making.“ Siehe: Aggie Leaders Connect, Mark Beto (77), <http://aggieleaders.tamu.edu/mark-beto-77/> (letzter Aufruf 26.03.2019).

⁵¹⁷ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von USMLM und CAD-B 2018-2019. G. (Deckname Gigl) war zuvor Referatsleiter einer BND-Außenstelle in Bremen, vermutlich 12B oder 12D. Vgl.: Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 77.

⁵¹⁸ Dem Verfasser wurde die Einsicht in vorhandene Akten des BND aus dem Zwischenarchiv im Bundeskanzleramt verwehrt. Eine quellengestützte Darstellung der Rolle des Bundeskanzleramts und des BND während der Verhandlungen über eine deutsch-amerikanische Nachrichtendienstkooperation ist daher bislang nicht möglich. Es handelt sich dabei um eine bilaterale Angelegenheit, über deren Aktenfreigabe die deutsche Seite nicht allein entscheiden dürfte, sondern auch eine entsprechende Freigabe von US-amerikanischer Seite erforderlich wäre.

⁵¹⁹ „Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden darauf hinwirken, daß durch verbindliche, wirksam nachprüfbar Vereinbarungen Streitkräfte und Rüstungen wesentlich reduziert werden, so daß, zusammen mit einseitigen Maßnahmen, ein stabiles Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau, insbesondere in Europa hergestellt wird, das zur Verteidigung, aber nicht zum Angriff ausreicht. Das gleiche gilt für einen multilateralen wie bilateralen Ausbau vertrauensbildender und stabilisierender Maßnahmen.“ Siehe: Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 09.11.1990, Art. 4.

trat, war die nachrichtendienstliche Beschaffungsoperation gegen sowjetische Truppen bereits in vollem Gange. Dieses Unternehmen dürfte allerdings eher für mehr Vertrauen zwischen den USA und der Bundesrepublik gesorgt, als die deutsch-sowjetischen Beziehungen gefestigt zu haben.

Memorandum of Understanding

Die Verhandlungen zwischen USMLM/CAD-B und BND, die über das Jahr 1990 hinausgingen, mündeten in einem Memorandum of Understanding (MoU) am 7. Mai 1991 zwischen dem BND und USAREUR.⁵²⁰ In dieser Vereinbarung einigten sich beide Seiten auf ein gemeinsames nachrichtendienstliches Engagement während des Truppenabzugs.⁵²¹ Der Spiegel-Artikel „Suche Panzer, biete Lada“ von 1997 liest sich, als habe das ansonsten geheim gehaltene Memorandum dem Spiegel vorlegen oder zumindest die beteiligten Journalisten Einblick in das Dokument erhalten. Demnach beschreibe das Papier „in einem knappen Dutzend Artikel nebst Anlagen präzise die Modalitäten eines staatlich geplanten Raubzuges.“⁵²² Dabei war neben dem Erlangen von Informationen über die WGT vor allem die Beschaffung sowjetischer Wehrtechnik das Ziel der Operation. Es ist davon auszugehen, dass das Memorandum die Modalitäten, Abläufe und Verantwortlichkeiten der gemeinsamen Beschaffungsoperation zwischen beiden Parteien festlegte. Denkbar ist auch, dass im Memorandum das Anbahnen und Führen von menschlichen Quellen geregelt wurde, wonach dem BND die Hoheit über HUMINT-Operationen gegen die WGT oblag. Dafür sprechen sowohl Zeitzeugenaussagen als auch die rechtlichen Rahmenbedingungen.⁵²³ Auch Juretzko erinnert sich an politische Vorbehalte aus Bonn gegenüber einem amerikanischen operativen Alleingang: „Der Bundeskanzler hat allerdings entschieden, dass es keine amerikanischen Alleingänge im Zusammenhang mit dem

⁵²⁰ CAD-B war als kleinere Dienststelle vermutlich nicht befugt, ein derartiges bilaterales Abkommen mit dem BND abzuschließen. Daher trat für das Memorandum of Understanding USAREUR in Erscheinung. CAD-B stand unter dem Kommando von USAREUR. Zum Datum: Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 68.

⁵²¹ Peter Scherer, Codename "Giraffe", in: Die Welt, 1999 (06.11.1999).

⁵²² Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 68.

⁵²³ Insbesondere die Quellenanbahnung von sowjetischen Militärangehörigen hätte überwiegend auf dem Stationierungsgebiet der WGT stattfinden müssen. CAD-B hätte dort aufgrund der Restriktionen des Zwei-plus-Vier-Vertrags nicht tätig werden dürfen; zudem habe die deutsche Seite darauf bestanden, die operative Quellenführung nicht den Amerikanern zu überlassen. Zeitzeugengespräche mit Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2016-2020.

Abzug [...] geben darf.“⁵²⁴ Mit dem BND als Partnerdienst und der Zustimmung aus dem Bundeskanzleramt ließen sich die Interessen von CAD-B wesentlich leichter realisieren. Gleichzeitig achtete die US-Seite die neue politische Souveränität Deutschlands, indem sie diesen vertragskonformen Weg beschritt.

Nach Jahrzehnten der Ausübung von alliierten Sonderrechten mag dieses Verhalten der Amerikaner, sich den deutschen Erwartungen anzupassen oder gar unterzuordnen, nicht selbstverständlich erscheinen. Es ging CAD-B nicht zuletzt darum, die Infrastruktur der USMLM-Dienststelle im Föhrenweg in Berlin weiter zu nutzen, die sonst im Zuge der allgemeinen Auflösung von US-Dienststellen in West-Berlin eventuell hätte vorzeitig aufgegeben werden müssen. Nach der Schließung der USMLM-Dienststelle in Potsdam blieb nur noch die „Villa Keitel“ im Berliner Föhrenweg, die jahrelang der Auswertung der USMLM-Touren diente, auch unter Nutzung von Computertechnik.⁵²⁵ Für eine adäquate Fortführung der Aufklärung der WGT war die Infrastruktur im Föhrenweg daher unverzichtbar. Die lange Erfahrung der ehemaligen USMLM-Angehörigen, ihr technisches Verständnis und das Wissen um operative Anknüpfungspunkte betrachtete der BND als Mehrwert einer Kooperation. Ohne dieses Angebot wäre eine gemeinsame Beschaffungsoperation zwischen BND und CAD-B nicht zustande gekommen. Das erklärt die – zumindest anfängliche – Anpassungswilligkeit von CAD-B.

Die Beschaffungsoperation des BND gegen die abziehende WGT erhielt den Operationsnamen „Giraffe“.⁵²⁶ Die Medienberichterstattung, die in den 1990er und 2000er Jahren teilweise auf Informanten aus dem BND selbst basierte, verwies ebenso auf die Operation „Giraffe“.⁵²⁷ Dabei scheint der Operationsname nicht willkürlich ausgewählt worden zu sein: Die Giraffe dürfte für jene Nachrichtendienstler stehen, die bildlich gesprochen mit langen Hälsen über die sowjetischen Kasernenmauern blickten. Dass CAD-B ihrerseits den Operationsnamen „Black Foot“ nutzte, wie Juretzko behauptet, ließ sich bislang nicht bestätigen.⁵²⁸

⁵²⁴ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 18.

⁵²⁵ Vgl.: Hoyt, *Cold War Pioneers*, 2008, S. 471.

⁵²⁶ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 143; Mascolo, *Suche Panzer, biete Lada*, S. 68; *Zeitzeugengespräche mit Mitarbeitern von BND und CAD-B, 2016-2020*; Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020.

⁵²⁷ Vgl.: Scherer, *Codename "Giraffe"*.

⁵²⁸ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 15; *Zeitzeugengespräche mit Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2016-2019*.

Gemeinsame Dienststelle im Föhrenweg

Die ehemalige USMLM-Dienststelle im Berliner Föhrenweg ging zum Jahreswechsel 1990 auf 1991 nahtlos in den Dienstsitz von CAD-B über.⁵²⁹ Die „Villa Keitel“ bot viele Vorteile, aber gleichzeitig auch einen entscheidenden Nachteil. Die Infrastruktur der Liegenschaft umfasste mit Computertechnik, Spezialfahrzeugen sowie Foto- und Labortechnik aus der USMLM-Zeit alles, was für die Aufklärung der sowjetischen Truppen weiterhin vonnöten war. Der Dienstsitz in Berlin Dahlem galt jedoch „verbrannt“, das heißt das Objekt war den anderen Nachrichtendiensten – und insbesondere dem ehemaligen MfS und der sowjetischen Spionageabwehr – bekannt gewesen.⁵³⁰ Das MfS hatte über zahlreiche Mitarbeiter der westlichen MVM umfassende Dossiers angefertigt. Hierzu hatte auch das KGB Zugang.⁵³¹ Damit waren die meisten Angehörigen von CAD-B, insbesondere jene mit USMLM-Vordienstzeit, der Gegenseite bekannt. Fraglich bleibt indes, in welchem Umfang und vor allem wie schnell es dem KGB nach dem Wegfall der MfS-Spionageabwehr gelang, Aktivitäten von CAD-B und 12YA selbst abzuwehren. Für die Anfangszeit scheint dies nicht gelungen zu sein, wie die sich bald einstellenden Erfolge der Operation „Giraffe“ belegen.⁵³²

⁵²⁹ Die CAD-B-Dienststelle im Föhrenweg wird in einem Dankschreiben des Dienststellenleiters von CAD-B, Lieutenant Colonel Mark Beto, an den Kommandeur des 6941. Wachbataillons (Guard Battalion), Lieutenant Colonel Klaus P. Bartels, vom Juni 1992 erwähnt; dem Briefkopf ist „Unit 26706“ zu entnehmen. „[...] The physical security of CAD-B has been greatly enhanced since the return of your personnel to guard duties at the compound at 19-21 Föhrenweg. [...] [Unterschrift] Mark B. [?] BETO, LTC [Lieutenant Colonel], MI [Military Intelligence], Commander“. Siehe: Mark B. Beto, Memorandum for LTC Klaus P. Bartels, Commander, 6941st Guard Battalion. Subject: A Job well done, 08.06.1992, <http://www.guardbattalion.de/index.php/foehrenweg-usmlm-cad-b.html> (letzter Aufruf 01.04.2019); Demnach führte das Wachpersonal des US-amerikanischen Wachbataillons Zugangskontrollen und abendliche Objektstreifen durch. Dies habe zuvor die deutsche Wachpolizei – anscheinend nicht zur vollsten Zufriedenheit von CAD-B – den Objektschutz durchgeführt. Inwiefern der BND selbst oder auch US-Dienste objektbezogene Spionageabwehr durchführten, ist nicht bekannt, jedoch anzunehmen. In der Abteilung 5 des BND, die für Sicherheitsfragen zuständig war, gab es u.a. die Unterabteilung 52 – Personelle, materielle, operative Sicherheit, Geheimschutzbeauftragter. Siehe: Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 58. Vgl.: Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 266.

⁵³⁰ Vgl.: Ebd., S. 20f.

⁵³¹ Streckel, Lizenzierte Spionage, 2008, S. 80–89.

⁵³² Ein Zeitzeuge von CAD-B erinnert sich an russische Mieter, die im Verlauf der Operation „Giraffe“ eine Wohnung gegenüber der Dienststelle im Föhrenweg bezogen hätten. Auch seien verdächtige Antenneninstallationen gesehen worden. Weitere Belege für diese Behauptung gibt es allerdings nicht. In der Tat wurde etwa ab 1991 direkt gegenüber der „Villa Keitel“ ein Wohnhaus errichtet, sodass eine Aktivität der sowjetischen/russischen Spionageabwehr von diesem Gebäude aus zumindest nicht auszuschließen ist.

Die Mitarbeiter des BND zogen vermutlich im Frühjahr 1991 in das Obergeschoss der „Villa Keitel“, während CAD-B den Keller und das Untergeschoss nutzte.⁵³³ Am 7. Juni 1991 übernahm der BND die Liegenschaft.⁵³⁴ Die Dienststelle firmierte bezeichnenderweise unter dem Tarnnamen „Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung“, später nachweislich auch als „Dokumentationsstelle für Wehrtechnik und Umweltschutz“, was ebenfalls an die tatsächliche Aufgabe der Dienststelle erinnert.⁵³⁵

d. Dienststelle 12YA

Organisation und Unterstellung

Wie schon während des Kalten Krieges wurden bestimmte Operationen der Abteilung 1 des BND (operative Beschaffung) nicht von Pullach aus, sondern von Außenstellen geführt. Diese hatten den Charakter einer Dienststelle in Form eines Referats oder Sachgebiets, geleitet von einem Dienststellenleiter. Sie waren einer entsprechenden Abteilung oder einem Referat zugeordnet. Im Frühjahr/Sommer 1991 wurde aus dem Objekt im Föhrenweg eine Dienststelle des BND.

„Giraffe“ war eine Beschaffungsoperation (Collection), wobei TECHINT und HUMINT im Vordergrund standen. Somit war Abteilung 1 (operative Beschaffung) für die Operation verantwortlich. Einen Hinweis auf die genaue BND-interne Zuordnung der Operation „Giraffe“ liefert ihr Dienststellenkürzel: In 12YA steht die Zahl 12 für die Unterabteilung 12, operative Beschaffung Ostblock. Der Buchstabe A war zwar um 1990/91 vermutlich das für die Sowjetunion zuständige Referat, jedoch verweist in solchen Dienststellenbezeichnungen der erste Buchstabe nach der Zahl auf die Referatsunterstellung. In diesem Fall weist Y auf eine direkte Unterstellung unter den Unterabteilungsleiter oder stellvertretenden

⁵³³ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 21f; Mascolo, *Suche Panzer, biete Lada*, S. 70.

⁵³⁴ Zeitzeugengespräch mit ehemaligem Angehörigen von CAD-B, Juni 2019.

⁵³⁵ Streckel, *Lizenzierte Spionage*, 2008, S. 172. Die erstgenannte Tarnbezeichnung findet sich in einem Schreiben jener „Dokumentationsstelle“ an das Bundesvermögensamt Magdeburg vom 25. Oktober 1993 wieder, indem die Begehung der zuvor freigewordenen WGT-Liegenschaft Halberstadt angekündigt wurde. Bezeichnenderweise wird nur eine Berliner Telefonnummer genannt, nicht jedoch die Adresse der Dienststelle. Siehe: LASA, L 34, 25: Schreiben der „Dokumentationsstelle für Wehrtechnik und Umweltschutz“ an das Bundesvermögensamt Magdeburg, 25.10.1993.

Unterabteilungsleiter, da es kein Referat 12Y gab.⁵³⁶ 12YA entsprach daher einem selbständigen Sachgebiet, dessen erster Dienststellenleiter zunächst Major, später Oberstleutnant K. (Deckname Norbert Assinger) wurde. Als Führungsstellenleiter fungierte in Pullach Oberst G. (Deckname Gigl), der vermutlich das Russland-Referat (12 A) leitete.⁵³⁷ Gigl nahm nach Erinnerungen von Zeitzeugen eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen zum Memorandums of Understanding ein.⁵³⁸ Seine weitere Bedeutung für die Operation „Giraffe“ konnte nicht weiter geklärt werden. Offensichtlich war er das Bindeglied zwischen 12YA und der Unterabteilung 12, die im Laufe des Jahres 1991 von Wolbert Smidt geführt wurde. Volker Foertsch trug im operativen Bereich als Leiter der Abteilung 1 die höchste Verantwortung und war darüber nur dem Präsidenten des BND und dem Bundeskanzleramt rechenschaftspflichtig.⁵³⁹ Eine präzisere Benennung der Verantwortlichkeiten und Unterstellungsverhältnisse in Hinblick auf 12YA ist in Anbetracht des derzeit eingeschränkten Quellenzugangs nicht möglich.

Die Dienststelle 12YA kann auch in einer amtlichen Quelle nachgewiesen werden: Das Referat 33G (Militärtransporte) der BND-Militärauswertung nennt in einem Schreiben an das Bundeswehr-Verbindungskommando zur WGT eine vorherige gemeinsam Inspektion von 12YA mit CAD-B im ehemaligen sowjetischen Nuklearwaffenlagers in Halle im Herbst 1991.⁵⁴⁰ Auf diesen Vorgang wird später genauer eingegangen, jedoch sei vorab angemerkt, dass dieses einzelne Dokument als wichtiger Beleg für die Kooperation von CAD-B und dem BND während des Abzugs der WGT dient. Die Bezeichnung und die Existenz der BND-Dienststelle 12YA können damit als gesichert betrachtet werden.

Standortfrage

Jede nachrichtendienstliche Operation wird durch bestimmte Rahmenbedingungen und Faktoren beeinflusst. Diese können über Erfolg und Misserfolg entscheiden.

⁵³⁶Vgl.: Gujer, Kampf an neuen Fronten, 2008, S. 55. In der BND-Gliederung nach Schmidt-Eenboom soll 12 A 1988 noch für Auftragssteuerung, Meldungsbearbeitung Warschauer Pakt (was sowjetische Streitkräfte nicht ausschloss) zuständig gewesen sein. 12 E war das Sowjetunionreferat, sodass aus 12 E möglicherweise auch das Russlandreferat wurde. Vgl.: Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 57.

⁵³⁷ Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 151.

⁵³⁸ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B, 2017-2019.

⁵³⁹ Vgl.: Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 57.

⁵⁴⁰ BArch, MA, BW 55/279: BND, 33G an DtVKdoWGT, Besichtigung des ehemaligen Nuklearwaffenlagers der WGT in Halle, 27.09.1991.

Im Falle der Operation „Giraffe“ spielte der Standort der von Pullach abgesetzten Dienststelle 12YA eine wesentliche Rolle, da die Informationsbeschaffung bis 1994 einen starken Raumbezug hatte. Berlin war durch die zentrale Lage im Aufenthaltsgebiet der WGT ein günstiger Ausgangspunkt für Beschaffungsoperationen. Auch andere militärische und zivile Dienststellen der ehemaligen DDR, aber auch neu geschaffene Behörden und Dienststellen, mit denen der BND und insbesondere 12YA kooperierten, lagen mehrheitlich im Raum Berlin. Gleichzeitig konnten sich 12YA und CAD-B auf noch vorhandene, wenngleich im Wandel befindliche nachrichtendienstliche Strukturen der Westmächte und des BND selbst in West-Berlin abstützen. Eine solche Abstützung wäre auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht möglich gewesen. Die Alternative wäre eine Operationszentrale in den „alten Bundesländern“ gewesen. Offensichtlich überwogen aus operativer Sicht die Vorteile einer Dienststelle in Berlin Dahlem gegenüber dem Risiko, dadurch grundsätzlich einer gezielten Spionageabwehr ausgesetzt zu sein.

Personal

Was unter operativen Gesichtspunkten zunächst zweckmäßig erscheinen mag, sagt natürlich noch nichts über die Erwartungen der Mitarbeiter an ihren Dienort aus. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung sagte nicht jedem BND-Mitarbeiter der Arbeitsort Berlin zu, vor allem nicht denjenigen, die ihren Wohnort im Umfeld der Pullacher Zentrale hatten.⁵⁴¹ Auch Juretzko deutet die mangelnde Attraktivität Berlins im Jahr 1991 an: „In Pullach waren damals alle abgetaucht und für den Berlin-Job nicht verfügbar.“⁵⁴² Es gab offensichtlich Schwierigkeiten, bereitwilliges Personal für einen längeren Einsatz in Ostdeutschland zu finden. Hieraus resultierte eine Herausforderung für die Personalführung des BND, geeignetes Personal zur Nachrichtenbeschaffung gegen die WGT einzusetzen.

War der BND überhaupt auf die neue Aufgabe, sowjetische Quellen anzuwerben, vorbereitet? Die militärische Ostaufklärung war während des Kalten Krieges das Hauptbetätigungsfeld des BND und basierte vor allem auf SIGINT und den Informationen der Partnerdienste, weniger jedoch auch auf HUMINT. Lediglich Deserteure, denen die Flucht aus der DDR gelang, wurden im Rahmen

⁵⁴¹ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen von CAD-B und des BND, 2018-2019.

⁵⁴² Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 18.

des Befragungswesens des BND als Quasi-Innenquelle genutzt. Die Ostaufklärung des BND war vor allem auf das Anbahnen und Führen von deutschsprachigen Quellen spezialisiert. Hierfür gab es ein intensiv geschultes Personal. Für die umfassende Anbahnung und Führung russischsprechender Quellen mangelte es dem BND zu Beginn der Operation Giraffe 1991 jedoch an Erfahrungen.

Es fehlte also an „prädestiniertem“ Personal für die Operation „Giraffe“. Fachliche und sprachliche Expertise zur GSSD/WGT gab es zwar in der Abteilung 3 (Auswertung), jedoch hatten die Analysten im Sinne des Schottenprinzips beim BND keinen direkten Zugang in die operative Nachrichtenbeschaffung der Abteilung 1. Auch ein kurzfristiger Einsatz von Militäranalysten in der Nachrichtenbeschaffung kam aufgrund der mehrmonatigen Ausbildung zum Beschaffer nicht infrage.⁵⁴³

In Ermangelung geeigneter Operateure wurden unter anderem ehemalige BND-Mitarbeiter von Stay-Behind-Strukturen – „Unteroffiziere und rangniedere Offiziere wie [Hauptmann] Juretzko [...], die nur eine rudimentäre nachrichtendienstliche Ausbildung besaßen“ – bei 12YA eingesetzt. Diese kamen mehrheitlich aus einer abzuwickelnden BND-Dienststelle in Hannover.⁵⁴⁴ Diese „Fußsoldaten des Kalten Krieges“, so Gujer, von denen es zur Abwicklung der Stay-Behind-Strukturen 1991 noch 26 Hauptamtliche gegeben haben soll, seien dann in Ostdeutschland zum Einsatz gekommen, „obwohl deren Defizite allgemein bekannt waren.“⁵⁴⁵ Juretzko, der selbst bis 1990/91 mit der Abwicklung von Stay-Behind-Strukturen des BND beschäftigt war, bestätigt die Personalrekrutierung aus diesem speziellen Bereich des BND.⁵⁴⁶ Laut Juretzko soll der letzte BND-Leiter von Stay-Behind „Gassing“, also Major K., gewesen sein – der erste Dienststellenleiter von 12YA.⁵⁴⁷ Immerhin konnten die ehemaligen Stay-Behind-Mitarbeiter eine militärisch vielfältige Ausbildung vorweisen, die sie für bestimmte Aspekte der militärischen Nachrichtenbeschaffung sensibilisierte; mitnichten waren sie jedoch Experten für die Sowjetarmee. Ein Teil der Angehörigen von

⁵⁴³ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen BND-Mitarbeitern, 2018-2019.

⁵⁴⁴ Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020; Gujer, *Kampf an neuen Fronten*, 2008, S. 27f; Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 137.

⁵⁴⁵ Gujer, *Kampf an neuen Fronten*, 2008, S. 28.

⁵⁴⁶ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 133–139; Zu Stay Behind beim BND siehe: Erich Schmidt-Eenboom und Ulrich Stoll, *Die Partisanen der NATO. Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946-1991*, Berlin 2015 Siehe auch: Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020.

⁵⁴⁷ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 136f.

12YA absolvierte Schulungen und Lehrgänge, um das Fehlen einer intensiven und langwierigen Ausbildung zum Operateur ansatzweise zu kompensieren.⁵⁴⁸

Dennoch gab es vereinzelt „handwerkliche“ Expertise für die Quellenanbahnung und -führung bei 12YA. Gujer verweist auch auf ehemalige Beschaffer aus der DDR-Aufklärung aus dem BND, die nach Auflösung ihrer Referate und Sachgebiete in unbekannter Stärke zu 12YA versetzt wurden.⁵⁴⁹ Mindestens ein weiterer Mitarbeiter aus der operativen Aufklärung außerhalb des Ostblocks übernahm ebenfalls die Funktion als Verbindungsführer bei 12YA. Im Kontrast dazu berichtet Juretzko von einem Bundeswehrosoldaten, der bis 1990 Aufklärungshubschrauber des BND geflogen haben soll und dann zu 12YA versetzt wurde, weil keine Aufklärungsflüge mehr durchgeführt wurden.⁵⁵⁰ Mit der militärfachlichen Expertise der MVM-Angehörigen, die sich über Jahre mit der GSSD/WGT befasst und die DDR intensiv erkundet hatten, konnten die 12YA-Mitarbeiter keineswegs mithalten. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die meisten ehemaligen USMLM-Tourer bei CAD-B nur sehr begrenzte HUMINT-Erfahrung hatten, da ihr Einsatzwert für verdeckte Operationen aufgrund der Uniformtragepflicht nur sehr gering gewesen war.

Aufgrund der langjährigen Beschäftigung des BND mit der GSSD/WGT waren bei der Unterabteilung 33 (Militärauswertung) in Pullach umfassende Erkenntnisse über Strukturen, Ausrüstung und militärische Potenziale – die klassische ORBAT-Intelligence –, vorhanden. Damit ließen sich aber nicht zwingend die Ereignisse und Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Truppenabzug beurteilen, mit denen ab spätestens 1991 auch kurzfristig gerechnet werden musste. Hierfür waren ein verändertes Denken und neue Herangehensweise erforderlich, zumal der BND aufgrund des Wegfalls der westlichen MVM mit einem geringeren Meldeaufkommen der Partnerdienste konfrontiert wurde. Der BND war nun selbst für eigenen Erkenntnisgewinn verantwortlich. Die Herausforderung lag dabei weniger in der Analyse, sondern vor allem in der Beschaffung. Darüber hinaus kristallisierte sich bereits während der Verhandlungen zum AAV eine maßgebliche Rolle der Bundeswehr für die Umsetzung des Abzugs heraus. Es wurde somit für den BND und das BMVg

⁵⁴⁸ Zeitzeugengespräche mit ehemaligem BND-Mitarbeiter, 2019.

⁵⁴⁹ Gujer, *Kampf an neuen Fronten*, 2008, S. 27.

⁵⁵⁰ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 160.

erforderlich, ihr weiteres nachrichtendienstliches und militärisches Handeln abzustimmen, da es ansonsten zu überschneidenden Verantwortungs- und Aufgabenbereichen hätte kommen können.

e. Auslandsaufklärung im Inland?

Während USMLM und BND über eine zukünftige gemeinsame Beschaffungsoperation konsultierten, trat 34 Jahre nach Gründung des BND am 20. Dezember 1990 ein Gesetz in Kraft, das dem deutschen Auslandsnachrichtendienst erstmals eine Gesetzesgrundlage gab. Hierbei spielten vor allem Datenschutzerwägungen eine Rolle, die besonders die technische Aufklärung des BND berührten und einer gesetzlichen Regelung bedurften.⁵⁵¹ Die Bewertung der Rolle des BND beim Truppenabzug hat daher unter Berücksichtigung des sogenannten BND-Gesetzes (BNDG) zu erfolgen. Dabei steht die Frage im Raum, inwieweit der Einsatz des BND im Inland (im Beitrittsgebiet beziehungsweise Aufenthaltsgebiet der WGT) rechtmäßig war. Vielzitiert und maßgeblich für die Beantwortung dieser Frage ist § 1 Absatz 2 Satz 1 BNDG. Dieser Paragraph definiert in den Auftrag des BND:

„Der Bundesnachrichtendienst sammelt zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind, die erforderlichen Informationen und wertet sie aus.“⁵⁵²

Dieser Satz ist für die Legitimation der Operation „Giraffe“ entscheidend: Zwar gilt für den BND grundsätzlich ein Verbot zur *Inlandsaufklärung*, jedoch beschränkt das Gesetz die Durchführung von nachrichtendienstlichen Maßnahmen des BND nicht räumlich auf das Ausland, sondern stellt lediglich einen inhaltlichen Bezug zum Ausland her. Auslandsaufklärung muss nach § 1 Absatz 2 BNDG nicht ausschließlich im Ausland stattfinden, jedoch müssen die Aufklärungsmaßnahmen stets dazu bestimmt sein, der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Erkenntnisgewinnung zu dienen; Es gibt für den BND also kein Verbot der *Inlandstätigkeit*. Dieser Umstand ist eine wesentliche Grundlage für die Rechtmäßigkeit der Operation „Giraffe“: Mit Vollzug der deutschen Einheit war

⁵⁵¹ Zur Rechtsdebatte über den BND siehe: Weisser, Entwicklung des BND, 2014, S. 100–124; Erxleben, Agenten zwischen den Fronten, 2015, S. 137–140.

⁵⁵² BND-Gesetz, § 1 Abs. 2, vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2979).

das Aufenthaltsgebiet der WGT zwar kein Ausland mehr, jedoch befanden sich ausländische Streitkräfte auf bundesdeutschem Territorium, quasi als ausländische Enklave im Bundesgebiet. Die WGT galt unverändert als Teil des militärischen Potenzials der Sowjetunion und blieb somit Gegenstand der militärischen Auslandsaufklärung des BND.⁵⁵³ Auch operative Maßnahmen wie die Schaffung von Legendendienststellen und -firmen oder das Aneignen von Scheinidentitäten durch BND-Mitarbeiter hatte nun in Abstimmung mit deutschen Stellen zu erfolgen. Das war zwar einerseits weniger aufwendig, als diese Maßnahmen im Ausland durchführen zu müssen, andererseits war eine solche massive Abstützung auf das Inland für den deutschen Auslandsnachrichtendienst eher ungewöhnlich. Es dürfte daher kein Zufall gewesen sein, dass der damalige BND-Präsident Porzner 1992 in einem Vortrag bemerkte, „daß der BND, um seiner Aufgabe – der Auslandsaufklärung – nachzukommen, mit Personen im Inland zusammenarbeitet.“⁵⁵⁴

Allerdings verlor der BND die alleinige „Verantwortung“ über die WGT, da weitere Akteure der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur in Erscheinung traten, allen voran BMVg und Bundeswehr. Denn § 1 Satz 2 BNDG besagt nicht, dass der BND ausschließlich für ausländische Wehrpotenziale zuständig ist. Nach § 2 Absatz 1 Satz 4 BNDG durfte der BND nur dann die erforderlichen Informationen über Vorgänge im Ausland erheben, „wenn sie nur auf diese Weise zu erlangen sind und für ihre Erhebung keine andere Behörde zuständig ist.“⁵⁵⁵

f. Planung und Durchführung der Operation „Giraffe“

Fortführung der ORBAT-Intelligence

Zunächst zielte Operation „Giraffe“ darauf ab, die klassische ORBAT-Intelligence der westlichen MVM und insbesondere der USMLM fortzuführen. Hierfür wurden Einheiten und Standorte der WGT durch 12YA-Operateure beobachtet, Fahrzeugnummern registriert, Bahnverladungen dokumentiert – aber auch

⁵⁵³ Christian Haden, Die strategische Fernmeldeüberwachung des Bundesnachrichtendienstes. Grundlagen, historischer Rechtsrahmen und Grundrechtsrelevanz der (rein auslandsbezogenen) Fernmeldeüberwachung, Hamburg 2017, S. 6; Christoph Gröpl, Die Nachrichtendienste im Regelwerk der deutschen Sicherheitsverwaltung. Legitimation, Organisation und Abgrenzungsfragen, Berlin 1993 (= Schriften zum öffentlichen Recht, 646), S. 228f.

⁵⁵⁴ Porzner, Bundesnachrichtendienst im Gefüge, 1993, S. 240.

⁵⁵⁵ BND-Gesetz, § 2 Abs. 1 Satz 4, vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2979).

Müllhalden im Umfeld der Kasernen nach Dokumenten durchwühlt.⁵⁵⁶ 12YA setzte somit das außerordentlich erfolgreiche „Sanddune“-Programm von USMLM fort. CAD-B musste den die Arbeit den BND-Mitarbeitern überlassen. Die Analyse erfolgte – wie schon bei USMLM – durch die CAD-B-Analysten im Föhrenweg.⁵⁵⁷ Juretzko vermochte zwar das grundsätzliche Potenzial dieser Methode erkannt haben, letztlich empfand er das Durchwühlen von Müll als entwürdigend: „Ich war Bundeswehroffizier, und nun wollten sie mich zum Müllwerker degradieren.“⁵⁵⁸ Dennoch hätten sich dadurch große Mengen an Militärunterlagen sammeln lassen, „von Speiseplänen der Kantinen und Einsatzlisten des Personals bis hin zu Befehlen mit streng geheimer Einstufung.“ Um die Müllsammlung zu effektivieren, hätten die Mitarbeiter von 12YA ihre Kontakte zu den ostdeutschen Müllmännern durchorganisiert. Diese „achteten dabei vor allem auf Schriftstücke und technisches Gerät.“⁵⁵⁹ CAD-B-Analyst Schenk erinnert sich, dass sich 12YA-Operateure auch als Umweltinspektoren legierten (wahrscheinlich als Beamte vom Bundesumweltamt oder der IABG⁵⁶⁰) und sich somit Zutritt zu den Liegenschaften verschafften respektive eine gute Ausrede hatten, falls sie beim Durchforsten der Hinterlassenschaften von WGT-Angehörigen erwischt worden wären.⁵⁶¹

Es bleibt fraglich, ob die BND-Mitarbeiter wirklich das volle nachrichtendienstliche Potenzial von militärischen Hinterlassenschaften jeglicher Art erkannten und entsprechenden Aufwand betrieben, wie zuvor USMLM mit dem „Sanddune“-Programm und auch BRIXMIS mit Operation „Tomahawk“. Das Beziehen von Informationen aus Müll habe ohnehin nur noch etwa für die ersten ein oder eineinhalb Jahre funktioniert, weil sich zunehmend die Einflussnahme der

⁵⁵⁶ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 140–143; Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020.

⁵⁵⁷ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2018-2019; Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 143; Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020.

⁵⁵⁸ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 141.

⁵⁵⁹ Ebd., S. 142.

⁵⁶⁰ Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH mit Sitz in Ottobrunn bei München. Die IABG kooperiert auch eng mit der Bundeswehr in den Bereichen Rüstung, Umwelt, Sicherheit und Verteidigung. Siehe: IABG, IABG - Homepage, <https://www.iabg.de/> (letzter Aufruf 26.01.2021).

⁵⁶¹ Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020.

deutschen Behörden auf die WGT hinsichtlich ihres Umgangs mit Müll ausgewirkt habe.⁵⁶² Die Quelle versiegte.⁵⁶³

Primäres Ziel: Technical Intelligence

In Deutschland war nur der BND für TECHINT zuständig, der nachrichtendienstlichen Beschaffung fremden Wehrmaterials. Während des Abzugs der WGT oblag diese Aufgabe 12YA, deren Mitarbeiter dabei nicht willkürlich vorgehen. Wie der Journalist Mascolo erfuhr, übermittelten das BMVg in Bonn und das Washingtoner Pentagon dem BND lange Listen, was aus den Beständen der hochgerüsteten Westgruppe von Interesse wäre.⁵⁶⁴ Hieran zeigt sich zum einen die Möglichkeit des BMVg, durch konkrete Anforderungen Einfluss auf die Nachrichten- und Technikbeschaffung des BND zu nehmen. Es ist anzunehmen, dass dem BMVg und der Bundeswehr die im Verlauf des Abzugs einstellenden Erfolge des BND nicht verborgen blieben. So erfuhren zwangsläufig einige Angehörige im Bereich des militärischen Nachrichtenwesens und der wehrtechnischen Dienststellen der Bundeswehr von den erfolgreichen ‚Beutezügen‘ gegen wie WGT. Zum anderen wird auch deutlich, dass die amerikanische Seite den BND für eigene Interessen zu nutzen wusste und dadurch den eingeschränkten Handlungsspielraum auszugleichen vermochte. CAD-B beauftragte 12YA („Tasking“), konkrete Technologien oder Dokumente zu besorgen, wodurch der BND dezidiert amerikanische Interessen bediente.

In Hinblick auf den Intelligence-Cycle lässt sich die Operation „Giraffe“ wie folgt beschreiben: BMVg, das US-Verteidigungsministerium, vermutlich auch CIA und DIA und nicht zuletzt das Bundeskanzleramt beauftragten den BND mit der Beschaffung von Fremder Wehrtechnik und sonstigen Informationen. Hierbei ließen sich die beiden Verteidigungsministerien auch von ihrer jeweiligen Streitkräfte leiten. Innerhalb des BND oblag der Unterabteilung 12 (Aufklärung Ostblock) die Verantwortung für Beschaffungsoperationen gegen die WGT sowie der Zuteilung von Kräften und Mitteln für die Dienststelle 12YA. Die Operationsplanung erfolgte dann gemeinsam durch 12YA und CAD-B im Berliner

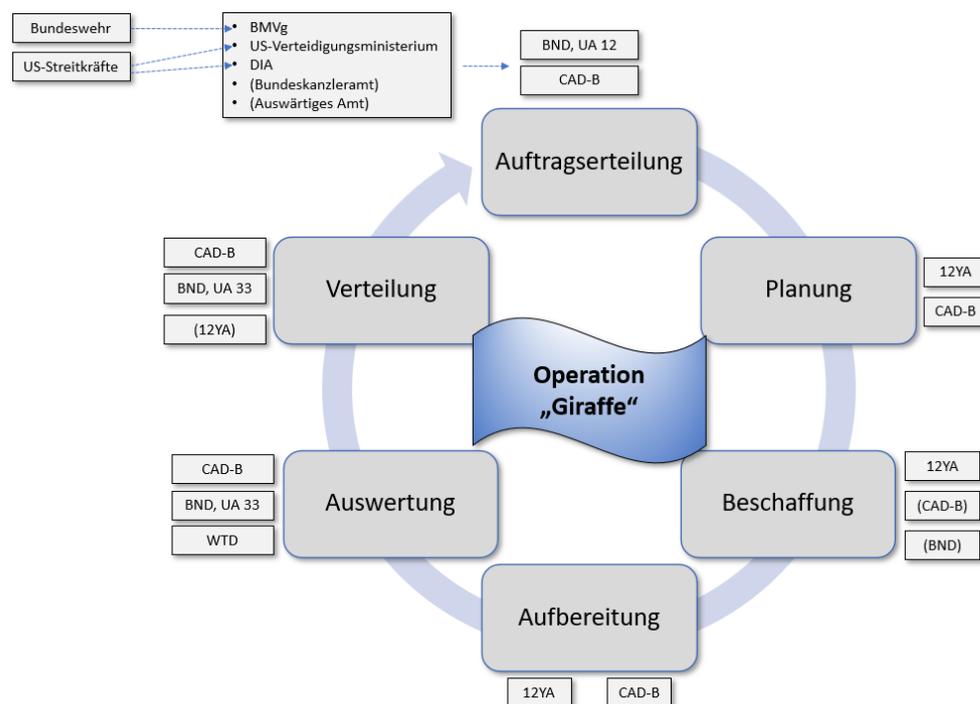
⁵⁶² Das DtVKdoWGT der Bundeswehr verweist im Jahresbericht auf die Zusammenarbeit mit den fünf neuen Bundesländern (im Aufenthaltsgebiet der WGT) zur Erstellung eines Maßnahmenkatalog zur Rekultivierung und zur sachgerechten Entsorgung von Müll/Sondermüll. Siehe: BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 20

⁵⁶³ Ebd.

⁵⁶⁴ Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 71.

Föhrenweg unter Berücksichtigung von Auflagen der Unterabteilung 12. Die Nachrichtenbeschaffung erfolgte durch die Operateure von 12YA, wobei vereinzelt auch Mitarbeiter von CAD-B Informationen beschafften sowie weiteres, bislang nicht näher zuzuordnendes Personal des BND, welches außerhalb 12YA operierte. Die beschafften Informationen wurden im Föhrenweg gemeinsam durch 12YA und CAD-B aufbereitet und teilweise noch im selben Gebäude den Analysten von CAD-B überreicht. Teilweise erhielten die Auswerter der BND-Unterabteilung 33 direkt das Rohmaterial von 12YA, darüber hinaus bezogen sie Analysen von CAD-B, die die BND-Auswerter in ihre eigene Analyse integrieren konnten. Fremde Wehrtechnik wurde direkt von den Wehrtechnischen Dienststellen (WTD) ausgewertet. Die Unterabteilung 33 des BND verteilten die Informationen und Erkenntnisse an die Auftragsgeber; CAD-B versorgte vorrangig das US-Verteidigungsministerium und die DIA. Das folgende Schaubild soll die Operation „Giraffe“ im Intelligence Cycle verorten:

Abbildung 1 – Operation „Giraffe“ im Intelligence-Cycle



Tage der offenen Tür

Etwa ab 1991 fanden in WGT-Liegenschaften Tage der offenen Tür statt. Anwohner, aber auch Journalisten und Soldaten der Westalliierten nutzen solche

seltenen Gelegenheiten, die abgeschirmten Garnison zu betreten. Auch CAD-B-Personal nahm solche Gelegenheit trotz des strikten Verbots zur eigenmächtigen Informationsbeschaffung „auf Einladung“ und im Wissen des BND wahr. Dabei seien modifizierte Camcorder der Marke Sony zum Einsatz gekommen. Mit diesen sei der augenscheinliche Amateurfilmer in der Lage gewesen, die Audio- und Infrarotsignatur von Fahrzeugen oder Flugzeugen aufzuzeichnen. Hieraus hätten die „Analysten in Washington“ dann weitere Erkenntnisse für die Identifizierung gegnerischer Waffensysteme gewonnen. Auslöser hierfür sei Friendly Fire im Golfkrieg gewesen, und die Kameras seien unmittelbar nach Ende des Krieges, also nach März 1991, zum Einsatz gekommen. Auch 12YA-Operateure erhielten derartige Kameras und setzten diese bei ähnlichen Gelegenheiten ein.⁵⁶⁵ CAD-B und 12YA betrieben auf diesem Weg mit hohem technischem, aber niedrigem operativen Aufwand erfolgreich MASINT und TECHINT und nutzen dafür das Bestreben der WGT aus, sich gegenüber der deutschen Öffentlichkeit zu öffnen.

„Need to share“ vs. „Need to know“

Grundsätzlich galt bei der Operation „Giraffe“ das Prinzip „need to share“, also Informationen und Erkenntnisse bilateral auszutauschen. Doch gab es zwischen CAD-B und dem BND auch divergierende Interessen: Zum Beispiel hatte Pullach ein starkes Interesse an sowjetischer Fernmeldetechnik, geheimen Chiffrier- und Codeunterlagen oder auch Frequenzlisten, die durch 12YA beschafft werden konnten.⁵⁶⁶ Davon profitierte die Abteilung 2 (Technische Aufklärung/SIGINT) des BND, nicht jedoch die amerikanischen Partner, mit denen die Informationen nicht geteilt wurden. Die US-Seite war wiederum stärker an Waffensystemen wie Artillerie, Panzern, Kampfflugzeugen, Hubschraubern und nuklearen Systemen interessiert.⁵⁶⁷ Schenk beschreibt zudem eine zunehmende Verselbständigung von 12YA bei steigendem Selbstbewusstsein, je mehr Informationen beschafft und je mehr Quellen gewonnen wurden. Folglich hätten die Analysten von CAD-B im Laufe der Operation „Giraffe“ immer weniger Zugang zum beschafften Rohmaterial oder Hintergrundinformationen der Quellen erhalten.⁵⁶⁸ Juretzko beschreibt den Informations(ab) dagegen genau umgekehrt: Nach seinen

⁵⁶⁵ Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020.

⁵⁶⁶ Vgl.: Mascolo, *Suche Panzer, biete Lada*, S. 71–74.

⁵⁶⁷ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2019.

⁵⁶⁸ Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020.

Schilderungen habe CAD-B nur einen geringen Anteil an Finished Intelligence dem BND zur Verfügung gestellt, also bestimmte Informationen zurückgehalten. Hierdurch sah sich Juretzko nach eigener Aussage veranlasst, die Informationen zu „bypassen“, das heißt sie zwar CAD-B zur weiteren Auswertung zur Verfügung zu stellen, gleichzeitig aber auch Kopien des Materials zur Unterabteilung 33 (Militärauswertung) nach Pullach zu schicken.⁵⁶⁹

Die gemeinsame Dienststelle im Föhrenweg war damit eine Schnittstelle zwischen amerikanischen und deutschen Interessen im Bereich der Militäraufklärung. Darüber hinaus erhöhte die Beteiligung von CAD-B die Erfolgchancen der Beschaffungsoperationen von 12YA: Die Angehörigen von CAD-B besaßen deutlich mehr Expertise darüber, wo die gewünschten Waffensysteme zu finden waren. Darin lag schließlich der Deal, dass die CAD-B-Angehörigen ihr Wissen aus der USMLM-Zeit den Operateuren von 12YA zur Verfügung stellten. Ungeachtet möglicher ‚Zufallstreffer‘ der BND-Händler vor den Kasernentoren dürfte sich dieser Deal bei der Technikbeschaffung für alle Seiten ausgezahlt haben. CAD-B half, die Wissenslücken des BND zu schließen und kompensierte so die verordnete operative Untätigkeit.

Die Bedeutung menschlicher Quellen

Mit Beginn des Abzugs war es nicht mehr das wichtigste Aufklärungsziel der westlichen Nachrichtendienste, die Gefahr für eine militärische Eskalation im Verhalten der GSSD/WGT zu erkennen. Zwar blieb die sogenannte Early Warning Indication Intelligence oder einfach Warning Intelligence⁵⁷⁰ als Aufgabe des BND bestehen, verlor jedoch im Rahmen der sicherheitspolitischen Veränderungen in den 1990er Jahren gerade im Bereich der militärischen Auslandsaufklärung des ehemaligen Ostblocks zunehmend an Bedeutung.⁵⁷¹ Doch der Zustand der WGT bot gerade wegen der befristeten Existenz der Truppen ein enormes

⁵⁶⁹ Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 201–204.

⁵⁷⁰ Zu Indications and Warning (I&W) und Warning Intelligence siehe: Timothy M. Laur, Principles of Warning Intelligence. In: The Military Intelligence Community. Hrsg. von Gerald W. Hoppo und Bruce W. Watson, Boulder 1983. Westview Special Studies in Military Affairs, S. 149–168.

⁵⁷¹ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen BND-Mitarbeitern 2017-2019. Gujer beschreibt, dass vor allem im Bereich der Ostaufklärung ganze Referate überflüssig, deren meist unkündbare Mitarbeiter (weil Beamte oder Berufssoldaten) woanders untergebracht werden mussten, wie etwa im Bereich der Aufklärung von organisierter Kriminalität oder Proliferation. Gujer, Kampf an neuen Fronten, 2008, S. 68–80.

nachrichtendienstliches Potenzial. Schon die westlichen MVM erkannten diese Chance und nutzten sie vermutlich auch bis Oktober 1990.⁵⁷²

Die angespannte psychologische und finanzielle Lage der WGT-Angehörigen schuf während des Truppenabzugs nahezu ideale Bedingungen für nachrichtendienstliche Anwerbungsversuche. Denn mit steigender Unzufriedenheit der Soldaten stieg für den BND die Wahrscheinlichkeit, einen unzufriedenen Offizier zum Geheimnisverrat bewegen zu können. Dabei waren die Motive der WGT-Angehörigen weniger politisch-ideologisch begründet als vielmehr finanzieller und psychologischer Natur, oft gepaart mit einer „Egal-Haltung“ in Anbetracht der zerfallenden Sowjetunion und der an Prestige verlierenden Sowjetarmee.⁵⁷³ Dem Oberkommando der WGT war bereits ab Frühling 1990 ein Teil der Kontrolle über ihre Soldaten entglitten, sodass sich gerade zu Beginn des Abzugs eine regelrechte „Goldgräberstimmung“ unter den westlichen Nachrichtendienstlern breitmachte. Die Soldaten der WGT wiederum machten aus der Not eine Tugend und verkauften vermeintlich oder tatsächlich unnütze Ausrüstungsgegenstände gegen Bezahlung in begehrter D-Mark oder beliebte Tauschgüter. Solche Verkäufe waren daher zum größten Teil kein intendierter Geheimnisverrat, gleichwohl lieferten sie den Operateuren von 12YA Informationen und sowie mögliche Zugangspunkte für HUMINT-Operationen.

Es galt also in den ersten Jahren des Abzugs, an Information über sowjetische/russische Wehrtechnik zu gelangen, sei es in Form von Vorschriften oder durch den Erwerb einer Technologie. Menschliche Quellen innerhalb der WGT waren hierfür der Schlüssel. HUMINT war hierfür das Vehikel, um letztlich TECHINT zu betreiben. Die menschliche Quelle als Informant stand zu Beginn weniger im Vordergrund. Es ging zunächst darum, die Beschaffungslisten von Pentagon und BMVg abzuarbeiten.

Nach etwa ein bis zwei Jahren konnten 12YA und CAD-B viele Beschaffungserfolge verzeichnen; die BND-Operateure waren eingearbeitet. Zeitzeugengespräche ergaben, dass etwa ab 1992 verstärkt Innenquellen der WGT angeworben seien, wobei die Initiative vom BND ausgegangen sei.⁵⁷⁴ Operation

⁵⁷² Siehe: IV 1) Truppenabzug ohne Militärverbindungsmissionen.

⁵⁷³ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2017-2019. Vgl.: Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 71.

⁵⁷⁴ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2017-2019.

„Giraffe“ entwickelte sich immer mehr zu einer klassischen HUMINT-Operation mit dem Ziel, das Offizierkorps der WGT durch Penetrationsquellen zu unterwandern.⁵⁷⁵ Auch Juretzko nennt das Jahr 1992 als Wendepunkt, wobei präzise Zeitangaben nicht gerade die Stärke seiner Publikation sind. In diesem Fall stimmen aber Zeitzeugenaussagen mit Juretzkos Angaben überein. Als Gründe für den Wandel nennt Juretzko Sicherheitsprobleme, da zuvor – vermutlich Ende 1991 oder Anfang 1992 – zwei Verbindungsführer des BND von der WGT oder vom KGB bei Quellenanwerbungen festgenommen worden seien.⁵⁷⁶ Hieraus soll 12YA – oder zumindest Juretzko – geschlussfolgert haben, dass der Quellenanbahnung und -führung neue Regeln auferlegt werden müssten. Seinem Kollegen „Freddy“ habe Juretzko daher „eine Neuordnung unserer Arbeit [versprochen] [...]. Das war Anfang 1992.“ Daraufhin habe sich das Team Juretzko-Freddy“ auf „zehn Gebote“ geeinigt, die die zukünftige operative Arbeit bestimmen sollten. Juretzko nennt den Kernchance des neuen HUMINT-Ansatzes: „Künftig würden wir schwerpunktmäßig russische Quellen werben, die nach der Rückkehr in die Heimat weiter für uns arbeiten sollten.“⁵⁷⁷ Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass diese Erkenntnis nur beim Team Juretzko-Freddy reifte, sondern dass dahinter nicht auch das Interesse weiterer Mitarbeiter von 12YA und CAD-B sowie der Zentrale in Pullachs standen.

Auf den HUMINT-Ansatz der Operation „Giraffe“ wirkt sich Standortfaktor Inland entscheidend aus: Die Anbahnung von Eindringquellen innerhalb der WGT konnte in Deutschland erfolgen. Auf absehbare Zeit würde die Quelle zurück nach Russland, in die Ukraine oder in andere postsowjetische Staaten versetzt und könnte von dort weiter aus dem Inneren der jeweiligen Streitkräfte berichten. Eine vergleichbare Quellenanbahnung in der Sowjetunion oder ihren Nachfolgestaaten wäre ungleich schwieriger gewesen. Der BND musste dort mit einer funktionierenden Spionageabwehr rechnen. Zudem mangelte es an

⁵⁷⁵ Vgl.: Sanders, Cold War Conversations (127), 2020; Sanders, Cold War Conversations (160), 2021.

⁵⁷⁶ Bill Schenk erwähnt in seinem Interview ebenfalls die Festsetzung eines BND-Agenten während eines Quellentreffs mit einem Angehörigen der WGT. Sanders, Cold War Conversations (127), 2020.

⁵⁷⁷ Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, 154-157, Zitate S. 156.

operativem Personal, da in der Sowjetunion keine BND-Residenturen existierten.⁵⁷⁸ Der Abzug der WGT bot daher optimale Bedingungen, um die sowjetischen/russischen Streitkräfte nachrichtendienstlich zu penetrieren und so eine langfristige Nachrichtenbeschaffung zu ermöglichen. Nach dem Abzug hatte lediglich die Quellenführung zu erfolgen, während die Quellenanbahnung bis August 1994 beendet wurde. Zunächst soll noch einmal genauer auf die Phase der Anbahnung eingegangen werden.

Quellenanbahnung

Ein Teil der (Tausch-)Geschäfte mit Wehrmaterial und Geheimdokumenten waren kurzfristige Angelegenheiten, die nicht immer einem umfassenden nachrichtendienstlichen Regelwerk folgten. Hierfür wurden den Operateuren von 12YA mitunter Spontanität, Flexibilität und Improvisationstalent abverlangt, um im richtigen Moment eine Chance zu nutzen. Solche Tauschhandel sollen sich anfangs häufig vor den Kasernenmauern abgespielt haben. Im Kapitel „Tausche Toaster gegen Geheimpapiere“ beschreibt Juretzko diese spezielle Form der Beschaffung wie folgt: Je nach Wert der Dokumente hätten die BND-Mitarbeiter beispielsweise Küchengeräte ausgehändigt. „Einige Soldaten [der WGT] kehrten schon mal in die Kaserne zurück, um weitere Dokumente zu holen, wenn es zum Beispiel für einen Videorecorder noch nicht gereicht hatte.“ Juretzko merkt an: „Diese individuelle Beschaffungsaktion hatte natürlich wenig mit unserem gemeinsamen nachrichtendienstlichen Verständnis zu tun. So etwas konnte nur in den Wendewirren des deutschen Ostens passieren. Eine absolut surreale Situation.“⁵⁷⁹ Ohne Russischkenntnisse war Juretzko ohnehin kaum in der Lage, mit WGT-Offizieren in Verhandlungen zu treten, außer diese sprachen Deutsch. Anderen Mitarbeitern von 12YA sei dies hingegen gelungen.⁵⁸⁰

Es gab aber auch geplante, das heißt gezielte Anwerbungsversuche, etwa weil eine bestimmte Technologie beschafft werden sollte oder weil die Analysten von CAD-B eine Person als potenzielle nachrichtendienstliche Quelle betrachtete. In diesem Fall wurde die Anbahnung der Quelle weniger dem Zufall überlassen.

⁵⁷⁸ Möglicherweise wurden BND-Mitarbeiter in der Lufthansaniederlassung in Moskau eingeschleust. Siehe: Christopher Nehring, *Die 77 größten Spionagemythen enträtselt*, München 2019, S. 117.

⁵⁷⁹ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 144.

⁵⁸⁰ *Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des BND*, 2019.

Mitarbeiter von CAD-B und 12YA berieten in solchen Fällen gemeinsam über die Anbahnung einer Zielpersonen oder sonstige Möglichkeiten, die gewünschte Wehrtechnik zu beschaffen. „In den ostdeutschen Garnisonstädten suchten die Späher von 12YA nach untreuen Sowjetgardisten. Weil Moskau der deutschen Seite einen detaillierten Abzugsplan hatte übermitteln müssen, konnten die Geheimen immer den geeigneten Zeitpunkt abwarten: Sie tauchten oft erst kurz vor der Heimreise bei den klammen Russen auf.“⁵⁸¹ Damit profitierte die Operation „Giraffe“ auch von der Auskunftspflicht der WGT gemäß Aufenthalts- und Abzugsvertrag sowie von den gewonnenen Informationen der Bundeswehr. In der Regel nahmen zwei Operateure von 12YA⁵⁸² eine Scheinidentität (Legende) ein und begannen mit der Anbahnung. Dabei gaben sie sich als Händler oder auch wohlhabende Firmenchefs (von eigens gegründeten Scheinfirmen) aus und sprachen die Quelle klassisch auf Märkten vor den Kasernentoren, in Bars oder Kneipen an. Mascolo beschreibt die Anbahnung an WGT-Offiziere wie folgt: „Die sowjetischen Offiziere wurden von den Geheimen [12YA-Operateure, d.Verf.] in Kneipen oder auf den Trödelmärkten vor den Toren der Garnisonen angesprochen. Schon bald jammerten die Militärs über die bevorstehende Rückkehr und klagten, für den Aufbau einer neuen Existenz in Rußland dringend Geld zu benötigen. Die BND-Männer baten zum feinen Dinner und signalisierten Hilfe als Gegenleistung für ein paar geheime Dokumente oder High-Tech-Geräte. [...] Oft mußten die Beschaffer für die Top-secret-Geheimnisse des zerfallenen Ostblocks nicht einmal Cash zahlen – Westwaren taten es auch. Häufig wünschten sich die Rotarmisten Jacketkronen für die Offiziersgattin, Haushaltsgeräte, Hi-Fi-Anlagen oder Spielzeug für ihre Dienste.“⁵⁸³ Auch wurden Offiziere, sogar Kommandeure, direkt in ihren Einheiten kontaktiert, nachdem den BND-Mitarbeitern Einlass in die WGT-Liegenschaft gewährt wurde. Dabei legierten sich die 12YA-Beschaffer mitunter als Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn, einer Umweltbehörde oder anderer ziviler Dienststellen, die in Berührung mit dem Truppenabzug standen. Nachdem Kontakt zur Zielperson hergestellt worden war, fand das Gespräch hinter verschlossener Tür seine Fortsetzung, wobei die wahre Herkunft der BND-Mitarbeiter in vielen Fällen weiterhin verschleiert wurde. Man interessiere sich für

⁵⁸¹ Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 69.

⁵⁸² Sanders, Cold War Conversations (127), 2020.

⁵⁸³ Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 70f.

Militärtechnik und habe dafür Geld oder Tauschwaren zu bieten. Auch technische Unterlagen, Dokumente und Vorschriften seien von Interesse. Selbst mit technischen Hilfsmitteln wie Miniaturkameras oder Kopiergeräten versorgten die BND-Operateure bei Bedarf ihren Informanten. Kam ein „Handel“ zustande, war sich die Quelle oft noch immer nicht darüber im Klaren, dass sie eine Verbindung mit dem deutschen Auslandsnachrichtendienst eingegangen ist. Die Tarnung der deutschen „Händler“ wurde meist erst nach einigen Wochen oder Monaten fallen gelassen, meistens kurz vor Abreise. Hiernach war die Verstrickung des WGT-Angehörigen in die Angelegenheit nahezu irreversibel, sodass eine Fortführung der Beziehung zum BND oft alternativlos erschien. Für ein Beschaffungsvorhaben – also beginnend mit der Anbahnung und endend mit dem Erwerb einer Technologie – wurden etwa drei Monate veranschlagt.⁵⁸⁴

Hieran zeigt sich auch das moralische Dilemma der Nutzung menschlicher Quellen: der Aufbau von Vertrauen einerseits, und die Ausbeutung der Quelle andererseits. Die Vertrauensbasis konnte durch die Offenlegung der wahren Absichten der „Händler“ aufs Spiel gesetzt und die Fortführung der Arbeitsbeziehung dadurch belastet werden. Oft blieb jedoch für den BND ein günstiges Abhängigkeitsverhältnis bestehen. Ferner bestand fortan auch das Risiko, dass die angeworbene Quelle den Kontakt zum BND der Spionageabwehr des KGB oder einem seiner Nachfolgeorganisationen meldete, doch wäre dies einer Selbstanzeige gleichgekommen, deren Konsequenzen für den BND-Spion nicht abzuschätzen waren. Bei einer Fortsetzung der Beziehung wurden der Quelle monetäre oder materielle Vergütungen angeboten. Nach den Schilderungen von CAD-B-Mitarbeiter Schenk habe ab jenem Zeitpunkt auch die Möglichkeit bestanden, dem Informanten zu drohen, Fotos von geheimen Quellentreffen an Dritte weiterzuleiten und damit seine Existenz aufs Spiel zu setzen.⁵⁸⁵ Diese kompromittierende Methode nutzten die BND-Mitarbeitern vor allem bei Quellen, die Deutschland verlassen hatten und nun weiterhin Informationen verraten sollten.

⁵⁸⁴ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des BND, 2019; Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 71.

⁵⁸⁵ Sanders, Cold War Conversations (127), 2020.

Fortsetzung im Baltikum

Die 12YA-Operateure nutzten ihr vorteilhaftes Abhängigkeitsverhältnis zu den Quellen, nachdem diese im (post-)sowjetischen Raum angekommen waren. Nach der Ankunft der mit WGT-Technik und -Personal beladenen Fähren aus Deutschland in Klaipėda, Litauen, musste von dort der Weitertransport zumeist auf dem Eisenbahnweg organisiert werden. Dies lief wesentlich unkoordinierter ab als beim Abtransport in Deutschland. Diese Situation ausnutzend, knüpften die Beschaffer von 12YA gezielt an vorherige „Geschäftsbeziehungen“ an und konfrontierten WGT-Offiziere mit ihren schon einmal oder mehrfach geleisteten Geheimnisverrat in Deutschland. Damit sei es dem BND mehrfach gelungen, einer Quellenverbindung nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern dieser auch für zukünftige Informationsabflüsse mehr Nachdruck zu verleihen.⁵⁸⁶

Auch später sollte das Baltikum eine Rolle für die Operation „Giraffe“ spielen: Noch 1995 erfolgte eine Technikübergabe an Operateure von 12AF durch die Quelle „Küstennebel“ im Baltikum, die allerdings beinahe aufgefliegen wäre.⁵⁸⁷ Das Baltikum ist somit als erweiterter Handlungsraum der Operation „Giraffe“ zu sehen, wobei die Spionageabwehr der (post-)sowjetischen und russischen Geheimdienste hier eine größere Gefahr darstellte als in Deutschland. Weitere operative Aktivitäten des BND im Rahmen der Operation „Giraffe“ im postsowjetischen Raum nicht derzeit nicht bekannt. Für den Fall, dass über das Ende der Operation „Giraffe“ hinaus noch vereinzelte Quellen geführt wurden, könnten möglicherweise die sich im Laufe der 1990er Jahre etablierenden BND-Residenturen in Osteuropa eine Rolle gespielt haben.

Kooperation mit Bundesvermögensämtern

Die mangelnden Russischkenntnisse einiger Operateure von 12YA machte es erforderlich, deutschsprechende Quellen unter den WGT-Angehörigen zu identifizieren. Ansonsten drohten Anbahnungsversuche an der Sprachbarriere von vornherein zu scheitern. Hierfür erwiesen sich die Bundesvermögensämter als zweckdienlich. Sie waren im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen für die

⁵⁸⁶ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen des BND, 2019.

⁵⁸⁷ Josef Hufelschulte, Rettung aus Rußland. Wie der BND während eines Kanzler-Besuchs in Moskau einen Spion vor der Verhaftung schützte, in: Focus, 1998 4 (19.01.1998), S. 38; Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 74; Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen des BND, 2019.

Übernahme der Liegenschaften zuständig und kooperierten dabei auch eng mit der Bundeswehr. Für 12YA war dabei der Umstand interessant, dass die Amtsmitarbeiter regelmäßig in Kontakt mit WGT-Offizieren standen, die Deutsch sprachen. Diesen Vorteil nutzen wohl Juretzko und seine nicht-russischsprechenden Kollegen, um dadurch mit vergleichsweise wenig Aufwand potenzielle Quelle zu identifizieren. In seinen „zehn Geboten“ für die operative Aufklärung der WGT beschreibt Juretzko diese Art der Quellenfindung wie folgt: „Um mit einer Erfolg versprechenden Quellenwerbung beginnen zu können, war es notwendig, gut funktionierende Kontakte zur Bundesvermögensverwaltung aufzubauen. Die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte kooperierte eng mit dieser Behörde, weil man gemeinsam die Rückgabe der Liegenschaften abwickelte. Dazu musste die WGT deutschsprachige Soldaten oder Dolmetscher einsetzen. Genau dieser Personenkreis interessierte uns.“⁵⁸⁸

Ein Mitarbeiter des Bundesvermögensamts Magdeburg bestätigte die Kooperation mit Mitarbeitern des BND, die meistens über den Dienststellenleiter des Amts eingefädelt wurde. Die Nachrichtendienstler hätten sich aus BND-Mitarbeiter ausgewiesen und es habe eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gegeben. Dass darüber auch Quellen angeworben wurden, ließ sich jedoch nicht bestätigen, aber auch nicht dementieren. Bestätigen ließ sich indes, dass bei den Begehungen der Liegenschaften nach ihrer Übergabe durch die WGT an den Bund immer BND-Mitarbeiter anwesend gewesen waren, die vor allem nach schriftlichen und sonstigen militärischen Hinterlassenschaften gesucht hätten.⁵⁸⁹ Dies waren Mitarbeiter von 12YA. „Ganz nebenbei holten wir uns Begehungsgenehmigungen für alle Liegenschaften der WGT, die in absehbarer Zeit an den Bund übergeben werden sollten. 12YA hatte dadurch die Möglichkeit, nach Abzug der WGT als Erste diese Gebäude zu besichtigen.“⁵⁹⁰ Das Interesse von 12YA an „frisch verlassenen“ WGT-Liegenschaften lässt sich im überlieferten Schriftverkehr des Bundesvermögensamts Magdeburg nachweisen. Im Oktober 1993 kündigte 12YA, getarnt als „Dokumentationsstelle für Umweltschutz und Wehrtechnik“, eine Begehung der Liegenschaft Halberstadt an, nachdem wenige Tage zuvor das 197.

⁵⁸⁸ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 157.

⁵⁸⁹ Zeitzeugengespräch mit Günter Krieger, ehemaligem Mitarbeiter des Bundesvermögensamts Magdeburg, 20.10.2016.

⁵⁹⁰ Ebd., S. 211.

Gardepanzerregiment die Garnison verlassen hatte. Dabei nennt zwar der Absender keine Anschrift, jedoch seine Berliner Telefonnummer. Das Dokument stammt ohne Zweifel aus dem Föhrenweg.⁵⁹¹

Ein weiterer Hinweis auf die Kooperation 12YA-Bundesvermögensämter konnte in den Überlieferungen im Landesarchiv Sachsen-Anhalt gefunden werden. Wenn den Mitarbeitern der Bundesvermögensämter Liegenschaftsübernahmen angekündigt oder ihnen andere interessante Sachverhalte bekannt wurden, die den BND interessieren könnten, dann sollte der BND – de facto 12YA – informiert werden. Ein Mitarbeiter des Bundesvermögensamts Magdeburg notierte im Januar 1994 handschriftlich:⁵⁹²

Gotmann (Bundesnachrichtendienst) Hannover - Bei „Vorkommen“ Anruf 0511-1318667
--

Juretzko bestätigte, dass 12YA Telefonapparate über Anschlüsse in Hannover liefen ließ. Mit Hilfe solcher „Sprachboxsysteme“, die noch aus der Zeit der Hannoveraner Gladio-Dienststelle des BND stammten, ließ sich die Dienststelle im Berliner Föhrenweg verschleiern.⁵⁹³

Juretzko erwähnt in seinem Buch ein besonderes Beispiel für die Kooperation aus Bundesvermögensamt und BND: Nach einem Hinweis aus dem Bundesvermögensamt Magdeburg, dass in der Gerhart-Hauptmann-Straße in Magdeburg eine russische Liegenschaft freigeworden sei, hätten Juretzko und sein Kollege das Objekt umgehend inspiziert.⁵⁹⁴ Es stellte sich für das Team von 12YA, wohl nachträglich, als Dienstobjekt der Militärstaatsanwaltschaft der 3. Stoßarmee heraus, indem überraschenderweise Unmengen an Dokumenten vorgefunden

⁵⁹¹ LASA, L 34, 25: Schreiben der „Dokumentationsstelle für Wehrtechnik und Umweltschutz“ an das Bundesvermögensamt Magdeburg, 25.10.1993.

⁵⁹² LASA, L 34, 25: Bundesvermögensamt Magdeburg, Liegenschaftakte Halberstadt, 12.01.1994.

⁵⁹³ Telefonat mit Norbert Juretzko, 21.09.2016. Ein Teil der Mitarbeiter sei vorher in BND-Dienststellen in Hannover eingesetzt gewesen (u.a. Stay-Behind), sodass es strukturelle Verbindung zwischen Berlin/Föhrenweg und Hannover gab. Auch die Fahrzeuge von 12YA hätten Hannoveraner Kennzeichen gehabt, sodass in WGT-Liegenschaften vor westlichen Kraftfahrzeugen mit H-Kennzeichen gewarnt wurde sei. Zeitzeugengespräche mit ehemaligen CAD-B und BND-Mitarbeitern, 2017-2019.

⁵⁹⁴ Zeitzeuge Günter Krieger erinnerte sich nicht daran, diesen Hinweis an den BND weitergegeben zu haben, schloss jedoch nicht aus, dass dies auch seine Mitarbeiter hätten tun können. Zeitzeugengespräch mit Günter Krieger, ehemaligem Mitarbeiter des Bundesvermögensamts Magdeburg, 20.10.2016.

wurden. Es mussten LKW bestellt werden, um die Papiermassen abzuholen. „Mit mehreren Lastwagen schafften wir schließlich Gerichtsakten, Vorschriften, Geheimbefehle und Personalordner nach Berlin. Einige Panzerschränke wurden noch im verschlossenen Zustand an die Amerikaner übergeben.“⁵⁹⁵ Was Juretzko nicht wusste:⁵⁹⁶ Im Objekt befanden sich auch Dienststellen der russischen Geheimdienste KGB und GRU.⁵⁹⁷ Ob diese auch Dokumente hinterließen, ließ sich nicht bestätigen. Selbst wenn GRU- oder KGB-Dokumente hätten vorgefunden wären können, wären diese Juretzko mangels Sprachkompetenz zunächst nicht aufgefallen, den Analysten von CAD-B hingegen schon. Es bleibt also offen, ob der BND in Magdeburg unbewusst auch einen Erfolg in der Gegenspionage erzielt hat.

Nachweislich gab es eine Kooperation zwischen 12YA und den Bundesvermögensämtern in den neuen Bundesländern. Somit halfen die Mitarbeiter der bundesdeutschen Finanzverwaltung bei der militärischen Auslandsaufklärung des BND im Inland. Gegenüber diesen Bundesbehörden wurden Namen und Dienststellenbezeichnung von 12YA verschleiert, Telefonanschlüsse umgeleitet. Hinsichtlich der Konspiration machte es demnach keinen Unterschied, ob der BND im In- oder Ausland operierte.

g. Rolle der Militärauswertung des BND

Hinweise in Wochenberichten

In den im Bundearchiv überlieferten Berichten der Militärauswertung des BND wird die Operation „Giraffe“ nicht erwähnt. Erkenntnisse hieraus sind höchstens implizit in Meldungen enthalten. Die Berichtsempfänger – in diesem Fall das Bundeskanzleramt, das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ANBw, höhere Kommandoebenen), das BMVg – durften aus den Meldungen grundsätzlich keine Rückschlüsse auf den Ursprung der Informationen ziehen. Häufige Formulierungen wie „aus Nachrichtendienstkreisen“ oder „von Partnerdiensten

⁵⁹⁵ Ebd., S. 153.

⁵⁹⁶ Juretzko schreibt lediglich von einem „Militärgericht“. Siehe: Ebd., S. 153. Auch im Zeitzeugengespräch konnte er sich nicht an KGB oder GRU im Zusammenhang mit dieser Liegenschaft erinnern. Zeitzeugengespräch mit Hauptmann a.D. Norbert Juretzko, 16.09.2016.

⁵⁹⁷ Holger Hilgenfeld, Do swidanja, Genosse Aufklärer. Ein Abschiedsständchen für den russischen Militärischen Nachrichtendienst aus Sachsen-Anhalt - recherchiert ganz ohne Tränen, in: Generalanzeiger, 1994 (31.03.1994), S. 12. Zur GRU-Dienststelle Magdeburg siehe: Juri Puschkin, GRU in Deutschland. Aktivitäten des sowjetischen Geheimdienstes nach der deutschen Wende, Düsseldorf 1992, S. 15–18. Vgl.: Streckel, Lizensierte Spionage, 2008, S. 49.

übermittelt“ geben indes Hinweise auf den Ursprung einer Information und können sie den Wert einer Aussage verstärken, indem Seriosität oder Zuverlässigkeit einer Information suggeriert wird.

Zwei Meldungen vom November 1991 könnten möglicherweise von einer Quelle stammen, die nach Ankunft in Russland dem BND berichtet hat: Zum einen wird von den schlechten Bedingungen im sowjetischen Standort Tambow berichtet, in den WGT-Offiziere versetzt wurden, jedoch „in unzumutbaren Quartieren untergebracht [wurden], die ohne Wasseranschluß, Heizung und Elektrizität sind. [...] Die Verbitterung der Familie richtet sich sowohl gegen Deutschland, das auf einem raschen Abzug der Truppen bestanden hat, wie gegen die eigene Regierung, die auf den Abzug der WGT-Soldaten unzureichend vorbereitet ist.“⁵⁹⁸ Im Januar 1992 greift ein Wochenbericht erneut die Lage im Raum Tambow auf, wo sich die Situation nicht verbessert habe. Neben akuten Baumängeln würden die zurückkehrenden WGT-Soldaten auf Ablehnung bei der Bevölkerung stoßen. „Die Bevölkerung befürchtet, daß die Soldaten ihnen den ohnehin knapp bemessenen Wohnraum wegnehmen.“⁵⁹⁹

In einem weiteren Wochenbericht präsentierten die Militärauswerter in Pullach neue Erkenntnisse zu sowjetischen Artilleriegeschossen mit Submunition. Dazu würden erstmals „detaillierte Informationen“ vorlegen. Eine genaue Skizze des 152-mm-Geschosses mit Beschriftungen auf Englisch ergänzt die Meldung.⁶⁰⁰ Hier ist es wahrscheinlich, dass die Skizze aus einer Vorschrift stammt, die die „Händler“ von 12YA mithilfe einer Innenquelle in der WGT beschafften. Möglicherweise gelangte auch ein komplettes Geschoss in die Hände des BND, wobei diese Beschaffung dann ebenfalls auf das Konto der Operation „Giraffe“ gehen dürfte. Damit hätten sie ebenfalls erprobte Methoden der westlichen MVM übernommen: BRIXMIS sammelte im Rahmen der Operation „Tomahawk“ beispielsweise regelmäßig Munition oder Munitionsteile für die technische

⁵⁹⁸ BArch, B 206/389: BND, 33Y, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 44/91, 06.11.1991, S. A 12.

⁵⁹⁹ BArch, B 206/391: BND, 33Y, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 04/92, 29.01.1992, S. A 14.

⁶⁰⁰ BArch, B 206/389: BND, 33Y, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 45/91, 13.11.1991, S. B 7-B 8. Bereits 1990 näherte sich ein BRIXMIS-Team erfolgreich einer Artillerieabteilung mit 152mm-Geschützen vom Typ 2A65 auf dem WGT-Schießplatz Kühnheide. Die Geschütze waren dort unbewacht abgestellt und ermöglichte dem Team detaillierte Aufnahmen. Siehe: BRIXMIS, Annual Report 1990, S. 38.

Auswertung auf ihren Touren durch die DDR ein, um sie von den TECHINT-Spezialisten auswerten zu lassen.⁶⁰¹

Einen eindeutigeren Hinweis auf HUMINT liefert eine Wochenmeldung der Militärauswertung vom Dezember 1991:

„Aus einem Standort der WGT wird von einem Truppenoffizier ein Stimmungsbild des Offizierskorps gegeben: Auf die Offiziere und ihre Familienangehörigen habe der gescheiterte Putsch in Moskau, die schlechten [sic!] Versorgungslage sowie die Wohnverhältnisse in der Heimat deprimierend gewirkt. [...] Ein anderer Offizier mit Einblick in verschiedene Standorte äußerte sich zu weiteren Problemen des Inneren Gefüges der WGT [...]“⁶⁰²

Hieran ist besonders die explizite Nennung der Quellenart ungewöhnlich, die in der Regel nicht in Finished Intelligence wie den Wochenberichten zu finden ist. Es ist anzunehmen, dass hier die Informationen einer Quelle von 12YA wiedergegeben werden. In der Folgemeldung des gleichen Berichts werden Inhalte eines Befehls des Oberkommandierenden der WGT indirekt zitiert, wonach alle Soldaten der WGT nur in ihre Heimatgebiete entlassen werden sollen. „Diese Anordnung zeigt das Bestreben der Armeeführung, die Streitkräfte aus den Nationalitätenkonflikten und Separationsbestrebungen herauszuhalten.“⁶⁰³ Auch hier könnte der zitierte Befehl das Ergebnis einer Beschaffungsmaßnahme von 12YA gewesen sein. Im Juli 1992 nennt ein Wochenbericht das Ergebnis einer WGT-internen Studie, wonach Selbstmorde fast 50% der Todesfälle ausmachten. „Hiervon dürfte ein großer Teil auf die Auswüchse der Wehrpflichtigenhierarchie zurückzuführen sein.“⁶⁰⁴ Dass die Auswerter die Studie als „WGT-intern“ bezeichnen, lässt den Schluss zu, dass sie auch aus dem Inneren der WGT, also von einer Innenquelle, beschafft wurde. Dies unterstreicht zudem den Aussagewert der Meldung.

Ab Herbst 1991 nehmen jene Meldungen in den BND-Wochenberichten signifikant zu, die möglicherweise auf Operationen von 12YA zurückzuführen sind. Vergleichbare Meldungen gibt es in den BND-Wochenberichten aus der Zeit vor

⁶⁰¹ Gibson, *Behind the Iron Curtain*, 1997, Bild auf S. 115; Saar, *BRIXMIS-Mission*, 2017, S. 415; Williams, *Intelligence Operations BRIXMIS*, 2017, S. 56 u. 62–63.

⁶⁰² BArch, B 206/389: BND, 33Y, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 48/91, 04.12.1991, S. A 16.

⁶⁰³ Ebd., S. A 18.

⁶⁰⁴ BArch, B 206/393: BND, 33B, Wochenbericht der Militärischen Auswertung, Nr. 26/92, 03.07.1992, S. 11.

der Operation „Giraffe“ nicht. Berichte der Militärauswertung des BND nach 1992 sind bislang nicht herabgestuft worden, sodass etwaiges Meldeaufkommen ab 1993 nicht mit in die Recherche einbezogen werden konnte.

Resonanz der Auswertung

An mehreren Stellen wird auf die Erstklassigkeit der Informationen verwiesen, die die Operateure aus dem Föhrenweg zur Auswertung nach Pullach weiterleiteten. Bereits 1997 schrieb Mascolo in seinem Spiegel-Artikel von: „Euphorisch bewertete der BND das Material aus Berlin mit den Bestnoten ‚wichtige‘ oder ‚herausragende Erkenntnisse‘.“⁶⁰⁵ Noch weniger überrascht es, dass Juretzko die positive Bewertung der „Giraffe“-Meldungen durch die Militärauswertung in seinem Buch aufgreift, um den Erfolg seiner eigenen Arbeit und die seiner Mitstreiter bei 12YA zu belegen. Da CAD-B angeblich zu wenige Erkenntnisse aus den gesammelten Informationen und Material an den BND zurückgegeben habe,⁶⁰⁶ sei Pullach teilweise direkt mit Informationen aus dem Föhrenweg versorgt wurden, als Bypass zur Auswertung von CAD-B. Dabei nennt Juretzko vor allem das Referat 33H, das die sowjetischen/russischen Landstreitkräfte bearbeitete.⁶⁰⁷ Später habe es, so Juretzko, einen direkten Austausch zwischen 12YA und 33H gegeben, der angeblich vom Abteilungsleiter 1, Foertsch, missbilligt wurde. „Die 33H [Auswertung Landstreitkräfte Ostblock] hatte sich aber dann mit dem Hinweis auf die besonderen Umstände sowie auf die Meldungsdichte durchgesetzt.“ Zeitzeugenhinweise ergaben des Weiteren, dass sowohl Foertsch als Leiter Abteilung als auch Brigadegeneral Sand als Leiter Unterabteilung 33 nebst Analysten der Dienststelle im Föhrenweg Besuche abstatteten. Insofern fand nicht nur ein Informationsaustausch in Form von Berichten zwischen Berlin und Pullach statt, sondern es gab auch offizielle Treffen mit Beschaffern und Analysten. Weiter heißt es bei Juretzko zur Qualität der Informationen und Erkenntnisse: „Die Auswerter zeigten uns stolz ihre Ergebnisse. [...] Ein Großteil davon war als ‚hervorragend‘ eingestuft worden.“⁶⁰⁸ Insofern hatte die Unterabteilung 33 und insbesondere das Referat 33H gewisse Einblicke in die Operation „Giraffe“, kannte

⁶⁰⁵ Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 71.

⁶⁰⁶ Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 146. Ehemalige Angehörige von CAD-B dementierten Juretzkos Vorwurf in Zeitzeugengesprächen.

⁶⁰⁷ Vgl.: Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 57.

⁶⁰⁸ Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 203.

wohlmöglich die Grundzüge ihrer operativen Beschaffung und der Zusammenarbeit mit CAD-B. Das ist erwähnenswert vor dem Hintergrund, dass die Unterabteilung 33 parallel auch im Austausch zu den entsprechenden Bundeswehrdienststellen stand. Die Operation „Giraffe“ dürfte daher eine spezielle, bei weitem aber nicht die einzige Informationsquelle der Militärauswerter des BND gewesen sein. Das Gesamtlagebild WGT, das auch der BND als verantwortliche Institution für militärische Auslandsaufklärung zu führen hatte, speiste sich demnach nicht nur aus nachrichtendienstlichen Quellen.

h. Beendigung der Operation „Giraffe“/ „Matchball“

Mochte der anfängliche Aufenthalt potenzieller Quellen in Deutschland deren Anwerbung zunächst erleichtert haben, erschwerte ihr späterer Aufenthalt im Ausland die Quellenführung umso mehr. Bevor eine Reißleine gezogen werden musste, gab es erste Veränderungen. Bereits im Oktober 1993, etwa 10 Monate vor Ende des Abzugs, berieten USAREUR und die BND-Unterabteilung 12 über die Fortführung der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit insbesondere für die Zeit nach dem 31. August 1994. Im März 1994 wies USAREUR CAD-B an, weiterhin den BND bei HUMINT zu unterstützen.⁶⁰⁹ Offensichtlich war es den Militärnachrichtendienstlern bei USAREUR, dem CAD-B noch immer unterstand, wichtig, auch weiterhin von den HUMINT-Informationen der „Giraffe“-Quellen zu profitieren, indem CAD-B unverändert eng mit 12YA zusammenarbeitete. Auch die DIA setzte sich für eine Fortsetzung der Kooperation ein, profitierte sie doch als Militärnachrichtendienst am meisten von den Informationen.⁶¹⁰

Der BND nahm strukturelle Veränderungen an der Berliner Dienststelle im Föhrenweg vor: Vermutlich im März 1994 wurde 12YA in 12AF umbenannt und war fortan ein Sachgebiet innerhalb des Russlandreferats 12A.⁶¹¹ Es verlor damit seinen Status als selbständiges Sachgebiet, behielt aber zunächst Oberstleutnant K. („Assinger“) als Chef.⁶¹² Juretzko berichtet, dass ab Mitte 1993 seitens der Führung

⁶⁰⁹ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen CAD-B-Mitarbeitern, 2019.

⁶¹⁰ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen CAD-B-Mitarbeitern, 2019-2021.

⁶¹¹ Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 250; Zeitzeugengespräche mit ehemaligen CAD-B-Mitarbeitern, 2019.

⁶¹² Zeitzeugengespräch mit einem ehemaligen BND-Mitarbeiter, 2018. Vgl.: Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 263.

in Pullach angedeutet worden sei, 12YA vermutlich nach Nürnberg zu verlegen.⁶¹³ Aus dem deutschen Anteil der Operation „Giraffe“ wurde im Frühjahr 1994 vermutlich die Operation „Matchball“, während die amerikanische Anteil die Bezeichnung „Graven Fork“ (etwa: gravierte Gabel) erhielt.⁶¹⁴

Nachdem die WGT Deutschland verlassen hatte, bewahrheiteten sich die von Juretzko beschriebenen Andeutungen der Pullacher Zentrale: Im September 1994 zogen Mitarbeiter von CAD-B und 12AF in die Nürnberger Infanteriekaserne in der Tillystraße, getarnt als „Defense Technology Coordination Center“ beziehungsweise „Koordinierungsstelle für Wehrtechnik“.⁶¹⁵ Wahrscheinlich blieb das Objekt im Föhrenweg bis 2008 ungenutzt, jedoch weiterhin im Besitz des BND oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. 2008 übernahm die Rudolf-Steiner-Schule das Objekt.⁶¹⁶

Die Grund für den Umzug ist im Zwei-plus-Vier-Vertrag zu finden: Der Abzug von US-Militär aus West-Berlin war demgemäß bis zum September 1994 abzuschließen. Da CAD-B im bis Oktober 1995 USAREUR zugeordnet war, blieb sie zunächst eine militärische Dienststelle und musste Berlin daher ebenso vertragsgemäß verlassen. Im Ergebnis der Konsultationen zwischen USAREUR und BND im Herbst 1993 zog 12AF mit nach Nürnberg um, um die bilaterale Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Zudem hatten sich nach Ende des Truppenabzugs die Einsatzbedingungen grundlegend geändert: Eine Dienststelle in der Nähe zum ehemaligen Stationierungsgebiet der WGT war nicht mehr erforderlich, da sich alle Quellen nunmehr im postsowjetischen Raum befanden. Die Quellenführung konnte nun grundsätzlich ortsungebunden stattfinden. Der Umzug nach Bayern brachte überdies einen Vorteil: Die Distanz und somit die Dienstwege zur BND-Zentrale in Pullach aber auch zur amerikanischen 66.

⁶¹³ Ebd., S. 250.

⁶¹⁴ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen CAD-B, 2019.

⁶¹⁵ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen von BND und CAD-B, 2018-2019; Juretzko terminiert den Umzug auf Sommer 1995, was sich nicht bestätigen ließ. Siehe: Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 263. Vgl.: Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 74.

⁶¹⁶ Föhrenweg 21, Datum. <http://www.rudolf-steiner-schule-berlin.de/index.php?id=69&L=0%22%3D> (11.04.2019); Seit 2002 soll das Objekt leer gestanden haben. Siehe: Alisa Goedecke, Jakob Hutmacher und Mielke Lukas, Die Geschichte des Schulgeländes Föhrenweg 19-21. Präsentationsmappe, Mittlerer Schulabschluss 2009, http://www.dahlem.waldorf.net/fileadmin/downloadfiles/Dokumente/Praesentationsmappe_1.pdf (letzter Aufruf 11.04.2019), S. 3.

Military Intelligence Brigade in Augsburg (im August 1995 außer Dienst gestellt) verringerte sich.

Im November 1994 wurde CAD-B unter der neuen Bezeichnung „Detachment G“ der 18. Military Intelligence Bataillon unterstellt, im Kern blieb die deutsch-amerikanische Dienststelle bestehen.⁶¹⁷ Das von CAD-B/Det G und 12YA/12AF vorgesehene Gebäude musste jedoch zunächst umfangreichen Umbaumaßnahmen unterzogen werden, auch um den Sicherheitserfordernissen zu entsprechen. Det G bezog übergangsweise eine Liegenschaft im benachbarten Fürth. Für einige Monate wurde die bilaterale Operation aus unterschiedlichen Standorten geführt. Erst im Sommer 1995 zogen 12AF und Det G in das viergeschossige Dienstgebäude in der Nürnberger Infanteriekaserne, wobei die BND-Mitarbeiter die unteren zwei Etagen bezogen.⁶¹⁸

Spätestens mit dem Umzug aus Berlin drohte das bilaterale Projekt zu scheitern. Nachdem ein neuer Beamter, Deckname Herle, das Russlandreferat in Pullach 1994 übernahm, wurden Missstände in der Quellenführung offensichtlich. Herle zog daraufhin erste Konsequenzen und kappte nach und nach bestehende Quellenverbindungen in den postsowjetischen Raum,⁶¹⁹ die während Operation „Giraffe“ gewonnen wurden. Ferner baute er ehemalige 12YA-Strukturen ab.⁶²⁰ Der langjährige Dienststellenleiter von 12YA/12AF, Oberstleutnant K., wurde laut Juretzko vom neuen Sachgebietsleiter „Schöner“ abgelöst.⁶²¹ Sonstige personelle oder strukturelle Veränderungen sind nicht bekannt.

Mangels amtlicher Quellen ist nicht genau festzustellen, woran die Quellenführung scheiterte. Hierzu konstatiert Gujer: „Die Russen, die zuvor halbwegs gefahrlos Ausrüstungsgut einer sich auflösenden Armee verhöckert hatten, waren plötzlich Agenten – und darauf ebenso wenig vorbereitet wie ihre Führungsleute. Sie ignorierten Gesetze der Konspiration und telefonierten unverschlüsselt zwischen Russland und der Bundesrepublik mit vom BND

⁶¹⁷ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen von CAD-B, 2019; Zum 18. Military Intelligence Battalion siehe: USAREUR, 66th Military Intelligence Brigade. US Army, Europe, https://www.usarmygermany.com/Sont.htm?https&&www.usarmygermany.com/Units/Military%20Intelligence/USAREUR_66thMIBde.htm (letzter Aufruf 27.08.2020).

⁶¹⁸ Zeitzeugengespräch mit ehemaligem Angehörigen von CAD-B, 2021.

⁶¹⁹ Gujer behauptet das Gegenteil, wonach der Kontakt zu den Quellen verloren gegangen sei. Siehe: Gujer, Kampf an neuen Fronten, 2008, S. 28.

⁶²⁰ Zeitzeugenhinweise vom ehemaligen BND- und CAD-B-Mitarbeitern, 2019. Vgl.: Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 250f.

⁶²¹ Ebd., S. 263.

bezahlten Handys [...].“⁶²² Die Verbindungsführer des BND haben die russische Spionageabwehr und die Herausforderungen der Quellenführung über weite Distanzen und Ländergrenzen hinweg unterschätzt. Nicht zuletzt hängt der Wert einer Quelle auch von ihrer Zugänglichkeit ab. Erkenntnisgewinn einerseits und Aufwand und Risiko andererseits müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen.⁶²³ Hierbei scheint es nach dem Abzug der WGT zu einem Missverhältnis gekommen zu sein. Was der sowjetischen Spionageabwehr des KGB in Deutschland bis 1994 nicht gelang, vermochte nun der Spionageabwehr des im April 1995 aufgestellten russischen Inlandsgeheimdienst FSB⁶²⁴ zu leisten: Sie identifizierte zahlreiche Informanten des BND in Russland und leitete Gegenmaßnahmen ein. Diese konnten von Inhaftierung bis zum „Umdrehen“ der Quelle reichen. Gujer verweist auf die Bedenken der Pullacher Führung hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit der „Giraffe“-Quellen: „In Pullach fragte man sich, ob die einsatzfähigen Quellen nicht längst vom russischen Geheimdienst umgedreht worden waren und den deutschen Dienst nun mit ‚Spielmaterial‘ versorgten: mit für Moskau entbehrlich gewordenen Geheiminformationen, die den BND in die Irre führen sollte.“⁶²⁵ Ferner konnte Gujer ermitteln, dass „Von den rund 20 Informanten [...] drei nachweislich verhaftet [wurden], zu anderen brach der Kontakt aus unerklärten Gründen ab.“⁶²⁶ Es ist folglich nicht ganz klar, inwiefern nicht nur der BND zum Selbstschutz Quellenverbindungen kappte, sondern auch Informanten unfreiwillig „verloren gingen“.

Eine eigenwillige Form des Geheimnisverrats soll sich bis Herbst 1995 abgespielt haben: Medienberichte und andere Publikationen berichteten 1996 übereinstimmend von einem Verfahren gegen drei BND-Mitarbeiter. „Der BND alarmierte den Generalbundesanwalt: Drei Mann der Dahlemer Truppe [12YA] stünden im dringenden Verdacht, als Agenten für den britischen Geheimdienst zu arbeiten.“⁶²⁷ Demnach hätte sich die MI6-Dienststellenleiterin (station chief) in

⁶²² Gujer, *Kampf an neuen Fronten*, 2008, S. 28.

⁶²³ Vgl.: Ebd., S. 65.

⁶²⁴ 1954-1991 KGB, 1991-1995 Föderaler Dienst für Gegenaufklärung (Federalnaja Sluschba Kontrraz vedki, FSK), seit 03.04.1995 Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation (Federalnaja Sluschba Besopasnosti Rossijskoi Federazii, FSB).

⁶²⁵ Gujer, *Kampf an neuen Fronten*, 2008, S. 29.

⁶²⁶ Ebd., S. 28.

⁶²⁷ Mascolo, *Suche Panzer, biete Lada*, S. 74; Andreas Förster, *Nebenbei ein Millionengeschäft mit den Russen*, in: *Berliner Zeitung*, 1996 (23.01.1996). Siehe auch: IV 1e) *Britische Militäraufklärung nach dem 3. Oktober 1990*.

Berlin, Rosemary Sharpe, 1995 einem Offizier des BND zugewandt, um an nachrichtendienstliches Material der WGT zu gelangen. Dieser „Deal“ sei nach Aussagen der später beschuldigten BND-Mitarbeiter mit dem Unterabteilungsleiter in Pullach, Wolbert Smidt, abgesprochen gewesen.⁶²⁸ Ungeachtet der Schuldfrage, die für das Fragestellung dieser Arbeit irrelevant ist,⁶²⁹ liefert dieser Vorfall einen weiteren Hinweis für das selbst 1995 nicht nachlassende Interesse der Briten an Geheiminformationen über die russischen Streitkräfte. Der BND habe damals das britische Verhalten scharf kritisiert, wobei er die amerikanischen Partner gleich mit in ihre Kritik einbezog – wie Focus-Journalist Hufelschulte 1996 berichtete: „Zorn in Pullach bei München. Die Amerikaner und teils auch die Engländer, so das Fazit in der deutschen Geheimdienstzentrale, haben die BND-Leute für viel Geld als eigene Agenten angeworben. Das sei eine totale Verrohung der Sitten, so die verbitterte Reaktion aus dem Isartal.“⁶³⁰ Diese Affäre um den angeblichen Verkauf von Geheimmaterial an einen Partnerdienst hob die Operation „Giraffe“ in die öffentliche Sphäre.

Die Kooperation aus Det G und 12AF hielt noch bis März 1996. Die Details der Auflösung der gemeinsamen Dienststelle sind nicht bekannt. Vereinzelt Mitarbeiter von Det G wurden plötzlich abgezogen und mussten sogar Deutschland verlassen; BND-Mitarbeiter von 12AF wurden versetzt. Ein Eingreifen des Bundeskanzleramts ist denkbar. Juretzko selbst gibt an, am 1. August 1996 in die Abteilung 5 (Sicherheit) versetzt worden zu sein.⁶³¹ Eine etwa sechsjährige deutsch-amerikanische Nachrichtendienstkooperation kam so zu einem jähen Ende.

Die wohl letzte „operative Episode“ ereignete sich 1997. Auslöser war hier bereits vielzitierte Spiegel-Artikel von Mascolo von 1997, in er eine „Giraffe“-Quelle beschreibt: „Quelle V-77848, Deckname Küstennebel, wurde im September 1995 festgenommen. Der Offizier der 40. Funktechnischen Brigade in Samara wurde ein Opfer deutscher Schlamperei. Offensichtlich schwerwiegende operative Sicherheitsmängel, notierte der BND, hätten zu seiner Verhaftung geführt. Das

⁶²⁸ Germany - BND's Western Group of Forces operation unravels, in: *Intelligence*, 30 (1996), S. 16. Vgl.: Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 275; Josef Hufelschulte, *Schüsse am Kasernenzaun*, in: *Focus*, 1996 6 (05.02.1996), https://www.focus.de/politik/deutschland/affaere-schuesse-am-kasernenzaun_aid_157513.html (letzter Aufruf 16.08.2019), S. 28f.

⁶²⁹ Vgl.: Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 279f.

⁶³⁰ Hufelschulte, *Schüsse am Kasernenzaun*, S. 28.

⁶³¹ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 312.

Schicksal von Küstennebel ist bis heute unklar.⁶³² Wie aus einem späteren Focus-Artikel hervorgeht, wurde der 32-jährige Hauptmann der GRU-Funkaufklärung mangels Beweise jedoch freigelassen.⁶³³ Insofern lieferte der Spiegel-Artikel der Spionageabwehr des FSB den fehlenden Beleg dafür, dass „Küstennebel“ tatsächlich für den BND gearbeitet hat oder noch immer arbeitete. Die anstehende Veröffentlichung des Mascolo-Artikels habe den BND alarmiert, da nun eine akute Gefährdung der Quelle „Küstennebel“ vorlag – denn auch FSB-Analysten lasen den Spiegel. Der BND habe daraufhin beschlossen, den ehemaligen GRU-Offizier aus Russland zu evakuieren. Für zusätzliche Herausforderung während der ohnehin riskanten Ausschleusungsoperation habe der parallel stattfindende Staatsbesuch Kohls bei Jelzin am 30. November 1997 gesorgt. Über einen geheimen Stützpunkt in Kasachstan sei schließlich die Flucht gelungen.⁶³⁴ „Fast zeitgleich schloß Boris Jelzin Freund Helmut in die Arme. Die Familie von ‚Küstennebel‘ habe Russland ebenfalls erfolgreich verlassen können.“⁶³⁵ Aus dem Focus-Artikel des anscheinend bestens informierten Journalisten Hufelschulte geht nicht klar hervor, ob „Küstennebel“ bereits abgeschaltet gewesen war oder noch vom Russlandreferat des BND als aktive Quelle geführt wurde.⁶³⁶ Der Vorfall zeigt allerdings, dass die Operation „Giraffe“ auch Ende 1997 noch Wellen schlug, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt schon eingestellt war. Dem BND schien die Unversehrtheit seiner Quellen doch nicht unwichtig zu sein, wie Juretzko behauptet.⁶³⁷ Ausschleusungen aus der Sowjetunion/Russland bedeuten für den aufnehmenden Nachrichtendienst einen sehr hohen Aufwand und für den Auszuschleusenden ein enorm hohes Risiko, wie die Geschichte von KGB-Oberst Oleg Gordijewski eindrucksvoll belegt. Er wurde 1985 vom MI6, für den Gordijewski bereits viele Jahre gearbeitet hatte, über die sowjetisch-finnische Grenze erfolgreich ausgeschleust und lebt heute in Großbritannien.⁶³⁸ Es ist anzunehmen, dass Familie „Küstennebel“ noch immer in Deutschland wohnt. Am Beispiel des 2018 vergifteten Ex-GRU-Spions Sergei

⁶³² Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 74.

⁶³³ Hufelschulte, Rettung aus Rußland, S. 38.

⁶³⁴ Gujer gibt an, die Flucht sei über die deutsche Botschaft in Kiew gelungen. Siehe: Gujer, Kampf an neuen Fronten, 2008, S. 52.

⁶³⁵ Hufelschulte, Rettung aus Rußland, S. 38–40.

⁶³⁶ Vgl.: IV 2f) Fortsetzung im Baltikum.

⁶³⁷ Kündigungsschreiben von Juretzko an BND, überliefert in: Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 330–333. Vgl.: Schmidt-Eenboom, Blick zurück im Zorn, 2014.

⁶³⁸ Ben MacIntyre, The Spy and the Traitor. The Greatest Espionage Story of the Cold War, London 2018.

Skripal, der ebenso für den britischen Auslandsnachrichtendienst spionierte,⁶³⁹ ist es verständlich, dass weitere Informationen über „Küstennebel“ nicht bekannt sind.

i. Öffentliches Bekanntwerden der Operation „Giraffe“

Von der geheimen Operation des BND beim Abzug der sowjetischen/russischen Truppen aus Deutschland drangen zum ersten Mal im August 1995 Informationen an die Öffentlichkeit. Auslöser war der damalige Prozess gegen Major Wladimir Lawrentjew vor einem russischen Militärgericht in Moskau. Bis 1994 für die Spionageabwehr in den russischen Streitkräften in Deutschland tätig, soll er „während seiner Stationierung in Ostdeutschland vom BND angeworben worden sein.“⁶⁴⁰ Im September 1995 nahmen einige Abgeordnete der PDS-Bundestagsfraktion⁶⁴¹, darunter auch Gregor Gysi, diesen Fall zum Anlass für eine kleine Anfrage an die Bundesregierung. Der russische Major „sei im März 1991 während seines Dienstes in der sich aus Ostdeutschland zurückziehenden Westgruppe der russischen Streitkräfte vom Bundesnachrichtendienst (BND) angeworben worden.“ Die Anfragenden wollten wissen, ob es sich bei Lawrentjew um einen Einzelfall gehandelt habe oder um ein „mehrere Kandidaten betreffendes Anwerbungsprogramm des BND“ während des Truppenabzugs. Ferner sollte sich die Bundesregierung auch zu einer eventuellen politischen, moralischen oder arbeitsrechtlichen Mitverantwortung der Bundesregierung an der Verurteilung des Majors äußern. Die Antwort der Bundesregierung fiel denkbar knapp und wenig überraschend aus: „Die Fragen beziehen sich auf operative Tätigkeiten deutscher Nachrichtendienste und können aus Gründen der Geheimhaltung nicht öffentlich beantwortet werden.“ Eine Unterrichtung könne nur im dafür zuständigen Kontrollgremium gegeben werden.⁶⁴² Im englischsprachigen Fachjournal „Intelligence“ hieß es im Februar 1996, dass der Major zu zehn Jahren Haft

⁶³⁹ Mark Urban, Die Akte Skripal. Der neue Spionagekrieg und Russlands langer Arm in den Westen, München 2018.

⁶⁴⁰ Ohne Autor, Russischer BND-Spion, in: Berliner Zeitung, 1995 (10.08.1995).

⁶⁴¹ Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) ging 1990 aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) der DDR und bestand bis 2007. Die ging in die Partei Die Linke über.

⁶⁴² Verurteilung von Wladimir Lawrentjew wegen Spionage für Deutschland. Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Gregor Gysi, Ulla Jelpke, Andrea Lederer und der Gruppe der PDS, Drucksache 13/2431, 26.09.1995.

verurteilt worden sei. Er habe zugegeben, 16.000 DM vom BND für die Beschaffung von militärischem Material erhalten zu haben.⁶⁴³

Zwar ließ der Fall erahnen, dass der BND Lawrentjew für militärische Informationen aus dem russischen Militär abschöpfte, doch über die Details der Quellenführung oder über die Hintergründe dieser HUMINT-Operation des BND erfuhr die Öffentlichkeit noch nichts. Erst im Januar 1996 schrieb der Spiegel: „Eine 1991 in Berlin gegründete Spezialtruppe des BND (dienstinternes Kürzel: 12A) hatte den Auftrag, sich Filetstücke aus dem Warenlager der russischen Armee zu sichern. Die Geheimen aus Pullach tarnten sich als Angestellte einer Autofirma und residierten in Berlin-Dahlem in einem Haus mit dem US-Militärgeheimdienst DIA.“⁶⁴⁴ Diese Beschreibung kam der Realität schon deutlich näher, obwohl zum Zeitpunkt der Veröffentlichung die Operation „Giraffe“ noch nicht beendet war.

Dass bereits ab 1995 erste Informationen über Operation „Giraffe“ in den Zeitungen zu lesen waren und Juretzko bereits 10 Jahre nach Abzug der WGT seine vom Groll gegen den früheren Dienstherrn geprägte Version der Geschichte präsentierte, ist eher ungewöhnlich. Der BND-Führung sowie dem Bundeskanzleramt dürfte dies Kopfzerbrechen bereitet haben. Je mehr Informationen über Quellen des BND bekannt wurden, desto leichter hatte es auch die russische Spionageabwehr. Der Fall „Küstennebel“ scheint hierfür das Paradebeispiel zu sein. Grundsätzlich kann es nicht im Interesse eines Nachrichtendienstes liegen, wenn Details über geheime Operationen an die Öffentlichkeit gelangen. Die Berichte über die Operation „Giraffe“, erst recht aber über die anschließende Foertsch-Affäre wurden zu einem Vehikel der Medien, Interna aus Pullach zu veröffentlichen. Die Erfolge des BND gerieten dabei immer mehr in den Hintergrund.

j. Bewertung: Erfolg oder Desaster?

Der Erfolg einer nachrichtendienstlichen Operation bemisst sich am ehesten nach Qualität und Menge der beschafften Informationen und dem daraus resultierenden Erkenntnisgewinn bei angemessener Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel. So gesehen konnte eine kleine Dienststelle von etwa 30 BND-Mitarbeitern und ebenso

⁶⁴³ Germany - BND's Western Group of Forces operation unravels, in: Intelligence, 30 (1996), S. 16.

⁶⁴⁴ Ohne Autor, Das elfte Gebot verletzt., in: Der Spiegel, 1996 (29.01.1996), 79f.

vielen CAD-B-Angehörigen eine beachtliche Menge an militärischen Informationen von der WGT beschaffen. Der personelle und materielle Aufwand war gering. Denn um solche Erfolge in der DDR oder der Sowjetunion/Russland nachzuweisen, hätten BND und USMLM/CAD-B bis 1990 deutlich mehr Aufwand betreiben müssen. Unter TECHINT-Gesichtspunkten war die Operation „Giraffe“ ein voller Erfolg.

Es verwundert daher nicht, wenn Zeitzeugen und Journalisten übereinstimmend vom überwältigenden Erfolg der deutsch-amerikanischen Nachrichtendienstkooperation berichten, die „nach den Maßstäben des Gewerbes zu den erfolgreichsten des Dienstes [zählt].“⁶⁴⁵ Gujer konstatiert, dass der BND mit der Operation „Giraffe“ der russischen Armee einen empfindlichen Schlag versetzt habe und bewertet sie ebenfalls als eine der erfolgreichsten Operationen des BND.⁶⁴⁶ Für Schmidt-Eenboom war „Giraffe“ eine Operation, „in der der nicht erfolgsverwöhnte BND ab Juli 1990 gemeinsam mit amerikanischen und britischen Diensten alles, was ein Agentenherz an Dokumenten und Rüstungsmaterial begehrt, bei den aus Ostdeutschland abziehenden sowjetischen Streitkräften absahnen konnte.“⁶⁴⁷ Mit Verweis auf das 1990 zusammenbrechende Spionageabwehrnetz aus MfS und KGB argumentieren Uhl und Wagner, dass es nicht verwundert dürfe, „dass der Bundesnachrichtendienst während des Rückzuges der Westgruppe bis 1994 die früheren Erfolge gegen die sowjetischen Truppen in der DDR überbieten konnte.“⁶⁴⁸ Katja Gloger bewertet die Arbeit von 12YA als „eine der größten, wenn nicht gar die größte geheimdienstliche Beschaffungsaktion seit Ende des Zweiten Weltkriegs – ein staatliche Raubzug der Extraklasse, abgesegnet vom Bundeskanzleramt.“⁶⁴⁹ Mascolo, dem 1997 vertrauliche Informationen zur Operation „Giraffe“ für die Recherche zur Verfügung gestanden haben müssen, nennt zahlreiche Beschaffungserfolge: Bordcomputer der MiG-29, Freund-Feind-Erkennungssystem des Kampfhubschraubers Mi-24, Kampfstoffspürgeräte. Ganze Waffensysteme wie der Kampfpanzer T-80 zerlegt und an BND zur weiteren Untersuchung geschickt

⁶⁴⁵ Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 68.

⁶⁴⁶ Gujer, Kampf an neuen Fronten, 2008, S. 23f.

⁶⁴⁷ Schmidt-Eenboom, Blick zurück im Zorn, 2014.

⁶⁴⁸ Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 189.

⁶⁴⁹ Katja Gloger, Fremde Freunde. Deutsche und Russen. Die Geschichte einer schicksalhaften Beziehung, Berlin 2017, S. 340.

worden sein. In Ergänzung – oder wenn Waffensysteme selbst nicht beschafft werden konnten –, konnten die „Händler“ von 12YA auch Dienstanweisungen, Vorschriften oder technische Detailbeschreibungen für sowjetische Wehrtechnik auftreiben.⁶⁵⁰ Auch Juretzko beschreibt die Beschaffung von sowjetischem Wehrmaterial, auch die des Freund-Feind-Erkennungsgeräts „Parol“ vom Kampfhubschrauber Mi-24, als einen der größten Erfolge der Operation „Giraffe“.⁶⁵¹

Mit der umfangreichen Beschaffung sowjetischen/russischen Wehrmaterials während des Truppenabzugs knüpfte der BND an die bereits im Afghanistankrieg erfolgreich durchgeführten Beschaffungsoperationen der 1980er Jahre an. Ulfkotte, der zu den Recherchen seines Buches „Verschlußsache BND“ zahlreiche Hintergrundgespräche mit aktiven BND-Arbeitern führen konnte, beschreibt eine Art Rüstungsarsenal unter dem Lagezentrum des BND, „eine hinter Stahltüren verborgene kleine Sammlung jener Rüstungsgüter, die bei BND-Operationen im Ausland beschafft wurden und den Auswertern heute als Anschauungsmaterial dienen.“ Dabei handele es sich vor allem Technik und Waffen östlicher Produktion.⁶⁵² Es kann davon ausgegangen werden, dass dort auch Exponate aus den Beschaffungserfolgen der Operation „Giraffe“ stammen und mittlerweile zum Inventar der neuen Zentrale des BND in Berlin-Mitte gehören, nach wie vor nicht zugänglich für Außenstehende.

Im Aufgabenbereich TECHINT entwickelte sich der BND zum begehrten Partner innerhalb der westlichen Intelligence Community. Dabei erwies sich die Aufgabenteilung zwischen BND und Bundeswehr als zielführend: Der BND beschaffte mithilfe nachrichtendienstlicher Mittel erfolgreich fremde Wehrtechnik. Die wehrtechnischen Dienststellen der Bundeswehr analysierten sie. So profitierte

⁶⁵⁰ Mascolo, Suche Panzer, biete Lada, S. 70f.

⁶⁵¹ Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 162–178. Zeitzeugen dementieren allerdings, dass Juretzko dieser Coup gelungen wäre. Ein anderes Team von 12YA habe demnach das Freund-Feind-Erkennungsgerät in Mahlwinkel besorgt. Juretzko gibt die Geschichte also in veränderter Form wieder und sich schmückt somit wahrscheinlich mit fremden Federn. Ein ehemaliger Mitarbeiter von CAD-B, bei Juretzko Hans Diethard genannt, kommentierte 2004 gegenüber dem Focus: „Juretzko selbst hat uns, dem US-Partnerdienst [CAD-B], zumeist nur wertlose Dokumente beschafft. Von ihm stammt kein Gramm Hardware.“ Josef Hufelschulte, Drama um "Kosak 3". Hat der Autor eines Bestsellers über den BND gelogen? Geheimdienstkontrolleure verlangen einen Sonderermittler, in: Focus, 2004 45 (28.10.2004), S. 50; Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen von CAD-B und BND, 2018-2019. Vgl.: Schmidt-Eenboom, Blick zurück im Zorn, 2014.

⁶⁵² Ulfkotte, Verschlußsache BND, 2006, S. 214–217.

die Bundeswehr von einem zunehmend detaillierteren Wissen über gegnerische Waffensysteme. Auch sowjetische Rüstungsgüter der abzuwickelnden NVA trugen zu mehr technischer Expertise bei, wenngleich hochsensible und besonders schützenswerte Technik zuvor an die sowjetische Seite abgegeben werden musste. Noch im Juli 1990 legte Generalleutnant Paduch, Chef Nachrichten und Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung der DDR, fest, dass „sensitive und strukturmäßig überzählige Technik [...] zu reexportieren, zurückzugeben oder zur Verschrottung vorzubereiten [ist].“⁶⁵³ Die Weisung Padurchs betraf zwar nur Rüstungstechnik der Führungsdienste, steht jedoch stellvertretend für die Haltung der NVA und des MfAV, sensible Technik an die sowjetische Seite zurückzugeben. Gujer schlussfolgert: „Solche Erkenntnisse sind auch heute noch aktuell, denn sowjetisches Gerät ist noch in vielen Ländern vorhanden, in denen die Bundeswehr Friedenseinsätze leistet.“⁶⁵⁴ Die stärkere Zuwendung von NATO und Bundeswehr hin zur Landes- und Bündnisverteidigung seit 2014 – und die damit einhergehenden „Renaissance“ sowjetischer und russischer Rüstungsgüter in westlichen Intelligence-Kreisen – konnte Gujer 2006 noch nicht ahnen, und beschränkte seinen Befund daher auf Szenarien wie den Kosovo- oder Afghanistaneinsatz.

Gujer verweist auf einen weiteren Beschaffungserfolg des BND, der sogar den sowjetischen/russischen Militärgesheimdienst GRU unter Zugzwang gesetzt habe: „Der militärische Nachrichtendienst GRU musste eine Scharte auswetzen, denn der BND hatte auch Material des Geheimdienstes beschafft, darunter eine interne Untersuchung über Schwarzmarktgeschäfte des Oberkommandierenden Matwej Burlakow.“⁶⁵⁵ Inwiefern dabei tatsächlich der GRU tätig werden musste, bleibt zweifelhaft, da Spionageabwehr – auch bei den Streitkräften – zum Portfolio des KGB und seiner Nachfolger gehörte. Nichtsdestotrotz ist dieses Beispiel ein weiterer Hinweis für die erfolgreiche Penetration nicht der WGT, sondern auch der

⁶⁵³ Noch im Juli 1990 legte Generalleutnant Paduch, Chef Nachrichten und Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung der DDR fest, dass „sensitive und strukturmäßig überzählige Technik [...] zu reexportieren, zurückzugeben oder zur Verschrottung vorzubereiten [ist].“ Die Weisung Padurchs betraf zwar nur Rüstungstechnik der Führungsdienste, steht jedoch stellvertretend für die Haltung der NVA und des MfAV, sensible Technik an die sowjetische Seite zurückzugeben. BArch, MA, DVW 1/44511: Teilbeitrag des Chefs Nachrichten im Hauptstab MfAV, Teilbeitrag zum Staatsvertrag 2 (Einigungsvertrag), Anlage: Abrüstung und Verteidigung, 09.07.1990, hier: Führungsdienste, S. 1.

⁶⁵⁴ Gujer, *Kampf an neuen Fronten*, 2008, S. 102.

⁶⁵⁵ Ebd., S. 29.

(post-)sowjetischen Geheimdienste, deren Mitarbeiter auf deutschem Boden ebenso den Anwerbungsversuchen durch 12YA ausgesetzt waren konnten wie gewöhnliche Offiziere. Das Anwerben und Führen einer Quelle innerhalb eines ausländischen Nachrichtendienstes hat jedoch grundsätzlich eine andere Qualität als vor dem Kasernentor Vorschriften zu ersteigern. Dass bei derartigen Operationen sogleich brisante Informationen über den Oberkommandierenden der WGT beschafft wurden, zeigt das Potenzial erfolgreicher HUMINT. Unbekannt ist indes die Reaktion aus dem Bundeskanzleramt, zumal dessen Optionen eingeschränkt waren: Eine Schwächung des Oberkommandierenden Burlakows auf Grundlager jener Informationen hätte zu unvorhersehbaren Schwierigkeiten beim Abzug geführt. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass die deutsche Seite Burlakows Treiben – so es denn überhaupt stattgefunden hat – untätig zusehen musste.

Nachrichtendienstliche Aktivitäten sind jedoch oft von langfristiger Natur und so muss Operation „Giraffe“ auch über die Beendigung des Abzugs der WGT im August 1994 gedacht – und bewertet werden. Denn die Idee, die TECHINT-Operation zu einer reinen HUMINT-Operation zu umzugestalten, war zwar folgerichtig, ist jedoch 1995/96 kläglich gescheitert. Mehr noch: Es brachte dem BND Skandale und Negativschlagzeilen. Mediale Aufmerksamkeit ist in den seltensten Fällen im Interesse des BND, erst recht nicht, wenn dabei Interna nach außen getragen werden und auch das Bundeskanzleramt tangiert wird. So sind die Jahre 1995/96 als Desaster zu bewerten. Die sich der Operationen „Giraffe“ und „Matchball“ anschließende Juretzko- oder auch Foertsch-Affäre, bei der Juretzko seinen ehemaligen Abteilungsleiter Foertsch der Zusammenarbeit mit dem KGB/FSB bezichtigte, soll in Hinblick auf das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit und die problematische Quellenlage nicht weiter berücksichtigt werden. Zudem ergaben sich dazu keine neuen Erkenntnisse.⁶⁵⁶

Der Schaden für die Sowjetarmee/russischen Streitkräfte durch Operation „Giraffe“ lässt sich nicht beziffern – erst recht aber ließen sich die Informationsabflüsse an den BND und die US-Dienste nicht rückgängig machen. Es überwiegen daher der Erkenntnisgewinn aus der über vier Jahre exzessiv

⁶⁵⁶ Zur Causa Juretzko/Foertsch siehe: Ebd., S. 18–52; Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 313–382; Helmut Roewer, *Im Visier der Geheimdienste. Deutschland und Russland im Kalten Krieg*, Bergisch Gladbach 2008, S. 556–558; Streckel, *Lizensierte Spionage*, 2008, S. 172–175.

durchgeführten TECHINT von 12YA und CAD-B, der durch die Skandale und Veröffentlichungen ab 1995/96 nur bedingt in den Schatten gestellt werden konnte. Unterm Strich war Operation „Giraffe“ ein Erfolg.

3. Weitere BND-Maßnahmen beim Abzug

a. SIGINT

Grundlagen der strategischen Fernmeldeaufklärung nach 1990

Die Wiedervereinigung stellte die auslandsbezogene Fernmeldeaufklärung des BND vor rechtliche Herausforderungen: Das Beitrittsgebiet der ehemaligen DDR und somit das zeitweilige Aufenthaltsgebiet der WGT konnte nicht mehr länger als Handlungsraum der Abteilung 2 (technische Aufklärung/SIGINT) gelten. Das zu jener Zeit gültige Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz - G 10) von 1968 nannte in Artikel 1 § 1 die grundsätzliche Aufgabe der strategischen Fernmeldeüberwachung des BND, darunter die Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes sowie den Schutz der auf deutschen Boden stationierten NATO-Truppen. Hierfür wurde der BND explizit berechtigt, Fernmeldeverkehr abzuhören.⁶⁵⁷ In seiner Dissertation zur historischen und rechtlichen Grundlage der strategischen Fernmeldeüberwachung des BND konstatiert Christian Haden, dass „unter Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte [...] die formale Beendigung des Kalten Krieges für einen überwiegenden Fortfall des mit der SFÜ [Strategischen Fernmeldeüberwachung] verfolgten Aufklärungszwecks [sorgte]. Dieser bestand als Folge der im Kalten Krieg dauerhaft begründbaren Kriegsgefahr nach § 3 Abs. 1 Satz 1 G 10 ausschließlich in der rechtzeitigen Gefahrenaufklärung eines bevorstehenden bewaffneten Angriffs auf die BRD und richtete sich im Schwerpunkt gegen die sowjetischen Interessen auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs.“⁶⁵⁸

Der Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags und die Suspendierung der Sonderrechte der Vier Mächte in Bezug auf Deutschland verringerten die Kriegsgefahr erheblich, sodass eine strategische Fernmeldeaufklärung im

⁶⁵⁷ Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses. Artikel 10-Gesetz - G 10 13.08.1968, S. 949.

⁶⁵⁸ Haden, Strategische Fernmeldeüberwachung, S. 152.

Beitrittsgebiet grundsätzlich nicht mehr gerechtfertigt war. BND-Präsident Porzner bestätigte die Verlagerung der technischen Aufklärung des BND zu nichtmilitärischen Fragen.⁶⁵⁹ Unmittelbar nach der Wiedervereinigung befanden sich jedoch noch immer in beinahe unveränderter Größe und Ausstattung sowjetische Truppen auf deutschem Boden. Insofern galt hier die gleiche rechtliche Logik wie für operative Nachrichtenbeschaffung „an Land“: Solange ausländische Truppen das Ziel waren, durften BND und Bundeswehr weiterhin mit technischen Mitteln deren Kommunikation überwachen, was auch geschah.⁶⁶⁰ Jedoch ist von einer Verringerung der Fernmeldeaufklärung gegen die WGT auszugehen. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen war offensichtlich wenig von der Fortsetzung der strategischen Fernmeldeaufklärung nach 1990 überzeugt und fragte daher die Bundesregierung 1993 im Rahmen einer großen Anfrage: „In welchem Umfang hat der BND nach Beendigung der Ost/ West-Konfrontation die Fernmeldeaufklärung eingeschränkt? Wie viele Anlagen zur Fernmeldeaufklärung wurden seitdem abgebaut oder stillgelegt? Wieviel Personal wurde beim BND in diesem Bereich inzwischen eingespart?“⁶⁶¹ Die Antwort der Bundesregierung darauf fiel erwartbar knapp aus: „Zu diesen Fragen nach konkreten Einzelheiten nachrichten-dienstlicher Tätigkeit äußert sich die Bundesregierung nicht öffentlich, sondern nur vor den für die Kontrolle dieser Tätigkeit zuständigen parlamentarischen Gremien.“ Schmidt-Eenboom verweist auf die Schließung der Fernmeldeaufklärungstürme von Heer und Luftwaffe an der ehemaligen innerdeutschen Grenze zwischen 1990 und 1991. Bei der EloKa-Truppe in Daun sei im Januar 1991 intern bekannt gegeben worden, dass „keine fernmeldeelektronische Aufklärung mehr gegen die ehemaligen Vorfeldstaaten der Sowjetunion betrieben werde, sondern nur noch eine strategische Aufklärung in das Territorium der Sowjetunion selbst.“⁶⁶²

⁶⁵⁹ Porzner, Bundesnachrichtendienst im Gefüge, 1993, S. 239.

⁶⁶⁰ „Die technische Aufklärung von außerhalb des Beitrittsgebiets und aus Berlin wird fortgesetzt.“ Siehe: Nachlass Hartmut Foertsch (im Besitz des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst): BMVg, Generalleutnant Storbeck (Stv GI) Generalinspektors an Generalleutnant Schönbohm (BefH BwKdo Ost), Feststellung und Beurteilung der Lage der Westgruppe der Truppe (WGT), 26.02.1991, S. 1

⁶⁶¹ Überwachung des Fernmeldeverkehrs durch den Bundesnachrichtendienst. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Ingrid Köppe und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 12/5759, 05.07.1993.

⁶⁶² Schmidt-Eenboom, Der BND, 1993, S. 238f.

Ein genauer Blick in die zugänglichen Wochenberichte der BND-Militärauswertung zwischen Wiedervereinigung und 1992 belegt, dass die Fernmeldeaufklärung gegen die WGT fortgesetzt wurde. Die Meldungen, die mutmaßlich Ergebnisse der Fernmeldeaufklärung von BND und Bundeswehr beinhalten, nahmen in diesem Zeitraum jedoch ab.⁶⁶³ Das mag zum einen am nachlassenden Interesse an der WGT gelegen haben, ist jedoch zum anderen ein Ergebnis des Abbaus von Fernmeldeaufklärungskapazitäten. Beispielhaft ist eine Meldung vom Juli 1992 zur Ausbildung der russischen/WGT-Landstreitkräfte zu nennen, die eindeutig auf Erkenntnissen der Fernmeldeaufklärung basiert:

„Die Ausbildung bei den WGT-Landstreitkräften im Berichtszeitraum diene vor allem dem Erhalt der Führungsfähigkeiten der noch verbliebenen Truppenteile/Verbände.

- Die Fernmeldekräfte der Gruppe [WGT] übten sowohl intern als auch im Verbund mit den Stäben der 1. Gardepanzerarmee [Dresden], 2. Gardepanzerarmee [Fürstenberg], 20. Gardearmee [Eberswalde] sowie der 34. Artilleriedivision [Potsdam].
- Bei der 47. Gardepanzerdivision [Hillersleben] fand nach Fernmeldevorlauf eine ganztägige Stabsübung statt. In der geübten Lage wurde eine 8. Panzerbrigade (Bw) [Lüneburg] als Feind angesprochen.
- Bei der 20. Garde Motorisierten Schützendivision [Grimma] der 1. Gardepanzerarmee wurde eine zweitägige Fernmeldeausbildung, vermutlich verbunden mit einer Inspektion durch den Armeebefehlshaber, durchgeführt.“⁶⁶⁴

Solche und ähnliche Informationen aus der Fernmeldeaufklärung mochten während des Kalten Kriegs essentielle Erkenntnisse zur ORBAT und Verhalten der GSSD/WGT geliefert haben, ließen jedoch nach 1990 wenig Rückschlüsse über den Abzug zu. Ob es eine gezielte Telekommunikations- oder Fernmeldeüberwachung von hochrangigen WGT-Offizieren stattfand, ist nicht

⁶⁶³ Anhand von Form und Inhalt lassen sich einzelne Meldungen von Wochenberichten als Erkenntnisse aus der Fernmeldeaufklärung erkennen. Diese sind jedoch nicht explizit als solche gekennzeichnet und können auch mit weiteren Quellen (Informationen von Partnerdiensten, OSINT, HUMINT etc.) angereichert sein. In der Regel wird in solchen Meldungen auf Fernmelde- und Stabsübungen eingegangen, die in der Regel nur durch die Fernmeldeaufklärung von BND und Bundeswehr erkannt werden konnten.

⁶⁶⁴ BArch, B 206/393: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 28/92, 16.07.1992, S. 5.

bekannt, aber grundsätzlich denkbar. Hinsichtlich der nach 1990 fortgeführten SIGINT der Westalliierten in der „Field Station Berlin“ auf dem Teufelsberg sei angemerkt, dass Funkaufklärung dort zum 1. März 1992 eingestellt wurde.⁶⁶⁵

August-Putsch in Moskau 1991

Dass die militärische Auslandsaufklärung des BND ein breiteres Aufgabenspektrum hatte als das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr, zeigt sich am Beispiel des Augustputsches in Moskau 1991. Als am 19. August das Putschistenkomitee die politische Kontrolle in Moskau übernahm, unter anderem unterstützt vom sowjetischen Verteidigungsminister Dimitri Jasow, bestand bei der Bundesregierung die Sorge, dass der Putsch auch Auswirkungen auf den Abzug der WGT und damit auch die Sicherheitslage in Deutschland haben könnte.⁶⁶⁶ Welchen Wert hätten dann noch bilaterale Vereinbarungen gehabt, wenn eine der Vertragsparteien durch einen Putsch von der politischen Landschaft verschwinden könnte? Folglich bestand ein großes Interesse für Bonn, mehr über den Putsch und mögliche Auswirkungen auf die Bundesrepublik zu erfahren. Dafür war der BND das neben dem Deutschen Verbindungskommando zur WGT der Bundeswehr ein wichtiges Instrument.

Die Maßnahmen des BND zur Informationsgewinnung während des Augustputsches sind nicht vollumfänglich bekannt. Hierzu wäre ein Zugang zu den Wochenberichten und Einzelmeldungen der Unterabteilung 32 (Auswertung Politik) erforderlich. Ein Blick in die Berichte der Militärauswertung legt indes nahe, dass der sich BND zunächst vor allem offener Quellen zu bedienen schien, indem der Wochenbericht vom 21. August 1991 lediglich auf die offizielle Erklärung des Pressesprechers der WGT Bezug nimmt: „Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland soll trotz des offensichtlichen Machtwechsels in Moskau fortgesetzt werden. Das teilte ein Sprecher des Kommandos in Wünstorf [sic!] der Presse mit. Die Lageentwicklung in Moskau würde von den Angehörigen der WGT verfolgt, so der WGT-Sprecher. Die Verbände der Westgruppe befänden sich in ihren Standorten und das Personal

⁶⁶⁵ INSCOM (United States Army Intelligence and Security Command), Annual Historical Review, 1992, S. 16.

⁶⁶⁶ Meißner, Der Abzug der Westgruppe, 2016, S. 61.

erfülle seine Aufgaben planmäßig.⁶⁶⁷ Wenn sich aber Einheiten der WGT in irgendeiner Form am Putsch hätten beteiligen sollen, so hätten entsprechende Befehle und Anweisungen über Fernmeldeverbindungen von den Putschisten verteilt werden müssen. Hierbei kam die strategische Fernmeldeaufklärung der Abteilung 3 des BND und wahrscheinlich auch die Fernmeldeaufklärung der Bundeswehr zum Tragen, mit deren Hilfe eine solche Kommunikation hätte erkannt werden können. Jedoch war dies nicht der Fall, wie die Militärauswertung des BND im darauffolgenden Wochenbericht zu berichten wusste:

„Es gab im Fernmeldebild keine Anzeichen für einen bevorstehenden Putsch. [...] Auch nach Bekanntgabe des Putsches am Morgen des 19. August [1991] waren keine Führungsaktivitäten erkennbar, die auf eine zentrale Einflußname des GENSTAB-USR [Generalstab der UdSSR] auf die Streitkräfte hinwies. In dieser Situation wird nur der Militärbezirk MOSKAU ab dem frühen Abend des 19. August – lange nach Beginn des Putsches – eingebunden. Im Falle einer zentralen Steuerung des Armeeeinsatzes hätten deutlicher zusätzliche Einsatzführungs-verbindungen zu den Militärbezirken auftreten müssen. [...] Der Einsatz des Militärs in Moskau war im Fernmeldebild nicht erkennbar.“⁶⁶⁸

Die WGT taucht hier im Fernmeldebild nicht auf, sodass aus Sicht der Auswerter der Abteilung 2 und Unterabteilung 33 eine Einflussnahme der Putschisten in Moskau auf der WGT ausgeschlossen werden konnte. Von der Unauffälligkeit im Fernmeldebild berichtet auch Gujer: „Im August 1991 blieb es im Äther ruhig. Dies ließ nur den Schluss zu, dass sich die um Moskau herum stationierten Eliteeinheiten nicht am Staatsstreich beteiligten. [...] Solche Fälle, bei denen der BND seine ganze Erfahrung ausspielen konnte, waren selten in den politischen Wirren Osteuropas.“⁶⁶⁹

Die Erkenntnis, dass der Putsch in Moskau keine Auswirkungen auf Deutschland haben werde, war für die Bundesregierung von außen- und sicherheitspolitischer Relevanz. Der BND kam hierbei seiner Rolle als strategischer Auslandsnachrichtendienst idealtypisch nach. Derartige politische Fragestellungen gehörten grundsätzlich nicht zum Auftrag der Bundeswehr. Allerdings konnte die

⁶⁶⁷ BArch, B 206/388: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 33/91, 21.08.1991, B5, Bl. A4.

⁶⁶⁸ BArch, B 206/388: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 34/91, 28.08.1991, B5, Bl. A11-A12.

⁶⁶⁹ Gujer, Kampf an neuen Fronten, 2008, S. 54f.

Fernmeldeaufklärung der EloKa-Truppe der Bundeswehr hierzu Detailinformationen liefern, die der BND zu einem Gesamtlagebild zusammenführte.⁶⁷⁰ In Ergänzung zur Einschätzung des BND sei auch die Einschätzung des Deutschen Verbindungskommandos zur WGT zum August-Putsch angeführt:

„Die Ereignisse des Putsches im August 1991 betrafen die WGT zwar nicht unmittelbar, führten aber in der Folge der wesentlichen politischen und sozialen Veränderungen im Leben der WGT-Angehörigen. Die Haltung der Offiziere der WGT, die die Putschereignisse ohne Zensur über die Medien miterlebte, war indifferent. Eindeutige Parteinahme war ebensowenig feststellbar, wie eindeutiges, ablehnendes Verhalten. Nach hiesiger Erkenntnis stand GO [Generaloberst] Burlakov in seiner Funktion als Oberbefehlshaber im Rahmen der Aufarbeitung der Putschfolgen nicht zur Disposition.“⁶⁷¹

Diese Einschätzung könnte dem Inhalt nach auch einer Analyse des BND entnommen sein. Es zeigt einmal mehr die inhaltlichen Überschneidungen zwischen BND und Bundeswehr in Hinblick auf fremde Streitkräfte.

Die Sensibilität von SIGINT lässt eine tiefergehende Recherche zu diesem Thema nicht zu. Die laut Mascolo von 12YA beschafften Codebücher und Schlüsseltafeln dürften indes die Aufklärungsmöglichkeiten der Abteilung 2 des BND deutlich verbessert haben. „Die Codes wurden geknackt – fortan lasen die Deutschen auch die streng geheimen Nachrichten der Russen mit.“⁶⁷² Insofern profitierte die technische Aufklärung des BND von den Beschaffungserfolgen der Operation „Giraffe“, was wiederum den Auswertern der Abteilung 3 neue Einblicke gegeben haben dürfte. Hieran zeigt sich auch der Vorteil der Konzeption des deutschen Auslandsnachrichtendienst: HUMINT, SIGINT und Auswertung sind unter einem Dach und können sich leichter abstimmen und unmittelbarer

⁶⁷⁰ Es ist davon auszugehen, dass auch 12YA beauftragt wurde, Auswirkungen des Putsches auf die WGT aufzuklären. Als politische Maßnahme der Vertrauensbildung und letztlich auch der Informationsgewinnung besuchte der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe am 21. August 1991 das WGT-Oberkommando in Wünsdorf. Dabei bestätigte ihm der Oberkommandierende Burlakov, dass die WGT weiterhin alle vertraglichen Verpflichtungen einhalten würde. Siehe: Meißner, *Der Abzug der Westgruppe*, 2016, S. 61; 1994, S. 91–103. Mroß berichtet indes vom Versuch der Putschisten, Einfluss auf die WGT zu nehmen und somit militärische Unterstützung für den Umsturz zu erhalten. Dies sei aber vom Oberkommando der WGT abgewiesen worden. Siehe: Mroß, *Sie gingen als Freunde*, 2005, S. 111f.

⁶⁷¹ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 6.

⁶⁷² Mascolo, *Suche Panzer, biete Lada*, S. 71–74.

voneinander profitieren als separate Nachrichtendienste. Fraglich bleibt indes, wann die russische Spionageabwehr von diesem Erfolg des BND erfuhr und Verschlüsselungscodes wechseln ließ. Spätestens 1997 konnte sie darüber im Mascolo-Artikel im Spiegel lesen.

b. Kooperationen mit Deutscher Reichsbahn und Arbeitsgruppe „Transport“

Zeitzeugengespräche ergaben, dass der BND auch Mitarbeiter in Gremien einschleuste, die sich unmittelbar und bilateral mit Fragen des Abzugs befassen. Beispielsweise nahm regelmäßig ein Mitarbeiter des BND an den Besprechungen der deutsch-sowjetischen/russischen Arbeitsgruppe „Transport“ teil. Die entsprechenden Teilnehmerlisten bestätigen die Zeitzeugenaussagen. Dabei wurde die Herkunft der Nachrichtendienstler als Angehörige des BMVg, der Deutschen Reichsbahn/Deutschen Bahn oder als Vertreter des Verkehrssenators der Stadt Berlin legendiert.⁶⁷³ In den Sitzungen der bilateralen Arbeitsgruppe „Transport“ wurden wichtige Themen der Abzugslogistik erörtert. Dabei konnten die anwesenden BND-Mitarbeiter Informationen über die militärlogistische Planung, Vorbereitung und Durchführung der Rückverlegungen gewinnen – und zwar aus erster Hand. Konkrete Zahlen wie Tonnagen, Anzahl der zu verladenden Kampftechnik und Transportwege verdichteten so das Bild der Militärauswerter in Pullach. Ob die beiden BND-Mitarbeiter, die nachweislich Teilnehmer an Sitzungen der Arbeitsgruppe „Transport“ teilnahmen, Mitarbeiter der Abteilung 1 (operative Aufklärung) oder Analysten der Unterabteilung 33 (Militärauswertung) waren, ließ sich nicht ermitteln. Es gibt bislang jedoch keine Hinweise auf eine direkte Verbindung zu 12YA.

Die Deutsche Reichsbahn erwies sich als zusätzliche Informationsquelle für den BND. Da die Masse der Technik und des Personals der WGT auf dem Schienenweg zurückverlegt wurde, kamen in der Bahngesellschaft der ehemaligen DDR viele Informationen auf, die der BND nachrichtendienstlich nutzen konnte.⁶⁷⁴ Nicht ohne Grund begleitete ein BND-Angehöriger fast während des gesamten Abzugs einen hochrangigen Reichsbahnmitarbeiter, der die Verantwortung seitens der Deutschen

⁶⁷³ BArch MA, BW 55/339, 340, 341, 342: Tagungsprotokolle der AG Transport, hier: Teilnehmerlisten; Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des BMVg und der Deutschen Reichsbahn, 2016-2018.

⁶⁷⁴ Siehe: IV 7) Transportleitstelle Ost der Bundeswehr.

Reichsbahn/Deutschen Bahn für Eisenbahntransporte der WGT trug. Hierbei legendierte sich der BND-Angehörige als Mitarbeiter der Eisenbahngesellschaft.⁶⁷⁵ Damit saß der BND im wahrsten Sinne des Wortes an der Quelle. Einmal mehr zeigt sich an diesen Beispielen die besondere Konstellation der militärischen *Auslandsaufklärung im Inland*, die eine Kooperation mit nationalen Behörden und Institutionen unabdingbar machte.

c. Kooperationen mit der Bundeswehr

Während des Abzugs mit der Bundeswehr operativ zusammenzuarbeiten, barg für den BND Chancen und Risiken zugleich. Das im nächsten Unterkapitel näher zu beschreibende Deutsche Verbindungskommando zur WGT (DtVKdoWGT) der Bundeswehr unterhielt eine umfangreiche Organisation von Verbindungsoffizieren zur WGT. Der BND konnte also davon ausgehen, dass die darin eingesetzten Bundeswehroffiziere wertvolle Einblicke in die WGT erhalten würden, wofür die Operateure der BND-Abteilung 1 aufwendige und mitunter riskante Beschaffungsoperationen hätten durchführen müssen. Gemäß § 3 BNDG musste der BND folglich diesen Teil der Informationsgewinnung der Bundeswehr überlassen, da die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nicht in jedem Fall notwendig war – schließlich gelang dies der Bundeswehr auch mit offenen Mitteln.

Die meisten Verbindungsoffiziere der Bundeswehr im Verbindungswesen zur WGT sprachen Russisch, da sie sich mehrheitlich aus ehemaligen NVA-Angehörigen rekrutierten. Dieser fachliche Vorteil konnte gleichzeitig auch ein Nachteil, mehr noch: ein Risiko bergen. Denn ob jene ehemaligen NVA-Angehörigen möglicherweise in Verbindung zum MfS oder zu einem anderen Nachrichtendienst des Ostblocks gestanden hatten – oder immer noch standen –, bedurfte in den ersten Monaten nach der Wiedervereinigung noch der Überprüfung. Tatsächlich mussten zu im Laufe des Jahres 1991 mehrere Mitarbeiter des DtVKdoWGT mit NVA-Vergangenheit ihren Dienst beenden, weil eine Kooperation mit dem MfS nachgewiesen werden konnte oder verheimlicht wurde.⁶⁷⁶ Bis dahin gab es also in unkalkulierbares Risiko für den BND, zumindest

⁶⁷⁵ Zeitzeugengespräche mit einem ehemaligen Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn, 2016-2018.

⁶⁷⁶ Mehrere Zeitzeugengespräche mit Oberst a.D. Freiherr Grote, 2017-2019. Ferner wurden für alle ehemaligen NVA-Angehörigen des DtVKdoWGT eine allgemeine Sicherheitsüberprüfungen (Ü 1) eingeleitet, für Berufssoldaten eine Sicherheitsüberprüfung (Ü2). Siehe: BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 36.

bei einer direkten Kooperation bei der Informationsgewinnung; nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung hätten die Verbindungsoffiziere ohnehin nicht durchführen dürfen. Die Risiken auf der politischen Ebene wogen ebenso schwer: Ein Bekanntwerden einer nachrichtendienstlichen Kooperation aus BND und Bundeswehr hätte die Arbeit des DtVKdoWGT empfindlich konterkariert. Das Verbindungswesen der Bundeswehr zur WGT basierte auf Vertrauen; dies wäre bei einer Verstrickung in nachrichtendienstliche Angelegenheiten beschädigt worden. Zeitzeugen gaben an, dass CAD-B und 12YA vor allem aufgrund des hohen NVA-Anteils ganz bewusst keine Zusammenarbeit bei der operativen Aufklärung mit dem Verbindungskommando der Bundeswehr eingingen.⁶⁷⁷ Das Risiko wog demnach höher als ein möglicher fachlicher Nutzen. Dennoch ließen sich in den Überlieferungen des DtVKdoWGT konkrete Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit 12YA finden, etwa die gemeinsame Begehung des Nuklearwaffenlagers in Halle mit Vertretern des DtVKdoWGT, 12YA und CAD-B im Herbst 1991.⁶⁷⁸ Überdies waren der BND-Abteilungsleiter 1, Volker Foertsch, und der Leiter des DtVKdoWGT, Generalmajor Hartmut Foertsch, Cousins. Ein informeller Austausch zwischen beiden denkbar.

Während die operative Aufklärung des BND eine Kooperation mit der Bundeswehr nicht intensiviert, galten etwaige Vorbehalte nicht für die Militärauswerter der Unterabteilung 33 des BND. Nachweislich gab es Kontakte zwischen ihnen und Vertretern des DtVKdoWGT. Beispielsweise stellte der BND zu Beginn des Abzugs Erkenntnisse aus der ORBAT-Intelligence zu Verfügung, wie der Gesamtbilanz des DtVKdoWGT 1994 zu entnehmen ist. Dabei habe sich das „Amt für Militärlieferanten“ – also der BND – bei der „Zurverfügungstellung einer Ausgangsdatenbasis und Standortobjektlageplänen der WGT“ besonders hilfreich erwiesen. Weiter heißt es: „Mit dieser Dienststelle [dem Amt für Militärlieferanten/BND] kam es in Berlin [dem Dienstsitz des DtVKdoWGT, d.Verf.] aber auch durch gegenseitige Besuche, zu einem vielfältigen, beiderseits

⁶⁷⁷ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2017-2019.

⁶⁷⁸ BArch, MA, BW 55/279: BND, 33G, an DtVKdoWGT, Besichtigung des ehemaligen Nuklearwaffenlagers der WGT in Halle, 27.09.1991. Siehe auch: V 9c) Gemeinsame Liegenschaftsbesichtigungen von CAD-B, 12YA und DtVKdoWGT.

nützlichen, Informationsaustausch.“⁶⁷⁹ Ein solcher Besuch fand beispielsweise im Januar 1992 statt, als Analysten der Unterabteilung 33 des BND ein Stabsbriefing vom DtVKdoWGT in Pullach erhielten.⁶⁸⁰ Interessanterweise fand einen Tag später ein Besuch von Analysten bei CAD-B und 12YA im Föhrenweg statt.⁶⁸¹ Anscheinend wollten sich die BND-Analysten ein möglichst umfassendes Bild vom Truppenabzug machen. Sowohl die Angehörigen des DtVKdoWGT als auch die Angehörigen von 12YA (und CAD-B) waren dafür ideale Gesprächspartner. Einen weiteren Austausch zwischen dem Bundeswehr-Verbindungskommando und der Militärauswertung des BND dokumentiert ein Besuchsprogramm für Vertreter des DtVKdoWGT im Januar 1994. Die Gesprächspartner in der Pullacher Heilmannstraße waren überwiegend den Referaten 33G (Transport), 33H (Landstreitkräfte) und 33J (Luftstreitkräfte) zugeordnet. Auch der Unterabteilungsleiter 33, Brigadegeneral Sand, empfing die Gäste aus Berlin. Die Programmpunkte „Round Table Gespräch ‚Abzugsproblematik WGT‘“ sowie „Fortsetzung Fachgespräche ‚Innere Lage der WGT‘“ deuten an, woran die Militärauswerter interessiert waren.⁶⁸² Durch die intensive Zusammenarbeit mit der WGT verfügten die Mitarbeiter des DtVKdoWGT über vielfältige Erkenntnisse über den inneren Zustand der WGT und die Probleme der Soldaten. Dies waren in Hinblick auf HUMINT nachrichtendienstlich relevante Aspekte, wobei noch einmal auf die grundsätzliche Abschottung der Operateure von den Auswertern verwiesen werden muss. Diese erfuhr jedoch im Zuge des Abzugs eine Aufweichung, wie der Besuch von Analysten des BND bei 12YA belegt.⁶⁸³

In Verbindung mit der Aussage in der Gesamtbilanz des DtVKdoWGT deutet sich somit eine funktionierende und vielfältige Kooperation zwischen BND und Bundeswehr an, sowohl auf höherer Ebene als auch auf der Arbeitsebene. Die Gesprächspartner in Pullach waren mehrheitlich Stabsoffiziere

⁶⁷⁹ BArch, MA, BW 55/21: Gesamtbilanz DtVKdoWGT, 20.12.1994, S. 57f. Zeitzeugenhinweisen zufolge besuchten Analysten der Unterabteilung 33 die Dienststelle im Föhrenweg 1992 und 1993. Dienststellenleiter G. und Abteilungsleiter Foertsch waren ebenfalls bis Ende 1993 zu Besuch in der gemeinsamen Berliner-Dienststelle. Zeitzeugengespräche mit ehemaligem Mitarbeiter von CAD-B, 2019.

⁶⁸⁰ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoWGT, Bilanz 1992, 10.03.1993, Vorträge/Briefings, Anlage 21.

⁶⁸¹ Hinweis von einem ehemaligen Mitarbeiter von CAD-B, Juni 2019.

⁶⁸² Fernschreiben BND, 33 B/LZ an DtVKdoWGT, Besuchsprogramm, 12.01.1994, Privatarchiv des Verfassers.

⁶⁸³ Hinweise von einem ehemaligen Angehörigen von CAD-B, 2019.

im Generalstabsdienst, vom Oberstleutnant i.G. bis zum Brigadegeneral. Es war zwar formell ein Austausch zwischen den Ressortbereichen Bundeskanzleramt und BMVg, faktisch jedoch ein Treffen unter Bundeswehroffizieren. Diese Kooperationsform zwischen BND und DtVKdoWGT spiegelt daher die soldatische Durchdringung der militärischen Auslandsaufklärung wider, die sich in der Unterabteilung 33 personell und strukturell manifestierte. Die Handlungen des BMVg, der Bundeswehr und des BND beim Abzug der sowjetischen Nuklearwaffen stellen in besonderer Weise die Kooperationsformen und Konkurrenzverhalten zwischen Militär und Nachrichtendienst dar und werden daher als Fallbeispiel später ausführlich behandelt.

Weitere Kooperationen des BND beim Thema Truppenabzug gab es auch mit dem ANBw, der G2-Abteilung des Bundeswehrkommando Ost sowie mit der Stababteilung Fü S II (militärisches Nachrichtenwesen) im BMVg. Hierauf wird in den entsprechenden Abschnitten explizit eingegangen.

4. Deutsches Verbindungskommando zur Westgruppe der Truppen

a. Aufstellung

Vorläufer: Abteilung Zentrale Aufgaben

Die Aufstellung des Deutschen Verbindungskommando zur Westgruppe der Truppen (DtVKdoWGT) ging zurück auf eine bereits vorhandene Abteilung des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung der DDR, dem Nachfolger des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR. Trotz jahrzehntelanger Stationierungsgeschichte der GSSD/WGT auf dem Territorium der DDR nahm eine solche zentrale Dienststelle zur Koordinierung mit der sowjetischen Seite erst am 8. August 1990 den Dienst auf. Bis dahin wurden Fragen des Zusammenwirkens von NVA und GSSD/WGT entweder zwischen den betroffenen Kommandoebenen, Verbänden oder Einheiten direkt geklärt oder aber auf höherer Ebene durch Vertreter des DDR-Verteidigungsministeriums und dem sowjetischen Oberkommando in Wünsdorf. Die „Abteilung Zentrale Aufgaben des Zusammenwirkens mit der WGT“ widmete sich den Bereichen operatives und territoriales Zusammenwirken, Liegenschaften und Ökologie, Sicherstellung und Logistik sowie Grundsatzfragen wie Recht, Haushalt und Presse. Konkret ging es dabei nicht nur um die einseitigen Truppenreduzierungen, die in der zweiten

Jahreshälfte 1990 noch nicht abgeschlossen waren. Vielmehr sollten Probleme im Zusammenhang mit der Anwesenheit sowjetischer Truppen bilateral erörtert werden, etwa Übungsvorhaben, Marschrouten oder auch Sperrgebietsproblematiken.⁶⁸⁴ Die anfangs 30, später circa 60 militärischen und zivilen Mitarbeiter der Abteilung wurden von Generalleutnant Petroschka geführt, sprachen teilweise Russisch und kooperierten mit einer ebenfalls neu aufgestellten Gruppe im Oberkommando der WGT.⁶⁸⁵ In der Dokumentation zum DtVKdoWGT von 1995 wird die Arbeit der Abteilung Zentrale Aufgaben gelobt. Sie habe „innerhalb weniger Wochen, unter großem Zeitdruck und angesichts überschlagender politischer Entwicklungen im Sommer 1990 unschätzbare Vorarbeit für die Indienststellung des Deutschen Verbindungskommandos zu den Sowjetischen Streitkräften in Deutschland geleistet wurde.“ Damit sei der Grundstein für einen „reibungslosen Übergang und eine bemerkenswerte Kontinuität im Zusammenwirken mit dem WGT-Oberkommando“ gelegt worden.⁶⁸⁶ „Reibungslos“ meint hier vor allem die personelle Kontinuität, wodurch ehemalige NVA-Offiziere ihre Tätigkeit in einer Bundeswehrdienststelle praktisch unverändert fortführen konnten.

Konzeption des Verbindungskommandos

Da im August/September die wesentlichen Inhalte des AAV bereits bekannt waren, gab es für die Bundesressorts eine gewisse Vorlaufzeit, über ein deutsches Instrument zur Unterstützung und Überwachung des Truppenabzugs nachzudenken. Das Ergebnis dieser Überlegungen war eine militärische Dienststelle, die als Bindeglied zwischen der deutschen Seite und der WGT fungieren sollte. Am 17. September 1990 fand im BMVg eine Besprechung mit Vertretern vom Führungsstab der Streitkräfte (Fü S) und der Abteilung Zentrale Aufgaben statt, um Ansichten über mögliche Gliederung und Aufgaben eines neuen Verbindungskommandos auszutauschen.⁶⁸⁷ So konnte die Erfahrung der

⁶⁸⁴ BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, 05.09.1995, S. 126.

⁶⁸⁵ BArch, MA, BW 2/25720: Vorlage Fü S III 1 für Bundesminister der Verteidigung, Vorschlag für Gliederung, Aufgaben und Unterstellung des Verbindungskommandos, 20.09.1991, S. 2-4; BArch, MA, DVW 1/43749: Aktennotiz für den Staatssekretär Werner E. Ablaß, 31.08.1990. Siehe auch Ausführungen zur Abteilung Zentrale Aufgaben in: BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, S. 94-97 sowie 124-129. Vgl.: Pruschwitz, Der sowjetische Truppenabzug (Interview Grote), 2008, S. 110; Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 32f.

⁶⁸⁶ BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, 05.09.1995, S. 129.

⁶⁸⁷ Ebd., S. 126.

Mitarbeiter der Abteilung Zentrale Aufgaben bei der Konzeptionierung des Verbindungskommandos der Bundeswehr berücksichtigt werden. Diese Erfahrung basierte vor allem auf Erfahrungswerten im Umgang mit Entscheidungsträgern der WGT, logistischen Abläufen und Verfahren sowie nicht zuletzt auch einem Grundmaß an Verständnis für Sprache und Kultur der WGT-Angehörigen.

Im Verteidigungsressort oblag die Ausarbeitung eines Konzepts für eine solche Dienststelle dem Grundsatzreferat der Stabsabteilung Militärpolitik, FÜ S III 1. Am 6. September 1990, gut eine Woche vor Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags, schlug FÜ S III 1 die Errichtung eines Organisationselements „Verbindungsstab zu den sowjetischen Truppen (WGT)“ vor, den Staatssekretär im BMVg, Karl-Heinz Carl, drei Tage später billigte. Diese Errichtung sei „grundsätzlich“ mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt gewesen.⁶⁸⁸

FÜ S III 1 stellte in der Vorlage die besonderen Anforderungen an den Verbindungsstab und dessen Mitarbeiter heraus: Fingerspitzengefühl, aber auch Durchsetzungsvermögen sei notwendig, um nicht nur militärische, sondern auch politische Aufgaben zu lösen. Vorurteile auf der sowjetischen Würden ausgeräumt werden müssen, wobei dabei nur gleichrangige Offiziere als Ansprechpartner akzeptiert würden. Nach Auswertung des AAV und im Austausch mit den Mitarbeitern der Abteilung für Zentrale Aufgaben im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung ergaben sich aus Sicht FÜ S III 1 vier Aufgabenfelder: 1) Verbindung zur WGT; 2) Koordinierung der mit dem Abzug verbundenen Maßnahmen; 3) Mitwirken an der Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission; 4) Mitwirken am Kontaktausschuss in Berlin. Hierfür würden überschlägig 25 bis 30 Mitarbeiter benötigt.⁶⁸⁹ Die Vorlage definiert diese vier Aufgaben des Verbindungsstabes zur WGT im Detail und schlägt eine Struktur des Stabes mit drei Dezernaten vor: Dezernat 1 – Grundsatzangelegenheiten; Dezernat 2 – Dienstbetrieb und Territoriale Aufgaben; Dezernat 3: Infrastruktur, Umwelt und Unterstützung.⁶⁹⁰ Oberst i.G. Grote, der am 4. Oktober 1990 den Stab des DtVKdoWGT übernahm, gibt an, zur Gliederung des Kommandos konzeptionell beigetragen zu haben: Zwei Wochen vor Wiedervereinigung habe er den Auftrag bekommen, die Struktur eines

⁶⁸⁸ BArch, MA, BW 2/25720: Vorlage FÜ S III 1 für Bundesminister der Verteidigung, Vorschlag für Gliederung, Aufgaben und Unterstellung des Verbindungskommandos, 20.09.1991, S. 1.

⁶⁸⁹ Ebd., S. 3f.

⁶⁹⁰ Ebd., Anlage 1 und 2.

Verbindungskommandos zu entwerfen, was er als Beifahrer auf der Fahrt von Koblenz nach Bonn getan habe. Am gleichen Tag habe Minister Stoltenberg dem Vortrag zugestimmt.⁶⁹¹ Demnach könnte der Gliederungsentwurf von Fü S III 1 vom 20. September 1990 auf den Ideen von Oberst i.G. Grote zurückgegangen sein. Dabei dürften seine Erfahrungen als Militärattaché in der ČSSR eingeflossen sein. In dieser Verwendung hatte Oberst i.G. Grote schon einmal den Auftrag gehabt, sowjetische Truppen zu beobachten.

Hinsichtlich der Unterstellung eines aufzubauenden Verbindungsstabes zur WGT empfahl Fü S III 1 dem Minister zunächst eine Unterstellung unter das Bundeswehrkommando Ost, damit dessen Befehlshaber, Generalleutnant Schönbohm, gegenüber dem sowjetischen Oberbefehlshaber gestärkt würde und eine einheitliche Befehlsgebung vor Ort gegeben sei. „Nach Auflösung des BwKdo Ost wird nur eine Unterstellung unter BMVg dem politischen Wirken des Verbindungsstabes Rechnung tragen, andere Lösungen [...] würden den Stab darüber hinaus in seiner Aufgabenstellung zu einseitig ausrichten.“⁶⁹²

Dienstaufnahme und Erlass für den Leiter

Da der 3. Oktober 1990 ein Feiertag war, nahm der Verbindungsstab am 4. Oktober seinen Dienst auf, zunächst unter der Bezeichnung: Deutsches Verbindungskommando zu den sowjetischen Streitkräften (DtVKdoSowjSK). Der erste Dienort des DtVKdoSowjSK wurde eine Kaserne in Strausberg, Prötzeler Chaussee, in der zuvor das Tagungszentrum des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR seinen Sitz hatte und im Anschluss die Abteilung Zentrale Aufgaben.⁶⁹³ Die englische Bezeichnung lautete: German Liaison Detachment, Soviet Forces in Germany (GLDSFG),⁶⁹⁴ wobei die Begriffe „Verbindung“ und „Liaison“ eine semantische Parallele zu den Alliierten Militärverbindungsmissionen aufweisen. Ob es darüber hinaus auch inhaltliche Überschneidungen gab, werden die nächsten Kapitel zeigen.

⁶⁹¹ Pruschwitz, Der sowjetische Truppenabzug (Interview Grote), 2008, S. 110f.

⁶⁹² BArch, MA, BW 2/25720: Vorlage Fü S III 1 für Bundesminister der Verteidigung, Vorschlag für Gliederung, Aufgaben und Unterstellung des Verbindungskommandos, 20.09.1990, S. 5f.

⁶⁹³ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 236.

⁶⁹⁴ PA AA, B 38 (ZA)/198380: BMVg, Stellvertretender Generalinspekteur der Bundeswehr, Dienstanweisung für den Leiter des Deutschen Verbindungskommandos zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland. 28.11.1990, S. 1.

Eine Dienstanweisung für den Leiter des DtVKdoSowSK traf erst am 28. November 1990 – also mehr als drei Wochen nach Dienstaufnahme – im Kommando ein, sodass bis dahin die Vorlage von Fü S III 1 als Arbeitsgrundlage dienen musste, die jedoch schon konkret auf die Aufgaben des Verbindungskommandos zur WGT einging. Der Stärke- und Ausrüstungsnachweis (STAN) wurde am 18. Oktober 1990 vorläufig erlassen und erst im April 1991 endgültig in Kraft gesetzt.⁶⁹⁵ Die Dienstanweisung für den Leiter erließ der Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, Generalleutnant Dr. Jürgen Schnell. Er regelte unter anderem auch die Unterstellung nach der Auflösung des Bundeswehrkommandos Ost, die bereits am 1. Juni 1991 erfolgte. Truppendienstlich würde das Verbindungskommando dann dem Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, fachlich dem Grundsatzreferat Fü S III 1 (Grundsatzreferat Militärpolitik) unterstellt sein. Zwischen dem Korps- und Territorialkommando Ost (KTK Ost), das aus dem Bundeswehrkommando Ost hervorgehen sollte, und dem DtVKdoSowSK würde somit kein Unterstellungsverhältnis mehr geben. Der fachliche Zugriff des Verbindungskommandos auf die zahlreichen Verbindungsoffiziere des KTK Ost würden jedoch bestehen bleiben – ein Umstand, der später noch zu Verstimmungen führen sollte. Dem Leiter des Verbindungskommandos unterstand ein Stellvertreter und ein Chef des Stabes sowie in besonderen Aufgabenbereichen des Verbindungswesens zur WGT die Befehlshaber der Wehrbereiche VII (Leipzig) und VIII (Neubrandenburg).⁶⁹⁶

Befehl zur Aufstellung

Obwohl das DtVKdoSowSK bereits seit 4. Oktober 1990 im Wesentlichen die Aufgaben als Verbindungsstab zur WGT wahrnahm, wurde erst am 14. Februar 1991 ein Aufstellungsbefehl vom Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr herausgegeben. Der „Organisationsbefehl 2/91 (Bw) für die Aufstellung des Deutschen Verbindungskommandos zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland“ legte überdies den 1. April 1991 als Durchführungstermin, also als offizielles Datum der Aufstellung, fest. Der vorher

⁶⁹⁵ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 4.

⁶⁹⁶ PA AA, B 38 (ZA)/198380: Dienstanweisung für den Leiter des Deutschen Verbindungskommandos zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland, 28.11.1990.

gebräuchlichen und in der Dienstanweisung für den Leiter vom 28. November 1990 festgelegten Abkürzung DtVKdoSowjSK wurde in DVKdoSowjSKD geändert.⁶⁹⁷ Es sollte nicht die letzte Änderung dieser Art bleiben. Zum 1. September 1992 erfolgte – ohne Auswirkungen auf den Auftrag oder die Arbeitsweise des Verbindungskommandos – die Umbenennung in Deutsches Verbindungskommando zur Westgruppe der Truppen. Die gültige Abkürzung lautete fortan DtVKdoWGT.⁶⁹⁸ Diese Abkürzung soll in den Folgeabschnitten als allgemeingültige Abkürzung verwendet werden.

Das Unterstellungsverhältnis wurde im Organisationsbefehl neben der truppendienstlichen und fachlichen Unterstellung noch um eine wirtschaftliche ergänzt: Nach der Auflösung des Bundeswehrkommandos Ost sollte das Verbindungskommando in wirtschaftlichen Belangen, also vor allem hinsichtlich der Materialversorgung, dem Transportbataillon 802 unterstellt werden. Nach wie vor fand dabei das KTK Ost keine Erwähnung. Nur die dem KTK Ost unterstellten Wehrbereiche VII und VIII waren weiterhin im besonderen Aufgabenbereich des Verbindungswesens zur WGT dem Leiter des DVKdoSowjSKD unterstellt.⁶⁹⁹ Welche Intention sich dahinter verbarg, wird nachfolgend erläutert.⁷⁰⁰ Anfang 1994 übernahm der Chef des Stabes des Führungsstabes der Streitkräfte, Fü S, die truppendienstliche Verantwortung über das DtVKdoWGT. Zuvor oblag diese dem Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr.⁷⁰¹

b. Rahmenbedingungen und Auftrag

Handeln ins Ungewisse

Der Kernauftrag – Verbindunghalten zur WGT – blieb beim Übergang der Abteilung für Zentrale Aufgaben in eine Dienststelle der Bundeswehr grundsätzlich bestehen, auch wenn sich die äußeren Bedingungen grundlegend änderten. Laut

⁶⁹⁷ Sammlung ZMSBw/Vorlass Oberstleutnant a.D. Willi Pätz: Organisationsbefehl 2/91 (Bw) für die Aufstellung des Deutschen Verbindungskommandos zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland, 14.02.1991; Unterschiedliche Abkürzungen haben zu Beginn für Irritation gesorgt, weshalb sich der Chef des Stabes des Verbindungskommandos an Fü S IV 1 gewandt habe, mit der Frage: „Welche Abkürzung gilt denn nun? (Wir haben schon Stempel/Siegel).“ Siehe: BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, 05.09.1995, S. 130.

⁶⁹⁸ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoWGT, Bilanz 1992, 10.03.1993, S. 4.

⁶⁹⁹ Sammlung ZMSBw/Vorlass Oberstleutnant a.D. Willi Pätz: Organisationsbefehl 2/91 (Bw) für die Aufstellung des Deutschen Verbindungskommandos zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland, 14.02.1991; Siehe auch: BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, 05.09.1995, S. 133.

⁷⁰⁰ Siehe: IV 4e) Dezentrales Verbindungswesen.

⁷⁰¹ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 8.

interner Dokumentation von 1995 sei den Mitarbeiter des Verbindungskommandos der Auftrag anfangs nur in Umrissen bekannt gewesen.⁷⁰² Die Anlage 1 der Weisung vom 20. September 1990, die bei Dienstaufnahme am 4. Oktober die entscheidende Arbeitsgrundlage darstellte, umriss jedoch die Aufgaben des Verbindungskommandos auf immerhin zwei Seiten. Wie allerdings die „Vertretung deutscher Interessen zur Einhaltung und Durchsetzung der Verträge“ oder die „Überwachung der Übungstätigkeiten der sowj. Truppen“ zu erfolgen hatte, blieb letztlich dem Geschick von Generalmajor Foertsch und seinen Mitarbeitern überlassen. Letztlich kann eine Weisung in der Phase der Konzeptionierung eines Verbindungsstabes auch nicht mehr Details vorgeben. Zudem entspricht es der Führungsphilosophie der Bundeswehr, im Sinne der Auftragstaktik eigenständig Lösungswege zu entwickeln, die erfolgreich zur Aufgabenerfüllung beitragen. Nichtsdestotrotz empfand Generalmajor Foertsch die Anfangszeit „in hohem Maße als ein Handeln ins Ungewisse“, und dass es für die gestellten Aufgaben keine Vorbilder in der Bundeswehr gegeben habe – was die westdeutschen Bundeswehrangehörigen von ihren Ex-NVA-Kameraden mit Vordienstzeit in der Abteilung für Zentrale Aufgaben unterschied.⁷⁰³ Mit Ausnahme von Militärattachés und Manöverbeobachtern dürfte es nur sehr wenige Bundeswehrsoldaten gegeben haben, die vor 1990 im engeren Austausch mit sowjetischen Soldaten gestanden haben. Die ehemaligen NVA-Angehörigen und Mitarbeiter des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR, die in den Dienst des DtVKdoSowjSK übernommen wurden, stellten daher wichtiges Humankapital für den Verbindungsstab zur WGT dar.

Auftrag gemäß Befehl

Der Auftrag des DtVKdoSowjSK definierte letztlich der Organisationsbefehl zur Aufstellung desselben, wobei keine inhaltlichen Abweichungen zur Dienstanweisung für den Leiter vom 28. November 1990 festzustellen sind. Allerdings spezifiziert jene Dienstanweisung die Aufgaben des Leiters des Verbindungskommandos. Übereinstimmend legten beide Dokumente fest, dass Verbindungskommando die Interessen des Bundesministers der Verteidigung

⁷⁰² Vgl.: BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation 92a, 05.09.1995, S. 130.

⁷⁰³ BArch, MA, BW 2/25720: Vorlage Fü S III 1 für Bundesminister der Verteidigung, Vorschlag für Gliederung, Aufgaben und Unterstellung des Verbindungskommandos, 20.09.1990. Anlage 1.

gegenüber dem Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland zu vertreten hatte. Gemäß AAV, Artikel 4, Absatz 2, sollte das Kommando – und in Person seines Leiters – die Aufgaben des deutschen Bevollmächtigten für die Festlegung und Koordinierung der erforderlichen Maßnahmen zur Abwicklung des Truppenabzugs wahrnehmen. Zudem sollte er gemäß Artikel 25 des AAV als Bevollmächtigter des BMVg in der Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission, im Kontaktausschuss Berlin und in der Liegenschaftskommission mitwirken. Weitere Details würden aus den Aufgabenbeschreibungen dem Stärke- und Ausrüstungsnachweis (STAN) hervorgehen. Erfahrungen seien in Erfahrungsberichten vorzulegen.⁷⁰⁴ Darüber hinaus beschrieb die Anweisung für den Leiter, dass dieser im Interesse der Einhaltung der geschlossenen Verträge (Zwei-plus-Vier-Vertrag, AAV und Überleitvertrag) sowie zur Unterstützung deutscher Behörden insbesondere bei Liegenschafts- und Eigentumsfragen Verbindung zum WGT-Oberkommando halten solle. Dies galt ferner auch für die Durchführung von Rüstungskontrollvereinbarungen und vertrauensbildende Maßnahmen. Explizit wurde dem Leiter des DtVKdoSowSK die Führung der Wehrbereichskommandos VII und VIII im besonderen Aufgabenbereich des Verbindungswesens zur WGT übertragen sowie die Überwachung von Übungs- und Ausbildungstätigkeiten. Hierfür war auch Verbindung zur militärischen Verkehrs- und Transportorganisation erforderlich – ein Aufgabenfeld, das sich als elementar für den Truppenabzug herausstellen sollte.⁷⁰⁵

Eine weitere Aufgabe für das DtVKdoWGT war die Verifikation des Abzugs. Sie resultierte unmittelbar aus Artikel 4 des AAV. Zur bilateralen Koordinierung aller abzugsrelevanten Maßnahmen sollte der Abzug vom Verbindungskommando überwacht sowie die Stärken der abziehenden Kontingente und der verbleibenden sowjetischen Truppen und ihres Materials festgestellt werden.⁷⁰⁶ Mit dieser Aufgabe waren am ehesten nachrichtendienstliche Aspekte und Aufgaben des

⁷⁰⁴ Siehe hierzu Bilanzen 1991/92/93/94 in: BArch, MA, BW 55/20 und 21. Neben diesen Jahresberichten und der Gesamtbilanz gab es noch eine ausführliche Dokumentation, die im Januar 1995 der Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr anwies. Siehe: BArch, MA, BW 55/92b.; Weisung für die Erarbeitung einer Dokumentation zum befristeten Aufenthalt und planmäßigen Abzug der Westgruppe der Truppen (WGT), 26.01.1995, Anlage 2; Für Dokumentationen des DtVKdoWGT siehe: BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, 05.09.1995, sowie dazugehöriger Anlagenteil in BW 55/92b.

⁷⁰⁵ PA AA, B 38 (ZA)/198380: Dienstanweisung für den Leiter des Deutschen Verbindungskommandos zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland, 28.11.1990.

⁷⁰⁶ Ebd., S. 5. Vgl.: AAV, Art. 4.

militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr berührt, galt es dabei auch, Informationen über Aufbau, Ausstattung und Stärke, aber auch über das Verhalten ausländischer Streitkräfte zu gewinnen (ORBAT-Intelligence). Gleichzeitig erforderte dieser Auftrag bestimmte Verfahren und Prozesse, die mit Strukturen und Personal hinterlegt werden mussten, um dem Umfang des Abzugs gerecht zu werden und seine Überwachung überhaupt realisieren zu können.

Auftragswandel im Verlauf des Abzugs

Der Chef des Stabes des DtVKdoSowSK umriss die „ressortübergreifenden drei Hauptaufgaben“ des Kommandos später wie folgt: „Zum einen hatte es den planmäßigen Abzug zu koordinieren; zum anderen war es in allen Fragen des Aufenthalts Mittler zwischen der WGT und deutschen Stellen; zum dritten hatte es über das vertragskonforme Verhalten der WGT zu wachen.“⁷⁰⁷ Dabei veränderten sich im Verlauf des Abzugs der Schwerpunkte der Arbeit des Verbindungskommandos. Während zu Beginn vor allem der Informationsbedarf des BMVg und des Verbindungskommandos selbst gedeckt werden musste und die Überwachung des Verhaltens der WGT-Verbände im Vordergrund stand, kamen zunehmend auch beratende Tätigkeiten hinzu. Hierzu war das DtVKdoWGT aufgrund seiner besonders intensiven Verbindungen zur WGT befähigt – und wurde dementsprechend nachgefragt.⁷⁰⁸ Die von Überwachung und Verbindungswesen geprägte Anfangsphase des Abzugs beschreibt Grote wie folgte: „Das Einhalten der vertraglichen Bedingungen war gerade anfangs ein Problem, weil die Sowjetarmee nicht gewohnt war, sich an rechtsstaatliche Vorgaben und Bestimmungen des Gastlandes zu halten. Das mussten wir unseren sowjetischen Partnern erst klarmachen.“⁷⁰⁹ In der letzten Phase des Abzugs überwogen abzugsrelevante Aufgaben, die vor allem mit organisatorischen und logistischen Fragen verbunden waren.⁷¹⁰ Generalmajor a.D. Foertsch teilt den Abzug retropektiv in drei Phasen ein, die auch die Arbeit seines Verbindungskommandos charakterisieren: Bis Dezember 1990 seien Informationen gesammelt worden und beide Seiten hätten sich kennengelernt; Bis Dezember 1992 sei der Abzug organisiert worden, während

⁷⁰⁷ Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 77.

⁷⁰⁸ Beispielsweise gab es 1993 „204 Medienanfragen in Sachen Aufenthalt & Abzug der WGT.“
Siehe: BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1993, März 1994, S. 37.

⁷⁰⁹ Pruschwitz, Der sowjetische Truppenabzug (Interview Grote), 2008, S. 109.

⁷¹⁰ BArch, MA, BW 55/92a: Dokumentation, 05.09.1995, S. 133.

der Sowjetunion zerfiel und sich auflöste und zwischen 1993 und September 1994 sei der Abzug weitergeführt und „russische Begehrlichkeiten abgewehrt [worden].“⁷¹¹ Über den gesamten Zeitraum blieben Verifikation des Abzugs und Verbindung zur WGT die Kernaufträge des DtVKdoWGT; beide bedingten einander.

Dienstorte und anfängliche Arbeitsbedingungen

Zur Dienstaufnahme zog das DtVKdoWGT in die Räumlichkeiten des ehemaligen Tagungszentrums des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR, die bereits ab August 1990 von der Abteilung Zentralaufgaben genutzt wurden. Eine Kommunikation mit Bundeswehrdienststellen in den alten Bundesländern war aufgrund fehlender Fernmeldeverbindungen wie Telefon oder Fernsprengeräten zunächst nicht möglich. „So konnten wir das BMVg manchmal tagelang nicht erreichen, geschweige denn das Auswärtige Amt (AA) oder das Bundeskanzleramt.“ Auch die WGT selbst sorgte für schwierige Kommunikationsbedingungen, die eine fernmündliche Verbindungsarbeit zu Beginn praktisch unmöglich machte. „Die WGT und ihre Truppenteile machten sich selbst unerreichbar, indem sie, aus Furcht vor Lauschangriffen fremder Nachrichtendienste, alle Verbindungen zu deutschen Fernmeldenetzen trennten.“⁷¹² Mit Blick auf Operation „Giraffe“ waren die Bedenken der WGT nicht unbegründet. Um wenigstens die Kommunikation zum BMVg zu ermöglichen, schuf die Bundeswehr mit eigenen Mitteln Sonderfernmeldeverbindungen.⁷¹³

Die Auflösung des Bundeswehrkommandos Ost mit Dienstsitz in Strausberg, die unzureichenden Kommunikationsmöglichkeiten und die Distanz zwischen Strausberg und dem WGT-Oberkommando in Wünsdorf (Fahrzeit über eine Stunde) machten einen Umzug des Verbindungskommandos erforderlich. Diese Notwendigkeit erkannte die Leitung des DtVKdoSowjSK recht schnell und stellte daher bereits am 4. Dezember 1990 einen Antrag auf Verlegung nach Berlin.⁷¹⁴ Dort bot sich zunächst die von US-Streitkräften genutzte Roosevelt-

⁷¹¹ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, 234f.

⁷¹² Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 78f.

⁷¹³ Pruschwitz, Der sowjetische Truppenabzug (Interview Grote), 2008, S. 110; Jörg Schönbohm, Wilde Schwermut. Erinnerungen eines Unpolitischen, Berlin 2010, S. 232.

⁷¹⁴ BArch, MA, BW 2/25724: DtVKdoSowjSK an BMVg, Fü S III 1, Antrag auf Verlegung des Deutschen Verbindungskommandos zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland, 04.12.1990.

Kaserne, später dann vor allem eine Liegenschaft in der Ostberliner Oberspreestraße, im Stadtteil Oberschöneweide, an. Dort hatte zuvor der militärische Nachrichtendienst NVA, zuletzt Bereich Aufklärung genannt, seinen Dienstsitz.⁷¹⁵ Aufgrund der vorteilhaften Infrastruktur forcierte das Verbindungskommando seit März 1991 den Dienstortwechsel in die Oberspreestraße 61 h.⁷¹⁶ Der Umzug wurde durch einen Organisationsbefehl von Fü S IV 3 am 8. Mai 1991 genehmigt und am 20. September 1991 meldete das DtVKdoWGT sowohl den Vollzug des Standortwechsels als auch die Aufnahme des Dienstbetriebs in vollem Umfang am neuen Berliner Dienstort.⁷¹⁷ Durch den Umzug nach Berlin war ein Anschluss an wichtige Kommunikationsnetzte wieder möglich. Die Fahrzeit vom Verbindungskommando nach Wünsdorf verringerte sich auf etwa 30 Minuten. Erst im Dezember 1991 wurden die Fernmeldeverbindungen zwischen dem DtVKdoWGT und dem WGT-Oberkommando wiederhergestellt, inklusive der Einrichtung eines „roten Telefons“.⁷¹⁸ Ein weiterer Vorteil des Umzugs nach Berlin war die unmittelbare Nachbarschaft zur Transportleitstelle Ost der Bundeswehr, der für den Abzug wesentliche Dienststelle für die militärische Verkehrsführung.⁷¹⁹ Die Bilanz 1991 des DtVKdoWGT konstatiert: „Die Verlegung hat sich in jeder Beziehung als vorteilhaft erwiesen.“⁷²⁰

c. Gliederung und Personal

Durch die Übernahme des Großteils des Personals der Abteilung Zentrale Aufgaben konnte ein vergleichsweiser reibungsloser Übergang zum Bundeswehr-Verbindungskommando zur WGT sichergestellt werden.⁷²¹ Der Leiter des

⁷¹⁵ Zum militärischen Nachrichtendienst der NVA siehe: Bodo Wegmann, Die Militäraufklärung der NVA. Die zentrale Organisation der militärischen Aufklärung der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2006 (= Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 22). Zum Dienstobjekt Oberspreestraße siehe: Ebd., S. 50-54.

⁷¹⁶ BArch, MA, BW 55/92b: Dokumentation Anlagenteil, Anlage 78, Vermerk zu zukünftiger Dislozierung des DtVKdoSowjSK, 15.03.1991.

⁷¹⁷ BArch, MA, BW 55/28: Vollzugsmeldung DtVKdoSowjSK an Fü S IV 3, 20.09.1991. Siehe auch Ausführungen zum Umzug in: BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, 05.09.1995, S. 137.

⁷¹⁸ Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 79. Vgl.: Pruschwitz, Der sowjetische Truppenabzug (Interview Grote), 2008, S. 109f.

⁷¹⁹ BArch, MA, BW 55/92b: Dokumentation Anlagenteil, Anlage 78, Vermerk zu zukünftiger Dislozierung des DtVKdoSowjSK, 15.03.1991, S. 2.

⁷²⁰ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 5. Ausführungen zum Standortwechsel von Strausberg nach Berlin siehe auch: BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, 05.09.1995, S. 137.

⁷²¹ BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, 05.09.1995, S. 97.

Verbindungskommandos, Generalmajor Foertsch, bewertete die Abteilung Zentrale Aufgaben als eingespielten Stab, den er von Oberst Sprunk, dem Nachfolger Generalleutnant Petroschkas, mit rund 80 Mitarbeitern übernommen habe. Zudem habe Lothar Engelhardt als ehemaliger Generalmajor der NVA wirkungsvolle Hilfe als Berater geleistet.⁷²² In Ableitung des AAV und den sich daraus ergebenden Aufgaben hinterlegte das BMVg das ihr nach Auflösung des Bundeswehrkommandos Ost fachlich unterstellte Verbindungskommando zur WGT mit einer entsprechenden Struktur. Diese unterschied sich nur geringfügig von der Struktur der Abteilung Zentrale Aufgaben.

Die Grundlegendokumente legten eine Struktur für das Verbindungskommando fest, bestehend aus vier Dezernaten, geführt von einem Leiter, seinem Stellvertreter und dem Chef des Stabes. Der erste Strukturentwurf vom 20. September 1990, der noch drei Dezernate vorsah, wurde somit bis auf das Rechtsdezernat weitestgehend realisiert.⁷²³ Die Aufgaben des Dezernats 1 (Grundsatzangelegenheiten) umfasste vor allem die Zuarbeit zur Gemischten Kommission, die zivil-militärische Zusammenarbeit, Beschwerden und Eingaben, Flugbetrieb und -sicherheit, Rüstungskontrolle sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Dezernat 2 (Operative Fragen) befasste sich im Schwerpunkt mit der Abzugsplanung sowie den Übungs- und Ausbildungstätigkeiten. Dezernat 3 oblag Angelegenheiten zu Liegenschaften, Umweltschutz, Transport, Logistik und Fernmeldewesen. Dezernat 4 bearbeitete Rechtsfragen und wirkte somit maßgeblich in den Arbeitsgruppen „Rechtshilfe und administrative Zusammenarbeit“ und „Schadensersatz“ mit.⁷²⁴

d. Direktes Verbindungswesen zur WGT

Erste Kontaktaufnahme

Das breite Aufgabenspektrum, das nicht nur auf den militärischen Bereich beschränkt war,⁷²⁵ erforderte einen direkten Austausch zwischen dem

⁷²² Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 234. Vgl.: BArch, MA, BW 55/92a: Dokumentation, 05.09.1995, S. 129.

⁷²³ Vgl.: BArch, MA, BW 2/25720: Vorlage Fü S III 1 für Bundesminister der Verteidigung, Vorschlag für Gliederung, Aufgaben und Unterstellung des Verbindungskommandos, 20.09.1990, S. 4.

⁷²⁴ BArch, MA, BW 55/28: Stabsbriefing des DtVKdoWGT, (Datum unleserlich) 1993.

⁷²⁵ Pruschwitz, Der sowjetische Truppenabzug (Interview Grote), 2008, S. 109.

DtVKdoWGT und der WGT. Dabei war das DtVKdoWGT für die Verbindung zum Oberkommando der WGT in Wünsdorf zuständig, während Verbindungen zu nachgeordneten Bereichen, den Verbänden und Einheiten der WGT, in Verantwortung der fachlich unterstellten Verbindungsoffiziere in den Wehrbereichen VII und VIII fiel. Dieses dezentrale Verbindungswesen wird im nächsten Abschnitt erläutert.

Der direkte Austausch zwischen dem DtVKdoWGT und dem Oberkommando der WGT in Wünsdorf erfolgte auf unterschiedlichen Kanälen. Bevor sich die Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Offizieren verfestigten, musste 1990 zunächst ein erster Kontakt zum Oberkommando ins Wünsdorf hergestellt werden. Der Chef des Stabes des Verbindungskommandos, Oberst Freiherr Grote, traf am 9. Oktober 1990 ins Wünsdorf zu ersten Gesprächen ein. Neben vor allem logistischen Herausforderungen auf Seiten der WGT bemängelte der Chef des Stabes, Generalleutnant Kusnezow, dass für die noch 1990 zu erfolgenden Liegenschaftsübergaben kaum deutsche Behörden adäquat bereitstünden. Die Freigabe seitens Moskau der von deutscher Seite benötigten Informationen über Liegenschaften und Nutzer der Objekte stünde noch aus. Oberst i.G. Grote, der den Dienstreisebericht verfasste, bemerkte gleichsam ein Mauern hinsichtlich eines Treffens deutscher Generäle mit dem Oberkommandierenden der WGT, Armeegeneral Snetkow. Dieser „sei z.Z. in Moskau, sein Terminkalender gefüllt, er müsse auch erst auf Verhandlungen vorbereitet werden.“ Danach habe sich das Gespräch von anstehenden Sachfragen entfernt, jedoch dem gegenseitigen Kennenlernen gedient „und endete, nach einem geziemenden Trunk auf die zukünftige Zusammenarbeit, nach etwa 1 Stunde.“⁷²⁶ In einem späteren Interview erinnerte sich Grote noch an den Moment, als er den WGT-Generälen einen russischsprachigen Entwurf des AAV präsentierte. Moskau, so Grote, habe Wünsdorf zu diesem Zeitpunkt – drei Tage vor Unterzeichnung des AAV – noch nicht über den zeitlichen Rahmen des Abzugs informiert. Entsprechend hätten die Generäle gestaunt, dass die WGT bis Ende 1994 Deutschland zu verlassen hatte. „Beide Generäle [GenLt Kusnezow und GenLt Kalinin] ließen Zweifel an der

⁷²⁶ BArch, MA, BW 2/25721: DtVKdoSowjSK, Oberst Freiherr Grote, Vermerk über erste Kontaktaufnahme mit Oberkommando der WGT am 09.10.1990, undatiert.

Realisierbarkeit des Abzugs bis Ende 1994 erkennen; in ihren Augen entsprach das Vorhaben wohl nicht den Interessen der Sowjetunion.“⁷²⁷

Den ersten Antrittsbesuch eines Generals der Bundeswehr beim Oberkommandierenden der WGT unternahm nicht Generalmajor Foertsch, Leiter des DtVKdoSowjSK, sondern Generalleutnant Jörg Schönbohm, Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost. Im Gespräch erklärte Schönbohm dem sowjetischen General sowohl die Aufgaben und die Funktion des Verbindungskommandos als auch die der dezentralen Verbindungselemente durch die territorialen Organisationen der Bundeswehr. Snetkow kommentierte dies nur so weit, dass die Arbeit mit dem DtVKdoSowSK gut angelaufen sei.⁷²⁸ Damit verschwieg Snetkow allerdings seine Ressentiments gegenüber Generalmajor Foertsch: Hartmut Foertsch war der Sohn des Wehrmachtgenerals Friedrich Foertsch, dem zweiten Generalinspekteur der Bundeswehr (1961-1963). Ihm warf die Sowjetunion Kriegsverbrechen unter anderem bei der Belagerung Leningrads vor. Sein Sohn Hartmut Foertsch erinnerte sich später: „Dies sei für ihn der Grund dafür, dem Sohn dieses Wehrmachtsgenerals nicht gegenüberzutreten. So wurde ich jedenfalls informiert.“⁷²⁹ Snetkow und Foertsch trafen zwar während der ersten Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission am 27. November 1990 im Auswärtigen Amt in Bonn aufeinander,⁷³⁰ zu einem substanziellen persönlichen Austausch soll es dabei allerdings nicht gekommen sein.⁷³¹

Normalisierung der Beziehungen

Der Austausch zwischen der Bundeswehr, insbesondere dem DtVKdoSowjSK und dem Oberkommando der WGT veränderte sich schlagartig mit dem neuen und letzten Oberkommandierenden. Am 12. Dezember 1990 löste Generaloberst Matwej P. Burlakow den eher unkooperativen Armeegeneral Snetkow ab und

⁷²⁷ Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 75f.

⁷²⁸ BArch, MA, BW 2/25722: Bundeswehrkommando Ost, Protokoll über den Besuch des Befehlshabers Bundeswehrkommando Ost beim Oberkommandierenden der Westgruppe der Streitkräfte am 25.10.1990, 25.10.1990.

⁷²⁹ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 233.; Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 69–74.

⁷³⁰ BArch, MA, BW 55/3: DtVKdoSowjSK, Bericht zum Verlauf der konstituierenden Sitzung der Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission im Auswärtigen Amt in Bonn am 27.11.1990, 06.12.1990, hier Teilnehmerliste.

⁷³¹ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 233.

sorgte damit für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen.⁷³² Snetkow, so Grote, sei unfähig gewesen, sich von der Rolle als „Militärgouverneur“ der DDR zu lösen.⁷³³ Mit ihm schien die Umsetzung des Abzugs fragwürdig, sodass seine Ablösung wahrscheinlich vom Kreml aus forciert wurde.⁷³⁴ Zuvor zuständig für den Abzug der Südgruppe der Truppen in Ungarn, konnte Burlakow mit praktischen Erfahrungen als Befehlshaber einer abziehenden Streitmacht aufwarten.⁷³⁵ Größere Probleme mit Foertschs familiären Hintergrund schien der „Abzugsprofi“ Burlakow, wie Foertsch in nannte, nicht gehabt zu haben.⁷³⁶ Zu einem ersten Treffen zwischen den Generälen und Abzugsbevollmächtigten Foertsch und Burlakow kam es am 11. Januar 1991.⁷³⁷ Im Verlaufe des Jahres 1991 hätten sich auch die Arbeitsbeziehungen auf der Spezialisten- und Arbeitsebene stabilisiert.⁷³⁸

Durch die Teilnahme des DtVKdoWGT an den insgesamt 13 Sitzungen der Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission sowie an den Sitzungen der bis zu 11 regelmäßig tagenden bilateralen Arbeitsgruppen fand sowohl auf Leitungs- als auch auf Arbeitsebene ein enger Austausch statt, der über reine militärische

⁷³² „Mit der Ernennung von GO Burlakow zum OB der WGT hat sich die Zusammenarbeit zwischen Stab der WGT und DtVKdoSowjSK wesentlich verbessert.“ Siehe: BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 31.

⁷³³ Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 78.

⁷³⁴ Vgl.: Der Abzug. Die letzten Jahre der russischen Truppen in Deutschland, hrsg. von Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Berlin 2016, S. 59. Vgl.: BArch, MA, BW 40/150: ANBw, Abt. II (Streitkräfte), Dezernat 3, G2/A2-Kurzinformation Ost Nr. 02/91, Abzugsplan WGT, S. 8.

⁷³⁵ Fü S II 3 hierzu: „Heute wird die WGT vom GenO Burlakow kommandiert. Als ehemaliger Befehlshaber der SGT in Ungarn und erfahren in der Rückführung einer Gruppe der Truppen in die UdSSR hatte er im Dezember 1990 AGen Svetkov [Sic! Gemeint ist Snetkow, d.Verf.], der durch seine starre Haltung und sein Beharren auf den Nimbus der WGT einer quasi Besatzungsarmee das sich rapide verbessernde deutsch-sowjetische Verhältnis in einer sich radikal veränderten politisch und milpolitisch veränderten Umfeld stark belastete, abgelöst.“ BArch, MA, BW 2/25755: Fü S II 3, Die West-Gruppe der sowjetischen Truppen (WGT), 07.01.1991, S. 1f. Vgl.: BArch, MA, BW 2/25755: Einschätzung Fü S II 3 über Generaloberst Burlakow, undatiert (vermutlich Januar 1991).

⁷³⁶ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 233.

⁷³⁷ Vgl.: Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 76-80.

⁷³⁸ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 31.

Belange hinausging.⁷³⁹ 1991 gab es 33 solcher Arbeitsgruppensitzungen,⁷⁴⁰ 1992 27,⁷⁴¹ 1993 21⁷⁴² und 1994 14.⁷⁴³ Dabei entwickelten sich die Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen/russischen Offizieren ständig weiter. Noch 1994 bilanzierte das DtVKdoWGT: „Das Zusammenwirken auf der Arbeitsebene hat sich im Berichtszeitraum vertrauensbildend weiterentwickelt.“⁷⁴⁴

Sonstige Gesprächsformate

Neben regelmäßigen und teilweise vertraglich festgelegten bilateralen Gesprächsformaten wie Arbeitsgruppen und Kommission gab es auch immer wieder einen direkten Austausch zwischen der deutschen und sowjetischen/russischen Seite, vor allem aber zwischen dem Oberkommando der WGT und dem DtVKdoWGT. Hierzu sind grundsätzlich alle Treffen zwischen den beiden Abzugsbevollmächtigten Burlakow und Foertsch zu zählen, die in unterschiedlichsten Rahmen und Formaten zwischen 1991 und 1994 stattfanden. „Wie bereits 1991, waren unregelmäßige, auf den Bedarf abgestimmte Gespräche zwischen dem OB/WGT und Leiter DtVKdoWGT ständige Praxis. Darüber hinaus wurde eine Vielzahl von Informationen schriftlich ausgetauscht.“ Dabei standen Themen auf der Tagesordnung, die entweder auf der politischen Ebene anzusiedeln waren oder Probleme, deren Klärung die Anwesenheit der beiden Generale Foertsch und Burlakow erforderlich machten. Grundsätzlich ging es der deutschen Seite dabei um die Durchsetzung vertragskonformen Handelns. Die später aufzugreifenden Vorfälle Altengrabow vom April 1991 offenbarten beispielhaft die teils unterschiedliche Rechtsauffassung. Insbesondere beim Schusswaffengebrauch im Rahmen des Wachdienstes pochte die sowjetische Seite regelmäßig auf ihr Recht zur Verteidigung ihrer Liegenschaften, während die Deutsche zu

⁷³⁹ Dabei ist anzumerken, dass auf der deutschen Seite der Vorsitzende der Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission immer ein Botschafter des Auswärtigen Amts war. Während 6. Sitzung am 16.06.1992 ging der Vorsitz von Botschafter Bertele auf Botschafter Duisberg über. Siehe: BArch, MA, BW 55/3: DtVKdoSowjSK, Dienstreisebericht zur 6. Sitzung der Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission, 17.06.1992, S. 5. Vor dem Hintergrund der Auflösung der Sowjetunion lautete die Bezeichnung ab der 7. Sitzung am 27.01.1993 nur noch Gemischte Kommission. Vgl.: BArch, MA, BW 55/3: DtVKdoWGT, Dienstreisebericht zur 7. Sitzung der Gemischten Kommission, 28.01.1992. Siehe auch: Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 80.

⁷⁴⁰ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 30.

⁷⁴¹ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1992, 10.03.1993, S. 26.

⁷⁴² BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1993, März 1994, S. 31.

⁷⁴³ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1994, November 1994, S. 20.

⁷⁴⁴ Ebd.

Zurückhaltung mahnte. Solche fundamentalen Meinungsverschiedenheiten waren prädestiniert für eine Invention einer der beiden Abzugsbevollmächtigten. Ein Kompromis konnte dabei nicht immer gefunden werden; zu unterschiedlich waren die Interessen und Rechtsauffassungen.

1992 seien bilaterale Gespräche auf Stellvertreterebene Normalität geworden. Auch die Verbindung zwischen dem Chef des Stabes des DtVKdoWGT, Oberst i.G. Freiherr Grote, und dem Leiter der Abteilung Vertragsimplementierung des Stabes der WGT, Oberst Strelnikow, konnte weiter stabilisiert werden. In diesem Rahmen etablierten sich Besprechungen in 14-tägigem Abstand. Die Jahresbilanz von 1992 führt hierfür 23 Besprechungen mit 283 behandelten Tagesordnungspunkten an.⁷⁴⁵ 1993 gab es zwischen Grote und Strelnikow 18 Zusammenkünfte.⁷⁴⁶ Daneben gab es auch offizielle Truppenbesuche von Vertretern des DtVKdoWGT bei Einheiten der WGT, Ausbildungsvorfürungen auf Schieß- und Truppenübungsplätzen, kulturelle Veranstaltungen unter Teilnahme des Stabsorchesters der WGT sowie Teilnahmen der deutschen Verbindungsoffiziere an Verabschiedungsappellen abziehender WGT-Einheiten oder sonstigen feierlichen und offiziellen Veranstaltungen der WGT.⁷⁴⁷ Der Austausch erfolgte dabei nicht ausschließlich auf offiziell-dienstlicher Ebene, sondern es kam auch zu persönlichen Treffen. So erwähnt Mroß etwa den Besuch der Familie Burlakow im Hause Foertsch in Berlin zum Weihnachtsfest 1993. „– es gab viele solcher Aktivitäten, die dem gegenseitigen Kennen lernen dienen und die Atmosphäre des Abzugs dadurch günstig beeinflusst haben.“⁷⁴⁸ Hieran zeigt sich, dass die von deutscher Seite angestrebten vertrauensbildenden Maßnahmen Erfolg hatten.

⁷⁴⁵ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1992, 10.03.1993, S. 26.

⁷⁴⁶ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1993, März 1994, S. 31.

⁷⁴⁷ Vgl.: hierzu beispielhaft die Ausführungen in: BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1993, März 1994, S. 2; Siehe Teilnahme deutscher Verbindungsoffiziere am Verabschiedungsappell der 47. Gardepanzerdivision in Mahlwinkel oder an Feierlichkeiten der 10. Gardepanzerdivision in Altengrabow in: Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Der Abzug, 2016, S. 268–275.

⁷⁴⁸ Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 228f.

e. Dezentrales Verbindungswesen zur WGT

Grundlage

Das DtVKdoWGT hatte den Auftrag, das Verhalten der WGT unter dem Gesichtspunkt der Vertragskonformität mit dem AAV zu überwachen. Zogen die Einheiten WGT wie angekündigt ab? Welche Transportwege und -mittel wurden dafür benötigt? Wann standen Liegenschaftsübergaben an? Diese Fragen konnte das DtVKdoWGT nicht aus der Dienststelle in Strausberg/Berlin beantworten. Das Verbindungskommando von Generalmajor Foertsch war primär für die Kontakte zum Oberkommando der WGT zuständig und das Gesamtlagebild zuständig. Für einen regelmäßigen Austausch mit den Verbänden und Truppenteilen der WGT in der Fläche hätte zudem das Personal gefehlt. Auf dieser „taktischen Ebene“ sollte und konnte das DtVKdoWGT nicht tätig werden; es war für die militärpolitische und operative Ebene bestimmt. Insofern waren weitere Maßnahmen an andere Stellen außerhalb des DtVKdoWGT zu delegieren, um die gestellten Aufgaben zu bewältigen. Für Foertsch entsprach dieser Schritt dem Führungsprinzip „Führen durch Delegation von Verantwortung“. Es galt, ein dezentrales Verbindungssystem zur WGT zu schaffen.⁷⁴⁹

Eine Ausweitung der Strukturen über die eines zentralen Verbindungskommandos zur WGT hinaus sei anfangs nicht vorgesehen gewesen, wie das DtVKdoWGT in seiner Gesamtbilanz 1994 anmerkte.⁷⁵⁰ Dabei gab es bereits sehr früh einen Vorschlag des für operative Grundlagen und Militärgeographie zuständigen Referats Fü S III 6, wonach „Ebenen der Zusammenarbeit zwischen Kommandobehörden und Truppenteilen der WGT mit deutschen Territorialen Kommandobehörden“ zuzulegen seien.⁷⁵¹ Die von Fü S III 6 vorgeschlagenen Ebenen der Zusammenarbeit wurden dann, wie nachfolgend dargestellt, ab 1991 umgesetzt und bis zum Abschluss des Abzugs aufrechterhalten, mit Ausnahme der Ebene Oberkommando WGT. Hier sah Fü S III 6 das Territorialkommando Ost – das spätere Bundeswehrkommando Ost – als

⁷⁴⁹ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 233.

⁷⁵⁰ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 48.

⁷⁵¹ BArch, MA, BW 2/23148: Fü S III 6 u. a. an Fü S II 3, Abwicklung des sowjetischen Truppenabzugs aus der DDR, 07.08.1990, S. 6.

Schnittstelle zum Oberkommando der WGT vor, und nicht ein zentrales Verbindungskommando der Bundeswehr zur WGT.

Struktur

Am 20. November 1990, knapp zwei Monate nach Aufnahme der Dienstgeschäfte, wandte sich das DtVKdoSowjSK an das BMVg, Fü S IV 1, dem Grundsatzreferat für militärische Organisation und Spitzenorganisation, und schlug strukturelle und personelle Anpassungen im Bereich jener territorialen Dienststellen der Bundeswehr vor, in deren Verantwortungsbereich sowjetische Truppen stationiert sind. Dies betraf die Wehrbereichskommandos (WBK) VII und VIII in Leipzig und Neubrandenburg. Die Zusammenarbeit mit der WGT könne nicht den jeweiligen Stabselementen in Nebenfunktion fachlich überlassen werden, „sondern muß in einer eigenen Stabszelle zusammengeführt und gesteuert werden.“ Sodann schlug das DtVKdoSowjSK auf allen Ebenen der territorialen Organisation vor, mit je zwei Offizieren und einem Dolmetscher die Aufgaben des Verbindungswesens zur WGT umzusetzen. Sach- und sprachkundiges Personal, durchaus auch aus der NVA, müsse rechtzeitig eingebunden werden, „weil insbesondere in der Anlaufphase der Zusammenarbeit die straffe Koordinierung der Verbindungsaufgaben von höchster Bedeutung ist.“⁷⁵²

Worin verortete sich das Verbindungswesen zur WGT? Die ehemaligen NVA-Strukturen wurden mit Vollzug der deutschen Wiedervereinigung gemäß Zwei-plus-Vier-Vertrag in nicht der NATO assignierten Strukturen der Bundeswehr überführt. Aus dem Hauptstab der NVA ging das Bundeswehrkommando Ost (Strausberg) hervor. Generalleutnant Jörg Schönbohm übernahm als Befehlshaber dieses neue Kommando und erhielt damit die territorial-militärische Verantwortung über die neuen Bundesländer. Aus dem ehemaligen Militärbezirk V/Nord der NVA entstand das Wehrbereichskommando VIII (WBK VIII, Neubrandenburg), aus dem Militärbezirk Süd/III das Wehrbereichskommando VII (WBK VII, Leipzig). Die WBK untergliederten sich in Verteidigungsbezirkskommandos (VBK), beispielsweise das VBK-84 in Potsdam oder das VBK-82 in Magdeburg. Den VBK wurden Verteidigungskreiskommandos (VKK) unterstellt. In den Kommandos aller drei

⁷⁵² BArch, MA, BW 55/92b: Dokumentation Anlagenteil, Anlage 78, DtVKdoSowjSK an Fü S IV 1, Verbindungswesen zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland, 20.11.1990.

Ebenen – WBK/VBK/VKK – wurden intern eigens Verbindungskommandos (VKdo) zur WGT aufgestellt, ausgestattet mit meistens jeweils zwei Verbindungsoffizieren, zuständig für WGT-Einheiten im jeweiligen Verantwortungsbereich. Diese Verbindungsoffiziere waren fachlich dem DtVKdoWGT in Berlin unterstellt, truppendienstlich blieben sie ein Teil des jeweiligen Territorialkommandos. Dies war die Umsetzung der aus der Dienstanweisung für den Leiter DtVKdoSowjSK und dem Aufstellungsbefehl für das DtVKdoSowjSK festgelegten fachlichen Unterstellung der WBK im besonderen Aufgabenbereich des Verbindungswesens zur WGT.⁷⁵³

Die WBK VII und VIII waren die Äquivalente zu den Armeen der WGT, die VBK zu den Divisionen und die VKK zu den Regimentern, selbständigen Bataillonen, Übungsplätzen und Standorten allgemein.⁷⁵⁴ Somit wurde vom Oberkommando der WGT bis hinunter zur selbstständigen Einheit jede Ebene der WGT durch Verbindungselemente der Bundeswehr gespiegelt. Auch zur zivilen Behördenstruktur bestanden äquivalente Beziehungen: Das DtVKdoWGT war für die Ebene der Bundesregierung und Bundesressorts, die WBK standen im Austausch zu den Länderregierungen, die VBK tauschte sich mit den Bezirksverwaltungen und die VKK mit den Landkreisen und Gemeinden aus.⁷⁵⁵

Personal

Das dezentrale Verbindungswesen zur WGT sollte auf direkten Kontakten zwischen deutschen Verbindungsoffizieren und Angehörigen der WGT basieren. Hierzu waren vor allem Russischkenntnisse sowie idealerweise ein Verständnis des sowjetischen Militärs und der sowjetischen/russischen Kultur zweckdienlich, um eine Verbindungsarbeit überhaupt zu ermöglichen. Die allerwenigsten westdeutschen Bundeswehroffiziere konnten dafür die passende Qualifikation vorweisen, im Gegensatz zu übernommenen Offizieren der ehemaligen NVA. Auch bei ihnen war zwar der Umgang mit Sowjetsoldaten nicht alltäglich, jedoch

⁷⁵³ PA AA, B 38 (ZA)/198380: Dienstanweisung für den Leiter des Deutschen Verbindungskommandos zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland, 28.11.1990, S. 3; Sammlung ZMSBw/Vorlass Oberstleutnant a.D. Willi Pätz: Organisationbefehl 2/91 (Bw) für die Aufstellung des Deutschen Verbindungskommandos zu den sowjetischen Streitkräften in Deutschland, 14.02.1991, S. 3.

⁷⁵⁴ Vgl.: BArch, MA, BW 2/23148: Fü S III 6 u. a. an Fü S II 3, Abwicklung des sowjetischen Truppenabzugs aus der DDR, 07.08.1990, S. 6.

⁷⁵⁵ Vgl.: BArch, MA, BW 55/40: VBK-82, Schema Verbindungsstrukturen zur WGT, undatiert.

zumindest nicht vollkommen fremd und je nach Vorverwendung und militärische oder zivile Ausbildungen oder Studium gab es durchaus interkulturelle Kompetenzen, die für eine Verbindungsarbeit in den WBK, VBK und VKK förderlich sein konnten.⁷⁵⁶ Dies galt auch für die militärische Verkehrs- und Transportführung: „Zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung muß auf das Verkehrsführungspersonal der früheren NVA zurückgegriffen werden; dieses Personal kann auch mittelfristig nicht durch Personal der Bundeswehr (West) ersetzt werden.“ Damit meinte Oberstleutnant Detlef Duchâteau, Eisenbahnreferent im BMVg bei Fü S V 5, nicht nur die Nutzbachmachung der Erfahrungen und des Wissens der NVA-Soldaten im Umgang mit sowjetischen Truppen, sondern deutet auch ein strukturelles Problem an: Für die Aufrechterhaltung grundlegender militärischer Strukturen sowie für den Aufbau neuer Strukturen wurde ab 3. Oktober 1990 Personal benötigt, das sich nicht nur aus westdeutschen Soldaten rekrutieren ließ. Dem potenziellen NVA-Personal konnten jedoch nur selten langfristige Beschäftigungsperspektiven bei der Bundeswehr in Aussicht gestellt werden, was zu weitverbreiteten Kündigungsabsichten ehemaliger NVA-Soldaten führte, die unmittelbar am 3. Oktober 1990 von der Bundeswehr übernommen wurden.⁷⁵⁷ Auch konnte nicht von einer übermäßigen Umzugswilligkeit westdeutscher Soldaten in die neuen Bundesländer ausgegangen werden.

Der Bedarf an Verbindungsoffizieren zur WGT in den Bereichen der WBK VII und VIII konnte mit 85 von 88 bewilligten Dienstposten zu 97% gedeckt werden. Aus Sicht des DtVKdoSowjSK garantierte dieser Auffüllungsstand „einen umfassenden Informationsaustausch und die Überwachung des Vollzuges der Vertragsbedingungen vor Ort.“⁷⁵⁸ Für das Jahr 1992 bilanzierte das DtVKdoWGT nur noch eine Quote von 83%, was 73 Verbindungsoffizieren zur WGT entsprach.⁷⁵⁹ Die sich kontinuierlich verringernde Anzahl an WGT-Einheiten zog auch einen Stellenabbau in den Verbindungskommandos nach sich, sodass Ende 1993 nur noch 35 Verbindungsoffiziere benötigt wurden, wovon lediglich eine Stelle unbesetzt blieb. Dennoch betonte das DtVKdoWGT zur Rolle dieser

⁷⁵⁶ Vgl.: BArch, MA, BW 21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 48.

⁷⁵⁷ Vgl.: BArch, MA, BW 2/25723: Vorlage Fü S V 5 an Bundesminister der Verteidigung, Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung durch die deutschen militärischen Verkehrsführungsstellen, 29.11.1990, S. 2-4.

⁷⁵⁸ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 31.

⁷⁵⁹ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoWGT, Bilanz 1992, 10.03.1993, S. 27.

Offiziere für die Schlussphase: „Insbesondere in der jetzt beginnenden Abschlußphase des Abzuges ist eine noch intensivere, ständige Verbindung zu den Truppenteilen der WGT vor Ort zwingend erforderlich, da ansonsten irreversible Nachteile zu Lasten der Länder und Kommunen nicht ausgeschlossen werden können.“⁷⁶⁰ Je weniger WGT-Angehörige und -Einheiten sich in Deutschland befanden, desto schwieriger wurden etwa Versorgung und Kommunikation. Absprachen mit der Bundeswehr wurden daher umso wichtiger.

Ab 1993 schien man auch den Bedarf an sprachkundigem Personal nicht mehr durch ehemalige NVA-Soldaten decken zu können. Oberst Blume, Kommandeur des VBK-82 in Magdeburg, wandte sich im September 1993 an den stellvertretenden Befehlshaber des WBK VIII, Flottillenadmiral von Hößlin, um auf zunehmend fehlendes Personal mit Sprachbefähigung aufmerksam zu machen. Dabei betont er, „daß die Aufgaben der VerbOrg [Verbindungsorganisation] zwingend russische Sprachkenntnisse und wegen einer gründlichen Einarbeitung eine Stehzeit bis zum endgültigen Abzug der WGT erfordert. Personalwechsel im 3-Monatsrhythmus ist in dieser Tätigkeit schädlicher als nützlich, weil es von der Aufgabe her u.a. besonders wichtig ist, persönliche Kontakte zur WGT und deutschen Dienststellen aufzubauen und kontinuierlich zu halten.“ Mit dieser Begründung beantragte Blume die Wegversetzung zweier Kameraden aus dem VBK-82 sowie die Zuversetzung zweier Staboffiziere. Kurz darauf teilte ihm Generalmajor Foertsch mit, dass „bei dringendem Bedarf auch nicht russisch sprechende VerbStOffz [Verbindungsstaboffiziere] eingesetzt werden könnten. Diese VerbStOffz werden nur nach Absprache mit dem DtVKdoWGT, P [Personalamt der Bundeswehr] und in den Abzugsschwerpunkt VBK's eingeplant.“ Damit sollten die verbleibenden russischsprachigen Verbindungsoffiziere entlastet werden. Oberst Blume schien das nicht zu überzeugen, da er diesen Teil von Foertschs Argumentation handschriftlich mit einem Fragezeichen versah.⁷⁶¹

Führung und Auftragssteuerung

Die Verbindungskommandos in den VBK und VKK bedienten befehlsgemäß in erster Linie das Erkenntnisinteresse des DtVKdoWGT. Hierzu fand ein

⁷⁶⁰ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1993, März 1994, S. 33.

⁷⁶¹ BArch, MA, BW 55/40: Leiter DtVKdoSowjSK an Kommandeur VBK-82, Nachbesetzung der VerbOffz zur WGT durch VerbStOffz aus den alten Bundesländern, 14.09.1993.

regelmäßiger Austausch zwischen dem DtVKdoWGT und den Verbindungsoffizieren der WBK, VBK und VKK statt, auch jenseits des sich Anfang 1991 etablierenden Meldewesens. Dazu wurden unter anderem jährliche Konferenzen, die sogenannten Informationstagungen, durchgeführt, bei denen sich die Verbindungsoffiziere mit den Angehörigen des DtVKdoWGT austauschen konnten.⁷⁶² Auch die Kommandeure der VBK und VKK wurden dazu eingeladen. Das DtVKdoWGT nutze dies wiederum zur Aktualisierung und Präzisierung der Aufträge an die territorialen Verbindungskommandos zur WGT. Ergänzt wurde dieser regelmäßige Austausch durch Dienstbesprechungen mit Vertretern der Verbindungskommandos auf Ebene der WBK sowie Informationsreisen des Leiters des DtVKdoWGT im gesamten Bereich der Verbindungsorganisation. Damit sollten alle Fragen im Zusammenhang mit dem Truppenabzug über das DtVKdoWGT koordiniert und das Handeln aller Beteiligten auf einer einheitlichen Basis gewährleistet werden.⁷⁶³ 1992 etablierten sich zwischen dem DtVKdoWGT und den Verbindungsoffizieren zur WGT vom WBK VII und WBK VIII monatliche Dienstbesprechungen.⁷⁶⁴ Somit war ein enger Austausch zwischen allen Ebenen des Verbindungswesens zur WGT gewährleistet und Generalmajor Foertsch konnte seine fachlichen Führungsverantwortung über die ihm unterstellten Verbindungsoffiziere wahrnehmen.

Durchführung

Wie gingen die Verbindungsoffiziere der VBK und VKK vor, um die eingeforderten Informationen über die WGT zu gewinnen? Zwar können nicht die Handlungen aller insgesamt 88 Verbindungsoffiziere zur WGT berücksichtigt werden, aber ein Blick in die Meldungen lässt Rückschlüsse auf deren Vorgehensweise zu. Ansonsten gilt wie bei der Erforschung von Nachrichtendiensten: Vergleichbar mit Finished Intelligence, die nur bedingt

⁷⁶² Die erste Informationstagung am 16.05.1991 beinhaltete u.a. Kurzvorträge zu den Themen: 1) Verbindungswesen zur WGT (Sachstand/Aufgaben); 2) Abzug WGT (Sachstand); 3) Ausbildungs- und Übungstätigkeit der WGT; 4) Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem befristeten Aufenthalt und planmäßigen Abzug der WGT; 5) Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bezüglich WGT; 6) Ausgewählte Fragen der Infrastruktur, der Logistik und des Verkehrs in Verbindung mit dem Aufenthalt und Abzug der WGT. Siehe: Sammlung ZMSBw/Vorlass Oberstleutnant a.D. Willi Pätz: WBK VII, Inhaltsverzeichnis der Materialsammlung von der InfoTagung am 16.05.1991.

⁷⁶³ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 32.

⁷⁶⁴ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoWGT, Bilanz 1992, 10.03.1993, S. 27.

Rückschlüsse auf operative Methoden zulassen, gibt es auch von den Verbindungsoffizieren zur WGT keine Überlieferungen, die die Methoden der Informationsgewinnung und der Verbindungsarbeit im Detail beschreiben.

Die Verbindungsgruppe zur WGT im VKK 821 in Burg meldet am 5. Juli 1991, dass sie einen Tag zuvor auf Befehl des Chefs des Stabes des WBK VIII den Kommandanten der Standorts Altengrabow, Oberstleutnant Tarajew, im VKK empfangen. Im persönlichen Gespräch ließen sich so beispielsweise Informationen über die Neuaufteilung der Zuständigkeitsbereiche der Kommandanturen der WGT im Raum Magdeburg gewinnen. Für die lokale Presse und Verwaltung dürfte die Ankündigung eines Tages der offenen Tür durch den Oberstleutnant der WGT von Interesse gewesen sein.⁷⁶⁵ Auch nutzte dieser die Chance, die Verbindungsoffiziere um Unterstützung zu bitten, gewisse Presseberichte über die WGT richtigzustellen.⁷⁶⁶ Worauf eine solche Berichterstattung abzielen sollte, geht aus der Quelle jedoch nicht hervor. Meistens sollten damit Gerüchte von Mafia-Kriminalität oder Umweltverschmutzung im Zusammenhang mit WGT-Liegenschaften entkräftet werden.

Ein Mittel war also das persönliche Gespräch, in diesem Fall auf Einladung der deutschen Seite. Diese Vertraulichkeit nutze beiden Seiten und gab auch der WGT die Möglichkeit, Wünsche gegenüber der Bundeswehr zu formulieren. Auch sonst wurden alle möglichen Gespräche mit WGT-Angehörigen genutzt, um Informationen zu gewinnen. Beispielsweise erfuhr am 18. Januar 1994 Oberst Blume, Kommandeur des VBK-82, vom Kommandeur der 47. Gardepanzerdivision in Hillersleben, Generalmajor Senschow, dass es beim Amt des Stellvertreters des Oberkommandierenden der WGT, verantwortlich für Fragen des Abzugs, demnächst zu einem Personalwechsel käme. Während dieses Gesprächs wurden auch Informationen über den zukünftigen Standort der 47. Gardepanzerdivision gewonnen – Mulino, 80km westlich von Nischnij Nowgorod. Der Divisionskommandeur habe dem Bundeswehroffizier sogar Fotografien vom

⁷⁶⁵ CAD-B und 12YA nutzen während der Operation „Giraffe“ auch Tage der offenen Tür, um Informationen über die WGT und deren technische Ausstattung zu gewinnen. Siehe: Kapitel IV 2f, Tage der offenen Tür.

⁷⁶⁶ BArch, MA, BW 55/44: VKK 821, Zusatzmeldung zur Beobachtungsmeldung vom 04.07.1991, 05.07.1991. Es geht aus der Quelle nicht hervor, inwieweit auf die Berichterstattung Einfluss genommen werden sollte.

Baugeschehen vor Ort gezeigt.⁷⁶⁷ Eine solche Information war durchaus von nachrichtendienstlichem Wert, wurde in diesem Fall jedoch lediglich nebenbei in einem Gespräch erwähnt, welches keinerlei nachrichtendienstlichen Hintergrund hatte.

Während des Augustputsches in Moskau 1991 waren die Verbindungsoffiziere zur WGT in der Lage, ein Stimmungsbild in den Kasernen einzufangen und mit den Informationen der übergeordneten Führungsebenen abzugleichen. So berichtet das VBK-83 Cottbus:

„In der Zeit des Putsches in der UdSSR im August 1991 waren die Verbindungsoffiziere in den Kasernen unterwegs. Die Bewertung der Ereignisse durch die sowjetischen Offiziere unterschied sich nicht von der, die die G-2 Abteilung des Divisions- und Wehrbereichskommandos VIII erarbeitet hatte. Erschreckend war das Informationsdefizit der sowjetischen Seite. Es wurden keine Kommandeure nach den Ereignissen in der Sowjetunion abgelöst. Positiv anzumerken ist, daß die sowjetischen Militärangehörigen heute freier und offener über politische Probleme reden.“⁷⁶⁸

Demnach waren das dezentrale Verbindungswesen zur WGT auch bei krisenhaften Entwicklungen wie der des Augustputsches ein geeignetes Instrument zur Beurteilung der inneren Lage der WGT – und ergänzte somit die Erkenntnisse des BND aus der strategischen Fernmeldeaufklärung.

Im April 1994 berichtete das VBK-82 vom Abzug einer Einheit mit der Feldpostnummer 58661⁷⁶⁹ per Eisenbahn. Die Meldung beinhaltete auch die konkrete Anzahl an Waffensystemen und Fahrzeugen, die auf Waggons verladen wurde, darunter zwei Luftabwehrsysteme Schilka, sechs Schützenpanzer BMP-2 sowie 22 Kraftfahrzeuge mit 24 Anhängern.⁷⁷⁰ Solche Meldungen stammten von Verbindungsoffizieren der VKK, die vor Ort, das heißt an der Verladerrampe, das Geschehen beobachteten. Etwa ab Frühjahr/Sommer 1992 erfolgte die Überwachung der Verladetätigkeit auch bilateral.⁷⁷¹

⁷⁶⁷ BArch, MA, BW 55/43: VBK-82 an VKdo 80, Lagemeldung zu WGT, Zeitraum: 13.01.-19.01.1994, S. 2.

⁷⁶⁸ BArch, MA, BW 55/33: VBK-83, Lagevortrag WGT im Verteidigungsbezirk 83 COTTBUS, 28.10.1991, S. 7.

⁷⁶⁹ 26. Panzerregiment (47. Gardepanzerdivision), Hillersleben.

⁷⁷⁰ BArch, MA, BW 55/43: VBK-82, Lagemeldung zu WGT, Zeitraum: 14.04.-20.04.1994, S. 1.

⁷⁷¹ Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 83.

Solche Tätigkeiten in unmittelbarer Nähe zu Verlade- und sonstigen Abzugsmaßnahmen der WGT dienten der Verifikation: Zog eine Einheit zum angekündigten Zeitpunkt und mit dem offiziell angegebenen Umfang an Technik und Bewaffnung ab? Die Verladung auf Eisenbahnwaggons, der Abflug von Flugzeugen und die Übergabe von Liegenschaften an die Bundesvermögensämter waren dabei zentrale Ereignisse beim Abzug einer Einheit, über die das DtVKdoWGT informiert werden wollte. Nur so ließ sich einigermaßen zweifelsfrei belegen, dass die Sowjetunion/Russland vertragsgemäß ihre/seine Truppen aus Deutschland abzog. Die Verifikation des Abzugs von Personal gestaltete sich dabei bedeutend schwieriger, weil Personentransporte schwerer zu quantifizieren waren als Technikverladungen per Bahn oder abfliegende Flugzeuge. Grundsätzlich konnten Personalbestände der WGT kaum überprüft werden konnte; die deutsche Seite musste sich dabei mit den Angaben der WGT zufriedengeben. Somit waren die Verbindungsoffiziere zur WGT überwiegend mit Zählen, Identifizieren und Zuordnen von Militärtechnik beschäftigt – womit eine bezeichnende Parallele zum Vorgehen der westlichen MVM bestand.

Meldewege und Berichterstattung

Die Beobachtungen und Informationen der territorialen Verbindungskommandos zur WGT wurden dem DtVKdoWGT in Form einer regelmäßigen Berichterstattung zur Verfügung gestellt. Grundlage hierfür waren die vom Leiter des DtVKdoSowjSK herausgegebenen Dienstanweisungen an die Verbindungskommandos der WBK VII und VIII und die damit einhergehende Anregung, „die VerbKdo der WBK, VBK und VKK in das Meldewesen auf der Grundlage einer formatisierten [sic!] InfoMeldung einzubeziehen. Der Beginn war für den 03.05.1991 festgelegt.“⁷⁷² Die Verbindungskommandos der WBK VII und VIII fassten die Meldungen ihrer unterstellten Verbindungskommandos auf Ebene VBK und VKK zu wöchentlichen Informationsmeldungen zusammen und hatten diese jeweils freitags, bis 12 Uhr an das DtVKdoWGT zu übermitteln. Diese Wochenmeldungen waren die Informationsgrundlage für das DtVKdoWGT in Fragen des befristeten Aufenthalts und planmäßigen Abzugs der WGT. 1991

⁷⁷² Sammlung ZMSBw/Vorlass Oberstleutnant a.D. Willi Pätz: DtVKdoSowjSK, Dezernat 1 (vermutlich Oberst Woelk), Vortragsmanuskript für InfoTagung am 16.05.1991 zum Thema Verbindungswesen zur WGT, undatiert, S. 11.

gliederten sich die Informationsmeldungen in 11 Inhaltsabschnitte auf, darunter: Kontakte und Begegnungen, wichtige Vorfälle, Aktivitäten des Abzugs und Standortwechsel, Beeinträchtigungen der Umwelt, Beschwerden und Eingaben sowie Presse- und Öffentlichkeitsangaben. Dabei räumte Generalmajor Foertsch die Möglichkeit der direkten Berichterstattung der VKK und VBK an das DtVKdoWGT in Form von Sofortmeldungen ein, soweit dies notwendig war.⁷⁷³ Die Meldungen und Berichte der VKK sind in den Archivbestand des DtVKdoWGT übergegangen und liefern umfassende Einblicke in das regionale Abzugsgeschehen, aber auch in die Tätigkeiten der Verbindungsoffiziere vor Ort.⁷⁷⁴

Auswertung

Während das Dezernat 1 des DtVKdoWGT das Verbindungswesen zur WGT über eigene Verbindungsoffiziere fachlich steuerte, waren die Angehörigen des Dezernats 2 waren für die Verarbeitung und Auswertung der Berichte und Meldungen aus den WBK VII und WBK VIII zuständig. Zusammen mit den Informationen aus den Quartals- und Jahresabzugsplänen entstand so im DtVKdoWGT ein kontinuierliches Gesamtlagebild zur WGT. Dadurch konnten die offiziellen Angaben der WGT mit den Abzugsrealitäten werden.⁷⁷⁵ Erkannte das DtVKdoWGT dabei Diskrepanzen, konnte das Dezernat 2 etwa ein klärendes Gespräch mit Vertretern des Oberkommandos der WGT anberaumen oder die Kommissionen und Arbeitsgruppen als Kommunikationsplattform nutzen. Somit befasste sich das Dezernat 2 sowohl mit der Auswertung von Informationen als auch mit operativen Grundlagen; Es institutionalisierte sich dort das Wissen über die WGT.

⁷⁷³ BArch, MA, BW 55/40: Leiter DtVKdoSowjSK an Leiter VKdo WBK VIII, Anlage 3, Informationsmeldung der Ltr VKdo/VStOffz WBK zur WGT, undatiert (vermutlich April 1991). Vgl. dazu identische Anlage 3 in: Sammlung ZMSBw/Vorlass Oberstleutnant a.D. Willi Pätz: Leiter DtVKdoSowjSK an Befehlshaber WBK VII, Organisation Verbindungswesen zur WGT, 23.04.1991.

⁷⁷⁴ BArch, MA, BW 55/6a-c, Lagemeldungen der Divisionen und Wehrbereichskommandos VII und VIII, 1991-1994; BArch, MA, BW 55/32-82: Informationen und Lagemeldungen der einzelnen Verbindungskommandos zur WGT, 1991-1994.

⁷⁷⁵ Vgl.: BArch, MA, BW 55/99-100: DtVKdoWGT, Dezernat 2, Auswertung der Quartalsabzugspläne, 1991-1994.

f. Verifikation

Grundlagen

Die Verifikation, das heißt die Überprüfung der Erfüllung der Abzugspläne, stellte das DtVKdoWGT vor große Herausforderungen. Gleichwohl sah der AAV kein Recht der deutschen Seite auf Verifikation vor.⁷⁷⁶ Dennoch war es im deutschen Interesse, die Erfüllung des AAV bestätigt zu wissen. Hierfür war das DtVKdoWGT das prädestinierte Instrument. Dies bestätigte Fü S III 1 in einem Schreiben vom März 1991: Demnach sei in einer Leistungsbesprechung zwischen Fü S III, Fü S II, dem DtVKdoSowjSK und dem Bundeswehrkommando Ost am 5. Februar 1991 festgelegt worden, „daß das DtVKdoSowjSK die zentrale Stelle für die Bewertung des Abzuges ist.“⁷⁷⁷ Die Verantwortung des DtVKdoWGT für die Verifikation des Abzuges war somit unstrittig.

Jedoch gab für die WGT keine vertragliche Verpflichtung, die von der deutschen Seite geforderten Angaben preiszugeben. Zunächst galt es für das Verbindungskommando, den Status Quo zu definieren: Welche Einheiten und Einrichtungen der WGT befanden sich zu Beginn des Abzuges auf deutschem Boden und würden demnach bis 1994 abziehen müssen? Naturgemäß charakterisierte ein hohes Maß an Geheimhaltung die militärische Konfrontation während des Kalten Krieges. Diese Geheimhaltung legte die WGT jedoch nicht einfach nach dem 3. Oktober 1990 ab, wie das Verbindungskommando bilanziert:

„Es hätte die Aufgabe des DtVKdoWGT, die Erfüllung der Abzugspläne zu überwachen und die Pläne gemeinsam mit der WGT zu aktualisieren, von Anfang an erheblich erleichtert, wenn die WGT die abzuziehenden Verbände, Einheiten und Einrichtungen in den Plänen im Klartext benannt hätte. Da dies nicht geschah, wurden ungezählte Besprechungen zur Aktualisierung und Detaillierung der Pläne notwendig.“⁷⁷⁸

Der Abzugsbevollmächtigte Foertsch erinnerte sich später:

„Uns war von vornherein klar, daß die Zahlen, die wir erhielten, durch ihre tägliche Änderung einer grundsätzlichen Revision bedurften. Und es dauerte dann

⁷⁷⁶ Ebd., S. 83.

⁷⁷⁷ BArch, MA, BW 2/23144: Fü S III 1 an Fü S III 4, 5, 6, Fü S II 1, 3, Fü S V 5, Fü H II 2, Fü H III 3, Fü L II 1, Informationsbedarf über WGT/Verifikation des Abzuges der WGT, 07.03.1991, S. 1.

⁷⁷⁸ BArch, MA, BW 55/21: Gesamtbilanz DtVKdoWGT, 20.12.1994, S. 30.

letztendlich auch bis fast Februar 1991 hinein, bis wir eine gemeinsame mit der Westgruppe der sowjetischen Truppen erarbeitete Bestandsaufnahme über Material und Personal der sowjetischen Truppen vorliegen hatten.“⁷⁷⁹

Gleichwohl war die WGT gemäß AAV zur Offenlegung einiger grundlegender militärischer Informationen verpflichtet. Dies sollte aber mehr der Planung und Koordinierung des Abzugs dienen, als der deutschen Seite die Verifikation des Abzugs zu ermöglichen oder gar militärische Geheimnisse preiszugeben. Gemäß AAV hatte die Sowjetunion Deutschland „über die Gesamtstärke der sowjetischen Truppen in Deutschland, aufgeschlüsselt nach militärischem Personal, Zivilpersonen und zu Dienstleistungen entsandten Personen, sowie deren Familienangehörigen“ zu informieren.⁷⁸⁰ Nur ließ sich anhand dieser allgemeinen Informationen nicht der Fortschritt des Abzugs verifizieren. Der im AAV vorgesehene Gesamtabzugsplan, nachdem der Abzug der WGT zu erfolgen hatte, war zwar ein verbindliches Dokument, enthielt aber ebenso wenig konkrete Angaben über die abziehenden Einheiten.⁷⁸¹ Selbst die regelmäßig übergebenen Quartalsabzugspläne beinhaltet oft nur Angaben wie „TT“ (Truppenteil), „Lager“ oder „Einheit“ und dazugehörigen Standort, was für Garnisonsstädte wie Dresden, Potsdam oder Halle reichlich unpräzise war. Was konnte die deutsche Seite mit der Information anfangen, dass etwa vom 1. bis 24. Juli 1991 ein Truppenteil in Halle mit insgesamt 1391 Bürgern der Sowjetunion die Stadt verließ und dabei 1147 Tonnen an Material per Eisenbahn verladen werden müssen?⁷⁸² Wie ließe sich genau verifizieren, wann diese Einheit ihren Abzug vorbereitet, wie dieser erfolgt und ob er tatsächlich pünktlich abgeschlossen sein würde? Und welche Einheit verbarg sich überhaupt hinter dieser Angabe? Wenn das DtVKdoWGT die Aufgabe hatte, den Abzug der verifizieren, dann waren dafür weitere Informationen erforderlich.

⁷⁷⁹ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 234.

⁷⁸⁰ AAV, Art. 2 Satz 3.

⁷⁸¹ AAB, Art. 4 Satz 1.

⁷⁸² BArch, MA, BW 55/100: DtVKdoSowjSK, Plan des Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet Deutschlands im III. Quartal 1991.

Feldpostnummern, Einheiten und Liegenschaften

Zur Ausgangslage des Verbindungskommandos heißt es in der Gesamtbilanz: „Dem DtVKdoSowjSK standen in den ersten Wochen der Zusammenarbeit mit der WGT nur informelle Vorabinformationen zur Verfügung, das OK/WGT selbst hatte aus Moskau noch keine schriftlichen Unterlagen zur Hand.“ Als Informationsgrundlage für die Verifikation des Abzugs musste daher zunächst die Dislozierung der WGT zu Beginn des Abzugs ermittelt werden. Die Informationen, die noch zu DDR-Zeiten der Abteilung für Zentralaufgaben von der WGT übergeben wurden, waren dafür nicht detailliert genug.⁷⁸³ Foertsch kommentierte diese Angaben:

„Wir hatten kein konkretes Zahlenbild über die sowjetischen Truppen auf deutschem Boden. Obwohl wir auf Zahlen des Stabes zurückgreifen konnten, der unter Herrn Petroschka aufgebaut und geführt worden war [Abteilung für Zentralaufgaben], kamen wir bald zu der Auffassung, daß die Angaben nicht stimmten.“⁷⁸⁴

Die Angaben, die die Sowjetunion im Rahmen von VKSE am 16. November 1990 bekanntgab, waren zudem nur auf konventionelle Kräfte begrenzt und damit für die Verifikation des Abzugs nur bedingt nutzbar. Immerhin war damit Zuordnung von Standort, Truppenteilen und Bewaffnung möglich.⁷⁸⁵ Es war eine offizielle und von der WGT nicht bestreitbare Übersicht zumindest eines Teils der Verbände und Einheiten der WGT. Diese nutzten Vertreter des DtVKdoSowjSK anfangs, um mehr Druck auf die WGT für die Herausgabe weiterer Informationen auszuüben.⁷⁸⁶ Ein Teil der Geheimhaltung der WGT wurde durch die VKSE-Liste ad absurdum geführt.

Als Folge der sehr restriktiven Informationspolitik der WGT musste der Informationsbedarf des DtVKdoSowjSK von anderen Stellen gedeckt werden. So forderte das Verbindungskommando Grundlageninformationen von Dienststellen des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr und der militärischen

⁷⁸³ Meißner, Der Abzug der Westgruppe, 2016, S. 60. Vgl.: BArch, MA, BW 55/104: Auskunftsangaben über die Westgruppe der Streitkräfte, 14.08.1990; BArch, MA, BW 55/303b: DtVKdoWGT, Objektliste der von der WGT auf dem Territorium der DDR genutzten Liegenschaften, 31.07.1990.

⁷⁸⁴ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 236.

⁷⁸⁵ BArch, MA, BW 55/149: Bundeswehrkommando Ost G2/3 an DtVKdoSowjSK, Übersetzung der Tabellen I und II des Informationsaustausches zum KSE-Vertrag für den Bereich der WGT mit Stand 16.11.1990, 24.01.1991.

⁷⁸⁶ Mehrere Zeitzeugengespräche mit Oberst a.D. Freiherr Grote, 2017-2019.

Auslandsaufklärung des BND. Der BND versorgte daraufhin das DtVKdoSowjSK anfangs mit „einer Ausgangsdatenbasis und Standortobjektlageplänen der WGT“. ⁷⁸⁷ Somit fand ORBAT-Intelligence des BND eine konkrete Anwendung.

Grundlage für eine funktionierende Verbindungsarbeit waren Erkenntnisse über die Dislozierungen von Einheiten und Dienststellen der WGT. Hierfür war die Zuordnung von Feldpostnummern zu Standort und Einheit unerlässlich. Hierzu erstellte das DtVKdoWGT ein umfangreiches Verzeichnis mit Feldpostnummern. Davon konnten bei Bedarf auch Ermittlungsbehörden profitieren: „Durch das im Hause erstellte Feldpostnummernverzeichnis der WGT konnte das DtVKdoWGT alle Anfragen der Staatsanwaltschaft zu Adressen bzw. Dienststellen der WGT beantworten.“ ⁷⁸⁸ Denn wie schon die westlichen MVM erkannten, waren die Feldpostnummern der Schlüssel, um eine Einheit der GSSD/WGT zweifelsfrei zu identifizieren. Das regelmäßig aktualisierte Feldpostnummernverzeichnis umfasste am Ende etwa 100 Seiten. ⁷⁸⁹ Damit setzte das DtVKdoWGT die Arbeit der alliierten MVM fort, die ebenfalls viel Aufwand für die Zuordnung von Feldpostnummern betrieben. ⁷⁹⁰

Bis zum Schluss erklärte sich die WGT nicht bereit, die zum Abzug anstehenden Truppenteile in voller Bezeichnung und Zuordnung der deutschen Seite zu melden. ⁷⁹¹ So gab es noch beim Teilabzugsplan 1993 erneut Probleme mit der Genauigkeit der Angaben: „Ohne Angaben von Personen, Material, Bewaffnung und Gerät sowie deren Zuordnung zu den Garnisonen bzw. Truppenteilen läßt sich der Abzug von deutscher Seite schwer nachvollziehen.“ Die WGT begründete die fehlenden Informationen mit dem Versuch, „eine vereinfachte Form zu finden, die ihrer Meinung [der WGT] entspricht und zur Vereinfachung der Arbeit des Stabes führt [...] Sie [die WGT] weist aber darauf hin, daß die Angaben über Personen, Bewaffnung und Gerät sowie Material den Garnisonen und Truppenteilen nur äußerst ungenau geordnet werden können, weil der Bestand

⁷⁸⁷ BArch, MA, BW 55/21: Gesamtbilanz DtVKdoWGT, 20.12.1994, S. 57f.

⁷⁸⁸ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 54.

⁷⁸⁹ BArch, MA, BW 55/152: DtVKdoWGT, Feldpostnummern-Verzeichnis der WGT 1994. In der Bibliothek des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ist eine Ausführung des Feldpostnummernverzeichnisses des DtVKdoSowjSK mit Stand hinterlegt, nachfolgend bezeichnet mit: DtVKdoSowjSK, Verzeichnis der Feldpostnummern (WGT), 17.17.1992.

⁷⁹⁰ Hoyt, *Cold War Pioneers*, 2008, S. 475–477.

⁷⁹¹ BArch, MA, BW 55/92a, Dokumentation, 05.09.1995, S. 160.

der Truppen und deren Zielorte vielfache Veränderungen unterliegen.“⁷⁹² Mit dieser wenig überzeugenden Erklärung wollte die WGT von ihrem hohen Geheimhaltungsbedürfnis ablenken.

Doch nicht nur die Identifizierung einer Einheit und ihre Zuordnung zu einem Standort war eine Herausforderung für die deutsche Seite. Die Liegenschaften selbst konnten Probleme bereiten, zunächst unabhängig davon, welche Einheit darin stationiert war. Schon die Frage, was überhaupt eine Liegenschaft der WGT war, erwies sich als alles andere als trivial. Hierfür erhielt das DtVKdoSowjSK bereits von der Abteilung für Zentralaufgaben eine Objektliste mit Stand 31. Juli 1990, wonach 1026 Liegenschaften offiziell registriert waren. Weitere circa 480 Gebiete kamen nach Erkenntnissen der Abteilung Zentralaufgaben hinzu. Dennoch musste das DtVKdoSowjSK feststellen, „daß die noch zu DDR-Zeiten erstellten Unterlagen lückenhaft waren, zahlreiche Objekte nicht erfaßt worden sind.“ Dies nahm das Verbindungskommando ab Frühjahr 1991 zum Anlass, „die nachgeordnete VerbOrg der Bw zur WGT [das dezentrale Verbindungswesen] anzuweisen, unter Vorgabe bestimmter Kriterien alle ihnen bekannt werdenden Objekte, die von der WGT genutzt wurden oder noch Spuren früherer Nutzung aufwiesen, zu erfassen und zu melden.“ Die so gewonnenen Informationen konnten dann sowohl dem Bundesministerium für Finanzen als auch seiner nachgeordneten Bundesvermögensverwaltung zugänglich gemacht werden.⁷⁹³ Auch der Außenstelle des Zentrums für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr in Strausberg wurden an den Erkenntnissen über Nutzung und Übergabe von Liegenschaften „im Interesse der Erfüllung von Verifikationsaufgaben“ beteiligt.⁷⁹⁴ Ab April 1991 befand sich auch eine Außenstelle des BND beim Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr,⁷⁹⁵ sodass auch über diesen Kanal Informationen über den Abzug den BND erreichten.

Zählkriterien und vertragliche Lücken

Immer wieder bereitete es dem DtVKdoWGT Probleme, Übereinkunft mit der WGT darüber zu erzielen, wie das zurückzuführende Material zu zählen und

⁷⁹² BArch, MA, BW 55/335: DtVKdoWGT, Bericht über die Beratung mit der WGT zur Erarbeitung des Teilabzugsplanes 1993 (TAP 93), 21.10.1992, S. 2.

⁷⁹³ BArch, MA, BW 55/21: Gesamtbilanz DtVKdoWGT, 20.12.1994, S. 12. Vgl.: Ebd., S. 30.

⁷⁹⁴ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoWGT, Bilanz 1992, 10.03.1993, S. 22.

⁷⁹⁵ BArch MA, BW 2/39804: Organisationsbefehl Nr. 9/81 (Bw) für das Amt für Militärlkunde (AMK). BMVg, Fü S IV 3, 14. September 1981, S. 1.

folglich in Transportanmeldungen aufzulisten sei. Schon die Ausgangsdaten hierüber mussten immer wieder auf Druck der deutschen Seite korrigiert werden. Tonnagen und Transportvolumen waren dabei von entscheidender Bedeutung, galt es doch für die deutsche Seite, die logistischen Kosten des Abzugs zu bemessen. Eine genaue Gesamtmenge wurde benötigt, „um die Erfüllung der Abzugspläne bewerten und die entsprechenden Finanzmittel zur Begleichung von Transportkosten anteilig an die sowjetische Seite überweisen zu können.“⁷⁹⁶ Auch bereitete die Hauptkategorie „Bewaffung und Gerät“ Probleme sowie der monatliche Abgleich der Abzugsdaten auf Arbeitsebene. Erst im März 1992 konnte hierüber nach monatelangen Verhandlungen eine einvernehmliche Lösung erzielt werden.⁷⁹⁷ Sie mündeten in einer bilateralen Vereinbarung zwischen dem Bundesverkehrsministerium und der WGT vom 26. Mai 1992. Diese legte verbindlich die Zählkriterien fest.⁷⁹⁸ Die Verifikation erfolgte fortan mit Kräften der militärischen Verkehrsführung vor allem durch Zählung des Großgeräts und Kontrolle der Frachtdokumente an den Grenzübergangsstellen und Abzugshäfen.⁷⁹⁹ Eine erwartete Verbesserung der WGT-Informationspolitik nach Inkrafttreten des KSE-Vertrags am 17. Juli 1992 sei aufgrund der Übermittlung ungenauer Daten seitens der Russischen Föderation dennoch nicht eingetreten.⁸⁰⁰ Des Weiteren gab es vertragliche Lücken, wonach die Ladung von Transportflugzeugen oder gedeckten Güterwagen nicht durch die WGT offengelegt werden musste und somit durch das DtVKdoWGT nicht verifiziert werden konnte. „Hier wurden Lücken im Vertragswerk durch die russische Seite voll ausgenutzt.“⁸⁰¹

g. Außerdienststellung

Mit der offiziellen Verabschiedung der letzten russischen Soldaten am 31. August 1994 hatte auch das DtVKdoWGT seine Aufgaben erfüllt. Am 1. September flog

⁷⁹⁶ BArch, MA, BW 55/423: DtVKdoSowjSK, Protokoll der 4. Sitzung der Arbeitsgruppe „Planmäßiger Abzug der sowjetischen Truppen“ an 14. Mai 1991 in Wünsdorf, undatiert, S. 2.

⁷⁹⁷ Siehe dazu detaillierte Ausführungen in: BArch, MA, BW 55/340: DtVKdoSowjSK, Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen der Feststellung des tatsächlich durchgeführten Abzugs der WGT in der Hauptkategorie „Mat.-techn. Mittel“ (Verifikation des Abzuges), hier: Chronologie, 18.08.1992.

⁷⁹⁸ BArch, MA, BW 55/340: Vereinbarung über einheitliche Erfassungskriterien in der Kategorie „Materiell-technische Mittel“ beim Abzug der Westgruppe der Streitkräfte, 26.05.1992.

⁷⁹⁹ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 26; BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 62.

⁸⁰⁰ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoWGT, Bilanz 1992, 10.03.1993, S. 5.

⁸⁰¹ BArch, MA, BW 55/21: Gesamtbilanz DtVKdoWGT, 20.12.1994, S. 12.

Generaloberst Burlakow von Sperenberg aus nach Russland zurück. Für etwas mehr als eine Woche verblieb noch ein Nachkommando des Oberkommandos der WGT in Wünsdorf und Berlin. Am 9. September 1994 verließ mit Generaloberst Terentjew, dem Stellvertreter des Oberkommandierenden der WGT, der letzte russische Soldat deutschen Boden. Sein Flugzeug, ein Transportflugzeug vom Typ IL-76M, hob an jenem Tag um 10:05 vom Flughafen Schönefeld ab. Bis dahin standen Vertreter des DtVKdoWGT dem Nachkommando zur Seite. Genaugenommen fiel die Phase vom 1. bis 9. September 1994 nicht mehr in den AAV, weshalb formell die Botschaft der Russischen Föderation in Berlin für die letzten Soldaten der WGT zuständig war.⁸⁰²

Mit Erfüllung des AAV und dem Abzug der WGT gab es für das DtVKdoWGT keine Aufgabe mehr. Da dies planbar war, wurde bereits am 20. August 1993 mit dem Organisationsbefehl Nummer 14/93 der Bundeswehr die Auflösung des DtVKdoWGT zum 31. Dezember 1994 beschlossen. Der Festakt zur Außerdienststellung fand am 19. September 1994 in Berlin statt. Neben etwa 200 Gästen würdigte auch Generalleutnant a.D. Schönbohm, damals Staatssekretär im BMVg, das DVKdoWGT für seine Verdienste. Schlussendlich entband der Chef des Stabes Fü S, Konteradmiral Hans Frank, den Leiter des Verbindungskommandos, Generalmajor Foertsch, von seinen Aufgaben und stellte das Verbindungskommando damit mit Ablauf des 31. Dezember außer Dienst. Das DtVKdoWGT hatte 1.539 Tage bestanden.⁸⁰³

h. Eine deutsche Militärverbindungsmission?

Legitimation

Die Angehörigen der westlichen MVM hatten auf gegnerischem Territorium operiert. Die jeweiligen bilateralen Abkommen mit der Sowjetunion hatten nicht nur ihr Handeln legitimiert, sondern sorgten auch für quasi-diplomatischen Schutz. Nur so war überhaupt militärische Aufklärung parallel zum militärischen Verbindungswesen bei vergleichsweise geringem Risiko möglich gewesen, während Angehörige von westlichen Nachrichtendiensten und ihre Informanten

⁸⁰² Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 284–291; BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1994, November 1994, S. 1;

⁸⁰³ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 141f; Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 292-296.

beim Operieren in der DDR dem ständigen Risiko einer Festnahme und einer langjährigen Haftstrafe, wenn nicht gar einer Lebensgefahr ausgesetzt waren. Die zwei Todesfälle in der Geschichte der MVM zeigten indes, dass auch für die MVM ein Risiko bestand.

Dahingegen handelten die Angehörigen des DtVKdoWGT und die Verbindungsoffiziere zur WGT unter völlig anderen politischen und rechtlichen Bedingungen. Die Herstellung der deutschen Einheit sowie der Zwei-plus-Vier-Vertrag und der AAV räumten der Bundesrepublik Deutschland die notwendige Souveränität ein, den Abzug nicht nur bilateral mit der Sowjetunion abzustimmen, sondern diesen auch mit eigenen Maßnahmen zu begleiten und dafür nach Belieben eigene militärische (und nachrichtendienstliche) Kräfte im eigenen Land einzusetzen. Das Verbindungswesen zur WGT diente letztlich dem Erkenntnisinteresse des Bundeskanzleramts, des Auswärtigen Amts und des BMVg, die die Verbindungs- und Aufklärungsarbeit nicht selbst durchführen konnten. Eine Abstimmung mit der WGT über die ‚Spielregeln‘ der Militäraufklärung und des Verbindungswesens war nicht notwendig. Es gab kein Prinzip der Reziprozität, wie es bei den MVM üblich war. Der WGT blieb nichts anderes übrig, als die Verbindungsaufnahme durch das DtVKdoWGT zu akzeptieren. Anders als im Umgang mit den westlichen MVM fehlen der WGT die Druckmittel gegenüber der Bundeswehr. Einen Bundeswehrsoldaten konnte Wünsdorf nicht zur persona non grata erklären. Mit dem vereinbarten Finanzierungsrahmen besaß die Bundesrepublik den ausschlaggebenden Hebel gegenüber Moskau und Wünsdorf.

Verbindungswesen

Das direkte Verbindungswesen zwischen dem DtVKdoWGT und dem Oberkommando der WGT weist Parallelen zur Verbindungsarbeit der früheren westlichen MVM auf. Dabei gelang es der Bundeswehr während des Abzugs, – neben zahlreichen offiziellen Terminen – die Kontakte auch auf persönlicher Ebene zu intensivieren. Solche vertrauensbildenden Maßnahmen förderten die bilaterale Zusammenarbeit und ließen Raum für informellen Austausch, abseits von Tagesordnungspunkten und Protokoll. Private Kontakte zur sowjetischen/russischen Seite in diesem Umfang waren bei den westlichen MVM nicht üblich. Das sich verändernde sicherheitspolitische Umfeld in Europa zu

Beginn der 1990er hat solche Kontakte – im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges – erleichtert.

Das dezentrale Verbindungswesen zur WGT stellte mit anfangs über 80 Verbindungsoffizieren in den WBK, VBK und VKK eine um Weiten größere Organisation dar als die der akkreditierten MVM-Angehörigen dar. Durch die zivil-militärische Zusammenarbeit mit deutschen Behörden erhielten die Verbindungsoffiziere erweiterte Einblicke in das Abzugsgeschehen, die über rein militärische Aspekte hinausgingen. Die teilweise persönlichen Kontakte zwischen Verbindungsoffizieren der Bundeswehr und Angehörigen der WGT ermöglichten vertrauliche Gespräche. Eine nachrichtendienstliche Legendierung war hierfür nicht erforderlich; der Auftrag der Verbindungsoffiziere wurde gegenüber der WGT offen kommuniziert – mit dem Ziel, als vertrauenswürdige „Ansprechpartner“, und nicht als Nachrichtenspezialisten oder gar Spione wahrgenommen zu werden. Dieser offene Ansatz bot wenig Angriffsfläche und war zielgerichtet auf einen schnellen und möglichst konfliktarmen Abzug. An das geläufige Motto „Abzug in Würde“ erinnerte sich Foertsch im Jahr 2000 wie folgt:

„Abschließend möchte ich feststellen, daß wir versucht haben, den Abzug der russischen Streitkräfte entsprechend dem Willen des Vertrages [AAV] auch als eine vertrauensbildende Maßnahme zu gestalten. Dazu haben wir zwei Dinge gemacht: Wir haben von vornherein unser Handeln unter das Motto ‚Abzug in Würde‘ gestellt – die Urheberschaft dieses Begriffes ist strittig, aber ich behaupte, sie liegt bei unserem Kommando [DtVKdoWGT]. Dieses Motto stieß zunächst bei einigen auf erheblichen Widerstand, die nicht verstanden hatten, was wir damit erreichen wollten und meinten. Wir haben also in der Tat versucht, den Russen zu ermöglichen, erhobenen Hauptes unser Land zu verlassen und sich nicht als Davongejagte zu fühlen.“⁸⁰⁴

In seinen Memoiren würdigte Foertschs Gegenspieler Burlakow die Arbeit der Bundeswehr:

„Es sei hier nochmals die Effektivität unserer Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, unter anderem mit dem Korps- und Territorialkommando Ost, dem deutschen Verbindungskommandos zur Westgruppe, den Divisionen und

⁸⁰⁴ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 238. Vgl.: Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 293.

Wehrbereichskommandos hervorgehoben. Im Laufe des Abzugs wurden diese Bundeswehrdienststellen, bildhaft gesprochen, zu verbindenden Brücken.⁸⁰⁵

Personal

Zwar erkannte die Bundeswehr die Notwendigkeit von Sprachkompetenz und bewertete Erfahrungen im Umgang mit sowjetischen Soldaten als förderlich für eine Verwendung im Verbindungswesen zur WGT, eine umfassende Spezialausbildung, wie sie die Angehörigen der westlichen Militärverbindungsmissionen genossen, erhielten die Verbindungsoffiziere der Bundeswehr jedoch nicht. Auf die besonderen Anforderungen des Verbindungswesens zur WGT wurden die betroffenen Soldaten nach der Wiedervereinigung von der Bundeswehr selbst kaum vorbereitet. Vielmehr verließ sich die übergeordnete Führung auf das soldatische Geschick des Einzelnen und die Vorerfahrung aus der NVA-Zeit, die viele mitbrachten. Ein elitäres Selbstverständnis, wie es bei den Veteranen von USMLM, BRIXMIS und MMFL mitunter festzustellen ist, lässt sich bei den Angehörigen des deutschen Verbindungswesens zur WGT nicht erkennen.

Analyse und Erkenntnisse

Das DtVKdoWGT betrieb keine nachrichtendienstliche Analyse von Rohdaten und Informationen, worauf sich bis 1990 vor allem USMLM und BRIXMIS spezialisiert hatten. Auf eine nachrichtendienstliche Expertise konnte im Regelbetrieb nicht zurückgegriffen werden. Vereinzelt gab es einen Austausch mit dem BND, aber dieser institutionalisierte sich nicht und wirkte sich auch nicht auf Methoden der Informationsgewinnung oder Auswertung aus. Vielmehr erfolgte im Dezernat 2 eine Auswertung der Informationen hinsichtlich des Feststellens eines Handlungsbedarfs, wofür Gremien und Arbeitsgruppen die geeignete Plattform boten. Das Verbindungswesen zur WGT bediente de facto auch Aufklärungsziele der ORBAT-Intelligence, jedoch hauptsächlich mit dem Zweck, die Vertragskonformität des Verhaltens der WGT zu überwachen und den Truppenabzug zu verifizieren. Detailwissen über die zu verladende Kampftechnik konnte beispielsweise dazu führen, Diskrepanzen zu den offiziellen Angaben der WGT aufzudecken. Dies wurde gegenüber der WGT zwar kritisch angemerkt, hatte

⁸⁰⁵ Burlakow, Wir verabschieden uns als Freunde, 1994, S. 190.

aber meistens kaum Konsequenzen. Nicht die militärische Bedrohung, sondern die fristgerechte und planmäßige Rückführung von Technik und Personal stand im Vordergrund. ORBAT-Intelligence war nicht das Ziel, sondern lediglich Mittel zum Zweck.

Nichtsdestotrotz bündelte das DtVKdoWGT alle aufenthalts- und abzugsrelevanten Erkenntnisse über die WGT. In einem Stabsbriefing von 1993 heißt es dazu:

„Eine Lagemeldung, die uns wöchentlich von der WBK-Ebene zugeht, gibt uns einen Einblick in die Informationsfähigkeit des Systems und macht aber vor allem mit den Fakten des Geschehens vor Ort in einem Gesamtüberblick vertraut.

Neben einer Vielzahl von weiteren Informationen, die dem DtVKdoSowjSK z.B. auf dem A 2/G 2-Sektor, der Verkehrsführung und – teilweise mit Rückschlußmöglichkeit auf die innere Lage der WGT – auch aus den Polizeiberichten der Länder zugehen, fertigen wir [das DtVKdoWGT] in unserer Dienststelle wöchentlich einen Sachstandsbericht an Fü S III, als unseren Beitrag zu Problemen des Aufenthaltes und zum Stand des Abzuges.“⁸⁰⁶

Damit erreichte das DtVKdoWGT einen Kenntnisstand über eine ausländische Streitkräftegruppierung, der dem des BND oder der alliierten MVM nahekam und in Teilen übertraf. Was direkte Einblicke durch persönliche Zugänge und Kontakte anbelangte, ähnelten sich die Verbindungsoffiziere zur WGT den BND-Operateure von 12YA. Nur waren sie, wie schon bei den MVM, klar als Angehörige der Bundeswehr erkennbar – mit allen Vor- und Nachteilen. Anders jedoch als der BND musste das DtVKdoWGT die Erkenntnisse nicht in einen politischen oder strategischen Zusammenhang einordnen. Die Perspektive des Verbindungswesens zu WGT war in der Regel auf den zeitlich befristeten Aufenthalt und den Abzug beschränkt. Darüberhinausgehende Fragen betrafen überwiegend das BMVg oder das Auswärtige Amt.

Rolle des DtVKdoWGT

Auf die Phase des Abzugs zugeschnitten, verfügte die Bundeswehr mit der Verbindungsorganisation zur WGT über ein einzigartiges Instrument des Verbindungswesens und der Nachrichtengewinnung „Es ist sicherlich klar, daß es

⁸⁰⁶ BArch, MA, BW 55/28: Stabsbriefing des DtVKdoWGT, (Datum unleserlich) 1993, S. 7f.

für die uns [dem DtVKdoWGT] gestellten Aufgaben in der Bundeswehr kein Vorbild gab. Wir hatten im Unterschied zu unseren Kameraden aus der Nationalen Volksarmee keine Erfahrungen im Umgang mit sowjetischen Streitkräften.“⁸⁰⁷ Das DtVKdoWGT führte permanent ein Lagebild über die WGT und war in der Lage, einen politischen oder militärischen Handlungsbedarf zu erkennen. Im direkten Austausch mit der WGT nahmen die Verbindungsoffiziere Einfluss auf die Maßnahmen der sowjetischen/russischen Streitkräfte in Deutschland, angefangen von Generalmajor Foertsch im Austausch mit dem Oberkommandierenden Burlakow bis hin zum Verbindungsoffizier des VKK im Gespräch mit einem einfachen Truppenoffizier der WGT. Von der politischen bis zur taktischen wurden damit alle Ebenen abgedeckt.

Das DtVKdoWGT war in erster Linie ein Sensor des BMVg auf der operativ-strategischen Ebene, dazu die wesentliche Schnittstelle zur WGT sowie erster deutscher Ansprechpartner in Fragen des Aufenthalts und Abzugs der WGT. Es war nicht als Instrument des militärischen Nachrichtenwesens konzipiert und verstand sich selbst auch nicht als solches. Das Selbstverständnis des DtVKdoWGT und der unterstellten Verbindungsoffiziere unterschied sich von dem der westlichen MVM, obwohl ein Teil der Aufgaben von USMLM, BRIXMIS und FFML vom deutschen Verbindungskommando übernommen und fortgeführt wurde. Die Bundeswehrsoldaten im Verbindungswesen zur WGT verstanden sich in erster Linie als Repräsentanten der neuen deutschen Souveränität in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

Generalmajor Foertsch vertrat als deutscher Bevollmächtigter für den Abzug die Interessen der Bundesregierung gegenüber der WGT. Keinem anderen Akteur in Militär oder Politik kam diese Funktion zu. Zu hinterfragen ist dabei die Relevanz der formellen Federführung des Auswärtigen Amts bei der Erfüllung des AAV. Zwar vertrat es die Interessen Deutschlands in Fragen des Abzugs in diplomatischer Hinsicht und nutze dafür auch Kontakte zum Oberkommando der WGT – teilweise ohne Absprache mit dem DtVKdoWGT –, allerdings waren die operativen und analytischen Möglichkeiten des Auswärtigen Amts auf diplomatische Interventionen beschränkt. Dem BMVg standen hingegen

⁸⁰⁷ Interview mit Generalmajor a.D. Hartmut Foertsch in: Ehlert, Regionale militärische Umsetzung (Armee ohne Zukunft), 2002, S. 233.

unterschiedliche Kräfte und Mittel zu Verfügung, den Abzug nicht nur zu überwachen, sondern auch zu beeinflussen. Dafür war das DtVKdoWGT ein geeignetes Instrument, weil es dem Verbindungswesen Vorrang vor anderen Aufgabenbereichen gewährte und die dafür notwendigen Strukturen bereithielt.

5. Offene Nachrichtengewinnung über die WGT

a. Neue Bundeswehrstruktur im Osten

Eine militärische Folge der deutschen Einheit war die Übernahme der Befehls- und Kommandogewalt über rund 1500 Einheiten und 90.000 Soldaten der NVA durch das BMVg, wobei erstmalig in der Geschichte der Bundeswehr Verbände des Heeres, der Luftwaffe und der Marine unter ein Kommando gestellt wurden. Als hierfür das Bundeswehrkommando Ost und seine nachgeordneten Kommandobehörden und Dienststellen nach dem 3. Oktober 1990 die Dienstgeschäfte aufnahmen, musste ein funktionierendes militärisches Nachrichtenwesen, das die Sicherheitslage und Lage gegnerischer Kräfte feststellt und beurteilt, erst aufgebaut werden. Das Nachrichtenwesen der NVA und seine Mitarbeiter waren zuvor zu fest in die militärpolitischen Interessen des Warschauer Pakts integriert gewesen und waren teilweise mit Nachrichtendiensten des Ostblocks verknüpft, sodass dieser Bereich der NVA nicht von der Bundeswehr übernommen werden konnte und für eine Bewältigung des Abzugs keine Rolle spielte.

Für den Abzug der WGT waren vor allem die G2-Abteilungen im Bundeswehrkommando Ost und Heereskommando Ost sowie nachgeordnet der WBK VII und VIII wichtig. Deren Zuständigkeiten und Informationsflüsse sollen im Folgenden näher betrachtet werden. Das Bundeswehrkommando Ost war nur als Übergangslösung gedacht, um die Kommandostrukturen der ehemaligen NVA in Bundeswehrstrukturen zu überführen. Am 30. Juni 1991 wurde das Bundeswehrkommando Ost außer Dienst gestellt. Zuvor ging am 16. April 1991 aus dem Heereskommando Ost das Korps und Territorialkommando Ost (KTK-Ost) mit Sitz in Geltow (heute Schwielowsee) hervor und übernahm die

Heeresverbände in den neuen Bundesländern, insbesondere die WBK VII und VIII. Das KTK Ost war fortan dem Inspekteur Heer unterstellt.⁸⁰⁸

Am 3. Oktober 1990 übernahm Generalleutnant Jörg Schönbohm⁸⁰⁹ auf Wunsch von Verteidigungsminister Stoltenberg den Befehl über das neu aufgestellte Bundeswehrkommando Ost.⁸¹⁰ Somit erhielt Schönbohm als Befehlshaber der nicht NATO-assignierten Verbände und Einheiten die temporäre militärische Raumverantwortung über die neuen Bundesländer. Dort befanden sich Ende 1990 noch über 300.000 sowjetische Soldaten der WGT. Gemäß der militärischen Logik befanden sich also fremde Streitkräfte in seinem Verantwortungsbereich – und zwar jene, die er in seiner Vordienstzeit, etwa als Brigadekommandeur in Augustdorf, als die für die Bundeswehr gefährlichste gegnerischer Streitkräftegruppierung kennengelernt hat. Allerdings hatte Schönbohm zuvor auch die Gelegenheit, sich einen eigenen Eindruck von der militärischen Führung der Sowjetunion zu verschaffen: Im Oktober 1988 begleitete er Verteidigungsminister Rupert Scholz zu Abrüstungsverhandlungen nach Moskau, wobei es der deutschen Seite nicht gelang, die sowjetische Seite vom Prinzip der asymmetrischen Abrüstung zu überzeugen. Diese Form der Abrüstung basiert auf dem sowjetischen Übergewicht bei konventionellen Waffensystemen und war die Ausgangslage für den Westen, ab 1973 im Rahmen der Verhandlungen

⁸⁰⁸ Zum Bundeswehrkommando Ost siehe: Stabsangehörige K/TK /IV. Korps, Die Einheit mitgestalten 1990-1994. Bundeswehrkommando Ost, Korps und Territorialkommando Ost, IV. Korps, Potsdam 1994; Klaus Geier, 10 Jahre Wehrbereichskommando VII/13. Panzergrenadierdivision. 1990-2000, Leipzig 2001; Werner von Scheven, Die Bundeswehr und der Aufbau Ost, in: Entschieden für den Frieden. 50 Jahre Bundeswehr 1955 bis 2005. Hrsg. von Klaus-Jürgen Bremm, Hans-Hubertus Mack und Martin Rink, Freiburg i. Br., Berlin 2005, S. 441–445; Gunnar Digutsch, Die NVA und die Armee der Einheit, in: Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden, Einsichten, Perspektiven. Hrsg. von Frank Nägler, München 2007. Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, S. 469f; Jörg Schönbohm, Die Bundeswehr im deutschen Einigungsprozeß 1989/90, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Hrsg. von Bruno Thoß, München 1995, S. 405–418; Ohne Autor, Die Bundeswehr im beigetretenen Teil Deutschlands, in: Zeitschrift für Wehrtechnik, technische Ausbildung und Informationen in der Bundeswehr, 33 (1990), S. 773–780; Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 107f; Schönbohm, Wilde Schwermut, 2010, S. 237f; Gerhard Stoltenberg, Sicherheitspolitische Verantwortung während der »friedlichen Revolution« in Ost und West, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Hrsg. von Bruno Thoß, München 1995, S. 447–452; Werner von Scheven, Die Bundeswehr und der Aufbau Ost, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Hrsg. von Bruno Thoß, München 1995, S. 474–503.

⁸⁰⁹ Schönbohm, geboren 1937 im Brandenburgischen Neu Golm, war zuvor Kommandeur der 3. Panzerdivision in Buxtehude und unmittelbar vor seiner Verwendung im Bundeswehrkommando Ost Leiter des Planungsstabes im BMVg.

⁸¹⁰ Schönbohm, Wilde Schwermut, 2010, S. 220–227.

zur Mutual Balanced Force Reduction (MBFR) von Moskau großzügigere Abrüstungsschritte zu verlangen. Ein Jahr nachdem Schönbohm nach diesem Verständnis mit sowjetischen Militärs zu verhandeln versuchte, wurde MBFR aufgegeben.⁸¹¹ Unmittel nach seiner Moskau-Reise resümierte Schönbohm: „Auf dem Rückflug konstatierten wir, dass der deutsche Verteidigungsminister nicht die Macht hatte, die Rüstungskontrolle voranzubringen. Andererseits war uns klar, dass wir ohne den Rückhalt der NATO und der USA in Moskau niemals so fordernd hätten auftreten können.“ Während es Kohl in dieser Zeit gelang, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion auf eine neue Ebene zu heben, blieb der Dialog der Militärs von der Blockkonfrontation geprägt.⁸¹² Von einer militärpolitischen Souveränität der Bundesrepublik, also etwa eigenmächtig strategische oder Rüstungsfragen mit Moskau unabhängig von Washington oder der NATO zu klären, konnte zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede sein. Für Schönbohm dürfte dieses Aufeinandertreffen von deutschen und sowjetischen Militärs ein Schlüsselerlebnis gewesen sein. Es dürfte auch sein Bild vom sowjetischen Militär geprägt haben.

Zwei Jahre später wurde Schönbohm als Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost mit der stärksten Streitkräftegruppierung konfrontiert, die die Sowjetunion im Ausland unterhielt. Mit Kommandoübernahme am 4. Oktober 1990 hatte Schönbohm zwar nicht den Abzug der WGT zu verantworten, wohl aber die militärische Sicherheit in den neuen Bundesländern. Auch war es Schönbohm, der als Vertreter der Bundeswehr-Generalität den ersten Dienstantrittsbesuch beim Oberkommandieren der WGT, Armeegeneral Snetkow, abhielt – und nicht Generalmajor Foertsch, dem dieser Termin eigentlich hätte zustehen müssen. Schönbohm entsprach zu diesem Zeitpunkt eher den sowjetischen Vorstellungen eines Heerführers als Foertsch, der lediglich ein Verbindungskommando ohne ernstzunehmende militärische Stärke führte. Die bereits erwähnten historisch-familiären Ressentiments Snetkows gegenüber Foertsch taten ihr Übriges, um Schönbohms Position gegenüber dem vorletzten sowjetischen Oberkommandieren zu stärken. In diesem Kontext ist auch der Besuch

⁸¹¹ Zu MBFR siehe auch: Dieter Krüger, *Am Abgrund? Das Zeitalter der Bündnisse: Nordatlantische Allianz und Warschauer Pakt 1947 bis 1991* (= Schriftenreihe Point Alpha, 1), Fulda 2013, S. 128f.

⁸¹² Ebd., S. 185f.

Schönbohms am 25. Oktober 1990 in Wünsdorf und das dortige Aufeinandertreffen mit Snetkow zu bewerten – von Oberbefehlshaber zu Befehlshaber.⁸¹³ Der damals beteiligte Dolmetscher Kapitänleutnant Mroß erinnert sich, dass Schönbohm die Gelegenheit nicht ausgelassen habe, Snetkow darauf hinzuweisen, dass als dieser als junger Oberleutnant der Roten Armee die Mark Brandenburg erstürmte, die Familie Schönbohm von dort nach Westen geflohen sei.⁸¹⁴

Es entspricht auch der militärischen Logik, dass ein Befehlshaber Erkenntnisse über eigene und fremde Truppen in seinem Verantwortungsbereich erlangt. Das Verhalten der WGT hätte sich auf das Bundeswehrkommando Ost auswirken können. Hieraus resultierte ein besonderes Erkenntnisinteresse Schönbohms an der WGT – und zwar nicht aus einem diplomatisch-politischen Interesse heraus, sondern in Hinblick auf die militärische Sicherheit und die Lage fremder Streitkräfte.

b. Koordinierungsbedarf

Koordinierung durch Fü S II

Der Stabsabteilung für militärisches Nachrichtenwesen im BMVg, Fü S II, oblag die fachliche Koordinierung Überwachung der WGT mit Kräften und Mitteln des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr. Für die Nachrichtengewinnung und Lagebeurteilung über die WGT im Geschäftsbereich BMVg kamen ab Oktober 1990 das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ANBw), Einheiten der Fernmeldeaufklärung von Heer und Luftwaffe, die G2-Stabsabteilungen beim Bundeswehrkommando Ost (später KTK Ost) sowie die G2/S2-Bereiche in den WBK VII und VIII und ihre unterstellten Kommandos in Frage.⁸¹⁵ Diese bloße Aufzählung lässt bereits erkennen, dass Überwachungs- und Aufklärungsmaßnahmen gegen die WGT innerhalb der Bundeswehr abgestimmt werden und Verantwortungsbereiche klar abgesteckt mussten. Brigadegeneral Georg Bautzmann war bis 1992 der Stabsabteilungsleiter Fü S II und somit höchster Fachvorgesetzte der eben genannten Bereiche. Im Folgenden soll anhand aufeinanderfolgender Weisungen und Befehle aufgezeigt werden, wie und von

⁸¹³ Vgl.: BArch, MA, BW 2/25722: Bundeswehrkommando Ost, Protokoll über den Besuch des Befehlshabers Bundeswehrkommando Ost beim Oberkommandierenden der Westgruppe der Streitkräfte am 25.10.1990, 25.10.1990.

⁸¹⁴ Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 72.

⁸¹⁵ Zu keinem Zeitpunkt wurde der Einsatz von Kräften aus der Aufklärungstruppe vorgeschlagen, sodass diese nachfolgend nicht betrachtet werden.

wem die offene Nachrichtengewinnung über die WGT konzipiert und umgesetzt wurde.

Am 9. Oktober 1990 wies Brigadegeneral Bautzmann das Bundeswehrkommando Ost an, Nachrichten und Erkenntnisse über die WGT zu gewinnen. Dies sollte sich zunächst auf das Sammeln und Melden anfallender Nachrichten beschränken. Einen Tag später erfolgte in einer Weisung des Grundsatzreferats Fü S II 1 an das Bundeswehrkommando Ost die Spezifizierung des durch offene Nachrichtengewinnung zu erfüllenden Informationsbedarfs über die WGT. Der Wortlaut der Weisungen ist jedoch nicht überliefert. Am 15. Oktober 1990 hat das Bundeswehrkommando Ost jene Weisung von Fü S II 1 umgesetzt, indem es am 15. Oktober 1990 eine „vorläufige Anweisung für das Meldewesen im Führungsgrundgebiet 2 im Verantwortungsbereich Bundeswehrkommando Ost“ erließ. Darin wurde festgelegt, dass die Informationsgewinnung durch offene Methoden zu erfolgen habe und keinen nachrichtendienstlichen Auftrag beinhalte.⁸¹⁶

Bereits im Herbst 1990 grenzte sich die Bundeswehr insofern von der militärischen Auslandsaufklärung des BND ab, als es die offene Nachrichtengewinnung betonte. Da der BND jedoch von der Aufklärung der WGT nicht entbunden wurde, galt es, die Verantwortungsbereiche zwischen BND und Bundeswehr einmal mehr klar zu definieren. Gemäß einer Vorlage von Fü S II 1 vom 17. Oktober 1990 an den Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, Generalleutnant Storbeck, wurden nicht nur die Maßnahmen zur Beobachtung der WGT vom ihm gebilligt, sondern auch der „Austausch der Informationen mit dem BND und westlichen Verbündeten“ zu – wobei die Vorlage nicht präzisiert, welche Informationen mit wem genau getauscht werden sollten.⁸¹⁷ Somit wurde das Thema Nachrichtengewinnung über die WGT auch außerhalb des Verteidigungsressorts – im Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts – und sogar mit den ehemaligen Westalliierten behandelt, wenngleich es dabei zunächst nur um die Weitergabe von Informationen gehen sollte. Der Koordinierungsaufwand schien damit größer zu werden.

⁸¹⁶ BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 3f.

⁸¹⁷ Ebd., S. 4.

Ressortübergreifende Koordinierung

Am 8. November 1990 fand unter Leitung von FÜ S II 1 eine Besprechung zur Abgrenzung und zur Festlegung von Einzelheiten in der Durchführung der offenen Nachrichtengewinnung statt. Daran nahmen Vertreter des Bundeswehrkommandos Ost, des ANBw, des BND und betroffener Referate des BMVg teil.⁸¹⁸ Es gibt keinen Hinweis darauf, dass an dieser Koordinierungsbesprechung auch Vertreter des DtVKdoSowjSK teilnahmen, wenngleich das Verbindungskommando durch das vorgesetzte Bundeswehrkommando Ost indirekt vertreten war. Die Abwesenheit des DtVKdoSowjSK könnte auch als klare Trennung zwischen Nachrichten- und Verbindungswesen gesehen werden. Selbst Generalmajor Foertsch war die Abgrenzung der Verbindungsorganisation zur WGT vom militärischen Nachrichtenwesen wichtig, wie sein Vorschlag an den Befehlshaber des WBK VII, Generalmajor Richter, vom 23. April 1991 zeigt: Darin legte Foertsch dem WBK-Kommandeur nahe, sein Verbindungselement zur WGT nicht der Abteilung G2 des WBK VII zu unterstellen. „Die – wenn auch so nicht gewollte – Verbindung mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit ist gerade gegenüber der WGT zu offenkundig, erschwert eine unverkrampfte Zusammenarbeit [...] Dieser Eindruck muss unbedingt vermieden werden.“⁸¹⁹ Verbindungs- und Nachrichtenwesen sollten also nicht vermischt werden. Der im nächsten Kapitel zu erörternde Vorfall Altengrabow, der sich nur wenige Tage vor dem Absenden des Schreibens an Generalmajor Richter abspielte, liefert eine weitere Erklärung, warum Foertsch so entschieden für eine Trennung dieser beiden Aufgabenbereiche plädierte.

Worüber kamen die Vertreter des BMVg, BND und ANBw bei ihrer Koordinierungsbesprechung am 8. November 1990 überein? Zwar liegen keine Protokolle oder andere Dokumente vor, die genaueren Aufschluss über die getroffenen Festlegungen geben würden, aber die hier zitierte Vorlage von FÜ S III 1 gibt an, dass eine dabei entstandene Ergebnisniederschrift von allen Beteiligten als verbindliche Handlungsgrundlage anerkannt worden sei. „Dabei wurde u.a. auch vereinbart, daß mit Übergang der Führungsverantwortung von BwKdo Ost an

⁸¹⁸ BArch, MA, BW 55/146: FÜ S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 4.

⁸¹⁹ Sammlung ZMSBw/Vorlass Oberstleutnant a.D. Willi Pätz: Leiter DtVKdoSowjSK an Befehlshaber WBK VII, VKdo WBK VII zur WGT, 23.04.1991, S. 1.

die Teilstreitkräfte Korps-/TerrKdo Ost die Funktion des BwKdo Ost in der offenen Nachrichtengewinnung übernehmen sollte.“ Ferner habe Fü S II 1 zugesagt, „Möglichkeiten zur Aufstellung von Beobachtungstrupps zu prüfen.“⁸²⁰ Unklar bleibt indes, ob neben offenen Methoden auch die Möglichkeit verdeckter Methoden, wie sie der BND dann im Rahmen der Operation „Giraffe“ später umfassend durchführte, bei dieser Besprechung diskutiert wurden. Auch könnte die vermutete oder lediglich angedachte Kooperation des ANBw mit USMLM zur Sprache gekommen sein. Möglicherweise beanspruchte der BND die Kooperation mit den Alliierten, was den Beginn der Gespräche zwischen USMLM/CAD-B und BND ab etwa November 1990 erklären würde.

In jener Koordinierungsbesprechung am 8. November 1990 wurden die entscheidenden Weichen für die Aufgabenteilung zwischen BND und Bundeswehr während des Truppenabzugs gestellt. Nun galt es für die beteiligten Stellen der Bundeswehr, die offene Nachrichtengewinnung über die WGT weiter zu planen. Brigadegeneral Bautzmann warb fortan in mehreren Gesprächen „um Aufstellung einer angemessenen Zahl von gesonderten Beobachtungstrupps durch das Heer“ unter anderem beim Führungsstab Heer und beim Stellvertreter des Inspektors Heer.⁸²¹ Am 16. Januar 1991 erließ das WBK VIII eine „Weisung für die Nachrichtengewinnung über die sowjetischen Streitkräfte im Wehrbereich VIII“. Ziele der „offenen Erkenntnisgewinnung unter verbesserten Aufklärungsbedingungen“ seien das Feststellen von Verstößen der WGT in Hinblick auf den AAV, „das frühzeitige Erkennen von Konfliktpotenzialen angesichts schwieriger innerer Ordnung und möglicherweise zunehmender Aversionen der Bevölkerung gegen die SSD [sowjetischen Streitkräfte in Deutschland]“, sowie „das Feststellen zukunftsweisender Entwicklungen im sowjetischen Militär am Beispiel der WGT“.⁸²² Insbesondere die letzte Fragestellung, wonach Entwicklungen des sowjetischen Militärpotenzials von Entwicklungen der WGT abgeleitet werden sollten, deckte sich mit dem Auftrag des BND zur Analyse fremder Wehrpotenziale.

⁸²⁰ BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 4.

⁸²¹ Ebd.

⁸²² BArch, MA, BH 40/8-80: WBK VIII, G2, Weisung für die Nachrichtengewinnung über die sowjetischen Streitkräfte im Wehrbereich VIII, 16.01.1991, S. 1f.

Wahrscheinlich wurde im Ergebnis der Koordinierungsbesprechung am 8. November 1990 auch das ANBw angewiesen, mit zwei Flugzeugen des Typs DO 28 Liegenschaften der WGT zu befliegen und Luftaufnahmen zu erstellen. Bis Februar 1991 sei jedoch nur ein geringer Bestand an Aufnahmen vorhanden gewesen.⁸²³

Zur Rolle Schönbohms

Am 5. Februar 1991 kam es zu einer weiteren Koordinierungsbesprechung, bei dem sich der stellvertretende Stabsabteilungsleiter Fü S III, der Stabsabteilungsleiter Fü S II, der Abteilungsleiter G2 des Bundeswehrkommando Ost sowie der Leiter des DtVKdoSowjSK weiter abstimmten. Dabei erörterten sie, „welcher Informationsbedarf über die WGT sowie zur Verifikation des Abzuges der sowj. Truppen besteht.“⁸²⁴ Die Anwesenheit von Generalmajor Foertsch deutet an, dass es bei der Besprechung nicht nur im Fragen des militärischen Nachrichtenwesens ging, sondern auch um Überschneidungen zum Verbindungswesen zur WGT. Zudem existierte im Februar 1991 das Verbindungskommando bereits mehr als vier Monate und konnte bis dahin zahlreiche Informationen liefern; die Rolle des DtVKdoSowjSK im Abzug hinsichtlich Verifikation und Liaison hatte sich weiter gefestigt, sodass die Akteure des militärischen Nachrichtenwesens Generalmajor Foertschs Kommando nicht mehr ausschließen konnten.

In Folge dieser Besprechung konnte der Abteilungsleiter G2 des Bundeswehrkommando Ost seinem Befehlshaber Generalleutnant Schönbohm berichten, welcher Informationsbedarf über die WGT noch bestand. Dies nahm Schönbohm zum Anlass, seinen Forderungen beim BMVg Nachdruck zu verleihen. So wandte er sich am 13. Februar 1991 in einem Schreiben an den Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr mit der kritischen Feststellung, „daß ich [Generalleutnant Schönbohm] kein hinreichend deutliches Lagebild von der WGT

⁸²³ BArch, MA, BW 55/363: BMVg S IV 1 (Umweltschutz in der Bundeswehr, Zentrale Angelegenheiten), Aufenthalt und Abzug der sowjetischen Truppen; hier: Amtshilfe für BMF bei der „Erfassung von Umweltschäden“ durch Überfliegen der Liegenschaften, 27.02.1991, S. 2. Vgl.: Nachlass Hartmut Foertsch (im Besitz des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst): BMVg, Generalleutnant Storbeck (Stv GI) Generalinspektors an Generalleutnant Schönbohm (BefH BwKdo Ost), Feststellung und Beurteilung der Lage der Westgruppe der Truppe (WGT), 26.02.1991, S. 2.

⁸²⁴ BArch, MA, BW 2/23144: Fü S III 1 an Fü S III 4, 5, 6, Fü S II 1, 3, Fü S V 5, Fü H II 2, Fü H III 3, Fü L II 1, Informationsbedarf über WGT/Verifikation des Abzuges der WGT, 07.03.1991, S. 1.

erhalte.“ Selbst die vom DtVKdoSowjSK übermittelte Informationen über Truppenbewegungen seien nicht vollständig und zudem „ohne Waffensystem- und Herkunftsbestimmung.“ Schönbohm fehlten also militär-technische und taktische Details aus der ORBAT-Intelligence, auf die die Verifikationsmaßnahmen des Verbindungskommandos nicht abzielten. Ferner zweifelte Schönbohm grundsätzlich an, dass Foertsch in der Lage sei, mit seinem Verbindungswesen alle für die Vertragserfüllung wesentlichen Erkenntnisse zu erlangen. Hieraus resultiert Schönbohm in seinem Schreiben zunächst:

„Eine darüber hinausgehende Überwachung der WGT hinsichtlich der Einhaltung des Vertrages insgesamt und der Gewinnung von Erkenntnissen zur Kräfteordnung, Struktur, Rüstung, Logistik sowie zum Ausbildungs- und Übungsverhalten, zu Veränderungen der Einsatzbereitschaft und zur inneren Lage ist in keiner Weise sichergestellt.“

Ebenso wenig sehe er sich in der Lage, „eine rechtzeitige Warnung vor Gefahren zu gewährleisten, die von der WGT ausgehen könnten.“ Schönbohm lieferte dafür auch die Gründe: Die Struktur des militärischen Nachrichtenwesens im ihm unterstellten Bereich, also im Bundeswehrkommando Ost und nachgeordneten Ebenen, sei für eine Beobachtung der WGT nicht ausgelegt. Auch das DtVKdoSowjSK sei in Anbetracht seines Auftrags und seiner Struktur nicht dazu geeignet, diesen Mangel auszugleichen. Bezeichnend ist Schönbohms Rückgriff auf die westlichen MVM:

„Insgesamt fehlen damit wesentliche Voraussetzungen, zur Gewinnung des Lagebildes, das die mit großem personellem und technischem Aufwand arbeitenden Alliierten Militär[verbindungs]missionen bis zum 02.10.1990 erbrachten.“

Nach Schönbohms Ansicht wurden auch bündnis- und sicherheitspolitische Aspekte berührt, denn „die Beurteilung der Lage der WGT [ist] nicht in dem Maße gewährleistet, wie es die Souveränität und Sicherheit Deutschlands, aber auch sein Ansehen im Bündnis gerade in der heutigen Situation erfordern.“ Er begrüße es daher sehr, dass die seit November 1990 „gestellten Forderungen nach mindestens 15 mobilen Beobachtungstrupps (jeweils ein Offizier, ein Unteroffizier) durch FÜH [Führungsstab Heer] zum 1. April [1991] entsprochen werden soll.“ Daraus geht hervor – oder Schönbohm suggerierte –, dass zum Entstehungszeitpunkt seines Schreibens die Genehmigung der Aufstellung von Beobachtungstrupps bereits zu erwarten war. Dennoch bat er, dem Vorhaben Nachdruck zu verleihen und die

notwendigen Personalmaßnahmen umzusetzen. Geeignetes Personal sollte zunächst vorrangig aus der „Bundeswehr West“ rekrutiert werden, namentlich aus Aufklärungsverbänden, Fernspäh- und Frontnachrichteneinheiten. Das zeigt, dass Schönbohm spezialisiertes Personal mit Erfahrungen in der Feindaufklärung in den Beobachtungstrupps einsetzen wollte. Auch dieser Ansatz entsprach den westlichen MVM. Im Schlussabsatz bezieht sich Schönbohm erneut auf die Missionen und spielt auf den seit dem Wegfall der MVM entstandenen Intelligence Gap hin: „Rasches Handeln ist erforderlich, damit die qualifizierte Beobachtung der WGT noch an die von den Alliierten Militär[verbindungs]missionen bis zum 02.10.1990 detailliert erarbeitete Ausgangslage anknüpfen kann.“⁸²⁵

Was lässt sich aus dem Schreiben Schönbohms ableiten? Zunächst geht daraus eine – zumindest bei Schönbohm – bis Anfang 1991 anhaltende Bedrohungsperzeption gegenüber der WGT hervor, die eine intensive Beobachtung der sowjetischen Truppen durch Kräfte der Bundeswehr aus Sicht des militärisch verantwortlichen Befehlshabers notwendig erscheinen ließ. Dies begründete Schönbohm nicht zuletzt mit einer „unkalkulierbaren Lage in Osteuropa und der Tatsache, daß bis auf weiteres die WGT der einzige relative intakte operativ-strategische Großverband in Europa ist [...]“.⁸²⁶ Zu Beginn des Abzugs 1991 verfügte die WGT noch über ausreichend Personal und Material, um aus Sicht der Bundeswehr eine militärische Bedrohung darzustellen. Zwar zog in den ersten Monaten viel schweres Gerät, darunter vor allem Panzer, ab, doch im Februar 1991 war die WGT noch ein intakter Truppenkörper.⁸²⁷ Auch der anfangs schleppende Transit durch Polen barg das Potenzial für zusätzliche logistische Verzögerungen und mögliche politische Unwägbarkeiten, die Auswirkungen auf den Abzug und somit auf das Verhalten der WGT hätten haben können.⁸²⁸ Zum anderen zögerte die

⁸²⁵ BArch, MA, BW 55/146: Generalleutnant Schönbohm an Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, Feststellung/Beurteilung der Lage der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland – Westgruppe der Truppen (WGT), 13.02.1991.

⁸²⁶ Ebd., S. 1.

⁸²⁷ Das DtVKdoSowjSK bilanzierte hierzu: „Mit dem Abzug aller vorgesehenen Großverbände und dem Erreichen der geplanten Abzugsquoten [für das Jahr 1991] in den Hauptkategorien Personal, Bewaffnung und Gerät sowie Material (in einzelnen Kategorien bei Gerät und Bewaffnung, z.B. Kampfpanzer, Flugzeuge wurden die Planungsdaten deutlich übertroffen [...]), wurde der Abzug der WGT im Jahre 1991 nach Plan erfüllt.“ Siehe: BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 25.

⁸²⁸ Vgl.: BW 2/25748: Fü S V 5 an Fü S III 1, Abzug WGT; hier: Transportfragen i.Z.m. Transit durch Polen, 13.12.1990. Vgl.: Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 83f. Vgl.: Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 83 u. 86f.

WGT die vertraglich zum 1. Januar 1991 vereinbarte Übergabe des Gesamtabzugsplanes hinaus:

„Wiederholt in Aussicht gestellte Termine zur Vorlage eines solchen Planes wurden unter der alten Führung der WGT [unter Snetkow] nicht eingehalten. [...] Die Vorlage beide Pläne [Teilabzugsplan 1991 und Gesamtabzugsplan] kurz nach dem Wechsel des OB [Burlakow] muß als ein Zeichen des guten Willens der neuen Führung angesehen werden, die einmal geschlossenen Vereinbarungen auch einzuhalten. Die ersten gesammelten Eindrücke über den neuen OB zielen genau in dieser Richtung. [...] Möglich ist auch, daß die Pläne schon vorhanden waren, aber aus Zeitgründen der aktuellen Lage nicht mehr angepasst werden konnten. Es ist zu erwarten, daß diese Widersprüche bei der nächsten Arbeitssitzung der AG ‚Abzug‘ am 24. Jan. 91 aufgeklärt werden.“⁸²⁹

Die verspätete Übergabe der Abzugspläne durch die WGT sorgte für Skepsis bei der Bundeswehr, ob der Abzug wirklich unter Einhaltung aller Regelungen und Fristen gelingen werde.⁸³⁰ Ein mangelndes Vertrauen der Bundeswehr gegenüber der WGT in den ersten Monaten des Abzugs war die Folge – und die Aufstellung von Beobachtungstrupps eine Konsequenz daraus. Auch sträubte sich WGT zunächst, zu viele militärische Informationen preiszugeben. Hierfür wirkte es sich nachteilig aus, dass die deutsche Seite kein vertraglich zugesichertes Verifizierungsrecht besaß.⁸³¹ Die Beobachtungstrupps sollten daher auch jene Informationen sammeln, die die WGT möglicherweise zu verschleiern versuchte. Letztlich war dies auch der Auftrag des DtVKdoSowjSK.

Weisung zur offenen Nachrichtengewinnung über die WGT

Am 18. Februar 1991 erließ das Grundsatzreferat militärisches Nachrichtenwesen im Führungsstab Heer, Fü H II 1, eine Weisung für das Bundeswehrkommando Ost zur Durchführung für die offene Nachrichtengewinnung über die WGT, „die u.a. gezielte Aufklärung zur Verdichtung des Lagebildes vorsieht. Eine rechtliche

⁸²⁹ BW 2/25748: Fü S II 3, Ergänzung zum Wochenbericht Nr. 03/91 des militärischen Nachrichtenwesens, 22.01.1991, S. 3f. Vgl.: Meißner, Der Abzug der Westgruppe, 2016, S. 59.

⁸³⁰ Der Gesamtabzugsplan wurde am 09.01.1990 und der Teilabzugsplan am 30.12.1990 dem DtVKdoSowjSK übergeben. Nachfolgend wurden die Quartalsabzugspläne der WGT jeweils zum Ende des vorausgehenden Quartals dem DtVKdoWGT vorgelegt. Siehe: BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 25. Vgl.: BArch, MA, BW 40/150: ANBw, Abt. II (Streitkräfte), Dezernat 3, G2/A2-Kurzinformation Ost Nr. 02/91, Abzugsplan WGT, S. 5.

⁸³¹ Grote, Die Westgruppe verlässt Deutschland, 2016, S. 83.

Prüfung dieser Weisung durch Rechtsberater FÜ H hatte stattgefunden [...].⁸³² Diese Weisung erhielt nachrichtlich auch das ANBw und das „Amt für Militärkunde 33“ – also die Unterabteilung 33 des BND (Auswertung Militär). Somit waren die beiden zentralen Akteure zur Bewertung fremder Wehrpotenziale über die geplanten Beobachtungsmaßnahmen der Bundeswehr informiert. Das DtVKdoSowjSK ist im Verteiler der Weisung nicht aufgeführt. Es unterstand zwar zu diesem Zeitpunkt dem Bundeswehrkommando Ost, doch sollte das Verbindungskommando nicht mit den Beobachtungstrupps im Bundeswehrkommando Ost in Verbindung gebracht werden. Nachrichtengewinnung und Verbindungswesen wurden hier erneut klar voneinander abgegrenzt.

Die Weisung schloss die zuvor formulierten Anforderungen aus dem Bereich des militärischen Nachrichtenwesens und des Bundeswehrkommandos Ost im Wesentlichen auf, stellte zuvor jedoch grundlegend fest: „Die mit der deutschen Vereinigung verbundenen Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands schließt die Verantwortung für die Nachrichtengewinnung über die sowjetische Westgruppe der Truppen (WGT) ein. Sie ist durch das Heer mit offenen Mitteln und Methoden durchzuführen.“⁸³³ Damit übertrug FÜ H II 1 den unterstellten Heeresverbänden und -dienststellen die Hauptverantwortung für die Nachrichtengewinnung zur WGT. Auch Schönbohms Forderungen nach mehr Aufklärungsaktivitäten wurde damit grundsätzlich entsprochen, wobei die Weisung noch keine Beobachtungstrupps erwähnte. Im Sinne der Auftragstaktik oblag es der durchführenden Ebene, in diesem Fall dem Heereskommando Ost, angemessene Kräfte und Mittel auszuwählen. Die Weisung von FÜ H II 1 definiert das grundsätzliche Interesse des Heeres an einer intensivierten Nachrichtengewinnung gegen die WGT und ebnete damit den Weg für die Aufstellung von Beobachtungstrupps im Verantwortungsbereich des Bundeswehr- beziehungsweise Heereskommandos Ost.

Gemäß FÜ H II 1 sollte die offene Nachrichtengewinnung über die WGT den Zweck verfolgen, „a) zu überwachen, ob und wie die WGT die Verpflichtungen

⁸³² BArch, MA, BW 55/146: FÜ S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 5.

⁸³³ BArch, MA, BW 55/146: FÜ H II 1 an Bundeswehrkommando Ost, Weisung zur Durchführung einer offenen Nachrichtengewinnung über die WGT, 18.02.1991, S. 1.

und Auflagen aus dem deutsch-sowjetischen Vertrag über den befristeten Aufenthalt und den planmäßigen Abzug ausführt und b) allgemeine Erkenntnisse über die Sowjetarmee zu gewinnen, die auch für die Zukunft Bedeutung haben.“⁸³⁴ Der in a) beschriebene Zweck ist grundsätzlich deckungsgleich zum Auftrag des DtVKdoWGT. Diese Redundanz erklärt sich möglicherweise aus dem genuinen Interesse des militärischen Nachrichtenwesens, das Verhalten fremder Streitkräfte im eigenen Verantwortungsbereich – auch und gerade in Hinblick auf Regelkonformität – zu überwachen. Im Februar 1990 war das zur Lagefeststellung unverzichtbare dezentrale Verbindungswesen zur WGT auf Ebene der Territorialkommandos noch nicht aufgebaut. Es fehlte also noch eine umfassende Sensorik zur Informationsgewinnung auf der taktischen Ebene. Hier schienen das Bundeswehr- und das Heereskommando Ost dem DtVKdoSowjSK zuvorkommen zu wollen. Diese redundanten Aufgabenstellungen verwundern insofern, als das DtVKdoSowjSK zum Zeitpunkt des Erlassens der Weisung dem Bundeswehrkommando Ost fachlich und truppendienstlich unterstand, ein Informationsaustausch also ohnehin hätte stattfinden müssen. In mehreren Zeitzeugengesprächen mit dem Chef des Stabes des DtVKdoSowjSK, Oberst i.G. Grote, gab dieser jedoch an, bereits Ende 1990 den Informationsfluss an das militärische Nachrichtenwesen bewusst heruntergefahren zu haben, weil eine eigentlich als vertraulich verstandene Information über die WGT-Generalität kurz nach Weitergabe an das Bundeswehrkommando Ost im militärischen Nachrichtenwesen zirkulierte, was Grote als Vertrauensbruch bewertete.⁸³⁵ In der Konsequenz könnte dies die Befürchtung bei Schönbohm bestärkt haben, in Zukunft nicht mit ausreichenden Informationen über die WGT versorgt zu werden, sollte das DtVKdoSowjSK weiterhin Meldungen und Erkenntnisse zurückhalten. Gerade zu Beginn des Abzugs nahm das DtVKdoSowjSK im Schwerpunkt Verbindungsaufgaben wahr, um eine Vertrauensbasis für die weitere Zusammenarbeit mit der WGT aufzubauen. Informationsgewinnung im Interesse des militärischen Nachrichtenwesens stand dabei zunächst hintan.

Der in der Weisung unter 3b) aufgeführte Zweck, allgemeine Erkenntnisse über die Sowjetarmee zu gewinnen, die auch für die Zukunft Bedeutung haben

⁸³⁴ Ebd., S. 2.

⁸³⁵ Mehrere Zeitzeugengespräche mit Oberst a.D. Freiherr Grote, 2017-2019.

würden, erinnert unweigerlich an den Auftrag des BND zur militärischen Auslandsaufklärung. In Hinblick auf den befristeten Aufenthalt der WGT bis 1994 wären solche Erkenntnisse innerhalb der Bundeswehr nicht zwingend erforderlich gewesen. Dennoch sah die Bundeswehr, konkret das militärische Nachrichtenwesen beim Bundeswehr- und Heereskommando Ost, im Abzug eine Chance, Nachrichtengewinnung umfassender durchzuführen, als nur das Verhalten der WGT zu überwachen, sozusagen als positiver Nebeneffekt einer räumlich begrenzten taktischen Aufklärung.

Auf Grundlage des somit gewonnenen ersten Lagebildes sollte das Heereskommando Ost gezielt Aufklärung ansetzen und dadurch den tatsächlich durchgeführten Abzugsmaßnahmen feststellen.⁸³⁶ Das impliziert die Annahme des Heereskommandos, dass eine Diskrepanz zwischen den offiziellen Angaben und dem tatsächlichen Verhalten der WGT zu erwarten war und bestätigt erneut das noch mangelnde Vertrauen in die Vertragstreue der WGT im Februar 1991. Auch schien im Heer die Annahme zu bestehen, wonach nur Kräfte und Mittel des militärischen Nachrichtenwesens zur Lagefeststellung und Lagebeurteilung über die WGT beitragen können, denn bezeichnenderweise wird das DtVKdoSowjSK in der Weisung von Fü H II 1 mit keiner Silbe erwähnt. Dabei war das Verbindungskommando von Generalmajor Foertsch zu diesem Zeitpunkt schon länger als vier Monate aktiv und hatte bereits viele Informationen zusammentragen können. Erst mit dem Ausbau des dezentralen Verbindungswesens zur WGT und den Rückhalt vom BMVg konnte das DtVKdoWGT seine Stellung auch gegenüber den Akteuren des militärischen Nachrichtenwesens behaupten.

Eine Punktation für ein Gespräch Schönbohms mit dem Verteidigungsminister Stoltenberg im Bundeswehrkommando Ost am 4. März 1991 legt nahe, dass dem Minister die Durchführung einer offenen Nachrichtengewinnung mit Kräften und Mitteln des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr spätestens ab März 1991 bekannt war. Die Punktation lieferte Schönbohm erneut Argumente für die Notwendigkeit der Maßnahmen:

„Erkenntnisgewinn über SSD-WGT [Sowjetische Streitkräfte in Deutschland-WGT] notwendig:

⁸³⁶ BArch, MA, BW 55/146: Fü H II 1 an Bundeswehrkommando Ost, Weisung zur Durchführung einer offenen Nachrichtengewinnung über die WGT, 18.02.1991, S. 2.

- einziger relativ intakter operativ-strategischer Großverband in Europa [WGT]
- Überprüfung/ Verifizierung Einhaltung ‚Abzugsvertrag‘
- weiterer Erkenntnisbedarf, auch über gefährliche Entwicklungen“
- Ersatz für Informationsaufkommen der alliierten Militärmissionen (den Alliierten zugesichert)
- Erfordernis Souveränität, Sicherheit, Ansehen Deutschlands“⁸³⁷

Auch wenn nicht überliefert ist, wie das Gespräch zwischen Schönbohm und Stoltenberg verlief oder welche inwieweit der Minister mit der Argumentation des Befehlshabers Bundeswehrkommando Ost übereinstimmte, so ist die Durchführung der Beobachtungen ab Ende März 1991 ein Indiz dafür, dass der Minister den Maßnahmen grundsätzlich zustimmte. Als Folgerung geht die Punktation explizit auf Beobachtungstrupps ein, sodass auch diese spezielle Aufklärungsmittel Stoltenberg bekannt gewesen sein dürfte. Aufschlussreich ist der Hinweis auf die Zusage, die somit gewonnenen Informationen den ehemaligen Westmächten zukommen zu lassen. Die offene Nachrichtengewinnung der Bundeswehr sollte also den „Intelligence Gap“ durch die Auflösung der drei westlichen MVM kompensieren, wodurch Schönbohm dem Wunsch der Alliierten nach einer Fortführung der Militäraufklärung entsprach.

Präzisierung durch Fü S III 1

Obwohl die Koordinierung des militärischen Nachrichtenwesens dem Stabsabteilungsleiter Fü S II oblag und obwohl Fü H II 1 bereits eine Weisung erlassen hatte, sah sich das Grundsatzreferat für Militärpolitik und zugleich Leitreferat für den Abzug, Fü S III 1, Anfang März 1991 gezwungen, in die Koordinierung der Nachrichtengewinnung über die WGT einzugreifen. Dies wurde offenbar notwendig, da die Verbindungsarbeit des DtVKdoSowjSK nur unzureichend berücksichtigt wurde. So verwies Fü S III 1 einerseits auf das DtVKdoSowjSK als die zentrale Stelle für die Bewertung des Abzugs, andererseits würden „zur Zeit [7. März 1991] [...] die vorhandenen Informationen noch nicht in ausreichendem Maße koordiniert und gebündelt, um eine solche Bewertung [des Abzugs] vornehmen zu können.“ Damit stellte Fü S III 1 klar heraus, dass primär dem DtVKdoSowjSK Informationen zukommen müssten.

⁸³⁷ BArch, MA, BW 55/146: G2 Bundeswehrkommando Ost, Punktation für Gespräch mit Bundesminister der Verteidigung im BwKdo Ost am 04.03.1991, 27.02.1991.

Darüber hinaus sah Fü S III 1 weiteren Bedarf an Informationen: „Zusätzlich besteht Informationsbedarf über das Verhalten der WGT im WGT im Aufenthaltsgebiet.“ Fü S III 1 unterschied also zwischen der Verifikation des Abzugs einerseits und dem Verhalten der WGT andererseits. Hierzu lud es Referate aus den Bereichen Führungsstab der Streitkräfte und der beiden Führungsstäbe Heer und Luftwaffe zu einer Besprechung am 20. März 1991 ein. Dabei ging es auch um folgende Fragen: „2. Welche – offen oder verdeckt gewonnenen – Informationen sind der Bundeswehr bereits zugänglich? Welche zusätzlichen Informationen sind erforderlich? Wer kann sie liefern? 3. Wie muss der Informationsaustausch geschehen, um alle Bedarfsträger in vollem Umfang zeitgerecht zu informieren?“⁸³⁸ Die im März 1991 noch anscheinend offenen Fragen vermitteln eher den Eindruck, dass alle vorherigen Maßnahmen zur Koordinierung der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT entweder nicht ausreichend waren und zumindest noch nicht den Erwartungen des Referatsleiters Fü S III 1, Oberst i.G. Schuwirth, entsprachen. Sein Referat griff damit in die Kompetenz des Stabsabteilungsleiters Fü S II, Brigadegeneral Bautzmann, ein. Dieser Vorgang verdeutlicht einmal mehr die untergeordnete Stellung der Stabsabteilung Fü S II (militärisches Nachrichtenwesen) gegenüber Fü S III (Militärpolitik).

c. Offene Nachrichtengewinnung durch Beobachtungstrupps

Vorbereitungen

Aktenüberlieferungen aus dem Vorfall Altengrabow sowie Zeitzeugengespräche geben einen Einblick in die Umsetzung der von Fü H II 1 erlassenen Weisung zur Durchführung der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT.⁸³⁹ Letztlich begründete jene Weisung die Aufstellung von Beobachtungstrupps, die bereits zuvor von Generalleutnant Schönbohm und weiteren Vertretern des militärischen Nachrichtenwesens vorgeschlagen wurde.

Als verantwortliche Dienststelle oblag es dem Heereskommando Ost, die Durchführung der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT zu präzisieren, wobei dabei auch der Einatz der Beobachtungstrupps festzulegen war. Bevor ein

⁸³⁸ BArch, MA, BW 2/23144: Fü S III 1 an Fü S III 4, 5, 6, Fü S II 1, 3, Fü S V 5, Fü H II 2, Fü H III 3, Fü L II 1, Informationsbedarf über WGT/Verifikation des Abzuges der WGT, 07.03.1991, S. 1f.

⁸³⁹ Vgl.: BArch, MA, BW 55/146: DtVKdoWGT, Akte zum Vorgang Altengrabow, April 1991.

Befehl die Durchführung regelte, stimmten sich am 8. März 1991 erneut Vertreter des militärischen Nachrichtenwesens von Bundeswehrkommando Ost, Heereskommando Ost und Wehrbereichskommando VII über die offene Nachrichtengewinnung über die WGT ab. Zum ersten Mal wird dabei auch das DtVKdoSowjSK erwähnt; in offensichtlicher Anerkennung der mittlerweile erworbenen Erfahrungen im Umgang mit der WGT sollte es die Unterrichtungen des Personals der Beobachtungstrupps übernehmen. Die Teilnehmer der Besprechung konnten sich bei auf wesentliche Details der Durchführung einigen, darunter auch die personelle und materielle Ausstattung. Zudem geht dem Ergebnisprotokoll hervor, dass das Heereskommando Ost unverzüglich vier Beobachtungstrupps aufstellen und mit Personal und Ausrüstung aus dem eigenen Bereich ausstatten sollte. Der Ersteinsatz sollte dann in die Verantwortung des G2 des WBK VIII in Neubrandenburg übergehen „zur Beobachtung/Verifikation der zum Abzug über Land/See gemeldeten Transporte [der WGT]. Eine Woche später sollte ein erster Erfahrungsaustausch mit dem G2 des Bundeswehrkommandos Ost erfolgen. Der Ersteinsatz sollte nach vorherigen Ausbildungen und Einweisungen des Personals ab 21. März 1991 erfolgen.⁸⁴⁰ Das WBK VII in Leipzig fand noch keine Erwähnung.

Befehl

Der am 10. April 1991 erlassene „Befehl für offene Nachrichtengewinnung über die sowjetischen Truppen im Aufenthaltsgebiet“ war ein wichtiger Zwischenschritt für die Frage, inwiefern Kräfte und Mittel des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr – in Abgrenzung zum DtVKdoSowjSK – zur offenen Nachrichtengewinnung über die WGT zum Einsatz kommen sollten. Die Abschnitte Lage und Auftrag entsprachen dabei den vorherigen Dokumenten, insbesondere der bereits mehrfach genannten Weisung von Fü H II 1 vom 18. Februar 1991. Im Bezug wird eine weitere Einsatzbesprechung zwischen den beiden WBK VII und VIII beim Heereskommando Ost am 20. März 1991 genannt, bei der weitere Details mit der durchführenden Ebene thematisiert wurden. Der

⁸⁴⁰ BArch, MA, BW 55/146: G2 Bundeswehrkommando Ost, Ergebnisprotokoll über die Besprechung offene Nachrichtengewinnung über die SSD-WGT am 06.03.1991 bei BwKdo Ost G2, 08.03.1991, Verweis auf DtVKdoSowjSK auf S. 2; Zeitzeugengespräch mit Gefreiter a.D. Frank Schulz, Fahrer im VBK-84 und einer der ersten Angehörigen der Beobachtungstrupps, 27.06.2017.

Befehl legte fest, dass es besonders darauf ankäme, die Einhaltung des AAV zu überwachen sowie „Abweichungen unverzüglich als ‚Besonderheit‘ zu melden.“ Erneut wird dadurch der Anspruch im Bereich des Bundeswehr- und Heereskommandos Ost deutlich, die WGT auf regelkonformes Verhalten hin zu überwachen. Damit stellten sie erneut die Eignung des DtVKdoSowjSK für diese Aufgabe implizit in Frage. Dabei ist zu erwähnen, dass dieser Befehl dem DtVKdoSowjSK nachrichtlich zuging.

Der Befehl gab den offenen Charakter der Nachrichtengewinnung vor:

„Für die Durchführung gelten folgende Grundsätze:

- Die Nachrichtengewinnung durch das Heer ist durch Soldaten in Uniform mit offenen Mitteln und Methoden durchzuführen
- jeder Anschein von verdeckten Maßnahmen ist zu vermeiden
- Gefechtsfahrzeuge sind nicht einzusetzen“⁸⁴¹

Jeder Eindruck von verdeckter „Militärspionage“ hätte die Beziehungen zwischen Bundeswehr und WGT belastet und im schlechtesten Fall den Fortschritt des Truppenabzugs gefährden können. Aus demselben Grund forderten auch die vorherigen Dokumente den zwingend offenen Charakter der Informationsgewinnung.

Im Weiteren regelt der Befehl auch die Ausrüstung der unbewaffneten Beobachtungstrupps mit topografischen Karten, Doppelfernglas, Fotoapparaten und Fahrzeugen.⁸⁴² Das I., II. und III. Korps sollten das Personal der Trupps stellen. Um die Soldaten jedoch im Aufenthaltsgebiet der WGT sinnvoll einsetzen zu können, waren die WBK VII und VIII für die Betreuung und Unterbringung zuständig. Bis zum Eintreffen des designierten Personals der in Westdeutschland dislozierten Korps sollte der G2 Heereskommando Ost übergangsweise aus seinem eigenen Personal und dem des Wehrbereichskommandos VIII mindestens vier Trupps zusammenstellen und ausrüsten.⁸⁴³

⁸⁴¹ BArch, MA, BW 55/146: G2 Heereskommando Ost, Befehl für offene Nachrichtengewinnung über die sowjetischen Truppen im Aufenthaltsgebiet, 10.04.1991, Zitat auf S. 2.

⁸⁴² In der vorherigen Einsatzbesprechung wurde noch ein Nachtsichtgerät gelistet sowie die Stärke der Trupps auf je einen Offizier und Unteroffizier festgelegt. Siehe: BArch, MA, BW 55/146: G2 Bundeswehrkommando Ost, Ergebnisprotokoll über die Besprechung offene Nachrichtengewinnung über die SSD-WGT am 06.03.1991 bei BwKdo Ost G2, 08.03.1991, S. 2.

⁸⁴³ Ebd.

Die Steuerung der offenen Nachrichtengewinnung oblag gemäß Befehl dem Heereskommando Ost, und zwar „ergebnisorientiert mit einem ‚Plan für die Nachrichtengewinnung‘.“ Hierfür sollte der G2 des Heereskommandos Ost zu folgenden Dienststellen Verbindung halten: Fü H II 1 (Bonn), ANBw (Bad Neuenahr-Ahrweiler), ZVBw (Geilenkirchen und Außenstelle Berlin), DtVKdoSowjSK (Berlin), 5. Luftwaffendivision (Eggersdorf), Marinekommando (Rostock) sowie G2 I. bis III. Korps.

In der Anlage des Befehls wird der Informationsbedarf konkretisiert wird: Vor allem dem Abzug von Raketen-, Flugabwehrraketen-, Panzer- und Artillerieeinheiten sollten sich die Maßnahmen der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT – und somit die Beobachtungstrupps – widmen.⁸⁴⁴ Eine derartige Fokussierung auf spezielle Truppengattungen ist beim DtVKdoSowjSK zu dieser Zeit nicht zu erkennen. Vielmehr verfolgte das Kommando einen ganzheitlichen, truppengattungsunabhängigen Ansatz.

Durchführung

Ab Ende März 1991 begann mindestens ein Beobachtungstrupp im WBK VIII mit den Aufklärungsfahrten.⁸⁴⁵ Möglicherweise kamen ab April bereits mehrere Trupps zum Einsatz, wofür es bislang jedoch nur einen Hinweis in den Quellen gibt. So Meldete die G2-Abteilung des WBK VIII Anfang April 1991: „Durch die WGT wird die Arbeit der Beobachtungstrupps der Verteidigungsbezirkskommandos im wesentlichen nicht behindert.“⁸⁴⁶ Da die Besatzung wechselten, gab es keine festen Personaleinteilungen. Wohl aber wurde ein Trupp einem Verteidigungsbezirkskommandos (VBK) zugeordnet. Das Personal rekrutierte sich dabei noch nicht aus den drei Korps in Westdeutschland, sondern aus dem Bereich

⁸⁴⁴ BArch, MA, BW 55/146: G2 Heereskommando Ost, Befehl für offene Nachrichtengewinnung über die sowjetischen Truppen im Aufenthaltsgebiet, 10.04.1991, hier Anlage 1: InfoBedarf HKdo Ost.

⁸⁴⁵ Fü S III datierte später im Zusammenhang mit dem Vorfall Altengrabow den Beginn des Einsatzes von Beobachtungstrupps des Heereskommandos Ost auf den 2. April 1991. Siehe: BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 5. Frühere Erkundungsfahrten sollten einem anderen Dokument zufolge bereits am 21. März 1991 beginnen. Siehe: BArch, MA, BW 55/146: G2 Bundeswehrkommando Ost, Punktation für Gespräch mit Bundesminister der Verteidigung im BwKdo Ost am 04.03.1991, 27.02.1991, S. 2. Ein Zeitzeuge bestätigte dies. Zeitzeugengespräch mit Gefreiter a.D. Frank Schulz, Fahrer im VBK-84, 27.06.2017.

⁸⁴⁶ BArch, MA, BH 40/8 80: INTSUM WBK VIII/WGT/14. KW 91 (07.-07.04.1991), undatiert, S. 3.

Heereskommando Ost und der WBK VII und VIII. Zwei Beobachtungstrupps eines VBK sollen beispielhaft für den Kräfte- und Mittelansatz der offenen Nachrichtengewinnung stehen, da über sie aufgrund der Vorfälle in Altengrabow sowohl Aktenmaterial als auch Zeitzeugenaussagen vorliegen.

Das WBK VIII setzte nachweislich zwei Beobachtungstrupps ein, die dem VBK 84 in Potsdam zugeordnet waren.⁸⁴⁷ Zwar stammte der Fahrer des ersten Trupps ursprünglich aus einer Fernmeldekompanie in Werder, die beteiligten Offiziere dienten jedoch im VBK 84 in der Potsdamer Behlertstraße. Von dort erhielten die Offiziere auch ihre Aufträge. Der Fahrer holte die Offiziere – meist zwei, seltener drei – morgens ab und erfuhr dann, wohin die Aufklärungsfahrt gehen würde. Hierfür besaß er einen Fahrbefehl für alle neuen Bundesländer, also für das gesamte Aufenthaltsgebiet der WGT, sodass es keine Einschränkungen geben würde. Die Fahrten dauerten teilweise bis in die Abendstunden; es wurde nicht unterwegs übernachtet. Die Offiziere gaben dem Fahrer ein Fahrziel vor, etwa eine Gegend oder Ortschaft –, nannten in der Regel aber nicht das tatsächliche Ziel der Aufklärungsfahrt. Meistens seien dabei Truppenübungsplätze, Kasernen, bekannte Marschstrecken und Verladerampen angesteuert worden. Auch wurden Märkte vor Kasernen angefahren, nicht selten unter Beobachtung der sowjetischen Militärpolizei, die sich jedoch grundsätzlich zurückhielt. Gelegentlich sei es dabei zu Kontakten zu Angehörigen der WGT gekommen. Die Beobachtungen haben vor allem dem Zustand der Kampftechnik, dem Verhalten der Soldaten, den Truppenbewegungen bei Märschen und Übungen sowie dem Abzugsmaßnahmen gegolten. Dabei hätten beispielsweise auch technische Details oder ganz gezielte Waffensysteme auf der Agenda gestanden, wie etwa der Kampfpanzer T-80, „der immer noch hoch im Kurs war“ – wie sich ein Zeitzeuge erinnert. Mindestens einmal habe die Beobachtung einer Schießübung auf einem Truppenübungsplatz, in diesem Fall Lieberose, stattgefunden, indem der Beobachtungstrupp das Geschehen auf der Freifläche des Übungsplatzes vom Waldrand aus verfolgte. In der Regel fand die Beobachtung vom Fahrzeug aus statt. Dabei entstanden viele Fotos, die nach Dienst wieder abgegeben und vermutlich in der G2 Abteilung beim WBK VIII entwickelt und ausgewertet wurden. Eine Rückmeldung an den

⁸⁴⁷ BArch, MA, BW 55/146: KTK Ost, Personalstabsoffizier, Besonderes Vorkommnis beim Einsatz des Beobachtungstrupps des VBK-84 Potsdam am 19.04.91, 20.04.1991, S. 1.

Beobachtungstrupp vom dortigen G2, etwa ob die Bilder brauchbar waren, habe es nicht gegeben. Es sei eine gewöhnliche Spiegelreflexkamera zum Einsatz mit normalem Teleobjektiv. Ein Fotogeschäft in der Potsdamer Zeppelinstraße versorgte den Trupp regelmäßig mit Filmen.⁸⁴⁸

d. Beobachtungstrupps der Bundeswehr im Vergleich zu den Alliierten Militärverbindungsmissionen

Rechtliche Grundlagen

In vielerlei Hinsicht erinnert die offene Nachrichtengewinnung über die WGT durch Beobachtungstrupps der Bundeswehr an die Militäraufklärung der alliierten Militärverbindungsmissionen (MVM) durch ihre Tour-Teams. Im Folgenden sollen einzelne Aspekte dieser beiden Akteure gegenübergestellt werden, wobei die westlichen MVM hierbei nicht weiter differenziert werden sollen.

Der Einsatz der Beobachtungstrupps durch das Heereskommando Ost war eine unilaterale Maßnahme, die ohne vorherige Abstimmung mit der WGT erfolgen konnte. Lediglich gesetzliche Bestimmungen oder vertragliche Vorgaben aus dem AAV gaben den Rahmen für den Einsatz von Soldaten zur Beobachtung der WGT vor. Solange keine geheimen oder verdeckten Methoden angewandt oder offizielle Sperrgebiete der WGT verletzt wurden, war ein solcher Einsatz legitim. Formen der Reziprozität, wie sie für die MVM festzustellen waren, galten in diesem Fall nicht. Zwar verfügte die WGT über Möglichkeiten zur eigenen Nachrichtengewinnung, jedoch war ihre Wahl der Mittel und Methoden durch den AAV und durch die allgemeinen Bedingungen des Abzugs stark eingeschränkt. Gegen die Beobachtungstrupps der Bundeswehr konnte die WGT nichts ausrichten, solange sich die Trupps außerhalb von Sperrgebieten befanden. Aktive Gegenmaßnahmen der WGT hätten zudem diplomatische Verstimmungen verursachen und eine Intensivierung der deutschen Aufklärungsmaßnahmen zur Folge haben können – und überdies die deutsche Souveränität infrage gestellt. Während bis 1990 die WGT im Zweifel die Akkreditierung von Angehörigen der westlichen MVM zurückziehen konnte, musste sie die offene Nachrichtengewinnung ab März 1991 über sich ergehen lassen. Die WGT konnte zwar gegen das Verhalten von Bundeswehrsoldaten protestieren, doch konnte das Oberkommando in Wünsdorf nicht einen Deutschen zur „persona non grata“ in

⁸⁴⁸ Zeitzeugengespräch mit Gefreiter a.D. Frank Schulz, Fahrer im VBK-84, 27.06.2017.

Deutschland erklären. Insofern war die rechtliche Situation für die deutschen Beobachtungstrupps komfortabler als die der westlichen MVM in der DDR.

Auftrag und Erkenntnisinteresse

Grundsätzlich verfolgten sowohl die westlichen MVM als auch die Beobachtungstrupps der Bundeswehr klassische Ziele der ORBAT-Intelligence. Jedoch überwog bei der offenen Nachrichtengewinnung der Bundeswehr das Interesse am Abzugsfortschritt. Die westlichen MVM klärten die GSSD/WGT vor dem Hintergrund einer möglichen militärischen Konfrontation auf, wo es auf jedes Detail über den potenziellen Gegner wäre angekommen. Galt daher bis 1989/90 die Erhaltung des militärischen Status Quo als erstrebenswert. Demgegenüber sollten die Beobachtungstrupps die Veränderung des Status Quo feststellen und daneben militärische Informationen über Strukturen und Technik gewinnen. Das Erkennen einer Kriegsgefahr war nach Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags keine vordergründige Aufgabe mehr für die Bundeswehr.

Personal

Die westlichen MVM konnten auf ein institutionalisiertes Wissen über sowjetische Streitkräfte zurückgreifen, begünstigt durch ein spezialisiertes und zumeist langfristig eingesetztes Personal. Wesentlich kleiner war indes der Erfahrungsschatz der tatsächlich zum Einsatz gekommenen Beobachtungstrupps beziehungsweise all jener Kräfte, die mit offener Nachrichtengewinnung über die WGT betraut wurden. Zwar konnten manche der Offiziere Erfahrungen im Umgang mit Sowjetsoldaten aus ihrer Vordienstzeit in der NVA vorweisen, doch fehlte ihnen in der Regel ein zusammenhängendes Wissen über die GSSD/WGT. Auch mussten die ehemaligen NVA-Offiziere, die beispielsweise in Beobachtungstrupps zum Einsatz kamen, ihre Rolle vom ehemaligen „Waffenbruder“ zum „Nachrichtendienstler“ wandeln. Mit dem Wechsel der Uniform vertraten sie nicht mehr eine sozialistische Bruderarmee, sondern bundesdeutsche Interessen und de facto Bündnisinteressen der NATO – auch wenn sie nicht NATO-assignt waren. Der Vorfall Altengrabow wird später belegen, inwiefern dieser Rollenwechsel ein Risiko barg.

Die ursprüngliche Forderung Schönbohms zur Aufstellung von 15 Beobachtungstrupps hätte der Quantität des akkreditierten MVM-Personals entsprochen. Diese Zahlen wurden bis April 1991 nicht erreicht. Auch qualitativ

konnte Schönbohm seine Forderung nach Soldaten mit Erfahrungen in der militärischen Aufklärung nicht umsetzen, zumindest nicht mit dem Übergangspersonal des WBK VIII. Weder die G2-Abteilung im Heereskommando Ost noch jene in den WBK VII und VIII konnten in Stärke, Struktur und Analysefähigkeit mit den Stäben von USMLM und BRIXMIS mithalten. Einzig das DtVKdoSowjSK wies zu diesem Zeitpunkt bereits eine umfangreiche Struktur vor sowie Kapazitäten zur Auswertung von gewonnenen Daten und Informationen.

Mittel und Methoden

Sowohl den westlichen MVM als auch den Beobachtungstrupps der Bundeswehr war die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel untersagt. Beide Akteursgruppen traten offen auf, das heißt in Uniform und waren somit einer Streitkraft klar zuzuordnen. In beiden Fällen war der Eindruck der Spionage zu vermeiden. Fotoapparate und Ferngläser waren die bevorzugten und erlaubten Mittel der Aufklärung, Gesprächsaufklärung grundsätzlich möglich. Wie die MVM hatten sich die Beobachtungstrupps der Bundeswehr an Sperrgebietsgrenzen zu halten, konnten also nur „von außen“ beobachten; Das unerlaubte Eindringen in militärische Objekte der WGT war folglich keine adäquate Option. Mussten die MVM sich ständig ändernde Sperrgebietsgrenzen berücksichtigen, nahm für die Bundeswehr die Anzahl der Sperrgebiete mit fortschreitendem Abzug sukzessive ab. In der Regel beschränkten sich die Zutrittsverbote der Bundeswehrsoldaten seit dem 3. Oktober 1990 nur noch auf konkrete Liegenschaften wie Kasernen oder Übungsplätze; die Bundeswehr genoss daher eine größere Bewegungsfreiheit als die Tour-Teams der MVM. Bezeichnenderweise glichen sich die bevorzugten Beobachtungsstellen von MVM und Beobachtungstrupps der Bundeswehr wie Marschstrecken, Verladebahnhöfe, Truppenübungsplätze und die unmittelbare Umgebung von Kasernen. Volltruppenübungen fanden ab 1991 nicht mehr statt und luftraumintensive Ausbildungsprogramme der Fliegertruppen wurden nach Russland verlagert.⁸⁴⁹ Demzufolge waren zunehmend weniger militärische Handlungen der WGT durch die Bundeswehr zu beobachten, während das Pensum für die westlichen MVM kontinuierlich hoch blieb.

⁸⁴⁹ BArch, MA, BW 55/28: Vortrag des Leiters DtVKdoSowjSK am 16.06.1992 vor pensionierten Generalen, 16.06.1992, S. 2.

Das Prinzip, dass sich die Tour-Offiziere auf den Fahrer abstützten, um sich der Beobachtung und Aufklärung voll und ganz zu widmen, wurde von der Bundeswehr größtenteils übernommen. Der Einsatz von Unteroffizieren – wie bei den westlichen MVM üblich – ist dagegen bislang nicht belegt, hätte sich aber möglicherweise im Falle des Fortbestehens der Beobachtungstrupps etabliert. Dazu sollte es jedoch nicht mehr kommen.

e. Zwischenfazit: Beobachtungstrupps und offene Nachrichtengewinnung nach Vorbild der Militärverbindungsmissionen

Nachdem bereits dem DtVKdoWGT Parallelen zu dem westlichen MVM attestiert werden konnten, ist dies auch für die offene Nachrichtengewinnung über die WGT und den Einsatz von Beobachtungstrupps festzustellen. Bei letzterem ging es ausschließlich um Nachrichtengewinnung und nicht um die Verbindungsarbeit zur WGT; dies war bereits die Rolle des DtVKdoSowSK. Insbesondere mit der Aufstellung von Beobachtungstrupps setzte die Bundeswehr einen wesentlichen Teil der Arbeit der Westalliierten fort und die westlichen MVM standen dafür Pate. Neben dem BND und dem DtVKdoWGT wurden somit auch das Bundeswehrkommando Ost, später KTK Ost sowie die Divisionen/WBK VII und VIII zu wichtigen Akteuren beim Truppenabzug. Damit stieg jedoch grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit der Überschneidung von Interessen und Verantwortungsbereichen – nicht nur zwischen Bundeswehr und BND, sondern auch innerhalb der Bundeswehr.

6. BMVg – Führungsstab der Streitkräfte

a. Fü S III 1 – Grundsatzreferat Militärpolitik

Das für Grundsatzfragen der Militärpolitik und Führung zuständige Referat im Führungsstab der Streitkräfte, Fü S III 1, war das Leitreferat im BMVg für den Truppenabzug und damit die fachlich vorgesetzte Ebene des DtVKdoWGT. Um die wesentlichen Fragen zum Aufenthalt und Abzug der WGT im Sinne der Leitung des BMVg klären zu können, benötigte das Grundsatzreferat vor allem Informationen über den Fortschritt des Abzugs und über sonstige Sachverhalte und Entwicklungen, die das Interesse des BMVg berührten – also auf der politischen Ebene. Fü S III 1 bezog alle wesentlichen Informationen aus dem Bereich des

militärischen Nachrichtenwesens über die Stabsabteilung Fü S II⁸⁵⁰ sowie aus dem logistischen Bereich über die Stabsabteilung Fü S V⁸⁵¹. Über den Fortschritt des Abzugs erstattete das DtVKdoWGT regelmäßig Bericht.⁸⁵² Fü S III 1 gab Leitlinien vor und bereitete wesentliche ministerielle Entscheidungen in Bezug auf den Abzug vor. Für Fragen der Zusammenarbeit mit anderen Bundesbehörden und interministerieller Zusammenarbeit, wie etwa mit dem Bundeskanzleramt oder dem Auswärtigen Amt, war Fü S III 1 die wesentliche Schnittstelle, sofern das DtVKdoWGT nicht bereits involviert war. Besonders in der Vorbereitung des Abzugs, also zwischen August und Dezember 1990, trat Fü S III 1 maßgeblich in Erscheinung und wirkte an der Ausgestaltung und Umsetzung des AAV mit. Sein wichtigstes Instrument wurde dafür das DtVKdoWGT, welches im Verlauf des Abzugs immer mehr Verantwortung übernahm. In der Gesamtbilanz des DtVKdoWGT heißt es über die Zusammenarbeit mit dem BMVg:

„Mit fortschreitenden Abzug nahm die Intensität der Zusammenarbeit zwischen dem DtVKdoWGT und dem BMVg ab. Zunehmend wurde die Wahrnehmung der Interessen des BMVg an das DtVKdoWGT delegiert. Im federführenden Referat, Fü S III 1, hat sich mit dem Wechsel des Referatsleiters im Jahre 1991 die Zusammenarbeit auf die sehr kompetente Referentenebene verlagert.“⁸⁵³

1991 endete die Verwendung von Oberst i.G. Schuwirth als Referatsleiter Fü S III 1. Bis dahin trugen diverse ministerielle Dokumente in Kontext des Truppenabzugs seine Unterschrift. In der Tat lässt sich dies für seinen Nachfolger, Kapitän zur See Feist, nicht feststellen, was die Bewertung des DtVKdoWGT in dieser Sache untermauert.

Ferner koordinierte Fü S III 1 das Zusammenwirken von Fü S II (militärisches Nachrichtenwesen), Fü S V 5 (militärische Transportführung) und DtVKdoWGT (Verbindungswesen) in Fragen des Abzugs. Eine direkte fachliche Beziehung zum Bundeswehrkommando Ost gab es dabei nicht; hier wirkte sich stärker der Führungsstab des Heeres aus. Fü S III 1 machte seine Federführung in

⁸⁵⁰ Hier vor allem das für die Wehrlage Ost zuständige Referat Fü S II 3.

⁸⁵¹ Hier vor allem das für Grundsatzangelegenheiten im Verkehrs- und Transportwesen der Bundeswehr zuständige Referat Fü S V 5.

⁸⁵² Vgl.: BArch, MA, BW 55/28: Stabsbriefing des DtVKdoWGT, (Datum unleserlich) 1993, S. 8. Die Meldungen des DtVKdoWGT an Fü S III 1 sind überliefert in: BArch, MA, BW 55/93-98: DtVKdoWGT, Dezernat 2, Lagemeldungen des DtVKdoWGT zur WGT an das Bundesministerium der Verteidigung, 1990-1994.

⁸⁵³ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 48.

Fragen des Aufenthalts und Abzugs der WGT im Zweifel auch deutlich: So wandte es sich im März 1991 an die Abteilung Rüstung im BMVg, die fachlich mit der Veräußerung und Vernichtung von Gerät der WGT im Rahmen von Abrüstungsmaßnahmen betraut wurde. Fü S III 1 insistierte dabei, bei der Erstellung der entsprechenden Vorlage eingebunden zu werden. Die Begründung: „Als federführendes Referat für die Abzugsplanung der WGT und fachlich zuständiges Referat für das Deutsche Verbindungskommando zu den Sowjetischen Streitkräften in Deutschland verfügt Fü S III 1 zudem über zusätzliche Informationen, die ggf. eingebracht werden können.“⁸⁵⁴ Diese Verfügbarkeit von Informationen spiegelt sich nunmehr in den reichhaltigen Überlieferungen von Fü S III 1 im Militärarchiv wider. Neben den Quellen des DtVKdoWGT war dies ein sehr gewinnbringender Aktenbestand.

b. Fü S II – Stabsabteilung für militärisches Nachrichtenwesen

Zwar wurde zum Zeitpunkt des Abzugs die zentrale Lagebearbeitung bereits vom ANBw durchgeführt, dennoch war der Aufenthalt und Abzug der WGT ein wichtiges Thema für das militärische Nachrichtenwesen im BMVg. In Erscheinung trat dabei meist das Referat Fü S II 3, zuständig für die „Wehrlage Ost“. Auf Basis der Berichterstattung der Dienststellen und Bereiche des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr, des BND, des ANBw sowie der Militärattachéberichte erfolgte die Lagebeurteilung in der Stabsabteilung Fü S II, zugeschnitten auf den Bundesminister der Verteidigung. Hierfür konnte der Stabsabteilungsleiter Fü S II, wie auch der Leiter der der Stabsabteilung Fü S III, dem Generalinspekteur der Bundeswehr oder direkt dem Minister direkt vortragen. In der Regel musste sich Fü S II damit begnügen, seine Erkenntnisse für Fü S III aufzubereiten. Das Vorsprechrecht wurde in der Praxis vor allem von Fü S III wahrgenommen.⁸⁵⁵

In Fragen des militärischen Nachrichtenwesens hatte Fü S II mehrere Zuträger: Zunächst schlugen dort die Informationen aus den G2-Abteilungen der WBK VII und VIII auf, insbesondere durch die offene Nachrichtengewinnung über die WGT. Des Weiteren informierte das DtVKdoWGT bei wichtigen Beobachtungen oder

⁸⁵⁴ BArch, MA, BW 2/23144: Fü S III 1 an Rü T II 4, Veräußerung/Vernichtung von militärischem Gerät der WGT in der Bundesrepublik Deutschland, 07.03.1991.

⁸⁵⁵ Mehrere Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Angehörigen von Fü S II und Fü S III, 2017-2019.

kritischen Entwicklungen. Hierzu ist in der Gesamtbilanz des DtVKdoWGT vermerkt: „Die Zusammenarbeit mit Fü S II war sachorientiert und problemlos. Eine erbetene dauerhafte Einbindung in den Verteiler der Attachéberichte Moskau hätte jedoch das Spektrum der Informationsquellen hilfreich erweitert.“⁸⁵⁶ Auch Informationen aus dem Bereich der militärischen Transportführung der Bundeswehr konnten ebenso von Interesse für Fü S II sein wie auch Informationen des BND und des ANBw. Hierdurch war Fü S II – ähnlich wie auch das DtVKdoWGT – in der Lage, auf Basis unterschiedlicher Zuträger eine für Fü S III und die Leitungsebene des BMVg zugeschnittene Lagebeurteilung über den Aufenthalt und Abzug der WGT durchzuführen. Die Unterstützung des Stabsabteilungsleiters Fü S II, Brigadegeneral Bautzmann, bei der Ausweitung der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT im Bereich Bundeswehrkommando Ost zeigt, dass Fü S II ein starkes Interesse an der Aufklärung der WGT besaß.⁸⁵⁷

Auf das DtVKdoWGT hatte Fü S II wenig Einfluss, da hier Fü S III die fachliche Verantwortung oblag. Insofern war das Verbindungskommando von Generalmajor Foertsch kein Instrument, über das Fü S II Kräfte und Mittel zur Nachrichtengewinnung hätte steuern können. Das DtVKdoWGT war fachlich nicht in Strukturen des militärischen Nachrichtenwesens eingebunden, sondern primär ein Instrument der Militärpolitik – vertreten durch die Stabsabteilung Fü S III, und nicht Fü S II. Dies konnte jedoch redundante Interessen und Prozesse nicht verhindern, ging es doch letztlich immer um Informationen über die WGT.

c. Fü S V – Stabsabteilung für Logistik

Da der Abzug der WGT überwiegend über dem Schienen- und Straßenweg erfolgte, mussten die Militärlogistik entsprechend koordiniert, geplant und durchgeführt werden. Die Anlage 1 des AAV regelte hierzu die Details. Hierzu heißt es:

„Die deutschen Behörden stellen die Beförderung der sowjetischen Truppen im Aufenthaltsgebiet mit der Eisenbahn, auf dem Wasserweg, mit Flugzeugen oder im Kraftverkehr aufgrund von Anträgen der sowjetischen Truppen sicher. Diese Anträge sind entsprechend den für die deutschen Streitkräfte geltenden

⁸⁵⁶ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 48.

⁸⁵⁷ Vgl.: BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 4.

Anmeldefristen bei den deutschen militärischen Verkehrsdienststellen vorzulegen.“⁸⁵⁸

Noch bevor dieses Procedere im AAV festgelegt wurde, insistierte das für Grundsatzangelegenheiten im Verkehrs- und Transportwesen der Bundeswehr zuständige Referat im BMVg, Fü S V 5, bei Transportangelegenheiten während des Truppenabzugs beteiligt zu sein. Fortan entwickelte sich Fü S V 5, und hier insbesondere der für Militäreisenbahntransporte zuständige Referent Oberstleutnant Duchâteau, zu einem wichtigen Akteur beim Abzug. Die übergeordnete Stabsabteilung Fü S 5 (Logistik), tritt in Fragen des Aufenthalts und Abzugs der WGT später kaum in Erscheinung.

Wie bereits erwähnt, bezog Fü S V 5 am 28. August 1990 auf Grundlage der BND-Studie vom 26. August 1990 zum ersten Mal Stellung zu den von sowjetischer Seite übermittelten Vorstellungen zum Truppenabzug.⁸⁵⁹ Am 10. September 1990 unterrichtete Fü S V 5 in einer Vorlage für den Generalinspekteur der Bundeswehr über Grundsätze der Militärischen Verkehrs- und Transportführung im Gebiet der beigetretenen Teils Deutschlands. Hierbei verwies Fü S V 5 vor allem auf die im August 1990 erfolgten Gespräche mit Vertretern des Militärtransportwesens der DDR. Dabei wurde für Vertreter der militärischen Transportführung der Bundeswehr ersichtlich, dass Personal und Strukturen der NVA vorläufig übernommen werden müssten, um sie später in Bundeswehrstrukturen zu überführen. Nur so hätte die militärische Verkehrsführung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR auch nach dem 3. Oktober 1990 sichergestellt werden können.⁸⁶⁰

Fü S V 5 erstellt am 29. November 1990 eine Vorlage an den Minister über „Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung durch die militärischen Verkehrsdienststellen“. Demnach „erwächst der Militärischen Verkehrs- und Transportführung eine unabweisbare gesetzliche Aufgabe über die ‚normale‘ bestimmungsgemäße Aufgabe hinaus.“ Das Personal und die Strukturen würden – mit Stand November 1990 – für diese Aufgabe nicht ausreichen. Dafür

⁸⁵⁸ AAV, Anlage 1 Satz 1.

⁸⁵⁹ BArch, MA, BW 2/23148: Fü S V 5 an Fü S III 1, Abzug der WGT, 28.08.1990. Siehe auch: III 2f) Militärische und nachrichtendienstliche Vorbereitungen des Abzugs.

⁸⁶⁰ BArch, MA, BW 2/23148: Fü S V 5 an den Generalinspekteur der Bundeswehr, Grundsätze zur Sicherstellung der Wahrnehmung der Aufgaben der Militärischen Verkehrs- und Transportführung (MilVerkTrspFü) im Gebiet des beigetretenen Teils Deutschlands, 10.09.1990.

sei bereits Verkehrsführungspersonal der ehemaligen NVA im Dienst gehalten worden. Im Bundeswehrkommando Ost sei jedoch festgestellt worden, „daß dieses Personal zu ca. 95 % zum 15.12.1990 zu kündigen beabsichtigt [...]“. Fü S V 5 folgerte daraus, dass etwa 120 ehemalige Offiziere der NVA im Dienstgrad Oberleutnant bis Oberstleutnant im Dienst gehalten werden müssten, um der Aufgabe gerecht zu werden. Darüber hinaus regte es dazu an, „lebensältere Offiziere (50-55 Jahre) befristet als Zivilbedienstete zu beschäftigen“. Eine Realisierung dieser und weiterer vorgeschlagener Sofortmaßnahmen ließe erwarten, „daß der Auftrag der MilVerkTrspFü [Militärischen Verkehrs- und Transportführung] im Zusammenhang mit Aufenthalt und Abzug der WGT uneingeschränkt erfüllt werden kann.“ Fü S III 1 und Fü S IV 3⁸⁶¹ hätten mitgezeichnet.⁸⁶² Im Dezember forderte Fü S V 5 die Übernahme der „Leitstelle Mukran“, um die Verkehre auf dem Seeweg in die Sowjetunion bearbeiten zu können. Diese war zuvor als Leitstelle für Auslandstransporte der Eisenbahntransportkommandantur Greifswald zugeordnet und somit eine Dienststelle der Landstreitkräfte der NVA gewesen.⁸⁶³

Kompetent in Fragen des militärischen Transportwesens und in Rückgriff auf die Expertise ehemaliger NVA-Angehöriger, vertrat Fü S V 5 das BMVg in der bilateralen Arbeitsgruppe Transport.⁸⁶⁴ Diese Arbeitsgruppe war eines der wesentlichen Gremien für Abstimmungen zwischen der deutschen Seite und der WGT in logistischen Fragen des Abzugs. Das DtVKdoWGT äußerte sich in seiner Gesamtbilanz eher kritisch über den Bereich der militärischen Verkehrsführung im BMVg:

„Die Kooperation im Bereich militärische Verkehrsführung (Fü S V) war durch mangelhaften Willen zur Zusammenarbeit gekennzeichnet. Bewußt wurde auf die Eigenständigkeit verwiesen, oft wurden die Grenzen der Zuständigkeit der

⁸⁶¹ Grundsatzreferat im BMVg für Organisation, Planung und Angelegenheiten der truppendienstlichen Führung der Zentralen Militärischen Dienststellen der Bundeswehr (ZMilDBw).

⁸⁶² BArch, MA, BW 2/23148: Fü S V/Fü S V 5 an Minister, Abzug der Westgruppe der Truppen (WGT) aus dem Aufenthaltsgebiet; hier: Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung durch die militärischen Verkehrsdienststellen, 29.11.1990.

⁸⁶³ BArch, MA, BW 2/23148: Fü S V 5 an Fü S IV 3 und Fü H III 3, Leitstelle für Auslandstransporte Mukran/Rügen, 06.12.1990.

⁸⁶⁴ BArch, MA, BW 2/23148: Fü S V 5 an Fü S IV 3, Einrichtung einer „Transportleitstelle Ost der Bundeswehr (TrspLtStOstBw)“, 17.01.1991, S. 2.

militärischen Verkehrsführung weit überschritten und so der russischen Seite eine weitere Möglichkeit geboten, die deutsche Seite auseinanderzuidividieren.“⁸⁶⁵

Somit ist neben dem militärischen Nachrichtenwesen auch die militärische Verkehrsführung als ein weiterer streitkräftegemeinsamer Aufgabenbereich zu nennen, der durchaus in Konkurrenz zum Verbindungswesen des DtVKdoWGT stand. Für die WGT waren die Logistikreferenten im BMVg weitere Adressaten und Ansprechpartner. Dies musste dem DtVKdoWGT in Dorn im Auge sein, verstand es sich doch als alleine Schnittstelle zur WGT.

7. Transportleitstelle Ost der Bundeswehr

Ein Ergebnis der Bemühungen von Fü S V 5 um die Aufrechterhaltung der militärischen Verkehrs- und Transportführung während des Abzugs war die Überführung verschiedener Dienststellen der ehemaligen NVA in die neue Transportleitstelle Ost der Bundeswehr. Damit wurde auch dem Umstand Rechnung getragen, dass der überwiegende Teil an Bewaffnung und Gerät der WGT zunächst auf Eisenbahntransporte verladen wurde, um dann entweder von Rostock, Wismar und Mukran aus weiter auf dem Seeweg außer Landes gebracht zu werden – oder direkt auf dem Schienenweg, zumeist über Polen, Deutschland zu verlassen. Der Abzug der WGT war daher vor allem ein umfangreiches Eisenbahnvorhaben.⁸⁶⁶ Fü S V 5 übernahm die fachliche Verantwortung für diese zentrale militärische Dienststelle, die nach Zustimmung von Staatssekretär Carl vom 4. Dezember 1990 und nach Abstimmungen mit anderen Ressorts – auch im Einvernehmen der sowjetischen Seite – aufgestellt wurde. Dieses Einvernehmen war wichtig, da fortan die Transportleitstelle Ost der militärische Ansprechpartner für die Verwaltung Militärtransportwesen und Straßendienst im Oberkommando der WGT wurde – wie in der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe Transport herausgestellt wurde.⁸⁶⁷ Erst am 1. April 1991 erließ das BMVg, Fü S IV 3⁸⁶⁸ den Organisationsbefehl 5/91 zur Aufstellung der Transportleitstelle Ost „Zur Erarbeitung von transporttechnischen Rahmenplänen für Märsche/Transporte der

⁸⁶⁵ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 48.

⁸⁶⁶ Vgl.: BArch, MA, BW 55/342: DtVKdoWGT, Dezernat 3, Dienstreisebericht zur 25. Sitzung der AG Transport am 27.07.1994, 28.07.1994, hier v.a. Ausführungen von Reiner Rodig auf S. 4.

⁸⁶⁷ BArch, MA, BW 2/25748: Arbeitsgruppe Transport, Protokoll der 1. Sitzung der Arbeitsgruppe Transport am 18. Dezember 1990, undatiert, S. 3.

⁸⁶⁸ Referat für Organisation, Planung und Angelegenheiten der truppendienstlichen Führung der Zentralen Militärischen Dienststellen der Bundeswehr (ZMilDBw).

sowjetischen Streitkräfte“.⁸⁶⁹ Der Transportleitstelle Ost oblag die zentrale transporttechnische Rahmenplanung sowie die Aufgaben der Koordinierung der zivilen Verkehrsträger im Aufenthaltsgebiet der WGT. Dabei fungierte sie als Schnittstelle zwischen dem DtVKdoWGT, der Deutschen Reichsbahn/Deutschen Bahn AG und der WGT. Die Abzugs- und Transportpläne der WGT lieferten die mittelfristige Informationsgrundlage.⁸⁷⁰ Damit stand die Transportleitstelle Ost in Konkurrenz zur Abteilung Verkehrsführung im KTK Ost aufgrund strittiger Kompetenzfragen, die das für solche Grundsatzfrage zuständige BMVg-Referat Fü S V 5 1992 nicht zu klären vermochte.⁸⁷¹

Die Bereitstellung von Transportkapazitäten war allerdings nicht Sache der Bundeswehr, sondern der Deutschen Reichsbahn. Diese hat bereits zu DDR-Zeiten den Schienentransport der GSSD/WGT sichergestellt. Entsprechend umfassend war das militärische Transportwesen in der DDR ausgebaut. Diese Strukturen blieben nach dem 3. Oktober 1990 teilweise bestehen und trugen so wesentlich zu Sicherstellung der WGT-Eisenbahntransporte bei. Wichtigster Partner für die Transportleitstelle Ost wurde somit die Deutsche Reichsbahn, die erst 1994 in die Deutsche Bahn AG überführt wurde. Besonders hervorzuheben ist dabei die Fachabteilung Militärtransportwesen bei der Zentrale der Deutschen Reichsbahn, die nicht nur wichtige Absprachen mit der Verwaltung Militärtransportwesen der WGT in Wünsdorf traf, sondern auch die wesentlichen Informationen an die Transportleitstelle Ost weitergab. Die Transportanmeldungen der WGT gingen bei den Eisenbahntransportkommandanturen der Reichsbahndirektionen und der Fachabteilung Militärtransportwesen der Deutschen Reichsbahn ein und wurden in konkrete Transportleistungen um- und abgerechnet. Jeder Panzer, jeder Lkw, jeder Umzugscontainer oder jede Tonne Munition beanspruchte eine zu ermittelnde Transportkapazität. Die daraus folgenden Planungen von Eisenbahntransporten, die Zusammenstellungen von Zügen oder der Umlauf von Wagenmaterial erfolgten in Verantwortung der Deutschen Reichsbahn. Die Transportleitstelle Ost erhielt neben den Transportanmeldungen der WGT auch von Eisenbahntransportkommandanturen täglich alle relevanten Informationen über

⁸⁶⁹ BArch, MA, BW 55/420: Fü S IV 3, Organisationsbefehl Nr. 5/91 für die Aufstellung der Transportleitstelle Ost der Bundeswehr, 28.03.1991, S. 1.

⁸⁷⁰ BArch, MA, BW 2/23148: Fü S V 5 an Fü S IV 3, Einrichtung einer „Transportleitstelle Ost der Bundeswehr (TrspLtStOstBw)“, 17.01.1991, S. 2 und dazugehörige Anlage, S. 2.

⁸⁷¹ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 55.

Transportdurchführungen. Das Transportleitstelle Ost erstellte auf Grundlage dieser Meldungen unter anderem Rahmentransportpläne, analysierte die Pläne auf Unregelmäßigkeiten und bereitete die Erkenntnisse für die Belange des militärischen Transportwesens der Bundeswehr in Form von Wochentransportberichten auf. Bei besonderen Vorkommnissen war auch Fü S V 5 per Sofort-Fernschreiben zu informieren.⁸⁷²

Das DtVKdoWGT bilanzierte, dass sich zur Transportleitstelle Ost frühzeitig eine sehr gute Zusammenarbeit entwickelt habe. „Ausschlaggebend hierfür waren die umfassende Fachkompetenz, die Sprachkenntnisse der Mitarbeiter und – nach dem Umzug des DtVKdoWGT nach Berlin – die räumliche Nähe beider Dienststellen, sowie die Tatsache, daß hier rund um die Uhr sämtliche transporttechnischen Daten aufliefen.“⁸⁷³

Mit der Erstellung wöchentlicher Transportberichte für Fü S V 5 lieferte die Transportleitstelle Ost einen wesentlichen Beitrag sowohl für die Verifikation des Abzugs als auch die offene Nachrichtengewinnung über die WGT – und sogar für die Operation „Giraffe“ des BND. Die Berichte waren unterteilt in die Abschnitte Eisenbahn, Straßentransporte (Märsche) und Seetransporte. Die Berichte enthielten zwar umfassende Angaben über Art und Umfang der Transporte, ließen aber militärische Informationen wie Feldpostnummern oder Einheitsbezeichnungen aus. Insofern waren die Berichte für das militärische Nachrichtenwesen nur bedingt nutzbar, da die Verknüpfung zu militärischen Strukturen – zumindest in den Berichten – fehlte.⁸⁷⁴ Im später zu beschreibenden Fallbeispiel des Abzugs der sowjetischen Kernwaffen zeigt sich, wie die Verknüpfung von Erkenntnissen der militärischen Transportführung und dem Interesse des militärischen Nachrichtenwesens erfolgen konnte.

⁸⁷² BArch, MA, BW 55/421: Transportleitstelle Ost, Dezernat 3, Dienstanweisung für den DH VerkOffz Eisenbahn, 15.10.1992; Mehrere Zeitzeugengespräche mit Reiner Rodig, ehemaliger Leiter der Abteilung Militärtransportwesen der Deutschen Reichsbahn, 2017-2019. Zur Rolle der Deutschen Reichsbahn bei der Realisierung der Militärtransporte der GSSD/WGT siehe auch: Klaus Bossig, Deutsche Reichsbahn und Landesverteidigung. Katastrophenzüge, Lazarettzüge, sowjetische Militärzüge, Freiburg i. Br. 2019, S. 49–52; Harald Grafe, Militärtransporte auf der Schiene. NVA der DDR, sowjetische Streitkräfte in der DDR, Fürstfeldbruck 2013 (= Eisenbahn Journal-Exklusiv, 3), S. 12–25.

⁸⁷³ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 57.

⁸⁷⁴ BArch, MA, BW 2/23148-23154: Wöchentliche Transportberichte der Transportleitstelle Ost, 1991-1994.

Bedingt durch den im Vergleich zum Eisenbahnverkehr geringeren Anteil der Transportabwicklungen über die Häfen Rostock und Wismar fand eine Zusammenarbeit zwischen der Transportdienststelle See – Außenstelle Rostock und dem DtVKdoWGT nur bei Bedarf statt. Die wesentlichen Informationen wurden auch hier über die Transportleitstelle Ost bezogen.⁸⁷⁵

Wie schon beim Verbindungswesen wirkte sich die Erfahrung der Mitarbeiter der Transportleitstelle Ost und der Deutschen Reichsbahn im Umgang mit Angehörigen der WGT positiv auf die Bewältigung der logistischen Aufgaben aus. Eine zentrale Bearbeitung und Auswertung der Militärtransporte der WGT war auf deutscher Seite unbedingt erforderlich, jedoch vom DtVKdoWGT nicht zu leisten. Die intensive Zusammenarbeit der Deutschen Reichsbahn mit der WGT schuf letztlich eine weitere Art Verbindungswesen zur WGT. Die Arbeitsgruppe Transport war die offizielle Schnittstelle zwischen WGT und deutscher militärischer Verkehrsführung, während Lokführer, „Reichsbahner“ und Angehörige der Transportkommandanturen die alltäglichen Fragen und Probleme mit der WGT zu klären hatten.

8. Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr

Die Einordnung des Amtes für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ANBw), der zentralen Dienststelle für das militärische Nachrichtenwesen, in den Abzug ist aufgrund der äußerst lückenhaften Quellenüberlieferungen nur begrenzt möglich. Es zeichnet sich aber eine eher passive Rolle des ANBw während des Abzugs ab, zumindest in Relation zum DtVKdoWGT oder auch BND. Bei der Koordinierungsbesprechung der Akteure des militärischen Nachrichtenwesens zur offenen Nachrichtengewinnung über die WGT am 8. November 1990 nehmen auch Vertreter des ANBw teil. Hiernachbeauftragte Fü S II nach Billigung durch den Generalinspekteur der Bundeswehr am 13. Dezember 1990, „durch Luftbilderfliegung [sic!] mit [Dornier] Do-28 zur Beobachtung der WGT beizutragen [...]“. Die offene und überwiegend bodengebundene Nachrichtengewinnung über die WGT sollte also durch Luftbilder unterstützt

⁸⁷⁵ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 57. Vgl.: BArch, MA, BW 55/334: DtVKdoSSK Dezernat 3 an Dezernat 2, Klärungsbedarf (für Leiter) aus Bespr. (Lagevortrag) am 08.04.1991, 15.04.1991, S. 1.

werden. Zudem gab es bei ANBw ein Dezernat für Luftbilder.⁸⁷⁶ Am 22. April 1991 wies Fü S II das ANBw an, diese Aktivitäten bis zu einer endgültigen Leitungsentscheidung einzustellen.⁸⁷⁷ Unklar sind bislang sowohl der Umfang dieser Aufklärungsflüge als auch die Art und Weise der Auftragssteuerung des ANBw.

Das DtVKdoWGT resümierte in seiner Gesamtbilanz 1994 über die Zusammenarbeit mit dem ANBw: „Mit dem Amt für Nachrichtenwesen Bw (ANBw) erfolgte ein regelmäßiger Austausch von Lageinformationen.“⁸⁷⁸ Hierzu passen die unregelmäßig veröffentlichten „Kurzinformationen“ wie etwa zum Abzugsplan oder zur inneren Lage der WGT. Diese Informationen hat das ANBw nicht eigenständig gewonnen, sondern wurden ihr vom DtVKdoWGT, Fü S II 3 oder den G2-Abteilungen im Heereskommando Ost/KTK Ost zugetragen.⁸⁷⁹ In den Vorbemerkungen heißt es dabei jedes Mal, dass die Herausgabe auf Weisung von BMVG, Fü S II 3 erfolge und enthaltene Bewertungen/Beurteilungen mit diesem Referat abgestimmt seien. Hieran zeigt sich die zu Beginn der 1990er Jahre bereits vollzogene Delegation der ministeriellen G2/A2-Lagebeurteilung von Fü S II an das ANBw. Einige Jahre zuvor wären solche Kurzanalysen direkt von Fü S II herausgegeben worden.

An der Passivität des ANBw während des Abzugs zeigt sich auch die mangelnde Fähigkeit zur Durchführung eigenständiger Nachrichtengewinnung beziehungsweise seine Abhängigkeit von externen Zuträgern. Zwar machte die zentrale Dienststelle für das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr dem BND das Monopol bei der Bewertung fremder Wehrpotenziale streitig, jedoch vermochte sie zu keinem Zeitpunkt zu einem Militärnachrichtendienst aufzuwachsen. Hierzu fehlten jedwede rechtliche und personell-strukturelle Grundlagen. Die für das BMVG wichtigen Informationen erhielt es vom DtVKdoWGT; die Berichterstattung des ANBw zum Abzug konnte keinen echten

⁸⁷⁶ Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, Von der FDST zum ZNBw, 2007, S. 177. Das Dezernat VI 9, Luftbild, gehörten zur Abteilung IV, Luftwaffe, und hatte seinen Standort in Köln.

⁸⁷⁷ BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 5.

⁸⁷⁸ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 58.

⁸⁷⁹ BArch, MA, BW 40/150: ANBw, G2/A2-Kurfinformation Ost Nr. 02/91, Abzugsplan WGT, 13.02.1991; BArch, MA, BW 40/150: ANBw, G2/A2-Kurfinformation Ost 09/91, Die innere Lage der Westgruppe der sowjetischen Truppen (WGT), 28.06.1991

Mehrwert liefern. Folglich spielte das ANBw während des Abzugs eine untergeordnete Rolle.

9. Deutsche Luftraum-Koordinierungsstelle (LUKO)

Eine weitere deutsche militärische Dienststelle soll der Vollständigkeit halber kurz nicht unerwähnt bleiben. Der AAV regelte die Kontrolle des deutschen Luftraums und die darin stattfindenden Luftbewegungen von Flugzeugen der WGT. Hierfür wurde die deutsche Luftraum-Koordinierungsstelle (LUKO) aufgestellt.⁸⁸⁰ Zwar arbeiteten sowjetisches/russisches und deutsches Personal in der LUKO eng zusammen, sie war jedoch keine deutsch-sowjetische Dienststelle. Die LUKO war damit auch eine völlig neue Informationsquelle für die deutsche Seite: Die WGT konnte die Bewegungen ihrer Militärflugzeuge im ostdeutschen Luftraum nicht mehr länger geheim halten. Theoretisch denkbare feindselige Handlungen sowjetischer Fliegerkräfte oder sonstige illegale Luftraumbewegungen waren nach Inbetriebnahme der LUKO praktisch mehr möglich. Das DtVKdoWGT arbeitete im Bereich Flugbetrieb und Flugsicherheit eng mit der LUKO zusammen, ferner auch mit der 5. und 3. Luftwaffendivision sowie dem National Sector Operation Center (NSOC) in Fürstenwalde.⁸⁸¹ Die LUKO soll im weiteren Verlauf der Arbeit jedoch nicht weiter betrachtet werden.

⁸⁸⁰ AAV, Art. 7 Abs. 1 und 2.

⁸⁸¹ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 15; BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 16. Vgl.: Meißner, Der Abzug der Westgruppe, 2016, 68f.

V. Kooperation und Konkurrenz von Verbindungs- und Nachrichtenwesen am Beispiel des Abzugs der sowjetischen Nuklearwaffen aus Deutschland

1. Sowjetische Nuklearwaffen in der DDR

a. Vorbemerkung

Auch 25 Jahre nach dem Abzug der WGT und 30 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist das Wissen um die Stationierung von Nuklearwaffen in der DDR immer noch sehr begrenzt. Die folgenden Ausführungen sollen hierbei trotz schwieriger Quellenlage in Ermangelung russischer Dokumente etwas Licht ins Dunkle bringen, jedoch auch verdeutlichen, dass sowjetische Nuklearwaffen eines der herausforderndsten Aufklärungsziele der westlichen Military Intelligence Community waren. Nach wie vor gibt es keine klare Kenntnislage über die Details der Lagerung dieser Waffen. Insofern stehen die Forscher heute wie damals die Nachrichtendienste vor ähnlichen Herausforderungen.

b. Nuklearisierung der DDR

Möglicherweise wurden erstmal Nuklearwaffen in der DDR 1955 stationiert. Frontbomber vom Typ Tu-16 und Il-28 befanden sich vorübergehend auf dem neu errichteten Flugplatz Groß Dölln bei Templin. Inwiefern dabei auch nukleare Freifallbomben, die zur Ausrüstung dieser Flugzeuge gehörte, ebenso auf dem Flugplatz oder in dessen Nähe gelagert wurden, ist nicht überliefert.

Bei den Landstreitkräften ist die Entwicklung eindeutiger. Ab 1958 spitzte sich das politische Ringen um Berlin zwischen den USA und der Sowjetunion gefährlich zu. Bislang fehlte dem Kreml noch eine nukleare Komponente, um in der sogenannten „zweiten Berlin-Krise“ im Falle einer militärischen Eskalation alle Mittel ausnutzen zu können. Daher erfolgte 1959 die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ R-5M, NATO-Code SS-3 „Shyster“, etwa 100 km nördlich vom geteilten Berlin. Damit begann die Nuklearisierung der DDR. Zum ersten Mal stationierte die Sowjetunion nuklearfähige Mittelstreckenraketen im Ausland – wohlgermerkt etwa drei Jahre vor der Kuba-Krise.⁸⁸² Auch wenn die R-5M-Systeme nur wenige Monate in den Kasernen bei

⁸⁸² 1962 stationierte die Sowjetunion im Rahmen der Operation „Anadyr“ SS-4 Mittelstreckenraketen auf Kuba.

Vogelsang und Neuthymen (Raum Fürstenberg/Havel) blieben, die zuvor aufwendig errichtete Infrastruktur zur Lagerung und Wartung von Nuklearsprengköpfen blieb bestehen. Vermutlich beabsichtigte der Kreml später die Anschlussstationierung des Nachfolgesystems R-12, NATO-Code SS-4 „Sander“, jedoch ließ die Indienststellung der R-14, NATO-Code SS-5 „Skean“, hinsichtlich ihrer größeren Reichweite eine Stationierung von R-12 in der DDR überflüssig werden.⁸⁸³

Mit dem Abzug der R-5M aus dem Norden der DDR endete jedoch nicht die Stationierung sowjetischer Nuklearwaffen in Ostdeutschland. Parallel zur Stationierung der R-5M erfolgte auch die Verlegung weiterer Raketeneinheiten in die DDR. Sie verfügten ab 1959 über nuklearfähige Raketen vom Typ R-11M „Elbrus“, besser bekannt als SS-1b oder „Scud-A“. Dies waren gemäß sowjetischer Terminologie „operativ-taktische Raketen“ kurzer bis mittlerer Reichweite.⁸⁸⁴ Diese neuen Raketenverbände der GSSD wurden vermutlich ab 1959 mit Nuklearsprengköpfen ausgestattet, wobei bislang noch nicht geklärt ist, wie und wo genau die Lagerung in der DDR erfolgte. Möglicherweise wurden unter anderem in Kapen bei Dessau, in einer ehemaligen Heeresmunitionsanstalt der Wehrmacht, bereits ab 1959 Nuklearsprengköpfe gelagert und gewartet.⁸⁸⁵ Auch die für die ehemalige Heeresmunitionsanstalt Torgau gibt es Hinweise auf die Lagerung von Nuklearwaffen bereits ab 1959.⁸⁸⁶ Bis 1960/61 wurden weitere Nuklearwaffenlager errichtet, sodass etwa parallel zu den Planungen zum Mauerbau und Schließen der innerdeutschen Grenze die Nuklearisierung der DDR einen deutlichen Vorschub erfuhr.⁸⁸⁷ Damit ging auch die Aufstellung und Stationierung von neuen

⁸⁸³ Uhl, *Krieg um Berlin*, 2008, S. 93–108; Charles Tuten, *Making the (Right) Connections. A Cautionary Account of WMD Intelligence 2006*, S. 4–23; Hoffmann, *Stoof, Sowjetische Truppen*, 2017, S. 77f; Uhl, *Sowjetische Raketen im Kalten Krieg*, 2008, S. 19; Uhl, *Atomraketen für die NVA*, 2004, S. 193.

⁸⁸⁴ „Operativ-taktische Raketen sind Mittelstreckenraketen, die sich in der Ausrüstung der Teilstreitkräfte befinden. Mit ihnen werden operative und taktische Aufgaben gelöst. Zu dieser Raketengruppe gehören alle Lenkraketen mit einer Reichweite von 100 bis 1000 km. Operativ-taktische Raketen tragen Kernladungen mittlerer bis großer Detonationsstärke.“ Siehe: *Raketen*, Lexikonartikel in: *Militärlexikon*, hrsg. von Autorenkollektiv, Berlin 1973, S. 305.

⁸⁸⁵ Karthe, *Katalog der Splitterschutzgaragen der GSSD*, 2018, S. 60.

⁸⁸⁶ Ebd., S. 74. Die CIA erkannte beim nachträglichen Betrachten von Luftbildern, dass im August 1959 an einem Munitionslager der GSSD Veränderungen vorgenommen wurden, die retrospectiv im Zusammenhang mit der Lagerung von Nuklearwaffen gebracht wurden. Siehe: Charles Tuten, *The Case of the Hidden Nukes*, USA 2007, S. 4.

⁸⁸⁷ Uhl, *Krieg um Berlin*, 2008, S. 128f. Der Ausbau betraf die BRTB in Torgau, Altenhain und Kapen.

Raketeneinheiten einher, die mit taktischen Kurzstreckenraketen vom Typ Luna, NATO-Code FROG-5, ausgestattet und den Divisionen der Landstreitkräfte der GSSD unterstellt wurden.⁸⁸⁸ Darüber hinaus erweiterten die nuklearfähigen Flügelgeschosse vom Typ Meteor, NATO-Code SSC-2A „Salish“, die nuklearen Handlungsoptionen der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, die ebenfalls über nukleare Infrastruktur in der DDR verfügten.⁸⁸⁹ Ebenso wurden nukleawaffenfähige Jagdbomber vom Typ Su-7 sowie Frontbomber der Typen Il-28 und Jak-28 fest auf Flugplätzen der GSSD stationiert und entsprechende Lager für freifallende Atombomben errichtet, meist in abgesperrten Bereichen innerhalb der Flugplatzinfrastruktur.⁸⁹⁰

Die NVA erhielt ab 1962 ebenso derartige Raketenkomplexe, jedoch verfügte sie bis zu ihrer Auflösung nur über konventionelle Sprengköpfe.⁸⁹¹ Sowjetische Nuklearwaffen blieben jedoch immer in sowjetischer Verfügungsgewalt, was aber nicht den Einsatz von Nuklearwaffen durch Raketentruppen der anderen Armeen der Warschauer-Vertragsstaaten ausschloss. Im Gegenteil: Die anfangs relativ große Zielabweichung der taktischen und operativ-taktischen Raketen verringerte den Nutzwert von konventionellen Sprengköpfen. Die nukleare Einsatzoption war daher die wesentliche für die Raketentruppen der Landstreitkräfte im Warschauer Pakt.⁸⁹² Für die nukleare Bevorratung für die NVA-Einsatzmittel sowohl der Landstreitkräfte als auch der Luftstreitkräfte standen ab 1968 spezielle

⁸⁸⁸ Hoffmann, Stoof, Sowjetische Truppen, 2017, S. 107f; Uhl, Atomraketen für die NVA, 2004, S. 192.

⁸⁸⁹ Uhl, Atomraketen für die NVA, 2004, S. 193; Büttner, Stark, 15 Minuten bis zum Atomschlag, 2011, S. 22–30. Die RTB für die Marschflugkörper Meteor (auch als Frontflügelraketen bezeichnet, FKR), also die Nuklearwaffenlager, befanden sich bis Mitte der 1960er Jahre in Quarbeck/Quedlinburg, Techentin/Ludwigslust, Ebersdorf/Karl-Marx-Stadt und Arnstadt. Aus ihnen gingen RTB der Fliegerkräfte hervor, die direkt auf den Flugplätzen stationiert wurden.

⁸⁹⁰ Hinweis von Stefan Büttner, Juli 2019.

⁸⁹¹ Wolfgang Neidhardt, Einführung von Raketentechnik in die NVA, in: Atomraketen. Symbole des Kalten Krieges. Hrsg. von Luftfahrtshistorische Sammlung Finowfurt 2008, S. 30f; Roland Großer, Raketentruppen der NVA-Landstreitkräfte. Geheimhaltungsgrad aufgehoben, Halle (Saale) 2012, S. 36–51; Uhl, Atomraketen für die NVA, 2004, S. 194f; Uhl, Krieg um Berlin, 2008, S. 200f; Harald Nielsen, Die DDR und die Kernwaffen. Die nukleare Rolle der Nationalen Volksarmee im Warschauer Pakt 1998 (= Internationale Politik und Sicherheit, 30/6), S. 127 u. 141–151.

⁸⁹² Nielsen, Die DDR und die Kernwaffen, 1998, S. 157; Großer, Raketentruppen der NVA-Landstreitkräfte, 2012, S. 68 Siehe auch: Militärakademie „Friedrich Engels“, Vorlesung von Oberst Kosanke zum Thema: Der Gefechtseinsatz der Raketentruppe und Artillerie in den Armeoperationen. Die Planung der Bekämpfung des Gegners durch das Feuer im Stab Raketentruppen und Artillerie der Armee, 08.02.1989, S. 60: „Die Raketentruppen der Armee sind vorrangig zum Einsatz von KW [Kernwaffen] bestimmt. Sie haben ständig bereit zu sein, am 1. KWS/F [Kernwaffenschlag der Front] auf die Hauptgruppierung des Gegners teilzunehmen.“

unterirdische Bunkerkomplexe bei Lychen (Raum Fürstenberg/Havel) und Stolzenhain (zwischen Jüterbog und Herzberg/Elster) zur Verfügung, die ebenfalls unter sowjetischer Verwaltung standen. Praktisch baugleiche Anlagen befanden sich ab Ende der 1960er auch in Polen, der ČSSR, Ungarn und Bulgarien.⁸⁹³ Dabei ist anzumerken, dass noch keine sowjetischen Streitkräfte – die spätere Zentralgruppe der Truppe – in der ČSSR stationiert waren, als dort die Nuklearwaffenlager errichtet wurden. In Bulgarien waren nie sowjetische Truppen stationiert, sodass hier nur die bulgarischen Streitkräfte als Bedarfsträger in Frage kamen. Das belegt einmal mehr den primären Zweck dieser speziellen Lager: die Lagerung von Nuklearwaffen für die jeweiligen nationalen, also nicht sowjetischen Streitkräfte. Eine zusätzliche Bevorratung für sowjetische Einheiten in diesen Lagern kann nicht ausgeschlossen werden.⁸⁹⁴

c. Nukleare Infrastruktur in der DDR

Sowohl bei den Land- als auch bei den Luftstreitkräften strebte die sowjetische Militärführung etwa seit 1959/1960 kürzere Versorgungswege an, um beispielsweise im Falle einer kurzfristigen Eskalation mit der NATO die taktischen und operativ-taktischen Raketeneinheiten schnell mit den Nuklearsprengköpfen zu beliefern. Eine Lagerung der Nuklearwaffen im Hinterland, also etwa im Westen der Ukrainischen Sowjetrepublik, hätte eine nicht mehr hinnehmbare Verzögerungen bedeutet. Dies begründete eine eigene nukleare Infrastruktur für die jeweiligen Sowjetischen Streitkräftegruppierungen im Ausland.⁸⁹⁵ Reparaturtechnische Basen (RTB) und Bewegliche Reparaturtechnische Basen (BRTB), die für die Lagerung, Wartung und den Transport sowohl der

⁸⁹³ Für Nuklearwaffenlager in Ungarn siehe: Laszlo Becz, Szabolcs Kizmus und Tamas Varhegyi, OKSNAR - Fully assembled state. Soviet nuclear weapons in Hungary 1961-1991, Veszprém 2019.

⁸⁹⁴ Vgl.: Nielsen, Die DDR und die Kernwaffen, 1998, S. 117; Hoffmann, Stoof, Sowjetische Truppen, 2017, S. 139f; Ivo Pejčoch, Kernwaffenträger in der tschechoslowakischen Armee, in: Zwischen Bündnistreue und staatlichen Eigeninteressen. Die Streitkräfte der DDR und der ČSSR 1968 bis 1990. Hrsg. von Oliver Bange, Potsdam 2016. Potsdamer Schriften des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, S. 152–154; Volker Eckart, Kernwaffendepot Lychen-II. Geheime Verschlussache, Martenshagen 2011, S. 26–29; Eckart, Feldmann, Tarnname "Fichte", 2014; Helling, Steinecker, Das unbekanntes Geheimnis, 2018; Großer, Raketentruppen der NVA-Landstreitkräfte, 2012, S. 65f.

⁸⁹⁵ Vgl.: Verteidigungsministerium der UdSSR, Michail Iwanowitsch Makarytschew, The Deployment of Army Rocket Troops in an Operation of the Initial Period of War, in: Military Thought, 2 (78), 1966, Übersetzung der CIA, 03.10.1975, S. 5 u. 7. Die Jahreszahl der Publikation muss vordatiert werden auf spätestens 1962, da die CIA diese Dokumente („Militärisches Denken“) vom Spion Oleg Penkowskij erhielt, der 1962 aufflog und festgenommen wurde.

Nukleargefechtsköpfe als auch der zusätzlichen Träger zuständig waren, wurden in Folge nahe an den Raketeneinheiten stationiert.⁸⁹⁶ In der DDR wurde diese Anforderung ab 1960 zunächst in geringem Maße, ab 1962 dann umfangreicher umgesetzt. Bis in die 1980er Jahre hinein wurden vor allem im Bereich der Fliegerkräfte weitere Möglichkeiten zur Lagerung von freifallenden Atombomben geschaffen.⁸⁹⁷ In Folge gab es prinzipiell zwei BRTB je Armee der Landstreitkräfte sowie sieben RTB der Luftstreitkräfte. Hinzu kamen weitere BRTB für Raketen Sprengköpfe und deren Träger auf Ebene des Oberkommandos der WGT. Nach bisherigem Kenntnisstand waren die BRTB und RTB zwar den Armeen und dem Oberkommando der GSSD, Bereich Raketentechnik und Artillerie, strukturell zugeordnet, die Kontrolle und Wartung der nuklearen Munition selbst oblag jedoch speziell geschulten Offizieren der 12. Hauptverwaltung des sowjetischen Generalstabs.⁸⁹⁸ Die 12. Hauptverwaltung war verantwortlich für technische, logistische und Sicherheitsaspekte von Nuklearwaffen.⁸⁹⁹ Der Oberkommandierende der GSSD, seine Armeebefehlshaber und bis die 1980er auch noch die Divisionskommandeure⁹⁰⁰ konnten also taktisch und operativ den Einsatz von Nuklearwaffen planen, ansonsten hatten sie keinen Zugriff auf darauf.

⁸⁹⁶ Zu RTB und BRTB siehe: Becz, Kizmus, Varhegiy, OKSNAR, 2019, S. 26–29.

⁸⁹⁷ Büttner, Freundt, Rote Plätze, 2007, S. 48–52 sowie Ausführungen zum GSSD-Flugplatz Altenburg auf S. 183. Grundsätzlich begann die Lagerung sowjetischer taktischer Nuklearwaffen für die Fliegerkräfte der 24. Luftarmee (spätere 16. Luftarmee) der GSSD ebenfalls bereits 1961. Siehe: Uhl, Krieg um Berlin, 2008, S. 129.

⁸⁹⁸ Russ.: 12 главное управление Министерства обороны Российской Федерации (12 ГУМО).

⁸⁹⁹ Becz, Kizmus, Varhegiy, OKSNAR, 2019, S. 30f; Internetpräsenz 44. Raketenregiment, 12-e Главное Управление Министерства Обороны. Artikel zur 12. Hauptverwaltung des sowjetischen/russischen Verteidigungsministeriums, <http://rocketpolk44.narod.ru/yas/12gumo.htm> (letzter Aufruf 04.09.2019); Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, 12 ГУМО. Lexikonartikel zur 12. Hauptverwaltung des russischen Verteidigungsministeriums, https://encyclopedia.mil.ru/encyclopedia/dictionary/details_rvsn.htm?id=12993@morfDictionary (letzter Aufruf 03.09.2019); Sergej Juferef, День специалиста по ядерному обеспечению России. Artikel zum Tag der Spezialisten der Nuklearsicherheit Russlands, <https://topwar.ru/124071-den-specialista-po-yadernomu-obespecheniyu-rossii.html> (letzter Aufruf 04.09.2019).; Michael Jasinski, The Security and Safety of Russia's Nuclear Weapons, <https://www.nti.org/analysis/articles/security-and-safety-russias-nuclear-weapons/> (letzter Aufruf 09.03.2021)

⁹⁰⁰ Ab Mitte der 1980er Jahre wurden die selbständigen Raketenabteilungen der Panzer- und Mot.-Schützendivisionen (SS-21) der GSSD/WGT zu taktischen Raketenbrigaden der Armeen zusammengefasst. Siehe: Hoffmann, Stoof, Sowjetische Truppen, 2017, S. 211; Reinhardt, Geschichte(n) aus dem Kalten Krieg, 2018, S. 45; Karthe, Katalog der Splitterschutzgaragen der GSSD, 2018, S. 13f. USMLM erkannte die Bildung der 432. Raketenbrigade der 1. Gardepanzerarmee 1985. Siehe: USMLM, Unit History 1985, S. 6 u. 9. Die Aufstellung der 448. Raketenbrigade der 3. Stoßarmee erkannte USMLM 1986. Siehe: USMLM, Unit History 1986, S. 37. BRIXMIS konnte die Bildung der taktischen Raketenbrigaden 1987 bestätigen. Siehe: Saar, BRIXMIS-Mission, 2017, S. 390.

Die Freigabe zum Abschuss hätte der Oberbefehlshaber der GSSD/WGT erst vom sowjetischen Generalstab über den Befehlshaber des westlichen Kriegsschauplatzes erhalten. Bevor jedoch diese militärische Befehlskette angelaufen wäre, musste zuerst der Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte, das hieß der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, den Abschuss von Nuklearwaffen freigeben.⁹⁰¹ Für die Umsetzung und Sicherheit dieses Freigabeprozesses war seit 1963 wiederum ein anderer Bereich zuständig: Die „Abteilung Spezialdienst“⁹⁰², die im Stab des Oberkommandos der GSSD/WGT und in den Armeestäben vertreten war, führte regelmäßig in den nuklearfähigen Einheiten Inspektionen durch.⁹⁰³ Dazu zählten bei den Landstreitkräften der GSSD/WGT nicht nur die Raketen- und raketentechnischen Einheiten, sondern auch die schwere Artillerie wie die 34. Artilleriesdivision und die 288. Artilleriebrigade, aber auch die regulären Artillerieregimenter der Panzer- und Mot.-Schützendivisionen.⁹⁰⁴ Die nukleare Einsatzkomponente der GSSD/WGT stütze sich also nicht nur auf Raketeneinheiten und Bomber der Luftstreitkräfte ab, sondern auch auf die zahlreichen Artillerieeinheiten der Landstreitkräfte.

Die entscheidenden Strukturelemente für die Lagerung von Nuklearwaffen in der DDR waren die RTB und BRTB der GSSD/WGT⁹⁰⁵, wobei die Bezeichnungen „(Bewegliche) Reperaturtechnische Basis“ eine Spezialisierung auf

⁹⁰¹ Großer, Raketentruppen der NVA-Landstreitkräfte, 2012, S. 66f; Nielsen, Die DDR und die Kernwaffen, 1998, S. 132–135.

⁹⁰² Russ.: Отдел Специальная служба.

⁹⁰³ Mehrere Zeitzeugengespräche mit einem ehemaligen Angehörigen von USMLM und CAD-B, 2018-2019. Vgl.: Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, Специальная служба штаба Ракетных войск стратегического назначения. Lexikonartikel zum Spezialdienst der Strategischen Raketentruppen, http://encyclopedia.mil.ru/encyclopedia/dictionary/details_rvsn.htm?id=14312%40morfdictionary (letzter Aufruf 03.09.2019). Im Stab des Oberkommandos der GSSD war der „Spezialdienst“ dem Stab des Oberkommandos der GSSD/WGT Verwaltung zugeordnet, Feldpostnummer 42597, dann 65128, ab Ende der 1960er 771650-W und in den 1980ern wieder 65128-B.

⁹⁰⁴ Die Inspektionen der Offiziere des „Speziellen Dienstes“ in Artillerietruppentteilen, BRTB und RTB der Land- und Luftstreitkräfte sowie in Raketeneinheiten geht einem Dokument hervor, dass ein ehemaliger Mitarbeiter von CAD-B dem Autor überlassen hat. Das Dokument stammt vermutlich aus den späten 1980er Jahren und aus der Anfangsphase des Abzugs.

⁹⁰⁵ Auch die NVA besaß RTB und BRTB, jedoch ohne nukleare Komponenten. Siehe: Nielsen, Die DDR und die Kernwaffen, 1998, S. 150f; Großer, Raketentruppen der NVA-Landstreitkräfte, 2012, S. 245–268.

Nuklearwaffen verschleierte.⁹⁰⁶ In ihren „technischen Zonen“ lagerten, meist in umgebauten und speziell errichteten Lagerbunkern, die nuklearen Raketengefechtsköpfe, Artilleriegeschosse oder freifallenden Bomben.⁹⁰⁷ Eine genaue Anzahl der in der DDR gelagerten Nuklearwaffen gibt es nicht, sie dürfte sich jedoch auf mindestens 1000 belaufen.⁹⁰⁸ In der DDR gab es insgesamt über 20 Standorte, an denen sowjetische Nuklearwaffen gelagert wurden. Während der zeitweiligen Stationierung der SS-12 Mittelstreckenraketen zwischen 1984 und 1988 erhöhte sich diese Anzahl um mindestens 6 weitere Lager. Zudem wurde ein seit der SS-3-Stationierung ungenutztes Nuklearwaffenlager für die zeitweilige Lagerung der SS-12-Sprengköpfe ertüchtigt.⁹⁰⁹ Für das Jahr 1989 kann von mindestens 23 Nuklearwaffenlagern der sowjetischen Land-, Luft- und Luftverteidigungsstreitkräfte auf dem Gebiet der DDR ausgegangen werden.⁹¹⁰

Wollte die Gegenseite die Nuklearstandorte der GSSD/WGT (und der anderen sowjetischen Streitkräftegruppierungen) aufklären, musste sie die RTB und BRTB identifizieren. Dies sollte sich schwierig gestalten. Nach heutigen Erkenntnissen können folgende Standorte für Nuklearwaffen in der DDR genannt werden:

⁹⁰⁶ Offiziell wurden diese Einheiten in der Regel als „(Bewegliche) *Reparatur*technische Basen“ bezeichnet, enthielten also keinen direkten Hinweis auf Raketen oder Gefechtsköpfe. Vgl.: Karthe, Schuster, Tarnname "Kolybel", 2016, S. 30, hier Fußnote 32. In der BND-Standortkartei zu Torgau wird jedoch auf Grundlage der Aussage eines Deserteurs die Bezeichnung *Bewegliche Raketentechnische Basis* verwendet. Möglicherweise wurde die Tarnbezeichnung „Reparaturtechnisch“ nur in offiziellen Dokumenten genutzt. Vgl.: BArch, B 206/116: BND Standortkartei, Standort Torgau, 1979, Blatt 324.

⁹⁰⁷ Vgl. Ausführungen zu BRTB in Wurzen und Altenhain: Reinhardt, Geschichte(n) aus dem Kalten Krieg, 2018, S. 7, 38 u. 49; Becz, Kizmus, Varhegyi, OKSNAR, 2019, S. 31.

⁹⁰⁸ Vgl.: Werner Sonne, *Leben mit der Bombe. Atomwaffen in Deutschland*, Wiesbaden 2018, S. 179.

⁹⁰⁹ Die zwei SS-12-Brigaden in der DDR verfügten jeweils über zwei ständige Gefechtskopflager (Königsbrück/Bischofswerder und Waren/Strelitz Alt) sowie jeweils temporäre Gefechtskopflager im Bereich der Alarmstellung (Diensthabendes System, DHS). Siehe: Karthe, Schuster, Tarnname "Kolybel", 2016, S. 62–75. Das ehemalige SS-3-Nuklearwaffenlager in Neuthymen wurde bis zur Fertigstellung der PRTB vorübergehend genutzt. Zudem kam es auch bei Schweinrich (Truppenübungsplatz Wittstock) zur temporären Lagerung. Hinweise von Stefan Büttner, Juli 2019.

⁹¹⁰ Die 23 Objekte teilen sich auf 13 BRTB und zwei RTB der Landstreitkräfte, sieben RTB der Luftstreitkräfte sowie wahrscheinlich eine FlaRak-RTB für die SA-5-Stellung in Wendgräben. Vgl.: BArch, MA, BW 55/238: DtVKdoWGT/BND, A-Waffenlager der WGT, undatiert (vermutlich 26.02.1992).

Übersicht sowjetischer Nuklearwaffenlager in der DDR, Stand Ende der 1980er Jahre⁹¹¹

Unterstellung	Takt. Nr.	FPN	Standort	Anmerkungen
OKdo WGT	400. RTB	73259	Lychen	Neubau 1968 ("T-7")
	409. RTB	73274	Linda/Stolzenhain	Neubau 1968 ("T-7")
	261. BRTB	11649	Torgau	Muna Torgau
	1699. BRTB	57845	Zeithain	Muna Röderau
	2620. BRTB	47982	Hohenleipisch	Muna Hohenleipisch
1. GPA	52. BRTB	92846	Kapen	Muna Kapen
	1677. A-BRTB	38690	Wurzen	Neubau am Stadtrand; bis 1983 A-BRTB der 8. GA
2. GPA	3274. BRTB	73654	Wulkow	Muna Wulkow; bis 1970 BRTB der 3. SA
	3397. A-BRTB	57842	Dannenwalde	Muna Dannenwalde; Raketenkatastrophe 1977
3. SA	3272. BRTB	55543	Vogelsang	Neubau für SS-3; bis 1970 BRTB der 2. GPA
	1648. A-BRTB	57851	Altengrabow	Muna Altengrabow
8. GA	11. BRTB	11817	Altenhain	Muna Altenhain
	1655. A-BRTB	38673	Halle/Saale	Neubau im Stadtbereich; bis 1983 A-BRTB der 1. GPA
20. GA	2618. BRTB	78559	Wilmersdorf/Lamitsch	Muna Wilmersdorf
	1694. A-BRTB	45291	Bad Freienwalde	Neubau in einem ehemaligen Schießstand
16. LA	526. RTB	26095	Werneuchen	Neubau Anfang der 1980er Jahre; bis 1981 1652. RTB in Karl-Marx-Stadt/Hilbersdorf
	527. RTB	23318	Groß Dölln	
	528. RTB	21149	Großenhain	
	3304. RTB	53510	Lärz	
	3308. RTB	66683	Brand	
	2952. RTB	66698	Finsterwalde	
	1652. RTB	23298	Altenburg/Nobitz	
	7. FlaRakAbtGrp	10200	Wendgräben	

⁹¹¹ Angaben ohne Nuklearwaffenlager der SS-12-Brigaden (1983-1988). Quellen: BArch, MA, BW 55/238: DtVKdoWGT/BND, A-Waffenlager der WGT, 26.02.1992; BArch, B 206/386: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 10/91, 13.03.1991, B5, Bl. 52; DtVKdoSowjSK, Verzeichnis der Feldpostnummern (WGT), 17.17.1992; Karthe, Katalog der Splitterschutzgaragen der GSSD, 2018; Büttner, Freundt, Rote Plätze, 2007; Archiv des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst; Erkenntnisse des Autors.

Abkürzungen und Erläuterungen:

BRTB: Bewegliche Raketentechnische Basis; A-BRTB: BRTB einer Armee (für taktische Raketenbrigaden und Abteilungen); RTB: Raketentechnische Basis; FPN: Feldpostnummer; GPA: Gardepanzerarmee; GA: Gardearmee; SA: Stoßarmee; LA: Luftarmee; LSK: Luftstreitkräfte (der GSSD/WGT) FlaRakAbtGrp: Flugabwehrraketen-Abteilungs-Gruppe; FlaRakBrig: Flugabwehrraketenbrigade; Farbcode: Rot – dem Oberkommando direkt unterstellt, Grün – Landstreitkräfte, Blau – Luftstreitkräfte

2. Aufklärung sowjetischer Nuklearwaffenlager durch die westliche Intelligence Community

a. Vorbemerkung

Die permanente nukleare Bedrohung bestimmte die militärische Konfrontation im Kalten Krieg. Es war daher für die westliche Military Intelligence Community wesentlich, Informationen über Raketentruppen und Nuklearwaffen des Warschauer Pakts zu gewinnen und diese in die eigene Operationsplanung einfließen zu lassen.⁹¹² Die Ausgangslage der 1960er Jahre beschreibt der ehemalige CIA-Analyst Charles Tuten wie folgt: „While only limited evidence was available to suggest that the Soviets were considering a nuclear variant limited to fronts, 'decoupled' from strategic means, the possibility of such an option increased the valuation of in-theater nuclear forces, and the need for NATO intelligence services to pinpoint systems deployment.“⁹¹³

Um die nuklearen Handlungsoptionen der Armeen des Warschauer Pakts richtig beurteilen zu können, wurden daher grundlegende Erkenntnisse benötigt: Über welche Raketenverbände und -einheiten verfügte der Warschauer Pakt, wo waren diese disloziert, welche Wirkmöglichkeiten hatten sie, welchen doktrinären Grundsätzen unterlag ihr Einsatz, wie schnell waren sie einsatzfähig? Die gleichen Fragen ließen sich auch auf die Frontfliegerkräfte mit nuklearer Einsatzoption übertragen. Die Bedrohung durch Raketentruppen und Jagdbomber wurde aber maßgeblich durch die Verfügbarkeit von nuklearer Munition bestimmt – also Sprengköpfe und Bomben. Eine Scud-Startrampe, die „nur“ eine mit einem konventionellen Sprengkopf ausgestattete Rakete verschießt, war zwar nicht ungefährlich, jedoch weit weniger bedrohlich als eine nukleare 8K14-Rakete.

⁹¹² Vgl.: Michael S. Goodman, *Spying on the Nuclear Bear. Anglo-American Intelligence and the Soviet Bomb*, Stanford 2007, S. 5.

⁹¹³ Tuten, *The Case of the Hidden Nukes*, S. 1.

Daraus leitete sich das Erkenntnisinteresse der Military Intelligence Community an der Nuklearlogistik und -versorgung des Warschauer Pakts ab: Wie viele nukleare Sprengköpfe und Bomben standen für einen sogenannten „massierten Kernwaffenschlag“ einer Front – dem anzunehmenden Szenario bei einer Eskalation zwischen NATO und Warschauer Pakt an der Nahtstelle in Deutschland – unmittelbar zur Verfügung?⁹¹⁴ Wie schnell können die gegnerischen Startrampen und Flugzeuge mit einsatzbereiten Raketen und Bomben beladen werden? Welche Vorwarnzeit ergibt sich daraus und vor allem: Wie kann der Einsatz von gegnerischen nuklearen Gefechtsfeldwaffen auch durch gezielte Schläge auf diese Versorgungsinfrastruktur verhindert oder zumindest gestört werden? Spätestens bei dieser Frage war es erforderlich zu wissen, wo genau sich sowjetische Nuklearwaffen in der DDR und in anderen Staaten des Warschauer Pakts befanden.

b. Erkenntnisstand bis 1979

Zwar erkannten etwa die US-Dienste die Stationierung von sowjetischen Raketenverbänden in der DDR seit 1959, den umfangreichen Ausbau der nuklearen Infrastruktur vor allem ab 1961 blieb dem Westen jedoch zunächst verborgen. So berichtete die CIA 1963: „There are four missile artillery brigades [...] stationed with the Group of Soviet Forces, Germany (GSFG) in East Germany. [...] The nuclear warheads are stored separately in two special underground nuclear storage depots (whereabouts unknown).“⁹¹⁵ Welche zwei unterirdischen Lager damit gemeint könnten, ist dem CIA-Bericht nicht zu entnehmen. Von den vier Brigaden seien zwei für den Einsatz von Nuklearwaffen befähigt. Daher haben die Analysten wohl gemutmaßt, dass es auch zwei Nuklearwaffenlager geben müsse – und waren in dieser Einschätzung möglicherweise beeinflusst von Oleg Penkowskij, einem Agenten, der im sowjetischen Militärnachrichtendienst GRU diente und ab Juli 1960 den MI6 und die CIA mit Informationen versorgte. So soll Penkowskij, dessen Zusammenarbeit mit dem Westen bereits in der Hochphase der Kubakrise im Oktober 1962 ihr jähes Ende fand, den westlichen Analysten Hinweise auf Nuklearwaffenlager in der DDR gegeben haben: „I have heard that there are two hidden storage areas in the DDR where atomic warheads are stored [...] two

⁹¹⁴ Vgl.: Großer, Raketentruppen der NVA-Landstreitkräfte, 2012, S. 68.

⁹¹⁵ CIA Reading Room: CIA, Missile Units in the Group of Soviet Forces, Germany (GSFG), 07.03.1963, S. 1.

stockpiles, two locations...I don't know where these depots are, but it should be very simple for you to find out."⁹¹⁶ Penkowskij bezahlte die Preisgabe dieser und weiterer Information mit seinem Leben; 1963 wurde er durch ein sowjetisches Gericht zum Tode verurteilt und sehr wahrscheinlich hingerichtet.⁹¹⁷ Indes waren die westlichen Analysten nicht in der Lage, Penkowskij's Hinweis zu verifizieren. Die sowjetischen Nuklearwaffenlager in der DDR blieben zunächst unentdeckt.

Auch die Errichtung eines weiteren Lagerbunkers für Nuklearsprengköpfe am ehemalige R-5M-Standort Vogelsang zwischen 1964 und 1965 konnten die CIA-Analysten nicht zweifelsfrei erklären.⁹¹⁸ Bis Ende der 1960er Jahre konnte die CIA keine konkreten Angaben zur Lagerung von Nuklearwaffen in der DDR machen – dabei hatten die sowjetischen Streitkräfte bereits eine umfangreiche Nuklearinfrastruktur, basierend auf zahlreichen RTB und BRTB, aufgebaut.⁹¹⁹ Die nach dem Mauerbau erschwerten Aufklärungsbedingungen in der DDR sowie unzureichende Fernaufklärungsmittel ließen die CIA und damit auch den BND weiter im Dunkeln tappen. Das hohe Maß an Geheimhaltung und die zahlreichen Tarnmaßnahmen auf sowjetischer Seite erwiesen sich als zweckmäßig.

Etwas anders stellt sich der Erkenntnisgewinn der westlichen Dienste hinsichtlich eines speziellen Typs von Nuklearwaffenlagern dar. Die Baumaßnahmen an zwei unterirdischen Nuklearwaffenlagern in der DDR und in den anderen osteuropäischen Ländern ab 1966, die von der CIA die Bezeichnung „Type VII“ (T-7) erhielten, waren für die westliche Militäraufklärung nicht zu übersehen, wenngleich dies nicht vor 1970 gelungen sei.⁹²⁰ 1972 legte die CIA ihren Kenntnisstand über die Frage der Nuklearwaffenlager in Mittel- und Osteuropa wie folgt dar:

„In Eastern Europe, 12 two-bunker storage sites are believed to be for the storage of nuclear warheads for tactical rockets and missiles. There are 9 in the reduction area, 2 in East Germany, 3 each in Poland and Czechoslovakia, and one in Hungary. The

⁹¹⁶ Diesen Hinweis habe Penkowskij bei seinem ersten Treffen mit den britischen Führungsoffizieren 1961 in London gegeben haben. Zitiert nach: Tuten, *The Case of the Hidden Nukes*, S. 2. Vgl.: Tuten, *Making the (Right) Connections*, 2006, S. 14.

⁹¹⁷ Zu Penkowskij siehe auch: Oleg Penkovskiy, Frank Gibney, *The Penkovskiy Papers*, New York 1965; Greville Wynne, *Der Mann aus Moskau*, Stuttgart 1967; Gordon Brook-Shepherd, *The Storm Birds. Soviet Post-War Defectors*, London 1988, S. 135-162.

⁹¹⁸ Tuten, *Making the (Right) Connections*, 2006, S. 16–20.

⁹¹⁹ Tuten, *The Case of the Hidden Nukes*, S. 2.

⁹²⁰ Ebd., S. 2f.

locations of the sites suggest that each is intended to store the nuclear warheads for the Scud brigade and the several FROG battalions in an army area. In some army areas, however, particularly in East Germany, no sites have been found, although more may be discovered as new evidence becomes-available. [...] The continual activity and manning, heavy security, complexity and permanence of the construction, and the presence of nuclear warhead vans at several of the sites imply that the sites are currently being used for the storage of nuclear warheads [...].

Although there is no information on Soviet practices in nuclear weapons storage, [geschwärzt] analysis [geschwärzt] indicates that each two-bunker site probably could hold about 100 warheads for FROG and Scud missiles. If less space is devoted to nonstorage functions, such as environmental control equipment and maintenance shops, than is presently estimated, the capacity could be somewhat higher.⁹²¹

Dieses Zitat gibt nicht nur einen Einblick in den Kenntnisstand der CIA in den frühen 1970er Jahren, es deutet auch an, welche Indikatoren für die Analysten für Bedeutung waren, um ein Objekt als aktives Nuklearwaffenlager zu identifizieren: Personal, Bewachung, Architektur sowie das Vorhandensein von speziellen Lastkraftwagen zum Transport von nuklearen Sprengköpfen. Da die Luftbildaufklärung zu jener Zeit nur begrenzt Details dieser Art feststellen konnte, insbesondere nicht über Personal oder Spezialfahrzeuge, wurden andere Mittel der Informationsgewinnung angewandt. Neben klassischen nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden, insbesondere HUMINT,⁹²² spielten in der DDR auch die westlichen MVM eine Rolle bei der Aufklärung dieser Objekte. Das „National Intelligence Estimate on Warsaw Pact Force Opposite NATO“ der CIA von 1975 gleicht dem vorher zitierten Kenntnisstand der CIA von 1972:

„We have identified 12 facilities in East Germany, Poland and Czechoslovakia that we believe are for the storage of tactical nuclear weapons [Fußnote im Original: „Another two facilities in Hungary and three in Bulgaria have been identified.“] Available evidence – although inconclusive – suggests that nuclear weapons are stored in these Soviet controlled sites in peacetime. A lack of information makes it impossible to determine precisely how many nuclear weapons might be stored in

⁹²¹ CIA Reading Room: CIA, Tactical Nuclear Capabilities of Warsaw Pact Ground Forces in the Reduction Area, Oktober 1972, S. 12.

⁹²² Vgl. Rolle von HUMINT-Operationen im Rahmen der Stationierung der R-5M im Raum Fürstenberg (Vogelsang/Neuthymen): Uhl, Krieg um Berlin, 2008, S. 96–108.

these sites, but it is estimated that they could hold from 1,200 to 2,300 warheads and bombs.⁹²³

Erwähnenswert ist der Umstand, dass die Verfasser des Berichts damit den Eindruck vermitteln wollten, dass das Thema Nuklearwaffen eine besondere Herausforderung für die nachrichtendienstliche Militäraufklärung sei und daher nur ein eingeschränkter Wissensstand wiedergegeben werden könne. Sogar ein „lack of information“ wird zugegeben sowie die Unmöglichkeit, die genaue Anzahl der gelagerten Sprengköpfe zu benennen.

1973 verhalf ein sowjetischer Pilot auf Abwegen der westlichen Militäraufklärung bei der Suche nach weiteren Nuklearwaffenlagern. Ein Pilot eines Su-7-Jagdbombers des GSSD-Fliegerstandorts Großenhain desertierte und verließ den Luftraum der DDR. Kurz darauf katapultierte sich bei Braunschweig aus dem Flugzug. Bei seinem Debriefing durch die westlichen Dienste, an dem auch der BND beteiligt war, sprach er unter anderem über Raketentechnische Basen an Standorten der Fliegerkräfte, also über Nuklearwaffenlager. Sodann konnten die Dienste fünf weitere Nuklearstandorte auf ihre Listen setzen, sodass sie fortan von einem begrenzten nuklearen Vorrat für die Frontfliegerkräfte der GSSD ausgehen konnten. Bei den Landstreitkräften sollte es noch dauern, bis der westlichen Militäraufklärung der entscheidende Durchbruch gelingen sollte.⁹²⁴

Bis dahin gaben sich die westlichen Dienste mit ihrem Wissen über die nukleare Bevorratung der Landstreitkräfte des Warschauer Pakts im westlichen Vorfeld zufrieden. Sie hielten die identifizierten T-7-Nuklearwaffenlager für ausreichend, um den Bedarf an nuklearen Gefechtsköpfen für eine Frontoperation zu decken. Gleichzeitig verwies die CIA auf die Rolle der BRTB bei der Versorgung der Raketeneinheiten der Landstreitkräfte, „which prepare warheads and mate them to the missiles.“ Aber noch gab es darüber nur wenige Informationen. Auch waren sich die Analysten der in vielen Fällen zu großen Distanzen zwischen den wenigen (erkannten) Lagerorten und den Raketeneinheiten

⁹²³ CIA Reading Room: CIA, National Intelligence Estimate on Warsaw Pact Force Opposite NATO, 14.11.1975.

⁹²⁴ Büttner, Freundt, Rote Plätze, 2007, S. 49.

bewusst.⁹²⁵ Wie diese Distanz bei Alarmierung der entsprechenden Einheiten überwunden worden wäre, konnten CIA, DIA oder BND nicht beantworten.

Was den Analysten ebenso nicht bewusst war, war die Tatsache, dass sie mit den unterirdischen T-7 lediglich reine Lagerbunker für nukleare Raketensprengköpfe und freifallende Bomben entdeckten, jedoch keine Raketenlager. Für einen Zweit- oder Drittschlag mussten weitere Träger, also Raketen, vorgehalten werden. Tuten beschreibt diese Erkenntnislücke wie folgt: „While cramming hundreds of nuclear warheads into these bunkers there was the minor detail of delivery: no missiles were stored at Type VII sites. There were no nearby missile facilities. Missile storage depots had not been identified anywhere in Central Europe. Within the USSR warheads and missiles were stored together at 48 purpose-built RTBs, while PRTBs were structured and equipped for joint transport.“ Auch boten lediglich zwei Nuklearwaffenlager vom Typ T-7 vergleichsweise wenig Lagerfläche in Anbetracht der ständig anwachsenden Raketentruppen in der DDR: „Overall, the configuration and disposition of Type VII bases was glaringly inconsistent with the scale and deployment locations of the Soviet missile force, yet strangely congruent with the force dispositions of their Warsaw Pact allies. If the model was correct, the Soviets had also quite helpfully simplified NATO targeting of their nuclear missile support structure.“⁹²⁶

Bis 1979 sollte sich am Kenntnisstand der westlichen Nachrichtendienste über die Lagerung sowjetischer Nuklearwaffen in der DDR nichts wesentlich ändern. Drei Jahrzehnte lang ist es der sowjetischen Seite gelungen, ihre nukleare Infrastruktur in Ostdeutschland bis auf die zwei T-7-Anlagen bei Stolzenhain und Lychen sowie wenige RTB auf den Flugplätzen geheim zu halten.

c. Der Deserteur von Torgau

1979 sorgte ein besonderes Ereignis für ein Umdenken der westlichen Nachrichtendienste. Einem Fähnrich der GSSD gelang die Flucht aus der DDR. Die genauen Umstände seiner Desertation sind nicht bekannt. Wie in solchen Fällen üblich, verhörte ihn die CIA und möglicherweise auch Spezialisten anderer Dienste nach seiner Ankunft im Westen. Dabei kam heraus, dass der Fähnrich im

⁹²⁵ CIA Reading Room: CIA, Tactical Nuclear Capabilities of Warsaw Pact Ground Forces in the Reduction Area, Oktober 1972, S. 13.

⁹²⁶ Tuten, The Case of the Hidden Nukes, S. 3.

Nachrichtenzug der Führungsbatterie der 45. Beweglichen Reparaturtechnischen Basis in Torgau diene. Diese BRTB schien kein Auswerter eines westlichen Nachrichtendienstes bislang entdeckt zu haben. Noch wertvoller war jedoch die Behauptung des Deserteurs, dass dort im abgegrenzten „technischen Bereich“ nukleare Raketengefechtköpfe lagerten, und zwar in ehemaligen Munitionsbunkern der Wehrmacht. Auch sei in der BRTB die entsprechende Technik zum Warten und Transport dieser Waffen vorhanden.⁹²⁷ Interessanterweise lassen sich die vom Fähnrich preisgegebenen Informationen in der Standortkartei des BND wiederfinden: Die Kartei zum Standort Torgau nennt eine Quelle „Des“, also Deserteur, basierend auf Informationen eines US-Dienstes⁹²⁸ vom 10. August 1979 sowie unter anderem den Name des Kommandeurs der 45. BRTB, die Feldpostnummer 11649⁹²⁹, das Unterstellungsverhältnis und weitere Details.⁹³⁰ Somit wird die von Tuten geschilderte Begebenheit über den Deserteur von Torgau durch eine Archivquelle belegt.

Die Information des Deserteurs der 45. BRTB glich einem Paukenschlag und sorgte für ein Umdenken bei den Analysten: Wenn in einer ehemaligen Heeresmunitionsanstalt der Wehrmacht bei Torgau, die Mitte der 1930er erbaut wurde, sowjetische Nuklearsprengköpfe lagerten, dann könnte das auch an anderen Objekten dieser Art der Fall gewesen sein – denn die GSSD nutzte zahlreiche Heeres- und Luftwaffenmunitionsanstalten (kurz: Munas) nach. Bereits vorhandenes Material wurde erneut ausgewertet und weitere Aufklärungsmittel auf die Munas angesetzt. Im Ergebnis konnte die Errichtung von BRTB-Infrastruktur in Munas bis auf das Jahr 1959 zurückverfolgt werden. Zudem wurden nach und nach weitere RTB und BRTB identifiziert, da die Analysten nun wussten, wonach sie zu suchen hatten:

⁹²⁷ Ebd., S. 3.

⁹²⁸ In der Kartei steht „H“ für Hortensie, dem Decknamen der US-amerikanischen Partnerdienste. Vgl.: Uhl, Krieg um Berlin, 2008, S. 102, hier Fußnote 66; Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 22. Die Decknamen der BND-Partnerdienste sind vom BND nie offiziell bestätigt worden. Siehe: Krieger, Partnerdienste, 2021, S. 25.

⁹²⁹ Diese Feldpostnummer entspricht auch späteren Erkenntnissen der Bundeswehr sowie dem heutigen Kenntnisstand. Vgl.: DtVKdoSowjSK, Verzeichnis der Feldpostnummern (WGT), 17.17.1992, S. 10; Karthe, Katalog der Splitterschutzgaragen der GSSD, 2018, S. 16 u. 74.

⁹³⁰ BArch, B 206/116: BND Standortkartei, Standort Torgau, 1979, Blatt 324.

„The Soviets had carefully inserted a nuclear missile base into the preexistent installation, maximizing use of structures that often dated back to the 1940s or earlier. They had accomplished a masterful work of deception. [...] Within a short period CIA imagery analysts began to identify installations with features similar to those observed at Torgau. Twelve additional East German suspects would be picked out, and eventually, five in Poland and Hungary.“⁹³¹

Etwa ab 1980 begannen diverse Umbaumaßnahmen an den RTB und BRTB, wobei vor allem die neuen Verladerampen den Analysten auffielen: Zuvor wurden die Gefechtsköpfe mithilfe von Portalkränen auf die Ladeflächen der Transportfahrzeuge geladen. Die Kräne waren mit großen Tarnnetzen überspannt, sodass ihre Aufklärung aus der Luft erschwert wurde.⁹³² Die neuen Verladerampen, an die teilweise bis zu zehn Lastkraftwagen rückwärts heranfahren konnten, ermöglichten zwar eine schnellere Verladung der Gefechtsköpfe, dafür ließen sich die großen Betonflächen aber leichter aufklären. So wurden beispielsweise in den technischen Zonen der BRTB in Altengrabow, Torgau oder Zeithain drei Verladerampen errichtet, die jedem geschulten Luftbildauswerter sofort auffallen mussten.⁹³³

Für Tuten war es kein Zufall, dass die Verladerampen kurz nach der Desertion des Torgauer Fähnrichs begonnen wurden zu errichten: „This seemed to indicate Soviet awareness of the damage inflicted by the defector and/or feedback from their sources regarding the ongoing US intelligence mixup. The jig was up.“⁹³⁴ Vermutlich wurden solche Umbaumaßnahmen an den RTB und BRTB schon länger gefordert, jedoch nicht umgesetzt, um die Geheimhaltung der Objekte nicht zu gefährden. Der sowjetischen Seite musste jedoch klar gewesen sein, welches Wissen der übergelaufene Fähnrich preisgegeben hatte. Die jahrelange „Maskirowka“ war damit obsolet. Die RTB und BRTB waren somit auch einer höheren Gefahr ausgesetzt, durch Präzisionsschläge der NATO im Falle einer militärischen Eskalation beschädigt zu werden, noch bevor die Nuklearmunition und die Träger der Raketeneinheiten zugeführt worden wären. Dies erhöhte die Notwendigkeit, die Gefechtsköpfe, Bomben und Artilleriegeschosse so schnell wie

⁹³¹ Tuten, *The Case of the Hidden Nukes*, S. 3.

⁹³² Reinhardt, *Geschichte(n) aus dem Kalten Krieg*, 2018, unteres Bild auf S. 38.

⁹³³ Eigene Erkenntnisse des Autors durch Begehungen mehrerer BRTB und Auswertung zahlreicher Luftbilder.

⁹³⁴ Tuten, *The Case of the Hidden Nukes*, S. 4.

möglich aus den Bunkern zu holen und auf die Transportfahrzeuge zu verladen. Die Verladung durch Portalkräne, mit dem immer nur ein Gefechtskopf bewegt werden konnte, wurde dieser zeitkritischen Anforderung nicht mehr gerecht. Die intensiven Baumaßnahmen an allen RTB und BRTB dürften damit auf den geflohenen Fähnrich aus Torgau zurückzuführen sein.⁹³⁵

d. Rolle der westlichen Militärverbindungsmissionen

Zwar wirkte sich die verbesserte Satellitenaufklärungstechnik spürbar auf die Aufklärungsergebnisse der westlichen Nachrichtendienste aus,⁹³⁶ ganz ohne bodengebundene Nachrichtengewinnung gelang die Aufklärung der nuklearen Infrastruktur in der DDR jedoch nicht. Die Erkenntnisse aus den Befragungen des Torgauer Deserteurs wurden der USMLM zur Verfügung gestellt. Fortan wurde USMLM, sehr wahrscheinlich auch BRIXMIS und MMFL gezielt mit der Aufklärung von RTB und BRTB beauftragt.⁹³⁷ Hoyt nennt die erfolgreiche Identifizierung der RTB und BRTB der GSSD, ohne jedoch die Vorgehensweise genau zu beschreiben: „There were two PRTBs positively identified for each of the five GSFG ground armies: [...]. There were also seven Rocket Technical Bases (RTB) associated with the 16 Air Army (TAA) and a ‘possible’ nuclear mine storage facility associated with the 3 Independent Guards ‘Spetsnaz’64 Brigade, also at Neuthymen.“ Die Identifizierung solcher besonders abgeschirmten Objekte wurde für die MVM schon allein aufgrund ihrer Lage in permanenten Sperrgebieten (PRA) erschwert – und beanspruchte daher mehrere Jahre. Zwar konnten sich die Tour-Teams der MVM den Nuklearwaffenlagern nicht direkt nähern, sie behelfen sich aber mit anderen Mitteln: Die westlichen MVM intensivierten Fahrzeugbeobachtungen, analysierten Fahrzeugkennzeichen und suchten nach

⁹³⁵ Weitere Baumaßnahmen betrafen die Unterbringung der Startrampen und Raketentransportfahrzeuge an Standorten der FlaRak, Raketen- und raketentechnischen Truppen. Hierfür wurden sogenannte Splitterschutzgaragen ab Anfang der 1980er Jahre errichtet. Alle BRTB der Landstreitkräfte erhielten Splitterschutzgaragen, in denen bis zu 20 Raketentransportfahrzeuge mit aufmontieren Trägern standen, jedoch ohne Gefechtsköpfe. Matthias Karte hat sich diesem Thema umfassend gewidmet. Er identifizierte insgesamt 84 Splitterschutzgaragen der GSSD/WGT: Karthe, Katalog der Splitterschutzgaragen der GSSD, 2018. Vgl.: Tuten, The Case of the Hidden Nukes, S. 4.

⁹³⁶ Die Informationen aus der US-Satellitenaufklärung, insbesondere durch den KH-11, bewertete der BND regelmäßig mit dem bestmöglichen Quellenwert A-1 (zuverlässig und glaubwürdig). Vgl.: BArch, B 206/115: BND, Standortkartei Born, hier beschriftete Liegenschaftsskizze, die auf Luft- und/oder Satellitenbildaufklärung zurückzuführen ist. Vgl.: Hoyt, Cold War Pioneers, 2008, S. 468.

⁹³⁷ E-Mail-Kontakt und mehrere Zeitzeugengespräche mit einem ehemaligen Angehörigen von USMLM und CAD-B, 2019-2020.

Feldpostnummern. Im Rahmen der Operationen „Sanddune“ bei USMLM und „Tomahawk“ bei BRIXMIS sammelten sie Hinweise in den militärischen Hinterlassenschaften jeglicher Art.⁹³⁸ Eine Unterstützung durch SIGINT ist dabei anzunehmen. Auch spezielle Messgeräte sind zum Einsatz gekommen, um die Existenz nuklearer Waffen nachzuweisen. So seien in Gewässern in der Nähe von vermuteten Nuklearwaffenlagern spezielle Messgeräte zum Einsatz gekommen, die bestimmte Spaltprodukte oder Isotope ermitteln konnten. Inwiefern diese Methode zum Erfolg führte, ist nicht bekannt. Es deutet aber die Relevanz von Measurement and Signature Intelligence (MASINT) bei der Aufklärung von Nuklearwaffen an.⁹³⁹ Diese unterschiedlichen operativen und analytischen Ansätze der westlichen MVM trugen insgesamt zum Erkenntnisgewinn der westlichen Intelligence Community beim Thema Nuklearwaffen bei. Vor allem an der Identifizierung der BRTB der Landstreitkräfte hatten die MVM einen wesentlichen Anteil. Dabei ist der Überläufer der 45. BRTB in Torgau als Initialzündung zu sehen.

e. „Muna-These“ als Nachrichtendienstkontroverse?

Die neuen Erkenntnisse über die in der DDR entdeckten BRTB stellte die CIA in einem Bericht über die Rückwärtigen Dienste der GSSD 1984 dar: Die Gliederung einer BRTB wird dort in einem Organigramm dargestellt und erläutert. Demnach wurde die Personalstärke einer BRTB auf 330 bis 370 Mann geschätzt. Acht BRTB habe die CIA identifiziert, „which support seven entities – two front-subordinated Scud brigades and the rocket units of five armies.“ Sieben sogenannte unabhängige

⁹³⁸ Hoyt, *Cold War Pioneers*, S. 477f.

⁹³⁹ Hinweis von einem ehemaligen Angehörigen der BRIXMIS, 22.06.2019. Dazu passt der Hinweis von Rod Saar (BRIXMIS): „I only recently learnt that in the 1980s Brixmis tours placed radiation monitors close to suspected nuclear arms dumps to evaluate the possible presence of these weapons and then collected them later.“ Saar, *BRIXMIS-Mission*, 2017, S. 236. Auch Peter Williams erwähnt die Beteiligung der BRIXMIS an MASINT-Operationen: „Other tasks undertaken by the Mission in the 1980s included the placing and subsequent recovery of test materials in areas that were downwind of nuclear warhead storage sites and nuclear power stations. Of course, there were risks involved in doing so, although Tourers were unequipped to assess the degree of potential hazard.“ Siehe: Williams, *Intelligence Operations BRIXMIS*, 2017, S. 65. Vgl. mit Aussage bei Aldrich: „BRIXMIS also worked closely with signal intelligence and atomic intelligence units, placing specialist monitoring equipment in the East on behalf of national agencies.“ Aldrich, *Intelligence within BOAR*, 2008, S. 104.

Raketentransportabteilungen (ORPD)⁹⁴⁰ würden zusätzliche Nuklearwaffen bereithalten.⁹⁴¹

Nachdem es dem sowjetischem Militär 20 Jahre gelang, die Nuklearwaffenlager in RTB und BRTB in der DDR vor der westlichen Militäraufklärung zu verstecken, war fortan für einen Teil der westlichen Analysten klar, dass der Vorrat an Nuklearwaffen auf dem Gebiet der DDR neu bewertet werden musste. Darüber gab es aber jedoch lange keinen Konsens, wie sich der Analyst Tuten erinnert: „Storage of nuclear weapons in the old German bunkers was rejected on the grounds of technical impossibility.“ Einige Analysten zweifelten demnach an, dass es technisch möglich sei, nukleare Gefechtsköpfe in Betonbunker aus den 1930er Jahren zu lagern.⁹⁴² Tuten konstatiert:

„The lead agencies, CIA and DIA, never arrived at any unified assessment of the nuclear threat to NATO that could be presented to US military commanders and those of our allies. The primary interagency organ responsible for assessing nuclear issues, the JAEIC (Joint Atomic Energy Intelligence Committee), did not address the Central Europe missile nuclear weapons issue until the end of the 1980s. Our findings were never incorporated in any Warsaw Pact forces estimate. It remained a desk-level intelligence analysts' intramural battle.“⁹⁴³

Die westlichen MVM kannten zwar größtenteils die Dislozierung, Struktur und Aufgaben der RTB und BRTB der GSSD/WGT, konnten aber die Existenz von Nuklearwaffen nie zweifelsfrei belegen – vorbehaltlich eventuell erfolgreicher MASINT-Operationen. Für die Aufklärung von Nuklearwaffen kooperierte USMLM auch mit dem Joint Atomic Energy Intelligence Committee (JAEIC). Tuten kritisiert, dass Erkenntnisse über die Existenz der sowjetischen Nuklearwaffen nie ernsthaft Einzug in wichtige NATO-Dokumente hielten: „Our findings were never incorporated in any Warsaw Pact forces estimate. It remained a desk-level intelligence analysts' intramural battle.“⁹⁴⁴

⁹⁴⁰ Transkribiertes Akronym aus: отдельный ракетно-парковый дивизион (ОПД).

⁹⁴¹ CIA Reading Room: CIA, Soviet Military Rear Services in East Germany, Februar 1984, S. 23f. Tatsächlich hatten die ORPD, von denen es zudem nur zwei in der DDR gab, eine andere Aufgabe: Sie hätten die nuklearen Gefechtsköpfe aus den beiden RTB in Stolzenhain und Lychen den Raketeneinheiten der NVA zugeführt.

⁹⁴² Diese Kontroverse bestätigt auch ein ehemaliger Angehöriger von USMLM und CAD-B, E-Mail-Verkehr September 2019.

⁹⁴³ Tuten, The Case of the Hidden Nukes, S. 4.

⁹⁴⁴ Ebd.

f. Das Wissen des BND über sowjetische Nuklearwaffen in der DDR

Die Jahresberichte der BND-Militäraufklärung geben Aufschluss über den Kenntnisstand des BND über sowjetische Nuklearwaffenlager in der DDR. Im Jahresbericht 1981 werden mögliche „SonderMunLager (atomar)“, also Sondermunitionslager genannt: jeweils drei in Polen und in der ČSSR sowie eines in Ungarn. Damit sind ausnahmslos die unterirdischen Nuklearwaffenlager gemeint, die die CIA als Typ VII (T-7) führte. Über Sondermunitionslager in der DDR heißt es nur: „Die Bearbeitung ist noch nicht abgeschlossen.“⁹⁴⁵ Die Erkenntnisse der US-Dienste und USMLM, dass sich womöglich weitaus mehr Nuklearwaffenlager in der DDR befanden, scheint der BND zu Beginn der 1980er Jahre noch nicht verifiziert zu haben. Selbst die der CIA seit etwa 1970 bekannten RTB in Stolzenhain und Lychen waren dem BND demnach nicht bekannt, was kaum zu erklären ist. Die Info des Deserteurs aus Torgau über die 45. BRTB und die dortige Lagerung von nuklearen Gefechtsköpfen waren dem BND nachweislich seit 1979 bekannt. Dass die Informationen 1981 noch in der Bearbeitung war, deutet an, dass der BND bis dahin zu keiner abschließenden Bewertung gekommen war. Erst 1983 schlugen sich neue Erkenntnisse im Jahresbericht nieder:

„Nach Neuerkenntnissen, die im Berichtsjahr [1983] gewonnen wurden, wird die Versorgung der Raketenverbände (SCUD, FROG/SS-21) der WP-Landstreitkräfte mit atomaren Gefechtsköpfen wahrscheinlich aus Sondermunitionslagern im westlichen Vorfeld sichergestellt. Es muß auch vermutet werden, daß auch Sondermunition für Rohrartillerie zusammen mit den Gefechtsköpfen für Raketen gelagert wird.

In der DDR, CSR [ČSSR], POL [Polen] und UNG [Ungarn] wurden insgesamt 9 Sondermunitionslager festgestellt. Die Anzahl der Lager in den jeweiligen Ländern entspricht der Anzahl der nationalen Armeen. Daher kann vermutet werden, daß die von der SOA [Sowjetarmee] betriebenen Lager zur Versorgung der NSWP-Raketenverbände [nicht sowjetische Warschauer Pakt-Streitkräfte] vorgesehen sind.

Der Bedarf der SOA selbst ist wahrscheinlich in den Einrichtungen der jeweiligen Raketen-Technischen-Basis (PRTB) bevorratet.“⁹⁴⁶

⁹⁴⁵ BArch, B 206/156: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht Ost, Jahresabschlussbericht 1981, S. 58.

⁹⁴⁶ BArch, B 206/160: BND, Unterabteilung 33, Militärscher Lagebericht Warschauer Pakt, Entwicklungen und Lagemerkmale, Jahresabschlußbericht 1983, 13.03.1984, S. 181.

Diese Textpassagen ist in vielerlei Hinsicht aufschlussreich: Zum einen verwundert es, dass dem BND nur neun Sondermunitionslager bekannt waren, obwohl die CIA bereits in den 1970er Jahren mindestens 12 solcher Lager erkannt hatte. Ein vollständiger Wissensaustausch hat demnach nicht stattgefunden oder die BND-Analysten waren anderer Ansicht als ihre Partner von CIA, DIA et al. Zum anderen ist es bemerkenswert, dass in dieser Finished Intelligence hervorgehoben wird, dass diese Neuerkenntnisse erst im Berichtsjahr 1983 gewonnen wurden. Der Wissensaustausch zwischen den US-Diensten und dem BND verzögerte sich entweder bis 1983 oder dem BND ist es durch eigene Informationsbeschaffung gelungen, sowjetische Nuklearwaffenlager in der DDR zu identifizieren. Wesentlich ist indes die Erkenntnis des BND, dass die erkannten oder bekannten Nuklearwaffenlager vorrangig die jeweiligen nationalen Streitkräfte versorgt hätten, die Lagerstätten für die sowjetischen Truppen jedoch in den BRTB zu vermuten waren. Dieser Rückschluss hätte theoretisch ab 1979 im Zusammenhang mit dem aus Torgau geflüchteten Fähnrich gezogen werden müssen. Warum er erst im Jahresbericht 1983 auftaucht, kann nur auf eine lange Verifizierung dieses Hinweises zurückzuführen sein oder schlichtweg auf mangelndes Wissensmanagement innerhalb des BND. Der Anlagenband des Jahresberichts 1983, der Tabellen, Übersichten und Karten enthält, verzeichnet in einer Übersichtskarte der DDR lediglich zwei BRTB der GSSD-Landstreitkräfte: Torgau und Bad Freienwalde.⁹⁴⁷

Auf einen Wissensaustausch mit der US-Intelligence Community deutet der Hinweis des BND auf nukleare Artilleriemunition bei der GSSD hin. Noch im National Intelligence Estimate der CIA von 1981 wiesen die Autoren auf die Einführung nuklearfähiger Artillerie hin – jedoch nur im Westen der Sowjetunion. Eine Stationierung solcher Systeme in Mitteleuropa wurde jedoch erwartet.⁹⁴⁸ Einem CIA-Bericht von 1985 ist zu entnehmen: „The Soviets have stationed nuclear artillery in Central Europe only in the past few years.“⁹⁴⁹ Die Erkenntnis über nuklearfähige Artilleriesysteme in der GSSD erhielt die US-Intelligence

⁹⁴⁷ BArch, B 206/161: BND, Unterabteilung 33, Militärscher Lagebericht Warschauer Pakt, Darstellung des Bedrohungspotentials, Jahresabschlußbericht 1983, Anlage C5, Bl. 38.

⁹⁴⁸ CIA Reading Room: CIA, National Intelligence Estimate on Warsaw Pact Forces Opposite NATO, 07.07.1981, S. 20-23. Siehe auch: CIA Reading Room:

⁹⁴⁹ CIA Reading Room: CIA, Research Paper on Warsaw Pact Tactical Forces. Capabilities and Readiness for Nuclear War, Juni 1985, S. 16.

Community demnach zwischen 1981 und 1985, also etwa zur selben Zeit, wie der BND dies in seinem Jahresbericht erwähnt.

Erst im Jahresbericht 1988 präzisierte der BND seine Angaben über „Lagermöglichkeiten für Atomsprengkörper“: In der DDR würden wahrscheinlich 192 Gefechtsköpfe für SCUD und 256 für FROG/SCARAB gelagert. Die Kapazitäten in der ČSSR, Polen und Ungarn wurden mit deutlichen höheren Zahlen angegeben. Das zeigt, dass der BND immer noch die Lagerkapazität der zum Ende der 1960er Jahre errichteten, unterirdischen T-7-Bunker zu Grunde legte, um damit den nuklearen Vorrat der 1. sowjetischen Front zu berechnen. Lagerbestände für nukleare Rohrartillerie seien nicht erkannt worden. Diese Einschätzung von 1988 widersprach den Angaben vom Jahresbericht 1983, wonach die erkannten Sondermunitionslager die jeweils nationalen Rakentruppen versorgen sollten und die nukleare Bevorratung für die sowjetischen Truppen in den BRTB zu vermuten war. Davon ist im Jahresbericht 1988 überraschenderweise nichts mehr zu lesen, im Gegenteil: „Es handelt sich bei diesen Lagerbeständen wahrscheinlich um den Gesamtbestand an verfügbaren Atomsprengkörpern einschließlich des Nachladebestandes.“⁹⁵⁰ Die Angaben im Jahresbericht 1989 weisen keine nennenswerten Unterschiede zum Vorjahresbericht auf.⁹⁵¹ Dabei werden in der Dislozierungskarte im Anlagenband zum Jahresbericht 1988 neue BRTB der GSSD geführt, so jene in Wurzen, Templin⁹⁵² und Wulkow. Die BRTB in Hohenleipisch und Zeithain wurden fälschlicherweise als RTB der Flugabwehrraketentruppe geführt.⁹⁵³ Dennoch wurden die neuen BRTB-Standorte nicht mit Sondermunitionslagern gleichgesetzt.

Es bleibt unklar, warum der BND die nukleare Infrastruktur der GSSD/WGT so inkonsistent und teilweise widersprüchlich bewertete. Es drängt sich dabei die Annahme auf, dass der BND diesen speziellen Aspekt der GSSD/WGT nicht vertiefte, sondern lediglich Erkenntnisse der Partnerdienste, insbesondere von amerikanischer Seite, verarbeitete. Doch schienen dabei den BND-Auswertern

⁹⁵⁰ BArch, B 206/170: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht 1988, Entwicklungen und Lagemerkmale, Warschauer Pakt, 10.04.1989, S. 285f.

⁹⁵¹ BArch, B 206/172: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht 1989, Entwicklungen und Lagemerkmale, Warschauer Pakt, 03.04.1990, S. 287f.

⁹⁵² Gemeint ist wahrscheinlich Vogelsang.

⁹⁵³ BArch, B 206/171: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht 1988, Darstellung des Bedrohungspotentials Warschauer Pakt, 10.04.1988, Anlage C8, Bl. 57.

Fehler unterlaufen zu sein. Möglicherweise hat sich hier auch die Personalfuktuation der (General-)Stabsoffiziere negativ auf eine beständige Analysefähigkeit der Unterabteilung 33 ausgewirkt.

3. Abzug sowjetischer Mittelstreckenraketen 1988

a. Raketenabrüstung im Rahmen von INF

An der nuklearen Infrastruktur der DDR hat sich bis zum Ende der 1980er Jahre wenig geändert – mit Ausnahme der zeitlichen begrenzten Stationierung von SS-12 und SS-23 Mittelstreckenraketen.⁹⁵⁴ Der am 8. Dezember 1987 zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Staatschef Gorbatschow unterzeichnete INF-Vertrag sah die Verschrottung von landgestützten Mittelstreckensystemen innerhalb von drei Jahren vor.⁹⁵⁵ Neben den in der Friedensbewegung bekanntgewordenen Mittelstreckenraketen SS-20 (die sich nie in der DDR befanden!) fielen auch zwei weitere sowjetische Systeme unter INF-Vertrag, die in der DDR stationiert waren: zum einen die SS-12 „Scaleboard“ mit bis zu 900 Kilometer Reichweite, zum anderen die SS-23 „Spider“ mit bis zu 450 Kilometer Reichweite. Mit den Trägersystemen wurden 1988 auch die entsprechenden nuklearen Gefechtsköpfe abgezogen, der sowohl von den westlichen Nachrichtendiensten und den MVM als auch vom MfS beobachtet wurde.⁹⁵⁶

b. Aufklärung sowjetischer Nuklearwaffentransporte durch das MfS

Während die westlichen Dienste und die drei MVM der Westmächte an einer Verifikation des Abzugs der SS-12-Systeme interessiert waren und somit die Einhaltung des INF-Vertrags überwachten, war das das MfS zwar auch an der nuklearen Infrastruktur der GSSD/WGT interessiert, jedoch aus anderen Gründen. Mit Beginn der Stationierung der SS-12-Syteme fiel die operative Absicherung der sowjetischen neuen Raketeneinheiten in die Zuständigkeit der Hauptabteilung II

⁹⁵⁴ Zu den Erkenntnissen der US-Nachrichtendienste über die Ankunft der SS-12-Einheiten in der DDR 1984 siehe: Tuten, *Making the (Right) Connections*, 2006, S. 26f.

⁹⁵⁵ Siehe auch: Sascha Gunold, *INF-Vertrag. Abrüstung atomarer Mittelstreckenraketen*, in: *Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung* (2018), S. 21f; Dieter Budde, *Abrüstung, Entwaffnung und Rüstungskontrolle. Politische und strategische Aspekte Auswirkungen auf Deutschland*, München/Bückerburg 2000, S. 403–414.

⁹⁵⁶ Für Details des Abzugs der nuklearen Gefechtsköpfe der der SS-12 und SS-23 siehe: Karthe, Schuster, *Tarnname "Kolybel"*, 2016, S. 147f; Reinhardt, *Geschichte(n) aus dem Kalten Krieg*, 2018, S. 33–38.

(HA II), Spionageabwehr. Diese Operation erhielt den Namen Sicherungskomplex „Antwort“.⁹⁵⁷

Die nachrichtendienstliche Absicherung der nuklearen Infrastruktur durch das MfS, hier vor allem der neu aufgestellten BRTB sowie die Überwachung der Transporte von nuklearen Gefechtsköpfen war dabei besonders sensibel und führte so zu einer ungewöhnlichen Konstellation, in der das MfS die GSSD nachrichtendienstlich aufklärte, gemäß der Logik: Wenn das MfS die sowjetischen Nuklearwaffen aufklären kann, dann gelinge dies auch der westlichen Militäraufklärung. Vor diesem Hintergrund fanden auch seit Dezember 1983 mit Stationierung der 152. Raketenbrigade in Waren/Müritz regelmäßige Strahlenmessungen im Umkreis der Stationierungsorte der SS-12-Einheiten statt.⁹⁵⁸ In Bericht der Abteilung Operativ-technischer Sektor (OTS) des MfS heißt es: „Die Ergebnisse der Kontroll- und Überwachungsaufgaben (Strahlenschutz) im Jahre 1986 zeigen, daß der Gegner mit Hilfe einfacher, integrierend arbeitender Pegelmeßtechnik auch durch Mehrfachmessungen kaum in der Lage ist, Rückschlüsse auf die in den ‚Antwort‘-Objekten befindlichen Nuklearwaffen zu ziehen und diese zu erkennen, sofern ein Abstand von etwa 100m und/oder entsprechende Abschirmungen gewährleistet ist/sind.“ Dies sei jedoch möglich, wenn unter „kalkulierbaren günstigen meteorologischen Bedingungen“ Bodenproben genommen würden. Damit könne der Gegner, „durch laufende Kontrollen die Bereitschaft der Feuerstellungen teilweise, jedoch relativ ungenau, ermitteln [...]“.⁹⁵⁹ Der Bericht des darauffolgendes Jahres stellt noch einmal heraus, dass „der Gegner“ auch 1985 nicht in der Lage gewesen sei, „eine Aussage über den in den Objekten befindlichen Nuclearwaffen zu erhalten.“ Die Abteilung OTS verweist gleichzeitig aber den Unterschied zu den Transport von Nuklearwaffen: „Diese Aussage hat für Transporte zur Umsetzung der Nuclearwaffen keine Gültigkeit [...]“.⁹⁶⁰ Hierzu passt ein Bericht der HA II von 1984 im Rahmen des

⁹⁵⁷ BStU, MfS HA II, Nr. 23837: Arbeitsvereinbarung zwischen der Veraltung der Sonderabteilung des KfS der UdSSR bei der GSSD und der Hauptabteilung II des MfS der DDR zur Weiterführung des Sicherungskomplexes „Antwort“, 09.04.1985, Bl. 1-7; Für Hintergründe zur Aufklärung der SS-12-Einheiten durch westliche Nachrichtendienste und MVM sowie zur Spionageabwehr des MfS siehe: Karthe, Schuster, Tarnname "Kolybel", 2016, S. 105–121.

⁹⁵⁸ Ebd., S. 105–107.

⁹⁵⁹ BStU, MfS OTS, Nr. 2290: OTS, Sicherungskomplex „Antwort“, Kontroll- und Überwachungsaufgaben, Jahresbericht 1984, Bl. 12.

⁹⁶⁰ BStU, MfS OTS, Nr. 2290: OTS, Sicherungskomplex „Antwort“, Kontroll- und Überwachungsaufgaben, Jahresbericht 1985, 10.12.1985, S. 9, Bl. 28.

Sicherungskomplexes „Antwort“, indem positive Messungen des Strahlenpegels von vorbeifahrenden SS-12-Einheiten auf dem Straßenmarsch bewertet werden: „Der Gegner kann mit Hilfe einfacher Meßtechnik [...] feststellen, ob es sich um eine Raketeneinheit handelt, die Kernsprengköpfe mitführt oder nicht.“⁹⁶¹ Nicht unbedingt die Nuklearwaffenlager, sondern die Transporte von Nuklearwaffen boten somit gegnerischen Nachrichtendiensten Einfallstore. Entsprechend erkannte das MfS Handlungsbedarf bei der Absicherung derselben.

c. „Sondertransporte mit erhöhten Sicherheitserfordernissen“

Den Abzug der nuklearen Gefechtsköpfe aus den BRTB der SS-12-Brigade im Raum Königsbrück nahm das MfS zum Anlass, erneut Strahlenmessungen an den vorbeifahrenden Zügen durchzuführen.⁹⁶² Doch nicht nur Sprengköpfe von Mittelstreckenraketen wurden zu jener Zeit durch die DDR transportiert. Regelmäßig tauschte die 12. Hauptverwaltung des sowjetischen Verteidigungsministeriums auch die übrigen nuklearen Sprengköpfe, Bomben oder Artilleriegranaten aus – und das seit Beginn der Stationierung der ersten Kernwaffen in der DDR 1959. Drei Jahrzehnte später waren also auch jene Sondertransporte Ziel der technischen Aufklärung des MfS, die die übrigen BRTB der GSSD ansteuerten, wie in Halle und Altengrabow.⁹⁶³ Das MfS beschrieb 1988 die Sondertransporte:

⁹⁶¹ BStU, MfS HA II, Nr. 23837: HA II, Bericht über Messungen des Strahlenpegels an vorbeifahrenden operativ-taktischen Raketen am 13.09.1984, in der Zeit von 0.00-0.45, vom Objekt „Gans I“ und „Gans II“, undatiert, Bl. 60f.

⁹⁶² Der Transport mit der Zugnummer 81900 wurde am 18.02.1988 an einem Bahndamm im Bezirk Frankfurt/Oder Strahlenmessungen durchgeführt. Ergebnis: „Während der Vorbeifahrt des o.g. Zuges konnte mit allen 3 eingesetzten Meßgeräten eine Erhöhung des Strahlenpegels festgestellt werden.“ Siehe: BStU, MfS HA II, Nr. 24232: MfS, Technische Untersuchungsstelle, Untersuchungsbericht, 29.02.1988, S. 2, Bl. 8.

⁹⁶³ Am 19.03.1988 wurden an GSSD-Sondertransporten Strahlenmessungen vorgenommen, die zuvor in den Anschlussgleisen der GSSD in Halle/Nietleben und Altengrabow beladen wurden. Siehe: BStU, HA XIX, Nr. 8596: Ergänzungsinformation, Militärtransporte der GSSD am 19.3.1988 mit besonderen Sicherheitserfordernissen, 17.03.1988, Bl. 58. Demgemäß wurden die beiden Züge aus Halle und Altengrabow in Frankfurt/Oder vereint, um danach an die Polnische Staatsbahn übergeben zu werden. Dies entsprach der üblichen Praxis bei Nuklearwaffentransporten. Vgl.: Bossig, Deutsche Reichsbahn und Landesverteidigung, 2019, S. 92–95. Am 19.03.1988 gelang dem MfS jedoch nur die Messung des Transportes 88918, Transportnummer der GSSD 63/16006, aus Altengrabow: „Während der Vorbeifahrt des Zuges 2 [aus Altengrabow] konnte mit zwei eingesetzten Meßanordnungen eine Erhöhung der Nulleffektsimpulsrate festgestellt werden. [...] Daraus ist zu schlußfolgern, daß etwa 5 Waggons unterschiedlich mit radioaktiven Stoffen im Zug beladen waren.“ Siehe: BStU, MfS HA II, Nr. 24232: MfS, Technische Untersuchungsstelle, Untersuchungsbericht, 30.03.1988, S. 2f, Bl. 14f.

„Auf den Schienenwegen der Deutschen Reichsbahn erfolgen jährlich mehrmals Transporte von Kernmaterial der GSSD. Diese werden vom Oberkommando der GSSD beim Ministerium für Verkehrswesen der DDR, Bereich ‚Spezielle Transport- und Bauaufgaben‘ als Sondertransporte mit erhöhtem Sicherheitserfordernis avisiert, ohne jedoch über diese spezielle Ladung zu informieren. [...] die Ankunft dieser Züge am Zielort [hat] bei Dunkelheit zu erfolgen [...]. [...] Diese Züge würden von Begleitmannschaften der Sowjetarmee bewacht.“⁹⁶⁴

Nachdem dem MfS klar war, wie sowjetische Nuklearwaffentransporte grundsätzlich zu erkennen waren, galt es dann, deren Aufklärung durch Strahlungsmessgeräte zu bewerten. Hierbei kam die technische Aufklärung des MfS zu der Erkenntnis, dass die strahlende Ladung „vom Feind“ bis zu einer Entfernung von 100 Meter zum Gleis nachweisbar sei. Die Spionageabwehr des MfS betont daher noch einmal die Möglichkeiten der westlichen Militäraufklärung – somit auch die operativen Möglichkeiten der MVM – und das Risiko, welches daraus für die sowjetische Truppen resultierte:

„Damit ist es dem Feind, einschließlich den Militärverbindungsmissionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs objektiv möglich, Schlußfolgerungen in bezug auf die Art der transportierten Gefechtsköpfe abzuleiten, Transporte von Nuklearwaffen auf dem Schienenweg zu kontrollieren und entsprechende Lagerorte in der DDR aufzuklären.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß die drei westlichen Militärverbindungsmissionen intensive Aufklärung an Magistralen und Knotenpunkten des Eisenbahnverkehrs in der DDR durchführen. Dabei kann mit dem verdeckten Einsatz von Kernstrahlungsmeßgeräten gerechnet werden.“⁹⁶⁵

Die Transporte von nuklearen Gefechtsköpfen bargen also nach Einschätzung des MfS die größte Chance für westliche Dienste und die MVM, Informationen über die nukleare Infrastruktur in der DDR zu gewinnen. So lagen dem MfS 1988 Hinweise auf Spezialtechnik bei den westlichen MVM vor, möglicherweise auch

⁹⁶⁴ BStU, MfS HA II, Nr. 24232: MfS, HA II 4, Sicherheitsrelevante Aspekte im Zusammenhang mit Nuklearwaffentransporten der GSSD in der DDR, undatiert (wahrscheinlich Frühjahr 1988), S. 1, Bl. 16.

⁹⁶⁵ Ebd., S. 2, Bl. 17.

„zur Registrierung von Kernwaffentransporten an bestimmten Militärtrassen [...]“⁹⁶⁶

Selbst die Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn und der Rangierbahnhöfe wurden Gegenstand von „operativ-technischen Kontrollmaßnahmen“ des MfS: Die Funkaufklärung des MfS, Hauptabteilung III (HA III), sollte im Auftrag der HA XIX herausfinden, ob die Mitarbeiter des Grenzbahnhofs Frankfurt/Oder, auf denen die Nukleartransporte rangiert wurden, interne Informationen offenbarten, „die auf den besonderen Charakter der Sondertransporte schließen lassen.“ Hierzu sollte der Funkverkehr der Rangierer abgehört werden.⁹⁶⁷

Aufschlussreich ist eine Analyse der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder vom Juni 1989, in der die für Militärverkehr zuständige Abteilung XIX die nachrichtendienstlichen Risiken beim Transport von Nuklearwaffen in der DDR zusammenfasst. Aus ihr lassen sich die Erkennungsmerkmale und sonstige Begleitumstände von sowjetischen Nuklearwaffentransporten auf dem Schienenweg ableiten. In der Analyse geht es vor allem um „Regimeabweichungen“ gegenüber gewöhnlichen Güterzügen, also abweichende und systematische Abläufe und Arbeitsschritte bei der Behandlung dieser Transporte, die durch gegnerische Nachrichtendienste erkannt werden könnten. Folgende Auffälligkeiten beurteilte das MfS als relevant: Zum einen wurden für die Sondertransporte – wie auch bei gewöhnlichen Munitionstransporten – Schutzwagen der Deutschen Reichsbahn benötigt. Dies waren in der Regel leere Waggons, die als Aufprallschutz fungieren sollten. Für die Sondertransporte wurden etwa fünf bis sechs Tage vor Ankunft der Züge die Schutzwagen auf dem Rangierbahnhof Frankfurt/Oder bereitgestellt, „wo breite Kreise von Eisenbahnern durch ihre Einbeziehung Kenntnis erhalten.“ Üblicherweise wurden danach die Transporte auf drei Züge verteilt, die dann von Frankfurt/Oder aus zu den entsprechenden Anschlussgleisen fuhren, wo sich die Nuklearwaffenlager befanden. Die Rückführung der Wagen nach Frankfurt/Oder sei meistens vier bis fünf Tage nach Einfahrt der Züge in die DDR abgeschlossen, sodass hier im Ablauf

⁹⁶⁶ BStU, MfS HA II, Nr. 42895: MfS, HA II 4, Zu aktuellen Tendenzen bei der Organisation der Militärsplionage durch imperialistische Geheimdienste und andere feindliche Aufklärungsorgane, 17.08.1988, S. 2, Bl. 164.

⁹⁶⁷ BStU, MfS HA XIX, Nr. 9016: MfS HA XIX an HA III (Funkaufklärung), Durchführung operativ-technischer Kontrollmaßnahmen auf dem Grenzbahnhof Frankfurt/Oder, 17.05.1989, B. 23.

eine gewisse Regelmäßigkeit zu erkennen war. Selbst wiederkehrende Streckenführung und Fahrzeiten ließen eine Systematik erkennen. Ebenso bemängelte das MfS optische Besonderheit: So würde die Bewachung durch mit Maschinenpistolen ausgestatteten sowjetischen Soldaten auf den Waggons erfolgen; Kupplungen und Aufschriften der sowjetischen geschlossenen Güterwagen, Ga-Wagen genannt, seien auffällig; Zwischen einzelnen Waggons seien Telefonleitungen verlegt und während der Fahrt stünden Wachposten auf Wagenplattformen; Auf dem Rangierbahnhof habe nur der sowjetische Bahnhofskommandant das Sagen; Die Waggons seien verplombt und würden einer besonderen Behandlung unterzogen. Auch greift die HA XIX die Ergebnisse der Funkaufklärung der HA III auf: Trotz Einhaltung der Funkdisziplin seien Hinweise auf die „speziellen Transporte“ bekanntgeworden. Zudem seien die ab Frankfurt/Oder aufgeteilten Züge mit etwa 10 bis 12 Waggons sehr kurz im Vergleich zu für gewöhnlich sehr langen Güterzügen der Deutschen Reichsbahn.

Welche Schlüsse zog die HA XIX des MfS daraus? Zunächst konstatierte der Abteilungsleiter kritisch: „Die speziellen Transporte der GSSD sind aufgrund vorgenannter Fakten nicht geheimzuhalten.“ Innerhalb des MfS, aber auch mit den „sowjetischen Tschekisten“ wurden „differenzierte Beratungen“ vorgeschlagen, um die Geheimhaltung bei Nuklearwaffentransporten zu verbessern.⁹⁶⁸ Zwar erkannte das MfS die Einfallstore für die westliche Militäraufklärung, in den Akten der BStU konnte bislang jedoch kein Hinweis darauf gefunden werden, dass die GSSD/WGT beziehungsweise die für Nuklearwaffen zuständige 12. Hauptverwaltung des sowjetischen Verteidigungsministeriums noch zu DDR-Zeiten tatsächlich von den jahrelang praktizierten Verfahrensweisen abwich. Definitiv war die sowjetische Seite, darunter auch die Verwaltung Militärtransportwesens der GSSD/WGT, über die Bedenken des MfS und der Verkehrsdienststellen der DDR informiert. Die Bedenken der HA II und HA XIX steigerten sich durch den Abzug der Mittelstreckenraketen SS-12 und SS-23 seit Februar 1988 und führten im Frühjahr/Sommer 1989 zu einem nochmals verstärkten Interesse des MfS an den Nuklearwaffentransporten der

⁹⁶⁸ BStU, HA XIX, Nr. 9016: BV Frankfurt/Oder, Abteilung XIX, Ergebnisse operativer Maßnahmen im Zusammenhang mit speziellen Transporten der GSSD im Militärverkehr der Eisenbahn vom 19.5.89 (Einfahrt in die DDR) und 23.5.89 (Ausfahrt aus der DDR), 16.06.1989, Bl. 12-14.

GSSD/WGT.⁹⁶⁹ Die umfangreichen Dokumentationen der HA XIX des MfS über einzelne Sondertransporte dienen heute als wichtige Wissensquelle über die nukleare Infrastruktur der GSSD/WGT und ihre logistischen Abläufe in den 1980er Jahren.

d. Westliche Nachrichtendienste und MVM

Vor allem beim öffentlichkeitswirksamen Abzug der SS-12 im Februar 1988 waren die westlichen MVM sehr aktiv. Die Details ihrer Aufklärungstätigkeiten, insbesondere in Bezug auf Nuklearwaffen und Raketentechnik, lassen sich noch nicht umfangreich nachzeichnen. Das MfS beschrieb die Aktivitäten der westlichen „Militärspionage“ im Februar 1988, also beim Abzug der SS-12 aus der DDR, wie folgt:

„Der spezifische Eisenbahn-Militärtransport (Sprengköpfe) hatte bereits am 18.2.1988 die Staatsgrenze der DDR ohne Vorkommnisse passiert. Nach Mitteilung einer befreundeten Dienststelle [vmtl. KGB oder GRU, d.Verf.] befanden sich am 18.2.1988 19 Aufklärungsflugzeuge, darunter 4 AWACS, im Einsatz. Diese ungewöhnlich hohe Anzahl wird der befreundeten Dienststelle mit diesem spezifischen Transport in Zusammenhang gebracht. [...]

Die Aufklärungsaktivitäten der westlichen Militärverbindungsmissionen konzentrierten sich bisher auf Beobachtungs- und Dokumentationshandlungen an Bahnlinien, über welche die Rückführungstransporte erfolgten (z.B. Bahnlinien Königsbrück-Frankfurt und Waren-Neustrelitz.“⁹⁷⁰

Zwar können AWACS-Flugzeuge keine Nuklearwaffentransporte aufklären oder überwachen, dennoch schienen verstärkt Aufklärungsmittel der NATO und westlicher Nachrichtendienste zum Einsatz gekommen zu sein, um den Abzug der Nukleargefechtsköpfe genaustens zu beobachten. Das impliziert auch, dass die westlichen Dienste auf den Tag genau wussten, wann die Sondertransporte durch

⁹⁶⁹ Siehe z.B. Verweis auf persönliche Auswertung von Dienststellenleitern des Verkehrsministeriums der DDR mit dem Leiter der Verwaltung Militärtransportwesen beim Oberkommando der WGT, Generalmajor Abramow 1989: BStU, HA XIX, Nr. 8596: MfS, HA XIX, [Information] über die durchgeführten Sondertransporte der Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte (WGS) mit erhöhten Sicherheits- und Geheimhaltungserfordernissen, 26.10.1989, Bl. 6, handschriftlich kommentiert mit: „I[n]fo. wurde Freunden übergeben“. Im Mai 1989 fanden Besprechungen zwischen Mitarbeitern des MfS und KGB in Potsdam statt, um operative Risiken der „speziellen Transporte“ zu erörtern. Siehe: MfS, HA XIX, Nr. 9016: Vermerk HA XIX, undatiert (ca. Juni 1989), Bl. 18.

⁹⁷⁰ BStU, MfS HA II, Nr. 3818: HA II, Auswertungs- und Kontrollgruppe, Monatsübersicht zur politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich, Februar 1988, 09.03.1988, Bl. 5.

die DDR fahren würden, da ein derart umfangreicher Einsatz von Luftaufklärungsmitteln einer entsprechenden Vorbereitung und Koordinierung bedurfte. Der Abzug der nuklearen Gefechtsköpfe war zwar de facto im INF-Vertrag impliziert, jedoch nicht explizit ausgewiesen. Daher, aber auch aus Sicherheitsgründen, wurde von sowjetischer Seite kein Datum öffentlich genannt, an dem die Sondertransporte durchgeführt wurden. Die westlichen Dienste und die MVM mussten demzufolge auf anderem Wege an diese Information gelangt sein. Die westlichen MVM nutzen sodann ihre Bewegungsfreiheit, um – möglicherweise auch mit Unterstützung durch spezielle technische Aufklärungsmittel – den Abzug der Mittelstreckenraketen und ihrer nuklearen Sprengköpfe zu beobachten.

Die Bewegungen von Raketen- und raketentechnischen Einheiten interessierten die westlichen MVM grundsätzlich. Die Beobachtung eines Fahrzeugmarsches von Nukleareinheiten konnte neue Informationen über deren Struktur, Ausrüstung oder sonstige Merkmale liefern. Das MfS verwies beispielsweise auf einen im Mai 1989 durchgeführten Nuklearwaffentransport, der von BRIXMIS beobachtet wurde.⁹⁷¹ Im selben Monat verwies ein Oberst der sowjetischen Militärabwehr des KGB auf den Einsatz von gegnerischer Messtechnik bei GSSD-Eisenbahntransporten hin: „Genosse Oberst A[...] teilte hierzu mit, daß von ihrer Seite Gegenmaßnahmen zur Feststellung von Feindtechnik an der Eisenbahnstrecke vorgesehen sind. Nach seinen Angaben besitzen sie Informationen über die wahrscheinliche Existenz solcher Feindtechnik, die Stoßmessungen (Erschütterungen) sowie Messungen über magnetische und radioaktive Strahlung aufnimmt und in Funkimpulse umsetzt.“ Das MfS wurde angehalten, Fahrzeuge der MVM auf ausgewählten Knotenbahnhöfen festzustellen.⁹⁷²

Es ist nicht bekannt, inwieweit sich der BND bei der Verifizierung des Abzugs der sowjetischen Mittelstreckensysteme aus der DDR beteiligte. Der BND nahm dabei anscheinend eine eher passive, rezeptive Rolle ein. Ihm genügten offenbar die Informationen der Partnerdienste. Der Jahresbericht der BND-Militärauswertung von 1988 erwähnt den Abzug der SS-12 aus der DDR: „Die im

⁹⁷¹ BStU, HA XIX, Nr. 9016: BV Frankfurt/Oder, Abteilung XIX, Ergebnisse operativer Maßnahmen im Zusammenhang mit speziellen Transporten der GSSD im Militärverkehr der Eisenbahn vom 19.5.89 (Einfahrt in die DDR) und 23.5.89 (Ausfahrt aus der DDR), 16.06.1989, Bl. 2.

⁹⁷² BStU, HA XIX, Nr. 8594: HA XIX, Vermerk über die Absprache mit Genossen A., Verwaltung der Sonderabteilungen Militärabwehr des KfS, Bl. 42f.

Zuge der Nach-Nachrüstung 1984 aus der Sowjetunion in die DDR vorverlegten zwei Raketenbrigaden SS-12/22 (SCALEBOARD) wurden als Folge des INF-Vertrages beginnend ab Ende Januar 1988 in die UdSSR abgezogen.⁹⁷³ Hinsichtlich der Sondermunitionslager notierten die Auswerter: „die für SS-12/22 SCALEBOARD und SS-23-SPIDER gelagerten Gefechtsköpfe sind wahrscheinlich im Rahmen des INF-Vertrages mit abgezogen worden.“⁹⁷⁴ Es bestand also theoretisch noch die Möglichkeit, dass ausschließlich die Trägersysteme, nicht aber die nuklearen Gefechtsköpfe die DDR verlassen hatten. Dass die Gefechtsköpfe ohne die dazugehörigen Träger in der DDR blieben, ist jedoch eher unwahrscheinlich.

Die Militärauswertung des BND blieb auch 1989 skeptisch, ob die Abrüstungsinitiativen tatsächlich Auswirkungen auf die Planungen zum Nuklearkrieg haben würden, auch wenn sich die „Präferenz für nicht-nukleare Operationen mittlerweile eindeutig durchgesetzt [haben], allerdings nach wie vor ohne einseitige Hinwendung zu einem rein konventionellen Kriegsbild. [...] Allerdings läßt die Aussicht auf weitreichende Abrüstungsschritte im konventionellen Bereich mit dem möglichen Verlust der Invasionsfähigkeit in Europa es als möglich erscheinen, daß die Sowjetunion ihre bisherige offizielle Haltung zur nuklearen Abschreckung ändert.“⁹⁷⁵

e. Unentdeckte SS-23 der NVA

Obwohl die westlichen Nachrichtendienste und MVM intensiv den Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der DDR beobachteten und verifizierten, ist in diesem Kontext auch eine klare Fehlleistung der westlichen Intelligence Community zu attestieren: Während die GSSD ihre SS-23-Systeme gemäß INF-Vertrag aus der DDR abziehen musste, behielt die NVA ihre SS-23 sowie die dazugehörigen konventionelle Kassettengefechtsköpfe. Dass die NVA über ein solches Hochwertssysteme verfügte, war westlichen Nachrichtendiensten nicht einmal bekannt. Ein Rechtsbruch lag nicht vor, da die DDR kein INF-Vertragspartner war. Dennoch verfügte die NVA damit über ein modernes

⁹⁷³ BArch, B 206/170: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht 1988, Entwicklungen und Lagemerkmale, Warschauer Pakt, 10.04.1989, S. 249.

⁹⁷⁴ Ebd., S. 285.

⁹⁷⁵ BArch, B 206/172: BND, Militärischer Lagebericht 1989, Entwicklungen und Lagemerkmale, S. 63.

Waffensystem, das der NATO verborgen geblieben war. Offenbar schenkten die westlichen Dienste und die MVM der NVA zu wenig Aufmerksamkeit. Erst am 31. Januar 1990 gab das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung der DDR bekannt, dass sich im Bestand der NVA, genauer gesagt in der 5. Raketenbrigade in Demen, eine Abteilung SS-23 „Spider“ befand. Dazu gehörten auch 24 Träger. Diese Bekanntmachung sorgte bei den westlichen Diensten aber auch im BMVg für große Überraschung.⁹⁷⁶

Ob eine sowjetische BRTB nukleare SS-23-Gefechtsköpfe in der DDR für die NVA-Raketen weiter bereithielt, obwohl die SS-23 der GSSD bereits abgezogen waren, ist theoretisch denkbar. Dirk Reinhardt, der sich intensiv mit der BRTB in Altenhain auseinandergesetzt hat, kommt allerdings zu einem anderen Ergebnis: Wie er unter anderem den Überlieferungen der HA XIX des MfS entnehmen konnte, gab es auffällige Sondertransporte von und zur BRTB Altenhain, die die mit SS-23 ausgestattete 11. Raketenbrigade der GSSD in Weißenfels mit nuklearen Gefechtsköpfen versorgt hätte. Demnach wurden die SS-23-Gefechtsköpfe am 23. Juli 1988 abgezogen und am 29. Oktober 1988 durch Gefechtsköpfe für das System SCUD ersetzt.⁹⁷⁷ Durch ihre geringe Zielabweichung besaß das System SS-23 auch mit konventionellen Gefechtsköpfen noch immer einen hohen Einsatzwert. Insofern blieben die SS-23 auch ohne nukleare Einsatzkomponente eine ernstzunehmende Bedrohung für die NATO – gewusst hatte sie davon aber nichts.

f. Abzug von Nuklearwaffen zwischen 1989 und 1990

Bei der Auswertung der von der HA XIX des MfS dokumentierten Sondertransporte der WGT fiel eine Verdichtung dieser Transporte zwischen September und Dezember 1989 auf. Sogar die RTB in Stolzenhain, die sonst

⁹⁷⁶ Großer, Raketentruppen der NVA-Landstreitkräfte, 2012, S. 318–324; Zeitzeugengespräch mit General a.D. Harald Kujat, 11.06.2018.

⁹⁷⁷ Reinhardt, Geschichte(n) aus dem Kalten Krieg, 2018, S. 37f.

seltener in den Dokumenten auftaucht,⁹⁷⁸ wurde am 15. Dezember 1989 – neben den BRTB-Standorten Altengrabow, Altenhain und Bad Freienwalde – von den Sonderzügen angefahren. Wie bei Nuklearwaffentransporten üblich, erfolgte auch hier die Zusammenstellung aller Einzelzüge in Frankfurt/Oder und erst danach die Weiterfahrt bis nach Brest, wo der Übergang von Normalspur auf das sowjetische Breitspurschienennetz erfolgte.⁹⁷⁹ Möglicherweise sind diese Transporte Hinweise auf einen frühzeitigen Teilabzug von sowjetischen Nuklearwaffen aus der DDR infolge der politischen Entwicklungen vor und nach dem Mauerfall.

Nach Dezember 1989 endet die Dokumentation von Nuklearwaffentransporten durch das MfS beziehungsweise AfNS. Diese ansonsten wertvolle Quelle für die Erforschung der Geschichte der Nuklearwaffen in der DDR versiegt mit der Auflösung des MfS. Bis auf die Deutsche Reichsbahn und das Militärtransportwesen der NVA war keine weitere deutsche Stelle mehr für Militärtransporte der WGT zuständig. Zwar blieben westliche Dienste und MVM weiter aktiv, hinterließen aber bislang keine verwertbaren Dokumente oder Hinweise auf gezielte Aufklärung von Nuklearwaffentransporten. Inwiefern 1990 der Abzug von sowjetischen Nuklearwaffen möglicherweise fortgesetzt wurde, erst einsetzte oder gar im Ergebnis der Unzufriedenheit der sowjetischen Staatsführung über die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen verzögert oder unterbrochen wurde, ist vorläufig ungeklärt. Auch aus der Berichterstattung des BND ergeben sich dafür keine weiteren Hinweise. Ehemalige Mitarbeiter von USMLM konnten sich an Nuklearwaffentransporte im Jahr 1990 nicht erinnern.⁹⁸⁰ Kam es 1990 zu weiteren

⁹⁷⁸ In der Regel wurden in den Dokumenten der HA XIX des MfS nur die Ziel- oder Abfahrtsbahnhöfe beziehungsweise Anschlussgleise der GSSD/WGT-Liegenschaften genannt, jedoch nicht explizit Truppenteile. Das Dokument vom Dezember 1989 (siehe nächste Fußnote) bezieht sich jedoch auf Truppenteile der WGT – also die BRTB und RTB, wobei Stolzenhain genannt wird. Die RTB in Stolzenhain sowie die RTB in Lychen verfügten als einzige Nuklearwaffenlager keine eigenen Bahnschlüsse. Für die RTB Stolzenhain erfolgte der Verladung der Nuklearwaffen in einem Anschlussgleis bei Altes Lager/Jüterbog, circa 18 Kilometer nordwestlich von Stolzenhain, wahrscheinlich in der Liegenschaft des Munitionslagers (ehem. Munitionsanstalt) Altes Lager. Von dort aus wurden die Gefechtsköpfe wahrscheinlich mit speziellen Transportfahrzeugen nach Stolzenhain gebracht. Für die RTB in Lychen erfolgte der Verladung der Gefechtsköpfe und Bomben in einem Anschlussgleis in Lychen, jedoch circa 5 Kilometer östlich der Liegenschaft.

⁹⁷⁹ BStU, HA XIX, Nr. 8492: MfS/AfNS, HA XIX, Über die Gewährleistung der Spionageabwehr bei Sondertransporten (Übersetzung aus dem Russischen), 04.12.1989, Bl. 8. Für Transporte zwischen September und Dezember 1989 siehe: BStU, HA XIX, Nr. 8596: Bl. 1-18.

⁹⁸⁰ Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von USMLM, 2018-2019.

Nuklearwaffentransporten, erfolgten diese wie sonst üblich über die Grenzübergangsstelle in Frankfurt/Oder.

4. Status Quo der sowjetischen Nuklearwaffen in Deutschland 1991

a. Rechtlicher Kontext

Wie also wirkte sich die Frage der Nuklearwaffen auf den Truppenabzug der WGT im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Vertrags und AAV aus? Zwar finden Nuklearwaffen im Zwei-plus-Vier-Vertrag Erwähnung, jedoch geht es dabei um den Verzicht Deutschlands auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen sowie Trägersysteme der Bundeswehr und ausländischer Streitkräfte, die nach Abzug der WGT – also bis heute – nicht im Beitrittsgebiet stationiert werden dürfen. Der Satz „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“ galt daher nicht für die WGT, da sich diese Einschränkung auf die Zeit nach dem Ende des Abzugs der WGT bezieht.⁹⁸¹ Auch das INF-Inspektionsregime spielte für den Großteil der nuklearen Infrastruktur der DDR keine Rolle, da darunter lediglich die sowjetische Raketeneinheiten mit SS-12- und SS-23-Systemen fielen.⁹⁸²

Ebenso wenig resultierte aus dem AAV eine explizite Verpflichtung für die sowjetische Seite, ihre Nuklearwaffen und/oder ihre Träger schnellstmöglich oder innerhalb einer bestimmten Zeitspanne aus Deutschland abziehen. Zwar stellte Fü S III 1 am 8. August 1990 die Forderung nach einem schnellen Abzug der nuklearen Systeme auf und forderte für das erste Halbjahr des Abzugs: „Nuklearfähige Boden-Boden-Systeme einschließlich Munition beginnen sofort mit Stichtag den Abzug (27. Btl-Äquivalente SCUD, 15 Btl-Äquivalente SS-21, 1 schwere Artilleriebrigade. Abschluß mit Ende 1. Halbjahr.“⁹⁸³ Bei den Verhandlungen zum AAV am 24./25. August 1990 in Moskau sei jedoch vom sowjetischen Delegationsmitglied Generalmajor Schurbenko offiziell erklärt worden, „daß ein spezieller Passus im Vertrag [AAV] zu Nuklearwaffen nicht

⁹⁸¹ Zwei-plus-Vier-Vertrag, Art. 3 u. 5, 12.10.1990.

⁹⁸² Bange, Sicherheit und Staat, 2017, S. 491.

⁹⁸³ BArch, MA, BW 2/23148: BMVg, Fü S II 3, Abzugsplan WGT aus Sicht BMVg, 08.08.1990, S. 2f, Zitat S. 5. Der Hinweis „einschließlich Munition“ legt nahe, dass die Vertreter des BMVg eine Präsenz von Nuklearwaffen zu Beginn des Abzugs zumindest nicht ausschlossen.

erforderlich sei, da eine Stationierung nicht gegeben sei.⁹⁸⁴ Inwiefern die deutsche Seite das Thema Nuklearwaffen dezidiert anspricht, ist nicht bekannt. Spätestens mit Vorlage des Gesamtabzugsplan wenige Monate später wurde jedoch klar, dass die sowjetische Seite den Verlauf des Abzugs nach eigenem Ermessen durchführen und auf die deutschen Forderungen wenig Rücksicht nehmen würde. Das Thema Nuklearwaffen wurde daher auf der politischen Ebene zunächst nicht diskutiert.

Um dennoch jedweden Verdacht auf deutscher Seite entgegenzuwirken, hat die WGT auch nach dem 3. Oktober 1990 mehrfach gegenüber der deutschen Seite die Stationierung von Nuklearwaffen dementiert. Beispielsweise äußerte sich dahingehend am 20. Oktober 1990 der sowjetische Leiter der deutsch-sowjetischen Arbeitsgruppe „Planmäßiger Abzug“, Generalmajor Koropkow.⁹⁸⁵ Das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Transport vom 12. Dezember 1990 gibt die Aussage der WGT wieder, „daß die WGT keinerlei radioaktives Material besitzt und daher beim Abzug der sowjetischen Truppen in dieser Hinsicht keine Probleme zu erwarten sind.“⁹⁸⁶ Die WGT wollte die deutsche Seite glauben lassen, dass sich mit Beginn des Abzugs im Januar 1991 keine Nuklearwaffen mehr auf deutschem Boden befänden. Weitere Nachfragen an die WGT zu diesem Thema hätten sich damit – theoretisch – erübrigt. Dies sollte sich nur wenige Monate später als Fehlinformation herausstellen und sogar das Leben eines Bundeswehrsoldaten gefährden. Warum wider besseres Wissen der westlichen Nachrichtendienste – einschließlich des BND – der Abzug der sowjetischen Nuklearwaffen aus Deutschland nicht zum Gegenstand von Verhandlungen wurde, ist auf Grundlage der verfügbaren Quellen noch nicht zu beantworten. Folglich wurden weder die Präsenz noch der Abzug der sowjetischen Nuklearwaffen in Deutschland von irgendeinem multi- oder bilateralen Vertrag berührt. Auch eine Auskunftspflicht gegenüber Deutschland bestand in dieser Sachfrage nicht, ebenso wenig ein Inspektionsrecht für die deutsche Seite.⁹⁸⁷ Um Präsenz und Abzug von sowjetischen Nuklearwaffen in Deutschland zu verifizieren, waren Kanzleramt, Auswärtiges

⁹⁸⁴ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, Lagerung sowj. Nuklearwaffen in der Bundesrepublik Deutschland, 01.10.1991, S. 1.

⁹⁸⁵ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, Vermerk (über Nuklearwaffen der WGT), 02.05.1991.

⁹⁸⁶ BArch, MA, BW 2/25748: Bundesminister für Verkehr an Fü S III 1, Lagerung/Abtransport chemischer Dekontaminationsmittel der sowjetischen Streitkräfte, 14.02.1991, hier: Anlage 1, Auszug Protokoll der Sitzung AG Transport am 18.12.1990, S. 2.

⁹⁸⁷ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, Vermerk für Sts Dr. Wichert (für PKK), 06.06.1991, S. 2.

Amt und das BMVg von eigenen Erkenntnissen des BND, der Bundeswehr oder von Hinweisen der Partnerdiensten abhängig.

b. Hinweise auf sowjetische Nuklearwaffen – März/April 1991

Zu Beginn des Abzugs bestand demnach auf deutscher Seite ein unklares Lagebild, wo und wie viele sowjetische Nuklearwaffen von der WGT gelagert werden. Immerhin hätte hieraus ein diplomatischer Handlungsbedarf entstehen können. Noch am 5. März 1991 habe Burlakow bei einer Pressekonferenz informiert, „daß sich in den Liegenschaften (,Territorium‘) der WGT keine nuklearen Waffen befänden.“⁹⁸⁸ Derweil verdichteten sich beim BND die Hinweise auf die Existenz von Nuklearwaffen in Liegenschaften der WGT. Der militärische Wochenbericht des BND vom 13. März 1991 ging dezidiert auf die Lagerung nuklearer Gefechtsköpfe der WGT-Landstreitkräfte ein:

„Nach vorliegenden Erkenntnissen lagern die WGT-LaSK z. Zt. noch in 12 Munitionslagern nukleare Gefechtsköpfe, für ihre WaSys 9K71 (SCUD-B), TOCHKA (SS-21), 3R12 (FORG-7) sowie nuklearfähige Rohrartillerie, wobei nach Kategorien unterschieden wird:

* Kategorie 1 (Lagerung sehr wahrscheinlich)

- Fürstenberg-Ravensbrück (33U-UU852931)
- Stolzenhain (33U-UT735475)
- Jüterbog (33U-UT606669)

* Kategorie 2 (Lagerung wahrscheinlich)

- Altengrabow (33U-UT065860)
- Dannenwalde (33U-UU767852)
- Hohenleipisch (33U-VT006090)
- Wulkow-Neuruppin (33U-UU604694)
- Zeithain (33U-US832900)

* Kategorie 1 (Lagerung möglich)

- Altenhain (33U-US3999863)
- Oranienbaum (33U-UT167428)
- Torgau (33U-UT574135)

⁹⁸⁸ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, Lagerung sowj. Nuklearwaffen in der Bundesrepublik Deutschland, 01.10.1991, S. 1. Siehe auch: BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, Vermerk (über Nuklearwaffen der WGT), 02.05.1991.

- Wilmersdorf (33U-VT407922)⁹⁸⁹

Diese Auflistung im Wochenbericht nennt die meisten den BRTB der WGT-Landstreitkräfte.⁹⁹⁰ Hier wurde demnach wieder die Muna-These aufgegriffen, wonach in den alten Munitionsanstalten aus Wehrmachtszeiten sowjetische Nuklearwaffen lagerten. Interessant sind die weiteren Ausführungen zu den Sonderwaffenlagern:

„Bisher wurde mehrfach berichtet, daß die Sondermunition der WGT womöglich in Lager in der UdSSR zurückverlegt wurde. In letzter Zeit verdichten sich jedoch die Erkenntnisse, daß zwar mit der Rückverlegung dieser Munition begonnen wurde, aber o.a. Lager noch zur Lagerung für nukleare Gefechtsköpfe genutzt werden.

Noch unbestätigte Informationen weisen sogar darauf hin, daß die nuklearen Gefechtsköpfe in Kasernenanlagen zwischengelagert und im Zeitraum 1991-94 zusammen mit den für die Lagerung verantwortlichen Truppenteilen zurückverlegt werden.“⁹⁹¹

Die genannten vorherigen Meldungen („mehrfach berichtet“) über den bereits erfolgten Abzug von Nuklearwaffen konnten in den Wochenberichten des BND nicht gefunden werden. Möglicherweise handelte es sich dabei um nicht im Archiv überlieferte Einzelmeldungen der BND-Militärauswertung. Dass sich aber in kurzer Zeit der Kenntnisstand des BND in diesem ansonsten defizitären Themenbereich derart geändert hat, ist als Indiz dafür zu sehen, dass die entscheidenden Hinweise von einem Partnerdienst gekommen waren. Dafür sprechen auch die präzisen Koordinaten, mit denen die Standorte der Nuklearwaffenlager angegeben wurden. Wenn die US-Dienste, wozu auch CAD-B zu zählen ist, den BND und die Bundeswehr in die Überwachung der Nuklearwaffenlager einbinden wollten, dann mussten Detailinformationen

⁹⁸⁹ BArch, B 206/386: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 10/91, 13.03.1991, B5, Bl. 52.

⁹⁹⁰ Auf ein Sonderwaffenlager in Jüterbog gibt es keine weiteren Hinweise. Auch in späteren Listen taucht ein Sonderwaffenlager in Jüterbog nicht mehr auf, wird jedoch teilweise synonym für die RTB in Stolzenhain verwendet. Vgl. BND-Liste der Sonderwaffenlager der WGT in: BArch, MA, BW 55/238: DtVKdoWGT/BND, A-Waffenlager der WGT, 26.02.1992. Dort werden 15 Sonderwaffenlager der Landstreitkräfte (BRTB) gelistet, darunter auch die die BRTB in Vogelsang, Halle und Bad Freienwalde, die im BND-Wochenbericht vom 13.03.1991 nicht auftauchen (weil sie möglicherweise noch nicht bekannt waren oder bereits als abgezogen/geräumt galten).

⁹⁹¹ BArch, B 206/386: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 10/91, 13.03.1991, B5, Bl. 52.

ausgetauscht werden. Für den BND erfuhr dieses Thema zwangsläufig eine Neubewertung, da es nunmehr um fremde Nuklearwaffen auf deutschem Boden ging. Hierbei genügte es nicht, ausschließlich von Partnerdiensten informiert zu werden.

Von den Informationen über Nuklearwaffenlager der WGT erfuhr sodann Fü S II.⁹⁹² Am 25. April 1991 vermerkte Fü S II im Rahmen der Vorfälle von Altengrabow, dass „in ALTENGRABOW [...] in der Vergangenheit ein Sonderwaffenlager der WGT erkannt worden [war]. Dort wurden wahrscheinlich die Nukleargefechtsköpfe für die Boden-Boden-FK-Systeme (SCUD/SS 21) der 3. Stoßarmee gelagert.“ Richtigerweise lautet daher der Betreff der Vorlage: „Munitions-Depot/Raketen-Technische Basis ALTENGRABOW“. Fü S II war also die Existenz einer BRTB für taktische Raketen bekannt und zog daraus auch die richtigen Rückschlüsse. In derselben Vorlage von Fü S II heißt es weiter: „Dieses Sonderwaffenlager [Altengrabow] sowie die Mehrheit der 15 weiteren im Bereich der WGT waren nach vorliegenden Erkenntnissen mindestens noch bis vor kurzem in Betrieb. [...] Die C-Munition [Chemiewaffen] ist sehr wahrscheinlich seit einiger Zeit abgezogen, deshalb würde ein Festhalten der A-Sprengköpfe bis zum Abzug der SCUD militärisch Sinn machen.“⁹⁹³ Damit waren die Informationen über sowjetische Nuklearwaffen auf der höchsten Ebene des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr bekannt und konnten nun an nachgeordnete Bereiche weitergegeben werden, insbesondere an die G2-Abteilung im Bundeswehrkommando Ost und Heereskommando Ost, die zu dieser Zeit mit der Aufstellung von Beobachtungstrupps betraut waren.

5. Vorfälle Altengrabow – April 1991

a. Auftrag

Welche militärischen oder nachrichtendienstlichen Mittel schienen geeignet, die Präsenz von sowjetischen Nuklearwaffen im Frühjahr 1991 zu verifizieren? Das

⁹⁹² Fü S II war ohnehin Empfänger der Wochenberichte der Militärauswertung.

⁹⁹³ BArch, MA, BW 2/25752: Fü S II, Vorlage über Informationen über Sonderwaffenlager der WGT in Altengrabow, 25.04.1991, S. 1. Die Gesamtanzahl von 15 Sonderwaffenlagern, die Fü S II in seiner Vorlage nennt, korrespondiert mit der Angabe im BND-Jahresbericht 1991 der Militärauswertung, wonach zwei „Standardlager“ (die „Type VII“-Bunker bei Lychen und Stolzenhain) sowie 14 „verschiedene militärische Einrichtungen der Landstreitkräfte zur Lagerung nuklearer Gefechtsköpfe“ dem BND bekannt waren. Siehe: BArch, B 206/176: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht 1991, Entwicklungen und Lagemerkmale, S. 158.

Heereskommando Ost hatte bereits ab etwa Ende März Beobachtungstrupps im VBK-84 Potsdam aufgestellt und erste Erkundungen durchführen lassen.⁹⁹⁴ Es bot sich daher an, diese auch auf vermutete Nuklearwaffenstandorte anzusetzen. Im Rahmen der Weisung zur Durchführung zur offenen Nachrichtengewinnung über die WGT durften dabei jedoch keine nachrichtendienstlichen Mittel oder Methoden angewandt werden, sodass demnach nur ein Erkunden außerhalb von Sperrgebieten möglich war.⁹⁹⁵ Völlig unklar ist dagegen, inwieweit das Heereskommando Ost oder auch Generalleutnant Schönbohm Risiko und Nutzen gegeneinander abwog bei dem Plan, uniformierte Bundeswehrsoldaten in die Nähe eines sowjetischen Nuklearwaffenlagers Erkundungen durchführen zu lassen. In einem Interview mit der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) stellte Schönbohm, auf diesen Zusammenhang angesprochen, 2017 klar: „Ich habe Soldaten zur Aufklärung [nach Altengrabow] hingeschickt.“⁹⁹⁶

Am 9. April 1991 begab sich ein Beobachtungstrupp des VBK-84 nach Altengrabow, da der BND dort ein Nuklearwaffenlager vermutete.⁹⁹⁷ Die beiden beteiligten Offiziere des Beobachtungstrupps, Oberstleutnant Bornmann und Major Weiß, gaben an: „Wir erhielten am 08.09.91 bei einer Besprechung im WBK VIII [Neubrandenburg] folgende Aufträge: (1) Aufklärung der Verladung von Raketen, ALTES LAGER [Jüterbog], (2) Aufklärung eines unbekanntes Transportes aus BRANDENBURG Richtung ALTENGRABOW[.] Ferner hatten wir einen allgemeinen Aufklärungsauftrag.“⁹⁹⁸ Möglicherweise war dieser spezielle Erkundungsauftrag geheim, dass dies im hier zitierten und nur als Verschlussache eingestuften Befragungsprotokoll nicht erwähnt wurde. Folgender Informationsfluss hat letztlich zur Beauftragung des Beobachtungstrupps des VBK-

⁹⁹⁴ Siehe: IV 5c) Offene Nachrichtengewinnung durch Beobachtungstrupps.

⁹⁹⁵ BArch, MA, BW 55/146: Fü H II 1 an Bundeswehrkommando Ost, Weisung zur Durchführung einer offenen Nachrichtengewinnung über die WGT, 18.02.1991.

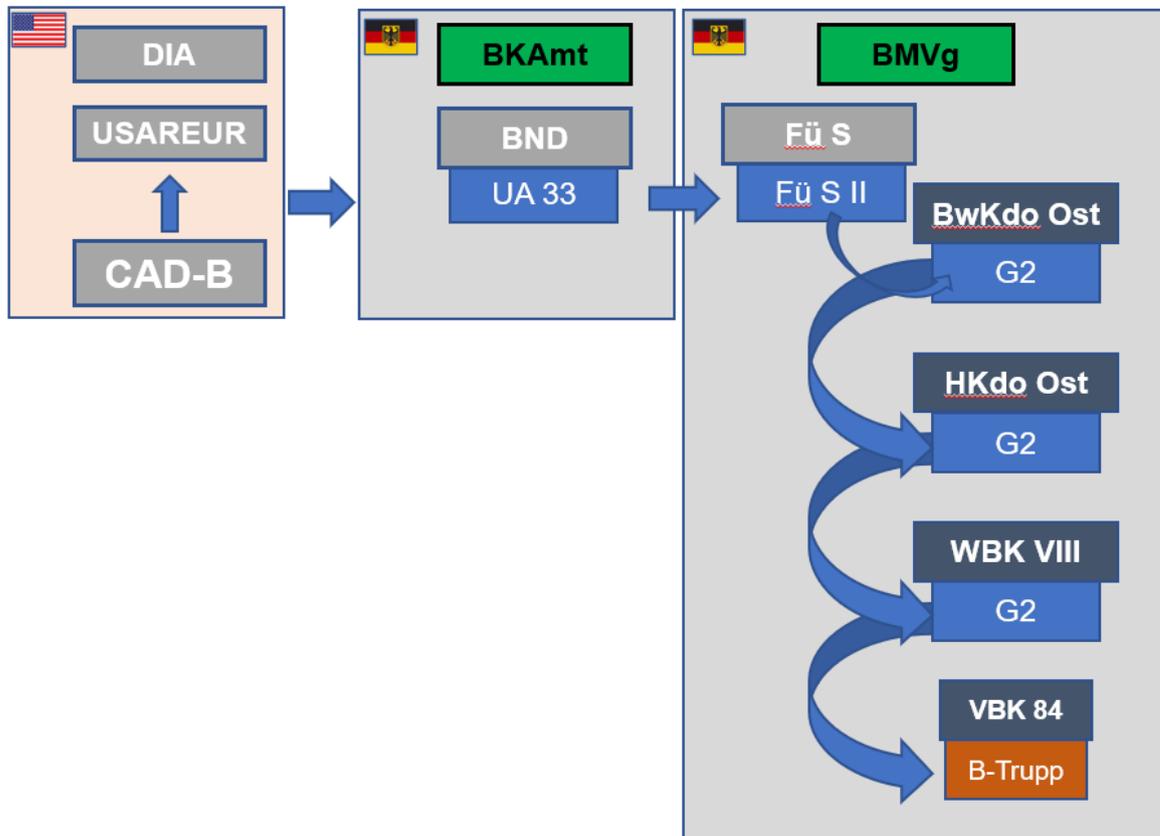
⁹⁹⁶ Volkmar Krause, Jörg Schönbohm wird 80. Der märkische General, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 2017 (31.08.2017), <https://www.maz-online.de/Brandenburg/Joerg-Schoenbohm-wird-80> (letzter Aufruf 18.09.2019).

⁹⁹⁷ „In dem von einem Bw-Trupp beobachteten Depot in ALTENGRABOW war in der Vergangenheit ein Sonderwaffenlager der WGT erkannt worden.“ Siehe: BArch, MA, BW 2/25752: Fü S II, Vorlage über Informationen über Sonderwaffenlager der WGT in Altengrabow, 25.04.1991, S. 1; BArch, MA, BW 2/25752: DMV MC an Fü S III 1, Altengrabow-Bericht DMV für MC PS am 2.5.91 (Textvorschlag), 26.04.1991, S. 6.

⁹⁹⁸ BArch, MA, BW 55/146: Heereskommando Ost, G2 an DtVKdoSowjSK, Vorkommnis beim Einsatz Beobachtungstrupp VBK-84, Potsdam, am 09. April 1991, Befragungsprotokoll, 10.04.1991, S. 1.

84 zur Erkundung des Nuklearwaffenlagers in Altengrabow im April 1991 geführt (schematische Darstellung):

Abbildung 2 – Informationsflüsse vor der Erkundung des Nuklearwaffenlagers in Altengrabow (März/April 1991)



Dies veranschaulicht den Weg der Information über die Präsenz sowjetischer Nuklearwaffen in Altengrabow, ausgehend von Information der US-Partnerdienste und des US-Militärs über die Militärauswerter des BND zum BMVg, FÜ S II und letztlich bis zur unteren taktischen Ebene des VBK. Hieraus folgt: Aufgrund der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse und des Interesses der USA und des BND wurde im April 1991 ein Beobachtungstrupp der Bundeswehr auf ein vermutetes Nuklearwaffenlager der WGT bei Altengrabow angesetzt.

b. Erster Vorfall – 9. April 1991

Auch aus dem Verhalten des Beobachtungstrupps vor Ort ist die Absicht abzulesen, Informationen über das Nuklearwaffenlager in Altengrabow zu gewinnen: Der Trupp⁹⁹⁹ näherte sich auf nur wenige 100 Meter der „technischen Zone“ der 1648.

⁹⁹⁹ Der Trupp fuhr mit einem Geländewagen vom Typ UAZ-469 aus NVA-Beständen sowie NVA-Kennzeichen VA-54 98-07.

BRTB im sogenannten „Brauen Busch“, also dem Bereich der früheren Heeresmunitionsanstalt. Dort lagerten nach heutigen Erkenntnissen Nuklearwaffen in alten, jedoch technisch und baulich angepassten Munitionsbunkern aus Wehrmachtszeiten.¹⁰⁰⁰ Dass ein Nuklearwaffenlager aufgeklärt werden sollte, war dem Fahrer an jenem Tag nicht bekannt; Diese Informationen behielten beide Offiziere für sich.¹⁰⁰¹

Die Aufklärungsfahrt des Beobachtungstrupps des VBK-84 ist nur deshalb so gut protokolliert, weil es dabei zu einem ernststen Zwischenfall kam. Zwar drang der Beobachtungstrupp am 9. April 1991 nicht bis zur Objektgrenze der BRTB vor – ein Schlagbaum verhinderte wenige 100 m vorher die Weiterfahrt –, doch nutzten die beiden Offiziere die Gelegenheit, unmittelbar am Zaun eines nördlich der BRTB gelegenen Artilleriemunitionslagers der WGT¹⁰⁰² das Geschehen innerhalb der Liegenschaft zu beobachten und auch fotografisch zu dokumentieren. Zwar gab es dort keine nukleare Infrastruktur zu sehen, dennoch wurde das Objekt von sowjetischen Postensoldaten bewacht. Diese wurden auf das Verhalten der Bundeswehroffiziere aufmerksam, vermuteten wohl Spionage und zwangen den Beobachtungstrupp zur Flucht, indem sie plötzlich das Feuer eröffneten.¹⁰⁰³ Zwar fand dieser Vorfall nur wenige 100 Meter vom Nuklearwaffenlager der BRTB statt, jedoch ist es unwahrscheinlich, dass Postensoldaten der Nukleareinheit auf den Beobachtungstrupp schossen. Da allerdings das Wachgebäude der BRTB in

¹⁰⁰⁰ 1648. Bewegliche Reparaturtechnische Basis (BRTB), Feldpostnummer 57851. Sie war eine Armee-BRTB, das heißt sie versorgte zunächst die selbständigen taktischen Raketenabteilungen der 3. Stoßarmee der GSSD mit Gefechtsköpfen (Systeme Luna-M/FROG-7 und SS-21/Spider), später die taktische 448. Raketenbrigade der 3. Stoßarmee in Born in der Colbitz-Letzlinger-Heide. Siehe: DtVKdoSowjSK, Verzeichnis der Feldpostnummern (WGT), 17.17.1992, S. 61; Karthe, Katalog der Splitterschutzgaragen der GSSD, 2018, S. 16 u. 22.; Sascha Gunold, Schüsse in Altengrabow 1991. Sowjetische Wachposten beschießen Bundeswehrosoldaten, in: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung (2017), S. 16; BArch, MA, BW 2/25752: Fü S II, Vorlage über Informationen über Sonderwaffenlager der WGT in Altengrabow, 25.04.1991. Der Verfasser hat 2016 und 2017 mehrfach den Bereich der BRTB und die Orte des Geschehens der beiden Vorfälle Altengrabow erkundet. An dieser Stelle sei der Truppenübungsplatzkommandantur Altengrabow für die Unterstützung gedankt!

¹⁰⁰¹ Für Skizze siehe: BArch, MA, BW 55/146: Heereskommando Ost, G2 an DtVKdoSowjSK, Vorkommnis beim Einsatz Beobachtungstrupp VBK-84, Potsdam, am 09. April 1991, Anhang zu Befragungsprotokoll, 10.04.1991; Zeitzeugengespräch mit Gefreiter a.D. Frank Schulz, Fahrer im VBK-84, 27.06.2017.

¹⁰⁰² Wahrscheinlich Artilleriemunitionslager des 377. Artillerieregiments der 10. Gardepanzerdivision. Siehe Skizze in: Gunold, Schüsse in Altengrabow, 2017, S. 16.

¹⁰⁰³ BArch, MA, BW 55/146: Heereskommando Ost, G2 an DtVKdoSowjSK, Vorkommnis beim Einsatz Beobachtungstrupp VBK-84, Potsdam, am 09. April 1991, Befragungsprotokoll, 10.04.1991; BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 5f. Siehe auch ausführliche Beschreibung des Vorfalls in: Gunold, Schüsse in Altengrabow, 2017, S. 15–17.

Sichtlinie der Waldschneise lag, in der sich der Beobachtungstrupp wenige Minuten befand, ist nicht auszuschließen, dass die Postensoldaten des Artilleriemunitionslagers von der Wachmannschaft der BRTB alarmiert wurden. Etwaige Zusammenhänge lassen sich nicht mehr genauer rekonstruieren. Bis auf einen Briefaustausch und ein Telefonat zwischen den Obersten Grote und Strelnikow, bei denen der Verlauf des Vorfalls unterschiedlich dargestellt wurde,¹⁰⁰⁴ sind die Auswirkungen dieses ersten Vorfalls vergleichsweise gering gewesen. Die deutsche Seite hatte kein Interesse daran, dass die misslungene Aufklärung eines sowjetischen Nuklearwaffenlager publik würde.

c. Zweiter Vorfall – 19. April 1991

Der zweite Vorfall ereignete sich nur zehn Tage später, jedoch nicht mehr in unmittelbarer Nähe zum Nuklearwaffenlager. Es ging vordergründig um die Überprüfung von Sperrgebietsgrenzen und -markierungen sowie um die Frage, ob der Beschuss am 9. April 1991 gerechtfertigt war, weil sich der Beobachtungstrupp möglicherweise bereits im Sperrgebiet befand. Dieser Überprüfung ist auch ein Ersuchen des DtVKdoSowjSK an den G2 KTK Ost zurückzuführen.¹⁰⁰⁵ Den Auftrag erhielt der Beobachtungstrupp des VBK-84 über den G2 WBK VIII, der wiederum vom G2 KTK Ost beauftragt wurde. Der Trupp war unbewaffnet und mit zwei Ferngläsern und einem Fotoapparat ausgestattet.¹⁰⁰⁶ Ob es nach dem ersten Halt am Bahnübergang noch weitere Erkundungen gegeben hätte, vielleicht auch nur unter dem Vorwand, Sperrgebietsgrenzen zu überprüfen, tatsächlich aber erneut Informationen über das Nuklearwaffenlager zu gewinnen, ist den Quellen nicht zu entnehmen. Zu weiteren Aktionen des Beobachtungstrupps, der am 19. April aus Major Weiß, Major Schulz und Leutnant Dümmel¹⁰⁰⁷ bestand, kam es dann nicht mehr, denn auch dieser beschossen wurde. Im Gegensatz zum Vorfall am 9. April, bei dem die Wachposten entweder schlecht oder bewusst daneben zielten, verfehlte der Posten sein Ziel diesmal nicht: Auf 100 Meter Entfernung traf ein einzelner

¹⁰⁰⁴ BArch, MA, BW 55/146: FÜ S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 6.

¹⁰⁰⁵ Das KTK Ost ging am 16.04.1991 aus dem Heereskommando Ost hervor. Beide Kommandos verfügten über G2-Abteilungen.

¹⁰⁰⁶ BArch, MA, BW 55/146: Bundeswehrkommando Ost, Chronologische Darstellung der Ereignisse und Maßnahmen im BwKdo Ost, Anlage 4, hier: Tabellarische Übersicht, undatiert (vermutlich April 1991), lfd. Nr. 1.

¹⁰⁰⁷ Leutnant Dümmel wurde vom VBK-32 in Düsseldorf für kurze Zeit zum VBK-84 nach Potsdam kommandiert und nahm nach eigenen Aussagen eher zufällig an dieser Erkundungsfahrt teil. Zeitzeugengespräch mit Leutnant a.D. Dümmel am 19.12.2016.

Schuss Major Weiß im Oberarm. Leutnant Dümmel erhielt leichte Schnittwunden durch umherfliegende Glassplitter der durchschossenen Heckscheibe des Wartburg 353, in den sich die drei Offiziere wieder gesetzt hatten. Major Schulz blieb unverletzt.¹⁰⁰⁸

d. Bewertung und Folgen

Unmittelbare Folgen

Vor allem der zweite Vorfall Altengrabow am 19. April 1991 wirkte sich umgehend auf das DtVKdoSowjSK aus, welches sich zu diesem Zeitpunkt noch in Strausberg befand und mit dem Einsatz der Beobachtungstrupps wenig zu tun hatte. Der Chef des Stabes, Oberst i.G. Grote, erfuhr von der Polizei vom Vorfall und meldete die wichtigsten Informationen an das Referat Fü S III 1, welches wiederum den Adjutanten des Bundesverteidigungsministers, das Büro des Staatssekretärs Pfahls, den Adjutanten des Generalinspektors der Bundeswehr, den Chef des Stabes Fü S, das Referat Fü H II 1 sowie das Auswärtige auf Arbeitsebene des Referats 216 benachrichtigte. Nachdem sich der Vorfall an einem Freitag gegen 11 Uhr ereignete, fand bereits zwischen 16 und 18 Uhr eine Besprechung bei Minister Stoltenberg im BMVg in Bonn statt,¹⁰⁰⁹ bei dem unter anderem bis auf weiteres die Einstellung des Einsatzes von Beobachtungstrupps zur offenen Nachrichtengewinnung entschieden wurde.¹⁰¹⁰ Die Weisung zur Einstellung der Beobachtung wurde dann durch Fü S II 1 an das Bundeswehrkommando Ost erteilt.¹⁰¹¹

Diese Entscheidung kam in einer Phase, in der die Beobachtungstrupps personell verstärkt werden sollten. Erst am 17. und 18. April 1991 fand beim KTK

¹⁰⁰⁸ Zum genauen Ablauf des Vorfalls siehe: BArch, MA, BW 55/146: DtVKdoSowjSK, Chef des Stabes, 2. Vorfall Altengrabow am 19.04.1991, undatiert; BArch, MA, BW 55/146: KTK Ost, Personalstabsoffizier, Besonderes Vorkommnis beim Einsatz des Beobachtungstrupps des VBK-84 Potsdam am 19.04.91, hier: 2. Befragung von Major Schulz und Leutnant Dümmel, 20.04.1991; BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 8-13; Gunold, Schüsse in Altengrabow, 2017, S. 17.

¹⁰⁰⁹ Die Teilnehmer dieser Besprechung sind unbekannt, dem Kontext nach haben aber Vertreter von Fü S III (1) teilgenommen.

¹⁰¹⁰ Ebd, S. 13. Zur Einstellung der Tätigkeiten der Beobachtungstrupps siehe auch: BArch, MA, BW 55/146: Bz Bundeswehrkommando Ost, Vorlage an Befehlshaber, Beschießen von Bundeswehrsoldaten bei ALTENGRABOW durch Angehörige der WGT am 19.04.1991, 20.04.1991, S. 2.

¹⁰¹¹ BArch, MA, BW 55/146: Telefax Fü S III an Bundeswehrkommando Ost, Beobachtung der WGT, hier: Einstellung der Beobachtung bis zum Abschluss der durch den Bundesminister für Verteidigung angeordneten Prüfungen, 19.04.1991.

Ost eine Einweisung des neuen Personals statt, das aus den drei Korps der Bundeswehr-West eingetroffen war. An dieser Einweisung nahm auch der einen Tag später angeschossene Major Weiß teil und trat dabei sogar selbst als Unterrichtender auf.¹⁰¹² Dabei ging es unter anderem um den Auftrag der Trupps, den Abzugsplan, Verhaltensregeln, die Ausstellung von zweisprachigen Sonderausweisen und die Einweisung in die Fotoausrüstung. Die Aufstellung neuer Beobachtungstrupps war zum 29. April 1991 geplant, wobei die WBK/Divisionen VII und VIII je drei Trupps erhalten hätten. Bis dahin wäre das Personal durch die VBK gestellt worden.¹⁰¹³

Bewertung der Vorfälle durch die WGT

Die WGT beharrte bei beiden Vorfällen auf ihrem Recht, ihre Liegenschaften notfalls auch mit Waffengewalt schützen zu dürfen. Dass in Altengrabow Nuklearwaffen lagerten, dementierte Burlakow bei einer Pressekonferenz am 26. April 1991. Dort befände sich lediglich ein Munitionslager für die dort stationierten Truppen. Die Nuklearwaffen seien indes seit Ende 1990 abgezogen.¹⁰¹⁴ Interessanterweise knüpfte die WGT dennoch indirekt an die Behauptung an, dass in Altengrabow noch Nuklearwaffen lagerten. So wurde dem Beobachtungstrupp vom 19. April 1991 vorgeworfen, Strahlenmessgeräte mitgeführt zu haben.¹⁰¹⁵ Bundeswehrdokumente widerlegen das, wobei eine Restwahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Nutzung solcher Gerätschaften im Nachhinein möglicherweise vertuscht wurde. Zumindest gibt es keinen Hinweis in den Quellen, dass außer Fotoapparaten und Ferngläser weitere Aufklärungstechnik den Trupps zur Verfügung stand. Auch Oberst i.G. Grote fand die Behauptung der WGT vielsagend: „Bemerkenswert ist, daß die Sowjets von einer Leibesvisitation und der Entdeckung von Strahlenmeßgeräten sprechen. Beides entspricht nicht den Tatsachen. Möglicherweise war der betroffene sowjetische Truppenteil der

¹⁰¹² BArch, MA, BW 55/146: Einsatz von Beobachtungstrupps zur offenen Nachrichtengewinnung, Anlage 7, undatiert (ca. 20.04.1991).

¹⁰¹³ BArch, MA, BW 55/146: Handschriftliches Fax vmtl. von KTK Ost G2 an Bundeswehrkommando Ost, Ergänzung zu Einsatz von Beobachtungstrupps, 20.04.1991.

¹⁰¹⁴ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, Sowjetische Nuklearwaffen in der Bundesrepublik Deutschland, 26.08.1991, S. 1; BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, Lagerung sowj. Nuklearwaffen in der Bundesrepublik Deutschland, 01.10.1990, S. 1.

¹⁰¹⁵ BArch, MA, BW 55/146: DtVKdoSowjSK, Gesprächsnotiz über Telefonat zwischen Major Schwedler und Oberst Strelnikow, 19.04.1991 (20:20 Uhr), S. 1.

Auffassung, daß die Suche der Bw-Offiziere nach Strahlenquellen eine zusätzliche Rechtfertigung für den Waffeneinsatz war.“¹⁰¹⁶

Bewertung der Vorfälle durch Fü S III 1

Wie bewertete das BMVg die Vorfälle Altengrabow? Dabei sollen im Folgenden weniger juristische Bewertungen betrachtet werden, als vielmehr militärische Erwägungen. Die Vorfälle zeigten in eklatanter Weise, wie unterschiedlich die Bestimmungen des AAV ausgelegt wurden – gerade in Bezug auf die Anwendung von Wachvorschriften und Schusswaffengebrauch. Daher wurde die bilaterale Arbeitsgruppe „Recht und Verwaltung“ mit dem Fall betraut.¹⁰¹⁷ Grundsätzlich beharrte die deutsche Seite auf dem Standpunkt, dass sowohl am 9. als auch am 19. April 1991 der Schusswaffengebrauch durch die WGT ungerechtfertigt war und kommunizierte dies auch in aller Deutlichkeit gegenüber der WGT. Militärisch hingegen stellte vor allem Fü S III 1 auch nach dem Vorfall am 19. April die Notwendigkeit der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT heraus. Dies begründete das Grundsatzreferat vor allem mit dem teilweise nicht vertragskonformen Verhalten der WGT: „Eine verantwortliche Politik muß den Aufenthalt der sowj. Streitkräfte beobachten, um das Einhalten der vertraglichen Regelungen zu überwachen und dem Anliegen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, die zu Recht erwartet, daß die Regierung sich um das vertragskonforme Verhalten der sowj. Streitkräfte kümmert [...]“. Der Abzug könne nicht ausschließlich an den Grenzen überwacht und verifiziert werden, sodass weitere Beobachtungen notwendig seien. Sogar eine Verantwortung gegenüber den ehemaligen Alliierten zieht Fü S III 1 zur Legitimation der offenen Nachrichtengewinnung heran: „Die Verbündeten erwarten von der Bundesrepublik Deutschland, daß sie über die WGT weiterhin mit vergleichbarer Qualität und Zuverlässigkeit informiert werden, wie dies bis zum 3. Oktober 1990 die Alliierten Militärmissionen über 30 Jahre auch für die Bundeswehr getan haben. Besonders die britische und die amerikanische Seite haben dies auch auf der politischen Ebene geltend gemacht.“ Für ein ausreichendes Lagebild sei die Beobachtung daher unentbehrlich. „Die genaue Kenntnis dieser Gruppierung [WGT] erlaubt weiterhin

¹⁰¹⁶ BArch, MA, BW 55/146: DtVKdoSowjSK, Chef des Stabes, Vermerk über Zwischenfall in ALTENGRABOW vom 19.04.91, 20.04.1991.

¹⁰¹⁷ BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1, Weitere Behandlung des Vorfalls Altengrabow zur Klärung unterschiedlicher Rechtsauffassungen, 24.04.1991, S. 1.

notwendige Rückschlüsse auf die sowjetischen Streitkräfte in ihrer Gesamtheit.“ Fü S III 1 schlägt daher in seiner Vorlage dem Minister vor, „die offene Beobachtung der sowj. Streitkräfte so bald wie möglich wieder aufzunehmen. [...] Es liegt im vitalen Interesse eines souveränen Staates, über die Stationierung fremder Streitkräfte auf seinem Territorium umfassend informiert zu sein.“¹⁰¹⁸ Damit knüpfte Fü III 1 an die Argumentation an, die bereits bei der Konzeption der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT Anwendung fand: Zum einen galt die Beobachtung der WGT durch die Bundeswehr als Zeichen der neuen Souveränität, zum anderen fühlte sich die militärpolitische Führung noch den ehemaligen Westalliierten weiterhin verpflichtet, den „Intelligence Gap“ geschlossen zu halten. Die Rolle des dezentralen Verbindungswesens zur WGT unter fachlicher Verantwortung des DtVKdoSowjSK spielte bei den Erwägungen von Fü S III 1 hingegen keine Rolle.

Fü S III 1 war in die Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse der BMVg-Führung unmittelbar nach dem 19. April 1991 eng eingebunden. Ob daraus resultiert, dass die zitierte Vorlage für den Minister auch größtenteils dessen Ansichten widerspiegelt, muss unbeantwortet bleiben. Möglicherweise wollte Fü S III 1 unbedingt an den Mitteln und Kräften des militärischen Nachrichtenwesens zur offenen Nachrichtengewinnung über die WGT festhalten, um entweder diese Kompetenz nicht weiter an das in Teilen selbstständig agierende DtVKdoSowjSK abgeben zu müssen oder weil es an einer organisatorischen Trennung zwischen Verbindungswesen und Nachrichtenwesen festhalten wollte. Fachlich blieb Fü S III 1 für das DtVKdoSowjSK zuständig und erhielt von ihm eine regelmäßige Berichterstattung. Ein Informationsmangel dürfte bei Fü S III 1 daher nicht vorgeherrscht haben. Wieso trotz des Risikos der offenen Nachrichtengewinnung durch die Bundeswehr diese dennoch fortgesetzt wurde, geht aus den Akten nicht hervor.

Eng abgestimmt mit Fü S III 1 war auch eine unmittelbare Stellungnahme des deutschen Vertreters beim Chairman beim Militärkomitee der NATO, Oberst i.G. Trauboth, zum Vorfall Altengrabow. Auch er bekräftigte den Anspruch der Bundeswehr, fremde Streitkräfte auf dem eigenen Territorium überwachen zu

¹⁰¹⁸ BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 13-16.

dürfen und lieferte bekannte Argumente, akzentuierte dabei aber vor allem die Relevanz der Nachrichtengewinnung über die WGT für das Bündnis:

„Zum ersten, die Bundesrepublik Deutschland hat ihre erworbene Souveränität unter ganz besonderen sensiblen und schwierigen Bedingungen im Osten Deutschlands durchzusetzen. Zweitens, es geht um das Problem der Informationsgewinnung über die WGT, die, wie uns allen bekannt, die modernste Gruppierung der sowj. Streitkräfte darstellt. Erkenntnisse über diesen Teil der sowj. Streitkräfte lassen Rückschlüsse auch auf deren Ganzes zu und waren nicht nur für unser Land, sondern für das Bündnis von besonderem Interesse.“¹⁰¹⁹

Hiernach folgte abermals ein Rückgriff auf die Militärverbindungsmissionen:

„Vor der Wiedervereinigung hatten die westlichen Militärmissionen einen Großteil der Informationen über die WGT geliefert, von denen damals 340.000 auf dem Boden der damaligen DDR standen.

Nach dem 03.10.1990 entfiel diese Quelle. Dieses führte zu spürbaren Informationsverlusten für uns alle. Unverändert steht mit der WGT auf unserem Territorium ein erhebliches Potenzial einer Streitmacht, die nicht mit uns verbündet ist uns besondere Aufmerksamkeit im Risk Assessment der NATO erhält. Es besteht somit auch unverändert ein Interesse, Erkenntnisse über die Aktivitäten und Fähigkeiten der WGT zu erhalten.“¹⁰²⁰

Damit folgte Oberst i.G. Trauboth nicht nur der Bündnislogik, sondern stellte die offene Nachrichtengewinnung über die WGT als eine Fortsetzung der Arbeit der westlichen MVM dar. Damit konnte er die Schlüsselfunktion Deutschlands innerhalb der NATO Intelligence Community verdeutlichen, in der zumindest 1991 die sowjetischen Streitkräfte noch immer prioritär betrachtet wurden. Auch thematisiert er den Hinweis auf die Lagerung von Kernwaffen in Altengrabow:

„Sowohl am 09.04. als auch am 19.04. offenbarten die Sowjets gerade an dieser Einrichtung in Altengrabow große Nervosität. Dieses gibt zu denken.

In dieser Einrichtung befand sich ein Kernwaffenlager. Das Lager wird auch heute noch wie ein belegtes Lager betrieben. Eine weitere Lagerung von Kernwaffen

¹⁰¹⁹ BArch, MA, BW 2/25752: DMV MC an Fü S III 1, Altengrabow-Bericht DMV für MC PS am 2.5.91 (Textvorschlag), 26.04.1991, S. 5.

¹⁰²⁰ Ebd. S. 5f.

widersprüche den wiederholt abgegebenen sowj. Erklärungen, wonach alle Kernwaffen aus Deutschland abgezogen seien.“¹⁰²¹

Es schien sich in der Bundeswehr schnell der Erklärungsansatz verbreitet zu haben, dass die sowjetischen Wachposten deshalb so nervös waren und von der Schusswaffe Gebrauch machten, weil sie ihre Nuklearwaffen schützen wollten. Dabei spricht nur wenig dafür, dass die betroffenen Wachposten etwas mit der BRTB zu tun hatten – geschweige denn überhaupt gewusst haben, dass nur wenige 100 Meter südlich ihres Postenbereichs tatsächlich nukleare Gefechtsköpfe lagerten.

Bewertung der Vorfälle durch das DtVKdoWGT

Das Verbindungskommando von Generalmajor Foertsch stand dem Einsatz der Beobachtungstrupps zur offenen Nachrichtengewinnung über die WGT von Anfang an kritisch gegenüber.¹⁰²² Spätestens die Eskalation am 19. April 1991 lieferte dem DtVKdoSowjSK ein starkes Argument dafür, dass mit Mitteln und Kräften des militärischen Nachrichtenwesens kein Vertrauen aufgebaut, sondern eher zerstört würde. In der Gesamtbilanz heißt es daher unmissverständlich: „Der Versuch, des Fü H, ab Anfang 1991 durch Einsatz von Erkundungsgruppen Erkenntnisse zu gewinnen und so zur Verifikation beizutragen, war spätestens mit dem Vorfall in Altengrabow im April 1991 gescheitert. (Bw-Offizier bei vermeintlichem Ausspähversuch durch Waffeneinsatz eines WGT-Wachpostens verletzt.)“¹⁰²³ Für das DtVKdoWGT waren jedwede Maßnahmen der Bundeswehr, die geeignet waren, das mühsam aufgebaute Vertrauen zur WGT zu beschädigen, ein Dorn im Auge. Die offene Nachrichtengewinnung über die WGT war in weiten Teilen eine Konkurrenzveranstaltung zum Verbindungswesen des DtVKdoWGT. Es ist daher „bittere Ironie“, dass ausgerechnet zweite Erkundung in Altengrabow, bei der Major Weiß angeschossen wurde, auf ein Ersuchen des DtVKdoSowjSK zurückzuführen ist, obwohl es den Einsatz der Beobachtungstrupps nicht guthieß. Zudem mussten vor allem Generalmajor Foertsch und Oberst i.G. Grote in Briefen,

¹⁰²¹ Ebd., S. 6. Siehe teilweise identische Ausführungen in: BArch, MA, BW 55/146: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage zur Unterrichtung über die Vorfälle bei Altengrabow am 09. und 19.04.1991, 23.04.1991, S. 15.

¹⁰²² Zeitzeugengespräch mit Oberst a.D. Karl Woelk, Dezernatsleiter 1 beim DtVKdoWGT, 09.05.2019.

¹⁰²³ BArch, MA, BW 55/21: DtVKdoWGT, Gesamtbilanz, 20.12.1994, S. 11.

Telefonaten und persönlichen Gesprächen nachträglich die Wogen glätten, obwohl sie den Vorfall nicht zu verantworten hatten. Damit kamen sie aber ihrer Aufgabe als Verbindungskommando zur WGT und ihrer Rolle als Vertreter des BMVg in Fragen des Aufenthalts und Abzugs der WGT nach. Dies hätten Vertreter des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr nicht leisten können. Ebenso oblag dann Vertretern des DtVKdoSowjSK, zusammen mit der WGT eine gemeinsame Besichtigung am Ort des Geschehens in Altengrabow am 15. Mai 1991 durchzuführen. Der stellvertretende Leiter des DtVKdoSowjSK, Brigadegeneral Adam, leitete diese Untersuchung – mit dem Ergebnis, dass eine Kennzeichnung der Liegenschaftsgrenzen nicht vorhanden und somit dem Beobachtungstrupps nicht klar gewesen war, dass sie sich möglicherweise bereits im Sperrgebiet befunden hatten. Das DtVKdoSowjSK thematisierte in den Folgemonaten immer wieder die Problematik des Schusswaffengebrauchs durch die WGT.¹⁰²⁴

Bewertung der Vorfälle durch Vertreter der ehemaligen Westalliierten

Die Bundeswehr lieferte mit den Vorfällen in Altengrabow alldenjenigen Kritikern mehr Nahrung, die die Fähigkeiten der Deutschen zur Fortsetzung der Arbeit der MVM – insbesondere im Bereich der Militäraufklärung – in Frage stellten. Es sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, dass der letzte Leiter der BRIXMIS, Brigadier Freer, im Vorwort des letzten BRIXMIS-Jahresberichts offen die deutschen Fähigkeiten anzweifelte: „It is ironic that the Germans are now not able to fill the intelligence gap [...]“¹⁰²⁵ Das dürfte die Haltung vieler ehemaliger Angehöriger der MVM gewesen sein. Da schien der Vorfall Altengrabow alle Bedenken zu bestätigen, so auch für Tony Geraghty von BRIXMIS: „A special west German team took over the function of the formerly exercised by the Allied Missions, operating with a self-confidence not seen since the days of the Third Reich. One crew pushed its luck in trying to examine a bunker containing Soviet nuclear warheads, still under Russian guard. The guard, obeying his orders, fired at the intruders, one of whom was wounded in the arm.“¹⁰²⁶ Zwar lag Geraghty damit richtig, dass es dem Beobachtungstrupp ursprünglich um Nuklearwaffen ging,

¹⁰²⁴ BArch, MA, BW 55/146: DtVKdoSowjSK, Bericht über Ortsbesichtigung in Altengrabow, 16.05.1991; BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 17f.

¹⁰²⁵ BRIXMIS Annual Report 1990, Vorwort von Brigadier I. L. Freer, S. VIII.

¹⁰²⁶ Geraghty, BRIXMIS, 1996, S. 283.

jedoch kann von „Eindringlingen“ keine Rede sein. Möglicherweise hatte Geragthy bei seiner Interpretation der Vorfälle zu sehr die nicht immer rechtmäßige Vorgehensweise der BRIXMIS vor Augen und übertrug dieses Verhalten auf die Bundeswehrsoldaten des Beobachtungstrupps. Es zeigt auch seine mangelnde Bereitschaft, die damals neue Souveränität Deutschlands auch in militärischen Fragen und im speziellen gegenüber der WGT anzuerkennen. Auch Rod Saar kommt zu ähnlichen Schlüssen. Zwar bezieht er sich dabei auf den BND, meint damit aber – unwissend – die Maßnahmen der Bundeswehr zur Überwachung der WGT: „The role of monitoring this withdrawal was now undertaken by the West German BND (Intelligence Service) but not always with great skill -they did not have the experience of the Allied Missions.“¹⁰²⁷ Die Überwachung des Abzugs war eben nicht die wesentliche Aufgabe des BND, sondern die der Bundeswehr. Auch darf bei dem Vorwurf, dem BND hätte es für diese Aufgabe an Erfahrung gesammelt, nicht vergessen werden, dass dies durch CAD-B in gewisser Hinsicht ausgeglichen wurde. Einen definitiven Erfahrungsmangel bei der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT hatte jedoch die Bundeswehr, wie Major Weiß schmerzlich zu spüren bekam.

Historische Bewertung

Wie aber sind die beiden Vorfälle Altengrabow vor dem Hintergrund der mittlerweile verfügbaren Quellen historische zu bewerten? Zunächst ist der Zusammenhang zwischen den Vorfällen in Altengrabow und der Präsenz von Nuklearwaffen differenziert zu betrachten: Zweifelsohne galt die Erkundung am 9. April 1991 dem Nuklearwaffenlager bei Altengrabow. Mit Fahrt abseits der öffentlichen Straße und entlang des Kasernenzauns zog der Beobachtungstrupp die Aufmerksamkeit der sowjetischen Wachposten auf sich, die daraufhin von ihrer Schusswaffe Gebrauch machten. Dies hätte aber auch theoretisch an jeder anderen Liegenschaft der WGT passieren können und ist nicht ausschließlich auf die Existenz des Nuklearwaffenlagers, also der BRTB, zurückzuführen. Die Eskalationen vom 9. und 19. April 1991 als Indizien für die Anwesenheit von Nuklearwaffen heranzuziehen ist daher ein Fehlschluss. Die Soldaten der Bundeswehr wurden beschossen, weil sie sich mangels ausreichender

¹⁰²⁷ Saar, BRIXMIS-Mission, 2017, S. 501.

Beschilderung unwissentlich im – nach sowjetischer Auffassung – Sperrgebiet befanden und nicht etwa, weil sie den Gefechtskopflagerbunkern zu nahe kamen. Hier darf in Anbetracht der intensiven Sicherungsmaßnahmen für die technischen Zonen der BRTB angenommen werden, dass dem Beobachtungstrupp eine Annäherung auf Sichtweite zu den Lagerbunkern wohl nicht lebend gelungen wäre.¹⁰²⁸

Das Verhalten der Offiziere Weiß, Bornmann und Schulz könnte als mutig, eher jedoch als leichtsinnig bewertet werden. Diesen ehemaligen NVA-Offizieren dürfte die Wichtigkeit der Einhaltung der Wachvorschriften für sowjetische Postensoldaten bekannt gewesen sein. Es muss daher hinterfragt werden, wieso sich die Offiziere bei beiden Vorfällen so nah an die Objektgrenzen heranbewegten und offenkundig – wenngleich unbeabsichtigt – den Eindruck der Spionage weckten, was doch unbedingt vermieden werden sollte. Möglicherweise war es eben die vermeintliche Routine im Umgang mit Sowjetsoldaten, die die ehemaligen NVA-Offiziere zu einem leichtsinnigen Verhalten verleitete. Während sich der Einsatz ehemaliger NVA-Offiziere beim dezentralen Verbindungswesen zur WGT als zweckmäßig herausstellte, erwies sich der Einsatz der Beobachtungstrupps als offenbar ungeeignet.

Auch muss die Auftragserteilung zur Erkundung eines Nuklearwaffenlagers hinterfragt werden. Den betroffenen G2-Abteilungen war anscheinend nicht bewusst, welchem Risiko ein Beobachtungstrupp der Bundeswehr ausgesetzt würde, wenn er sich in Sperrgebiete begeben sollte, um überhaupt nur in die Nähe der zumeist gut abgeschirmten BRTB zu gelangen. Die Waldschneise, die der Beobachtungstrupp am 9. April 1991 befuhr, führte zwar in Verlängerung zur BRTB, aber die Annahme, aus dem Auto heraus verwertbare Informationen über die Präsenz von Nuklearwaffen zu gewinnen, war reichlich naiv. An dieser Stelle zeigte sich tatsächlich der von den ehemaligen Militärverbindungsmissionen beanstandete Mangel an Erfahrungen bei der Bundeswehr. Ein Team der

¹⁰²⁸ Die BRTB waren durch mehrere Reihen Stacheldrahtzaun, Signaldraht und Sichtschutzelementen abgeriegelt, wie Erkundungen ehemaliger BRTB-Liegenschaften des Verfassers ergaben. Es kann von einer regelmäßigen Bestreifung durch Postensoldaten ausgegangen werden sowie vermutlich dem Einsatz elektronischer Hilfsmittel zum Aufspüren von Eindringlingen. Vgl.: Reinhardt, *Geschichte(n) aus dem Kalten Krieg*, 2018, S. 16–18; Helling, *Steinecker, Das unbekannte Geheimnis*, 2018, S. 31f; Eckart, *Kernwaffendepot Lychen-II*, 2011, S. 10f; Eckart, *Feldmann, Tarnname "Fichte"*, 2014, S. 22–25.

BRIXMIS, USMLM und FFML hätte diese Waldschneise niemals befahren. Vorausgesetzt, es lag dem Beobachtungstrupp des VBK-84 präzises Kartenmaterial vor, hätte klar sein müssen, dass eine Sperrgebietsverletzung unvermeidbar wäre, um weitere Einblicke zu erhalten. Zudem sensibilisierte der Vorfall am 9. April 1991 wahrscheinlich die sowjetischen Wachposten. Dies hätte bei der Planung der Erkundungsfahrt am 19. April 1991 stärker bedacht werden müssen. Selbst bei den MVM waren Operationen in permanenten Sperrgebieten selten und bedurften einer speziellen Genehmigung, da de jure verboten. Es ist nicht bekannt, dass die zweite Erkundung in Altengrabow gesondert genehmigt wurde.

Der BND oder auch die US-Dienste waren an den Vorfällen Altengrabow nur indirekt beteiligt. Letztlich führten erst die Berichte des BND zur Existenz von Nuklearwaffen in der WGT dazu, dass ein Beobachtungstrupp der Bundeswehr nach Altengrabow geschickt wurde. So gesehen hat in diesem Fall der Informationsfluss idealtypisch funktioniert: Eine Information aus dem Bereich der Nachrichtendienste erreichte das militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr und generierte dort einen Aufklärungsauftrag, um die nachrichtendienstlichen Hinweise zu verifizieren. Dass der BND die Bundeswehr direkt beauftragt hat, ist indes nicht zu belegen und scheint unwahrscheinlich. De jure oblag es nicht dem BND, der Bundeswehr ressortübergreifend Erkundungsaufträge zu erteilen. Inwiefern hier im Vorfeld der Erkundung ein Austausch auf der Referentenebene, etwa zwischen der Unterabteilung 33 und Fü S II 3 oder der G2-Anteilung beim Heereskommando Ost, stattfand, lässt sich mangels Quellen nicht mehr rekonstruieren. In der Meldung des BND waren weitere Nuklearstandorte gelistet. Ob die Erkundung der BRTB Altengrabow ein Einzelfall war, weitere vermutete Nuklearstandorte bereits zuvor erkundet wurden oder danach erkundet werden sollten, ist ebenso nicht in den Quellen dokumentiert. Bange deutete an, dass zu jener Zeit Altengrabow eine besondere Rolle für die Lagerung der noch vorhandenen Nuklearwaffen eingenommen habe.¹⁰²⁹ Dafür konnten jedoch keine weiteren Hinweise gefunden werden, die diese Erklärung stützen würden. Im Gegenteil: Der weitere Verlauf wird zeigen, dass auch andere potenzielle Nuklearstandorte Aufklärungsziele der Beobachtungstrupps hätten werden können.

¹⁰²⁹ Bange, Sicherheit und Staat, 2017, S. 492f.

Die BRTB Altengrabow war im April 1991 mitnichten der einzige Standort der WGT, an denen noch Nuklearwaffen lagerten.

6. Abzug sowjetischer Nuklearwaffen – Juni 1991

a. Warten auf den Abzug

Nach Burlakows Dementi am 26. April 1991, demgemäß es in Deutschland keine Nuklearwaffen mehr gebe, blieb es in den darauffolgenden Wochen vergleichsweise ruhig. Aktivitäten der Bundeswehr oder der WGT, die in Verbindung mit Nuklearwaffen hätte stehen können, sind nicht bekannt. Es gibt Hinweise darauf, dass die 12. Hauptverwaltung des sowjetischen Verteidigungsministeriums in den Monaten März bis Mai 1991 damit beschäftigt war, zunächst alle Nuklearwaffen aus Georgien, dem Baltikum, Ungarn und anderen Gebieten abzuziehen, bevor mögliche Restbestände aus Deutschland abgezogen werden konnten. Somit habe es zunächst an logistischer Kapazität gemangelt.¹⁰³⁰ Zudem befand sich im Frühjahr 1991 noch ein Großteil der nuklearfähigen Raketensysteme und Kampfflugzeuge in der WGT, sodass die nukleare Komponente grundsätzlich noch voll einsatzfähig war. Ob es tatsächlich auch operativ-taktische Erwägungen auf sowjetischer Seite gab, einsatzfähige Nuklearsysteme so lange wie möglich in Deutschland zu belassen, kann ohne Zugang zu russischen Quellen derzeit nicht beantwortet werden. Die letzte Raketenbrigade der WGT, die 448. taktische Raketenbrigade in Born, wurde erst 1993 abgezogen.¹⁰³¹ Ihr standen ab Sommer 1991 nur noch konventionelle Einsatzoptionen zur Verfügung.

Indes lässt sich eine weitere Fehlleistung des BND erkennen, wengleich diese von geringer Auswirkung waren. Am 23. Mai 1991 berichtete die Militärauswertung des BND von neuen Erkenntnissen über die sowjetischen Nuklearwaffenlager in Deutschland, Polen, Ungarn, ČSSR und Bulgarien. Die

¹⁰³⁰ Ebd., S. 493.

¹⁰³¹ SS-21-Systeme dieser Brigade wurden sogar im 04.02.1993 noch bei einem Besuch des Befehlshabers KTK-Ost, Generalleutnant Werner von Scheven, und des Leiters des DtVKdoWGT, Generalmajor Foertsch, auf dem Truppenübungsplatz Magdeburg (Colbitz-Letzlinger-Heide) im Beisein vom Oberkommandierenden der WGT, Generaloberst Burlakow, vorgeführt. Siehe: Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 164f. Hierzu kommentierte das ANBw in einem Bericht: „Dem Wunsch der deutschen Seite nach schnellstmöglicher Rückverlegung von nuklearfähigen Truppenteilen der RakTrp wurde nicht entsprochen. Es verbleiben 1992 noch 2 RakBrig SS-21 in Deutschland. Siehe: BArch, MA, BW 40/150: ANBw, G2/A2-Kurzinformation Nr. 01/92, Der Abzug der WGT 1992, 09.01.1992, S. 6.

dortigen „standardisierten Lager“, also die unterirdischen „Type VII“-Bunker (T-7), seien bis auf jene in Polen und Deutschland bereits geräumt worden. Es ist völlig unerklärlich, warum der BND im Mai 1991 noch behauptete, dass unter anderem das Lager in Stolzenhain noch mit nuklearen Gefechtsköpfen für Raketen und nuklearfähige Rohrartillerie belegt sei.¹⁰³² Sowohl die RTB in Lychen als auch jene in Stolzenhain wurden bis Dezember 1990 von der WGT an die NVA abgegeben – natürlich leer und inklusiver aller offiziellen Dokumente.¹⁰³³ Mit anderen Worten: Als der BND noch über ein angeblich belegtes Nuklearwaffenlager berichtete, befand sich dieses bereits unter Verwaltung des Bundesvermögensamtes. Diese Liegenschaftsübergabe schien den Auswertern in der Unterabteilung 33 nicht bekannt gewesen zu sein.

Auf Grundlage der nachrichtendienstlichen Erkenntnisse des BND und durch die vermeintlichen Indizien, die die Vorfälle Altengrabow geliefert haben, mussten Bundeswehr und BND in Wartehaltung gestanden haben, da der Abzug der sowjetischen Nuklearwaffen offensichtlich noch nicht abgeschlossen war und somit noch anstand, womöglich sogar unmittelbar bevorstand. Ob unmittelbar nach den Vorfällen in Altengrabow die Bundeswehr oder der BND weitere Maßnahmen zur Nachrichtengewinnung oder -beschaffung unternommen hat, um Erkenntnisse über noch aktive Nuklearwaffenlager zu vertiefen, ist nicht bekannt.

b. Gespräch Töpfer-Jasow

Am 3. Juni 1991 reiste der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Klaus Töpfer, zu Gesprächen nach Moskau. Dabei traf er auch für mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Jasow zusammen, wobei es im Gespräch nicht nur um Umweltfragen ging. Wie einem Drahtbericht aus der deutschen Botschaft in Moskau an Fü S II 3 tags drauf zu entnehmen ist, nutzte Jasow die Gelegenheit, um dem Vertreter der Bundesregierung mitzuteilen, dass sich zum einen keine chemischen Waffen in Deutschland befänden, es zum anderen aber „noch einige wenige Lager mit Nuklearwaffen [gebe]. Die dort gelagerten nuklearen Sprengköpfe würden z. Z. abgezogen. Der Abzug stehe kurz vor dem Abschluß. Über eine gemeinsame Inspektion dieser Lager könne man sich

¹⁰³² BArch, B 206/387: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 20/91, 23.05.1991, B7-B8, Bl. 52f.

¹⁰³³ Helling, Steinecker, Das unbekanntes Geheimnis, 2018, S. 156. Vgl.: Eckart, Kernwaffendepot Lychen-II, 2011, S. 28; Eckart, Feldmann, Tarnname "Fichte", 2014, S. 94.

verständigen.“¹⁰³⁴ Diese Aussage stand im Widerspruch zu Burlakows Dementi, was auch das Angebot zur bilateralen Inspektion begründen wurde. Jasow muss klar gewesen sein, dass er damit Burlakow in den Rücken fiel und das Vertrauen der Deutschen in den Oberbefehlshaber der WGT aufs Spiel setzte. FÜ S III 1 reagierte mit einer Vorlage für den Generalinspekteur der Bundeswehr am 5. Juni 1991. Dabei wird nicht nur auf den Drahtbericht aus Moskau verwiesen, sondern auch auf die Berichterstattung der Printmedien, denen „hochrangige deutsche Geheimdienstkreise“ mitgeteilt hätten, dass sowohl chemische als auch nukleare Waffen der Sowjetunion in Deutschland lagerten. Interessant ist dabei vor allem eine Aussage von FÜ S III 1, der Einblick in den damaligen Kenntnisstand liefert:

„Die Lagerung sowj. Nuklearwaffen auf unserem Territorium entspricht unseren nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, wonach von 24 im vergangenen Jahr betriebenen Nuklearwaffenlagern bisher mindestens 6 geräumt wurden, weitere Lager zusammen mit dem Abzug der Einsatzmittel geräumt werden. [...]

Es kann nicht bewertet werden, warum Yazow den OB der WGT, Burlakov, mit seiner Aussage so bloßstellt. B. wird zu erklären haben, warum er noch am 26.04. gegenüber BM Stoltenberg und vor der Presse die Lagerung von Nuklearwaffen abgestritten hat.“¹⁰³⁵

Demnach ging die deutsche Seite Anfang Juni 1991 noch von 18 mit Nuklearwaffen bestückten Sonderwaffenlagern aus, die – laut Aussage von Jasow – demnächst abgezogen werden würden. Die „nachrichtendienstlichen Hinweise“ stammten wahrscheinlich vom BND und belegen den Austausch zwischen BND und BMVg.

FÜ S III 1 schlug daraufhin, in Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt, mehrere Schritte vor: Zum einen sollte bei der Pressearbeit auf Transparenz geachtet werden, um bei möglicherweise aufkommenden Diskussionen bestehen zu können. Zum anderen sollte Burlakow mit der Aussage Jasows konfrontiert werden, was allerdings über das DtVKdoSowjSK zu erfolgen hätte. Darüber hinaus sollte das Auswärtige Amt offizielle Schritte einleiten, „um

¹⁰³⁴ BArch, MA, BW 2/25701: Diplo Moskau an FÜ S II 3, Gespräche BM Töpfer VM YAZOV am 03.06.1991, 04.06.1991, S. 2.

¹⁰³⁵ BArch, MA, BW 2/25701: FÜ S III 1 an Generalinspekteur der Bundeswehr, Lagerung sowj. Nuklearwaffen in der Bundesrepublik Deutschland, 05.06.1991, S. 2.

von der sowj. Regierung volle Offenlegung der Lagerung zu fordern, einschl. gemeinsamer Inspektionen.“¹⁰³⁶

Diese Entwicklung zeigt exemplarisch die de facto Federführung von Fü S III 1 beim Abzug, wobei nachrichtendienstliche Erkenntnisse vom BND über Fü S II verarbeitet und in operative Maßnahmen umgesetzt wurden, wobei hierfür das DtVKdoSowjSK zum Einsatz kommen sollte. Militärpolitik (Fü S III 1), Nachrichtenwesen (Fü S II) und Verbindungswesen (DtVKdoSowjSK) kamen in diesem Fall idealtypisch zur Anwendung. Trotz der starken Stellung von Fü S III 1 oblag es dem Auswärtigen Amt, auf der politischen Ebene zu intervenieren, ging es doch um das nationale Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik an einem atomwaffenfreien Ostdeutschland. Diese Angelegenheit war für die Militärpolitiker im BMVg dann doch zu hoch aufgeladen.

c. Anträge auf Transporte mit besonderen Sicherheitserfordernissen

Indes begann die sowjetische Seite beinahe unbeobachtet mit den ersten Maßnahmen zum Abzug der letzten Nuklearwaffen aus Deutschland. Die strengen Transportvorschriften und Abläufe der 12. Hauptverwaltung des sowjetischen Verteidigungsministeriums erlaubten es den beteiligten Einheiten jedoch nicht, diese Operation so durchzuführen, dass die deutsche Seite davon nichts mitbekommen würde. Einmal mehr sollte sich die Expertise ehemaliger NVA-Angehöriger und Angestellter der Deutschen Reichsbahn als zweckdienlich für westliche Nachrichtendienste und die Bundeswehr erweisen.

Für die sowjetische Seite war es als erster Schritt erforderlich, die noch leeren Eisenbahnzüge zum Transport von Nuklearwaffen nach Deutschland zu überführen, um die Nuklearwaffen verladen zu können. Anders als zu DDR-Zeiten, erfolgte die Einfahrt dieser (leeren) Sondertransporte aus der Sowjetunion nicht über den Grenzbahnhof Frankfurt/Oder, sondern über den mittlerweile stark frequentierten Fährhafen Mukran auf der Insel Rügen. Vermutlich spielten dabei vor allem Sicherheitsbedenken eine Rolle sowie zu jener Zeit stockende Transit

¹⁰³⁶ Ebd. S. 2f.

über Polen.¹⁰³⁷ So erfolgte am 8. Juni 1991 die Ankunft der Sondertransporte¹⁰³⁸ mit der Fähre in Mukran sowie die Umachung auf Normalspur, die mit allen sowjetischen Breitspurwagen in der Umachshalle vorgenommen wurde.¹⁰³⁹ Die ersten zwei Transporte dieser Art kamen am 8. Juni 1991 in Mukran an, ihre weitere Behandlung durch die Deutsche Reichsbahn bereitete jedoch Probleme.¹⁰⁴⁰ Das lag unter anderem daran, dass die Deutsche Reichsbahn nicht sofort alle Auflagen für solche Sondertransporte erfüllen konnte, wie die Bereitstellung von Schutzwagen oder die Ankunft an den Anschlussgleisen nur bei Dunkelheit, da sie erst verspätet von diesen zusätzlichen Transporten erfuhr. Zur DDR-Zeiten wurden solche Transporte, wie durch zahlreiche MfS-Dokumente überliefert, mit einigen Tagen Vorlauf angekündigt. Diesmal lief dieser Vorgang jedoch anders: Erst am 11. Juni 1991 übergab der stellvertretende Chef des Militärtransportwesens bei der WGT, Oberst Schibko, schriftliche Anforderungen für zusätzliche Gefahrguttransporte

¹⁰³⁷ Der Transit von Militärzügen durch Polen war zu Beginn des Abzugs deutlich schwieriger geworden als noch in den 1980er Jahre, als beinahe regelmäßig Nuklearwaffentransporte aus der/in die DDR durch Polen führen. Seit 1990/1991 musste dabei nicht nur mit hohen Transitgebühren gerechnet werden, sondern auch mit physischer Beschädigung der Transporte. Auch unter nachrichtendienstlichen Aspekten schien der Abtransport der Nuklearwaffen über Mukran der sowjetischen Seite besser geeignet. Möglicherweise wollte man von der jahrelang praktizierten Ein- und Weiterfahrt über Frankfurt/Oder abweichen und rechnete bei einer Ein- und Ausfahrt über Mukran damit, weniger Aufmerksamkeit auf der deutschen Seite und somit bei westlichen Nachrichtendiensten zu wecken. Zu der Entscheidung, die letzten Nuklearwaffen über Mukran auszufahren, gibt es bislang keine russischen Quellen. Logistische und nachrichtendienstliche Erwägungen sind dafür bislang am plausibelsten.

¹⁰³⁸ Es ist fraglich, inwiefern auch von „Spezialwaggons“ gesprochen werden kann. Zum Transport von Nuklearwaffen wurden in der DDR/in Deutschland gewöhnliche sowjetische geschlossene Güterwagen (Ga-Wagen) genutzt, die, wie schon vom MfS dokumentiert, äußerlich durch Bremserhäuschen, Telefonleitungen und Wachpersonal auffielen. Die Sondertransporte standen unter Kontrolle der 12. Hauptverwaltung des sowjetischen Generalstabs. Personal, Waggonbestand und Spezialtechnik und -ausrüstung wie etwa Technik zur Abschirmung, Transportsicherung usw. dürfte daher nur im begrenzten Umfang im Juni 1991 zur Verfügung gestanden haben. Ob dabei tatsächlich von „bleiummantelten Spezialwaggons“ (zum Strahlenschutz) die Rede sein kann, ist nicht belegt. Siehe: Bange, Sicherheit und Staat, 2017, S. 493. Vgl.: Autorenkollektiv, Das Militärtransportwesen der NVA der DDR, Strausberg 2008, S. 320. Allein für die Ladungssicherung (Verzurrösen etc.) war vermutlich der Einbau von Metallböden oder anderem stabileren Material als Holz notwendig. Möglicherweise wurden für gewöhnlich in Brest, wo der Wechsel von Normal- auf Breitspur stattfand, oder an einem anderen Ort eine Anzahl an einsatzbereiten Sonderzügen mit entsprechender Ausstattung bereitgehalten. Diese wurden beim Abzug der Nuklearwaffen aus Mittel- und Osteuropa im Frühjahr/Sommer 1991 wahrscheinlich voll beansprucht, sodass allein in der konzentrierten Überführung aller erforderlichen Sonderzüge über Mukran nach Deutschland ein hoher logistischer und koordinativer Aufwand erforderlich war, den die 12. Hauptverwaltung in Abstimmung mit anderen Dienststellen und den jeweiligen Eisenbahndirektionen zu bewerkstelligen hatte.

¹⁰³⁹ Wolfgang Kliez, Ostseefähren im Kalten Krieg, Berlin 2012, S. 128f.

¹⁰⁴⁰ BArch, MA, BW 2/25701: Transportleistung Ost an Fü S V 5, Abzug der WGS, hier: zusätzliche Anforderung von Transporten von Klaipeda über Mukran nach Deutschland und von Deutschland über Mukran nach Klaipeda, 13.06.1991, S. 1, handschriftlich kommentiert mit „Spezial-Transport?“.

an die Abteilung Militärtransporte bei der Deutschen Reichsbahn. Darin wurden 13 Militärtransporte zwischen dem 8. und 25. Juni 1991 angefordert, die zu den 12 Bestimmungsbahnhöfen Wulkow, Altengrabow, Dannenwalde, Altenhain, Werneuchen, zweimal Torgau, Lärz, Brand, Finsterwalde, Altenburg/Klausau und Großenhain über eine festgelegte Route fahren und dabei nicht vor 20 Uhr – also nicht vor Einbrechen der Dunkelheit – ankommen sollten. An allen Orten befanden sich Nuklearwaffenlager der WGT.¹⁰⁴¹ Die Rückfahrt war sinngemäß umgekehrt durchzuführen, wobei die Bestimmungsbahnhöfe bis 6 Uhr – also ebenfalls noch bei Dunkelheit – zu verlassen waren. Die Transporte bestanden durchschnittlich aus zehn geschlossenen Güterwagen (Ga-Wagen) der sowjetischen Staatsbahn (SZD) und einem Mannschaftswagen. Interessanterweise war bei der Beförderung dieser Züge die Beladung und Fahrt mit anderen Kategorie-Gütern, also mit anderen gefährlichen Gütern, auszuschließen.¹⁰⁴²

Was geschah mit dieser Information? Am darauffolgenden Tag, dem 12. Juni 1991, wandte sich die Transportleitstelle Ost um 16 Uhr mit einem Fernschreiben an Fü S V 5, um das vorgesetzte Fachreferat im BMVg über die zusätzlichen Transportanforderungen zu informieren. In der Logistikabteilung des BMVg wurde das Fernschreiben am 13. Juni zur Kenntnis genommen. Möglicherweise begleitet durch Telefonate zwischen der Transportleitstelle Ost und Fü S V 5, war sowohl in Berlin als auch in Bonn schnell klar, dass es sich hierbei nicht um gewöhnliche Militärtransporte der WGT handelte. Das Fernschreiben wurde von Fü S V 5 handschriftlich kommentiert mit „Spezialtransport“?; wichtige Textpassagen wie „grundsätzlich bei Dunkelheit“ oder über die besonderen Sicherheitsbedürfnissen wurden unterstrichen und mit Ausrufezeichen versehen.¹⁰⁴³ Der bei Fü S V 5 für den Abzug zuständige Oberstleutnant Duchâteau meldete sich noch am selben Tag telefonisch um 15.45 Uhr bei Oberst i.G. Kreibohm, Fü S III 1, und gab somit die Informationen an das

¹⁰⁴¹ An den Standorten Werneuchen, Lärz, Brand, Finsterwalde, Altenburg/Klausau und Großenhain befanden sich RTB der Luftwaffe, an den Standorten Wulkow, Altengrabow, Dannenwalde, Altenhain und Torgau BRTB der Landstreitkräfte, also Nuklearwaffenlager.

¹⁰⁴² BArch, MA, BW 2/25701: Transportleitstelle Ost an Fü S 3, Abzug der WGS, hier: Zusätzliche Anforderung von Transporten von Klaipeda über Mukran und zurück, 13.06.1991; Siehe auch: BArch, BW 55/346: Transportleitstelle Ost, Militärtransporte vom 08. bis 20.06.1991, undatiert (vmtl. 12.06.1991).

¹⁰⁴³ BArch, MA, BW 2/25701: Transportleitstelle Ost an Fü S V 5, Abzug der WGS, hier: zusätzliche Anforderung von Transporten von Klaipeda über Mukran nach Deutschland und von Deutschland über Mukran nach Klaipeda, 13.06.1991.

Leitreferat des Abzugs weiter. Dieser protokollierte das Telefonat handschriftlich, listete alle Bestimmungsbahnhöfe der Zusatztransporte und versah Altengrabow dabei mit einem Ausrufezeichen.¹⁰⁴⁴ Die Zusammenhänge zu Altengrabow waren offensichtlich. Die Vorfälle vom April in Erinnerung, dürfte die Erwähnung ausgerechnet dieses Standorts dem Referenten die letzte Bestätigung dafür gegeben haben, dass in jenen Tagen der Abzug der letzten Nuklearwaffen der WGT ins Rollen kam. Gut eine Stunde später erhielt Oberstleutnant i.G. Kreibohm erneut einen Anruf von Oberstleutnant Duchâteau: „Zu den sowj. Sondertransporten gibt es erste Details. Danach kommen die Eb-Wagen beladen (mit Transportcontainern?) von Klaipeda via Mukran zu den von sowj. Seite angegeben sowj. Garnison- usw. -Bahnhöfen.“¹⁰⁴⁵ Um 17.17 Uhr sandte Fü S III 1 die Informationen per Fax an den Adjutanten von Verteidigungsminister Stoltenberg, Fregattenkapitän Schimpf: „Bitte sofort vorlegen!“¹⁰⁴⁶

Blieb der Vorgang bis dahin ein interner, wurden die Beteiligten bald von der Politik eingeholt. Ebenfalls am 13. Juni 1991 hat der sowjetische Außenminister Bessmerthnych während einer Pressekonferenz im Beisein von Verteidigungsminister Stoltenberg in Bonn eingeräumt, dass noch eine gewisse Anzahl sowjetischer Nuklearwaffen in Deutschland lagere und nach einem festen Zeitplan rasch abgezogen würden. Der Abschluss dieses Abzugs würde der Bundesregierung unverzüglich gemeldet.¹⁰⁴⁷ Damit bestätigten sich die Vermutungen bei BMVg, Bundeswehr und Deutscher Reichsbahn. Diese öffentliche Stellungnahme Bessmethnychs glich inhaltlich der Stellungnahme Jasows am 3. Juni 1991 gegenüber Bundesumweltminister Töpfer und stellte einmal mehr die Glaubwürdigkeit des Oberkommandierenden der WGT, Burlakow, in Frage. Andererseits könnten die Dementis Burlakows zu einer von Moskau verordneten Verzögerungsstrategie gehört haben, da ein vorheriger Abzug der Nuklearwaffen offensichtlich nicht durchführbar war. Strenggenommen verfügte Burlakow lediglich in operativ-taktischen Fragen über die Nuklearwaffen, während

¹⁰⁴⁴ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, handschriftlicher Vermerk Oberstleutnant i.G. Kreibohm über Zusatztransporte der WGT, 13.06.1991.

¹⁰⁴⁵ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, handschriftlicher Vermerk Oberstleutnant i.G. Kreibohm über weitere Details zu den Zusatztransporte der WGT, 13.06.1991.

¹⁰⁴⁶ BArch, MA, BW 2/25701: Telefax Fü S III 1 an Adjutanten des Bundesministers der Verteidigung, 13.06.1991.

¹⁰⁴⁷ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, Lagerung sowj. Nuklearwaffen in der Bundesrepublik Deutschland, 01.10.1990, S. 2.

logistische Aspekte und insbesondere ihr Abtransport in Verantwortung der 12. Hauptverwaltung des sowjetischen Verteidigungsministeriums lagen. Aufgrund der besonderen Umstände des Abzugs sowie der persönlichen Verantwortung des sowjetischen Abzugsbevollmächtigten für den planmäßigen Abzug allen sowjetischen Materials auf deutschem Boden war Burlakow dennoch für den Abzug der Nuklearwaffen mitverantwortlich. Seine nachträgliche Argumentation, diese Waffen hätten nicht seinem Kommando unterstanden, sondern dem in Moskau, wirkt daher eher als Ausrede für sein Dementis am 5. März und 26. April 1991.¹⁰⁴⁸

d. Die ersten Sondertransporte rollen

Es ist gewissermaßen Ironie, dass der erste beladene Sondertransport ausgerechnet in Altengrabow begann. Bereits am 10. Juni 1991 fuhr der leere Transport, der zuvor am 8. Juni in Mukran angekommen war, in das Anschlussgleis des Munitionslagers im Braunen Busch. In den folgenden fünf Tagen konnten die Lagerbunker der BRTB leergeräumt und die „spezielle Munition“ in die sowjetischen Eisenbahnwaggons verladen werden. Am 15. Juni, um 05.10 Uhr, setzte sich der Zug bei Dunkelheit in Bewegung und erreichte wahrscheinlich noch am selben Abend Mukran. Damit war Altengrabow erst am 15. Juni 1991 frei von Nuklearwaffen, was im Umkehrschluss bedeutet: Während der beiden Vorfälle im April befanden sie sich noch in den Lagerbunkern und das Dementi von Burlakow wird damit widerlegt. Die Verladung auf die sowjetische Eisenbahngüterfahre „Vilnius“, also die sogenannte Trajektierung, erfolgte erst zwei Tage später am 17. Juni.¹⁰⁴⁹ Der Zug bestand aus 11 sowjetischen Ga-Wagen, einem

¹⁰⁴⁸ Unter anderem lieferte Burlakow diese Argumentation in einem Interview mit dem MDR im Rahmen der Produktion: DDR-Geheim, Atomwaffenlager in der DDR, MDR 2010. Dieser Argumentation schien indes auch Fü S III 1 aufgesessen zu sein: „Beil. Artikel [über Abzug der Nuklearwaffen aus der ČSSR] ist ggf. Indiz dafür, daß Burlakov in seinem Sinne die Wahrheit gesagt hat, weil die Dinge [Nuklearwaffen, d.Verf.] ihm nicht zugeordnet/unterstellt sind!“ Siehe: BArch, MA, BW 2/25701: Handschriftlicher Vermerk Fü S III 1 an Adjutanten des Ministers und des Generalinspektors der Bundeswehr sowie an Stabsabteilungsleiter Fü S II und Fü S III, Sowj. Nuklearwaffen, 12.06.1991.

¹⁰⁴⁹ Die Transportleitstelle Ost meldete dabei „50t gefährliche Güter (Munition)“ als im Zusammenhang mit dem Sondertransport aus Altengrabow. Siehe: BArch, MA, BW 2/23149: Transportleitstelle Ost an Fü S V 5, Wöchentlicher Transportbericht zum befristeten Aufenthalt in und planmäßigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland, 25. Woche (17.06.-23.06.1991), 26.06.1991, S. 12.

Mannschaftswagen sowie mehreren Schutzwagen der Deutschen Reichsbahn.¹⁰⁵⁰ Alle sowjetischen Waggonen mussten zuvor wieder in Mukran umgeachst werden. Das bedeutet, dass die mit Nuklearwaffen beladenen Güterwagen von einer Krananlage angehoben wurden und Mitarbeiter des Fährhafens Mukran in unmittelbarer Nähe der Nuklearwaffen die Drehgestelle und Kupplungen wechselten. Dieses Verfahren sollte sich noch 11-mal wiederholen. Bisher gibt es keine Hinweise darauf, dass dabei von den Hafenmitarbeitern besondere Strahlenschutz- oder sonstige Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet wurden, um sich vor einer möglichen Strahlendosis zu schützen und bei einem denkbaren Havariefall die notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Wenn tatsächlich keine weiteren Maßnahmen eingeleitet worden, mag gefragt, ob hier seitens des BMVg und Bundesverkehrsministeriums alle notwendigen Vorkehrungen getroffen wurden, um die Mitarbeiter des Fährhafens Mukran zu schützen.

e. Sondersitzung der Arbeitsgruppe „Transport“

Am 17. Juni 1991 vermerkte der Bereich Verkehrsführung im Dezernat 3 des DtVKdoSowjSK, dass die Informationen über die Sondertransporte dem Verbindungskommando nicht gemeldet wurden, wohl aber dem Referat FÜ S V 5.¹⁰⁵¹ Somit konnte das DtVKdoSowjSK unmittelbar nach Bekanntwerden der Transporte am 11. Juni nicht seine Kontakte zur WGT nutzen, um mehr Informationen zu gewinnen. Am selben Tag sandte FÜ S III 1 ein Fax an den Adjutanten des Ministers, darin enthalten das ursprüngliche Fernschreiben der Transportleistung Ost mit der Auflistung der verschiedenen Transporte. Kreibohm kommentierte die Sendung wie folgt: „Anliegendes FS [Fernschreiben] enthält Details zu sowj. ‚Sondertransporten‘. BVM wird Sachverhalt in Sondersitzung der dt.-sowj. Arbeitsgruppe ‚Transport‘ am 18.06. erörtern, BMVg/FÜ S V 5 ist beteiligt.“¹⁰⁵² Die Absicht war es also, in der bilateralen Arbeitsgruppe „Transport“ den Sachverhalt mit Vertretern der WGT zu besprechen.

¹⁰⁵⁰ BArch, MA, BW 2/25701: Bundesministerium für Verkehr, Außenstelle Berlin, Sonderprogramm der WGS – Transporte über den Fährhafen Mukran (Übersicht der Sondertransporte im Juni 1991), 14.06.1991.

¹⁰⁵¹ BArch, MA, BW 55/346: DtVKdoSowjSK, Sachstand (über zusätzliche Sondertransporte der WGT), 17.06.1991.

¹⁰⁵² BArch, MA, BW 2/25701: Telefax FÜ S III 1 an Adjutanten des Bundesministers der Verteidigung, 17.06.1991.

Es fand sodann am 18. Juni 1991 eine kurzfristig einberufene Beratung der Arbeitsgruppe „Transport“ auf Initiative der Außenstelle des Bundesverkehrsministeriums statt. Daran nahmen unter anderem der Referent für Militäreisenbahntransporte bei FÜ S V 5, Oberstleutnant Duchâteau und Oberst Pljuta, Chef des Militärtransportwesens der WGT sowie Bahndirektor Zielisch von der Außenstelle des Verkehrsministeriums teil. Vertreter des KTK Ost, des DtVKdoSowjSK oder der Transportleitstelle Ost erhielten keine Einladung.¹⁰⁵³ Die sowjetischen Vertreter blieben zurückhaltend mit der Herausgabe von sensiblen Informationen. Dass Nuklearwaffen transportiert würden, gaben die Vertreter der sowjetischen Seite nicht zu. Inoffiziell teilten sie hingegen mit, dass Sondertransporte mit „Lehrmitteln mit Kontrollstrahlungsquellen sowie konventioneller Munition mit Uran- und Titankernen“ beladen seien. Die sowjetische Seite behalte sich zudem die Wahl der Transportmittel für Nuklearwaffen, einschließlich des Lufttransports, vor. Sie würde jedoch, wie zuvor vom sowjetischen Außenminister zugesichert, die deutsche Seite darüber informieren.¹⁰⁵⁴ Diese offensichtlich ausweichende Stellungnahme ist als gezielte Desinformation zu betrachten. Nicht nur, dass der wahre Inhalt der Sondertransporte geleugnet wurde, auch wollte die sowjetische die deutschen Vertreter in dem Glauben lassen, dass neben der Eisenbahn auch andere Transportmittel zur Verfügung stünden, um möglicherweise Nuklearwaffen außer Land zu bringen. Dabei wären etwaige Sonderflüge allein durch die Zusammenarbeit in der LUKO aufgefallen und unzählige Straßentransporte hätten – voraussichtlich bei Nacht – zu den Flugplätzen durchgeführt werden müssen oder auffallend viele Hubschrauberflüge von den BRTB-Standorten. Mit anderen Worten: Der Abtransport der Nuklearwaffen mit Lufttransportmitteln wäre noch auffälliger gewesen als der Eisenbahntransport. Dass damit die westliche

¹⁰⁵³ Der stellvertretende Leiter des DtVKdoSowjSK, Brigadegeneral Adam, kommentierte die Nicht-Einladung: „Ich habe mit STAL V BG Timm o.a. Nichteinladung und Ausgrenzung besprochen und darauf hingewiesen, daß DtVKdo zwingend eingeladen werden muß und Alleingänge des FÜ S V 5 nicht tolerabel sind.“ Siehe: BArch, MA, BW 55/339: DtVKdoSowjSK Dezernat 3, Verkehrsführung, Sachstandsbericht (über Inhalte der außerplanmäßigen Sitzung der AG „Transport“), 19.06.1991, S. 1.

¹⁰⁵⁴ BArch, MA, BW 55/339: Arbeitsgruppe „Transport“, Protokollvermerk über die Besprechung am 18.06.1991 zu Fragen des Transports gefährlicher Güter, 18.06.1991. Diesen Protokollvermerk erhielt das DtVKdoSowjSK erst am 21.06.1991! Vgl.: BArch, MA, BW 55/339: DtVKdoSowjSK Dezernat 3, Verkehrsführung, Sachstandsbericht (über Inhalte der außerplanmäßigen Sitzung der AG „Transport“), 19.06.1991, S. 2 sowie angeheftete Notiz vom 24.06.1991.

Militäraufklärung hätte getäuscht werden können, ist daher wenig plausibel und wurde wahrscheinlich deshalb von ehemaligen WGT-Generälen kolportiert, um mögliche Erfolge westlicher Nachrichtendienste während des Abzugs in Frage zu stellen.¹⁰⁵⁵

f. Die letzten Sondertransporte rollen

Indes verließ ein Sondertransport nach dem anderen die Anschlussgleise, um dann in Mukran trajektiert zu werden. Zwischen dem 15. und 24. Juni 1991 fuhren insgesamt 12 Sondertransporte von 11 Bestimmungsbahnöfen ab.¹⁰⁵⁶ Der letzte Zug mit der Transportnummer 26/1432 verließ den Fliegerstandort Großenhain am 24. Juni, beladen mit nuklearen Freifallbomben der dortigen RTB. Am Tag darauf wurden zum letzten Mal mit „Sonderwaffen“ beladene Waggons auf eine Eisenbahnfähre in Mukran verladen. Nach derzeitiger Quellenlage war Deutschland nach dem 25. Juni 1991 frei von sowjetischen Nuklearwaffen.¹⁰⁵⁷ Dieses Datum bestätigte auch die sowjetische Seite während einer Dienstbesprechung mit Vertretern der WGT beim DtVKdoSowjSK in Strausberg am 11. Juli 1991. Das Protokoll vermerkte hierzu, dass zwar noch Träger für Nuklearwaffen vorhanden seien, aber ohne nukleare Gefechtsköpfe.¹⁰⁵⁸ Zuvor bestätigte Burlakow während eines Treffens mit der Familie Schönbohm auf Schloss Wilkendorf bei Strausberg am 29. Juni 1991, dass wenige Tage zuvor alle Nuklearwaffen abgezogen worden seien.¹⁰⁵⁹ Am 31. August 1991 erklärte Burlakow schriftlich, „daß es in der WGT und in anderen sowj. Truppenteilen ‚keine Kernmunition gibt und chemische Waffen dort nie vorhanden waren‘.“ Am gleichen Tag wurde dies auch dem deutschen Botschafter in Moskau offiziell mitgeteilt. Der sowjetische Verteidigungsminister bekräftigte dies ebenfalls

¹⁰⁵⁵ Vgl. Interviews zum Abzug der Nuklearwaffen bei: DDR-Geheim, Atomwaffenlager in der DDR, MDR 2010.

¹⁰⁵⁶ Vom Standort Torgau, wo die 45. BRTB lag, fuhr sowohl am 18. als auch am 20.06.1991 ein Sondertransport ab.

¹⁰⁵⁷ BArch, MA, BW 2/25701: Bundesministerium für Verkehr, Außenstelle Berlin, Sonderprogramm der WGS – Transporte über den Fährhafen Mukran (Übersicht der Sondertransporte im Juni 1991), 14.06.1991.

¹⁰⁵⁸ BArch, MA, BW 55/124: DtVKdoSowjSK, Protokoll einer Dienstbesprechung mit Vertretern der WGT am 11.07.1991 in Strausberg, 15.07.1991, S. 5.

¹⁰⁵⁹ Da dieses Gespräch geführt wurde, während die Gäste eine Gurkensuppe aßen, wird diese Begebenheit öfters als „Gurkensuppengeschichte“ erwähnt. Siehe: Mroß, Sie gingen als Freunde, 2005, S. 106.

gegenüber Genscher am 11. September 1991.¹⁰⁶⁰ Unklar ist indes, warum diese offiziellen sowjetischen Erklärungen erst mehr als zwei Monate verspätet erfolgten.

Übersicht sowjetischer Nuklearwaffentransporte durch Deutschland 1991¹⁰⁶¹

LfdNr	Standort	Einheit	FPN	Ankunft	Abfahrt	Ga	gepl. Traj.
1	Wulkow	261. BRTB	11649	13. Juni	15. Juni	12	16. Juni
2	Altengrabow	1648. A-BRTB	57851	13. Juni	15. Juni	11	17. Juni
3	Dannenwalde	3397. A-BRTB	57842	13. Juni	17. Juni	9	18. Juni
4	Altenhain	11. BRTB	11817	14. Juni	17. Juni	11	18./19. Juni
5	Werneuchen	526. RTB	26095	14. Juni	18. Juni	9	19./20. Juni
6	Torgau	261. BRTB	11649	14. Juni	18. Juni	9	19./20. Juni
7	Torgau	261. BRTB	11649	15. Juni	20. Juni	12	21. Juni
8	Lärz	3304. RTB	53510	18. Juni	20. Juni	11	22. Juni
9	Brand	3308. RTB	66683	18. Juni	21. Juni	11	22. Juni
10	Finsterwalde	2952. RTB	66698	18. Juni	22. Juni	11	23. Juni
11	Altenburg	331. RTB	23298	18. Juni	22. Juni	12	23. Juni
12	Großenhain	528. RTB	21149	20. Juni	24. Juni	12	25. Juni

Abkürzungen und Erläuterungen:

BRTB: Bewegliche Raketentechnische Basis; A-BRTB: BRTB einer Armee (für taktische Raketenbrigaden und Abteilungen); RTB: Raketentechnische Basis; FPN: Feldpostnummer; Ga: Geschlossene Güterwagen (in den die Nuklearwaffen transportiert wurden); gepl. Traj.: Geplante Trajektierung (Verladung auf die Fähre) im Fährhafen Mukran; Farbcode: Grün – Landstreitkräfte, Blau – Luftstreitkräfte

7. Offene Nachrichtengewinnung beim Abzug der Nuklearwaffen

Auch wenn die offene Nachrichtengewinnung durch Beobachtungstrupps nach dem 19. April 1991 eingestellt wurde, liefen dennoch bei den G2-Abteilungen der Div/WBK VII und VIII diverse Meldungen über den Abzug der WGT auf, die weiterhin an die G2-Abteilung des KTK Ost weitergemeldet wurden und somit auch Fü S II (3) in Bonn erreichten. Überliefert sind dabei vor allem die G2-Wochenberichte der Div/WBK VIII. Die Beobachtungen dürften von den zahlreichen Verbindungsoffizieren der VBK und VKK gestammt haben, die damit de facto einer Funktion als Nachrichtenoffizier nachkamen. Dabei standen die Sondertransporte entweder unter direkter Beobachtung durch die

¹⁰⁶⁰ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1, Lagerung sowj. Nuklearwaffen in der Bundesrepublik Deutschland, 01.10.1991, S. 2.

¹⁰⁶¹ BArch, MA, BW 2/25701: Bundesministerium für Verkehr, Außenstelle Berlin, Sonderprogramm der WGS – Transporte über den Fährhafen Mukran (Übersicht der Sondertransporte im Juni 1991), 14.06.1991. Die Einheitsbezeichnungen und Feldpostnummern wurden vom Autor hinzugefügt (siehe *Übersicht in der Nuklearwaffenlager in der DDR, Stand Ende der 1980er Jahre*, S. 275)

Verbindungsoffiziere oder die Verbindungsoffiziere erfuhren über andere Kanäle davon und vermerkten dies entsprechend in ihren Berichten. Ob, wie bei Altengrabow, Verbindungsoffiziere oder anderes Personal im Auftrag einer der infrage kommenden G2-Abteilung speziell auf diese Sondertransporte angesetzt wurden, um weitere Informationen darüber zu gewinnen, geht aus den eher kurzgehaltenen Berichten nicht hervor. So sollen bereits am 1. Juni 1991 die noch nicht abgeschlossene Überprüfung von Eisenbahntransporten bei vier dieser Transporte Besonderheiten ergeben haben, „die darauf schließen lassen, daß besonders sensitive Munition aus RakTrT/Depots abtransportiert wurde (Verschiffung über MURKAN).“¹⁰⁶² Dies würde jedoch allen anderen Quellen widersprechen, wonach die ersten „verdächtigen“ Waggons erst am 8. Juni 1991 in Mukran von der Fähre fuhren. Dem Folgebericht der 26. Kalenderwoche (24.-30. Juni 1991) ist zu entnehmen: „Der Abzug von sensibler Munition aus RakTr/Dep über MURKAN wird fortgesetzt, teilweise mit Pendelzügen. Bisher wurden 9 Trsp festgestellt.“ Interessant ist darüber hinaus die Feststellung, dass erstmals seit dem 14. Mai 1991 wieder ab 25. Juni 1991 – dem letzten Tag einer Trajektierung eines Sondertransportes – deutsche Fähren eingesetzt wurden. Diese seien aus finanziellen Gründen eingestellt worden.¹⁰⁶³ Möglicherweise korrelierte dieser Umstand nur zufällig mit dem Abzug der Nuklearwaffen, für den nur sowjetische Fähren in Frage kamen. Denkbar ist jedoch auch, dass zum Zwecke der Geheimhaltung nur sowjetische Fähren im besagten Zeitraum zum Einsatz kamen. So konnte der Transport von sowjetischen Nuklearwaffen durch ein deutsches Schiff ausgeschlossen werden.

Ein Hinweis aus dem Wochenbericht der 27. Kalenderwoche (1.-7. Juli 1991) enthält interessante Beobachtungen: „Seit Anfang Juni [1991] sind in POTSDAM zusätzliche KGB-Kräfte (erkennbar an gelben Kfz-Kennzeichen) stationiert, die vermutlich den Abzug sensibler Munition zu überwachen/unterstützen haben.“¹⁰⁶⁴ Diese Meldung legt nahe, dass durch Kräfte der Div/WBK VIII gezielt KGB-Einheiten, etwa in Potsdam, beobachtet wurden, was fast schon dem nachrichtendienstlichen Aufgabenbereich der Gegenspionage

¹⁰⁶² BArch, MA, BH 40/8 80: Div/WBK VIII, G2/1, WGT-Info/StWBK VIII/25. KW 91, undatiert (ca. 21.06.1991).

¹⁰⁶³ BArch, MA, BH 40/8 80: Div/WBK VIII, G2/1, WGT-Info/StWBK VIII/26. KW 91, undatiert (ca. 28.06.1991).

¹⁰⁶⁴ Ebd.

zuzuordnen wäre, einem Aufgabenfeld von BND und Verfassungsschutz. Grundsätzlich scheint es plausibel, dass eigene sowjetische Kräfte der Spionageabwehr den Abzug ihrer Nuklearwaffen im Juni 1991 vor westlicher Militäraufklärung schützen wollten. Bis Ende 1989 konnte die WGT beziehungsweise die 12. Hauptverwaltung des sowjetischen Verteidigungsministeriums diese Spionageabwehr ihre Sondertransporte auf das MfS, Hauptabteilungen II und XIX, abstützen. Im Sommer 1991 fehlte nicht nur diese geheimdienstliche Unterstützung eines Partnerdienstes weg, der Abzug der Nuklearwaffen fand nunmehr im „gegnerischen Operationsgebiet“ statt, umgeben von deutschen und anderen westlichen Nachrichtendiensten. Sollten tatsächlich Kräfte des KGB zum Einsatz gekommen sein, dann nur zur Spionageabwehr und nicht zur Wahrnehmung von Bewachungs- oder Sicherstellungsaufgaben. Diese oblagen weiterhin der 12. Hauptverwaltung, die strukturell und personell keine Verbindung zum KGB hatte, wohl aber Sicherungspersonal zur Verfügung stellte.¹⁰⁶⁵

Weitere Maßnahmen im Rahmen der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT während des Abzugs der Nuklearwaffen sind nicht bekannt. Die wesentlichen Hinweise über den Beginn der Sondertransporte lieferten die Deutsche Reichsbahn und die Transportleistung Ost.

8. Nachrichtendienstliche Aufklärung sowjetscher Nuklearwaffentransporte

a. Falschangaben bei Juretzko

Die Publikation von Juretzko, „Bedingt dienstbereit“, ist vor allem wegen seiner abenteuerlichen Geschichte über den Abzug der sowjetischen Nuklearwaffen bekannt geworden und der Rolle, die 12YA und CAD-B dabei im Rahmen der Operation „Giraffe“ gespielt haben sollen.¹⁰⁶⁶ Die Recherchen zur vorliegenden Studie ergaben allerdings, dass zwar der Kern dieser Geschichte wahr ist, Juretzko und sein Co-Autor Dietl ihre „Story“ jedoch teilweise verfremdeten, aus welchen Gründen auch immer. Juretzkos Geschichte spielt im Juli 1990, während der Abzug der Nuklearwaffen im Juni 1991 erfolgte. Im Sommer 1990 war eine Kooperation der Amerikaner mit dem BND weder möglich noch notwendig, weil USMLM noch

¹⁰⁶⁵ Vgl.: Becz, Kizmus, Varhegyi, OKSNAR, 2019, S. 31.

¹⁰⁶⁶ Juretzko, Bedingt dienstbereit, 2004, S. 23–55.

unverändert ihrem Aufklärungsauftrag in der DDR nachgehen konnte. Auch viele Zeitzeugengespräche ergaben, dass die von Juretzko beschriebene Operation auf Rügen tatsächlich im Sommer 1991 stattfand.¹⁰⁶⁷ Die Informationen der Deutschen Reichsbahn und der Transportleitstelle Ost über die ersten Sondertransporte erreichten im Juni 1991 auch die gemeinsame Dienststelle im Föhrenweg, da 12YA alle wichtigen Meldungen und Berichte von der Bundeswehr erhielt. Wahrscheinlich gab es auch einen Informanten im Bereich der Deutschen Reichsbahn.¹⁰⁶⁸ Damit war auch den Analysten vom Föhrenweg spätestens ab dem 11. oder 12. Juni 1991 klar, dass demnächst mit Nuklearwaffen beladene Eisenbahnwaggons durch Ostdeutschland rollen würden. Juretzkos Behauptung, der BND habe nichts über die Standorte der Nuklearwaffenlager der WGT gewusst oder mit Hinweis auf den Quellenschutz keine Informationen herausgeben wollen, weshalb für die weitere Planung auf Material von CAD-B zurückgegriffen werden musste, entbehrt der Realität. Der bereits zitierte Wochenbericht des BND vom 13. März 1991 belegt eindeutig, dass der Militärauswertung des BND alle Standorte mit präzisen Koordinaten schon Monate vor dem Abzug bekannt waren.¹⁰⁶⁹ Für die Operation „Giraffe“ war also nur noch wichtig zu erfahren, wann die „Sondertransport“ beginnen und welchen Verlauf sie nehmen würden.¹⁰⁷⁰

b. Aufklärungsinteressen

Der Grund, warum CAD-B und 12YA den Nukleartransporten besondere Aufmerksamkeit widmeten, ist sowohl auf amerikanische als auch auf deutsche Interessen zurückzuführen. Wie schon Tuten andeutete, herrschte über viele Jahre zwischen den Analysten unterschiedlicher US-Nachrichtendienste Uneinigkeit über die Frage, wo genau die Nuklearwaffen in der DDR lagerten und wie viele. Im Sommer 1991 bot sich nun die Chance, einen Teil des Abtransports dieses Arsenal intensiver zu beobachten und somit Rückschlüsse auf die Nuklearlogistik, -technik und -standorte der WGT ziehen zu können. Analysten, die bereits in den 1980er

¹⁰⁶⁷ Mehrere Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2017-2019; Bill Schenk wurde im Podcast vom Interviewer Ian Sanders nach dem Abzug der Nuklearwaffen im Jahr 1993 gefragt. Auf Nachfrage korrigierte Schenk diese Angabe auf Sommer 1991. Vgl.: Sanders, *Cold War Conversations* (160), 2021.

¹⁰⁶⁸ Schließlich hatte der BND, wahrscheinlich Referat 33G, mindestens einen Mitarbeiter bei der Deutschen Reichsbahn, Abteilung Militärtransporte, eingeschleust, der somit aus erster Hand von den Anmeldungen der WGT von zusätzlichen Gefahrguttransporten erfahren haben dürfte.

¹⁰⁶⁹ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 23–25 Vgl.: BArch, B 206/386: BND, Unterabteilung 33, *Militärischer Lagebericht Ost*, Wochenbericht Nr. 10/91, 13.03.1991, B5, Bl. 52.

¹⁰⁷⁰ Mehrere Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2017-2019.

Jahren bei USMLM die einen Großteil der Nukleareinheiten der WGT identifizierten, konnten nun erneut versuchen, eines der am besten gehüteten Geheimnisse der Sowjetarmee zu lüften – diesmal aber unter dem Dach von CAD-B und gezwungenermaßen zusammen mit 12YA.¹⁰⁷¹ Auch gehörten die Abwehrmaßnahmen des MfS der Vergangenheit an. Die Gelegenheit war für CAD-B im Juni 1991 somit günstiger denn je.

Die Bundesregierung hatte ein genuines Interesse zu erfahren, inwieweit, wo und wie lange noch sowjetische Nuklearwaffen in Deutschland lagerten. Nachdem der sowjetischer Außenminister Bessmerthnych am 13. Juni 1991 den noch ausstehenden Abzug der Nuklearwaffen öffentlich einräumte, habe die Bundesregierung „hierauf von der sowjetischen Seite unverzüglich detaillierte Angaben zur Lagerung der Kernwaffen und zu deren Abzug gefordert, um die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen für den deren Abtransport zu gewährleisten.“¹⁰⁷² Diese Auskünfte aus Moskau oder Wünsdorf werden jedoch das berechnete Erkenntnisinteresse Bonns kaum befriedigt haben. Insofern blieb dem Kanzleramt nur noch der Rückgriff auf den BND, der wiederum technisch oder operativ nur bedingt in der Lage war, die notwendigen Informationen zu beschaffen. CAD-B konnte daher technisches Knowhow der CIA vermitteln, um die widersprüchlichen Aussagen der sowjetischen Militärführung zu klären. Ein ausgeprägtes Interesse des Kanzleramts am Abzug der Nuklearwaffen, gar von Kohl persönlich, ist in zugänglichen Quellen nicht nachzuweisen. Diese Spezialoperation innerhalb der Operation „Giraffe“ war jedoch so sensibel und zudem durch die Einbindung der CIA über das Memorandum of Understanding hinausgehend, dass eine Einbindung des Bundeskanzleramts unausweichlich war. Juretzko schreibt, dass das Kanzleramt die Entscheidung unnötig hinausgezögert habe.¹⁰⁷³ Ein wie auch immer gearteter Nachrichtendienstskandal, bei dem herausgekommen wäre, dass die deutsche Seite der CIA Sonderrechte beim Ausspionieren der sowjetischen Nuklearwaffentransporte eingeräumt hat, hätte zu ernsthaften diplomatischen Verstimmungen mit Moskau führen können und das mediale und öffentliche Interesse am Abzug in eine unbequeme Richtung gelenkt.

¹⁰⁷¹ Vgl.: Tuten, *The Case of the Hidden Nukes*, S. 4f; Mehrere Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2017-2019.

¹⁰⁷² BArch, MA, BW 2/25701: FÜ S III 1, Lagerung sowj. Nuklearwaffen in der Bundesrepublik Deutschland, 01.10.1991, S. 2.

¹⁰⁷³ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 29f.

Dies galt es für die Bundesregierung zu verhindern. Die Interessen der ehemaligen Alliierten und Partnerdienste hatten Bonn und Pullach gegenüber dem Risiko eines verzögerten Abzugs abzuwägen. Juretzkos Kritik, Bundeskanzleramt und der BND hätten den Einsatz der CIA aufgrund von Unwissenheit oder Desinteresse beinahe verhindert, ist möglicherweise ein Indiz dafür, dass das Kanzleramt seine Entscheidung gründlich abwog. Da die Operation stattfand, obsiegte in Bonn das Erkenntnisinteresse über die Bedenken.

Grundsätzlich wollten BND, CAD-B und CIA der Frage nachgehen, was sich genau in den Waggonen der „Sondertransporte“ befinden würde. Der Beginn des Abtransports ab 15. Juni 1991 von den Bestimmungsbahnhöfen Wulkow und Altengrabow war damit der frühestmögliche Zeitpunkt, Nuklearwaffentransporte aufzuklären. Doch wie und wo sollte dies erfolgen? Die Entscheidung fiel auf die Durchführung einer MASINT-Operation unter Nutzung von Strahlenmessgeräten. Diese, das bestätigten Zeitzeugen in Übereinstimmung mit Juretzkos Schilderungen, wurden von der CIA zur Verfügung gestellt und mussten zunächst aus den USA eingeflogen werden. Die CIA stellte auch das Bedienpersonal, was nicht dem Grundsatz der Operation „Giraffe“ entsprach, wonach im Aufenthaltsgebiet der WGT nur BND-Personal tätig werden durfte. Insofern genehmigte das Bundeskanzleramt im Falle der Überwachung und Aufklärung der sowjetischen Nuklearwaffentransporte im Juni 1991 eine Ausnahmeregelung oder duldete die amerikanischen Maßnahmen auf Rügen.

c. Durchführung

Die Details der MASINT-Operation auf Rügen lassen sich heute nur auf der Grundlage von Zeitzeugengesprächen grob rekonstruieren und mit den Schilderungen bei Juretzko vergleichen. Mit Bekanntwerden der Trajektierung der Sondertransporte über Mukran mussten alle Züge den Rügendamm passieren, die Verbindung zwischen Festland und Insel. Den genauen Streckenverlauf der Züge konnte 12YA vergleichsweise einfach über die Reichsbahn beschaffen. Kurz hinter dem Rügendamm passierten die Züge den Bahnhof Samtens. Hier wählte die CIA ihren Zugriffspunkt; in der Nähe des Bahnhofs wurde im Gleisbett die Messtechnik installiert. Anders als bei Juretzko geschildert, konnten die Messungen auch bei Langsamfahrt des Zuges stattfinden. Die teils abenteuerlichen Schilderungen, wonach das Bahnhofspersonal die Züge zum Halt auf Anweisung von 12YA zwang angeblich zum Halten gebracht wurden, sind demnach eher literarische

Ausschmückung.¹⁰⁷⁴ Die Züge wiesen die gleichen Merkmale auf wie schon in den Jahren zuvor im MfS beobachtet und dokumentiert. Demzufolge besaßen sie auch keine Flachwagen mit Flugabwehrgeschützen, wie Juretzko dies beschreibt und gesehen haben will.¹⁰⁷⁵ Nicht nur, dass sich damit selbst dem Laien die Züge aufgefallen wären, auch waren solche Geschütze in den vorherigen Transporten nie zum Einsatz gekommen. Dass Juretzko im Gespräch auf die Existenz dieser Geschützwagen dennoch bestand, lässt Zweifel daran aufkommen, ob er überhaupt je einen der Sondertransporte mit eigenen Augen sah.¹⁰⁷⁶ Wahrscheinlich war Juretzko nur als Fahrer der zum Einsatz gekommenen Kraftfahrzeuge eingesetzt.¹⁰⁷⁷

Wann genau die Messungen stattfanden und welche Züge davon betroffen waren, ließ sich auch aus Zeitzeugengesprächen nicht mehr rekonstruieren. Mehrheitlich erinnerten sich die Zeitzeugen daran, nur noch einige wenige Züge „erwischt“ zu haben. Dies legt nahe, dass zwischen dem Bekanntwerden der Transporte, der Genehmigung aus dem Kanzleramt, dem Einfliegen der Technik aus den USA, dem Anbringen der Technik im Gleisbett und den ersten Messungen einige Tage vergangen sein dürften. Zwischen dem 15. und 24. Juni 1991 standen jedoch nur 9 Tage zur Verfügung, in denen 12 Transporte durchgeführt wurden. Es daher davon möglich, dass die ersten Transporte den Mukran erreichten, bevor die Messtechnik einsatzbereit war. Was dann genau gemessen wurde, ist ebenso nicht im Detail bekannt. Zumindest sollen die Messungen positive Ergebnisse geliefert und den Abtransport der Nuklearwaffen bestätigt haben.¹⁰⁷⁸ Dass die Messungen positiv waren, ist schon allein deshalb wahrscheinlich, da dies bereits dem MfS 1988 gelang und die CIA 1991 mindestens über ebenbürtige, noch wahrscheinlicher über modernere Gerätschaften verfügte als das MfS.¹⁰⁷⁹ Dafür spricht auch, dass im Rahmen der INF-Inspektionen sogenanntes Radiation Detecting Equipment (RDE) der Amerikaner zum Einsatz kam. Damit waren die US-Spezialisten in der Lage, zwischen den Systemen SS-20 und SS-25 zu unterscheiden: „The inspection team

¹⁰⁷⁴ Ebd., S. 46–52.

¹⁰⁷⁵ Ebd., S. 40.

¹⁰⁷⁶ Zeitzeugengespräch mit Hauptmann a.D. Norbert Juretzko, 16.09.2016.

¹⁰⁷⁷ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2018-2019

¹⁰⁷⁸ Ein Mitarbeiter von CAD-B erinnerte sich an einen einzigen Bericht, den er im Sommer 1991 dazu verfasst und der an die DIA geschickt wurde. Zeitzeugengespräch mit einem ehemaligen Mitarbeiter von CAD-B, Juni 2019.

¹⁰⁷⁹ Uhl, Wagner, BND contra Sowjetarmee, 2008, S. 188f.

had the right under the treaty to go to a former INF missile site that had been converted to a missile operating base for another system, set up its RDE, and measure only the exterior of the missile canisters to determine if the neutrons emanating indicated one or three warheads.“¹⁰⁸⁰ Als die Sondertransporte dem Bahnhof Samtens im Juni 1991 passierten, waren die INF-Inspektionen bereits abgeschlossen und alle wichtigen Daten hinsichtlich der Abstrahlung von Nuklearsprengköpfen verfügbar. Zwar sind die Testbedingungen eines vorbeifahrenden Zuges nicht mit denen einer statischen INF-Inspektion gleichzusetzen, dennoch zeigt dieser Vorgang, dass es auf US-Seite genügend technisches Knowhow gab, um sowjetische Nuklearwaffentransporte in Deutschland aufzuklären.

Dass, wie Juretzko beschreibt, mit einer Infrarotkamera die Seriennummern der Sprengköpfe „ausgelesen“ werden konnten,¹⁰⁸¹ bestätigten andere Zeitzeugen nicht. Vielmehr soll es eine Kamera gegeben haben, die die momentane Strahlung abbilden konnte, welche die vorbeifahrenden Waggons emittierten. Mehrere Zeitzeugen gaben an, dass dabei eine signifikante Strahlenmenge festzustellen war und schlossen daher auf eine Lebensgefahr für das Begleitpersonal der Transporte.¹⁰⁸² Dies widerspräche jedoch der Einschätzung des MfS, wonach von den 1988 untersuchten Nuklearwaffentransporten kein Gesundheitsrisiko für in der Nähe befindliche Personen ausgegangen sei. Diese unterschiedliche Bewertung ließen sich nur gegenprüfen, wenn das Ergebnis der Messungen der CIA vorläge. Dennoch geben die einhelligen, jedoch nicht zu verifizierenden Aussagen von Zeitzeugen zu bedenken, dass das im Juni 1991 beteiligte sowjetische Begleitpersonal heute sicherlich nicht mehr am Leben sei.¹⁰⁸³ Daraus resultiert die Frage, ob auch für andere Personengruppen ein Gesundheitsrisiko bestand wie beispielsweise das Rangierpersonal, Lokführer und sonstige Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn, vor allem aber die Mitarbeiter der Fährhäfen Mukran und Klaipeda, die teilweise in unmittelbarer Nähe der Waggons ihre Arbeit verrichteten. Über etwaige Maßnahmen zum Havarieschutz, zur Gefahrenabwehr oder zum

¹⁰⁸⁰ Joseph P. Harahan, *On-Site Inspections under the INF Treaty. A History of the On-Site Inspections Agency and INF Treaty Implementation, 1988-1991*, Washington, D.C 1993, S. 244f.

¹⁰⁸¹ Juretzko, *Bedingt dienstbereit*, 2004, S. 50.

¹⁰⁸² Mehrere Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B und BND, 2017-2019.

¹⁰⁸³ Mehrere Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B, 2019.

individuellen Schutz einzelner Mitarbeiter ist auf deutscher Seite nichts bekannt – was nicht bedeuten muss, dass es solche Vorkehrungen nicht gegeben hat.

d. Bestätigung im Jahresbericht

In den Wochenberichten des BND zu jener Zeit ist kein Hinweis auf die Operation auf Rügen zu finden. Zum einen wird die Einstufung dieser Information mindestens geheim, eher streng geheim gewesen sein, zum anderen wurden bei diesem Vorgang Interessen ausländischer Nachrichtendienste berührt. Eine Herausgabe der betreffenden Akten von deutscher oder amerikanischer Seite ist daher in nächster Zeit wenig wahrscheinlich. Lediglich der Jahresbericht der Militärauswertung 1991 erwähnt den Abzug der Nuklearwaffen: „Die erkannten 2 Standardlager und 14 verschiedenen militärischen Einrichtungen der Landstreitkräfte zur Lagerung nuklearer Gefechtsköpfe wurden endgültig alle Ende Juni 1991 geräumt.“¹⁰⁸⁴ Damit unterschlugen die Militärauswerter, dass im Juni 1991 auch Nuklearwaffen der WGT-Luftstreitkräfte aus immerhin sechs Standorten abgezogen wurden. Zeitzeugen bestätigen die Schilderung von Juretzko, wonach das Personal von CAD-B und 12YA Auszeichnungen erhielt für die Überwachung und Aufklärung der Nuklearwaffentransporte, allerdings von der CIA, und nicht vom US-Präsidenten.¹⁰⁸⁵

9. Nachträgliche Verifikation des Abzugs der Nuklearwaffen

a. Letzte Zweifel am Abzug der Abzug der Nuklearwaffen

Nach den 12 Sondertransporten galt es weiterhin für die deutsche Seite, die Nichtexistenz sowjetischer Nuklearwaffen in Deutschland zu verifizieren. Hierfür griff das BMVg das mehrfach unterbreitete Angebot der sowjetischen Seite auf, ehemalige Nuklearwaffenlager gemeinsam zu inspizieren. Das Interesse des BMVg nach einer solchen Inspektion, die wohlgerne weder auf dem AAV noch auf einem anderen Abrüstungskontrollregime beruhten, stieg, als Anfang September 1991 Fü S II 3 die vollständige Räumung von vier Nuklearwaffenlagern anzweifelte. „Von insgesamt 24 vormals erkannten sowjetischen Nuklearlagern liegen zu 20 Objekten eindeutige Erkenntnisse vor, die auch eine Räumung dieser Lager schließen lassen. Diese Lager waren im Mai/Juni diesen Jahres von

¹⁰⁸⁴ BArch, B 206/176: BND, Unterabteilung 33, Militärischer Lagebericht 1991, Entwicklungen und Lagemerkmale, S. 158.

¹⁰⁸⁵ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B, 2018-2021; Ebd., S. 54f.

Sondertransporten angefahren worden.“¹⁰⁸⁶ Für jene Lager, deren Standorte im Dokument leider nicht genannt werden, seien zuvor keine Sondertransporte erkannt wurden.¹⁰⁸⁷ „Gleichzeitig werden weiterhin Tarn- und Bewachungsmaßnahmen beobachtet, wie sie bei den belegten Sonderwaffenlagern üblich sind.“¹⁰⁸⁸ Auch ein Gespräch mit dem ungarischen Staatssekretär Generalleutnant Annus befeuerte die deutschen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Versicherungen der WGT, dass es seit dem 25. Juni 1991 keine Nuklearwaffen mehr auf deutschem Boden gäbe. In Ungarn seien diese Waffen erst zusammen mit den Trägern, also den Raketenbrigaden und Fliegerkräften, abgezogen wurden. Die Trägerverbände der WGT blieben allerdings – nach den Abzugsplanungen im Jahr 1991 – noch bis 1994 in Deutschland stationiert.

Diese Zweifel ließen sich daher nur durch kurzfristige Besichtigungen von zwei Objekten zerstreuen. Dafür schlug Fü S III 1 die Zusammensetzung eines Teams vor, als sich aus folgenden Vertretern zusammensetzen sollte: „BMVg (Fü S III 1, Fü S III 5 [Nukleare Rüstungskontrolle] und/oder Fü S III 7 [Implementierung von Rüstungskontrollabkommen], Fü S II), DtVKdoSowjSK, 1 Vertreter AMK, max. 7 Offz.“¹⁰⁸⁹ Fü S III 1 legte bei der Zusammensetzung der Teilnehmer Wert auf Rüstungskontrollexpertise, auf nachrichtendienstliche Expertise sowie auf die Erfahrung des DtVKdoSowjSK im Umgang mit Offizieren der WGT. Das BMVg würde die Objekte auswählen und Generalmajor Foertsch sollte die Bitte um Besichtigung persönlich bei Burlakow vortragen. Interessanterweise war nicht nur Eile geboten, um der WGT mögliche Verschleierungs- oder Vertuschungsmaßnahmen zu ermöglichen: „Vorhaben ist eilbedürftig, da GenO Burlakow nach noch unbestätigten Informationen in Kürze versetzt werden soll.“¹⁰⁹⁰ Von wem auch immer Fü S III 1 diesen Hinweis erhielt –

¹⁰⁸⁶ Es bleibt an dieser Stelle unklar, auf welche Sondertransporte im Mai 1991 sich Fü S II 3 bezog. In den Dokumenten sind lediglich Sondertransporte im Juni 1991 dokumentiert.

¹⁰⁸⁷ Somit waren vermutlich vier der folgenden Standorte von Nuklearwaffenlagern gemeint: Zeithain, Hohenleipisch, Kapen, Wurzen, Vogelsang, Wilmersdorf, Halle/Saale, Bad Freienwalde, Templin. Wendgräben war wahrscheinlich nicht als Lager für nukleare SA-5 bekannt.

¹⁰⁸⁸ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S II 3 an Bundesminister der Verteidigung, Sowjetische Nuklear-Waffen in Deutschland, 10.09.1991. Interessant ist auch der Hinweis auf Informationen der DIA auf S. 1: „[...] wird nun auch vom DIA über NATO-Kanäle ermittelt, daß wahrscheinlich alle sowjetischen Nuklear-Lager in Deutschland inzwischen leer seien.“

¹⁰⁸⁹ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III 1 an Bundesminister der Verteidigung, Vorlage über Lagerung sowj. Nuklearwaffen in Deutschland, hier: Überprüfung ehemaliger Lager.

¹⁰⁹⁰ Ebd.

ob vom BND oder vom DtVKdoSowjSK –: Burlakow blieb bis zuletzt Oberkommandierender der WGT.

Die Wahl der Lagerstandorte fiel auf Torgau und Zeithain. Torgau wurde im Juni 1991 gleich von zwei Sondertransporten angefahren, während in der BRTB Zeithain keine solche Maßnahme stattfand. Warum dennoch die Wahl auf Torgau fiel, ob hier also immer noch verdächtige Aktivitäten registriert wurden, ist nicht bekannt.

b. Bilaterale Besichtigungen der ehemaligen Nuklearwaffenlager Torgau und Zeithain

Am Mittwoch, den 2. Oktober 1991, bat Fü S III Generalmajor Foertsch, dem Oberkommandierenden der WGT zu unterbreiten, noch in derselben Woche eine gemeinsame Besichtigung der beiden ehemaligen Nuklearwaffenlager Torgau und Zeithain durchzuführen. Auch wies die Abteilung Fü S III seinem für nukleare Rüstungskontrolle zuständigen Referat Fü S III 5 die Federführung zu.¹⁰⁹¹ Somit oblagen weitere Schritte dem Referatsleiter Fü S III 5, Oberst i.G. Harald Kujat, dem späteren Generalinspekteur der Bundeswehr. Da der 3. Oktober ein Feiertag war, blieb nur noch Freitag, der 4. Oktober 1991, als Termin. Das DtVKdoSowjSK lieferte präzise Liegenschaftsangaben und erwirkte die Begehungen der beiden Liegenschaften.¹⁰⁹²

Der Sachstandsbericht des DtVKdoSowjSK über die Begehung liefert Details über die Begehung – und die dabei gewonnenen Erkenntnisse. Die deutsche Delegation bestand aus sechs Offizieren, darunter Oberst i.G. Kujat als Delegationsleiter und Referenten von unterschiedlichen Referaten von Fü S III sowie mindestens einem Vertreter der Militärauswertung des BND. Zwei beteiligte „Beamte einer wehrtechnischen Dienststelle“ führten wahrscheinlich Strahlenmessgeräte mit. Das DtVKdoSowjSK stellte mit Oberstleutnant Bleyel ihren Liegenschaftsexperten sowie einen Dolmetscher. Die sowjetische Delegation wurde vom stellvertretenden Chef des Stabes der WGT, Generalmajor Bisyuk angeführt. Am 4. Oktober erfolgte dann zwischen 10 Uhr und 11.30 Uhr die Besichtigung des Nuklearwaffenlagers im Bereich der 45. BRTB in Torgau – jener

¹⁰⁹¹ BArch, MA, BW 2/25701: Fü S III an DtVKdoSowjSK, Besichtigung von ehem. sowjetischen Nuklearwaffenlagern, 02.10.1991.

¹⁰⁹² BArch, MA, BW 55/282: DtVKdoSowjSK, handschriftliche Notizen zur geplanten Begehung der Nuklearwaffenlager Torgau und Zeithain, undatiert (vmtl. 02.10.1991).

BRTB, aus der 1979 der Fähnrich floh und die westlichen Dienste mit wichtigen Informationen versorgte. Mit dem Hubschrauber ging es im Anschluss weiter nach Zeithain, wo zwischen 11.50 Uhr und 13.10 Uhr die technische Zone der 1699. BRTB besichtigt wurde. In Torgau waren alle Bunker geräumt und die Bewachungsmaßnahmen eingestellt; Sicherungsanlagen seien deutlich im Rückbau begriffen gewesen. Auch wurden „Aufbauten für den Umschlag der Spezialmunition (Krananlagen, Übergabestation, Gebäude für die Durchführung von Regelarbeiten)“ erkannt. Die WGT gab an, dass das besichtigte Objekt bis Juni 1991 als „Lager für nukleare Sprengköpfe von Raketen“ genutzt worden sei. In Zeithain seien grundsätzlich gleiche Feststellungen wie in Torgau gemacht worden. Dort sei allerdings der Rückbau von Sicherungsanlagen und technischem Gerät fortgeschrittener gewesen. Farbmarkierungen seien kurz zuvor beseitigt worden; „Schleif- und Radspuren im Bereich der Bunkereingänge deuten auf Auslagerungen kurz vor der Besichtigung hin.“ Auch hier bewertete die deutsche Delegation die Angabe der sowjetischen Seite als glaubhaft, wonach auch hier bis Juni 1991 Nuklearsprengköpfe für Raketen gelagert worden seien. Eine Überraschung wartete in einer gesondert gesicherten Teilliegenschaft der BRTB, in der sich die Splitterschutzgarage für die Raketentransportfahrzeuge befand. Nach einem Hinauszögern durch die sowjetische Seite wurde den deutschen Offizieren der Zutritt gewährt – und sie fanden darin noch „4 mit Raketen ohne Gefechtskopf beladene Transportfahrzeuge und in Transportkisten befindliches Steuergerät [...]“. ¹⁰⁹³ Beide Seiten vereinbarten eine Presseveröffentlichung; die WGT sagte die Übergabe von Video- und Fotoaufnahmen über das DtVKdoSowjSK an das BMVg zu. ¹⁰⁹⁴

In der Unterrichtung vom 7. Oktober 1991 an den Bundesminister der Verteidigung stellten Fü S III 5 und 1 fest: „Durch die Besichtigung wurde der Eindruck gewonnen, daß in diesen Lagern die nuklearen Gefechtsköpfe bereits seit

¹⁰⁹³ Wahrscheinlich Raketentransportfahrzeuge vom Typ 2T3 für das System SS-1B „SCUD“ mit aufmontierten Trägern 8K14, jedoch ohne Gefechtskopf. Für Informationen über die Splitterschutzgarage in Zeithain siehe: Karthe, Katalog der Splitterschutzgaragen der GSSD, 2018, S. 86; Zeitzeugengespräch mit General a.D. Harald Kujat, dem damaligen Delegationsleiter, 11.06.2018.

¹⁰⁹⁴ BArch, MA, BW 55/282: DtVKdoSowjSK, Sachstandsbericht über Besichtigung von ehemaligen Nuklearwaffenlagern der WGT bei TORGAU und ZEITHAIN am 04.10.1991, 09.10.1991. Das von Offizieren der WGT angefertigte Video ist im Archivgut des DtVKdoWGT überliefert: BArch, MA, BW 55/324: DtVKdoSowjSK/WGT, Video/VHS „Torgau, Zeithain 04.10.1991“, 36 min, 04.10.1991.

geraumer Zeit abgezogen waren. Die Besichtigung wurde von beiden Seiten als ein weiterer Schritt der Vertrauensbildung gewürdigt. Es wurden keine Anhaltspunkte festgestellt, die Zweifel an den sowjetischen Angaben über den Abzug der Nuklearwaffen aus diesen Lagern aufkommen lassen würden.“ Dem schloss die Empfehlung an, darüber den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses zu informieren.¹⁰⁹⁵

c. Gemeinsame Liegenschaftsbesichtigungen von CAD-B, 12YA und DtVKdoWGT

Es gab noch weitere Besichtigungen von Nuklearwaffenlagern, die jedoch erst nach Abzug der WGT aus den entsprechenden Standorten möglich waren. „Darüber hinaus unterstützte das Kommando [DtVKdoSowjSK] in 10 Fällen Besichtigungen ehem. Sondermunitionslager der WGT durch Besucher des Fü S III und anderer Dienststellen.“¹⁰⁹⁶ Eine solche Besichtigung unter Beteiligung „anderer Dienststellen“ fand nachweislich in Halle/Saale statt.¹⁰⁹⁷ Dort befand sich seit 1962 die 1655. BRTB der 8. Gardearmee. Später wurde unweit der Liegenschaft das bekannte Neubaugebiet Halle-Neustadt errichtet. Das Nuklearwaffenlager blieb indes lange Zeit unentdeckt. Bereits im Juli 1991 übergab die WGT die sogenannte Heidekaserne in Halle an das Bundesvermögensamt, sodass das Objekt ungehindert untersucht werden konnte. So erfolgte bereits am 12. September 1991 eine Besichtigung des Nuklearwaffenlagers in Halle – und zwar im Rahmen der Operation „Giraffe“. Bei dieser ersten Besichtigung nahmen neben zwei Stabsoffizieren vom DtVKdoSowjSK auch Major K., der Dienststellenleiter von 12YA und „4 Begleiter“ teil, wie eine handschriftliche Notiz des DtVKdoSowjSK belegt.¹⁰⁹⁸ Diese Begehung schien K. und seinen Begleitern nicht gereicht zu haben: In einem Fernschreiben wandte sich das BND-Auswertereferat 33G (Transportwesen und ABC-Waffen Warschauer Pakt) vermutlich an das BMVg:¹⁰⁹⁹ „33G plant die Inspektion des ehemaligen Nuklearwaffenlagers der WGT in Halle mit einem Vertreter von Hor-2 am 07.10.91.“ Hor-2, also Hortensie-2, steht dabei

¹⁰⁹⁵ BArch, MA, BW 55/282: Fü S III 5/1 an Bundesminister der Verteidigung, Unterrichtung über Besichtigung von ehem. sowjetischen Nuklearwaffenlager, 07.10.1991.

¹⁰⁹⁶ BArch, MA, BW 55/20: DtVKdoSowjSK, Bilanz 1991, März 1992, S. 27.

¹⁰⁹⁷ Siehe auch: Sascha Gunold, Bilder vom sowjetischen Nuklearwaffenlager in Halle/Saale. Die historische Quelle, in: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung (2018), S. 28.

¹⁰⁹⁸ BArch, MA, BW 55/279: DtVKdoSowjSK, handschriftliche Notiz über Begehungen des Nuklearwaffenlagers Halle am 12.09.1991 und 07.10.1991, undatiert (vmtl. Oktober 1991).

¹⁰⁹⁹ Als Adressat ist lediglich „ac20“ angegeben.

für CAD-B. Die Erwähnung einer vorherigen Besichtigung belegt, dass diese im Rahmen der Operation „Giraffe“ standgefunden hatte: „Es wurde bereits eine Inspektion des Lagers durch MA [Mitarbeiter] von CAD-B/12YA unter Beteiligung von Offizieren des Verbindungskommandos zur WGT [...] durchgeführt.“ Damit ist davon auszugehen, dass spätestens seit September 1991 dem DtVKdoSowjSK eine deutsch-amerikanische Nachrichtendienstkooperation bekannt war. Als Leiter der BND-Delegation wurde Oberstleutnant i.G. E. benannt, der später auch an den Besichtigungen der Nuklearwaffenlager in Torgau und Zeithain am 4. Oktober 1991 teilnahm.¹¹⁰⁰ Als Vertreter von 33G schien er vor allem das Thema Nuklearwaffen der WGT im Blick gehabt zu haben.¹¹⁰¹

Wofür interessierten sich die Vertreter von CAD-B, 12YA und 33G? Zeitzeugengespräche ergaben, dass vor allem CAD-B zwischen 1991 und 1994 intensiv die Möglichkeiten nutzte, die ehemaligen Nuklearwaffenlager der WGT zu inspizieren. Dabei galt den technischen Lagerbedingungen, den Hinweisen auf Umschlagprozedere und logistische Abläufe, der Schutzfähigkeit der Bauwerke und sonstigen Hinweisen und Spuren die Aufmerksamkeit der Spezialisten. Immerhin gelang es der sowjetischen Seite, diese Orte gut zwei Jahrzehnte geheimzuhalten, sodass ein signifikanter Erkenntnisgewinn der westlichen Militäraufklärung erst ab den 1980er Jahren festzustellen ist. Entsprechend groß war das Interesse etwa der Analysten von CAD-B an geräumten Nuklearwaffenlagern, die sie schon zu USMLM-Zeiten als Nuklearwaffenlager der GSSD/WGT identifiziert und analysiert hatten. In Halle ging anscheinend auch um die grundsätzliche Frage: Wurden dort tatsächlich Nuklearwaffen gelagert? Die handschriftlichen Notizen des DtVKdoSowjSK stellt im Zusammenhang mit der zweiten Begehung in Halle knapp fest: „Verdachtsmomente bestätigt!“¹¹⁰² Demnach könnte eine zweite Besichtigung notwendig gewesen sein, weil es Zweifel daran gab, dass die sowjetischen Streitkräfte in einer ehemaligen Bezirkshauptstadt der DDR über Jahre Nuklearwaffen lagerten.

¹¹⁰⁰ BArch, MA, BW 55/279: BND, 33G an AC20 (vmtl. Fü S III 1), Besichtigung des ehemaligen Nuklearwaffenlagers der WGT in Halle, 27.09.1991.

¹¹⁰¹ Oberstleutnant i.G. E. vom BND, 33G nahm auch später an Besichtigungen von sowjetischen Nuklearwaffenlagern in der ČSSR im Februar 1992 sowie an Gegenbesuchen in Deutschland teil. Siehe dazu diverse Dokumente in: BArch, MA, BW 55/245: Besuch Delegation BMVg/DtVKdoWGT in CSFR 11.02.-13.02.1992.

¹¹⁰² BArch, MA, BW 55/279: DtVKdoSowjSK, handschriftliche Notiz über Begehungen des Nuklearwaffenlagers Halle am 12.09.1991 und 07.10.1991, undatiert (vmtl. Oktober 1991).

In diesem Kontext sind auch drei Dokumente im Archivbestand des DtVKdoWGT zu verstehen. Das erste ist eine nach Bundesländern sortierte, ansonsten aber unvollständige Auflistung von WGT-Standorten, die nur für German/U.S. Eyes only“ bestimmt ist. Die dort genannten Standorte sind neben Ort und Koordinate auch mit der Kategorie den sogenannten Standort- und Objektlageplan (STOL) versehen. Die BND nutzte STOL-Ziele zur konkreten geografischen Zuordnung von Militärobjekten. Wahrscheinlich hat nach Erhalt der Liste ein Mitarbeiter aus dem für Liegenschaften zuständigen Dezernat 3 des DtVKdoWGT mit Bleistift Ergänzungen eingetragen, unter anderem die Verbindungskommando-interne Liegenschaftsbezeichnung und die Zuordnung zu „Militärstädtchen“. Auf den Ursprung dieser Liste verweist insbesondere die handschriftliche Eintragung am oberen rechten Rand: „K[.] / Wilkens“. Major K. war der Dienststellenleiter von 12YA und nahm schon an der Begehung in Halle teil. Der Namens Wilkens konnte noch nicht zugeordnet werden. Auffällig ist auch, dass nur die Standorte Dannenwalde, Torgau und Zeithain mit einem orangenen Haken versehen wurden. Dort befanden sich BRTB, die im Juni 1991 von Sondertransporten angefahren wurden.¹¹⁰³ All diese Hinweise lassen nur den Schluss zu, dass dieses Dokument im Föhrenweg entstand, also von 12YA und/oder CAD-B. Über Major K. hat diese Objektliste offensichtlich den Weg ins DtVKdoWGT gefunden. Ähnlich verhält es sich mit einer „Prioritätsliste für die nächsten sechs Monate“, die am 25. November 1991 laut Bleistiftvermerk an Oberstleutnant Barelmann vom DtVKdoWGT übergeben wurde. Auch hier tauchen die Namen K. und Wilkens auf. Die dort gelisteten Standorte wurden sowohl mit einer Koordinate als auch mit einer zugehörigen Einheit versehen. Dabei handelt es sich um Standorte mit Raketeneinheiten und Nuklearwaffenlagern wie Wurzen, Neuruppin oder Altengrabow, aber auch um Standorte mit Mot.-Schützen, Nachschub- und FlaRak-Einheiten wie Krampnitz, Magdeburg und Leipzig. Aufschlussreich ist eine Anmerkung am Ende des Dokuments:

¹¹⁰³ BArch, MA, BW 55/238: Vmtl. CAD-B/12YA, Objektliste, undatiert (vmtl. Herbst 1991).

„ALLE FLUGPLÄTZE SOWIE LEERSTEHENDE KASERNE [sic!] MIT T-80 PANZER UND ALLE LAGER, WO CHEMIE- ODER KERNWAFFEN GELAGERT WURDE [sic!].“¹¹⁰⁴

Das Wort „Prioritätsliste“ – es müsste wohl Prioritätenliste heißen –, die fehlerhafte Grammatik in der Anmerkung sowie das erneute Auftauchen des Namens K. lassen ebenfalls nur den Schluss zu, dass diese Liste der Operation „Giraffe“ zuzuordnen ist. In diesem Fall handelt es sich allem Anschein nach um eine Auftragspriorisierung von CAD-B an 12YA, wonach bestimmte Standorte genauer beobachtet werden sollten. Wie bei dem vorherigen Dokument gelang auch diese Liste in die Hände von Oberstleutnant Barelmann vom DtVKdoWGT und offensichtlich waren auch diesmal die Herren K. und Wilkens für die Übermittlung verantwortlich. Durch dieses Dokument offenbarte sich dem Verbindungskommando ein Teil des Erkenntnisinteresses von CAD-B und 12YA. Zwar ließen sich davon nicht Ambitionen für HUMINT-Operationen ableiten, jedoch war mindestens Oberstleutnant Barelmann bekannt, welche Objekte bei den Militäraufklärern im Föhrenweg besonders hoch im Kurs standen.

Ein dritter Hinweis auf eine Zusammenarbeit von 12YA und DtVKdoWGT beim Thema Nuklearwaffenlager findet sich in einer Mappe, die den Namen „Informationen AMK“ trägt und ebenfalls in der schriftlichen Überlieferung des DtVKdoWGT erhalten ist. Daran angeheftet ist ein kleiner Notizzettel, der den Inhalt der Mappe handschriftlich auflistet:

- „H Eberhardt
- 1) Liste 32
 - 2) Liste K[.]
 - 3) Übersicht zu Muni-Lagern
 - 4) Abst. zw. [?] H Reinhart“

Die „Liste 32“ ist eine am Computer angefertigte Übersicht von Nuklear- und Chemiewaffenlagern und dürfte aus der Unterabteilung 33 des BND gestammt haben. Insofern ist die Zahl 32 hier fehlerhaft. Die „Liste K[.]“ ist eine Übersicht von WGT-Standorten mit vermuteten Bunkeranlagen. Über der Tabelle ist vermerkt: „33H sind folgende Bunkeranlagen bekannt. (Die STOL-Ziele mit dem

¹¹⁰⁴ BArch, MA, BW 55/238: Vmtl. CAD-B/12YA, Prioritätsliste für die nächsten sechs Monate, 25.11.1991.

Zusatz ‚NEU‘ sind nicht in den STOL eingezeichnet“. Die „Übersicht zu Muni-Lagern“ trägt am oberen Rand einen Vermerk in der gleichen Schriftart wie das vorherige Dokument und listet danach Standorte mit vermuteten unterirdischen Depots auf. Ein ebenfalls an die Mappe angehefteter Notizzettel offenbart den Verteilungsschlüssel innerhalb des Verbindungskommandos: Demnach erhielten Oberstleutnant Barelmann, der Leiter Dezernat 3 und Chef des Stabes sowie Hauptmann Erhardt und Oberstleutnant Bleyel Kopien dieser Liste.¹¹⁰⁵ Die Listen sind wahrscheinlich Ausdrucke der BND-Unterabteilung 33, Referate 33H (Landstreitkräfte) und 33G (Transport und Nuklearwaffen) und wurden entweder über einen Vertreter von 12YA und der Unterabteilung 33 an das DtVKdoWGT weitergegeben. Der Bezug zu 12YA drängt sich auf, da ein Dokument als „Liste K[.]“ firmierte. Möglicherweise hatte 12YA Informationen bei den Auswertern in Pullach angefordert, mit denen dann wiederum das DtVKdoWGT um Unterstützung gebeten wurde. Die verteilten Kopien belegen, dass fünf Personen aus dem Verbindungskommando von diesem Informationsaustausch mit dem BND erfuhren. Der tatsächliche Personenkreis dürfte größer gewesen sein.

Indes kritisierte der ehemalige CIA-Analyst Charles Tuten das angeblich mangelnde Interesse der US-Dienste an den leerstehenden Nuklearwaffenlagern in Deutschland: „No attempt was made by US intelligence following departure of the Russians to conduct a systematic postmortem study of this significant deception involving the WMD that continue to be an international plague.“¹¹⁰⁶ Diese Behauptung widerspricht jedoch dem nachgewiesenen Interesse von CAD-B und 12YA insbesondere an leerstehenden Nuklearwaffenlagern und der durchgeführten MASINT-Operation während des Abzugs der Nuklearwaffen im Juni 1991 auf Rügen. Auch blieb der Personenkreis bei Liegenschaftsbesichtigungen nicht auf 12YA und CAD-B begrenzt: Es nahmen auch Vertreter von weiteren US-Diensten daran teil, unter anderem vom amerikanischen Missile and Space Intelligence Center (MSIC).¹¹⁰⁷ Für die Analysten von CAD-B und die anderen beteiligten Spezialisten dienten die Begehungen somit der nachträglichen Verifizierung oder Falsifizierung vorheriger Analysen. Auch erschloss sich CAD-B erst im Laufe des

¹¹⁰⁵ BArch, MA, BW 55/238: Informationen AMK, undatiert (vermutlich Herbst 1991).

¹¹⁰⁶ Tuten, *The Case of the Hidden Nukes*, S. 5.

¹¹⁰⁷ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von CAD-B, 2018-2019; Sanders, *Cold War Conversations* (127), 2020.

Jahres 1991 ein vollständiges Bild über die RTB im Bereich der 16. Luftarmee, also die Nuklearwaffenlager für die Kampfflieger.¹¹⁰⁸ Die von Tuten beschriebene Nachrichtendienstkontroverse über die Lagerbedingungen von Nuklearwaffen im Bereich der GSSD/WGT konnten somit größtenteils beigelegt werden. Die Einschätzungen hierzu sind jedoch nicht in Quellen überliefert.

d. Besichtigungen von Nuklearwaffenlagern der ehemaligen Zentralgruppe der Truppen

Auch in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (Česká a Slovenská Federatívna Republika, Kurzform ČSFR), die 1990 aus der ČSSR hervorging, gab es eine Anzahl an Raketentechnischen Basen. Sie hatten grundsätzlich ebenfalls der 12. Hauptverwaltung des sowjetischen Verteidigungsministeriums unterstanden, waren aber von der Zentralgruppe der Truppen (ZGT) versorgt worden. Hiervon hatte der BND mindestens seit den 1980er Jahren Kenntnis, wie aus den oben genannten Jahresberichten der BND-Militärauswertung hervorgeht. Im Februar 1992, als die Nukleareinheiten längst abgezogen waren, besuchte eine deutsche Delegation die ČSFR. Die Anlässe waren „Kontaktgespräche und die Besichtigung freigezogener Liegenschaften nach Abzug der ZGT aus der ČSFR durch eine Delegation des BMVg/DtVKdoSowjSK vom 11.02.1992 bis 13.02.1992.“ Teilnehmer der Dienstreise waren zwei Offiziere des Verbindungskommandos, darunter Oberstleutnant Bleyel, der häufiger im Kontext von Nuklearwaffenlagern in Erscheinung trat und auch an der Inspektion in Halle teilnahm, sowie Oberst i.G. von Ohlshausen, dem Leiter des Liegenschaftsdezernats 3 im DtVKdoWGT. Das BMVg wurde durch einen Referenten von Fü S III 1 vertreten. Bezeichnenderweise nahm auch Oberstleutnant i.G. E. vom BND an der Dienstreise teil. Er leitete bereits die Inspektion des Nuklearwaffenlagers in Halle wenige Monate zuvor. Es gab auch ein Treffen mit dem deutschen Militärattaché in Prag, Oberst i.G. Brüggemann¹¹⁰⁹ und einem weiteren Offizier des Militärattachéstabes. Die tschechische Seite vertraten Angehörige der Verwaltung für Auswärtige Beziehungen des Generalstabes,

¹¹⁰⁸ Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Mitarbeitern von UMSLM und CAD-B, 2018-2019.

¹¹⁰⁹ Zur Autobiographie von Oberst i.G. Adolf Brüggemann siehe: Adolf Brüggemann, Als Offizier der Bundeswehr im Auswärtigen Dienst. Meine Erinnerungen als Militärattaché in Seoul (Republik Korea) 1978-83 und in Prag (Tschechoslowakei/Tschechien) 1988-93, Berlin 2015.

darunter ihr Chef Generalmajor Diebisch. Ebenso nahm an der bilateralen Begegnung der stellvertretende Leiter der tschechischen Militärpolizei teil.¹¹¹⁰

Besichtigt wurden die Nuklearwaffenlager bei Most, Mimon, Rokycany und Milovice. Oberstleutnant Bleyel, der Verfasser des Sachstandsberichts stellte hierzu fest, dass die Objekte zwischen 1966 und 1968 errichtet und vollständig an die sowjetische Seite übergeben wurden. „Baukonstruktion und technische Ausrüstung der Bunker erfolgten nach sowjetischen Planungsunterlagen, direkt vergleichbar mit LYCHEN und LINDA. Die Lagerkapazität von MOST, MIMON und ROKYCANY entspricht in der Summe der Kapazität von LYCHEN und LINDA. [...] Als Hauptnutzungsart ist die Lagerung und Wartung von Nuklearsprengköpfen für Raketen anzunehmen. [...] Alle Bunker sind für die Lagerung von Chemiewaffen geeignet.“ Ferner hätten Umbauarbeiten im Verladebereich eines Bunkers im Objekt Rokycany auf die Lagerung von nuklearer Artilleriemunition hingedeutet.¹¹¹¹ Durch die Anwesenheit von Oberstleutnant i.G. E. vom BND war auf deutscher Seite sichergestellt, dass die Zusammenhänge der standardisierten Lagerbunker (T-7) erkannten wurden. Den Vertretern des DtVKdoSowjSK wären die baulichen Zusammenhänge zu den baugleichen Anlagen in Deutschland aufgefallen, jedoch hätten sie die Objekte wahrscheinlich nicht in einen größeren historisch-operativen Zusammenhang stellen können. Die personelle Kontinuität von Oberstleutnant i.G. E. bei den Inspektionen in Halle, Torgau, Zeithain und in der ČSFR lässt vermuten, dass er der damalige Nuklearwaffenspezialist im BND-Referat 33G war.

Den Besichtigungen in der ČSFR sollte sich ein Gegenbesuch in Deutschland anschließen. Das DtVKdoSowjSK, Fü S III 1 und der BND stimmten sich ab und schlugen die Nuklearwaffenlager Lychen (alternativ Linda/Stolzenhain), Wokuhl (SS-12), Halle sowie den Flugplatz Merseburg¹¹¹² vor.¹¹¹³ Die tschechische Delegation hielt sich zwischen dem 4. und 5. Mai 1992 in Deutschland auf. Auf

¹¹¹⁰ BArch, MA, BW 55/247: DtVKdoSowjSK, Sachstandsbericht über Kontaktgespräche und die Besichtigung freigezogener Liegenschaften nach Abzug der ZGT aus der ČSFR durch eine Delegation des BMVg/DtVKdoSowjSK vom 11.02.1992 bis 13.02.1992, 19.02.1992.

¹¹¹¹ Ebd., S. 4f.

¹¹¹² Wahrscheinlich fand eine gemeinsame Inspektion von 12YA, CAD-B und weiteren US-Spezialisten im Oktober 1991 auf dem WGT-Flugplatz Merseburg statt. Vgl.: BArch, MA, Bw 55/278.

¹¹¹³ BArch, MA, BW 55/247: DtVKdoSowjSK, Sachstandsbericht über Kontaktgespräche und die Besichtigung freigezogener Liegenschaften nach Abzug der ZGT aus der ČSFR durch eine Delegation des BMVg/DtVKdoSowjSK vom 11.02.1992 bis 13.02.1992, 19.02.1992, S. 5.

deutscher Seite nahmen unter anderem wieder Oberstleutnant Bleyel vom DtVKdoSowjSK und Oberstleutnant i.G. E. vom BND teil. Dieses Mal leitete ein Vertreter von Fü S III 1 die Delegation. Neben den Nuklearobjekten Lychen, Wokuhl und Halle wurden auch die Flugplätze Merseburg und Neuruppin besichtigt.¹¹¹⁴ Anders als beim Besuch der deutschen Delegation in verlassenen Objekten der ZGT, fand dieser Besuch zwar in leerstehenden Kasernen, jedoch grundsätzlich in Anwesenheit der verbliebenen WGT-Einheiten statt. Dies begründet wohl auch folgende Anmerkung vom BMVg, Fü S III: „Das gesamte Programm wird in zivil durchgeführt. Kfz sollten möglichst nicht als Bw-Kfz erkennbar sein.“¹¹¹⁵ Solche Besichtigungen im Aufenthaltsgebiet der WGT sollten folglich den ehemaligen Hausherrn möglichst verborgen bleiben.

Zwar ist ein Sachstandsbericht in den Akten nicht enthalten, jedoch zeigen die deutsch-tschechischen Besuche das allgemeine Interesse an „Sonderobjekten“ wie Nuklearwaffenlager, Führungsbunker oder Flugplätze. Es ging bei diesen Terminen weniger um Konversion, sondern um militärisch-technische Details der Bauwerke und einen nachträglichen Abgleich zwischen GSSD/WGT und ZGT. Informationen über vergleichbare Besuche in Polen oder Ungarn sind nicht bekannt. Die DDR, ČSSR, Polen und Ungarn einte die Errichtungen von sowjetischen Typbauten zur Lagerung von Nuklearwaffen Mitte/Ende der 1960er Jahre, die nukleare Raketensprengköpfe und Artilleriegranaten für die jeweiligen nationalen Streitkräfte bevorrateten. Das Interesse der tschechischen Delegation an diesen Anlagen war vielleicht deshalb besonders groß, da die drei Nuklearwaffenlagerbunker die ersten sowjetischen Militärobjekte im Land waren, noch bevor überhaupt die ZGT dort (nach dem Prager Frühling 1968) stationiert wurde.

e. Ausblick: Gefahr der Nuklearproliferation

Somit konnte auch die deutsche Seite sukzessive letzte Zweifel am erfolgten Abzug der sowjetischen Nuklearwaffen ablegen. Die ab 1992 aufkommenden Fragen der internationalen Gemeinschaft über die Verfügungsgewalt des einstigen

¹¹¹⁴ BArch, MA, BW 55/244: DtVKdoSowjSK, Sachstandsbericht zu Besuch einer Delegation BMVg/ČSA zur Besichtigung ausgewählter Liegenschaften der WGT vom 04.05.1992-06.05.1992, 08.05.1992.

¹¹¹⁵ BArch, MA, BW 55/244: BMVg Fü S III an DtVKdoSowjSK, Besichtigung ehemaliger sowjetischer Liegenschaften, 09.03.1992, S. 3.

Nukleararsenals der Sowjetunion, nachdem diese sich aufgelöst hatte und Staaten wie die Ukraine unweigerlich in den Besitz von Nuklearwaffen gelangt waren, betrafen nicht mehr den Abzug der WGT und waren folglich auch für die Bundeswehr kein Thema mehr. Hieran zeigt sich einmal mehr der Interessenunterschied zwischen BND und Bundeswehr. Der BND interessierte sich weiterhin für die Frage nach der Verfügungsgewalt über das sowjetische Nukleararsenal, galt es doch, die zukünftig von Russland ausgehende nukleare Bedrohung sowie mögliche Gefahren durch nukleare Proliferation beurteilen zu können. So heißt es im Wochenbericht der BND-Militärauswertung im Dezember 1992:

„Die Risiken der Proliferation bleiben unverändert bestehen. Weitergabe von technischem Wissen gegen Bezahlung bzw. durch abgeworbene Nuklearwissenschaftler sowie die Weitergabe von waffenfähigem spaltbarem Material sind die Hauptgefahr. In einer Anhörung vor dem amerikanischen Senat gab CIA-Direktor Gates die Zahl der sowjetischen Wissenschaftler, die einen Sprengkopf entwickeln könnten, mit 1000 bis 2000 an.“¹¹¹⁶

Aufgrund der ab Januar 1993 nicht mehr zugänglichen Wochenberichte der Militärauswertung des BND lassen sich weitere Einschätzungen des BND zur Nuklearproliferation nicht vertiefen. Gujer konstatiert zunächst: „Terroristen sind zur Beschaffung von radioaktiven Substanzen oder fertigen Waffen aus den Arsenalen der Atommächte auf Diebstahl oder den Schwarzmarkt angewiesen. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion grassierte die Furcht, waffenfähige Spaltstoffe aus schlecht gesicherten Lagern könnte in falsche Hände gelangen. [...] Vor allem Russland gilt als möglicher Fundus, da hier laut westlichen Erkenntnissen noch 4000 Sprengköpfe für strategische Raketen, einige Tausend taktische Nuklearwaffen [...] vorhanden sind.“ Mit Blick auf die 2000er Jahre stellt Gujer hingegen fest: „Die nach dem Kollaps der Sowjetunion unzulänglichen Sicherungsmaßnahmen haben sich allerdings seit Beginn des dritten Jahrtausends deutlich verbessert, [...]. Die Gefahr, dass frustrierte und unterbezahlte Forscher ihr Knowhow meistbietend verkaufen, ist zurückgegangen.“¹¹¹⁷

¹¹¹⁶ BArch, B 206/391: BND, 33BC, Militärischer Lagebericht Ost, Wochenbericht Nr. 02/92, 15.01.1992, S.

¹¹¹⁷ Gujer, Kampf an neuen Fronten, 2008, S. 124f.

Bleibt festzuhalten, dass das Interesse des BND und der amerikanischen Nachrichtendienste am (post-)sowjetischen Nuklearpotenzial sowohl der Beurteilung des sowjetischen/russischen Militärpotenzials als auch der Eindämmung von Nuklearproliferation diene. Der Abzug der sowjetischen taktischen Nuklearwaffen aus Deutschland war dabei ein Puzzleteil.

10. Konkurrenz oder Kooperation?

Das BMVg war mit den begrenzten technischen und rechtlichen Möglichkeiten der Bundeswehr nicht in der Lage, den Abzug der sowjetischen Nuklearwaffen vollständig zu verifizieren. Erst durch die Unterstützung der CIA mit spezieller Messtechnik konnte der vom sowjetischen Außenminister Bessmerthnych angekündigte Abtransport der noch in Liegenschaften der WGT lagernden Nuklearwaffen bestätigt werden. Abhängig von der Genauigkeit der Messungen ließ sich sogar abschätzen, wie viele Sprengköpfe und Bomben im Juni 1991 über ostdeutsche Gleise außer Land gebracht wurden, was wiederum Rückschlüsse auf die Lagerkapazitäten zuließ. Wären zur Verifizierung allerdings ausschließlich geheime Nachrichtendienste zum Einsatz gekommen, hätten im Nachhinein keine vertrauensbildenden Maßnahmen stattfinden können wie die gemeinsamen Begehungen der Lager in Torgau und Zeithain. Erst die Verschränkung von nachrichtendienstlicher Beschaffung, militärischer Nachrichtengewinnung und militärischem Verbindungswesen konnte der Bundesregierung ein hinreichendes Lagebild vermitteln. Dabei profitierte der BND von Hinweisen und Informationen der Deutschen Reichsbahn und der militärischen Transportführung der Bundeswehr, beteiligte aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch nicht die Bundeswehr an seinen Erkenntnissen aus der MASINT-Operation auf Rügen. Für die weitere Aufgabenerfüllung des Verbindungswesens zur WGT oder der offenen Nachrichtengewinnung der Bundeswehr über die WGT war dies auch nicht notwendig. Auch ist anzunehmen, dass der Einsatz von Strahlungsmesstechnik der CIA auf US-Interessen zurückzuführen ist und der BND sich vermutlich mit grundlegenden Informationen über die Durchführung von Sondertransporten zufriedengegeben hätte. Eigene Mittel zur technischen Überwachung der Transporte besaß der BND zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht.

Eine Konkurrenzsituation zwischen BND und Bundeswehr bestand während des Abzugs der Nuklearwaffen kaum, da beide Akteure unterschiedliche Interessen verfolgten. Während für die Bundeswehr die Durchführung von „Gefahrguttransporten“ und Fragen der militärischen Sicherheit im Vordergrund stand, waren BND, CAD-B und CIA an Details der Nukleartechnik,-infrastruktur und -logistik der WGT interessiert sowie Fragen der nuklearen Sicherheit, Verfügungsgewalt und mögliche Lagerorte nach Ankunft in der Sowjetunion. Lediglich im BMVg überschneiden sich die Interessen, wobei nicht klar ist, ob

Pullach seinerzeit Erkenntnisse mit der Bonner Hardthöhe teilte. Durch die Mitwirkung der CIA scheint dies weniger wahrscheinlich.

Somit ist festhalten, dass die Bundesregierung durch einen „double check“ ihr Lagebild verdichtete: Während die Bundeswehr offen in Erscheinung trat und versuchte, der WGT auf vertraulicher Basis Informationen abzugewinnen, beschaffte der BND im Geheimen weitere Details. Dabei zeigte sich: Erst die klare Trennung zwischen der klandestinen Aufklärung des BND einerseits und der offenen Nachrichtengewinnung und dem Verbindungswesen der Bundeswehr andererseits ermöglichte einen umfassenden Erkenntnisgewinn. Eine Vermischung von Kräften und Mitteln hätte sich sehr wahrscheinlich negativ ausgewirkt, zudem wäre es dem BND-Gesetz zuwidergelaufen, das den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln nur dann erlaubt, wenn andere Wege ausgeschöpft sind. Die Abwägung fand hierbei beinahe idealtypisch statt: Das Einzige, was die Bundeswehr durch ihre Mittel nicht Erfahrung bringen konnte, war der Inhalt der Waggons der Sondertransporte. Erst an diesem Punkt kam der BND ins Spiel und lieferte die letzte, aber entscheidende Information mithilfe der amerikanischen Partner.

Bei der Besichtigung leerstehender Nuklearwaffenlager war die Bundeswehr lediglich Vermittler der Zugangsberechtigung und konnte mit Liegenschaftserkenntnissen aufwarten. Für 12YA, CAD-B und weitere Teilnehmer aus nachrichtendienstlichen Kreisen waren dann Details von Interesse, die für die Auftragsbewältigung des DtVKdoWGT weniger relevant waren. Auch hier gab es zwar auf den ersten Blick fachliche Überschneidungen, die Ziele unterschieden sich dennoch. Zudem entsprach die Zuhilfenahme des DtVKdoWGT für Liegenschaftsbegehungen ebenso dem BND-Gesetz, da somit keine oder kaum Tarnmaßnahmen erforderlich waren und die Verhältnismäßigkeit gewahrt wurde.

Beim Abzug der sowjetischen Nuklearwaffen aus Deutschland standen Bundeswehr und BND nicht in Konkurrenz zueinander sondern ergänzten sich im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeiten und rechtlichen Möglichkeiten. Durch die Vorleistung der Bundeswehr beim Gewinnen der Transportinformationen oder Liegenschaftsübergabedaten konnte der BND sich auf sein Kerngeschäft konzentrieren und einen nachrichtendienstlichen Mehrwert generieren.

VI. Schlussbetrachtung

I.

Obwohl der Abzug der sowjetischen/russischen Truppen aus Deutschland nur ‚überschaubare‘ dreieinhalb Jahre dauerte, ergab die Erforschung der involvierten militärischen und nachrichtendienstlichen Akteure und Institutionen ein vielschichtiges Bild. Der 3. Oktober 1990 fand durch die Suspendierung der Sonderrechte der Vier Mächte in Bezug auf Deutschland und die Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands im Aufbau der Arbeit notwendigerweise eine besondere Berücksichtigung. In der Historisierung der sowjetischen Stationierungsgeschichte stellt die Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag die letzte, und für die Geschichte des Truppenabzugs die entscheidende Zäsur dar. Es erwies sich ebenso als erforderlich für diese Studie, die politischen und militärischen Konstellationen in Hinblick auf die westliche Militäraufklärung sowohl vor als auch nach dieser Zäsur zu betrachten und dabei Kontinuitäten und Brüche herauszuarbeiten. Die militärische und nachrichtendienstliche Aufklärung der sowjetischen Truppen in Deutschland musste nach dem 3. Oktober 1990 neu gedacht werden. Der Truppenabzug ist somit nicht nur als sicherheitspolitisches Ereignis, sondern auch als Gegenstand militärischen und nachrichtendienstlichen Handelns zu verstehen, eingebettet in die politischen Umbrüche nach Beendigung des Kalten Krieges.

II.

Die Leitfrage, welche Rolle Bundeswehr und BND beim Abzug spielten, konnte dadurch beantwortet werden und lässt sich wie folgt zusammenfassen – nicht ohne auch das BMVg und das Auswärtige Amt miteinzubeziehen: Während das Auswärtige Amt seinen wichtigsten Anteil im Zwei-plus-Vier-Prozess leistete, fielen etwa ab Spätsommer 1990 die wesentlichen Fragen zum Aufenthalt und Abzug der WGT in die Ressortverantwortung des BMVg. Dies betraf umso mehr die Zeit des Truppenabzugs zwischen Januar 1991 und August 1994, als es für die deutsche Seite vor allem um die Frage ging, ob und wie die WGT vertragsgemäß ihr Personal und ihre Technik zurückführen würde. Um diese Frage zu beantworten, schuf das BMVg innerhalb der Bundeswehr ein neues und ertüchtigte ein althergebrachtes militärisches Instrument: Zum einen entstand das Deutsche Verbindungskommando zur WGT (DtVKdoWGT). Durch seine umfassende

Abstützung auf die Territorialkommandos in den neuen Bundesländern baute das DtVKdoWGT ein wirkungsvolles, dezentrales Verbindungswesen zu den Verbänden, Einheiten und Einrichtungen der WGT auf, während das Kommando selbst als Schnittstelle zum Oberkommando der WGT in Wünsdorf und Vermittler zum BMVg fungierte. Alle Ebenen der WGT wurden damit durch entsprechende Verbindungselemente bei der Bundeswehr gespiegelt. Dies ermöglichte dem DtVKdoWGT auch die Bewältigung des zweiten, nicht weniger wichtigen Auftrags: die Überwachung des vertragskonformen Aufenthalts und Abzugs der WGT. Auch wenn der Aufenthalts- und Abzugsvertrag (AAV) der deutschen Seite kein Verifikations- oder Inspektionsrecht explizit zusprach – es aber auch nicht explizit verbat –, so enthielt er doch viele Bestimmungen, deren Einhaltung der deutschen Seite wichtig war, denn eine andere vertragliche Grundlage für den Abzug gab es nicht. Das Verhalten der WGT maß sich ausschließlich am AAV und der damit verbundenen Einhaltung der Abzugspläne, deren Verifizierung eine der hauptsächlichen Betätigungsfelder des DtVKdoWGT wurde. Letztlich ging es dabei auch um rund eine Milliarde D-Mark, die die sowjetische/russische Seite für die Rückführung ihrer Truppen erhielt. Nicht zuletzt regulierte der AAV auch alle jene Bereiche der militärischen Aktivitäten wie Märsche, Flüge und Übungen, die eine Belastung für die Bevölkerung darstellten. Hier sah sich das DtVKdoWGT nicht selten der Rolle als Mahner und Korrektiv gegenüber der WGT ausgesetzt.

Damit diese Überwachung gelingen konnte, benötigte das DtVKdoWGT Informationen über Bewegungen, Verhalten, den inneren Zustand und weitere Bereiche der WGT. Die ihm fachlich unterstellten Verbindungsoffiziere der Territorialkommandos lieferten diese Informationen, sodass das DtVKdoWGT von Anfang an ein detailliertes Lagebild über den Aufenthalt und Abzug der WGT führen konnte. Weitere Zuträger innerhalb und außerhalb der Bundeswehr verdichteten dieses Lagebild zusätzlich. Auf Grundlage dieser Informationen konnte das DtVKdoWGT operativ im Interesse des BMVg eingesetzt werden, das heißt Forderungen an die WGT stellen, Kritik äußern, aber auch schlichten und nötigenfalls Konzessionen anbieten. Letztlich war der Leiter des DtVKdoWGT, Generalmajor Foertsch, der Bevollmächtigte der Bundesregierung für Fragen des Aufenthalts und Abzugs und genoss in dieser Funktion viel Autonomie.

Diese Autonomie wurde von den Akteuren des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr kritisch beäugt. Sie verlangten früh die einer

Übernahme der Verantwortlichkeiten der ehemaligen Westmächte im Bereich der Militäraufklärung. Nicht ohne starke Interessenbekundung vor allem der Amerikaner und Briten, den „Intelligence Gap“ nach der Auflösung der westlichen Militärverbindungsmissionen (MVM) nicht ungeschlossen zu lassen, ertüchtigte das BMVg Kräfte des militärischen Nachrichtenwesens im Beitrittsgebiet zur offenen Nachrichtengewinnung über die WGT. Begründet wurde dies auf deutscher Seite auch mit der neuen militärischen Souveränität. Die Bundeswehr übernahm folglich die Überwachung der WGT.

Die Vorfälle in Altengrabow im April 1991 verdeutlichen den eingeschränkten Handlungsspielraum des militärischen Nachrichtewesens der Bundeswehr: Der offenen Nachrichtengewinnung gegen fremde Streitkräfte in Uniform waren Grenzen gesetzt, da keine nachrichtendienstlichen Mittel angewandt werden durften und der Eindruck der Spionage gar nicht erst entstehen sollte. Die westlichen MVM hatten dieses Prinzip mehr als vier Jahrzehnte lang perfektioniert und umfangreich Informationen und Erkenntnisse gewonnen, waren dabei auch in nachrichtendienstliche Informationsstränge eingebettet. Die Angehörigen der MVM wurden auch hochwertig ausgebildet und spezialisierten sich oft über Jahre in unterschiedlichen Verwendungen in den MVM. Die Bundeswehrsoldaten der offenen Nachrichtengewinnung über die WGT und des Verbindungswesens zur WGT konnten eine ebenbürtige Spezialisierung nicht vorweisen. Es erstaunt daher, dass die Vorfälle Altengrabow die einzigen ihrer Art blieben. Dennoch steht außer Frage, dass Major Weiß der „deutsche Major Nicholson“ hätte werden können, wenn statt seines linken Oberarms lebenswichtige Organe getroffen worden wären. Es bleibt zum Glück eine kontrafaktische Frage, welche Auswirkungen ein toter deutscher Soldat auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen und den Fortschritt des Abzugs gehabt hätte.

III.

Wie ist nun der Anteil des BND am Abzug der WGT zu beurteilen? Es ließ sich nicht bestätigen, dass der BND das Verhalten und den Abzug der WGT in dem Umfang überwachte, wie dies die Bundeswehr tat. Zum einen verfügte die eigens für den Truppenabzug geschaffene Dienststelle 12YA dafür über zu wenig Personal, zum anderen sah das BND-Gesetz vom Dezember 1990 eine Überwachung durch den BND gesetzlich nicht vor, wenn dafür schon die Bundeswehr eingesetzt wurde. Folglich gab der BND einen Teil seiner

Zuständigkeit für die militärische Auslandsaufklärung zeitlich und thematisch begrenzt an die Bundeswehr ab. Diese neue Zuständigkeit für die Bundeswehr ergab sich aus der neuen militärischen Raumverantwortung für das Beitrittsgebiet. Dennoch endete damit nicht die Zuständigkeit des BND für die WGT. Der Dienst fokussierte sich grundsätzlich auf all jene Aspekte, zu denen die Bundeswehr aufgrund ihrer eingeschränkten rechtlichen und technischen Möglichkeiten nicht aussagefähig war. Der BND konnte somit die vollständige Klaviatur verdeckter Mittel und Methoden spielen, um weitere Informationen zu beschaffen – oder auch Informationen der Bundeswehr zu bestätigen. Gleichzeitig bediente 12YA das Aufklärungsinteresse von CAD-B, indem die deutschen Beschaffer die Aufträge ihrer US-Partner abarbeiteten. Hierfür konzentrierten sich die Operateure von 12YA auf die Abschöpfung menschlicher Quellen und die geheime Beschaffung fremden Wehrmaterials. Die bereits gewonnenen Informationen der Bundeswehr und das von CAD-B zur Verfügung gestellte Wissen bildeten die Grundlage für 12YA, um Anknüpfungspunkte für TECHINT- und HUMINT-Operationen zu erkennen – beispielsweise der Abzug bestimmter Einheiten oder die Ankündigung von Nuklearwaffentransporten – und im richtigen Moment „zuzuschlagen“. Dabei standen sich BND und Bundeswehr kaum im Weg, da ihre unterschiedlichen Mittel und Methoden verschiedene Interessen bedienten.

Ein Teil der BND-Operationen beim Abzug wäre ohne das Knowhow und die Erfahrungen von CAD-B nicht möglich gewesen. CAD-B und möglicherweise indirekt auch andere US-Nachrichtendienste haben sich daher maßgeblich auf die Operationen des BND beim Abzug der WGT ausgewirkt. Möglicherweise wäre eine alleinige Operation des BND gegen die WGT weniger erfolgreich gewesen. Dennoch gab es auch divergierende Interessen zwischen dem BND und den US-Diensten, sodass CAD-B letztlich ein Vehikel für die amerikanische Military Intelligence Community war, allen voran für die DIA, um die Fühlung zur WGT nicht zu verlieren. Vereinzelt Hinweise auf eigenmächtige Aktionen von CAD-B-Angehörigen deuten an, dass CAD-B für besonders lohnende Ziele von der Vereinbarung abwich, dass nur Operateure des BND im Aufenthaltsgebiet der WGT Informationen beschaffen sollten. Ob die daraus resultierende Erkenntnisse dann auch mit dem BND geteilt wurden, ist fragwürdig, zumal sich dadurch CAD-B selbst kompromittiert hätte.

Durch die erfolgreiche Technikbeschaffung gewannen der BND und die Bundeswehr neue Erkenntnisse über sowjetische/russische Rüstungstechnik, von der die NATO-Intelligence-Community noch heute profitiert. In vielen Konflikten nach dem Kalten Krieg kam (post-)sowjetische Rüstungstechnik zum Einsatz. Es ist sogar denkbar, dass im Ukraine Konflikt seit 2014 und insbesondere im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine Waffentechnik aus ursprünglichen Beständen der WGT zum Einsatz kam und noch immer kommt. Der Erfolg der TECHINT-Operationen während des Abzugs wäre daher ein langfristiger.

Weniger langfristig war hingegen der HUMINT-Ansatz der Operation „Giraffe“: Nach Beendigung des Abzugs vermochte es der BND offenbar nicht, seine in Deutschland angeworbenen Quellen weiter adäquat zu führen. Der gemeinsame HUMINT-Ansatz mit CAD-B/Det G scheiterte 1996. Die problematische Quellenführung und die Reibungen mit den amerikanischen Partnern sorgten neben weiteren Komplikationen 1996 zur Einstellung einer der *bis dahin* erfolgreichsten Beschaffungsoperationen des BND. Dass einige wenige Quellen weiter vom BND geführt wurden, ist jedoch denkbar. Der jüngste Umgang Russlands mit Überläufern und Agenten für ausländische Nachrichtendienste erklärt hinreichend, warum etwaige weitergeführte Quellen absolut schützenswürdig sind und warum darüber aus offenen Quellen nichts zu erfahren ist. Ob also in Einzelfällen die Operation „Giraffe“ über das Jahr 1996 fortgesetzt werden konnte, wird daher weiterhin geheim bleiben *müssen*.

IV.

Wie steht es nun um die eingangs formulierte Vermutung, dass die Bundeswehr das Monopol des BND in der militärischen Auslandsaufklärung in Frage stellte und hieraus eine Konkurrenz zwischen Bundeswehr und BND entstand? Diese These konnte nur teilweise bestätigt werden. Die Wiedervereinigung brachte es mit sich, dass die Bundeswehr in ihrem eigenem territorialen Verantwortungsbereich die WGT überwachen und beobachten konnte – oder vielmehr: musste. Bis zur Wiedervereinigung war dies ein genuiner Aufgabenbereich des BND. Die Überwachung der WGT konnte nun, auch im Sinne der Verhältnismäßigkeit, mit offenen Mitteln der Streitkräfte erfolgen. In dieser Hinsicht verlor der BND seine Zuständigkeit für die Aufklärung für die WGT auf taktischer Ebene, während die Bundeswehr diese Aufgabe übernahm. Allerdings oblag dem BND unverändert die strategische Aufklärung des sowjetischen/russischen Wehrpotenzials. Hier konnte

die Bundeswehr nur einen Teil der dafür benötigten Informationen liefern, da sie überwiegend Informationen gewann, die für die Streitkräfte relevant waren. Dies führte dazu, dass die Bundeswehr besser über den Fortschritt des Abzugs informiert war als der BND. Ging es aber um größere Zusammenhänge im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik sowie Fragen (Ab-)Rüstung, waren die Aufklärungsmöglichkeiten der Bundeswehr schnell erschöpft. Zudem hatte der BND einen langfristigen Auftrag, über sowjetische/russische Ambitionen im Bereich der Sicherheits- und Militärpolitik – neben allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Ambitionen – auskunftsfähig zu sein.

Zur Auftragserfüllung benötigte das DtVKdoWGT zwar mitunter auch vertrauliche Zuträger aus dem Inneren der WGT, handelte damit aber im Interesse des Abzugsbevollmächtigten, der wiederum durch den AAV legitimiert war. Die Absichten der Vertreter des Verbindungswesens der Bundeswehr dürfte daher den WGT-Angehörigen klar gewesen sein, während die Beschaffer von 12YA ihre wahren Interessen oft verschleierten, um ihren nachrichtendienstlichen Ursprung zu verbergen. Damit unterschied sich die konspirative Nachrichtenbeschaffung des BND grundsätzlich von der offenen Nachrichtengewinnung und dem Verbindungswesen der Bundeswehr. Dies entspricht der idealtypischen Unterscheidung zwischen nachrichtendienstlicher Nachrichtenbeschaffung und offener (militärischer) Nachrichtengewinnung. Das BMVg koordinierte durch Weisungen der Stabsabteilung Fü S II (militärisches Nachrichtenwesen) die Aufgabentrennung zwischen Bundeswehr und BND, wenngleich sie lediglich auf die Kräfte des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr direkt zugreifen konnte. Grundsätzlich unterstand die Operation „Giraffe“ der Verantwortung des Bundeskanzleramts, in vielen militärischen Fragen traten jedoch das BMVg und die Bundeswehr als Bedarfsträger in Erscheinung. Die Bundeswehr konnte ihre Interessen größtenteils offen gegenüber der WGT und der Öffentlichkeit kommunizieren, während der BND seine Aktivitäten natürlicherweise geheim halten musste. Das Verbindungswesen der Bundeswehr zur WGT setzte auf Vertrauen und Transparenz, um die Einhaltung des AAV durch die WGT sicherzustellen. Der BND setzte im Rahmen der Operation „Giraffe“ ebenfalls auf Vertrauen, motivierte aber die angeworbenen Quellen in der WGT zum Verrat – und damit zur Spionage. Hierin unterschieden sich die Ansätze zwischen Bundeswehr und BND fundamental – auch wenn beide Ziele am Ende wieder

deutschen Interessen entsprachen. Während der BND die Probleme im inneren Gefüge der WGT ausnutzte, versuchte die Bundeswehr, bei Problemen zu vermitteln und im Idealfall auch für Abhilfe zu schaffen.

Wenn man die wichtigsten Aufgaben der militärischen Auslandsaufklärung des BND in der strategischen Aufklärung verortet, war die Bundeswehr während des Truppenabzugs keine Konkurrenz. Vielmehr gelang in wesentlichen Bereichen eine Kooperation durch den Austausch von Informationen und Erkenntnissen über die WGT. Die Bundeswehr nahm, um auf die zweite These zurückzukommen, in begrenztem Umfang Aufgaben der militärischen Auslandsaufklärung während des Truppenabzugs wahr, aber nur insoweit, als dies für die Bundeswehr selbst und das Interesse des BMVg erforderlich war. Die strategische Aufklärung des BND konnte die Bundeswehr damit nicht ersetzen, zumal der Aufenthalt und Abzug der WGT auf deutschem Boden zeitlich und räumlich begrenzt war. Somit fand die Rolle der Bundeswehr bei der Nachrichtengewinnung über fremde Streitkräfte im August 1994 ihr Ende und der BND behielt sein Monopol zur militärischen Auslandsaufklärung. Indes war die Aufklärung des russischen Wehrpotenzials durch den BND nicht auf die WGT begrenzt und setzte sich somit nach dem 31. August 1994 fort.

Seit den 1980er Jahren galt das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr (ANBw) als die Konkurrenzdienststelle zum BND, weil es vor allem Analysefähigkeiten über fremde Streitkräfte bündelte. Beim Abzug der WGT zeigt sich aber, warum das ANBw nur auf den ersten Blick als eigener Militärnachrichtendienst der Bundeswehr erscheint: Außer der Fernmeldeaufklärung besaß das ANBw über keine eigenen Kräfte zur Nachrichtengewinnung im Aufenthaltsgebiet der WGT. Nachrichtendienstliche Mittel oder Methoden durften seine Angehörigen grundsätzlich nicht anwenden. Daher war das ANBw von den Informationen der jeweils entsprechenden G2-Abteilungen und den Berichten des DtVKdoWGT abhängig – sowie von Informationen des BND. Es führte damit ebenso ein permanentes Lagebild über Aufenthalt und Abzug der WGT, welches sich aber wahrscheinlich nicht maßgeblich von den Lagebildern der anderen Dienststellen unterschied. Zwar hätte das ANBw grundsätzlich Aufklärung und Informationsgewinnung in einem gewissen Umfang steuern und koordinieren können, jedoch blieb es beim

Truppenabzug eher rezeptiv. Die Konkurrenz des ANBw zum BND sollte später erst bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr wieder eine größere Rolle spielen.

Auf der taktischen Ebene ist ebenfalls keine Konkurrenz zwischen Bundeswehr und BND festzustellen, da diese nur dann vorgeherrscht hätte, wenn beide Seiten quasi gegeneinander die gleichen Aufklärungsziele verfolgt hätten. Es konnte anhand von Quellen belegt werden, dass insbesondere zwischen dem BND und dem DtVKdoWGT notwendige Informationen ausgetauscht wurden, um redundante Aufklärungsmaßnahmen zu vermeiden. Zwar mag es vereinzelt solche Redundanzen gegeben haben, aber mit fortschreitendem Abzug professionalisierte sich die Zusammenarbeit zwischen BND und Bundeswehr, sodass sogar gemeinsame Liegenschaftserkundungen durchgeführt wurden. Allerdings gibt es keinen Hinweis darauf, dass Verbindungsoffiziere der Bundeswehr an geheimen Beschaffungsoperationen des BND beteiligt waren. Das Monopol des BND zur Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel blieb von den Anstrengungen der Bundeswehr zur Informationsgewinnung unberührt. Durften BND-Operateure sich als Umweltinspektoren oder Mitarbeiter des Verkehrsministeriums tarnen, waren solche Methoden den Bundeswehrsoldaten im Beitrittsgebiet untersagt. Von ihrer Arbeitsweise her standen die deutschen Verbindungsoffiziere zur WGT den alliierten Militärverbindungsmissionen damit näher als den BND-Angehörigen von 12YA.

Die klare Trennung zwischen nachrichtendienstlicher Beschaffung und militärischer Nachrichtengewinnung ist der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur eigen. Rechtlich lässt sich in jedem Fall eine klare Kompetenzgrenze zwischen Bundeswehr und BND ziehen, in der Realität obliegt es letztlich jedem Einzelnen, inwieweit sein Handeln gesetzlich gedeckt ist. Die Vorfälle Altengrabow stehen beispielhaft für diese Gratwanderung: Auch wenn die Weisung klar formulierte, dass jeder Eindruck der Spionage verhindert werden sollte, führte das Verhalten des Beobachtungstrupps zum genauen Gegenteil. Die bloße Wahrnehmung der WGT, dass die Soldaten der Bundeswehr in Altengrabow Spionage begangen hätten, lässt jedoch nicht den Schluss zu, dass die Angehörigen des Beobachtungstrupps bewusst unzulässige Methoden der militärischen Auslandsaufklärung angewandt haben.

Grundsätzlich ließen sich genügend Quellen finden, die belegen, dass sich die militärische Führung des Risikos der offenen Nachrichtengewinnung bewusst

war, dabei aber alle Mittel ausschöpfen wollte. Dies war kein Angriff auf das Monopol des BND zur militärischen Auslandsaufklärung, sondern ein bewusstes Eintreten für die militärische Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Der BND hatte die neue Verantwortung der Bundeswehr im Beitrittsgebiet hinzunehmen und erkannte schnell das Potenzial, was daraus erwuchs: Indem der BND die ‚Kernerarbeit‘ der Bundeswehr überließ, konnte er durch klassische Nachrichtendienstarbeit überzeugen und einen Mehrwert generieren. Insofern ist der Abzug der WGT ein Beispiel für gelungene Arbeitsteilung zwischen Bundeswehr und BND. Das deutsche Ansatz, wonach im BND alle nachrichtendienstlichen Aufgabenbereiche der Auslandsaufklärung gebündelt sind und die Bundeswehr nur streitkräfterelevante Nachrichtengewinnung betreibt, hat sich zwischen 1990 und 1994 bewährt. Das BMVg wurde seiner Rolle als Steuerer des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr und Schnittstelle zur militärischen Auslandsaufklärung des BND gerecht.

Gerhard Schindler, der von 2012 bis 2016 Präsident des BND war, fordert in seiner Streitschrift „Wer hat Angst vorm BND?“ die Unterstellung des BND unter das BMVg. Dies würde dem seiner Meinung nach dem verständlichen Reflex des Bundeskanzleramts entgegenwirken, nachrichtendienstliche Krisen vom Amt des Bundeskanzlers fernzuhalten, was wiederum eine Maschinerie mit einer Vergeudung von Ressourcen anlaufen ließe. Dieser Argumentation wäre zu entgegnen, dass dadurch die Krisen von einem Ressort zum anderen wechseln würden – und das BMVg ist ohnehin naturgemäß krisengeplagt. Die zweite Argumentation Schindlers berührt die Fragestellung dieser Arbeit. „Dieses Ministerium [das BMVg] hat nicht nur Erfahrung im Umgang mit schwierigen Behörden, auch die Verknüpfungen und Schnittmengen des BND mit der Bundeswehr sind ungleich größer als mit jedem anderen Ressort.“¹¹¹⁸ In der Tat hat der BND in der Phase des Abzugs militärisch und sicherheitspolitisch relevante Informationen beschafft, die vor allem das BMVg und das Auswärtige Amt interessiert haben dürften, weniger das Bundeskanzleramt. Die Geschichte des BND, insbesondere unter den Präsidenten Gehlen und Wessel, zeigte jedoch, dass die Bundesregierung am meisten von einem strategischen und

¹¹¹⁸ Gerhard Schindler, *Wer hat Angst vorm BND? Warum wir mehr Mut beim Kampf gegen die Bedrohungen unseres Landes brauchen. Eine Streitschrift*, Berlin 2020, S. 230.

multiperspektivischen Auslandsnachrichtendienst profitiert, der nicht nur militärische Fragen in den Vordergrund stellt. Die Operation „Giraffe“ diente zwar der militärnachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung, sie trug jedoch auch zum Gesamtverständnis der sowjetischen/russischen Außen- und Sicherheitspolitik bei. Die nachrichtendienstlichen Ressourcen im Verteidigungsressort zu bündeln, birgt das Risiko, die Perspektive erneut zu sehr auf das militärische zu verengen. Demnach braucht es einen breit aufgestellten deutschen Auslandsnachrichtendienst mit entsprechenden Befähigungen. Die Aufstellung eines reinen militärischen Nachrichtendienstes neben einem zivilen Auslandsnachrichtendienst scheint vor dem Hintergrund asymmetrischer und hybrider Bedrohungen daher keine optimale Lösung zu sein. Vielmehr dürfte sich mittelfristig die Debatte über eine Anpassung der deutschen Sicherheitsarchitektur auf die Entwicklung eines Nationalen Sicherheitsrats fokussieren. Während des Abzugs hatte die Unterstellung des BND unter das Bundeskanzleramt den Charme, dass die Bundeswehr – mit Ausnahme der Vorfälle in Altengrabow – vergleichsweise frei und transparent handeln konnte und sich gegenüber der WGT nicht für tatsächliche Spionagetätigkeiten rechtfertigen musste. Spione in Bundeswehruniform hätten das Vertrauen zur sowjetischen Gegenseite von Anfang an untergraben.

V.

Es bleibt noch zu klären, welche Fragen im Rahmen dieser Studie nur unzureichend oder gar nicht beantwortet werden konnten und welche Forschungsfragen sich daran anschließen. Zunächst ist festzustellen, dass die Geschichte des militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr im Zusammenhang mit der militärischen Auslandsaufklärung des BND noch unzureichend erforscht ist. Dieser Zusammenhang stellte aber die Grundlage für diese Studie dar. Vielleicht hätten also gewisse Fragen präziser oder überhaupt erst gestellt werden können, wenn mehr Grundlagenwissen über diesen Aspekt der deutschen Militärgeschichte verfügbar gewesen wäre. Da eine solche Forschung aber maßgeblich von der Herabstufung der noch als „geheim“ und „streng geheim“ eingestufte Quellen abhängt, sollte seitens der Archive und der abgebenden Stellen darüber nachgedacht werden, mindestens für die Zeit des Kalten Krieges mehr Quellen aus dem Bereich der Militäraufklärung offenzulegen. Die jüngere Militärgeschichte böte noch viele Ereignisse und Entwicklungen, die sich mit nachrichtendienstlichen und militärhistorischen Fragestellungen verbinden ließen. Man denke nur an den

Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan oder die ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr. Spätestens auf dem Balkan zeigte sich, wie gut oder schlecht der BND in der Lage war, die Einsatzkräfte der Bundeswehr mit Informationen zu versorgen.

Eine Lücke stellt die Rolle des Bundeskanzleramts in Hinblick auf den Einsatz des BND dar. Dabei wäre vor allem zu hinterfragen, inwiefern es förderlich oder bremsend auf die geheimen Aktivitäten von 12YA einwirkte und wie es die Zusammenarbeit mit CAD-B bewertete. Die hierfür auszuwertende Korrespondenz zwischen Bundeskanzleramt und BND liegt noch immer unter Verschluss. Von großem Interesse wäre auch die Rolle von Bundeskanzler Kohl: Wie viel wusste er von der Operation „Giraffe“ und wie stand er zur nachrichtendienstlichen Ausspähung der WGT?

Diese Studie hat weitere Themen tangiert, die eine umfassendere Erforschung verdient hätten: Zum einen wurde die Geschichte der Alliierten Militärverbindungsmissionen (MVM) bislang zu sehr von ihren eigenen Veteranen beeinflusst. Objektivere und quellenbasierte Studien sind daher unbedingt erforderlich. Da alle vier Missionen in Deutschland operierten, muss ihre historische Aufarbeitung auch als ein Teil der deutschen Militärgeschichte begriffen werden. Hier wäre es auch interessant zu erfahren, wie und von wem in der Bundesrepublik die sowjetischen MVM überwacht und gegebenenfalls abgewehrt wurden. Wie dies umgekehrt beim MfS verlief, ist mittlerweile weitestgehend bekannt. Die Abwehr der östlichen Militäraufklärung, wie durch den Militärischen Abschirmdienst oder die Verfassungsschutzämter, ist dagegen kaum erforscht. Ebenso stehen mittlerweile genügend Archivquellen zur Verfügung, um die Geschichte der Nuklearisierung der DDR zu schreiben. Dies könnte durch Fakten den unzähligen Gerüchten und „urban legends“, die darüber seit Jahrzehnten im Umlauf sind, entgegenwirken. Dem ließen sich auch die Nuklearisierung der Bundesrepublik und der Abzug der Sonderwaffen der Westalliierten vergleichend gegenüberstellen.

Mit der hier vorgenommenen Fokussierung auf Militär- und Nachrichtendienstgeschichte wurden andere Bereiche des Abzugs nicht vertieft. Dazu zählen insbesondere die politischen, finanziellen und sozialen Aspekte, aber auch Umweltverschmutzung, Konversion und Kriminalität. Einige dieser Themen ließe sich auch auf den Abzug der westalliierten Streitkräfte übertragen. Der größte Mangel herrscht allerdings bei russischsprachigen Quellen. Solange in Russland

und den anderen postsowjetischen Ländern keine Forschung zur Stationierungs- und Abzugsgeschichte betrieben wird und Archivquellen weiterhin unter Verschluss gehalten werden, kann die Forschung nur schwerlich über die deutsche Perspektive hinausgehen. Zuletzt soll noch einmal für mehr Grundlagenforschung zur jüngeren Geschichte der Bundeswehr und des BND plädiert werden. Solange die Grundlagen unzureichend erforscht sind, müssen Spezialstudien wie diese weiterhin in Vorleistung gehen.

Abkürzungen

AAV	Aufenthalts- und Abzugsvertrag
ACOS	Assistance Chief of Staff
AFmBw	Amt für Fernmeldewesen der Bundeswehr
AMK	Amt für Militärkunde
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRIXMIS	The British Commanders' -in-Chief-Mission to the Soviet Forces in Germany
BwKdo Ost	Bundeswehrkommando Ost
BV	Bezirksverwaltung
CIA	Central Intelligence Agency
CINC	Commander('s) in Chief
COMINT	Communication Intelligence
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
ČSFR	Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIA	Defense Intelligence Agency
DIS	Defence Intelligence Staff
DtVKdoSowjSK	Deutsches Verbindungskommando zur den Sowjetischen Streitkräften in Deutschland
DtVKdoWGT	Deutsches Verbindungskommando zur Westgruppe der Truppen
ELINT	Electronic Intelligence
EloGM	Elektronische Gegenmaßnahmen
EloKa	Elektronischer Kampf
FAO	Foreign Area Specialist
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FDST	Fernmeldedienststelle der Streitkräfte
FFA	Forces françaises en Allemagne
FGG	Führungsgrundgebiete
Fm/EloAufkl	Fernmelde-/Elektronische Aufklärung
Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
HA	Hauptabteilung
HDv	Heeresdienstvorschrift

HUMINT	Human Intelligence
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung
INSCOM	United States Army Intelligence and Security Command
INTSUM	Intelligence Summary
JAEIC	Joint Atomic Energy Intelligence Committee
JIC (G)	Joint Intelligence Committee (Germany)
JIS	Joint Intelligence Station (?)
KSA	Kommando Strategische Aufklärung
KTK-Ost	Korps und Territorialkommando Ost
MAD	Militärischer Abschirmdienst der Bundeswehr
MBFR	Mutual Balanced Force Reduction
MI6	Military Intelligence, Section 6
MASINT	Measurement and Signature Intelligence
MfAV	Ministerium für Abrüstung und Verteidigung der DDR
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR
MMFL	mission militaire française de liaison
MoU	Memorandum of Understanding
MSIC	Missile and Space Intelligence Center
MVM	Militärverbindungsmission
NORTHAG	Northern Army Group
INT	intelligence
ORBAT	order-of-battle
OSINT	Open Source Intelligence
RAF	Royal Air Force
RDE	Radiation Detecting Equipment
SAS	Special Air Service
SIGINT	Signal Intelligence
SIS	Secret Intelligence Service
STOL	Standort- und Objektlageplan
TECHINT	Technical Intelligence
TrT	Truppenteil(e)
UA	Unterabteilung
UHK	Unabhängige Historikerkommission (des BND)
USAREUR	United States Army Europe
USARI	US Army Russian Institute
VKSE	Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa

WGT	Westgruppe der Truppen
WP	Warschauer Pakt
WTD	Wehrtechnische Dienststelle
WV	Warschauer Vertrag
ZDv	Zentrale Dienstvorschrift
ZMSBw	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
ZNBw	Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr
ZVBw	Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr

Abbildungen und Übersichten

Abbildung 1 – Operation „Giraffe“ im Intelligence-Cycle, S. 158.

Abbildung 2 – Informationsflüsse vor der Erkundung des Nuklearwaffenlagers in Altengrabow (März/April 1991), S. 308.

Übersicht sowjetischer Nuklearwaffenlager in der DDR, Stand Ende der 1980er Jahre, S. 276.

Übersicht sowjetischer Nuklearwaffentransporte durch Deutschland 1991, S. 332.

Quellenverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Auswärtiges Amt, Politisches Archiv (AA PA)

B 38

Bundesarchiv (BArch)

B 206 (BND)

Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv (BArch, MA)

BW 2 (Fü S)

BW 40 (ANBw)

BW 55 (DtVKdoWGT)

BH 40/7 (Div/WBK VII)

BH 40/8 (Div/WBK VIII)

Bundesbeauftragter für Staatssicherheitsunterlagen (BStU)

HA II

HA XIX

Bundeskanzleramt, Zwischenarchiv (ZA BKAmt)

CIA, Freedom of Information Act Electronic Reading Room

Landesarchiv Sachsen-Anhalt (LASA)

L 34 (WGT-Liegenschaften in Sachsen-Anhalt))

National Archive (USA)

Gedruckte Quellen

BRIXMIS, Annual Report, 1990

BRIXMIS, Standing Operating Procedures and Standing Orders, 1985

Bundesregierung, Bulletin 139-92. Besuch des Bundeskanzlers in der Russischen Föderation vom 14. bis 16. Dezember 1992,

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/besuch-des-bundeskanzlers-in-der-russischen-foederation-vom-14-bis-16-dezember-1992-791660> (letzter Aufruf 01.07.2019).

Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1979.

INSCOM, Annual Historical Review, 1992

Ministere de la defense, Ordre de dissolution de la Mission militaire française de liaison a Potsdam (MMFL), 25.04.1991

USMLM, Unit History 1974

USMLM, Unit History 1976

USMLM, Unit History 1984

USMLM, Unit History 1985

USMLM, Unit History 1986

USMLM, Unit History 1988

Zeitzeugengespräche

Georg Bautzmann, 25.04.2017

Detlef Duchâteau, 12.09.2017

Otto Freiherr Grote, 2017-2019

Norbert Juretzko, 16.09.2016

Günter Krieger, 20.10.2016

Harald Kujat, 11.06.2018

Reiner Rodig, 2017-2019

Daniel Pasquier, 30.10.2018

Frank Schulz, 27.06.2017

Rainer Schuwirth, 21.11.2017

Günther Wenger, 17.05.2018

Hans-Georg Wieck, 05.12.2018

Karl Woelk, 09.05.2019

Des Weiteren wurden zwischen 2016 und 2021 mehrere Zeitzeugen- und Hintergrundgespräche mit ehemaligen Angehörigen von USMLM, CAD-B, BND, BMVg und Bundeswehr geführt, die hier jedoch nicht namentlich genannt werden können.

Allen Zeitzeugen und sonstigen Zuträgern sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gedankt!

Literaturverzeichnis

- Adam, Christian; Erdmann, Martin; Henkel, Horst; Scholz, Wolfgang, Sperrgebiete in der DDR. Ein Atlas von Standorten des MfS, des MdI, des MfNV und der GSSD, Berlin 2015.
- Aggie Leaders Connect, Mark Beto ('77), <http://aggieleaders.tamu.edu/mark-beto-77/> (letzter Aufruf 26.03.2019).
- Aldrich, Richard J., Intelligence within BOAR and NATO's Northern Army Group, in: *Journal of Strategic Studies*, 31 (2008), S. 89–122.
- Alliiertenmuseum (Hg.), Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990, Berlin 2004.
- Arbel, David; Edelist, Ran, *Western Intelligence and the Collapse of the Soviet Union 1980-1990. Ten Years did not Shake the World*, London 2003.
- Arlt, Kurt, Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945-1994), in: *Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR*. Hrsg. von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S. 593–632.
- Militärlexikon, hrsg. von Autorenkollektiv, Berlin 1973.
- Autorenkollektiv, *Das Militärtransportwesen der NVA der DDR*, Strausberg 2008.
- Bange, Oliver, Die Sicherheitspolitik Moskaus und der Stationierungsalltag in der DDR. Vorgeschichte und Beginn des Abzuges von 1983 bis 1991, in: *Der Abzug. Die letzten Jahre der russischen Truppen in Deutschland*. Hrsg. von Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Berlin 2016, S. 37–55.
- Bange, Oliver, *Sicherheit und Staat. Die Bündnis- und Militärpolitik der DDR im internationalen Kontext 1969 bis 1990*, Berlin 2017 (= *Militärgeschichte der DDR*, 25).
- Becz, Laszlo; Kizmus, Szabolcs; Varhegyi, Tamas, *OКСNAR - Fully assembled state. Soviet nuclear weapons in Hungary 1961-1991*, Veszprém 2019.
- Beto, Mark B., Memorandum for LTC Klaus P. Bartels, Commander, 6941st Guard Battalion. Subject: A Job well done, 08.06.1992, <http://www.guardbattalion.de/index.php/foehrenweg-usmlm-cad-b.html> (letzter Aufruf 01.04.2019).
- Bettzuege, Reinhard, *Der Deutsche Militärattachédienst. Von den Anfängen der Bundeswehr bis heute*, Bonn 2005.
- Biermann, Rafael, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn 1997.
- Bossard, Samuel, Memorandum for the Director, Central Intelligence Group, 29.05.1947. Subject: Operation Rusty, in: *Forging an Intelligence Partnership: CIA and the Origins of the BND 1945-49. A Documentary History, Volume 2*.

- Hrsg. von CIA History Staff, Center for the Study of Intelligence, Washington DC 1999, S. 366.
- Bossig, Klaus, Deutsche Reichsbahn und Landesverteidigung. Katastrophenzüge, Lazarettzüge, sowjetische Militärzüge, Freiburg i. Br. 2019.
- Brissa, Enrico, Militärischer Auslandsgeheimdienst der Bundeswehr. Grundlagen und Grenzen des „Militärischen Nachrichtenwesens“, in: Die öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft, 64 (2011), S. 391–398.
- Brook-Shepherd, Gordon, The Storm Birds. Soviet Post-War Defectors, London 1988.
- Brüggemann, Adolf, Als Offizier der Bundeswehr im Auswärtigen Dienst. Meine Erinnerungen als Militärattaché in Seoul (Republik Korea) 1978-83 und in Prag (Tschechoslowakei/Tschechien) 1988-93, Berlin 2015.
- Budde, Dieter, Abrüstung, Entwaffnung und Rüstungskontrolle. Politische und strategische Aspekte Auswirkungen auf Deutschland, München/Büchberg 2000.
- Burlakow, Matwej, Wir verabschieden uns. Als Freunde. Der Abzug; Aufzeichnungen des Oberkommandierenden der Westtruppe der sowjetischen, Bonn 1994.
- Büttner, Stefan; Freundt, Lutz, Rote Plätze. Russische Militärflugplätze in Deutschland 1945-1994, Berlin 2007.
- Büttner, Stefan; Ebert, Martin, Wie der Kreml die DDR aufgab, in: Fliegerrevue Extra, 24 (2009), S. 6–31.
- Büttner, Stefan; Stark, Klaus, Nur 15 Minuten bis zum Atomschlag. Marschflugkörper in Deutschland, in: Fliegerrevue Extra (2011), S. 6–43.
- Callori-Gehlsen, Christina; Diefenbach, Karl, In Strickjacke und Pullover. Reise nach Archyz, Frankfurt am Main 2015.
- Carstens, Peter; Löwenstein, Stephan, Willkommene Amtshilfe, geneidete Kompetenz. Der BND und das Militär, in: FAZ, 2007 (28.08.2007).
- Case, Simon, The Joint Intelligence Committee and the German question, 1947-61, London 2008.
- Center for Intelligence and Security Studies, Master in Intelligence and Security Studies, <https://www.unibw.de/ciss/miss/miss> (letzter Aufruf 26.02.2019).
- Charisius, Albrecht; Mader, Julius, Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin 1980.
- Forging an Intelligence Partnership: CIA and the Origins of the BND 1945-49. A Documentary History, Volume 2, hrsg. von CIA History Staff, Center for the Study of Intelligence, Washington DC 1999.

- Daun, Anna, Die deutschen Nachrichtendienste, in: Geheimdienste in Europa. Transformation, Kooperation und Kontrolle. Hrsg. von Anna Daun und Thomas Jäger, Wiesbaden 2009, S. 56–77.
- Der Abzug. Die letzten Jahre der russischen Truppen in Deutschland, hrsg. von Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Berlin 2016.
- Digutsch, Gunnar, Die NVA und die Armee der Einheit, in: Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden, Einsichten, Perspektiven. Hrsg. von Frank Nögler, München 2007 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland), S. 451–476.
- Dorill, Stephen, MI6. Inside the Covert World of Her Majesty's Secret Intelligence Service, New York 2002.
- Dülffer, Jost, Geheimdienst in der Krise. Der BND in den 1960er-Jahren, Berlin 2018 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 8).
- Durie, William; Jeschonnek, Friedrich; Riedel, Dieter, Alliierte in Berlin 1945-1994. Ein Handbuch zur Geschichte der militärischen Präsenz der Westmächte, Berlin 2002.
- Durie, William, The British Garrison Berlin 1945-1994. A Pictorial Historiography of the British Occupation, Berlin 2012.
- Durie, William, The United States Garrison Berlin 1945-1994. „Mission Accomplished“, Berlin/Boston 2014.
- Eckart, Volker, Kernwaffendepot Lychen-II. Geheime Verschlussache, Martenshagen 2011.
- Eckart, Volker; Feldmann, Uwe, Tarnname „Fichte“. Die Geschichte des Kernwaffenlagers „Lychen-II“, Berlin 2014.
- Ehlert, Hans, Regionale militärische Umsetzung. Planung und Aufbau des Bundeswehrkommandos Ost und der Abzug der Westgruppe der sowjetischen Truppen, in: Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente. Hrsg. von Hans Ehlert, Berlin 2002, S. 205–254.
- Eichner, Klaus, Agentin in der BND-Zentrale. Gabriele Gast im westdeutschen Spionagezentrum, Berlin 2015.
- Erleben, Sebastian, Agenten zwischen den Fronten. Der Bundesnachrichtendienst zwischen Auftrag, Rechtslage und Historie, München 2015.
- Fahey, John A., Kommunikation mit dem Feind. Im Dienst als Marineoffizier und Russischspezialist für die US-Militärverbindungsmission, in: Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 55–68.

- Faust, Dominik A., Effektive Sicherheit. Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems, Wiesbaden 2002.
- Fischer, Angela, Entscheidungsprozeß zur deutschen Wiedervereinigung. Der außen- und sicherheitspolitische Entscheidungsprozeß der Koalitionsregierung Kohl/Genscher in den Schicksalsjahren 1989/90, Frankfurt am Main 1996.
- Foertsch, Hartmut, Der Abzug der russischen Streitkräfte aus Deutschland, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Hrsg. von Bruno Thoß, München 1995, S. 463–471.
- Förster, Andreas, Nebenbei ein Millionengeschäft mit den Russen, in: Berliner Zeitung, 1996 (23.01.1996).
- Franceschini, Christoph; Friies, Thomas Wegener; Schmidt-Eenboom, Erich, Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017.
- Gaddis, John L., The Long Peace. Inquiries into the history of the Cold War, New York 1987.
- Gaevert, Thomas; Streckel, Söhnke, Lizenz zur Spionage. Militärische Verbindungsmissionen im Kalten Krieg, (Textmanuskript) 2011.
- Galloway, H. Donald, Memorandum for the Director, Central Intelligence Group, 17.10.1946. Annex 1 - Subject: Operation Rusty, in: Forging an Intelligence Partnership: CIA and the Origins of the BND 1945-49. A Documentary History, Volume 2. Hrsg. von CIA History Staff, Center for the Study of Intelligence, Washington DC 1999, 371-375.
- Geier, Klaus, 10 Jahre Wehrbereichskommando VII/13. Panzergrenadierdivision. 1990-2000, Leipzig 2001.
- Geraghty, Tony, BRIXMIS. The Untold Exploits of Britain's Most Daring Cold War Spy Mission, London 1996.
- Germany - BND's Western Group of Forces operation unravels, in: Intelligence, 30 (1996), S. 16.
- Gibson, Steve, The Last Mission. Behind the Iron Curtain, Stroud 1997.
- Glocke, Nicole; Winters, Peter Jochen, Im geheimen Krieg der Spionage. Hans-Georg Wieck (BND) und Markus Wolf (MfS), Halle (Saale) 2014.
- Gloger, Katja, Fremde Freunde. Deutsche und Russen. Die Geschichte einer schicksalhaften Beziehung, Berlin Verlag 2017.
- Goedecke, Alisa; Hutmacher, Jakob; Lukas, Mielke, Die Geschichte des Schulgeländes Föhrenweg 19-21. Präsentationsmappe, Mittlerer Schulabschluss 2009,

http://www.dahlem.waldorf.net/fileadmin/downloadfiles/Dokumente/Praesentationssmappe_1.pdf (letzter Aufruf 11.04.2019).

Goodman, Michael S., Spying on the Nuclear Bear. Anglo-American Intelligence and the Soviet Bomb, Stanford 2007.

Grabau, Rudolf, Die Fernmeldetruppe EloKa des Heeres in den Jahren 1957 bis 1990. Geschichte der Truppenteile, Organisation, Ausbildung, Personal, Bonn 1995.

Grabau, Rudolf, Fernmeldeelektronische Aufklärung, Elektronische Gegenmaßnahmen und Elektronischer Kampf im Heer in den Jahren 1957 bis 1990, Bonn 1998 (= Die Fernmeldetruppe EloKa des Heeres 1956 - 1990, 4).

Grabau, Rudolf, Lageaufklärung Ost. Elektronische Kampfführung - SIGINT - des Heeres der Bundeswehr im Kalten Krieg, Berlin 2014 (= Geheime Nachrichtendienste).

Grafe, Harald, Militärtransporte auf der Schiene. NVA der DDR, sowjetische Streitkräfte in der DDR, Fürstfeldbruck 2013 (= Eisenbahn Journal-Exklusiv, 3).

Gröpl, Christoph, Die Nachrichtendienste im Regelwerk der deutschen Sicherheitsverwaltung. Legitimation, Organisation und Abgrenzungsfragen, Berlin 1993 (= Schriften zum öffentlichen Recht, 646).

Großer, Roland, Raketentruppen der NVA-Landstreitkräfte. Geheimhaltungsgrad aufgehoben, Halle (Saale) 2012.

Grote, Otto Freiherr, Die Westgruppe verlässt Deutschland. Der Abzug aus der Perspektive des Chefs des Stabes des Verbindungskommandos zur WGT, in: Der Abzug. Die letzten Jahre der russischen Truppen in Deutschland. Hrsg. von Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Berlin 2016, S. 74–89.

Gujer, Eric, Kampf an neuen Fronten. Wie sich der BND dem Terrorismus stellt, Frankfurt am Main 2008.

Gunold, Sascha, Schüsse in Altengrabow 1991. Sowjetische Wachposten beschießen Bundeswehrsoldaten, in: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung (2017), S. 14–17.

Gunold, Sascha, Bilder vom sowjetischen Nuklearwaffenlager in Halle/Saale. Die historische Quelle, in: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung (2018), S. 28.

Gunold, Sascha, Eisenbahnraketenkomplex RT-23. Atomkrieg auf der Schiene, in: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung (2018), S. 31.

Gunold, Sascha, INF-Vertrag. Abrüstung atomarer Mittelstreckenraketen, in: Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung (2018), S. 22–23.

Haden, Christian, Die strategische Fernmeldeüberwachung des Bundesnachrichtendienstes. Grundlagen, historischer Rechtsrahmen und

- Grundrechtsrelevanz der (rein auslandsbezogenen) Fernmeldeüberwachung, Hamburg 2017.
- Hammerich, Helmut R., „Stets am Feind!“. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) 1956-1990, Göttingen 2019.
- Harahan, Joseph P., On-Site Inspections under the INF Treaty. A History of the On-Site Inspections Agency and INF Treaty Implementation, 1988-1991, Washington, D.C 1993.
- Hartmann, Rüdiger; Heydrich, Wolfgang; Meyer-Landrut, Nikolaus, Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, Baden-Baden 1994 (= Internationale Politik und Sicherheit, 43).
- Hartwig, Jan-Hendrik, Die Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes über die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, München 2017.
- Hechelhammer, Bodo, Unter amerikanischer Flagge: Die »Bolero-Group« um Reinhard Gehlen, in: Achtung Spione! Geheimdienste in Deutschland 1945 bis 1956. Hrsg. von Magnus Pahl, Gorch Pieken und Matthias Rogg, Dresden 2016 (= Forum MHM, Essays), S. 45–55.
- Heidenreich, Ronny; Münkkel, Daniela; Stadelmann-Wenz, Elke, Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953, Berlin 2016 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 3).
- Heidenreich, Ronny, Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau, Berlin 2019 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 11).
- Heisig, Matthias, Gefährliche Begegnungen. Autos, „Blockierungen“ und der Tod von Philippe Mariotti, in: Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 99–114.
- Helling, Reiner; Steinecker, Dietmar, Das unbekante Geheimnis. Über das Atomwaffenlager Linda/Stolzenhain, Jessen 2018.
- Hilgenfeld, Holger, Do swidanja, Genosse Aufklärer. Ein Abschiedsständchen für den russischen Militärischen Nachrichtendienst aus Sachsen-Anhalt - recherchiert ganz ohne Tränen, in: Generalanzeiger, 1994 (31.03.1994), S. 12–13.
- Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90, hrsg. von Andreas Hilger, München (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 103).
- Hilger, Andreas, Der westdeutsche Nachrichtendienst und Osteuropa, in: Achtung Spione! Geheimdienste in Deutschland 1945 bis 1956. Hrsg. von Magnus Pahl, Gorch Pieken und Matthias Rogg, Dresden 2016 (= Forum MHM, Essays), S. 289–299.

- Hoffmann, Hans-Albert; Stoof, Siegfried, Sowjetische Truppen in Deutschland und ihr Hauptquartier in Wünsdorf 1945 - 1994. Geschichten, Fakten, Hintergründe, Berlin 2017.
- Höhne, Heinz; Zolling, Hermann, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971.
- Höhne, Heinz; Zolling, Hermann, Pullach intern. Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, in: Der Spiegel, 1971 (08.03.1971), S. 46–70.
- Holbrook, James R., Potsdam Mission. Memoir of an U.S. Army Intelligence Officer in Communist East Germany, Bloomington 2008.
- Hoyt, Stephen V., Cold War Pioneers in Combined Intelligence and Analysis, in: Intelligence and National Security, 23 (2008), S. 463–487.
- Huet, Jean-Paul, Ein französischer Blick auf die Militärverbindungsmissionen in Potsdam, in: Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 69–84.
- Hufelschulte, Josef, Schüsse am Kasernenzaun, in: Focus, 1996 (05.02.1996), S. 28–29.
- Hufelschulte, Josef, Rettung aus Rußland. Wie der BND während eines Kanzler-Besuchs in Moskau einen Spion vor der Verhaftung schützte, in: Focus, 1998 (19.01.1998), S. 38–40.
- Hufelschulte, Josef, Drama um „Kosak 3“. Hat der Autor eines Bestsellers über den BND gelogen? Geheimdienstkontrolleure verlangen einen Sonderermittler, in: Focus, 2004 (28.10.2004), S. 48–50.
- IABG, Homepage, <https://www.iabg.de/> (letzter Aufruf 26.01.2021).
- Institut für Zeitgeschichte, Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess, Göttingen 2015.
- Internetpräsenz 44. Raketenregiment, 12-е Главное Управление Министерства Обороны. Artikel zur 12. Hauptverwaltung des sowjetischen/russischen Verteidigungsministeriums, <http://rocketpolk44.narod.ru/yas/12gumo.htm> (letzter Aufruf 04.09.2019).
- Jasinski, Michael, The Security and Safety of Russia's Nuclear Weapons, <https://www.nti.org/analysis/articles/security-and-safety-russias-nuclear-weapons/> (letzter Aufruf 09.03.2021).
- Jensen, Carl S., III; McElreath, David H.; Graves, Melissa, Introduction to Intelligence Studies. Second edition, New York 2018.
- Juferef, Sergej, День специалиста по ядерному обеспечению России. Artikel zum Tag der Spezialisten der Nuklearsicherheit Russlands, <https://topwar.ru/124071-den-specialista-po-yadernomu-obespecheniyu-rossii.html> (letzter Aufruf 04.09.2019).

- Juretzko, Norbert, Bedingt dienstbereit. Im Herzen des BND - Die Abrechnung eines Aussteigers, Berlin 2004.
- Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990, hrsg. von Stefan Karner, Mark Kramer, Peter Ruggenthaler und Manfred Wilke, Berlin 2015.
- Karthe, Matthias; Schuster, Christoph, Tarnname „Kolybel“. Sowjetische Atomraketen in der Oberlausitz, Königsbrück 2016.
- Karthe, Matthias, Katalog der Splitterschutzgaragen der GSSD 2018.
- Keßelring, Agilolf, Die Organisation Gehlen und die Neuformierung des Militärs in der Bundesrepublik, Berlin 2017 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 6).
- Klietz, Wolfgang, Ostseefähren im Kalten Krieg, Berlin 2012.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha; Woll, Stefan, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR 2001.
- Krause, Volkmar, Jörg Schönbohm wird 80. Der märkische General, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 2017 (31.08.2017).
- Krieger, Wolfgang, Partnerdienste. Die Beziehungen des BND zu den westlichen Geheimdiensten 1946-1968, Berlin 2021 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 12).
- Krüger, Dieter, Die Alpen im Kalten Krieg. Versuch einer strategisch-politischen Bilanz, in: Die Alpen im Kalten Krieg. Historischer Raum, Strategie und Sicherheitspolitik. Hrsg. von Dieter Krüger und Felix Schneider, München 2012 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 71), S. 347–401.
- Krüger, Dieter, Am Abgrund? Das Zeitalter der Bündnisse: Nordatlantische Allianz und Warschauer Pakt 1947 bis 1991 (= Schriftenreihe Point Alpha, 1), Fulda 2013.
- Küstners, Hanns Jürgen, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990, Oldenburg 2000.
- Küstners, Hans Jürgen, Die vertragliche Gestaltung der deutschen Einheit, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 15 (2008), S. 347–373.
- Landesdenkmalamt Berlin, US Military Liaison Mission (USMLM). Denkmale der Alliierten - USA - Steglitz-Zehlendorf, <https://www.berlin.de/landesdenkmalamt/denkmale/denkmale-der-alliierten/usa/steglitz-zehlendorf/us-military-liaison-mission-usmlm-647678.php> (letzter Aufruf 27.06.2008).
- Laur, Timothy M., Principles of Warning Intelligence, in: The Military Intelligence Community. Hrsg. von Gerald W. Hoppo und Bruce W. Watson, Boulder 1983 (= Westview Special Studies in Military Affairs), S. 149–168.
- MacIntyre, Ben, The Spy and the Traitor. The Greatest Espionage Story of the Cold War, London 2018.

- Mader, Julius, *Die Graue Hand. Eine Abrechnung mit dem Bonner Geheimdienst*, Berlin 1960.
- Manificat, Patrick, *Au cœur de la Guerre froide. La Mission militaire de Potsdam*, Paris 2015.
- Markwardt, Waldemar, *Erlebter BND. Ein kritisches Plädoyer eines Insiders*, Berlin 1996.
- Mascolo, Georg, „Suche Panzer, biete Lada“, in: *Der Spiegel*, 1997 (30.11.1997), S. 68–74.
- Meiertöns, Heiko, *Soldaten beim Bundesnachrichtendienst (1). Besonderheiten der dienstrechtlichen Stellung und Aufgabenzuweisung*, in: *Neue Zeitschrift für Wehrrecht* (2019), S. 14–30.
- Meinl, Susanne, *David gegen Goliath. Der Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst und die Organisation Gehlen*, in: *Achtung Spione! Geheimdienste in Deutschland 1945 bis 1956*. Hrsg. von Magnus Pahl, Gorch Pieken und Matthias Rogg, Dresden 2016 (= Forum MHM, Essays), S. 95–113.
- Meißner, Christoph, *Der Abzug der Westgruppe aus der Perspektive deutscher Quellen*, in: *Der Abzug. Die letzten Jahre der russischen Truppen in Deutschland*. Hrsg. von Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Berlin 2016, S. 56–73.
- Meyer, Georg, *Vom Kriegsgefangenen zum Generalinspekteur. Adolf Heusinger 1945-1961*, Potsdam 1997.
- MI 6, in: *Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Helmut Roewer, Stefan Schäfer und Matthias Uhl, München 2003, S. 297.
- MI6, in: *Spy Book. The Encyclopedia of Espionage*. Hrsg. von Thomas B. Allen und Norman Polmar, New York 1998, S. 364–366.
- MOD, Defence Intelligence Staff,
<http://web.archive.org/web/20041116010240/http://www.mod.uk/aboutus/keyfacts/factfiles/dis.htm> (letzter Aufruf 22.03.2019).
- Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 1. Januar bis 30. Juni 1980*, hrsg. von Horst Möller, Berlin, Boston 2011.
- Morrison, John N.L., *Intelligence in the Cold War*, in: *Cold War History*, 14 (2014), S. 575–591.
- Mroß, Bernhard, *Sie gingen als Freunde... Der Abzug der Westgruppe der sowjetisch-russischen Truppen 1990-1994*, Harrislee 2005.
- Mueller, Michael; Müller, Peter F., *Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte*, Hamburg 2002.
- Müller, Andreas, *Strategische Informationsmanagement? Neudefinition nachrichtendienstlicher Aufgaben in der Informationsgesellschaft*, in: *Nachrichtendienste in der Informationsgesellschaft. Zur Neubestimmung des nachrichtendienstlichen Aufgabenspektrums am Beispiel internationaler*

- Terrorismus und Proliferation. Hrsg. von Guido Korte und Manfred Zoller, Brühl 2000 (= Beiträge zur Inneren Sicherheit), S. 31–45.
- Müller, Armin, Wellenkrieg. Agentenfunk und Funkaufklärung des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, Berlin 2017 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 5).
- Müller, Christian Th., US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland. Erfahrungen, Beziehungen, Konflikte im Vergleich, Paderborn 2011.
- Müller, Rolf-Dieter, Reinhard Gehlen. Die Biographie, Berlin 2018 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 7).
- Münzel, Sascha, beobachten - berichten - blockieren. Die westalliierten Militärverbindungsmissionen im Visier der DDR-Staatssicherheit, in: Gerbergasse 18 (2018), S. 28–33.
- Mußnug, Dorothee, Alliierte Militärmissionen in Deutschland 1946-1990, Berlin 2001 (= Zeitgeschichtliche Forschungen, 9).
- Nachrichtendienste. BND soll ausländische Journalisten überwacht haben, in: Die ZEIT, 2018 (24.02.2017).
- Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden, Einsichten, Perspektiven, hrsg. von Frank Nögler, München 2007 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 7).
- Nehring, Christoph, Spionage an der Universität, in: Welt am Sonntag, 2019 (20.01.2019), S. 10.
- Nehring, Christopher, Die 77 größten Spionagemythen enträtselt, München 2019.
- Neidhardt, Wolfgang, Einführung von Raketentechnik in die NVA, in: Atomraketen. Symbole des Kalten Krieges. Hrsg. von Luftfahrthistorische Sammlung Finowfurt 2008, S. 28–33.
- Niedhart, Gottfried, Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Deeskalation, in: Archiv für Sozialgeschichte (2010), S. 557–594.
- Niedhart, Gottfried, Ost-West-Konflikt und Deutsche Frage 1949-1969, in: Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990. Hrsg. von Oliver Bange und Bernd Lemke, München 2013 (= Beiträge zur Militärgeschichte), S. 31–44.
- Nielsen, Harald, Die DDR und die Kernwaffen. Die nukleare Rolle der Nationalen Volksarmee im Warschauer Pakt 1998 (= Internationale Politik und Sicherheit, 30/6).
- Ohne Autor, Wildwuchs beschneiden, in: Der Spiegel, 1980 (31.03.1980).

Ohne Autor, Die Bundeswehr im beigetretenen Teil Deutschlands, in: Zeitschrift für Wehrtechnik, technische Ausbildung und Informationen in der Bundeswehr, 33 (1990), S. 773–780.

Ohne Autor, „Schnüffler ohne Nase“. Die Pannen und Pleiten des Bundesnachrichtendienstes in Pullach, in: Der Spiegel, 1995 (23.04.1995), S. 40–59.

Ohne Autor, Russischer BND-Spion, in: Berliner Zeitung, 1995 (10.08.1995).

Ohne Autor, Das elfte Gebot verletzt., in: Der Spiegel, 1996 (29.01.1996), 79–80.

Ohne Autor, BND-Skandal. „Sie beschatteten mich sogar in der Sauna“, in: Der Spiegel, 2005 (11.11.2005).

Pahl, Magnus, Fremde Heere Ost. Hitlers militärische Feindaufklärung, Berlin 2012.

Pear, Robert, U.S. Serviceman Wounded By Russian in East Germany, in: The New York Times (18.09.1987), S. 6.

Pejčoch, Ivo, Kernwaffenträger in der tschechoslowakischen Armee, in: Zwischen Bündnistreue und staatlichen Eigeninteressen. Die Streitkräfte der DDR und der ČSSR 1968 bis 1990. Hrsg. von Oliver Bange, Potsdam 2016 (= Potsdamer Schriften des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr), S. 151–163.

Penkovskiy, Oleg; Gibney, Frank, The Penkovskiy Papers, New York 1965.

Porzner, Konrad, Der Bundesnachrichtendienst im Gefüge der öffentlichen Verwaltung, in: Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungswissenschaft, 26 (1993), S. 236–249.

Prüfer, Mark, Auf Spionage Tour. Einsätze, Fahrzeuge und Nummernschilder der Alliierten Militärverbindungsmissionen in der DDR 1946-1990, Norderstedt 2011.

Pruschwitz, Thomas, Der sowjetische Truppenabzug aus Deutschland (1990-1994). Über den schwierigen Anfang vom Ende der sowjetischen Militärpräsenz. Interview mit Otto Freiherr Grote, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte (2008), S. 104–119.

Puschkin, Juri, GRU in Deutschland. Aktivitäten des sowjetischen Geheimdienstes nach der deutschen Wende, Düsseldorf 1992.

Rass, Christoph, Das Sozialprofil des Bundesnachrichtendienstes. Von den Anfängen bis 1968, Berlin 2016 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, 1).

Reichenberger, Florian, Der gedachte Krieg. Vom Wandel der Kriegsbilder in der Bundeswehr, Berlin 2018 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland, 13).

Reinhardt, Dirk, Geschichte(n) aus dem Kalten Krieg, Trebsen 2018 (= Trebsener Sackblatt - Spezial, 3).

Rink, Martin, Die Bundeswehr 1950/55-1989, Berlin 2015 (= Militärgeschichte kompakt, 6).

Ritter, Gerhard A., Hans-Dietrich Genscher. Das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung, München.

Roewer, Helmut, Im Visier der Geheimdienste. Deutschland und Russland im Kalten Krieg, Bergisch Gladbach 2008.

Saar, Rod, BRIXMIS-Mission in the Soviet Frontline in East Germany 2017.

Sanders, Ian, US Army Intelligence Analyst (127). The Cold War Conversations History Podcast, <https://coldwarconversations.com/episode127/> (letzter Aufruf 26.01.2021).

Sanders, Ian, US Army Intelligence gathering in the unified Germany (160). The Cold War Conversations History Podcast, <https://coldwarconversations.com/episode160/> (letzter Aufruf 26.01.2021).

Sarasin, Philipp, Was ist Wissensgeschichte?, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 36 (2011), S. 159–172.

Satjukow, Silke, Besatzer. »Die Russen« in Deutschland 1945-1994, Göttingen 2008.

Scherer, Peter, Codename „Giraffe“, in: Die Welt, 1999 (06.11.1999).

Schindler, Gerhard, Wer hat Angst vorm BND? Warum wir mehr Mut beim Kampf gegen die Bedrohungen unseres Landes brauchen. Eine Streitschrift, Berlin 2020.

Schmidt-Eenboom, Erich, Der BND. Schnüffler ohne Nase, Düsseldorf 1993.

Schmidt-Eenboom, Erich, Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND, Düsseldorf 1995.

Schmidt-Eenboom, Erich, Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten, Köln 1998.

Schmidt-Eenboom, Erich, Ein Blick zurück im Zorn – die Enthüllungen des BND-Hauptmanns Juretzko. Rezension von Erich Schmidt-Eenboom, <http://www.geheimdienste.info/texte/juretzko.htm> (letzter Aufruf 04.04.2019).

Schmidt-Eenboom, Erich; Stoll, Ulrich, Die Partisanen der NATO. Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946-1991, Berlin 2015.

Schmidt-Petri, Hartmut; von Scheven, Werner, Die Bundeswehr. Wie funktioniert das?, Mannheim 1987.

Schönbohm, Jörg, Die Bundeswehr im deutschen Einigungsprozeß 1989/90, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur

- deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Hrsg. von Bruno Thoß, München 1995, S. 405–418.
- Schönbohm, Jörg, Wilde Schwermut. Erinnerungen eines Unpolitischen, Berlin 2010.
- Schröder, Hans-Henning, Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen »Stagnation« und »Perestroika«. Eine Untersuchung der Wechselbeziehung von auswärtiger Politik und innerem Wandel in der UdSSR (1979-1991), Baden-Baden 1995 (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 25).
- Skaarup, Harold A., Out of Darkness - Light. A History of Canadian Military Intelligence, Lincoln 2005.
- Sonne, Werner, Leben mit der Bombe. Atomwaffen in Deutschland, Wiesbaden 2018.
- Stabsangehörige K/TK /IV. Korps, Die Einheit mitgestalten 1990-1994. Bundeswehrkommando Ost, Korps und Territorialkommando Ost, IV. Korps, Potsdam 1994.
- Stoltenberg, Gerhard, Sicherheitspolitische Verantwortung während der »friedlichen Revolution« in Ost und West, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Hrsg. von Bruno Thoß, München 1995, S. 447–452.
- Stout, Mark; Warner, Michael, Intelligence is as intelligence does, in: Intelligence and National Security, 33 (2018), S. 517–526.
- Stöver, Bernd, Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.
- Stöver, Bernd, Der Kalte Krieg, München 2008.
- Streckel, Söhnke, Lizenzierte Spionage. Die alliierten Militärverbindungsmissionen und das MfS, Magdeburg 2008.
- Teltschik, Horst, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.
- Thomas, Jack E., Human Source Intelligence, in: The Military Intelligence Community. Hrsg. von Gerald W. Hoppole und Bruce W. Watson, Boulder 1983 (= Westview Special Studies in Military Affairs), S. 55–70.
- Thomas, Jack E., The Military Intelligence Community, in: The Military Intelligence Community. Hrsg. von Gerald W. Hoppole und Bruce W. Watson, Boulder 1983 (= Westview Special Studies in Military Affairs), S. 3–13.
- Trotnow, Helmut, Schüsse in Techentin. Hintergründe zum Tod von Major Arthur D. Nicholson, in: Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 123–134.

Tuten, Charles, Making the (Right) Connections. A Cautionary Account of WMD Intelligence 2006.

Tuten, Charles, The Case of the Hidden Nukes, USA 2007.

Uhl, Matthias, Atomraketen für die NVA? Zur Erstausrüstung der Nationalen Volksarmee der DDR mit Kernwaffeneinsatzmitteln, in: Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven. Hrsg. von Hans Ehlert und Matthias Rogg, Berlin 2004 (= Militärgeschichte der DDR), S. 187–204.

Uhl, Matthias; Wagner, Armin, Pullachs Aufklärung gegen sowjetisches Militär in der DDR. Umfang, Potential und Grenzen der order-of-battle-intelligence von Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst, in: Deutschland Archiv (2007), S. 49–67.

Uhl, Matthias; Wagner, Armin, BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärspionage in der DDR, Berlin 2008.

Uhl, Matthias, Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962, München 2008 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 73).

Uhl, Matthias, Sowjetische Raketen im Kalten Krieg 1945-1991, in: Atomraketen. Symbole des Kalten Krieges. Hrsg. von Luftfahrthistorische Sammlung Finowfurt 2008, S. 18–22.

Uhl, Matthias, Die sowjetischen Truppen in der DDR zwischen Perestroika, „Wende“ und Mauerfall, in: „Damit hatten wir die Initiative verloren“. Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/1990. Hrsg. von Rüdiger Wenzke, Berlin 2014 (= Militärgeschichte der DDR, 23), S. 137–160.

Ulfkotte, Udo, Verschlussache BND, Berlin/München 2006.

United States of America Department of State, Agreement on Control Machinery in Germany, Adopted by the European Advisory Commission, November 14, 1944,

https://www.cvce.eu/obj/agreement_between_the_allies_on_control_machinery_in_germany_london_14_november_1944-en-ec18fd66-c681-44ee-baad-97555abffd4f.html (letzter Aufruf 07.06.2018).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 662 (1990),

https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr662-90.pdf (letzter Aufruf 26.01.2021).

Urban, Mark, Die Akte Skripal. Der neue Spionagekrieg und Russlands langer Arm in den Westen, München 2018.

USAREUR, 66th Military Intelligence Brigade. US Army, Europe, https://www.usarmygermany.com/Sont.htm?https&&&www.usarmygermany.com/Units/Military%20Intelligence/USAREUR_66thMIBde.htm (letzter Aufruf 27.08.2020).

Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, 12 ГУМО. Lexikonartikel zur 12. Hauptverwaltung des russischen Verteidigungsministeriums, https://encyclopedia.mil.ru/encyclopedia/dictionary/details_rvsn.htm?id=12993@morfDictionary (letzter Aufruf 03.09.2019).

Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, Специальная служба штаба Ракетных войск стратегического назначения. Lexikonartikel zum Spezialdienst der Strategischen Raketentruppen, http://encyclopedia.mil.ru/encyclopedia/dictionary/details_rvsn.htm?id=14312%40morfDictionary (letzter Aufruf 03.09.2019).

von Plato, Alexander, Die Wiedervereinigung Deutschlands - ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002.

von Scheven, Werner, Die Bundeswehr und der Aufbau Ost, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. Hrsg. von Bruno Thoß, München 1995, S. 474–503.

von Scheven, Werner, Die Bundeswehr und der Aufbau Ost, in: Entschieden für den Frieden. 50 Jahre Bundeswehr 1955 bis 2005. Hrsg. von Klaus-Jürgen Bremm, Hans-Hubertus Mack und Martin Rink, Freiburg i. Br./Berlin 2005, S. 441–455.

Walde, Thomas, Militärisches Nachrichtenwesen, in: Bundeswehr und Gesellschaft. Hrsg. von Ralf Zoll, Opladen 1978 (= Studienbücher zur Sozialwissenschaft), 187–191.

Waske, Stefanie, Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung 1955-1978, Wiesbaden 2009.

Wegmann, Bodo, Die Militäraufklärung der NVA. Die zentrale Organisation der militärischen Aufklärung der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2006 (= Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 22).

Weidenfeld, Werner, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998.

Weiß, Günther K., Geheime Funkaufklärung in Deutschland 1945-1989, Stuttgart 2005.

Weiß, Günther K., NATO-Intelligence. Das militärische Nachrichtenwesen im Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) 1985-1989, Stuttgart 2013.

Weisser, Nicklas-Frederic, Die Entwicklung des Bundesnachrichtendienstes. Historische Einflüsse, Grundlagen und Grenzen seiner Kompetenzen, Göttingen 2014.

Wentker, Hermann, Die DDR in den Augen des BND (1985-1990). Ein Interview mit Dr. Hans-Georg Wieck, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 56 (2008), S. 323–358.

Wiegrefe, Klaus, Unter Kollegen, in: Berliner Zeitung, 2018 (16.06.2018), S. 52–53.

Williams, Peter G., Intelligence Operations in the former East Germany by the British Commanders'-in-Chief Mission to the Soviet Forces in Germany (BRIXMIS) - 1946-1990, 2017.

Winkler, Christopher, Die NVA im Blick westallierter Militärs? Die Militärverbindungsmissionen, in: Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven. Hrsg. von Hans Ehlert und Matthias Rogg, Berlin 2004 (= Militärgeschichte der DDR), S. 97–112.

Winkler, Christopher, Die Westmächte und ihre militärischen Verbindungsmissionen in Potsdam, in: Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 15–34.

Wylde, Nigel, Mit der Brixmis jenseits des Eisernen Vorhangs. Die britische Militärverbindungsmission von 1946 bis 1990, in: Mission erfüllt. Die militärischen Verbindungsmissionen der Westmächte in Potsdam von 1946 bis 1990. Hrsg. von Alliiertenmuseum, Berlin 2004, S. 35–54.

Wynne, Greville, Der Mann aus Moskau, Stuttgart 1967.

Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, Von der Fernmeldedienststelle der Streitkräfte zum Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, Graftschaft 2007.

Zoller, Manfred, Offene oder geheime Informationsgewinnung. Komplementarität oder Redundanz? Ein Beitrag zur Diskussion der Nachrichtendienste im Informationszeitalter, in: Nachrichtendienste in der Informationsgesellschaft. Zur Neubestimmung des nachrichtendienstlichen Aufgabenspektrums am Beispiel internationaler Terrorismus und Proliferation. Hrsg. von Guido Korte und Manfred Zoller, Brühl 2000 (= Beiträge zur Inneren Sicherheit), S. 15–30.

Danksagung

Diese Arbeit hätte ich nicht ohne die Unterstützung zahlreicher Personen und Institutionen geschafft. Die meiste Zeit der Recherche, der Analyse und des Schreibens verbrachte ich am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam, meiner militärischen Heimat von 2015 bis 2020. Diese besondere Dienststelle der Bundeswehr erteilte mir nicht nur den Forschungsauftrag, sondern bot mir auch den Raum und die Mittel zum wissenschaftlichen Arbeiten. Ich habe diese Möglichkeiten immer zu schätzen gewusst und bin für diese schöne Zeit am ZMSBw sehr dankbar. Stellvertretend für das Zentrum danke ich den Kommandeuren Oberst a.D. Dr. Hans-Hubertus Mack und Kapitän zur See Dr. Jörg Hillmann, dem ehemaligen leitenden Wissenschaftler Prof. Dr. Michael Epkenhans sowie Oberst Dr. Frank Hagemann. Des Weiteren danke ich dem Team der Bibliothek des ZMSBw, das mit Fernleihen und de facto-Dauerleihgaben einen unschätzbaren Beitrag zu meinen Recherchen leistete. Am Bundesarchiv in Freiburg hatte die ZMSBw-Mitarbeiterin Cynthia Flor einen großen Anteil an der Dokumentensuche. Vielen Dank dafür. Viele weitere Mitstreiter am ZMSBw standen mir mit Rat und Tat beiseite. Erwähnen möchte ich hier Dr. Rüdiger Wenzke, Oberst Dr. Armin Wagner, Dr. Cornelia Grosse und Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann.

Am ZMSBw war mein Projekt in der Abteilung Einsatz, Projektbereich Einsatzgeschichte verortet. Hier möchte ich allen Kameraden, Kolleginnen und Kollegen für die unmittelbare Unterstützung danken, insbesondere Oberstleutnant Dr. Hans-Peter Kriemann, Oberstleutnant Dr. Helmut R. Hammerich, Fregattenkapitän Dr. Christian Jentsch, Dr. Martin Rink, Dr. Anja Seiffert, Major Dr. Friederike Hartung, Dr. Julius Heß und der großartigen Kathrin Henke.

Die Abteilung Einsatz des ZMSBw wurde bis 2019 von meinem Doktorvater Prof. Dr. Dieter Krüger geleitet. Er erwies sich nicht nur als vorbildliche Führungspersönlichkeit, sondern auch als akademische Stütze, als konstruktiver Kritiker und als ein Mensch, der stets mit Charakter und Haltung aufzuwarten wusste. Mein Dank gilt auch der Zweitgutachterin Prof. Dr. Anna Daun, die erst zu einem späten Zeitpunkt zum Projekt stieß. Auch ihren Rat und ihre professionelle Herangehensweise habe ich sehr geschätzt. Ich danke meinen beiden Betreuern für ihre Dienste.

Einen besonderen Anteil am Entstehen dieser Arbeit hatte auch der Gesprächskreis Nachrichtendienste e.V. Er leistet gute und wichtige Arbeit zum Verständnis von Nachrichtendiensten in Deutschland.

Eine Vielzahl meiner Erkenntnisse basiert auf Gesprächen mit Zeitzeugen. Die Arbeit mit ihnen hat mir große Freude bereitet und enorm viele Erfahrungen beschert, die ich nicht missen möchte. Allen Zuträgern möchte ich ausdrücklich danken. Sie hier alle namentlich zu erwähnen, ist nicht nur aus Platzgründen nicht möglich. Stellvertretend für die Veteranen vom Deutschen Verbindungskommando zur WGT möchte ich Oberst a.D. Otto Freiherr Grote, Oberst a.D. Robert Woelk und Kapitänleutnant a.D. Bernhard Mroß für ihre Unterstützung danken.

Sehr profitiert habe ich auch vom fachlichen Austausch mit Stefan Büttner und Christoph Meißner sowie den Mitstreitern vom Geschichtsverein Truppenübungsplatz Königsbrück e.V., darunter vor allem Matthias Karthe und Christof Schuster. Dank richte ich auch an Dirk Reinhardt und Klaus Stark.

Viele gemeinsame Jahre der Forschung verbrachte ich mit meinem guten Freund und Kameraden Major Dr. Niklas van Alst. Wir haben viele Pläne geschmiedet und Ideen verwirklicht – und das nicht nur im akademischen Sinne. Manchmal schafft man die großen Projekte nur, wenn auch die kleinen gelingen. Lieber Niklas, ich danke dir für deine intellektuelle, soldatische und menschliche Bereicherung!

Zu guter Letzt danke ich meiner Familie für all die ertragenen Entbehrungen und getragenen Belastungen, die das Promotionsvorhaben mit sich brachte. Ihr seid stets mein Referenzrahmen, ohne den viele Dinge im Leben ihre Bedeutung verlören. Ihr habt mir auch die notwendige Gelassenheit in schwierigen Phasen gegeben. Ich danke euch von ganzem Herzen, dass ihr all die Jahre mein Projekt unterstützt habt.

Ich widme dieses Buch meiner geliebten Oma, die sicherlich gern die Doktorarbeit ihres Enkelsohnes in den Händen gehalten hätte. Leider war es ihr nicht mehr vermocht.

Dresden, Mai 2022

Selbständigkeitserklärung

Ich versichere, dass die von mir vorgelegte Arbeit selbständig verfasste wurde und bei der Abfassung nur die in der Dissertation angegebenen Hilfsmittel benutzt sowie alle wörtlich oder inhaltlich übernommenen Stellen als solche gekennzeichnet wurden.

Datum

Unterschrift